

MALTE G. SCHMIDT

SYSTEM- VERTRAUEN UND JOURNALISMUS IM NEO- LIBERALISMUS

Malte G. Schmidt
Systemvertrauen und Journalismus im Neoliberalismus

Meiner Mutter Ursula

Malte G. Schmidt (M.A.), geb. 1990, hat am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster promoviert und war von 2016 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Graduiertenkolleg »Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt« in Münster. Seit 2020 ist er Verlagsmitarbeiter der Berliner tageszeitung (taz).

Malte G. Schmidt

Systemvertrauen und Journalismus im Neoliberalismus

[transcript]

Zugleich Dissertation an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 2019, Kennziffer D6.

Diese Arbeit wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Graduiertenkolleg 1712/2 »Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt«, den Publikationsfonds der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und den MedienAlumni Münster e.V. (MAM).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Malte G. Schmidt**

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5637-4

PDF-ISBN 978-3-8394-5637-8

<https://doi.org/10.14361/9783839456378>

Buchreihen-ISSN: 2569-2240

Buchreihen-eISSN: 2702-8984

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Danksagung	9
-------------------------	---

1. Einleitung	11
1.1 Metatheoretische Standortbestimmung	14
1.2 Aufbau der Arbeit	19

Erster Teil: Systemvertrauen – Zwischen Determinismus und Voluntarismus

2. Luhmann: Systemvertrauen und soziale Ordnung	25
2.1 Frühphase: Vertrauen in der funktional-strukturellen Systemtheorie	25
2.2 Spätphase: Vertrauen in der autopoietischen Systemtheorie	30
2.3 Zeitdiagnostisches Potenzial und grundlagentheoretische Fragen	35
3. Giddens: Systemvertrauen zwischen Entbettung und Rückbettung	39
3.1 Strukturationstheorie	39
3.2 Gesellschaftsdiagnose: Risiken raumzeitlicher Abstandsvergrößerung	45
3.3 Vertrauen in abstrakte Systeme	49
3.4 Systemvertrauen bei Giddens und Luhmann im Vergleich	59
4. Kohring: Vertrauen in die Systemprogrammierung	69
4.1 Kritik an Luhmann und Lösungsvorschläge	69
4.2 Autopoiesis oder Entscheidungshandeln?	79
5. Luhmann revisited – Autopoiesis und Vertrauen?	81
5.1 Jalava: Mit Luhmann gegen Luhmann	81
5.2 Morgner: Mit Luhmann an Luhmann vorbei	84

6. Grundsatzkritik am Konzept des Systemvertrauens	93
6.1 Systemvertrauen oder gewohnter Umgang?	93
6.2 Systemvertrauen als Artefakt und Ideologie?	101
7. Zwischenfazit	115
8. Vertrauen in der akteurzentrierten Differenzierungstheorie	121
8.1 Akteurzentrierte Differenzierungstheorie nach Schimank	121
8.2 Sozialreproduktion und Vertrauen	133
9. Systemvertrauen	149
9.1 Systemfügung nicht gleich Vertrauen	149
9.2 Definition Systemvertrauen	153
9.3 Welchen Unterschied macht Systemvertrauen in der Strukturprägung?	161
9.4 Welchen Unterschied macht Systemvertrauen in den Strukturdynamiken?	165

Zweiter Teil: Über das Verschwinden der Unbestimmtheitslücke

10. Journalismus	175
10.1 Journalismus und Medien	175
10.2 Strukturen des Journalismus	182
10.3 Journalismus und Sozialintegration	194
10.4 Sozialintegrative Leistungen des Journalismus	201
11. Neoliberalismus	207
11.1 Wirtschaftlicher Primat und Gouvernamentalität	207
11.2 Methodologische Konsequenzen	212
11.3 Regierungsrationalitäten: Wie wird die Regierungsform legitimiert?	215
11.4 Subjektivierungsweisen: Wie werden Subjekte adressiert?	218
11.5 Sozialtechnologien: Wie wird Handeln beeinflusst?	224
12. Systemvertrauen und Journalismus im Neoliberalismus	235
12.1 Unbestimmtheitslücke als Voraussetzung für Systemvertrauen	236
12.2 Journalismus als Vertrauensintermediär der Gesellschaft	238
12.3 Systemvertrauen in den Journalismus	241
12.4 Vom Verschwinden der Unbestimmtheitslücke	243

Schluss

13. Altmodische Theorien und neue Sprachlosigkeit	273
Literatur	279
Anhang: Ausgewählte Konstrukte und Items der IfK-Trendstudie	309
Tabellen	317
Abbildungen	319

Danksagung

Beim vorliegenden Buch handelt es sich um eine überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im Mai 2019 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eingereicht habe. Dass das Buch überhaupt in dieser Form zustande gekommen ist, dafür möchte ich mich nachfolgend bei einigen Personen herzlich bedanken.

Zunächst danke ich meinem Betreuer Prof. Dr. Bernd Blöbaum sehr dafür, dass er mich schon früh zum Einstieg in die Wissenschaft motivierte, stets für mich Zeit hatte, mir sehr große Freiheit in der Themenwahl und -bearbeitung ließ und außerdem in den richtigen Momenten Anstöße zur Weiterentwicklung des Vorhabens gab. Prof. Dr. Armin Scholl, meinem Zweitgutachter, gilt ebenfalls ein besonderer Dank. Seit der Studienzeit bin ich ihm auf wissenschaftlicher und persönlicher Ebene sehr verbunden. Er wusste stets Rat bei Fragen zur geeigneten Forschungsmethodik und seine Tür stand immer offen für spontane Besuche, die nicht selten zu mehrstündigen Diskussionen über Erkenntnistheorie, Fachentwicklungen und Gesellschaftspolitik führten. Sein unbequemes Denken, das selbst im Alltäglichen stets den eigenen Beobachtungsstandpunkt mitproblematisiert, hat mich gleichsam fasziniert wie beeinflusst. Auch Prof. Dr. Christoph Jacke möchte ich herzlich danken. Mit seiner Perspektivenvielfalt und -aufgeschlossenheit hat er meinen fachlichen Horizont deutlich erweitert. Seine Begeisterungsfähigkeit für neue Ideen ist im Beruflichen und im Privaten hochansteckend – außerdem hat er für beides immer ein offenes Ohr.

Meinen Kolleg*innen im DFG-Graduiertenkolleg »Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt« und im Institut für Kommunikationswissenschaft möchte ich für den anregenden Gedankenaustausch während der Promotionszeit danken. Neben Maria Zimmermann, Anil Kunnel und Lukas Gierth, die Theoriediskussionen stets durch interessante Blickwinkel bereicherten, möchte ich insbesondere Bettina Distel und Florian Winterlin hervorheben, die meine Arbeit gelesen und wertvolles Feedback gegeben haben – vielen Dank! Der Masterstudentin Cristina Grüning danke ich für ihre hervorragende Arbeit in der Schlussphase meines Dissertationsprojekts. Ich konnte mich auch in stressigen Phasen stets auf sie verlassen.

Nicht unerwähnt bleiben sollten die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die mir finanziell hervorragende Promotionsbedingungen ermöglicht hat, der Publikationsfonds der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der die Open-Access-Kosten dieser Publikation trägt sowie der Verein MedienAlumni Münster, der die Arbeit mit einem Druckkostenzuschuss fördert.

Neben dem beruflichen ist es wohl vor allem mein privates Umfeld, das einen entscheidenden Einfluss darauf hatte, dass es nicht bloß nur bei einem Promotionsvorhaben blieb. Meine Freund*innen haben mich in vielerlei Hinsicht und oft so unerwartet mit ihrer Solidarität, ihrem Scharfsinn und ihrem Enthusiasmus überrascht, dass es mir nicht selten die Sprache verschlug. Von Herzen vielen Dank an André, Carmen, Carsten, Christoph, Corinna, Diana, Eva, Fynn, Holger, Imme, Jana, Jonas, Josi, Julia, Kathy, Marc, Maria, Marie, Michael, Nico, Peter, Ralf, Sebastian, Silke, Sophia, Stefan, Steffi und Svenja.

Abgesehen von seinem stets überaus herzlichen Zuspruch danke ich meinem besten Freund Nico auch für seinen kenntnisreichen Blick auf das Layout und das Literaturverzeichnis dieses Textes.

Meinem Bruder Carsten und seiner Partnerin Steffi bin ich nicht nur dankbar für ihre unermüdliche Hilfsbereitschaft, die sich etwa darin äußert, den vorliegenden Text gleich mehrfach zu lesen und geistreich zu kommentieren. Auch bedanke ich mich für ihren unerschütterlichen Glauben an seine Qualität, der mich in besonders selbstkritischen Phasen wieder zuversichtlich gestimmt hat.

Jana, mit der ich mein Leben verbringe, stand mir in allen nervlichen Berg- und Talfahrten, die eine Promotion mit sich bringt, bedingungslos zur Seite. Ihre unendliche Geduld und ihre Empathie haben mir den nötigen Mut verliehen, die Promotion auch tatsächlich abzuschließen.

Schließlich möchte ich noch meiner Mutter Ursula danken, die immer an mich geglaubt und mich stets auf meinem Lebensweg unterstützt hat. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

Berlin im Januar 2021

Malte G. Schmidt

1. Einleitung

Vertrauenskrisen haben Konjunktur. Kaum eine gesellschaftliche Institution, die in den letzten Jahren nicht vor dem Aus stand: Banken gibt es seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr, nach Snowden war niemand mehr online, alle Medien sind verschwunden, die Autokonzerne pleite.

Das sind natürlich ›Fake News‹ – die allerdings auf wichtige Fragen aufmerksam machen sollen: Zwar werden die Geschehnisse der letzten Zeit nicht einfach spurlos an den Menschen vorüberziehen, aber trifft das Wort ›Vertrauenskrise‹, das in aller Munde ist, überhaupt ihren Zustand? Sie partizipieren in ihren jeweiligen Rollen an den verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft, aber vertrauen sie ihnen auch schon allein deshalb? Ist beispielsweise die Beziehung zwischen Bürger*in und der Wirtschaft eine vertrauensvolle, die gegenüber wechselseitigen Erwartungsenttäuschungen sensibel ist? Welche Konsequenzen hat es, wenn das Vertrauen in die Wirtschaft oder die Politik verloren ist?

Sowohl im Alltagsverständnis als auch in vielen wissenschaftlichen Definitionen ist Freiwilligkeit eine notwendige Bedingung für Vertrauen. Die Vertrauensvergabe ist eine Möglichkeit unter vielen. Man kann Vertrauen schenken oder man lässt es. Gerade das Beispiel der Finanzkrise lässt die Vertrauenssemantik in Bezug auf gesellschaftliche Teilsysteme jedoch zweifelhaft erscheinen: Eine staatlich finanzierte Bankenrettung – darin waren sich führende Größen aus Wirtschaft, Politik und Finanzjournalismus einig – sei alternativlos, denn die maroden Geldinstitute wären ›too big to fail‹. An dieser Stelle lässt sich einwenden, dass auch in zwischenmenschlichen Beziehungen eine Vertrauensvergabe irgendwann alternativlos werden kann, ohne dass der Begriff dadurch in Frage gestellt würde. Für das in der Vertrauensliteratur geläufige Arzt-Patient-Beispiel gilt nämlich ebenso, dass das im Vorfeld einer Operation entgegengebrachte Vertrauen in den Behandelnden mit Wirksamkeit der Vollnarkose alternativlos wird. Geht etwas schief, kann allerdings zukünftig von der Möglichkeit der freien Ärzt*innenwahl Gebrauch gemacht werden. Im Beispiel der Finanzkrise geht jedoch die Delegitimierung des Vertrauens ex post nicht mit der Option eines Beziehungswechsels einher.

Natürlich rief die Geschäftslogik der Banken und ihre Rettung massenhaft Kritik hervor. So durfte es für Viele in Zukunft nicht weitergehen, denn das Wirt-

schaftssystem belaste offenbar andere Teilsysteme systematisch über Gebühr mit negativen Externalitäten. In der Wissenschaft wurde vermutet, dass eine derart identitätsbedrohende Vertrauenskrise zur Veränderung der wirtschaftlichen Logik des Finanzkapitalismus und infolge auch des Neoliberalismus führen müsse (vgl. z.B. Habermas 2008; Stiglitz 2008). Bekanntlich kam es anders und das *Befremdliche Überleben des Neoliberalismus* (Crouch 2011) erschien Kritiker*innen beinahe meta-physisch als *Zombie Neoliberalism* (Peck 2010).

Was solche Beschreibungen eint, ist die Feststellung des Ausgeliefertseins gegenüber einer gesellschaftsbestimmenden Logik, die sich zum Leidwesen vieler verselbstständigt hat und dem Zugriff entzogen ist. Die Ohnmachtserfahrung gegenüber Gesellschaftssystemen ist kein neues Phänomen, sondern geradezu charakteristisch für die Moderne. Die gesamte soziologische Literatur ist gefüllt mit Bildern, in denen Einzelne unverfügbaren sozialen Strukturen gegenüberstehen, von denen sie zugleich abhängig sind: von M. Webers *stahlhartem Gehäuse der Hörigkeit*, über Marx' *Basis und Überbau* bis hin zu Giddens' monströsem *Dschagannath-Wagen*, der außer Kontrolle geraten ist.

Auf der anderen Seite steht allerdings die ebenso Moderne-typische wie alltägliche Erfahrung der Gestaltbarkeit. Seit der Aufklärung ist bekannt: Gesellschaft ist eine menschengeschaffene, nicht natur- oder gottgegebene Daseinsform. Gestaltungswille und -möglichkeiten steigern sich im Verlauf der Moderne exponentiell. Praktiken, Traditionen und Routinen werden unter dem Eindruck zunehmender Verwissenschaftlichung und Digitalisierung reflektiert und damit fallibel (vgl. Beck/Giddens/Lash 1996). In der heutigen *Multioptionsgesellschaft* (Gross 1994) werden immer mehr Lebensbereiche individuell gestaltbar, da sich Erwartungshorizonte zunehmend entgrenzen (vgl. Beck/Lau 2004): Soziale Beziehungen verflechten sich über immer größere raumzeitliche Abstände (*Globalisierung*) und werden gleichzeitig von ortsgebundenen Kontextfaktoren gelöst (*Entbettung*). Durch diese Prozesse steht den Akteuren¹ also immer öfter zur Option, sich entweder an etablierten Sozialstrukturen zu orientieren oder neue Wege zu beschreiten (Vgl. Giddens 1999). Wenn es doch aber diese Optionsöffnung gibt, müsste sie dann nicht auch das Beziehungsverhältnis der Akteure gegenüber den großen Sozialregulativen der Gesellschaft verändern? Aus dieser Perspektive scheint es gerechtfertigt, hier von Vertrauen zu sprechen.

1 Die Bezeichnungen für Akteur, Agent, Leistungsproduzent und Leistungsnehmer werden in der Arbeit im generischen Maskulinum verwendet. Bei den beiden erstgenannten handelt sich um analytische Begriffe, die von allen Personenmerkmalen (z.B. dem Geschlecht) abstrahieren. Gemeint sind nicht weiter spezifizierte Entitäten, die soziale Handlungen ausführen. Leistungsproduzenten und -nehmer sind Akteure, die nur durch eine Systemreferenz kategorisiert werden. Hier können individuelle oder korporative Akteure gemeint sein.

Gesellschaftstheoretische Vertrauensanalysen sind sich darin einig, dass die Genese der modernen Sozialordnung überhaupt erst nur dadurch möglich war, dass intransparenten und unverfügbaren Strukturen und Prozessen Vertrauen entgegengebracht wurde (vgl. Endreß 2001).

Wie passen also die eingangs skizzierte Abhängigkeit von den Systemoperationen und die zunehmenden Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Lebensumstände zusammen? Welche Rolle spielt hier der Mechanismus Vertrauen? Bislang ist es nicht gelungen, diese zwei Grunderfahrungen der Moderne, die Dichotomie aus Determination und Voluntarismus, im Rahmen einer gesellschaftstheoretischen Vertrauensanalyse adäquat zu adressieren. Im Grunde ist völlig offen, was die vielbeschworene Vertrauenskrise öffentlicher Institutionen eigentlich bedeutet. Daraus ergibt sich ein dringender Bedarf zur Rekonzeptualisierung von Systemvertrauen als vermittelndem Mechanismus zwischen Individuum und Gesellschaft. Eine erste Leitfrage der Arbeit lautet daher:

LF1: Welche Rolle spielt Systemvertrauen in der Sozialreproduktion?

Entwicklungsgeschichtlich ist Systemvertrauen als Mechanismus der Sozial- und Systemintegration abhängig von Vertrauensintermediären, wobei zuvorderst der Journalismus zu nennen ist. Diese Einschätzung lässt sich sogar so weit zuspitzen, dass Systemvertrauensforschung immer auch Journalismusforschung ist. Der Journalismus beobachtet gesellschaftliche Interdependenzverhältnisse (vgl. Kohring 2016) und ermöglicht den Teilnehmer*innen an Öffentlichkeit, sich zu ihrem eigenen gesellschaftlichen Rollenhandeln und damit zur Gesellschaft insgesamt ins Verhältnis zu setzen (vgl. Serong 2017). Obwohl eher selten thematisiert, können diese sozialintegrativen Leistungen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung kaum überschätzt werden. Sie werden in dieser Arbeit als analytischer Dreh- und Angelpunkt einer sozialen Dynamik gesehen, welche die o.g. Grunderfahrungen der Moderne in ihren extremen Ausprägungen radikalisiert. Denn seit einigen Jahrzehnten nimmt die Kontingenzerung der Lebenswelt eine neue Qualität an, zu der auch der Journalismus partiell beiträgt.

Ursächlich ist ein erhöhter Ökonomisierungsdruck, der vom Wirtschaftssystem ab den 1970er Jahren ausgeht und immer mehr Gesellschaftsbereiche kommodifiziert. Neu an diesem neoliberalen Kapitalismus ist vor allem die Subjektivierungsweise von Personen, die sich nun als *unternehmerisches Selbst* (Bröckling 2016) begreifen sollen. Mit der neoliberalen Regierungsrationalität wird eine Selbstverantwortungssemantik in Stellung gebracht, die Selbstführung und Selbstregulation zu vermeintlich selbstgewählten Prämissen der eigenen Lebensführung erklären. Akteure sind angehalten, alle Hürden auf dem Weg zur Zielerreichung in Gestaltungsaufgaben zu transformieren.

Gefahren, die den Operationen der Teilsysteme stets inhärent sind, werden nun als persönliche Risiken wahrgenommen und müssen dadurch entscheidungs-

förmig bearbeitet werden. Der Zwang zum Entscheidungshandeln geht mit einer wahrgenommenen Komplexitätszunahme einher: Zweckrationale Entscheidungen unter persönlichem Risiko machen aufwändige Kosten-Nutzen-Kalkulationen erforderlich. Um Erwartungssicherheit herstellen zu können, gibt es im Vergleich zu risikoärmeren Entscheidungen ein ungleich höheres Informationsbedürfnis. Entscheidende sind damit auf vermeintlich objektive Indikatoren und symbolische Zeichen zur Beurteilung von Risikoeintrittswahrscheinlichkeiten angewiesen. Dieser Bedarf wird unter anderem durch eine zunehmende Quantifizierung und Datifizierung des Sozialen gedeckt.

Journalistische Leistungsorganisationen sind ebenfalls vom Ökonomisierungsdruck betroffen, der die journalistische Teilsystemautonomie deutlicher als zuvor untergräbt. Angesichts dieser Herausforderung sind mögliche Beeinträchtigungen der sozialintegrativen Leistungen des Journalismus zu vermuten, die auch seine Funktion als gesellschaftlichen Vertrauensintermediär beeinflussen:

L2: Wie stellen sich die sozialintegrativen Leistungen des Journalismus im Neoliberalismus dar?

Neoliberale Regierungsrationalitäten zielen auf die Invisibilisierung sozialer Interdependenzverhältnisse, um nichtwettbewerbsförmige Handlungslogiken zu diskreditieren. Kann dieser sozialstrukturelle Bindungsverlust nicht kompensiert werden, so die These, können sich Sozialpathologien einstellen, die sich empirisch als Entfremdung, Anomie und Autoritarismus beobachten lassen. Letztere etwa in Form des weltweit zu beobachtenden politischen Rechtsrucks innerhalb liberaler Demokratien, der mit autoritären Haltungen im öffentlichen Meinungsbildungsprozess einhergeht. So wird auch der Journalismus immer häufiger zur Adresse universaler Misstrauensbekundungen.

1.1 Metatheoretische Standortbestimmung

Warum lohnt die wissenschaftliche Beschäftigung mit Vertrauen? Auf diese Frage geben Vertrauensforscher*innen verschiedener Disziplinen unterschiedliche Antworten. Unter anderem wird ein mehr oder weniger enger Zusammenhang zwischen Vertrauen und dem Folgenden hergestellt (vgl. McKnight/Chervany 2001: 34f.):

- Ressourcen- und Kontrollübertragung
- Nutzungs- und Kaufentscheidungen
- Information Sharing und Disclosure
- Kooperation/commitment
- Konfliktlösung

- (Team-)Performance
- citizenship behaviors (z.B. Wahlverhalten)
- Risikoverhalten im Allgemeinen
- Systemfunktionieren (von Politik, Wissenschaft, Journalismus etc.)

Trotz der mittlerweile unüberschaubaren Heterogenität der Vertrauensforschung deuten die meisten Relevanzbegründungen auf die Bedeutung von Vertrauen für einen Grundbegriff sozialwissenschaftlicher Forschung: Handlung. Vertrauen wird in Abhängigkeit des jeweiligen Verständnisses als Korrelat oder Determinante eines bestimmten Verhaltens betrachtet sowie als unmittelbare behaviorale Manifestation eines psychologischen Zustands. Gerade in empirischen Arbeiten wird implizit oder explizit die Rolle von Vertrauen für Verhaltensprognosen auf unterschiedlichen Analyseebenen (Individual- und/oder Kollektivebene) betont. Wie die o.g. Liste der abhängigen Variablen schon erahnen lässt, liegen vielen Vertrauensstudien therapeutische Motive zugrunde. Dahinter steckt die Vorstellung, Vertrauen zeitige erwünschte, Misstrauen unerwünschte Handlungseffekte. Die widersprüchlichen Befunde und kurzen Halbwertszeiten solcher Untersuchungen lassen jedoch die in den practical implications verordneten *trust-repair*-Kuren fragwürdig erscheinen. Werden in Untersuchungen mehrere Analyseebenen berücksichtigt, zeigt sich oft, dass es ratsam ist, den Mechanismus Vertrauen nicht vorab normativ zu präjudizieren (vgl. Hörlin 2016; Strulik 2011; Morgner 2018; Shockey/Shepherd 2016; Hellmann 2002: 88).

Trotz des gemeinsamen analytischen Fluchtpunkts, der in der Erklärung und Prognose sozialer Handlungen liegt, wird Handlung als basale sozialtheoretische Beobachtungskategorie eher selten direkt ins begriffliche Instrumentarium der (neueren) Vertrauensforschung aufgenommen (für Ausnahmen s. z.B. Westphal/Blöbaum 2016; Dietz/Den Hartog 2006). Dagegen wird in dieser Arbeit die These vertreten, dass die Relevanz des Vertrauenskonzepts und damit die Vertrauensforschung insgesamt erst dann zur Geltung kommen, wenn Gründe dafür angegeben werden können, warum bisherige Verhaltensprognosen ohne Vertrauensvariable – etwa die langen einschlägigen Forschungstraditionen in Soziologie und Sozialpsychologie – unzureichend sind. Auf den Punkt gebracht: Welcher Mehrwert ergibt sich für die wissenschaftliche Verhaltensklärung durch die Berücksichtigung der Variable Vertrauen? Diese Frage nach der *methodologischen Relevanz der Vertrauensforschung* lässt sich nur vor dem Hintergrund einer grundagentheoretischen Einbettung des Handlungsbegriffs beantworten. Doch wie kann eine solche Implementation aussehen?

Die Einbettung kann eher individualistisch oder eher holistisch erfolgen, womit ein alter, bis heute andauernder Methodenstreit in den Sozialwissenschaften

tangiert ist (vgl. Lewis/Weigert 1985)²: Soziale Phänomene werden einerseits über das Zusammenwirken individueller Akteure erklärt, wobei das Explanandum vollständig auf (psychologische) Letztbestandteile der Individuen zurückgeführt wird (*methodologischer Individualismus*). Beispielhaft für diese Sichtweise steht die Vertrauens- theorie von James Coleman (1990), in der die vertrauensvolle Handlungs- entscheidung auf eine zweckrationale Kalkulation eines egoistischen Akteurs zu- rückgeht. Dahinter steht die anthropologische Grundlegung des Homo oeconomicus, also das Menschenbild autonomer Nutzenmaximierer*innen.³

Diesem Reduktionismus gegenübergestellt ist der *methodologische Kollektivismus* oder *Holismus*, der von einer irreduziblen Eigenständigkeit einer wie auch immer beschaffenen Sozialität (z.B. Gesellschaft) ausgeht. Aus dieser Perspektive sind so- ziale Phänomene nicht ausschließlich über das Zusammenwirken beteiligter In- dividuen und zeiträumliche Merkmale einer Handlungssituation erklärbar. Die zugrundeliegende These ist, dass zwischenmenschliche Interaktionen nicht ohne soziale Regulative möglich sind, welche über die bloße Interaktionssituation hin- ausweisen. Parsons und Shils (1951) haben dies am Problem der doppelten Kon- tingenz illustriert: Wie ist eine Verhaltensabstimmung zwischen zwei Interakti- onspartner*innen möglich, deren Handlungsoptionen wechselseitig voneinander abhängen, bei der jedoch alle Randbedingungen, die den Raum möglicher Hand- lungsalternativen abstecken, völlig unbestimmt sind? Ihre Antwort: nur über die Herausbildung sozialer Normen und Strukturen, die die Ausbildung gegenseitiger Erwartungen ermöglichen.

Dass institutionalisierte Normen (z.B. Gesetze) das Problem der doppelten Kontingenz nicht einfach auflösen, hat Durkheim (1988: 256ff.) an der Binde- wirkung von Verträgen nachgewiesen. Letztere ist nach seiner Auffassung nicht ausschließlich mit kontraktuellen Aspekten zwischen den Vertragsparteien erklär- bar, da »die vertragliche Regelung sozialer Verhältnisse ihrerseits als Institution gedeutet wird und solchermassen eine normativ gesättigte Legitimierung erfährt, die erst die elementare Voraussetzung ihrer effektiven Geltung bildet« (Endreß 2002: 12). Quelle der normativen Legitimierung und Bedingung sozialer Solidarität sei das Kollektivbewusstsein, das im Bewusstsein der Vertragsparteien graduell repräsentiert ist. Aus Durkheims Sicht erhöht Vertrauen nicht einfach die Chancen der Vertragseinhaltung, sondern ist überhaupt erst Determinante, um kontrak- tuelle Aspekte als verpflichtend wahrzunehmen. (Vgl. ebd.) Erstens müssen Ego und Alter also beide in die Effektivität des normativen Regulativs vertrauen und

2 Diese Differenzierung wird oft mit der Gegenüberstellung von Handlungs- und Systemtheo- rie gleichgesetzt, dies ist jedoch – wie weiter unten deutlich wird – unscharf.

3 In der Psychologie findet sich mit dem Erwartungs-mal-Wert-Modell ein Konzept zur indivi- dualistischen Verhaltensprognose, das auf ähnlich wenigen Prämissen fußt. Gegenüber der klassischen Rational-Choice-Theorie stellt dieses Modell jedoch eine Erweiterung dar, da die Werte der antizipierten Verhaltensfolgen auch emotionaler Art sein können.

zweitens müssen sie darauf vertrauen, dass das Gegenüber ebenfalls vertraut. Aus holistischer Sicht begründet sich damit die Notwendigkeit zu vertrauen in der Handlungsfreiheit des Gegenübers (vgl. Luhmann 2009 [1968]: 48).

Vor diesem Hintergrund werden die Limitationen des individualistischen Ansatzes von Coleman deutlich, der Erwartungsreziprozität in seinem rationalistischen Modell ausblendet (vgl. Funder 1999: 79f.).⁴ Individualistische Ansätze haben allgemein Schwierigkeiten zu erklären, woher die unterstellten Präferenzordnungen im Handeln der Akteure überhaupt stammen. Entweder wird die Ursachensuche sofort abgebrochen, indem bestimmte Interessen oder gar Rationalitätsformen zur (vermeintlichen) Natur des Menschen verabsolutiert werden – das Modell des Homo oeconomicus ist ein prominentes Beispiel – oder die Ursachensuche wird abgekürzt, indem die Gründe der Interessenlagen der geltenden Institutionenordnung überantwortet wird. Das letztere Erklärungsangebot beleuchtet jedoch nur eine Seite der Medaille, denn wie ist wiederum die Genese der aktuell geltenden Institutionenordnung sozialtheoretisch, also in Abstraktion ihrer historischen Spezifik zu erklären?

Da es innerhalb der Sozialwissenschaften darum geht, die Rolle von Vertrauen zur Erklärung sinnhaften, also sozialen Handelns (sensu M. Weber) herauszustellen, kommt Vertrauensforschung aus holistischer Sicht nicht ohne grundlegende Annahmen über die zwischenmenschliche Verhaltensabstimmung aus. Wie schon bei Durkheim deutlich wird, ist Vertrauen nicht nur abhängig von sozialregulativen Kontexten, sondern Vertrauen bedingt sie auch. Dies haben Vertrauentheoretiker*innen herausgestellt, die im Konstrukt Vertrauen einen Schlüssel zur Beantwortung der soziologischen Grundfrage sehen (z.B. Misztal 1996): *Wie ist soziale Ordnung möglich?*

»Sociologically, trust is conceptualized as a reciprocal orientation and interpretive assumption that is shared, has the social relationship itself as the object, and is symbolized through intentional action. Sociological trust is not derived from, nor reducible to the psychological states of atomistic individuals; it concerns the social order as a moral order.« (Lewis/Weigert 1985: 456)

Vertrauen wird demnach eine »Brückenkopffunktion im Hinblick auf die Verknüpfung zwischen der Mikro- und der Makroebene« (Funder 1999: 87), sprich der Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft, zugewiesen. Diese Schlüsselposition von Vertrauen als sozialem Kitt gewinnt besonders dann an Gewicht, wenn die Gesellschaft nicht als eine statische konzeptioniert wird. Sobald unterstellt wird, tiefgreifende soziale Wandlungsprozesse (Digitalisierung,

4 Eine ausführliche Kritik an der mikroökonomischen Vertrauensforschung findet sich bei Pavlova (2018: 42ff.).

Ökonomisierung, Medialisierung etc.) würden das Beziehungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft verändern, ist die Frage der Vermittlung zwischen diesen beiden neu zu stellen. Darin liegt die zweite metatheoretische Bedeutung der Vertrauensforschung, ihre *sozialräumliche Relevanz* begründet. Sie offenbart sich in der Bearbeitung von wicked problems, also sozialen Phänomenen von solch hoher Komplexität, dass zwischen wissenschaftlichen Disziplinen nicht einmal Einigkeit über relevante Fragestellungen herrscht. Daher ist eine Grundlagentheorie mit hohem Abstraktionsniveau vonnöten, um die heterogenen Phänomene mit dem Konzept des Vertrauens valide adressieren zu können. Die einzige sozialwissenschaftliche Disziplin, die sich anmaßt, einen Beobachtungsstandpunkt einnehmen zu können, der noch über der Reflexionsebene gesellschaftlicher Teilsysteme liegt, ist die Soziologie (vgl. Schimank 2005b: 15).⁵ So gewinnen etwa politikwissenschaftliche oder wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaftstheorien ihre zentralen Beobachtungskategorien aus dem Teilsystem, in dem sie verankert sind. Sie stellen deshalb den gesellschaftlichen Umgang mit Macht oder Ressourcenknappheit ins analytische Zentrum. Demgegenüber beschäftigen sich soziologische Gesellschaftstheorien mit der gesellschaftlichen Ordnung bzw. Integration in toto. (Vgl. ebd.) »Die Soziologie hat als einzige der sozialwissenschaftlichen Disziplinen den Bezug zu Problemen der Gesamtgesellschaft beibehalten.« (Habermas 2014: 20) Dementsprechend bietet es sich an, nach einer soziologischen Grundlagentheorie des Vertrauens Ausschau zu halten und vor diesem Hintergrund aktuelle Fragestellungen zu untersuchen.

Bereits die soziologischen Klassiker, vor allem G. Simmel (1900, 1908), haben die sozialräumliche Relevanz von Vertrauen erkannt und anhand der fundamentalen Umwälzungen im Übergang von Vormoderne zur Moderne herausgestellt. Hier erhält Vertrauen seine gesellschaftliche Bedeutung erst in und durch die Moderne (vgl. Frevert 2013). Daran schließt die wichtigste holistische Vertrauens Theorie an. Niklas Luhmann (2009 [1968]) öffnete die Vertrauenthematik für die modernen Sozialwissenschaften, die das Konzept bis dato eher stiefmütterlich behandelten. Zentral für seine Theorie ist der Terminus *Systemvertrauen*. Er versteht ihn als vermittelnden Mechanismus zwischen Akteur und Gesellschaft und weist ihm so eine Schlüsselposition in der Analyse von Struktur und Entwicklung der modernen Gesellschaft zu. Alle weiteren Vertrauentheorien, die in der kollektivistischen Tradition von Simmel und Durkheim stehen, beziehen sich direkt auf Luhmanns Vorarbeiten. Eine grundlagentheoretische Aufarbeitung von Vertrauensphänomenen kommt nicht an Luhmanns Theorie vorbei. Daher nimmt die Besprechung holis-

5 Höher gelegene Beobachtungsstandpunkte implizieren keinen überlegeneren Zugriff auf Wirklichkeit. Das heißt, hier wird keinesfalls eine wissenschaftliche Hegemonialstellung der Soziologie propagiert.

tischer Vertrauensatheorien hier ihren Ausgang. Zuvor wird jedoch ein Überblick über den Aufbau der Arbeit gegeben.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile, welche durch Einleitungs- und Schlussteil gerahmt sind. Der erste Teil beginnt mit einer kritischen Literatursynthese holistischer Vertrauensatheorien, die die Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft mit dem Konzept des Systemvertrauens adressieren. Ausgangspunkt stellt die Erstbegutachtung von Luhmanns Vertrauensatheorie dar, die theoriegenealogisch in seine erste Schaffensphase fällt (Kapitel 2). Da seine systemtheoretische Hintergrundfolie zu dieser Zeit noch deutliche akteurtheoretische Bezüge aufweist, wird in der darauffolgenden Besprechung systemtheoretischer Weiterentwicklungen auch der Ansatz von Giddens berücksichtigt, der einen Mittelweg zwischen Akteur- und Systemtheorie sucht (Kapitel 3 bis 5). Die Aufarbeitung schließt mit einer Auseinandersetzung mit Grundsatzkritik am Konzept des Systemvertrauens (Kapitel 6) sowie einer Diskussion zum Stand der Theorieentwicklung (Kapitel 7). Die Diskussionsergebnisse werden sodann zum Anlass genommen, die Implementation von Vertrauen als basaler Beobachtungskategorie in Schimanks akteurzentrierter Differenzierungstheorie vorzubereiten (Kapitel 8). Auf der Basis eines neu entwickelten Systemvertrauensverständnisses kann dann die erste Leitfrage der Arbeit nach dem Stellenwert systemischen Vertrauens in der Sozialreproduktion beantwortet werden (Kapitel 9).

Während der erste Teil der Arbeit grundlagentheoretisch ausgerichtet ist, fragt der zweite Part danach, inwieweit die Bedingungen für systemisches Vertrauen gegenwärtig erfüllt sind. Diese Frage lässt sich nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Vertrauensintermediär Journalismus beantworten, der zu Beginn des zweiten Teils – ebenfalls vor dem Hintergrund der akteurzentrierten Differenzierungstheorie – vorgestellt wird (Kapitel 10). Die Erfüllung seiner zentralen sozialintegrativen Leistungen, die auch für Systemvertrauen unverzichtbar sind, werden seit den 1970er Jahren durch den Expansionsdrang des wirtschaftssystemischen Primats in der Gesellschaft herausgefordert. Die wichtigsten Charakteristika neoliberaler Regierungsrationalitäten und Subjektivierungsweisen werden identifiziert (Kapitel 11), dabei werden einige Thesen durch Daten einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung empirisch informiert. Im letzten Kapitel des zweiten Teils werden die Argumentationsstränge zusammengeführt (Kapitel 12), wodurch sich die zweite Leitfrage nach der gegenwärtigen Bedeutung des Journalismus für die Herstellung von Systemvertrauensbedingungen beantwortet. Hier wird erneut auf einige Befragungsergebnisse rekurriert. Die Arbeit schließt mit einem Resümee, das Anlass zur Selbstreflexion und einen Forschungsausblick gibt (Kapitel 13).

Erster Teil:

**Systemvertrauen – Zwischen Determinismus
und Voluntarismus**

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. (Karl Marx 1869: 1)

2. Luhmann: Systemvertrauen und soziale Ordnung

Luhmanns Vertrauens Theorie ist eine der wichtigsten Referenzen in der interdisziplinären Vertrauensforschung. Kaum eine Abhandlung kommt aus, ohne die entscheidungstheoretischen Komponenten seines Vertrauensansatzes zumindest anzureißen (vgl. Luhmann 2009 [1968]):

- Vertrauen als Mechanismus zur Überwindung eines Wissensdefizits beim Entscheiden über risikobehaftete Handlungsalternativen in sozialen Situationen
- Größere Schadenshöhe der vertrauensvollen Handlungsalternative im Vergleich zum erwarteten Nutzen (im Anschluss an Deutsch 1958: 266)
- Zukunftsbezug von Vertrauen: Vorwegnahme der Zukunft im gegenwärtigen Entscheiden

Von entscheidender Bedeutung ist, dass diese Annahmen bei Luhmann nicht frei in der Luft schweben, sondern in Verbindung mit seinem Gesellschaftsentwurf stehen. Diesem Umstand wurde selbst in der soziologisch interessierten Vertrauensforschung wenig Beachtung geschenkt (vgl. Jalava 2003: 173), obwohl sich erst auf Basis Luhmanns grundagentheoretischer Hintergrundfolie sein Vertrauensansatz in Hinblick auf die o.g. methodologische und sozialräumliche Relevanz diskutieren lässt. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung ist zunächst eine Einordnung der beiden Texte, welche Luhmanns Vertrauens Theorie konstituieren, in sein wissenschaftliches Gesamtwerk notwendig. Dabei wird sich zeigen, dass sich die grundagentheoretischen Prämissen im Verlauf seines intellektuellen Werdegangs wandeln. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf sein Vertrauensverständnis.

2.1 Frühphase: Vertrauen in der funktional-strukturellen Systemtheorie

Luhmann gilt als Hauptvertreter der soziologischen Systemtheorie, wobei zwei Schaffensphasen unterschieden werden können. In seiner Frühphase bis zum Ende der 1970er Jahre entwickelte er im Anschluss an Parsons eine funktional-struktu-

relle Systemtheorie (paradigmatisch Luhmann 2018 [1970]: 145ff.). In dieser Zeit verfasste er auch seine Monographie *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, die erstmalig 1968 publiziert wurde und Gegenstand der folgenden Ausführungen ist.

In seiner Monographie untersucht Luhmann Vertrauen aus einer funktionalistischen Perspektive, das heißt, er skizziert zu Beginn ein Ausgangsproblem, für das der soziale Mechanismus Vertrauen eine Lösung sein kann (vgl. Luhmann 2009 [1968]). Das Problem, welches auch im Zentrum seiner allgemeinen Gesellschaftstheorie steht, ist die zunehmende soziale Komplexität in der Moderne. Es schließt unmittelbar an das Parsons'sche Gedankenexperiment der doppelten Kontingenz an: Das Bewusstsein von Ego darüber, dass Alter ganz anders erleben und handeln könnte, konstituiert eine komplexe Sozialdimension, in der die »Umwelt des Menschen zur Welt der Menschheit« (Luhmann 2009 [1968]: 8) wird.

Kontingenzwahrnehmung deutet allgemein auf ein Möglichkeitsdenken hin: Etwas ist (zufällig) so, wie es erscheint, könnte aber auch anders sein (vgl. Holzinger 2007: 26). Luhmann und viele andere nehmen an, ein Kontingenzbewusstsein, das sich auf die Verfasstheit der sozialen Ordnung bezieht, sei ein typisch neuzeitliches Phänomen (vgl. Luhmann 2006: 93ff.; Luhmann 2001: 146). Im Gegensatz zur Moderne ist die Vormoderne eine »statische, in sich ruhende Gesellschaft. Ihre Ordnung wird als eine von Gott gewollte, nicht als eine von Menschen geschaffene Realität begriffen« (Bauer/Matis 1988: 15). Erst die Einsicht, dass die Gesellschaft eine von Menschen konstruierte, nicht natürliche Daseinsform ist, begründete den Dualismus zwischen Ordnung und Chaos als konstitutives Merkmal der Moderne (vgl. Bauman 2015: 9f.). Im Unterschied zur feudalen Ordnung der Vormoderne, ist nun die soziale Ordnung im Rahmen eines säkularen Weltbildes begründungsbedürftig und damit zukunfts offen bzw. für umfassende Gestaltungsbemühungen (*Modernisierung*) freigegeben.

In diesem Zusammenhang steht Luhmanns Annahme, dass sich die soziale Komplexität historisch gesteigert habe und weiterhin steigern – und zwar aufgrund ihrer immer größer werdenden Potenz zur zwischenmenschlichen Verhaltenskoordination. Diese schon von Durkheim (1988) vorgebrachte These wird unter dem Stichwort der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verhandelt. Besonders in Hinblick auf den Übergang von Vormoderne zur Moderne wird von einer sprunghaften Differenzierung ausgegangen. So sei die Arbeitsteilung in der europäischen Vormoderne stratifikatorisch organisiert gewesen, das heißt, die soziale Ordnung sei als hierarchische Schichtung angelegt, in der jedes Individuum genau einem Stand oder einer Klasse angehörte. Dementsprechend verfügten die Individuen über eindeutige Rollenerwartungen und interagierten innerhalb eines sozial, politisch und territorial begrenzten Erfahrungsraums. Ebendiese stratifikatorische Arbeitsteilung habe sich im Übergang zur Moderne gewandelt – und zwar in Hinblick auf die Funktionserfordernisse einer Gesellschaft.

Zentral für Luhmanns Überlegungen ist die Annahme, dass die gesellschaftliche Komplexitätsbearbeitung in der Moderne durch soziale Systeme erfolgt. Ein soziales System liegt dann vor, »wenn Handlungen mehrerer Personen sinnhaft aufeinander bezogen werden und dadurch in ihrem Zusammenhang abgrenzbar sind von einer nichtdazugehörigen Umwelt« (Luhmann 2005: 10). In seiner Frühphase unterscheidet Luhmann zwei Typen von Sozialsystemen: Interaktionen als episodische Systeme unter Anwesenden und Sozialsysteme vom Typ Gesellschaft. Letztere sind höherstufige Ordnungen, die eine kommunikative Handlungskoordination auch in Abwesenheit erlauben. Gesellschaftssysteme gewinnen ihre Bezeichnung nicht dadurch, dass sie alles in einer Gesellschaft beinhalten würden, sondern hier ist ein Organisationsprinzip gemeint, das gesellschaftsweit alle kommunikativ erreichbaren Handlungen systematisiert. (Vgl. Abels 2019: 115f.) Später wird Luhmann diese Bezeichnung durch den Begriff der Funktionssysteme ersetzen und mit Organisationssystemen einen dritten Typus sozialer Systeme einführen.

Soziale Systeme beobachten die Gesellschaft vor dem Hintergrund ihrer eigenen Funktionslogiken und machen sie so innerhalb ihrer spezifischen Sinnbezirke bearbeitbar. Durch die ausschnittshafte Bearbeitung des Sozialen – zum Beispiel von Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Wissenschaftssystem – lässt sich die ansonsten unbegrenzte Menge möglicher Weltzugänge auf ein Maß reduzieren, das die Ausbildung von Erwartungshaltungen ermöglicht. Auf die systemspezifischen Operationen kann dann alltäglich Bezug genommen werden mithilfe *generalisierter Kommunikationsmedien*. Hierbei handelt es sich um »Zusatzeinrichtungen zur Umgangssprache [...], nämlich symbolisch generalisierte Selektionscodes, deren Funktion es ist, die intersubjektive Übertragbarkeit von Selektionsleistungen über mehr oder weniger lange Ketten hinweg zu sichern« (Luhmann 2009 [1968]: 61). So werden etwa die Systemoperationen des politischen Systems im Medium *Macht*, die des Wirtschaftssystems im Medium *Geld*, im alltäglichen Handeln anschlussfähig. Darüber hinaus kann durch fortschreitende Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme in weitere Subsysteme, die der grundsätzlichen Operationsweise ihrer Muttersysteme folgen, gesellschaftliche Leistungssteigerung (*Evolution*) erreicht werden. Funktionale Differenzierung lässt sich damit auf eine paradoxe Formel bringen: Gesellschaftliche Komplexitätssteigerung durch teilsystemische Komplexitätsreduktionen.

Diese systemtheoretischen Prämissen haben erhebliche Auswirkungen auf Luhmanns Vertrauensverständnis. Für dieses ist die Unterscheidung von Vertrautheit und Vertrauen sowie die weitere Differenzierung in persönliches Vertrauen und Systemvertrauen zentral. In seiner Monographie fundiert Luhmann den

Begriff der Vertrautheit phänomenologisch in Anlehnung an Alfred Schütz.¹ Um sich in der komplexen Welt zurecht zu finden, um überhaupt etwas erleben zu können, muss der Mensch seinen Wahrnehmungen einen Sinn verleihen. Dies geschieht dadurch, dass er eine »Selbst-Verständlichkeit des Seienden« (ebd.: 21) entwickelt und diese auch bei anderen voraussetzt:

»Sinn und Welt werden zunächst und im allgemeinen anonym konstituiert. Jedermann wird als dasselbe miterlebend vorausgesetzt in der Leerform eines anderen Ichs, als ›Man‹. Die Konstitutionsleistung bleibt infolgedessen undifferenziert. Sie wird in diffuser Übereinstimmung von allen erbracht. Insoweit ist daher auch kein besonderes Vertrauen in den Mitmenschen nötig.« (Ebd.: 21)

Die intersubjektiv erlebte Vertrautheit schließt dabei jedoch keineswegs abweichende Meinungen über die Welt aus. Allerdings wird ein Dissens nur als Abweichen vom Wahren und Bekannten erlebt und »nicht der Welt, sondern dem Menschen als einem Gegenstand in der Welt angelastet, seiner Unvernunft, seiner bösen Absicht, seiner fremden Herkunft oder heute mit Vorliebe seinen ›Komplexen‹ zugerechnet« (ebd.: 22). Damit bleibt die vertraute Welt einfach und das Bewusstsein kann gegenüber dem Unvertrauten und Fremden, das nur als Horizont möglicher Weltkomplexität imaginiert wird, geschützt werden. Mit dem Beginn der Moderne häufen sich jedoch Situationen, in denen Vertrautheit zur Verhaltenskoordination nicht mehr ausreicht.

»Erst in dem Maße, als der andere Mensch nicht nur als Gegenstand in der Welt, sondern als alter ego ins Bewußtsein tritt, als Freiheit, die Dinge anders zu sehen und sich anders zu verhalten, wird die traditionelle Selbstverständlichkeit der Welt erschüttert, wird ihre Komplexität in einer ganz neuen Dimension sichtbar, für die vorerst keine angemessenen Formen der Erfassung und Absorption zur Verfügung stehen.« (Ebd.)

Das heißt, dass sich erst in der Moderne das Problem doppelter Kontingenz auch auf die untersten Ebene einer alltäglichen Wahrnehmung niederschlägt. Jetzt werden verschiedene Zukunftsmöglichkeiten salient und diese soziale Kontingenzwahrnehmung macht Vertrauen als Mechanismus in der Handlungskoordination notwendig. Dabei bleibt Vertrautheit auch in Vertrauenssituationen eine notwendige Voraussetzung, da ohne »Vorleistung von Ordnung« (ebd.: 23) und einer »sozial konstituierten Typizität« (ebd.), die aus den bisherigen Erfahrungen der vertrauten Welt gewonnen wurde, gar keine Anhaltspunkte für Vertrauen gegeben wären. Vertrauen problematisiert lediglich Kleinstausschnitte der ansonsten vertrauten

1 Im zweiten Vertrauenstext ergänzt er das phänomenologische Verständnis um ein operationales unter Zuhilfenahme der Distinktionslogik G. Spencer-Browns (vgl. Spencer-Brown 1997). Sein Verständnis von Vertrautheit ändert sich dabei nicht grundsätzlich.

Welt – »[d]em Chaos kann man nicht vertrauen.« (Ebd.: 47) Im Fall persönlicher Interaktionen basiert Vertrauen auf der Wahrnehmung des Gegenübers »als ordnendes und nicht willkürliches Zentrum eines Systems von Handlungen, mit dem man sich verständigen kann« (ebd.: 48). Vertrautheit – so lässt sich interpretieren – resultiert hier aus der sozialen Typizität von Interaktionssituationen, die in der Sozialisation erlernt wurde.

Ist damit soziale Ordnung bzw. Verhaltenskoordination an persönliche, weil vertraute Kontakte gebunden? Mit Verweis auf die postulierten sozialstrukturellen Veränderungsprozesse verneint Luhmann dies entschieden. Die o.g. Modernisierungsprozesse, das aufkommende soziale Kontingenzbewusstsein einerseits sowie die potenzierte Arbeitsteilung andererseits, sind nur in Zusammenhang mit zwei grundlegenden Entwicklungen denkbar. Zum einen geht er von einem Verlust vertrauter Lebensbereiche aus, zum anderen steigt gerade deshalb ein fundamentales Orientierungsbedürfnis:

»In dem Maße, als eine Sozialordnung komplexer und variabler wird, verliert sie als Ganzes den Charakter der Selbstverständlichkeit, der bekannten Vertrautheit, weil die tägliche Erfahrung sie nur ausschnitthaft zu Gesicht bringen oder erinnern kann. Andererseits ergibt sich aus der Komplexität der Sozialordnung selbst ein gesteigerter Koordinationsbedarf und damit ein Bedarf für Festlegung der Zukunft, also ein Bedarf für Vertrauen, das nun immer weniger durch Vertrautheit gestützt sein kann.« (Ebd.: 24)

Der erhöhte Vertrauensbedarf in der Moderne kann jedoch gerade nicht durch persönliche Beziehungen gedeckt werden, die sich auf den Bereich einer vertrauten Nahumwelt beschränken. Die Leistungen der höherstufigen Sozialsysteme vom Typ Gesellschaft werden alltäglich zur Handlungsgrundlage gemacht, obwohl ihr Zustandekommen aufgrund der langen Selektionsketten nicht mehr persönlich nachvollzogen werden kann. Wie kann nun vertraut werden, wenn die Voraussetzung, also die Vertrautheit nicht mehr gegeben ist?

Die neue Form der Arbeitsteilung kann nur funktionieren, wenn in die Effektivität der generalisierten Kommunikationsmedien vertraut wird. Schon Simmel (1900) hatte diese Form unpersönlichen Vertrauens am Beispiel des Mediums Geld veranschaulicht. Luhmann wählt ebenfalls das Beispiel des Geldvertrauens: »Wer in die Stabilität des Geldwertes und in die Kontinuität einer Vielfalt von Verwendungschancen vertraut, setzt im Grunde voraus, daß ein System funktioniert, und setzt sein Vertrauen nicht in bekannte Personen, sondern in dieses Funktionieren.« (ebd.: 64) Dieses Systemvertrauen werde nicht nur »automatisch« erlernt, sondern es gebe auch keine Alternative: »Der Vertrauende weiß sich korrekturunfähig, fühlt sich damit Unvorhersehbarem ausgeliefert und muß trotzdem wie unter Zwangsvorstellungen weiter vertrauen.« (Ebd.) Trotz der Unausweichlichkeit des Systemvertrauens gibt es auch hier ein Kontingenzbewusstsein, da »die Kommunikation

von Menschen gemacht wird und auf Menschen wirkt, ohne durch die invariante Natur des Richtigen oder durch gute persönliche Bekanntschaft gesichert zu sein« (ebd.: 62). Allerdings scheint diese potenzielle Unsicherheitsquelle im Alltag nicht häufig aufzutreten:

»Andererseits ist das Vertrauen in die großen Mechanismen der Reduktion so unausweichlich, daß es nicht wie das persönliche Vertrauen als subjektive Leistung, die man gewähren oder versagen kann, bewußt zu werden vermag. So wird das Systemvertrauen im Alltag kaum zum Thema werden, und auch diese Latenz dient seiner Sicherstellung.« (Ebd.: 76)

Daher kommt Luhmann zu dem Schluss, »daß Systemvertrauen gewisse Funktionen und Züge der Vertrautheit in sich aufgenommen hat, also eigentlich jenseits von persönlich geleistetem Vertrauen und Mißtrauen liegt« (ebd.: 78). Er möchte die beiden Begriffe jedoch trotzdem nicht einfach gleichsetzen, sondern Systemvertrauen eher als »stabile Einstellung zur Kontingenz einer komplexen Welt« (ebd.) verstanden wissen.

2.2 Spätphase: Vertrauen in der autopoietischen Systemtheorie

Damit ist die Verschränkung von Gesellschaftskonstitution und individuellem Vertrauen aus funktional-struktureller Sicht skizziert. Spätestens ab Erscheinen seines ersten Hauptwerks *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie* im Jahr 1984 vertrat er dann eine autopoietische Systemtheorie. Sein zweiter Vertrauens-text, der Aufsatz *Familiarity, Confidence, Trust: Problems and Perspectives*², wurde 1988 veröffentlicht und fällt demnach zeitlich in die zweite Schaffensphase. Wodurch unterscheidet sich der späte vom früheren Luhmann?

In der Rezeption ist vor allem auf die neu konzipierte Operationsweise der Systeme abgestellt worden (vgl. Nolte 1999: 104): von einem offenen hin zum selbstreferenziell geschlossenen, also autonomen Funktionieren. Eben diese sogenannte autopoietische Wende führt auch der Autor selbst als »Paradigmawechsel in der Systemtheorie« (vgl. Luhmann 2015: 15ff.) ein. Für Nolte (1999: 104f.) besteht der größere Bruch zum frühen Theorieentwurf jedoch vor allem in der Neuverortung des Individuums innerhalb der Luhmann'schen Theoriearchitektur.

Luhmann hatte sich schon früh von Parsons' Handlungsbegriff distanziert, da letzterer aus Sicht Luhmanns die fundamentale Rolle von Kommunikation in der

2 Um in der eingeführten Terminologie zu bleiben, wird im Folgenden auf die deutsche Version des Textes Bezug genommen (vgl. Luhmann 2001).

Genese sozialer Ordnung verkannt habe.³ Trotzdem sieht auch Luhmann in seiner Frühphase Handlungen als konstitutive Elemente sowohl personaler wie sozialer Systeme an (vgl. Luhmann 1964: 24f.). Ein personales System ist für ihn der geeignete sozialwissenschaftliche Terminus für Person. Mit dieser Begriffsfassung möchte er betonen, dass sich personale und soziale Systeme zwar durch eigene »Ordnungsschwerpunkte mit eigener Bestandsproblematik« (ebd.: 25) unterscheiden, nicht jedoch durch ihre Basiselemente. Beide sind Handlungssysteme, die sich sogar partiell überschneiden, weil einzelne Handlungen von Personen »in verschiedene Sozialsysteme hineingeflochten sind« (ebd.). In Bezug auf soziale Systeme unterscheidet er zwischen generalisierten Handlungserwartungen und faktischen Handlungen.

»Es handelt sich dabei um zwei Aspekte der Systembildung. Der eine betrifft die systembildende Funktion der sozialen Struktur, die die Handlungen normiert, institutionalisiert und in Rollen zusammenfasst, der andere die systembildende Funktion der tatsächlichen, variations- und selektionsfähigen Handlungsvollzüge.« (Nolte 1999: 104)

Das heißt, dass Handlungen als Basiselemente der Systeme auf die strukturelle Reproduktion der verschiedenen Sozialsysteme ausgerichtet sind, jedoch auch ein gewisser Gestaltungsspielraum autonomer Individuen eingeräumt wird (vgl. ebd.).

Demgegenüber bestehen Sozialsysteme in Luhmanns Spätphase ausschließlich aus Kommunikation (vgl. Luhmann 1990: 269). Menschen sind zwar an der Kommunikation sozialer Systeme beteiligt, sie sind jedoch nicht Teil dieser. Genauer gesagt, ist auch hier nicht der ganze Mensch im Sinne einer Entität beteiligt. Aus Sicht der autopoietischen Systemtheorie ist der Mensch ein Zusammenhang verschiedener Systeme, wobei vor allem zwischen dem Bewusstsein (psychisches System) und den Systemen des Körpers (zusammengefasst: biologisches System) unterschieden wird. Nur das psychische System ist an soziale Systeme gekoppelt. Diese beiden Systemtypen operieren selbstreferenziell geschlossen (*autopoietisch*) und sind für sich gegenseitig Umwelt. Das heißt, Individuen sind als ganze Menschen nur noch in der Umwelt der Sozialsysteme zu verorten. Sie sind hier kommunikative Zurechnungsadressen für soziale Handlungen. (Vgl. Luhmann 1995: 37ff.) Diesen Umstand charakterisiert Fuchs (2005: 37ff.) als *Adressabilität der Gesellschaft*. Gemeint ist die Vorstellung, dass Sozialsysteme durch ihre systemspezifische Kommunikation erst das produzieren, was als handelnder Akteur sozial in Erscheinung tritt. Da die systemspezifische Adressierung der Individuen vor dem Hintergrund

3 Siehe hierzu Parsons' Definition sozialer Systeme, die ohne die Begriffe Sinn oder Kommunikation auskommt: »Soziale Systeme werden gebildet von Zuständen und Prozessen sozialer Interaktion zwischen handelnden Einheiten.« (Parsons 1972: 15).

ihrer jeweiligen Funktionslogik selektiv ist, werden jeweils nur spezifische Merkmale der Individuen adressiert (vgl. Bröckling 2017: 66).

»Es gibt eine je systemrelative Unterstellung von Freiheiten, subsystemspezifische Zurechnung von Handlungen, Verantwortung, Rechten und Pflichten, subsystemspezifische Ausstattung der Personen mit Kapital, Interessen, Intentionen, Zielen und Präferenzen. Jedes Subsystem erfindet sich sozusagen seine eigene Sozialpsychologie, die je eigene Relevanzkriterien besitzt, um Informationen über die beteiligten Menschen zu schaffen.« (Hutter/Teubner 1994: 121)

Die entwickelten Sozialpsychologien produzieren darüber hinaus unterschiedlicher Menschenbilder (z.B. Homo oeconomicus, Homo juridicus, Homo politicus, Homo sociologicus usw.).

Luhmanns zweiter Vertrauenstext lässt eine fundierte Einbettung bzw. Neujustierung seines Vertrauensverständnisses vor dem Hintergrund dieser aktualisierten Gesellschaftstheorie vermissen (vgl. Jalava 2003). Dass er seine Sichtweise auf den sozialen Mechanismus Vertrauen wahrscheinlich änderte, kann schon allein deshalb vermutet werden, weil er den zentralen Begriff des Systemvertrauens im aktuelleren Aufsatz durch den der Zuversicht (»confidence«) ersetzt. Letzterer taucht in der Vertrauensmonographie nur an einer Stelle auf und wird hier nicht – wie aufgrund der früheren Konzeptionalisierung vermutet werden könnte – in die Nähe von Vertrautheit gerückt, sondern in die der Hoffnung: »Der Hoffende faßt trotz Unsicherheit einfach Zuversicht. Vertrauen reflektiert Kontingenz, Hoffnung eliminiert Kontingenz.« (Luhmann 2009 [1968]: 29) Wie sich wiederum Hoffnung und Vertrautheit zueinander verhalten, wird weder im alten noch im neuen Text geklärt.

Der Begriffswechsel von Systemvertrauen zu Zuversicht hat in der Rezeption durch die interdisziplinäre Vertrauensforschung einige Verwirrung gestiftet – auch, weil Luhmann ihn an keiner Stelle angekündigt oder kommentiert hatte. Eine erst vor Kurzem veröffentlichte Vorgängerversion seines zweiten Hauptwerks *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, die er zwischen 1973 und 1975 noch vor seiner autopoietischen Wende verfasste (vgl. Luhmann 2017), enthält allerdings einen Hinweis, der als gedankliche Brücke zwischen den Begriffen interpretiert werden kann. Einerseits hält er in der Diskussion über die Annahmebedingungen funktionssystemischer Selektionsketten noch am Vertrauensbegriff fest, andererseits möchte er sich offenbar vom risikobehafteten Vertrauensverständnis seiner Vertrauensmonographie absetzen, wenn er feststellt: »In Erweiterung dieses Begriffs [Vertrauen, Anm. d. V.] kann man auch in bezug auf Erleben von Vertrauen sprechen im Sinne der Sicherheit, daß etwas der Fall ist oder daß man richtig kategorisiert hat.« (Ebd.: 555f.) Für ebendiesen Verwendungszweck verweist er auf den Begriff der »confidence«, der in der Psychologie hierfür gebräuchlich sei (ebd.: 556, Fn. 120) und den er dann auch in der späteren Publikation übernimmt. Das im Zitat genannte Si-

cherheitserleben in Bezug auf die Selektionsketten zeigt an, dass er sich zu diesem Zeitpunkt bei der Konzeption systemischen Vertrauens weiter vom entscheidungstheoretischen Zuschnitt des persönlichen Vertrauens entfernt hat (vgl. ebd.: 556).

Im Unterschied zur Vertrauensmonographie stellt er im späteren Vertrauentext aus den 80er Jahren dem Begriff der Zuversicht konsequenterweise nun nicht mehr das persönliche Vertrauen gegenüber, sondern er spricht nur noch von Vertrauen in Abgrenzung zur Zuversicht (vgl. Luhmann 2001). Beide Konstrukte werden nun kognitivistisch deutlicher von dem der Vertrautheit differenziert. Im Gegensatz zu Vertrauen und Zuversicht finde bei einer Erwartungshaltung im Modus der Vertrautheit keine Selbstreflexion in Hinblick auf die Kehrseite des Unvertrauten statt. Enttäuschte Erwartungen werden dem Lauf der Dinge oder der Natur zugerechnet. Im Falle von Zuversicht und Vertrauen gibt es jedoch Selbstreflexion. Zuversicht ist mit einer Gefahren- und Kontingenzwahrnehmung verbunden, die aus der Abhängigkeit des Individuums von Sozialsystemen resultiert. Vertrauen charakterisiert Entscheidungssituationen, in denen aus mehreren Handlungsalternativen eine risikobehaftete Wahl getroffen wird. Bei Erwartungsenttäuschung wird die Verantwortung für die negativen Konsequenzen intern der eigenen Wahl angelastet (*Selbstreferenz*), während zuversichtliche Individuen enttäuschte Erwartungen externen Sozialstrukturen überantworten (*Fremdreferenz*).

Vor dem Hintergrund der nun ausgearbeiteten Theorie funktionaler Differenzierung unterstreicht Luhmann wie auch schon in seiner Monographie erneut die gesellschaftliche Relevanz systemischer Zuversicht in Abgrenzung zum (persönlichen) Vertrauen:

»Vertrauen bleibt unerlässlich in zwischenmenschlichen Beziehungen, aber die Partizipation an funktionellen Systemen wie Wirtschaft oder Politik ist nicht mehr eine Sache persönlicher Beziehungen. Sie erfordert Zuversicht, aber kein Vertrauen.« (Luhmann 2001: 156)

Da Individuen von allen Funktionssystemen gleichermaßen systemrelativ adressiert werden, können sie auch nicht über ihre Partizipation im System disponieren, sondern sie sind aus Sicht Luhmanns schon immer und zu jedem Zeitpunkt sozial inkludiert. Da es also keine Wahlfreiheit zum Beispiel über die Teilnahme am Wirtschaftssystem gibt, greift das definitorische Abgrenzungskriterium gegenüber dem Vertrauensbegriff: »Es besteht weder das Bedürfnis noch gar der Anlass, die Zuversicht in das System einer Entscheidung anheimzustellen. Man kann sich nur unglücklich fühlen und sich darüber beschweren.« (Ebd.)

Angesichts dieser Fokussierung auf Zuversicht (alias: Systemvertrauen), liegt der Schluss nahe, Vertrauen (alias: persönliches Vertrauen) sei als Konzept zur Analyse moderner Sozialstruktur damit obsolet geworden. Diesem Eindruck widerspricht der Autor jedoch, wobei er zwei Argumente ins Feld führt. Vertrauen sei erstens zur Reproduktion der Sozialsysteme wichtig: »Durch Mangel an Ver-

trauen kann ein System an Größe einbüßen; es kann sogar unter eine kritische Schwelle zusammenschrumpfen, die für seine eigene Reproduktion auf einem bestimmten Entwicklungsstand notwendig ist.« (Ebd.: 158) Obwohl Individuen keine Wahl über die Anbindung an ein Sozialsystem haben, räumt Luhmann ihnen demnach Entscheidungsgewalt über den Umfang der Partizipation am System ein. Dies verdeutlicht er – wie auch schon in seiner Monographie – am Beispiel des Wirtschaftssystems:

»Als Teilhaber an der Ökonomie muss man dem Faktor Geld notwendigerweise zuversichtlich gegenüberstehen. Andernfalls würde man es nicht als Teil des täglichen Lebens akzeptieren, ohne zu entscheiden, ob man es akzeptieren solle oder nicht. [...] Aber man braucht auch Vertrauen, um Geld zu behalten und nicht auszugeben, oder um es auf eine bestimmte Art und Weise – die andere ausschließt – zu investieren.« (Ebd.: 150)

Luhmann betont im zweiten Text erneut die Unausweichlichkeit der Zuversicht, jedoch kann es nun auch ein Mehr oder Weniger geben, ohne dass Individuen der Abhängigkeit vom Funktionssystemen per se entkommen könnten. Für das Verständnis nicht einfacher wird es außerdem dadurch, dass der Autor Vertrauen und Zuversicht nun in Wechselwirkung zueinander setzt:

»Ein Mangel an Zuversicht kann – ohne weitere Reflexion – einen Mangel an Vertrauen bedeuten, und ein Mangel an Vertrauen heißt, dass jedes Verhalten, das Vertrauen voraussetzt, ausgeschlossen wird. So investieren wohlhabende Brasilianer in überflüssige Apartmentanlagen für wohlhabende Brasilianer, aber nicht in die Industrie. Ganze Verhaltenskategorien können wirkungsvoll ausgeschlossen werden, und dies verstärkt noch weiter eine Situation, in der man keine Zuversicht in das System haben kann.« (Ebd.: 157)

Hier deutet sich eine komplexe Relation von Zuversicht und Vertrauen an, die das Verhältnis von psychischen und sozialen Systemen in Luhmanns aktualisierter Theoriearchitektur betrifft, jedoch vom Autor nicht geklärt wird. Gerade an dieser entscheidenden Stelle wird die fehlende Implementierung der Vertrauens thematik in die autopoietische Systemtheorie besonders problematisch.

Diese konzeptionellen Unklarheiten ignorierend, misst Luhmann dem Bestimmungsverhältnis von Zuversicht und Vertrauen zweitens offenbar auch ein zeitdiagnostisches Potenzial bei. Da es sich um verschiedene Modi der Erwartungshaltung handelt, erscheint eine gezielte Beeinflussung individueller Haltungen möglich. So unterstellt er dem politischen Wirtschaftsliberalismus,

»Erwartungen von einer Haltung der Zuversicht zum Vertrauen hin zu verschieben. Indem er auf der Freiheit der Wahl besteht, konzentriert sich der Liberalismus [sic!] auf die individuelle Verantwortung, die impliziert, sich mit Bezug auf

Politiker, Parteien, Waren, Firmen, Angestellte, Kredite und so weiter zwischen Vertrauen und Misstrauen zu entscheiden. Und er vernachlässigt die Probleme der Zuschreibung und die bedeutende Menge an Zuversicht, die erforderlich ist, um am System teilzunehmen.« (Ebd.: 150)

Ausdruck einer gelungenen Umwandlung ist entsprechend Luhmanns Definition, dass ein Individuum in einer gegebenen Situation statt einer Gefahr, die aus dem kontingenten Systemoperierens resultiert, ein Risiko wahrnimmt, welches nun einer von mehreren Handlungsalternativen anlastet.

2.3 Zeitdiagnostisches Potenzial und grundlagentheoretische Fragen

Es ist kein Zufall, dass soziologische Ansätze das Phänomen Vertrauen anhand der Umwälzungen im Übergang von Vormoderne zur Moderne zu erklären versuchen. Angesichts rasanter sozialstruktureller Veränderungen stand und steht zur Debatte, wie soziale Ordnung trotzdem und weiterhin möglich ist. Vertrauen gewinnt hier seine sozialräumliche Relevanz, die Niklas Luhmann wie niemand vor ihm auf Basis seiner frühen funktional-strukturellen Gesellschaftstheorie hervorhebt.

Im zweiten Vertrauenstext schlägt er dabei sogar eine Brücke zum politisch-ökonomischen Wandel der letzten paar Dekaden, der aktuell unter dem Sammelbegriff des Neoliberalismus diskutiert wird. Beispiele für die von ihm postulierte Transformation von (externen) Gefahren in (interne) Handlungsrisiken für Individuen finden sich etwa in der Literatur zur Subjektivierung von Arbeit. Aus unternehmerischer Sicht liegt der Vorteil, zuversichtliche Erwartungen in vertrauensbedürftige Handlungsentscheidungen zu verwandeln in der Performance-Steigerung der Mitarbeitenden.⁴ Wo Gewinneinbußen nicht mehr der schlechten Konjunktur als externer Gefahr angelastet werden, sondern auf die Risiken subjektbezogener Arbeitsweisen zurückgehen, darf ein zwangloser Zwang zur individuellen Leistungssteigerung vermutet werden. Mit Luhmann (2001: 150): »Vertrauen zu mobilisieren bedeutet, Engagement und Aktivität zu mobilisieren und dabei den Umfang und Grad an Partizipation auszudehnen.« Bei näherem Hinsehen werden alle negativen Begleiterscheinungen seiner gesellschaftsevolutionären Theorie funktionaler Differenzierung (z.B. Anomie, Entfremdung, Fundamentalismus) auf ein Missverhältnis zwischen Zuversicht und Vertrauen zurückgeführt. Es geht also um den individuellen Umgang mit sozialer Abhängigkeit – die Frage nach der Rolle sozialer Ungleichheiten für diese Dependenz ist damit nur einen Steinwurf weit entfernt. Diesen Hinweisen gilt es im zweiten Teil der Arbeit nachzugehen.

4 Dies dürfte auch in Teilen die aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Neugier am Vertrauenskonzept erklären. So erscheint in vielen Studien Vertrauen als sozialtechnologisches Mittel zur Beeinflussung der abhängigen Variablen, der Performance (s. Kapitel 11.5.2).

Trotz der immensen sozialräumlichen Relevanz des Vertrauenskonstrukts möchte Luhmann dessen Erklärungspotenzial zur Analyse moderner Gesellschaften nicht »überlasten« (vgl. Luhmann 2001: 159). Zu dieser Relativierung könnte ihn unter anderem veranlasst haben, dass es nicht gelang, die methodologische Relevanz von Vertrauen in Bezug auf seine ausgearbeitete Theorie autopoietischer Systeme deutlich herauszuarbeiten. Obwohl der zweite Vertrauenstext chronologisch in seine zweite Schaffensphase fällt, bleibt er theoriegenealogisch in der ersten verhaftet. Das konzeptionelle Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ist eine der größten Angriffsflächen der autopoietischen Systemtheorie – der Begriff des Systemvertrauens hätte hier einen Klärungsbeitrag leisten können. Vertrauensforscher*innen werden darin überrascht, dass Luhmann der Vertrauensthematik in seinem ersten Hauptwerk lediglich ein vierseitiges Unterkapitel (2015: 179ff.), in seinem zweiten Hauptwerk *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (1997a, 1997b) sogar nur noch ein paar verstreute Absätze widmet.⁵ Dies ist deshalb so verwunderlich, da die beiden Werke als Kondensat seines gesamten Lebenswerks verstanden werden. Da oben herausgestellt wurde, dass der Mechanismus des Systemvertrauens die Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, psychischen und sozialen Systemen moderiert, müsste das Konstrukt eigentlich im Kern seines Gesellschaftsentwurfs stehen. In diesem Zusammenhang notiert Bachmann (1996: 258): »Vertrauen ist ein Mechanismus, der – im Gegensatz zu Macht etwa – von Luhmann nirgendwo explizit als ein Steuerungsmedium sozialer Systeme diskutiert wird. Implizit wird aber genau diese Annahme gemacht.«⁶ In Luhmanns Spätwerk wird nicht Vertrauen, sondern *Interpenetration*, also die wechselseitige Durchdringung von psychischem und sozialem System, als moderierender Mechanismus eingeführt. So bleibt völlig offen, wie seine frühere Feststellung, »Systemvertrauen lässt sich nicht nur auf soziale Systeme, sondern auch auf andere Menschen als personale Systeme anwenden« (Luhmann 2009 [1968]: 27) nach seiner autopoietischen Wende zu verstehen ist. Der Autor versäumt es, die Relation von Zuversicht (Systemvertrauen) und (persönlichem) Vertrauen vor dem Hintergrund interpenetrierender Systeme zu klären.

Kritiker*innen von Luhmanns Konzeption des Systemvertrauens setzen allerdings häufiger an einem anderen Punkt an – nämlich dort, wo die Handlungsautonomie des Individuums negiert wird. So stellt Kohring (2004: 106) fest:

»Man weiß um die Offenheit der Zukunft, ist ihr aber trotzdem hilflos ausgeliefert. Luhmanns Beschreibung des modernen Menschen überschreibt diesen quasi

5 Selbiges gilt auch für die Vorgängerversion des zweiten Hauptwerks, die mit dem Titel *Systemtheorie der Gesellschaft* (2017) versehen wurde.

6 Einen Aktualisierungsversuch von Luhmanns Vertrauentheorie vor dem Hintergrund seiner neueren Gesellschaftstheorie haben Jalava (2006) und Morgner (2018) unternommen. Diese werden an anderer Stelle besprochen (s. Kapitel 5).

schicksalhaften Kräften und verwirft vorschnell die Möglichkeit, Vertrauen in Systeme theoretisch konsistenter zu fassen.«

Für Gambetta (1988: 224) beschreibt Luhmanns Zuversicht (Systemvertrauen) daher auch eher einen Zustand des blinden Vertrauens oder der Hoffnung. Da es für Situationen geringer oder fehlender Handlungsautonomie gelte, könnte es als ein Ausdruck von Wunschdenken oder als Mittel zur Vermeidung kognitiver Dissonanz gesehen werden (vgl. ebd.).⁷

Hellmann (2002) interpretiert Luhmanns Zuversicht als ein Vertrauen, das sich nur darauf begründet, dass keine Alternative erkennbar ist: »[...] entweder man vertraut dem System oder schließt sich vom System selbst aus – wobei selbst dies nicht als Entscheidenkönnen erfahren wird« (ebd.: 89). Insofern ist Systemvertrauen für Kaufmann (2011) auch eher ein »Systemzwang«: »Es ist der Zwang, sich auf bestimmte Voraussetzungen zu verlassen, um überhaupt Entscheidungen fällen zu können, worin sich Systemvertrauen äußert.« (Ebd.: 276; Herv. i. O.)⁸ Da das Sich-Verlassen nicht als eine unter mehreren Alternativen ausgewählt werden kann, erscheinen die Systemimperative in der individuellen Wahrnehmung unausweichlich. Mit M. Weber (2016 [1904]) werden soziale Systeme demnach zu *stahlharten Gehäusen der Hörigkeit*, zum Ausdruck von Unfreiheit.

In der Zusammenfassung entzündet sich die Kritik also am *Determinismus*, der Luhmanns Systemvertrauensverständnis anlastet und sich aus seiner Grundlagentheorie ableitet. Individuen werden durch Sozialsysteme in der Form Person adressiert und gewährleisten als »Vollzugsinstanzen von Autopoiesis« (Münch 1994: 397) die Reproduktion des jeweiligen Systems durch Anschlusskommunikation, ohne gestaltend einwirken zu können.

Dagegen ist gesellschaftliches Gestaltungsvermögen von Akteuren eine basale Prämisse der Grundlagentheorie von A. Giddens, der sich in seinem eigenen Vertrauensansatz stark auf Luhmann beruft, sich gleichzeitig aber auch von diesem absetzen will. Wie sich die beiden Theorien zueinander verhalten, wird im Folgenden geklärt.

7 Diese Interpretation stimmt womöglich mit Luhmanns früherer Begriffsverwendung überein (s.o.).

8 Kaufmanns Äußerung bezieht sich auf die Konzeption in Luhmanns Vertrauensmonographie. Wie oben erwähnt, hatte Luhmann in seiner Frühphase noch einen gewissen sozialen Gestaltungsspielraum für Individuen vorgesehen. Da dieser in der Spätphase wegfällt, gilt Kaufmanns Einschätzung wohl nun umso mehr.

3. Giddens: Systemvertrauen zwischen Entbettung und Rückbettung

Für die Fragestellung dieser Arbeit sind Vertrauensatheorien relevant, die eine irreduzible Eigenwirkung sozialer Interdependenzverhältnisse unterstellen, zu der sich Akteure ins Verhältnis setzen. Neben Niklas Luhmann hat Anthony Giddens einen weiteren zentralen Vertrauensansatz vorgelegt, der systemische Beziehungen der Akteure betont und darüber hinaus genauere Aussagen zu ihren alltäglichen Erscheinungsformen verspricht. Aktuelle systemtheoretisch orientierte Arbeiten zu Vertrauen in den Journalismus schließen an beide Autoren an, obgleich sich Giddens' und Luhmanns grundlagentheoretische Prämissen deutlich voneinander unterscheiden. Für eine Einschätzung des Potenzials der Giddens'schen Vertrauensatheorie zur Klärung der Leitfragen dieser Arbeit, scheint es daher unabdingbar, zentrale Begrifflichkeiten gegenüberzustellen. Zunächst wird Giddens' sozialtheoretische Hintergrundfolie, die Strukturationstheorie skizziert. Auf dieser Basis lassen sich die Thesen seiner Gesellschaftstheorie und Gegenwartsdiagnose darstellen, die Ausgangspunkt seiner Vertrauensanalytik sind.

3.1 Strukturationstheorie

Giddens' Hauptwerk *The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration* (1984) ist der wohl prominenteste Versuch einer Integration zweier bislang unversöhnlicher Theorietraditionen in den Sozialwissenschaften, welche mit den Gegensatzpaaren Subjektivismus vs. Objektivismus, Handeln vs. Struktur, Individualismus vs. Kollektivismus und Voluntarismus vs. Determinismus markiert werden. Giddens wendet sich hier gegen einen konzeptionellen Dualismus aus Individuum und Sozialentität, welcher seiner Meinung nach mit einer theoretischen Schlagseite für das eine oder andere einhergeht. In subjektivistischer Tradition würden soziale Phänomene entweder ausschließlich im Rahmen der subjektiven Erfahrungswelt untersucht, welche radikal von der objektiven, materialistischen Natur getrennt wird (Hermeneutik). Oder sie würden hauptsächlich auf intentionale, sinnhafte Handlungsmomente individueller Akteure zurückgeführt (interpretative

Soziologie). Objektivistische Ansätze gäben demgegenüber überindividuellen Totalitäten den explanativen Vorrang, indem sie unter Bezugnahme auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse die einschränkende und konditionierende Einwirkung von sozialen Strukturen auf das individuelle Handeln behaupten (Strukturalismus, Funktionalismus). (Vgl. ebd.: 1f.)

Im Gegensatz zu den von ihm kritisierten Imperialismen von entweder Subjekt oder sozialem Objekt postuliert Giddens statt eines Dualismus eine Dualität von Struktur (vgl. ebd.: 25). Strukturen sind nach Giddens sowohl Medium als auch Ergebnis sozialen Handelns, das heißt, im Handeln verwirklicht sich Struktur (vgl. Miebach 2010: 376).

»Strukturen sind also nicht einfach als Zwang und Repression zu betrachten, sondern vielmehr als Ermöglichungsbedingungen, die im Handeln erzeugt, genutzt, stabilisiert, aber auch modifiziert werden. Sie werden durch menschliches Handeln (re-)produziert und begrenzen bzw. ermöglichen gleichzeitig Handeln.« (Wyss 2016: 267)

Das oben skizzierte rekursive Verhältnis von Struktur und Handeln wird im Neologismus Strukturation auf einen Nenner gebracht – in ihm wird der statische Strukturaspekt mit einer aktiven Handlungskomponente sprachlich verbunden und das wechselseitige Konstitutionsverhältnis zum Ausdruck gebracht (vgl. Miebach 2010: 376).

Ausgangspunkt sozialwissenschaftlicher Forschung ist aus Sicht der Strukturationstheorie »neither the experience of the individual actor, nor the existence of any form of societal totality, but social practices ordered across space and time« (Giddens 1984: 2). Die zeitlich stabilen und organisierten sozialen Praktiken sind Ausdruck reproduzierter Beziehungen zwischen Akteuren oder Kollektiven und werden von Giddens als soziale Systeme verstanden (ebd.: 25). Mit anderen Worten bestehen soziale Systeme aus wiederkehrenden Mustern oder »situierten Aktivitäten« (Giddens 1988: 77) von Akteuren, die in Beziehung zueinander stehen. Ebenso wie Parsons und der frühe Luhmann legt sich Giddens damit auf Handlungen als Letztelemente sozialer Systeme fest.

Sozialsysteme weisen Strukturen auf – allerdings nicht in einem existenzialistischen Sinn, sondern nur in Form raumzeitlich gebundener Realisierungen der sozialen Praktiken (*Instanzierung*). Strukturen werden definiert als Regeln und Ressourcen, »die das Handeln in bestimmte, aber rekursiv veränderbare Bahnen lenken und nur in Form von Erinnerungsspuren existieren« (Funck 2016: 74). Regeln sind »Techniken oder verallgemeinerbare Verfahren« (Giddens 1988: 73), Ressourcen »forms of transformative capacity« (Giddens 1984: 33), sprich Machtmittel. Sowohl Regeln als auch Ressourcen sind in die (Re-)Produktion sozialen Handelns einbezogen und damit Mittel der Systemreproduktion (vgl. ebd.: 76). Es werden je zwei Facetten der beiden Strukturkomponenten unterschieden (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Allokative und autoritative Ressourcen der Strukturen

Regeln	Ressourcen
<i>Normative Regeln</i> beziehen sich auf die Sanktionierung sozialer Verhaltensweisen und prägen somit die normative Ordnung in der Instanziierung des sozialen Systems.	<i>Autoritative Ressourcen</i> sind machtgenerierende Transformationsvermögen in Bezug auf das Verhalten anderer als Resultat menschlicher Herrschaftsverhältnisse.
<i>Sinnkonstituierende Regeln</i> dienen der sozialen Bezeichnung und Sinnkonstitution und prägen somit die kognitive Ordnung in der Instanziierung des sozialen Systems.	<i>Allokative Ressourcen</i> sind machtgenerierende Transformationsvermögen in Bezug auf materielle Ressourcen (Rohmaterialien, Land etc.), die sich aus der Naturbeherrschung begründen.

Eigene Darstellung nach Giddens (1984: 18, 33, 373) und Funck (2016: 75)

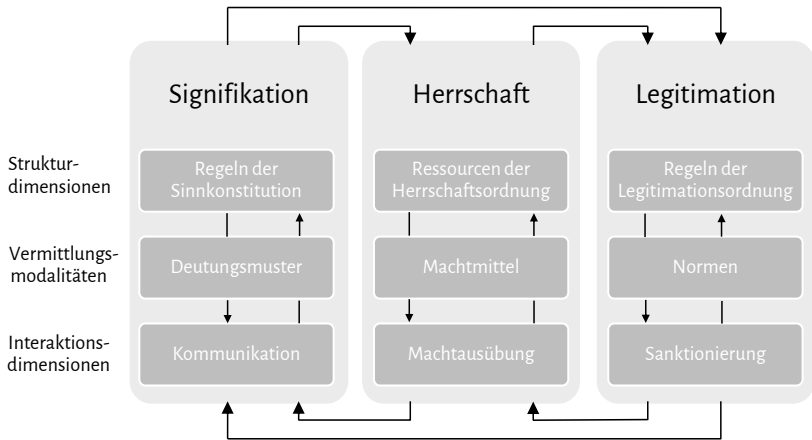
»Regeln treten dabei in der spezifischen Weise des (handlungs)praktischen Wissens in die Subjektivität der Akteure ein, während die Ressourcen das Handlungsvermögen der Akteure begründen.« (Walgenbach 2002: 361)

Der Komplex aus Regeln und Ressourcen stellt nach Giddens eine virtuelle Ordnung dar, die sich als bestimmtes raumzeitliches Phänomen konstituiert und Handlungskoordination ermöglicht. Gemäß dem Dualitätspostulat ist eine Struktur den Akteuren nichts Äußerliches, da sie sich erst »in reproduzierten Praktiken ›vollzieht« (Giddens 1988: 223; s.a. Birsl 2016: 347). Gleichzeitig möchte sie Giddens auch nicht auf die Bewusstseinsinhalte aller Beteiligten reduziert wissen: Er geht – wie Parsons – von emergenten Sozialstrukturen aus (vgl. Miebach 2010: 385). Der zentrale Gedanke der Rekursivität von Struktur und Handlung wird anhand der Beziehung von Sprache und Sprechen illustriert:

»Genauso wie die Sprache nur existiert, wenn sie gesprochen (oder geschrieben) wird, so existiert ›Struktur‹ nur, wenn sie im Handeln vergegenwärtigt oder verwirklicht wird; weil das Sprechen die Zeichen und Regeln der Sprache beachtet und benutzt, konstituiert (und transformiert) es diese.« (Neuberger 1995: 317)

Eine konzeptionelle Schnittstelle zwischen den – rein analytischen – Ebenen Struktur und Handlung (Interaktion) bilden die Vermittlungsmodalitäten, durch die Strukturen im konkreten sozialen Handeln situativ angewendet und aktualisiert werden (vgl. Funck 2016: 75f.). In Hinblick auf die zuvor genannten drei vertikalen Ebenen der Strukturierung von Sozialsystemen (Mikro-, Meso- und Makroebene) unterscheidet er horizontal drei Dimensionen der Struktur dualität: Signifikation, Herrschaft und Legitimation (s. Abbildung 1). Diese sind in der sozialen Realität rekursiv miteinander verwoben.

Abbildung 1: Rekursivität zwischen den Dimensionen des Sozialen



Eigene Darstellung nach Funck (2016: 76)

Eine Anwendung der drei Dimensionen der Strukturdualität auf die Strukturierung am Beispiel des Journalismussystems findet sich bei Wyss (2016) und muss an dieser Stelle ausgespart werden. Für den angestrebten Vergleich mit Luhmanns theoretischer Hintergrundfolie sind andere Schwerpunkte der Strukturationstheorie entscheidender, namentlich der Handlungsbegriff und seine Rolle in der Systemreproduktion.

Giddens vertritt ein Handlungsverständnis, das eher in der individualistischen Tradition verankert ist (vgl. Neuberger 1995: 322). Zwar versteht er Handlung prozessual als Handlungsstrom und nicht als singuläres Event, gleichwohl handeln Akteure bei ihm intentional – obgleich einige Handlungsmotive im Unbewussten liegen (vgl. Walgenbach 2002: 358). Ihre Fähigkeit zur Handlungssteuerung resultiert aus zwei Facetten des Bewusstseins. Neben einem ausgeprägten Reflexionsvermögen (*diskursives Bewusstsein*) ermöglicht vor allem das *praktische Bewusstsein* die Bewältigung des Alltags:

»What agents know about what they do, and why they do it – their knowledgeability as agents – is largely carried in practical consciousness. Practical consciousness consists of all the things which actors know tacitly about how to go on in the contexts of social life without being able to give them direct discursive expression.«
(Giddens 1984: XXIII; Herv. i. O.)

Der Begriff der ›knowledgeability‹ zielt auf Kapazitäten ab, Wissen anzueignen und praktisch zur Anwendung zu bringen. Die beiden Bewusstseins- oder Wis-

sensformen um die Strukturen (Regeln und Ressourcen), welche Handlungsoptionen gleichzeitig beschränken und ermöglichen, sind nicht wechselseitig exklusiv, sondern können ineinander übergehen (vgl. Giddens 1984: 7). In beiden zeigt sich zudem die außerordentliche Handlungskompetenz der Akteure: Sie reflektieren kontinuierlich über die Gründe ihrer Alltagshandlungen und die der anderen, allerdings nur teilweise auf der Grundlage ihres diskursiven Bewusstseins. Aus der Zweckgerichtetheit in der Lebensführung folgt bei Giddens jedoch keineswegs die Vorstellung einer durch und durch aktiven Gesellschaftsgestaltung durch die Akteure. Vielmehr sind es gerade die nichtintendierten Folgen zweckgebundenen Handelns, die soziale Verhältnisse schaffen, indem sie sich »in systematischen Rückkopplungsprozessen als die unerkannten (nichteingestanden) Bedingungen weiteren Handelns darstellen« (Walgenbach 2002: 359f.). Diese nichterkannten Bedingungen sind somit unbeabsichtigte Handlungsergebnisse, die Akteuren zukünftig als (weitestgehend undurchsichtige) Struktur erscheinen (vgl. ebd.). Diese Überlegung illustriert Giddens am o.g. Sprachbeispiel: »My speaking English correctly is intentional; the contribution I make to the reproduction of the language is not.« (Giddens 1984: 8) Die hier zu Tage tretenden Bewusstseinsgrenzen der Akteure veranlassen Giddens, den Begriff der *Praktiken* dem des *Handelns* häufig vorzuziehen (vgl. Endreß 2017: 224).¹

Trotz dieser objektivistischen Untertöne verwirklicht sich soziale Ordnung nicht ausschließlich hinter dem Rücken der Akteure. Das emanzipatorische Potenzial der Akteure im Sinne ihrer Fähigkeit zur aktiven Einflussnahme auf soziale Gegebenheiten zeigt sich in Giddens' Verständnis von Macht als handlungsinhärentes Transformationsvermögen: »Action depends upon the capability of the individual to ›make a difference‹ to a pre-existing state of affairs or course of events. An agent ceases to be such if he or she loses the capability to ›make a difference‹, that is, to exercise some sort of power.« (Ebd.: 14) Das heißt, das Transformationsvermögen ergibt sich aus der prinzipiellen Wahlmöglichkeit verschiedener Handlungsoptionen: »Agency concerns events of which an individual is the perpetrator, in the sense that the individual could, at any phase in a given sequence of conduct, have acted differently.« (Ebd.: 9) In Anwendung dieses sehr breiten Machtbegriffs auf das Verhältnis von Handlung und Struktur unterstreicht er erneut das Dualitätspostulat. Während in klassischen Definitionen Macht als Ressource der Machtinhaber*innen gesehen wird, welche Machtunterworfenen zu Handlungen zwingt (vgl. Miebach 2010: 380), ist Macht bei Giddens nicht die Ressource selbst, sondern die Verfügungsgewalt über Ressourcen der sozialen Strukturen (vgl. ebd. 16).

1 Neben der Begrifflichkeit sind auch viele inhaltliche Fährten gelegt, die zu Praxistheorien führen, wie etwa die Betonung der Körperlichkeit der Handelnden.

»Power within social systems which enjoy some continuity over time and space presumes regularized relations of autonomy and dependence between actors or collectivities in contexts of social interaction. But all forms of dependence offer some resources whereby those who are subordinate can influence the activities of their superiors. This is what I call the *dialectic of control* in social systems.« (Ebd.: 16; Herv. i. O.)

Die negative Seite der im Zitat genannten Dialektik der Herrschaft betrifft die einschränkenden Aspekte (»constraints«) sozialer Strukturen. Hier unterscheidet Giddens drei Dimensionen des Zwangs (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Darstellung der drei Zwangsdimensionen sozialer Strukturen

Materieller Zwang	(Negative) Sanktionen	Struktureller Zwang
Zwang, der aus den Gegebenheiten der materiellen Welt und den physischen Merkmalen des Körpers herrührt.	Zwang, der aus bestrafenden Reaktionen einiger Handelnder anderen gegenüber abgeleitet ist.	Zwang, der in der Kontextualität des Handelns gründet, d.h. in der »Vorgegebenheit« der Strukturmomente gegenüber Handelnden in einer Situation.

Eigene Darstellung nach Treibel (2006: 265) und Giddens (1984: 176)

Obwohl sich Giddens klar gegen einen deterministischen Funktionalismus wendet, unterstellt er Mechanismen der Systemreproduktion, die in Abhängigkeit der grundsätzlichen *Systemhaftigkeit* (»systemness«) eines gegebenen Sozialsystems variieren. »The relations implied or actualized in social systems are, of course, widely variable in terms of their degree of »looseness« and permeability.« (Giddens 1984: 27) Es können folgende Reproduktionsmodi unterschieden werden: Homöostase, reflexive Selbststeuerung sowie Reproduktion in Abhängigkeit der Sozial- und Systemintegration:

»Mit dem Begriff der Sozialintegration werden dabei Wechselwirkungen zwischen Praktiken von Akteuren in Situationen der Kopräsenz, also in räumlich-zeitlicher Gemeinsamkeit bezeichnet, mit dem Begriff der Systemintegration hingegen Wechselwirkungen zwischen Praktiken von Akteuren und Kollektiven über weite (ausgedehnte) Raum-Zeit-Spannen hinweg.« (Endreß 2017: 229)

Raum-Zeit-Kontexte sind nicht nur in Hinblick auf die sozial- und systemintegrative Reproduktion, sondern für seinen sozialtheoretischen Zugang überhaupt von größter Bedeutung. Daher überrascht es wenig, dass Giddens' Analyse moderner Vertrauensformen ihren Ausgangspunkt in einer raumzeitlichen Gegenwartsanalyse hat.

3.2 Gesellschaftsdiagnose: Risiken raumzeitlicher Abstandsvergrößerung

Im ersten Einleitungssatz von *Konsequenzen der Moderne*, Giddens' (1999: 9) wichtigster Publikation zum Thema Vertrauen, steckt er das Ziel seiner nachfolgenden Bemühungen ab: eine Institutionenanalyse der Moderne. Dieses ehrgeizige Ziel verfolgt er in seinem schmalen, essayistischen Band nach eigenem Bekunden vor dem Hintergrund seiner bisherigen Arbeiten, auf die er an einigen Stellen im Buch verweist (vgl. ebd.: 8). Nach Meinung von Wagner (1996: 13) würden strukturations-theoretisch interessierte Leser*innen bei der Lektüre jedoch eher enttäuscht, da es Giddens versäumt habe, die von ihm beschriebenen Phänomene der Moderne im Rahmen seiner eigenen Grundlagentheorie – etwa als »Konstitutionstheorie der Moderne« (ebd.; Herv. i. O.) – zu besprechen. Tatsächlich bleibt Giddens an zahlreichen Stellen die Antwort schuldig, wie seine Thesen strukturationstheoretisch verstanden werden könnten. Es ist Wagner (1996: 13) darin zuzustimmen, dass diese Leerstellen nicht allein durch die gebotene Fokussierung auf die Ausgangsfragestellung zu entschuldigen sind. Und es ist auch nicht so, als fügten sich Giddens' Ausführungen wie von selbst in die Architektur seiner Sozialtheorie, wenn letztere den Leser*innen vertraut genug ist. Nicht wenige Autor*innen bemängeln eine erschwerte Lektüre seiner Grundlagentheorie aufgrund einer enormen Zahl konzeptueller Begriffe, die auch nicht immer inhaltlich stringent, bisweilen sogar widersprüchlich von ihm verwendet werden (vgl. z.B. Walgenbach 2002: 369ff.; Neuberger 1995: 312f.; Weder 2008: 357). Schon allein in Hinblick auf die objektivistische Facette seiner Dualität unterscheidet er die Begriffe Struktur (im Singular), Strukturen (im Plural), Strukturmomente, Strukturprinzipien, Institutionen, soziale Systeme, Systemhaftigkeit und soziale Totalitäten (s.a. das umfangreiche Glossar in *Konstitution der Moderne*). Trotz dieser schwierigen Ausgangslage kann sich die Lektüre von *Konsequenzen der Moderne* lohnen, um Hinweise auf Vertrauensprozesse zu erhalten – und zwar nicht nur in zeitdiagnostischer, sondern auch in grundlagentheoretischer Hinsicht. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Bereitschaft, fehlende Verknüpfungen zur Strukturationstheorie eigenständig herzustellen. Dies soll im Folgenden versucht werden.

Entsprechend seiner Sozialtheorie, in der sich die klassische Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung als »Raum-Zeit-Analytik« (Endreß 2017: 228) darstellt, ist bei Giddens der Modernebegriff raumzeitlich bezogen auf »Arten des sozialen Lebens oder der sozialen Organisation, die in Europa etwa seit dem siebzehnten Jahrhundert zum Vorschein gekommen sind und deren Einfluß seither mehr oder weniger weltweite Verbreitung gefunden hat« (Giddens 1999: 9). Moderne betrifft damit soziale Praktiken, die sich in einem Gesellschaftstypus äußern, welcher nach bestimmten Organisationsprinzipien strukturiert ist. Im Vergleich zur Vormoderne charakterisiert sich die Moderne durch eine raumzeitliche

Abstandsvergrößerung, also eine soziale Koordination, in der der Gegensatz aus »lokalen Beteiligungsweisen (Situationen gleichzeitiger Anwesenheit) und der *Interaktion über Entfernungen hinweg*« (ebd.: 85; Herv. i. O.) in nie zuvor erreichtem Ausmaß verknüpft wird. Für den Moderne-konstitutiven Dehnungsprozess reserviert Giddens den Begriff Globalisierung, den er allerdings nah an die strukturellen Erscheinungsformen sozialer Praktiken andockt. Letztere, die modernen Institutionen, stellen den Gegenstand seiner Untersuchung dar. Institutionen versteht er im Rahmen seiner Grundlagentheorie als instanziierte Strukturen in der Reproduktion sozialer Totalitäten (hier in etwa: moderne Gesellschaften²) mit der größten raumzeitlichen Ausdehnung (vgl. Giddens 1984: 17, 24). In Anlehnung an verschiedene soziologische Forschungstraditionen identifiziert er vier zentrale Dimensionen moderner Institutionen: *Kapitalismus* und *Industrialismus* als Institutionen, die mit Wagner (1996: 11f.) vor allem über ihre allokativen Ressourcen beschrieben werden können. Außerdem *Überwachungsfähigkeiten* und *Kontrolle über Gewaltmittel*, in denen autoritative Ressourcen klar hervorstechen (vgl. ebd.).

Alle vier institutionellen Dimensionen stehen in Relation zu drei grundlegenden Dynamiken der Moderne: a) der raumzeitlichen Abstandsvergrößerung/Globalisierung, b) der Entbettung und c) der Reflexivität. Das heißt, sie unterliegen diesen Dynamiken und bedingen sie gleichzeitig. Kern seiner Zeitdiagnose ist die Beobachtung einer Intensivierung dieser Dynamiken als Radikalisierung der Moderne. Für das soziale Leben bedeutet dies:

a) Eine »Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt« (Giddens 1999: 85). Die vier Globalisierungsdimensionen, die der Autor ausmacht, stellen sich in der zeitgenössischen Erscheinungsform der vier modernen Institutionen dar – als kapitalistische Weltwirtschaft, internationale Arbeitsteilung, System der Nationalstaaten und militärische Weltordnung. Als Katalysator dieser vier Globalisierungsdimensionen macht Giddens eine kulturelle Globalisierung aus, die von Massenmedien ausgeht:

»Der springende Punkt ist hier nicht der, daß die Menschen zufällig über viele Ereignisse aus der ganzen Welt Bescheid wissen, von denen sie in früherer Zeit nichts gehört hätten. Vielmehr geht es darum, daß die globale Ausweitung der Institutionen der Moderne unmöglich wäre ohne das von den »Nachrichten« repräsentierte gemeinsame Wissen. [...] So setzen zum Beispiel die globalen Geldmärkte von heute voraus, daß räumlich weit voneinander entfernte Einzelperso-

2 Giddens vermeidet den Begriff Gesellschaft, da dieser seiner Meinung nach oft auf Nationalengrenzen reduziert werde (vgl. Giddens 1999: 23ff.).

nen unmittelbaren und gleichzeitigen Zugang zu gemeinsamen Informationen erhalten.« (Ebd.: 101)

b) Entbettete Sozialsysteme als soziale Beziehungen, die immer unabhängiger sind von orts- und zeitgebundenen Kontextfaktoren (vgl. ebd.: 33). Entbettung könnte komplementär zur quantitativen Dimension der raumzeitlichen Abstandsvergrößerung – Globalisierung (Beziehungsverflechtung) – als qualitative Dimension desselben Prozesses verstanden werden (Beziehungsdekontextualisierung). Giddens unterscheidet zwei Mechanismen der entbettenden sozialräumlichen Dehnung. Erstens die Schaffung *symbolischer Zeichen* in Form von »Medien des Austauschs, die sich »umherreichen« lassen, ohne daß die spezifischen Merkmale der Individuen oder Gruppen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt mit ihnen umgehen, berücksichtigt werden müßten« (ebd.: 34). Beispiele dieser Zeichen sind Medien politischer Legitimität und Geld. Letzteres ist in dem Sinne dekontextualisiert, als dass es heutzutage als digitale Information »unabhängig von den Mitteln [ist], durch die es repräsentiert wird« (ebd.: 38). Zweitens die Installierung von Expert*innensystemen als »Systeme technischer Leistungsfähigkeit oder professioneller Sachkenntnis, die weite Bereiche der materiellen und gesellschaftlichen Umfelder, in denen wir heute leben, prägen« (ebd.: 40f.). Beide Entbettungsmechanismen liefern »Garantien« [...], daß unsere Erwartungen auch über gewisse Raum-Zeit-Abstände hinweg erfüllt werden« (ebd.: 42).

c) Die Reflexivität sozialer Praktiken »an der Basis der Systemreproduktion« (ebd.: 54). Reflexivität ist in der Strukturierungstheorie ein konstitutives Merkmal sozialen Handelns (s.o.): Akteure hinterfragen sich und andere laufend vor dem Hintergrund ihrer beiden Bewusstseinsfacetten, obgleich sie die Gründe ihres Handels nicht immer artikulieren können. Außerdem verfügen sie über Lernvermögen (knowledgeability) in Hinblick auf die sozialen Praktiken. Die neue Qualität in der Moderne zeigt sich nun darin, »daß soziale Praktiken ständig im Hinblick auf einlaufende Informationen über ebendiese Praktiken überprüft und verbessert werden, so daß ihr Charakter grundlegend geändert wird« (ebd.). Giddens fügt seiner Gesellschaftstheorie hier zwei Randbedingungen hinzu: die Leistungssteigerung zur Informationsverarbeitung, hervorgerufen zum Beispiel durch Technikinnovation und Verwissenschaftlichung. Sowie die Ausdehnung der Reflexionsfelder auf sämtliche Handlungstraditionen, sodass selbst das universale Handlungsprinzip der Vernunft nicht verschont bleibt. Konsequenz dieser radikalisierten »Revision der Konvention« (ebd.: 55) ist, dass es kein gesichertes und Sicherheit bietendes Wissen mehr gibt, sondern Wissen stets als fallibel gilt. (Vgl. ebd.: 55f.) Für das Alltagshandeln der System(re-)produktion bedeutet das, dass sich »Denken und Handeln in einem ständigen Hin und Her aneinander brechen« (ebd.: 54).

Für die drei o.g. Dynamiken der Moderne, die sich im sozialen Leben der Gegenwart verdichten, zeichnet Giddens das Bild des Dschagannath-Wagens³: »Dies ist eine nicht zu zügelnde und enorm leistungsstarke Maschine, die wir als Menschen kollektiv bis zu einem gewissen Grade steuern können, die sich aber zugleich drängend unserer Kontrolle zu entziehen droht und sich selbst zertrümmern könnte.« (1999: 173) Diese Metapher soll teleologische, lineare oder kausale Entwicklungsmodelle der Moderne, wie er sie vor allem bei Weber und Marx entdeckt, ersetzen. Giddens betont hier Ambivalenzen in der Erfahrungswelt moderner Individuen, etwa das Wechselspiel aus ontologischer Sicherheit und Existenzangst. Letztere ist eine Konsequenz des spezifischen Risikoprofils der Moderne (vgl. ebd.: 156ff.). Kron (2007: 205) fasst die sieben ineinander verschachtelten Risikofacetten bei Giddens in vier Punkten zusammen:

- Globalisierung von Risiken im Sinne einer Verstärkung (z.B. Menschheitsgefährdung durch Atomkrieg) und einer Zunahme kontingenter Ereignisse (z.B. Transformation globaler Arbeitsteilung)
- Gestaltung der Umwelt als Gefahren der Naturbeherrschung (z.B. Kernenergie)
- Institutionalisierte Risikoumwelten als Handlungsarenen, die institutionalisierte Sanktionsmöglichkeiten kreieren (z.B. Investitionsmärkte)
- Risikobewusstsein in Hinblick auf Wissenslücken, die durch Enttraditionalisierung aufgerissen wurden und mittels Öffentlichkeit distribuiert werden sowie in Hinblick auf Grenzen des Expertenwissens bei nichtintendierten Handlungsfolgen

Trotz der genannten Risiken nimmt Giddens keine zukunftspeessimistische Haltung ein. In der Zusammenfassung der beschriebenen Dynamiken der Moderne entwickelt er eine dialektische Phänomenologie der Moderne mit den fünf Gegensatzpaaren Dislozierung und Rückbettung, Intimität und Unpersönlichkeit, Expertentum und Wiederaneignung sowie privatistisches Verhalten und Engagement. (Vgl. ebd.: 174ff.) Insbesondere der modernen Entbettungsdynamik setzt Giddens einen Ausgleichsmechanismus der *Rückbettung* entgegen. Diesen belegt er mit dem Terminus des Systemvertrauens. Wie sich zeigen wird, hat das Systemvertrauen bei Giddens einen gesellschaftstheoretischen wie zeitdiagnostischen Gehalt.

3 Es stammt aus der hinduistischen Mythologie: Dschagannath ist ein Hindiwort für *Herr der Welt* und ein Titel Krishnas. Ein großes Fahrzeug mit Krishna-Abbildung war früher Teil religiöser Prozessionen (vgl. Giddens 1999: 173).

3.3 Vertrauen in abstrakte Systeme

Konstitutives Merkmal der Moderne ist Giddens zufolge die sprunghafte raumzeitliche Abstandsvergrößerung in der sozialen Koordination. Als Antriebsmotoren des Dehnungsprozesses führt er die weltweite Verflechtung sozialer Beziehungen (Globalisierung) sowie ihre Dekontextualisierung (Entbettung) auf. Letztere ist zudem Vehikel für die dritte Modernisierungsdynamik der reflexiven Aneignung des Wissens in der alltäglichen System(re)produktion durch die Akteure. Alle drei Dynamiken stehen bei Giddens in Zusammenhang mit Vertrauensprozessen, wobei der Autor in erster Linie auf das sozialstrukturelle Erfordernis des Systemvertrauens hinweist.

Neben den institutionellen Dimensionen der Moderne kontrastiert Giddens weitere neuzeitliche Erscheinungsformen sozialer Beziehungen mit denen der Vormoderne. Unter Berücksichtigung der o.g. Modernisierungsdynamiken vergleicht er vormoderne und moderne Vertrauens- und Risikoumwelten (s. Tabelle 3), wobei an dieser Stelle zunächst nur die Vertrauensumwelten interessieren.

Hier leiten sich die Unterschiede direkt aus der für die Moderne konstitutiven raumzeitlichen Abstandsvergrößerung her. In vormodernen Kulturen waren soziale Beziehungen stärker ortsgebunden. Interaktionen waren zum einen durch Verwandtschaftsbeziehungen sozial geregelt, die Zuverlässigkeit des Gegenübers war aufgrund seiner verwandtschaftlichen Verpflichtungen üblicherweise gegeben (vgl. Giddens 1999: 129). Zum anderen beschränkten sich Interaktionen auf die städtische Nahumwelt, die ortsgebunden organisiert war. Mit der vergleichsweise geringen persönlichen Mobilität ging die Unkenntnis fremder Lebensweisen einher, sodass die lokale Gemeinschaft eine wichtige Quelle der ontologischen Sicherheit war. (Vgl. ebd.: 130f.) »Der Ausdruck »ontologische Sicherheit« bezieht sich auf das Zutrauen der meisten Menschen zur Kontinuität ihrer Selbstidentität und zur Konstanz der sie umgebenden sozialen und materialen Handlungsumwelt.« (Ebd.: 118) Dieser Begriff, der große Ähnlichkeit mit Luhmanns (2009 [1968]) ebenfalls phänomenologisch genutztem Terminus der Vertrautheit hat, meint, dass soziale Gegebenheiten inklusive der eigenen Person als Konstanten vorausgesetzt und alltäglich nicht bezweifelt werden (vgl. ebd.: 118f.). Neben der lokalen Gemeinschaft boten Giddens (ebd.: 132f.) zufolge auch Religion und Tradition eine solche Sicherheit – und zwar durch ein »spezifisches Korpus von Überzeugungen und Praktiken« (Religion) sowie durch »Routine voll innerer Sinnhaftigkeit, und nicht bloß leere[r] Gewohnheit um der Gewohnheit willen« (Tradition).

Tabelle 3: Vertrauens- und Risikoumwelten in vormodernen und modernen Kulturen

Vormoderne <i>allgemeiner Kontext:</i> allein ausschlaggebende Bedeutung lokal bedingten Vertrauens	Moderne <i>allgemeiner Kontext:</i> Vertrauensbeziehungen beruhen auf entbetteten abstrakten Systemen
<ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Verwandtschaftsbeziehungen</i> als Organisationsmittel zur Stabilisierung sozialer Bindung in der Raum-Zeit 2. Die <i>lokale Gemeinschaft</i> als Ort dient zur Herstellung eines vertrauten Milieus 3. <i>Religiöse Kosmologien</i> geben als Formen des Glaubens und der rituellen Praxis eine vorsehungsorientierte Interpretation des menschlichen Lebens und der Natur 4. <i>Tradition</i> als Mittel zur Verbindung von Zukunft und Gegenwart; Vergangenheitsorientierung in umkehrbar gedachter Zeit 	<ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Persönliche Beziehungen</i> der Freundschaft oder der sexuellen Intimität als Mittel zur Stabilisierung sozialer Bindung 2. <i>Abstrakte Systeme</i> dienen als Mittel zur Stabilisierung von Beziehungen über unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen 3. <i>Zukunftsorientiertes</i> kontrafaktisches Denken als Form der Verknüpfung der Vergangenheit mit der Gegenwart
<ol style="list-style-type: none"> 1. Bedrohungen und Gefahren kommen aus der <i>Natur</i>, so etwa gewaltige Wirkung von Infektionskrankheiten, klimatischer Unberechenbarkeit, Überschwemmungen und sonstige Naturkatastrophen 2. Die Bedrohung durch <i>menschliche Gewalt</i> von Seiten plündernder Truppen, lokaler Kriegsherren, der Banditen oder Räuber 3. Risiko des <i>Verlusts religiöser Gnade</i> oder der Wirkung von bösen magischen Einflüssen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bedrohungen und Gefahren rühren von der <i>Reflexivität</i> der Moderne her 2. Die Bedrohung durch <i>menschliche Gewalt</i> von Seiten der Industrialisierung des Kriegs 3. Drohung der <i>Sinnlosigkeit</i> des eigenen Daseins aufgrund der aufs Selbst bezogenen Reflexivität der Moderne

Eigene Darstellung nach Giddens 1999: 128

Im Gegensatz zur Vormoderne sind moderne Vertrauensbeziehungen weitaus weniger lokal kontextualisiert. »Der Ort ist etwas Phantasmagorisches geworden, denn die für ihn konstitutiven Strukturen werden nicht mehr lokal organisiert. Mit anderen Worten, das Lokale und das Globale sind mittlerweile unentwirrbar miteinander verflochten.« (Ebd.: 137) Diese Beobachtung illustriert Giddens am Beispiel des kleinen Dorfladens, der seine Waren nicht mehr nur regional bezieht, sondern im Rahmen internationaler Vertriebswege. Oberflächlich ortsgebundene soziale Beziehungen und Praktiken seien tatsächlich mit »sehr viel weiter entfernten Einflüssen durchsetzt« (ebd.) und somit entbettet. Die Bindewirkung der Ver-

wandtschaftsnetze reduziere sich in der Moderne weitestgehend auf die Kernfamilie und die »lokale Gemeinschaft ist keine in sich erfüllte Umwelt aus vertrauten und als selbstverständlich vorausgesetzten Sinnelementen, sondern in hohem Maße eine lokal situierte Äußerung auf Abstand gebrachter Beziehungen« (ebd.). Religion verliere im Rahmen der Säkularisierung, Tradition aufgrund der Reflexivität sozialer Praktiken an Bedeutung (vgl. ebd.: 137f.), sodass sie beide als Garanten ontologischer Sicherheit weitestgehend ausscheiden. Angesichts dieser entbetteten Sozialbeziehungen bedarf es in der Moderne also eines neuen Mechanismus zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit, der über raumzeitliche Spannen hinweg wirksam ist.

Wie dargelegt wurde, entstehen nach Giddens mit dem Beginn der Moderne Sozialbeziehungen, die über weite Raum-Zeit-Spannen reproduziert werden. Möglich wird dies auf Basis zweier entbettender (beziehungsdekontextualisierender) Mechanismen: symbolische Zeichen und Expert*innensysteme. Diese beiden subsumiert Giddens unter dem Begriff *abstrakte Systeme* (vgl. ebd.: 103). Ebenso wie die ortsgebundenen Sozialbeziehungen vormoderner Vertrauensumwelten ermöglichen auch die abstrakten Systeme eine Verhaltenskoordination – nun jedoch auf Grundlage der ihnen eingeschriebenen Prinzipien und Routinen. Ihr Potenzial zur sozialen Organisation ist ungleich größer, da sich die Bindewirkung der abstrakten Systeme nicht über eine gemeinsame Anwesenheit der beteiligten Akteure entfalten muss.⁴ Es handelt sich daher um eine *gesichtsunabhängige Bindung* als Vertrauen in das Funktionieren der abstrakten Systeme (vgl. ebd.: 103, 49). Nur auf Basis dieser Form der Erwartungsbildung ist für Giddens erklärbar, dass Menschen sich heute wie selbstverständlich im Alltag auf unterschiedlichste Expert*innensysteme verlassen, ohne auf die Garanten ontologischer Sicherheit aus der Vormoderne zurückgreifen zu müssen:

»Jedesmal, wenn man Geld vom Bankkonto abhebt oder etwas einzahlt, wenn man beiläufig das Licht einschaltet oder den Wasserhahn aufdreht, wenn man einen Brief abschickt oder einen Telefonanruf tätigt, anerkennt man stillschweigend die umfassenden Bereiche der sicheren, koordinierten Handlungen und Ereignisse, die die Voraussetzungen schaffen für das soziale Leben der Moderne.« (Ebd.: 142)

Die modernen Institutionen, die weitreichende Bereiche des gesellschaftlichen Lebens organisieren, verdanken ihre Erscheinungsform dem entbettenden Einfluss der Expert*innensysteme, die wiederum nur auf einer Vertrauensbasis wirksam werden können. Somit wird Vertrauen in abstrakte Systeme zur »Vorbedingung

4 Wie unten dargestellt, relativiert Giddens diese These, indem er die Notwendigkeit einer Rückbettung hinweist.

der raumzeitlichen Abstandvergrößerung« (ebd.: 142), also zur *Conditio sine qua non* des Modernisierungsprozesses.

Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Entbettung und Systemvertrauen bei Giddens nicht linear gedacht, denn *gesichtsabhängige Bindungen* sind in der Moderne keineswegs bedeutungslos geworden. Es gibt weiterhin personengebundenes Vertrauen als »Zutrauen zur Zuverlässigkeit einer Person [...] in Hinblick auf eine gegebene Menge von Ergebnissen oder Ereignissen, wobei dieses Zutrauen einen Glauben an die Redlichkeit oder Zuneigung einer anderen Person [...] zum Ausdruck bringt« (ebd.: 49). Diese Form des Vertrauens setzt eine ortsgebundene Interaktion voraus, wobei persönliche Bekanntschaft zwischen den Akteuren im Gegensatz zu vormodernen Verhältnissen keine Voraussetzung ist. Eine vertrauensvolle gesichtsabhängige Bindung ist schon durch die höfliche Nichtbeachtung in zufälligen Begegnungen zwischen Fremden an öffentlichen Orten gegeben (vgl. ebd. 103ff.). Systemisches und personengebundenes Vertrauen sind bei Giddens auch nicht wechselseitig exklusiv, sondern sie beeinflussen sich gegenseitig. Diese These entfaltet Giddens in zwei Schritten.

a) Erstens verweist er auf *Zugangspunkte* zu abstrakten Systemen als »den Bereich, in dem gesichtsabhängige und gesichtsunabhängige Bindungen miteinander in Berührung kommen« (ebd.: 107). Dies sind »Stellen, an denen eine Verbindung zustande kommt zwischen Einzelpersonen oder Kollektiven ohne Fachkenntnisse und den Vertretern abstrakter Systeme« (ebd.: 113) sowie zwischen den Vertreter*innen desselben Systems untereinander. Als Beispiele für die erstgenannte Verbindung führt Giddens Begegnungen zwischen Lai*innen und Repräsentant*innen bestimmter Berufsgruppen (Arzt, Richter, Flugbegleitperson) auf. Die Zugangspunkte ermöglichen eine psychologische Rückbettung als »Rückaneignung oder Umformung entbetteter sozialer Beziehungen, durch die sie (sei es auch noch so partiell oder vorübergehend) an lokale raumzeitliche Gegebenheiten geknüpft werden sollen« (ebd. 102). Den Rückbettungsbedarf leitet Giddens einerseits entwicklungspsychologisch im Anschluss an Erikson her, indem er das Urvertrauen gegenüber den Versorger*innen, das personenbezogene Vertrauen unter Anwesenden und die Ausbildung ontologischer Sicherheit miteinander verklammert. Das ontologische Sicherheitsempfinden, das als »Gefühl der Kontinuität von Dingen und Personen« (ebd. 124) auch die Routineverfahren der abstrakten Systeme betrifft, bedarf einer fortlaufenden Stabilisierung. Diese kann jedoch nicht allein aus der gesichtsunabhängigen Bindung selbst geschöpft werden. Da das in der Sozialisation erworbene Urvertrauen – die Erwartung von Zuverlässigkeit und Integrität – allen nachfolgenden gesichtsabhängigen Bindungen unterliegt (vgl. Giddens 1984: 50), bleibt personenbezogenes Vertrauen auch in der Moderne eine (nachgeordnete) Quelle ontologischer Sicherheit:

»Nichtpersonalisiertes Vertrauen dieser [systemischen, Anm. d. Verf.] Art ist etwas, was vom Urvertrauen abweicht. Es besteht ein starkes psychisches Bedürfnis, andere zu finden, denen man vertrauen kann, doch im Verhältnis zu vormodernen sozialen Situationen fehlt es an institutionell organisierten persönlichen Verbindungen.« (Giddens 1999: 150)

An die Stelle organisierter gemeinschaftlicher Verbindungen treten die Kontakte mit Systemrepräsentant*innen, die trotz entbetteter Sozialbeziehungen das Gefühl einer vertrauten Umwelt herstellen können: »Die beruhigende Wirkung, die von der Zuverlässigkeit oder Integrität anderer ausgeht, sorgt für so etwas wie eine emotionale Neuprägung, die mit den Erfahrungen einhergeht, die man an vertrauten sozialen und materiellen Umwelten macht.« (Ebd.: 124) Daraus schließt der Autor, dass »Vertrauen in die Zuverlässigkeit nichtmenschlicher Gegenstände auf einem primitiveren Glauben an die Zuverlässigkeit und Versorgungsbereitschaft menschlicher Individuen beruht.« (Ebd.) Nach Giddens gibt es also ein gesichtsabhängiges Vertrauensbedürfnis, das gesichtsunabhängige Bindungen stärken kann:

»Obwohl jeder weiß, daß sich der eigentliche Sitz des Vertrauens im Inneren des abstrakten Systems und nicht in den Einzelpersonen befindet, die das System in spezifischen Zusammenhängen »vertreten«, wird an Zugangspunkten daran erinnert, daß es (potentiell fehlbare) Menschen aus Fleisch und Blut sind, die das System in Betrieb halten.« (Ebd.: 109)

Wie in diesem Zitat schon angedeutet wird, kommt es an Zugangspunkten jedoch nicht immer zu einer Stärkung des Systemvertrauens. Deutlich wird dies in der Auseinandersetzung mit dem zweiten Rückbettungsmotiv, das aus epistemischer Unsicherheit herrührt. Grundsätzlich ist Vertrauen nur notwendig, »wo es Unkenntnis gibt, sei es mit Bezug auf die Wissensansprüche technischer Experten oder mit Bezug auf die Gedanken und Absichten vertrauter Personen, auf die sich der Betreffende verläßt. Unkenntnis liefert jedoch immer Gründe für Skepsis oder zumindest Vorsicht« (ebd.: 114). Ein drittes Ereignisfeld potenzieller Unkenntnis ergibt sich für die Beziehungskonstellation bestehend aus Expert*innen desselben Systems, da ja auch das in den Expert*innensystemen angelegte Wissen von der modernen Dynamik der Reflexivität erfasst ist und die Vertreter*innen des Systems damit nicht gefeit sind vor Aktualisierungen, die sich hinter ihrem Rücken vollziehen (vgl. ebd.: 112). Nach Giddens können die genannten epistemischen Unsicherheiten nicht ausschließlich auf Basis gesichtsunabhängiger Bindungen zufriedenstellend kompensiert werden, sodass eine zusätzliche Absicherung an Zugangspunkten durch persönlich anwesende Systemrepräsentant*innen erfolgen muss. Offenbar bedarf es einer kontinuierlichen Signalisierung von Vertrauenswürdigkeit eines Systems durch ihre Vertreter*innen in Form einer »»Alles-läuft-normal«-

Haltung« (ebd.: 109). Bei Wissensdefiziten zwischen Lai*innen und Expert*innen wird von

»allen Beteiligten [...] erkannt, daß Beruhigung vonnöten ist, und zwar Beruhigung von zweierlei Art, nämlich hinsichtlich der Zuverlässigkeit der spezifischen beteiligten Einzelpersonen sowie hinsichtlich der (notwendig verborgen bleibenden) Kenntnisse oder Fertigkeiten, zu denen der Nichtexperte eigentlich keinen Zugang hat.« (Ebd.: 110)

Diese Beruhigung wird Giddens zufolge in erster Linie durch das erwartungskonforme Auftreten der Systemrepräsentierenden erreicht. Am Beispiel der Flugbegleitung illustriert: »die bewußte Lässigkeit des Begleitpersonals spielt bei der Beruhigung der Passagiere wahrscheinlich eine nicht minder wichtige Rolle als noch so viele Erklärungen, die den statistischen Nachweis erbringen, wie sicher das Reisen mit dem Flugzeug ist« (ebd.).

Das epistemische Rückbettungsmotiv gilt gleichermaßen für die Systembetreibenden, die ihr Systemvertrauen »in der Glaubwürdigkeit und Integrität der Kollegen [...] verankern« (ebd.: 112), indem sie ihre Sachkenntnisse gegenseitig auf Basis ritualisierter Interaktionszusammenhänge (z.B. Konferenzen in der Wissenschaft) bestätigen und aktualisieren. Angesichts dieser Kopplung des Systemvertrauens an kontextgebundene und persönliche Interaktionssituationen werden gesichtsunabhängige Bindungen an Zugangspunkten vulnerabel. Das heißt, dass das Systemvertrauen an Zugangspunkten auch geschwächt werden kann, was unterschiedliche psychologische Konsequenzen zeitigt (s. unten).

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Giddens im Rekurs auf Goffman unterstellt, Expert*innen würden innersystemische epistemische Unsicherheiten in der Außendarstellung strategisch kaschieren:

»Die klare Unterscheidung zwischen Bühne und Kulissen verleiht dem Auftreten als einem Mittel zur Verminderung der Auswirkungen unvollkommener Berufsbefähigung und menschlicher Fehlbarkeit erhöhte Bedeutung.« (Ebd. 111)

»Zum Glauben, der das Vertrauen in Expertensysteme stützt, gehört auch, daß die Unwissenheit des Laien angesichts der Ansprüche des Expertenwissens neutralisiert wird. Doch wenn bemerkt wird, welchen Bereichen der Unwissenheit die Fachleute selbst – als Einzelexperten wie auch im Hinblick auf ihr Gesamtwissen – gegenüberstehen, kann das dazu führen, daß jener Glaube der Laien geschwächt oder untergraben wird.« (Ebd.: 163)

Giddens nennt hier als Beispiel die große Zahl medizinischer Behandlungsfehler in Krankenhäusern, die bei Bekanntwerden einen Vertrauensverlust gegenüber dem Krankenhauspersonal zur Folge habe (vgl. ebd.: 111). Neben diesem Risiko menschlichen Irrtums, das an Zugangspunkten die Systemwahrnehmung insgesamt tan-

gieren kann, nennt der Autor auch Glück und Zufall als externe Randbedingungen, die Expert*innen bewusst invisibilisieren wollen. Für die Außendarstellung des Expertenwissens hebt Giddens zudem die Rolle von Kommunikationsmedien hervor, die Wissensstände und somit das Systemvertrauen aller Beteiligten beeinflussen können.

b) Während die Untersuchung der Zugangspunkte eher darauf abstellt, wie die Systemintegration durch die Sozialintegration gestützt oder geschwächt wird, geht es bei den knappen Ausführungen zur Transformation der Intimität um das umgekehrte Einflussverhältnis. Mit der Veränderung der Vertrauensumwelten und dem Bedeutungsverlust der sozialregulativen Kraft von Verwandtschaft und Gemeinschaft im Übergang zur Moderne verändert sich der Modus gesichtsabhängiger Bindungen. Vormalig hatte personenbezogenes Vertrauen einen stark normativen Charakter, der aus verwandtschaftlicher Verpflichtung oder institutionalisierten Verhaltenskodizes herrührte, sodass emotionale Intimität zwar durchaus möglich, aber keine Voraussetzung persönlichen Vertrauens war (vgl. ebd.: 148ff.). Dadurch, dass interindividuelle Verhaltenskoordination in der Moderne mithilfe der Routineverfahren entmoralisierter Systeme geleistet wird, rückt die emotionale Verbundenheit nun in den Mittelpunkt gesichtsabhängiger Bindungen. Die Schlüsseleigenschaften Treue und Authentizität müssen nun jedoch in persönlichen Interaktionen kontinuierlich nachgewiesen werden:

»Das auf persönlicher Ebene bestehende Vertrauen wird zu einem Projekt, das von den Beteiligten ›bearbeitet‹ werden muß, und verlangt, daß *sich der eine dem anderen öffnet*. Wo das Vertrauen nicht durch feststehende normative Codes gesteuert werden kann, muß es *errungen* werden, und das Mittel dazu ist nachweisbare Herzlichkeit und Offenheit.« (Ebd.: 152; Herv. i. O.)

Selbstoffenbarung ist nach Giddens jedoch nur auf Basis eines ausgeprägten Identitätsbewusstseins möglich, sodass die Fortsetzung und Vertiefung persönlicher Vertrauensbeziehungen stets »durch den Prozeß der Selbsterkundung erhärtet werden: die Entdeckung seiner selbst wird zu einem Projekt, das mit der Reflexivität der Moderne unmittelbar zusammenhängt« (ebd.: 153). Baukästen für die fortlaufende Identitätskonstruktion finden »sich unter den von abstrakten Systemen gebotenen Strategien und Alternativen« (ebd. 155) – etwa in Form von Fitnessübungen, Diätregeln und psychotherapeutischen Ratgebern der entsprechenden Expert*innensysteme. So kommt es, dass »[d]as persönliche Leben und die in es hineinspielenden sozialen Bindungen [...] zutiefst mit den am weitesten reichenden abstrakten Systemen verflochten [sind]« (ebd.: 151).

Mit dieser Verschränkung der Sozialintegration mit den systemischen Gesellschaftszusammenhängen möchte der Autor in zweierlei Hinsicht neue Wege gehen. Erstens versucht er, sich abzusetzen sowohl von Thesen des Niedergangs der Gemeinschaft zugunsten der unpersönlichen Gesellschaftsorganisation, wie

sie von konservativer Seite (stellvertretend: P. Berger) oder marxistischer Seite (stellvertretend: J. Habermas) geäußert würden, als auch vom entgegengesetzten Postulat einer aktualisierten Relevanz der Gemeinschaft aufgrund neuartiger Formen des urbanen Zusammenlebens. Statt eines Dualismus von System und Lebenswelt betont Giddens ganz im Sinne seiner Strukturationstheorie eine Dualität dieser beiden (vgl. ebd.: 144ff.). Zweitens möchte er das zeitgenössische Streben nach Selbstverwirklichung und die Identitätssuche nicht – wie es viele Beobachter*innen dieser Entwicklung tun – auf einen narzisstischen Rückzug der Akteure in ihre Innenwelt reduziert wissen, welcher aus einem Ohnmachtsgefühl gegenüber den als unbeeinflussbar empfundenen Systemen der Außenwelt folgt. Es gehe nämlich »zum Teil auch um eine *positive Aneignung* der Umstände, unter denen globalisierte Einflüsse auf das alltägliche Leben einwirken« (ebd.: 155; Herv. i. O.).

Die Rückbettung an den Zugangspunkten sowie die Bearbeitung der Projekte Identität und Intimität sind jedoch nicht die einzigen psychologischen Herausforderungen, die sich für die Akteure in der Moderne stellen. In Giddens' Gegenwartsdiagnose der radikalisierten Moderne postuliert er eine massive Verunsicherung in der Herstellung ontologischer Sicherheit durch die Expert*innensysteme. Seine Ausführungen fügen dem psychologischen Zustand des Systemvertrauens einige Schattierungen hinzu.

Ausgangspunkt zur Entfaltung einer Typik gegenwärtigen Systemvertrauens können die kognitivistischen Charakteristika des Vertrauens in abstrakte Systeme sein. Diese werden im Folgenden an Giddens' strukturationstheoretisches Verständnis des Handlungsbegriffs orientiert.

In seiner Grundlagentheorie unterscheidet Giddens zwischen intentionalen Gründen und unbewussten Motiven in der Handlungsausführung. Die intentionale Handlungssteuerung speist sich aus den beiden Bewusstseinsfacetten des praktischen und diskursiven Bewusstseins. Vertrauen in abstrakte Systeme muss sich daher in der Relation zwischen diesen dreien konstituieren.

Der zentrale Phänomenbereich, der Giddens in seiner Strukturationstheorie wie auch in seiner Institutionenanalyse der Moderne interessiert, ist die Reproduktion sozialer Praktiken im Alltagshandeln der Akteure. Das Alltagshandeln ist maßgeblich geprägt von Routine – Giddens' analytischer Dreh und Angelpunkt sowohl für das Dualitätspostulat als auch für die Behandlung des existenziellen psychologischen Bedürfnisses ontologischer Sicherheit (vgl. Giddens 1984: 282; 1999: 124f.). Durch ihre im Routinehandeln einbezogenen Strukturen sind abstrakte Systeme die Garanten ontologischer Sicherheit in der Moderne (vgl. Giddens 1999: 142). Ihr Ordnungspotenzial zur Handlungsermöglichung und -beschränkung liegt in den Erinnerungsspuren (>memory traces<), auf die Akteure situationsbezogen in Form handlungspraktischen Wissens zugreifen (knowledgeability). Der Zugriffsmodus ist der des praktischen Bewusstseins: Akteure ahnen intuitiv, wie sie sich das Ex-

pert*innenwissen situativ zunutze machen können, ohne dass sie dafür ein tieferes Funktionsverständnis des Expert*innensystems hätten.

»Der einzelne Laie ist nicht unbedingt imstande, formale Definitionen solcher Ausdrücke wie ›Kapital‹ oder ›Investition‹ anzugeben, doch jeder, der ein Sparkonto der Bank benutzt, stellt damit unter Beweis, daß er diese Begriffe implizit und in praktischer Hinsicht beherrscht.« (Giddens 1999: 57f.)

Angesichts der existenziellen Furcht vor Seinsungewissheit in einer unvertrauten Umwelt bedarf das handlungspraktische Wissen in Form des »how to ›go on‹« (Giddens 1984: XXIII) einer kontinuierlichen psychologischen Absicherung. Die Bewältigung ontologischer Unsicherheit qua Vertrauen nimmt in der Moderne einen neuen Stellenwert ein. Der Grund hierfür liegt im neuen Risikoprofil der Moderne: prinzipielle Zukunftsoffenheit, dynamischer Charakter sozialer Praktiken und neu geschaffene Risikobereiche durch die Systeme selbst. Vordergründig äußern sich diese Risiken im Alltag als das »Fehlen vollständiger Informationen« (Giddens 1999: 48):

»Wenn man es mit jemandem zu tun hätte, dessen Handeln ständig sichtbar wäre und dessen Denkvorgänge offen zutage lägen, wäre Vertrauen ebenso wenig nötig wie im Falle eines Systems, über dessen Funktionsweise man alles wüßte und die man durch und durch begriffen hätte.« (Ebd.)

Vertrauen wird daher zum »Glaube[n] an die Leistungsfähigkeit von Kenntnissen, über die der Laie kaum Bescheid weiß« (ebd.: 112), wobei sich die systemische Leistungsfähigkeit im Alltagshandeln fortwährend zu bestätigen scheint (vgl. ebd.: 142). Dieser Vertrauensvorschuss ist zwar in gewisser Weise blind (vgl. ebd.: 49), jedoch nicht vorbehaltlos: »Die Achtung vor Fachwissen geht normalerweise mit einer pragmatischen Einstellung zu abstrakten Systemen einher, die ihrerseits auf Skepsis oder Vorbehalten beruht.« (Ebd. 115) Hin und wieder kommt es aus genannten Gründen – etwa aufgrund negativer Erfahrungen an Zugangspunkten – zur Schwächung des Systemvertrauens. Auch ein Systemmisstrauen ist möglich: »Mit Bezug auf abstrakte Systeme bedeutet Mißtrauen soviel wie: Skepsis oder eine aktiv negative Einstellung bezüglich der in dem betreffenden System enthaltenen Expertenkenntnisse.« (Ebd.: 126) Ein daraus resultierendes Austreten aus systemischen Zusammenhängen kann sich Giddens jedoch überhaupt nur als »Extremhaltung« (ebd.: 115) vorstellen. Als Beispiele nennt er den Verzicht auf Leitungswasser aufgrund seiner Fluor-Beimischung (vgl. ebd.) oder ein Austreten aus dem Geldsystem als Entschluss zur Unabhängigkeit in Armut (vgl. ebd.: 117). An anderer Stelle ist er sich sogar sicher, dass niemand in der Lage ist, sich aus abstrakten Systemen abzusetzen (vgl. ebd.: 108). Festgehalten werden kann daher, dass für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Reproduktion der Systemstrukturen im

Modus des Vertrauens alternativlos ist, da Akteure »[d]em Einfluß moderner Institutionen [...] nicht ganz entinnen [können]« (ebd.: 115).

»Unter Modernitätsbedingungen werden Einstellungen des Vertrauens zu abstrakten Systemen normalerweise routinemäßig in den kontinuierlichen Ablauf der Alltagstätigkeiten eingebaut und durch die inneren Gegebenheiten des täglichen Lebens in hohem Maße erzwungen. Vertrauen ist daher im Grunde kein ›Sprung ins Engagement‹, sondern eher ein stillschweigendes Sichabfinden mit Umständen, unter denen andere Alternativen weitgehend ausgeschlossen sind.« (Ebd.)

Dass dieses Sichabfinden mehrere psychologische Schattierungen haben kann, führt er im Rahmen seiner Gegenwartsdiagnose unkontrollierbarer, systemgeschaffener Risiken aus. Im Unterschied zur Handlungsrationalisierung als alltägliches Nachdenken über das eigene Tun, werden die unvermeidbaren menscheitsbedrohenden Gefahren der radikalisierten Moderne (Atomkrieg, ökologische Katastrophe) alltäglich nicht reflektiert, sondern ins Unbewusste verschoben:

»Ein sei es positiv oder negativ gefärbtes Gefühl der ›Schicksalhaftigkeit‹ – ein vages und allgemeines Empfinden des Vertrauens in weit abliegende Ereignisse, über die man keine Kontrolle hat – befreit das Individuum von der Last der Auseinandersetzung mit einer existentiellen Situation, die sonst zu chronischer Beunruhigung führen könnte. Das Gefühl der Schicksalhaftigkeit, wonach die Dinge ohnehin ihren Lauf nehmen, taucht somit im Innersten einer Welt auf, von der man annimmt, sie bringe ihre eigenen Angelegenheiten unter rationale Kontrolle. Das fordert sicher auch auf der Ebene des Unbewußten seinen Preis, denn die Unterdrückung der Angst ist hierbei eine wesentliche Voraussetzung. Das Gefühl der Furcht, das den Gegensatz zum Urvertrauen bildet, dringt wahrscheinlich in die unbewußten Empfindungen ein, die sich auf die Ungewißheiten beziehen, denen die Menschheit als ganze gegenübersteht.« (Ebd.: 166)

Giddens unterscheidet vier Anpassungsreaktionen auf die unterbewussten Bedrohungsszenarien (vgl. 1999: 166ff.):

- Pragmatische Hinnahme: Fokussierung auf alltägliche Probleme; egoistische und kurzzeitige Nutzenmaximierung mit dem Ergebnis der eigenen Abstumpfung
- Durchgehaltener Optimismus: Fortführung der normativen Ideale der Modernisierung/Aufklärung; Technikoptimismus; Glaube an Vernunft und Naturwissenschaft; Ähnlichkeit mit religiösen Erlösungsvorstellungen
- Zynischer Pessimismus: Abschwächung der emotionalen Auswirkungen existenzieller Angst mittels Humor; Absage an Zukunftsgestaltbarkeit; Zynismus

bisweilen ohne Pessimismus als »einer Art von verzweifelter Hoffnung« (ebd.: 170f.) möglich

- Radikales Engagement: Kampf gegen die Quellen der wahrgenommenen Bedrohungen; Glaube an Minderung oder Verhinderung der Probleme; Ausdrucks Mittel sozialer Bewegungen

Sind die Anpassungsreaktionen nicht erfolgreich, so könnte man mit Giddens weiterdenken, werden die existenziellen Angstzustände nicht kompensiert. Eine Ahnung handlungspraktischer Konsequenzen dieses Zustands hat der Autor für Fälle misslungener Sozialisation herausgestellt, in denen das Urvertrauen nicht hergestellt werden konnte: »Aus dem Rahmen fallendes Verhalten und Rückzug in sich selbst stellen Versuche dar, mit einer nicht feststehenden oder aktiv feindseligen Umwelt zurechtzukommen, wobei der Mangel an Gefühlen innerer Vertrauenswürdigkeit die Unzuverlässigkeit der Außenwelt spiegelt.« (Ebd.: 121) Deviantes Verhalten und Schwierigkeiten bei der Identitätskonstruktion werden damit zu empirisch beobachtbaren Konsequenzen eines unhintergehbaren Systemzwangs. Hier tauchen also erneut Phänomene auf, die bereits in der Auseinandersetzung mit Luhmann angeklungen sind.

Obwohl einige Parallelen mit Luhmanns Vertrauensansatz erkennbar sind, zeigen sich vor dem Hintergrund seiner strukturationstheoretischen Basisannahmen auch deutliche Unterschiede – gerade im Vergleich mit Luhmanns Spätwerk. Eine Gegenüberstellung beider Konzeptualisierungen kann ihre jeweiligen Stärken und Schwächen offenlegen.

3.4 Systemvertrauen bei Giddens und Luhmann im Vergleich

Im Folgenden werden Giddens' und Luhmanns Vertrauensansätze miteinander verglichen. Dazu werden zunächst ihre Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Auf Basis diskussionsrelevanter Unterschiede zwischen Strukturations- und Systemtheorie werden dann einige Kontraste in den Vertrauenskonzeptionen sichtbar.

3.4.1 Gemeinsamkeiten in der Vertrauenskonzeption

In gesellschaftstheoretischen Vertrauensanalysen dominieren Endreß (2001: 163) zufolge drei zentrale Thesen:

- Mit dem Übergang von Vormoderne zur Moderne würden sich Vertrauensverhältnisse vom persönlichen hin zum Systemvertrauen depersonalisieren und generalisieren.
- In der Moderne beruhe Vertrauen nicht mehr auf Vertrautheit.

- Trotz neuer Problematiken sei der neuzeitliche Vertrauentypus für das Funkzionieren moderner Gesellschaften wichtiger denn je.

Kronzeugen für diese Einschätzung sind Luhmann und Giddens, die in der Vertrauensforschung nicht selten undifferenziert in dieselbe Rubrik des Systemvertrauens einsortiert werden. Beide nähern sich in ihren Vertrauentheorien dem soziologischen Grundproblem, der Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung, auf dieselbe Art: Sie ergründen die Voraussetzungen für das Erscheinungsbild der modernen Sozialstruktur entwicklungsgeschichtlich. Zwar unterscheiden sich die Ausgangsfragestellungen vor dem Hintergrund ihrer grundlagentheoretischen Prämissen: *Wie kam es zur gesellschaftlichen Komplexitätssteigerung?* (Luhmanns Differenzierungstheorie) vs. *Wie kam es zur raumzeitlichen Ausdehnung von Sozialbeziehungen?* (Giddens' Raum-Zeit-Analytik). Ihre Antworten fallen jedoch gleich aus: durch Ausbildung abstrakter Systeme. Bedingung und Resultat der modernen Verhaltenskoordination ist hier wie dort das Systemvertrauen, das Leistungen der (Expert*innen-)Systeme in alltäglichen Handlungsrouninen verfügbar macht, wobei ihr Produktionsprozess für den oder die Einzelne weitestgehend intransparent ist.⁵ Ursachen der Intransparenz sind lange systemspezifische Selektionsketten, die nicht mehr persönlich nachvollzogen werden können (Luhmann) bzw. ein Wissensgefälle im Vergleich zum Fachwissen der Expert*innen (Giddens).

Systemvertrauen ist bei beiden Autoren ein Phänomen der Moderne. Im Unterschied zu vormodernen Modi der Handlungskoordination ist der regulative Vertrauensmechanismus nicht mehr beschränkt auf die erfahrbare Nahumwelt, sodass Vertrautheit (Luhmann) bzw. gesichtsabhängige Bindungen (Giddens) bei der Gesellschaftsintegration an Relevanz verlieren. Systemvertrauen übernimmt die psychologische Funktion der Aufrechterhaltung einer Seinsgewissheit in Bezug auf sich selbst und die soziale Umwelt, die vormalig nur in der vertrauten Lebenswelt aufgebaut werden konnte. Erwartungssicherheit in der sozialen Koordination speist sich nun aus stark routinisierten Handlungspraktiken und dekontextualisierten Zeichensystemen/Kommunikationsmedien.

Allerdings ergeben sich hiermit neue psychologische Herausforderungen: der regelmäßige Umgang mit Unvertrautem (Luhmann), die fehlende Intimität (Giddens) sowie – das betonen beide Autoren – das neuzeitliche Kontingenzbewusstsein um die offene Zukunft und die Abhängigkeit von großen, un verfügbaren Gesellschaftsregulativen. Letzteres ist an dieser Stelle noch einmal zu betonen: Sowohl Luhmann als auch Giddens bestreiten eine (echte) individuelle Wahlmöglichkeit, über die Inklusion in die Systeme disponieren zu können. Mangelndes

5 Giddens räumt für Lai*innen die Möglichkeit ein, soziologisches Wissen über die Expert*innensysteme zu erlangen, wodurch das Wissensgefälle verflacht (Giddens 1999: 59ff.).

Systemvertrauen bzw. das funktionale Vertrauensäquivalent, Misstrauen (vgl. Luhmann 2009 [1968]: 92ff.), führt also keinesfalls zur Auflösung des Abhängigkeitsverhältnisses. Vielmehr resultiert ein psychologisches Spannungsverhältnis zum Systemzwang, sodass sich negative Affekte einstellen. Hierin sehen die Autoren auch eine prinzipielle Vulnerabilität der Systeme, die jedoch nicht weiter ausgeführt wird: Giddens belässt es bei der bloßen Feststellung, Luhmann deutet lediglich an, dass die Systempartizipation und damit die Systemgröße bei mangelndem Vertrauen gefährdet sei.

3.4.2 Grundlagentheoretische Unterschiede

Grundlegende Unterschiede ergeben sich beim Bezugsobjekt des modernen Vertrauens. Im Gegensatz zu Luhmann verwendet Giddens bewusst einen weiten Systembegriff, der klare Demarkationslinien vermissen lässt:

»Es ist von einiger Bedeutung, [...] daß der Begriff ›soziales System‹ nicht so verstanden werden darf, als bezeichne er allein solche Zusammenballungen sozialer Beziehungen, deren Grenzen klar von denen anderer abgehoben sind. Der Grad der ›Systemhaftigkeit‹ ist sehr variabel.« (Giddens 1988: 218)

Demgegenüber ist fortwährende Grenzziehung zur Umwelt bei Luhmann das wichtigste definitorische Charakteristikum von Systemen. Bei Giddens aktualisieren soziale Systeme soziale Beziehungen in Interaktionssituationen. Sozialbeziehungen könnten jedoch unterschiedlich lose oder durchlässig sein, daher würden sich die Sozialsysteme hinsichtlich ihrer Reproduktionsmodi (Homöostase, reflexive Selbststeuerung sowie in Abhängigkeit der Sozial- und Systemintegration) unterscheiden. In Bezug auf die Systemhaftigkeit der hier interessierenden abstrakten Systeme als Bezugsobjekte des Systemvertrauens gerät zunächst die Systemintegration in den Blick, die sich auf »Verbindungen zu denjenigen [bezieht], die physisch in Raum und Zeit abwesend sind« (Giddens 1988: 80). Allerdings setzen die Reproduktionsmechanismen der Systemintegration neben anderen auch Mechanismen der Sozialintegration, also die »Reziprozität zwischen Akteuren in Kontexten von Kopräsenz« (ebd.: 81) voraus. Dies hat der Autor ausführlich anhand der gesichtsabhängigen Zugangspunkte abstrakter Systeme herausgestellt (s.o.).

Mit der Einsicht, dass sozial- und systemintegrative Reproduktionsmodi miteinander verschränkt sind, büßen die Begriffe allerdings ihr Potenzial zur graduellen Differenzierung von Systemhaftigkeit ein. Ohnehin ist die Unterscheidung der Reproduktionsmodi für die Beschreibung sozialer Systeme wenig aufschlussreich, da Giddens keine Angaben darüber macht, wie Größe und Dichte von Sozialbeziehungen beschaffen sein müssen, um eine bestimmte Systemhaftigkeit erwarten zu lassen. Systeme, die Giddens in *Konsequenzen der Moderne* beispielhaft nennt, um-

fassen mit kommunalen Infrastrukturanbietern, bestimmten Berufsprofessionen, Nationalstaaten und Geld eine große Bandbreite verschiedenartiger Zusammenhänge. Inwiefern sich diese Expert*innen- und Zeichensysteme von anderen Sozialsystemen unterscheiden, bleibt offen. Luhmanns Auseinandersetzung mit Systemvertrauen ist insgesamt auf einem höheren Abstraktionsniveau angesiedelt. Aus seiner Argumentation und seinen Systembeispielen kann gefolgert werden, dass er vor allem die großen Funktionssysteme der Gesellschaft im Blick hat. Diese bestehen ausschließlich aus Kommunikation und nicht aus Handlungen wie bei Giddens. Giddens' Zeichensysteme⁶ entsprechen hier den generalisierten Kommunikationsmedien der Funktionssysteme. Zudem scheinen bei Giddens die Übergänge vom System- zum Strukturbegriff fließend. Struktur hat er zur Bezeichnung der raumzeitlich gebundenen Instanziierungen sozialer Systeme, also auf einer untergeordneten Theorieebene eingeführt.

Anhand des Strukturbegriffs hat Giddens sein zentrales Dualitätspostulat entfaltet, das ebenfalls auf die (Re-)Produktion von sozialen Praktiken abzielt. Hier geht es ihm jedoch grundlegend um das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Handeln und Struktur. Die Beantwortung der Frage, wie sich Akteur und Struktur bzw. psychisches und soziales System zueinander verhalten, markiert einen der wichtigsten konzeptionellen Unterschiede zwischen Giddens' und Luhmanns Grundlagentheorien. Die Reproduktion der Strukturen erfolgt bei Giddens selbstbezüglich (rekursiv) in dem Sinne, als dass er »Strukturen als virtuelle Mitte ihrer ›anderen Seite‹ – ihrer Verwendung von bewußt handelnden Akteuren und ihrer Manifestation in den Spuren gesellschaftlicher Ordnungsbildung – bestimmt« (Lamla 2003: 264). Gemäß dem Dualitätspostulat sind also Bewusstsein und soziale Regel-Ressourcen-Komplexe (Strukturen) *keinesfalls als autonom* anzusehen (vgl. ebd.: 262):

»Bei allen Eigentümlichkeiten und Verdrängungskünsten, mit denen sich ein Bewußtsein vom Vollzug des sozialen Handelns entfernen kann, und bei allen Unbegreiflichkeiten und Unverfügbarkeiten der gesellschaftlichen Ordnungsbildung bleiben beide – solange gesellschaftliche Praktiken strukturiert, d.h. soziale Beziehungen kraft der Dualität von Struktur über Raum und Zeit hinweg produziert und reproduziert werden – immer soweit verkoppelt, daß sie sich unmöglich gegeneinander abschließen können.« (Ebd.)

Damit korrespondiert die Aufteilung zwischen dem praktischen und diskursiven Bewusstsein sowie dem Anteil des Unbewussten im Handlungsvollzug. Akteure sind sich weder über die Bedingungen ihrer Handlungen vollständig bewusst oder

6 Der Autor lässt offen, inwieweit Zeichensysteme ebenfalls auf die Letztelemente der Handlungen zurückgeführt werden können, die für die sozialen Systeme grundlagentheoretisch festgelegt wurden (s. Kapitel 3.1).

könnten diese vollständig kontrollieren noch entziehen sich die systemischen Ordnungen einer Reflexion, Interpretation und Modifikation durch die Akteure. (Vgl. ebd.: 262f.)

Demgegenüber sind Strukturen in Luhmanns neuerer Theorie in der Weise selbstbezüglich (autopoietisch), als dass sie als Produkte operativ geschlossener Kommunikationssysteme verstanden werden. Dies gilt jedoch »unter Randbedingungen der strukturellen Kopplung« (ebd.: 264), welche »im System Bereiche erhöhter Irritierbarkeit durch Umweltereignisse fest[legt], die dazu führen, daß es sich trotz und mit der vollständig autonomen Selbstdetermination seiner Operationen umweltangepasst entwickeln kann« (ebd.: 256f.). Die strukturelle Kopplung zwischen Bewusstsein und sozialen Systemen nennt Luhmann Interpenetration. Trotz einzelner Konvergenz der interpenetrierenden Systeme im Medium *Sinn* bleiben beide nach Luhmann notwendigerweise voneinander getrennt (vgl. Luhmann 2015: 293, 315f.). Aufgrund der selbstreferenziellen Reproduktionsweise der Systeme und der nicht steuerbaren Einrichtung struktureller Kopplungen wird die Systemevolution zwar durch die Umwelt irritiert und vorangetrieben, ihre Entwicklungsrichtung kann jedoch weder vorhergesagt noch gestaltend beeinflusst werden. Nach Luhmann ist somit jeder individuelle oder kollektive Versuch einer steuernden Einflussnahme auf die Gesellschaft zum Scheitern verurteilt. Dieses Ohnmachtsurteil bescheinigt Luhmann bekanntlich explizit Politiker*innen und sozialen Bewegungen. Insofern sind Akteure – wie bereits erwähnt – bloße »Vollzugsinstanzen von Autopoiesis« (Münch 1994: 397).

Während Giddens mit seinem Konzept der Strukturdualität den Akteuren also eine diffuse Gestaltungsmacht zur Veränderung von Systemen zubilligt, wird sie bei Luhmann konsequent abgelehnt. Allerdings scheint sich Giddens' Gegenwartsbefund in *Konsequenzen der Moderne* auch an seiner strukturationstheoretischen Konzeption zu reiben. Die modernen Dynamiken, die mit der Metapher eines beinahe unkontrollierbaren Dschagganath-Wagens illustriert werden, suggerieren eher Ohnmacht denn Verfügbarkeit. Dies zeigt sich mit aller Deutlichkeit in Hinblick auf das moderne Risikoprofil, dem lediglich mit subjektiven Anpassungsreaktionen begegnet werden kann. Nach O'Boyle (2013) findet sich in Giddens' sämtlichen Arbeiten, die ab 1990 entstanden sind, eine deutliche Abkehr von seinem sozialtheoretischen Dualitätspostulat, das individuelles und kollektives Handlungsvermögen an zentraler Stelle postuliert. Giddens scheint sich in dieser Zeit deutlich Luhmanns Evolutionismus anzunähern – mit dem Unterschied, dass ersterer trotzdem nicht davon ablässt, politische Handlungsempfehlungen zu geben. Interessant für die zeitdiagnostische Fragestellung dieser Arbeit sind die politischen Schlussfolgerungen, die Giddens aus seiner Beobachtung des neoliberalen Kapitalismus zieht, der spätestens ab 1990 nach dem Zusammenbruch der Sowjet-Union seinen globalen Siegeszug antritt. Offensichtlich lässt die Beobachtung, dass sowohl Akteure als auch mächtige Nationalstaaten den Imperativen des Marktes

unterliegen, das Vermögen einer sozialstrukturellen Einflussmöglichkeit durch Akteure prinzipiell zweifelhaft erscheinen (vgl. ebd.: 1029). Kapitalismus als moderne Institution erscheint ihm nun sowohl unausweichlich als auch alternativlos. Diese Alternativlosigkeit akzeptierend wendet er sich sodann wirtschaftspolitischen Fragen der richtigen Marktorganisation zu. Vor dem Hintergrund seiner Annahmen über die dritte Modernisierungsdynamik reflexiver Wissensaneignung kommt er mit Bezug auf F. Hayek beispielsweise zu dem Schluss, dass nur dezentralisierte Märkte als einzige Institutionen in der Lage seien, mit der Komplexität der Spätmoderne zurecht zu kommen (vgl. ebd.: 1030).⁷

3.4.3 Unterschiede in der Vertrauenskonzeption

Eine explizite Abgrenzung zu Luhmann findet bei Giddens selbst nur in Bezug auf einige kognitivistischen Thesen des zweiten Vertrauenstextes statt. Giddens (1999: 47ff.) kritisiert

- die Bindung des Vertrauensbegriffs an Entscheidungssituationen,
- den konzeptionellen Ausschluss eines Risikomoments bei fehlender Handlungsausführung,
- die Engführung des Risikobegriffs auf handlungspraktische Risiken in einer gegebenen Situation,
- die Verwechslung der Vertrauensursache, die nicht in der fehlenden Verfügungsgewalt über das Gegenüber liege.⁸

In erster Linie geht es Giddens um definitorische Setzungen Luhmanns, die er insbesondere in Bezug auf die Begriffspaare Vertrauen und Zuversicht sowie Risiko und Gefahr als zu eng empfindet. Einige der Kritikpunkte erschließen sich vor dem Hintergrund seines prozessualen Handlungsverständnisses. Da er nicht diskrete Einzelhandlungen zugrunde legt, sondern einen kontinuierlichen Handlungsstrom, möchte er den Vertrauensbegriff auch nicht an einzelne Entscheidungssituationen binden, in denen aus mehreren Handlungsalternativen eine selektiert wird (vgl. ebd.: 47). Darüber hinaus lehnt er es ab, nur im Falle einer Risikowahrnehmung von Vertrauen zu sprechen. Offenbar unterscheidet Giddens zwischen sub-

7 In Großbritannien ist Giddens als public intellectual bekannt geworden, da er als Berater des ehemaligen Premierministers Tony Blair die theoretische Blaupause für die Modernisierung der Sozialdemokratie lieferte. Seine Programmschrift des dritten Weges (*The Third Way: The Renewal of Social Democracy*), die zwischen Sozialdemokratie und Wirtschaftsliberalismus vermitteln wollte, wurde auch in den USA und Deutschland (s. sogenanntes *Schröder-Blair-Papier*) zum Leitmotiv in der Neuausrichtung sozialdemokratischer Parteiagenden.

8 Bei diesem Kritikpunkt zitiert Giddens zwar Gambetta (1988), doch dieselbe Feststellung ist ebenso von Luhmann vorgebracht worden.

jektiven Risiken, die die individuelle Wahrnehmungsschwelle passieren und solchen, die objektiv gegeben sind (vgl. ebd.: 50). Zu letzteren gehören etwa die Risiken einer ökologischen Katastrophe oder eines Atomkriegs, »denen wir alle uns stellen müssen, einerlei, ob es uns gefällt oder nicht« (ebd.: 47). Diese bestehen als Risikoumwelten auch unabhängig von der konkreten Einzelhandlung, sodass eine Handlungsunterlassung nicht gleichzusetzen ist mit einer Risikovermeidung (vgl. ebd.: 47; 51). Mit anderen Worten ist die Gesellschaft bei Giddens für die Gefahren ihrer Systemevolutionen insgesamt sensibler als bei Luhmann, der diesbezüglich durch eine abgeklärte Haltung auffällt: »Unsere Gesellschaft hat im Horizonte möglicher Katastrophen zu leben, und zwar ganz normal und unaufgeregt zu leben; sonst verschwinden die eventuellen Katastrophen zwar nicht, aber es kommen vermeidbare Aufregungsschäden hinzu.« (Luhmann 1986: 21)

Was Gründe für die Vertrauensvergabe angeht, möchte sich Giddens von der These absetzen, die Notwendigkeit zu vertrauen liege in der (Handlungs-)Freiheit des Gegenübers. Statt fehlender Macht über das Gegenüber begründe sich das eigentliche Vertrauenserfordernis im Fehlen vollständiger Informationen. (Vgl. Giddens 1999: 48) Hier tritt eine eher ungewöhnliche Rezeption des Parsons'schen Problems zu tage, nach der die doppelte Kontingenz als fehlende Steuerungsmöglichkeit Egos zur Beeinflussung Alters interpretiert wird. Diese Rezeption unterscheidet sich von der üblichen und auch von der Luhmann'schen. Macht ist nämlich nur eine unter vielen Möglichkeiten zur Herstellung von Erwartungserwartungen. Das Problem doppelter Kontingenz ist ein epistemisches: Alter und Ego haben schlicht keine Anhaltspunkte, das Verhalten des Gegenübers zu prognostizieren, sodass aufgrund fehlenden Wissens keine Handlungskoordination möglich ist. Wo Giddens eine konzeptionelle Unterscheidung markieren möchte, gibt es also eigentlich keine.

Dagegen bleibt ein zentraler Unterschied vom Autor unerwähnt, der die psychologische Quelle des Systemvertrauens betrifft. Giddens sieht die Routineverfahren abstrakter Systeme als Mittel zur Herstellung ontologischer Sicherheit. Diese Form gesichtsunabhängiger Bindung ist zur Befriedigung des existenziellen Sicherheitsbedürfnisses jedoch allein nicht ausreichend, sondern es ist zusätzlich eine kontinuierliche gesichtsabhängige Rückbettung erforderlich. Den Bedarf zwischenmenschlicher Interaktion an den Zugangspunkten abstrakter Systeme führt der Autor entwicklungspsychologisch auf den Aufbau des Urvertrauens während der Sozialisation zurück. Wie erwähnt basiert also das Systemvertrauen letztlich auf »einem primitiveren Glauben an die Zuverlässigkeit und Versorgungsbereitschaft menschlicher Individuen« (ebd.: 1999: 124). Diese These muss aus einer systemtheoretischen Perspektive psychologisierend und reduktionistisch erscheinen – dementsprechend findet sich auch kein Pendant bei Luhmann. Gleichwohl passt sie in Giddens' Theorieanlage, in der die Begriffe Akteur, Bewusstsein und Handlung eher einer individualistischen Tradition folgen.

Weiter heißt es bei Giddens, Systemrepräsentant*innen müssten fortwährend eine persönliche Zuverlässigkeit signalisieren, um das entsprechende System als vertrauenswürdig erscheinen zu lassen. Es kann folglich zwischen dem gesichts-unabhängigen Systemvertrauen als solchem und der gesichtsabhängigen Stabilisierung der Vertrauenswürdigkeit unterschieden werden. Diese Lesart führt zu einem neuen Interpretationsangebot einer schwer verständlichen Differenzierung, in der Giddens zwischen dem Systemfunktionieren als solchem und dem richtigen Funktionieren eines Systems unterscheidet:

»Wir können zwar von einem Vertrauen in symbolische Zeichen oder Expertensysteme sprechen, doch dieses Vertrauen beruht nicht auf dem Glauben an die ›moralische Rechtschaffenheit‹ (oder die guten Absichten) anderer Personen, sondern dem Glauben an die Richtigkeit von Prinzipien, über die man nicht Bescheid weiß. Natürlich spielt das Vertrauen in Personen auch im Hinblick auf den Glauben an Systeme stets eine gewisse Rolle, doch dieses Vertrauen betrifft nicht das Funktionieren der Systeme als solches, sondern deren *richtiges* Funktionieren. (Giddens 1999: 49; Herv. i. O.)

Diese Passage ist verschiedentlich rezipiert worden. In einer Interpretation deutet Kohring sie so, als ergänze Giddens das Luhmann'sche Vertrauensverständnis, die Erwartung des Systemfunktionierens, um eine qualitative Komponente – analog zur »Stimmigkeit persönlichen Verhaltens« (2004: 104) im Fall des persönlichen Vertrauens (vgl. ebenso Muck 2018: 294). Dagegen differenziert die Forschergruppe um Grosser überhaupt nicht zwischen den Definitionen beider Autoren (vgl. Engelke 2018: 196ff.; Grosser 2016: 1038; Grosser/Hase/Wintterlin 2017: 3; Grosser/Hase/Blöbaum 2016: 56)

In der Exegese dieser Arbeit wird stattdessen vorgeschlagen, den qualifizierenden Aspekt nicht auf Giddens' Definition des Systemvertrauens im engeren Sinne zu beziehen, sondern lediglich auf die anteilige Rolle der gesichtsabhängigen Stabilisierung bzw. Rückbettung des Systemvertrauens. Mit anderen Worten sorgt bei Giddens das personengebundene Beweisen der Systemvertrauenswürdigkeit dafür, dass ein System nicht nur als effektiv wahrgenommen wird (Systemvertrauen ohne Rückbettung), sondern auch als effizient (Systemvertrauen mit Rückbettung). Diese Lesart scheint dem Kontext der Textpassage sowie dem weiteren Argumentationsverlauf eher zu entsprechen.⁹

9 Es kann darüber spekuliert werden, ob das semantisch zweideutige Bezugsobjekt des Demonstrativpronomens (»[...] dieses Vertrauen betrifft [...]« (ebd.; Herv. d. V.)) in der deutschen Übersetzung für eine abweichende Interpretation verantwortlich ist. Der englische Originaltext scheint hier eindeutiger zu sein: »Of course, trust in persons is always to some degree relevant to faith in systems, but concerns their *proper* working rather than their operation as such.« (Giddens 1990: 34; Herv. i. O.).

Im Ergebnis der Gegenüberstellung zeigen sich einige Unterschiede in Giddens' und Luhmanns Vertrauenskonzeption, die zu einem großen Teil auf ihre verschiedenen grundlagentheoretischen Ausgangslagen, insbesondere ihre divergierenden Thesen zur Sozial- und Systemintegration, zurückgehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Giddens einige Beschreibungsangebote für Vertrauensphänomene im Spannungsfeld zwischen Akteur und Struktur macht, die für die Argumentation dieser Arbeit sehr aufschlussreich sind. Allerdings korrespondieren die Vertrauensthesen nur gelegentlich mit seiner Grundlagentheorie, von der er sich offenbar etwas distanziert hat. Insbesondere die gestalterische Facette teilautonomer Akteure scheint ihm aus dem Blick geraten zu sein. Die Thesen zum Systemvertrauen werden nicht vor dem Hintergrund des zentralen Dualitätspostulats entfaltet, sodass letztlich unklar bleibt, ob sie in einem ergänzenden oder ersetzenden Verhältnis zu den anderen analytischen Elementen des Sozialen – Strukturdimensionen, Vermittlungsmodalitäten, Interaktionsdimensionen (s. Abbildung 1) – stehen. Dadurch verpasst Giddens die Chance, die analytische Schnittstelle der Systemzugangspunkte zur Erklärung von System- und Strukturdynamiken zu nutzen. Insgesamt weisen die Fragmente der besprochenen Texte zu wenig Kohärenz auf, als dass sie sich ohne Weiteres zu einer Grundlagentheorie des Systemvertrauens zusammenfügen ließen.

M. Kohring (2004) unternimmt den Versuch, sowohl Luhmanns als auch Giddens' Vertrauensthesen in seinen eigenen Ansatz zu integrieren. Ob diese Synthese plausibel gelingt, soll im nächsten Kapitel geklärt werden.

4. Kohring: Vertrauen in die Systemprogrammierung

In der Journalismusforschung hat Matthias Kohring (2004) einen Vertrauensansatz auf hohem Abstraktionsniveau vorgelegt, der sich von der im Fach dominierenden psychologisch orientierten Medienglaubwürdigkeitsforschung absetzen will (vgl. Kohring 2002). Einen Distinktionsgewinn sieht der Autor durch Anschluss an den soziologischen Vertrauensdiskurs, namentlich an Luhmann, Giddens und Seligman (1997), gegeben. Seiner journalismusspezifischen Vertrauenskonzeption geht eine grundlegende Diskussion vor allem Luhmanns Arbeit voraus. Dabei entwickelt Kohring ein eigenes Verständnis von Systemvertrauen, das Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen ist.

4.1 Kritik an Luhmann und Lösungsvorschläge

Grundsätzlich finden sich auch bei Kohring (2004) die drei konsentierten Thesen, die Endreß (2001: 163) in der gesellschaftstheoretischen Vertrauensliteratur identifiziert hat: Umstellung von personalem zum Systemvertrauen im Übergang von Vormoderne zur Moderne, Bedeutungsverlust der vertrauten Nahumwelt in der sozialen Koordination sowie der allgemeine Bedeutungszuwachs von Vertrauen in der modernen Gesellschaft. Ebenso wie Luhmann und Giddens argumentiert Kohring also auch entwicklungsgeschichtlich, wobei er sich Luhmanns differenzierungstheoretischer Perspektive annimmt, indem er die zunehmende Notwendigkeit zur Übernahme von Fremdselektionen hervorhebt (vgl. Kohring 2004: 130f.). Damit übernimmt er auch die Grundagentheorie Luhmanns, wobei er sich sowohl an der funktional-strukturellen wie auch an der Theorie autopoietischer Systeme orientiert (vgl. ebd.: 141ff.). Da Luhmann und Giddens nach seiner Auffassung – »bei unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und unterschiedlicher Sprache – zu sehr ähnlichen Schlussfolgerungen« (2004: 102, Fn. 17) kommen, lässt er ihre grundagentheoretischen Unterschiede bei der Rekonzeptualisierung von Systemvertrauen außer Acht. Damit sieht er großzügig über unterschiedliche Systembegriffe und Differenzen in der Systemreproduktion hinweg, die oben benannt wurden. Darüber hinaus berücksichtigt seine Kritik an der bisherigen Konzepti-

on des Systemvertrauens, die sich in erster Linie an Luhmann richtet, auch nicht, dass dieser seine Vertrauens Theorie nicht mehr in die aktualisierte Theoriearchitektur nach der autopoietischen Wende implementiert hat. In der Folge oszilliert Kohrings eigener Entwurf zwischen deterministischen und voluntaristischen Hintergrundprämissen, sodass unklar bleibt, welche Stellung dem vertrauensvollen Akteur in der Reproduktion autopoietischer Funktionssysteme zukommt. Nachfolgend eine Diskussion seiner zentralen Thesen.

Kohrings (2004: 104ff.) Kritik an Luhmanns Verständnis betrifft im Kern zwei Punkte: a) die fehlende Konkretisierung des Vertrauensobjekts auf der Ebene individueller Wahrnehmung sowie b) eine fatalistische Engführung des Konzepts.

a) Dass der Systembegriff sowohl bei Giddens auch bei Luhmann eine »diffuse Bezeichnung für bestimmte Handlungszusammenhänge« (ebd.: 104f.) bleibt, ist in Giddens' Strukturationstheorie explizit so vorgesehen (s. vorheriges Kapitel). Luhmann, dessen Vertrauens Theorie im Zusammenhang mit seiner frühen funktional-strukturellen Schaffensphase steht, vertritt hier noch ein Systemverständnis, in dem Handlungen konstitutive Elemente der Systeme darstellen. Da Individuen zu diesem Zeitpunkt eine gewisse Autonomie und ein Gestaltungsspielraum, also eine aktive Rolle in der Systemreproduktion zugesprochen wird, hätte Luhmann das Bezugsobjekt des Systemvertrauens durchaus für die Akteurebene konkretisieren können. Kohring (2004: 104) kritisiert zurecht, dass der Systembegriff auf der Mikroebene blass bleibt, wobei er für seinen eigenen Spezifizierungsvorschlag, der Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Systemvertrauentypen, jedoch nicht Luhmanns frühere Grundagentheorie heranzieht.

b) Kohring lehnt es ab, Akteure als ohnmächtig in Bezug auf die großen Sozialsysteme anzusehen.

»Zu konstatieren, dass man in eine Welt hineingeboren wird, in der z.B. Wahrheit oder Recht eine anscheinend unverrückbare Rolle spielen, ist so richtig und gleichzeitig so banal wie die Aussage, dass der Mensch Bedürfnisse hat; dass man diesen Zusammenhängen deshalb auch ausgeliefert sei, ist eher eine politische oder philosophische Aussage; aus soziologischer Sicht trifft sie nicht zu, da Gesellschaft nicht naturgegeben ist, d.h. prinzipiell immer veränderbar.« (Kohring 2004: 106)

Die in diesem Zitat enthaltene Aussage, das Postulat fehlender Gestaltungsmöglichkeit sei soziologisch falsch, dürfte nicht nur für andere Vertreter*innen der autopoietischen Systemtheorie klärungsbedürftig sein (s. unten), sie steht darüber hinaus auch im Kontrast zu Beobachtungen der soziologischen Klassiker, die gerade das Ausgeliefertsein – oder auch: die Unfreiheit (vgl. ebd.: 105) – der Individuen gegenüber den gewaltigen Umwälzungen im Übergang zur Moderne herausgestellt haben. Im Kern von Luhmanns und Giddens' Vertrauensarbeiten geht es darum, dass die Emergenz einer neuen Gesellschaftsordnung nur auf Basis eines Mecha-

nismus möglich war, der die regulative Wirkung sozialer Strukturen bzw. Systeme von der individuellen Verfügbarkeit (innerhalb der Nahumwelt) löst. Die These, dass von Menschen Gemachtes ein Eigenleben entwickelt und sich zunehmend menschlicher Einflussnahme entzieht, hat Giddens im Bild des Dschagannath-Wagens ausgedrückt. Andere Autor*innen finden andere Begriffe, wie etwa U. Beck (1986) mit seinem Postulat unbeabsichtigter Nebenfolgen in der Risikogesellschaft. Soziologisch falsch ist daher lediglich die Behauptung, Gesellschaft wäre etwas Naturgegebenes. Aus der Prämisse einer menschenverantworteten Gesellschaftsgeneese unmittelbar auf die prinzipielle Möglichkeit zukünftiger Einflussnahme zu schließen, wie Kohring es tut, ist umstritten. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

4.1.1 Erster Lösungsvorschlag: zwei Systemvertrauentypen statt einem

Kohring (2004) fächert das Konzept des Systemvertrauens auf, indem er zwei Erwartungshaltungen voneinander differenziert. Grundsätzlich gebe es ein *Vertrauen in generalisierte Kommunikationsmedien*: »Dieses Vertrauen richtet sich auf das *Funktionieren* des jeweiligen Systems, d.h. darauf, dass eine bestimmte Form des selektiven Umgangs mit Realität allgemein anerkannt wird.« (Ebd.: 108; Herv. i. O.) Als gegenseitig unterstelltes Vertrauen sichere dieser Typus die Übertragbarkeit systemspezifischer Selektionsleistungen – etwa im Medium Wahrheit (Wissenschaft), Macht (Politik) oder Mehrsystemzugehörigkeit (Journalismus): »Vertraut wird also nicht in das generalisierte Kommunikationsmedium selbst, sondern in alle potenziellen anderen Systemakteure, und zwar mit der Erwartung, dass auch sie von der Motivationskraft dieses Mediums überzeugt sind« (ebd.). Dieser Systemvertrauentyp, den auch Luhmann schon beschrieb, sei vor allem als Vertrautheit zu beobachten. Trotz seiner Alltäglichkeit ist er nach Kohring nicht statisch, sondern in seiner Ausprägung zum einen abhängig von der Viabilität des jeweiligen Mediums, also der Frage, in welchem Ausmaß Anschlusskommunikation in Interaktionssituationen angeregt werden kann. Zum anderen sei der Vertrauensgrad auch abhängig von den Konsequenzen der Systemkommunikation für die jeweilige Umwelt. Die Beurteilung der Konsequenzen erfolge vor dem Hintergrund der Funktionserwartung, die an das jeweilige System gerichtet werde. Mit der »abstrakte[n] Erwartung, dass ›das System‹ seiner spezifischen gesellschaftlichen Funktion in angemessener Weise gerecht wird« (ebd.: 110), ist der zweite Typus, das *Vertrauen in die Systemprogrammierung* angesprochen. Hier geht es »nicht um das *Dass*, sondern um das *Wie* der Systemoperationen« (ebd.: 110; Herv. i. O.).

Die Differenzierung der Systemvertrauentypen illustriert Kohring (2011) beispielhaft anhand der Finanzkrise im Jahr 2008. Würde sich eine Analyse dieses Ereignisses nur auf den ersten Systemvertrauentypus beschränken, erschiene es überhaupt nicht als Vertrauenskrise, denn, »dass die Ökonomie *als abstraktes System*

funktioniert hat, haben ja gerade diese Krisen deutlich gemacht« (ebd.: 281). Das Luhmann'sche Verständnis, Vertrauen in die Grundoperationen eines Systems, sei zwar notwendige Bedingung des Systemvertrauens, die hinreichende Bedingung sei allerdings erst durch das richtige Funktionieren¹ (im Sinne der Systemumwelten) erfüllt (vgl. ebd.).

Dieses Beispiel wirft allerdings auch Fragen zur Relation der beiden Systemvertrauentypen auf. Entsprechend der von Kohring angenommenen graduellen Abhängigkeit des ersten vom zweiten Typus (s.o.) müsste ein solch einschneidendes Ereignis wie die weltweite Finanzkrise, die dem Wirtschaftssystem keine positive Leistungsevaluation beschert haben dürfte (z.B. Herzog 2013), doch auch Auswirkungen auf die Anschlussfähigkeit der systemspezifischen Beobachtungskategorien gehabt haben. Wie sonst lässt sich die postulierte Abhängigkeit beider Systemvertrauentypen vorstellen?

Auch an anderer Stelle konterkariert er die Annahme einer Korrespondenz zwischen den Systemvertrauentypen. In Bezug auf das Leistungssystem Journalismus stellt er fest:

»Ein Vertrauensproblem hinsichtlich der Akzeptanz des generalisierten Kommunikationsmediums Mehrsystemzugehörigkeit ist dabei nicht zu konstatieren, im Gegenteil: Mit dem Aufkommen des privaten Rundfunks in Deutschland Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts scheint es eher ein Zuviel dieser Kommunikation zu geben. Wenn es Vertrauensprobleme mit Journalismus gibt, dann sind sie auf der Ebene des Vertrauens in Systemprogrammierung anzusiedeln, d.h. auf der Ebene des *richtigen* Funktionierens des Systems.« (Kohring 2004: 161; Herv. i. O.)

Hier scheint er erneut eher eine friedliche Koexistenz der beiden Systemvertrauentypen hervorzuheben.

Abgesehen von der Differenzierung verschiedener Erwartungshaltungen im Modus des Systemvertrauens versucht Kohring sich an einer Konkretisierung des Bezugsobjekts selbst. In seiner publikumszentrierten Sicht unterstellt Kohring dabei nicht, dass die latenten Leitkategorien Funktion und System direkt adressier- oder beobachtbar wären. Vielmehr geht es um die konkrete Leistungserfüllung durch die Systemakteure (Personen oder Organisationen), die erwartet und überprüft werde (vgl. ebd.: 110). Wie bei Giddens kann sich das Systemvertrauen auch

1 Kohring verweist beim Terminus des *richtigen* Systemfunktionierens auf Giddens' Vertrauensdefinition, in der er eine qualitative Ergänzung zu Luhmanns Definition sieht. Wie bereits erwähnt, wird Giddens in dieser Arbeit so interpretiert, dass sich der qualitative Zusatz eher auf die personengebundene Rückbettung durch vertrauenswürdige Systemrepräsentant*innen bezieht (s. vorherigen Abschnitt).

bei Kohring als personales Vertrauen äußern, wenn Repräsentant*innen eines Systems bei ihrer Rollenausübung vertraut wird. An anderer Stelle geht er noch weiter und postuliert, »Vertrauen in Systemprogrammierung« [ist] sinnvollerweise nur als Vertrauen in soziale Akteure zu konzeptionieren« (ebd.: 139), da der theoretische Systembegriff nicht voraussetzungslos in die Erfahrungswelt der sozialen Akteure eingesetzt werden könne (vgl. ebd.). Der Maßstab zur Leistungsevaluation, der mehrere Aspekte beinhalten könne, sei dabei weder ein objektiver noch ein individueller, sondern ein konsensueller. (Vgl. ebd.: 110f.) System und Funktion als Bezugsobjekte des Systemvertrauens, die ihm bei Luhmann und Giddens als zu unspezifisch erschienen, werden bei Kohring damit letztlich empirisch bestimmt – nämlich als Aggregat gemeinsam geteilter Leistungserwartungen.

Er betont, dass die Leistungserwartungen auf die Resultate der Systemoperationen gerichtet sind und nicht auf die konkrete Arbeitsweise des jeweiligen Systems (vgl. Kohring 2004: 120ff.). Die Evaluation der Produktionsabläufe oder der Eigenschaften von systemischen Rollenträger*innen (z.B. Kompetenz und Aufrichtigkeit) stellen nach Kohring Vertrauensgründe als kausale Legitimierung der Vertrauensentscheidung dar, jedoch nicht die Vertrauensdimensionen selbst. Diese Betrachtungsweise entkoppelt das Systemvertrauen weitestgehend von individueller Vertrauenswürdigkeit, etwa der moralischen Integrität der Leistungsproduzenten. Demnach kann sich die Vertrauensvergabe an einzelne Systemrepräsentant*innen aufgrund persönlicher Verfehlungen zwar nachträglich als illegitim erweisen. Das Systemvertrauen selbst wird dadurch jedoch nicht tangiert:

»Ob z.B. ein Arzt seine soziale Funktion angemessen erfüllt, ist nur zu einem geringen Teil von seinen persönlichen Intentionen abhängig und am allerwenigsten von seiner Intention, nicht zu betrügen. [...] Die Bedingungen für die Erfüllung von Erwartungen dürften daher vor allem in der Autonomie dieser Systeme liegen, d.h. in ihrer relativen Unabhängigkeit von nicht funktionsspezifischen Leistungserwartungen, beim Journalismus also z.B. von offenen (Werbefinanzierung, Gesetzgebung) und verdeckten (Korruption) ökonomischen und politischen Einflussnahmen auf die Berichterstattung. Auch wenn Enttäuschung sich häufig in Personalisierung niederschlägt, wird Vertrauen in soziale Systeme normalerweise nicht deshalb enttäuscht, weil ein Betrug zu konstatieren wäre.« (Ebd.: 124)

Den im Zitat genannten Autonomie-Begriff hat Kohring an anderer Stelle als Ergänzung zum Autopoiesis-Konzept für das systemtheoretische Inventarium vorgeschlagen. Für das Systembeispiel Journalismus ist Folgendes gemeint:

»Beschreibt Autopoiesis die Geschlossenheit des sozialen Systems Journalismus, so liegt in dem stets neu auszuhandelnden Verhältnis von Selbst- und Fremdreferenz seine Offenheit gegenüber seiner gesellschaftlichen Umwelt begründet. Diese Regulierung von Selbst- und Fremdreferenz oder von Unabhängigkeit und

Abhängigkeit soll mit dem Begriff der Autonomie bezeichnet werden« (Kohring 2001: 84).

Angewandt auf das oben zitierte Beispiel wird also eine zu starke Fremdreferenz auf das Wirtschafts- oder Politiksystem als potenzielle Quelle für enttäushtes Systemvertrauen gesehen. Auf den ersten Blick ist das Systemvertrauen bei Kohring an den Zugangspunkten damit nicht so vulnerabel wie bei Giddens – dies gilt aber nur für die individuelle Vertrauenswürdigkeit. Die allgemeine Systemleistung wird nach Kohring ja durchaus anhand der (organisierten) Systemakteure evaluiert (s.o.).

4.1.2 Zweiter Lösungsvorschlag: Differenzierungsrisiken statt -gefahren

Obwohl sich die These des Systemzwangs (Abhängigkeit des Individuums ohne Steuerungsmöglichkeit) in beiden Vertrauenstexten Luhmanns findet, entzündet sich Kohrings Kritik in erster Linie am späteren Text, in dem der Begriff des Systemvertrauens durch den der Zuversicht ersetzt wird. Mit dem Begriffswechsel löst Luhmann das Konzept definitorisch von den entscheidungstheoretischen Prämissen, die er in seiner allgemeinen Vertrauensanalyse formuliert hatte. Denn für eine zuversichtliche Erwartungshaltung postuliert Luhmann lediglich eine Kontingenzwahrnehmung in Form einer wahrgenommenen Gefahr, die in externen Umständen lokalisiert wird. Im Falle des Vertrauens richtet sich die Kontingenzwahrnehmung demgegenüber auf die selbstverantwortete Selektion von Handlungsalternativen, womit die Kontingenzwahrnehmung zur Risikowahrnehmung wird. Der Unterschied liegt also darin, dass bei Zuversicht überhaupt keine Entscheidungssituation (und somit keine Risikowahrnehmung) gegeben ist. Zuversicht gegenüber gesellschaftlichen Funktionssystemen (alias: Systemvertrauen) schließt nach Luhmann also Handlungsfreiheit definitorisch bereits aus. Da Kohring Individuen eine größere Autonomie zubilligt, sieht er auch nicht bloß *Gefahren* einer Systemabhängigkeit, sondern *Risiken*, die bei Systembeteiligung eingegangen werden können oder nicht.

»Wenn die Funktion von Vertrauen tatsächlich in der Kompensation von Unsicherheit und damit der Ermöglichung von riskanten Entscheidungen besteht, wäre es theoretisch widersinnig, davon ausgerechnet die Folgeerscheinungen gesellschaftlicher Differenzierung auszunehmen, die unterschiedlichen Funktionssysteme und ihre immer wieder konfligierenden Sachlogiken.« (Ebd.: 107)

Diese Differenzierungsrisiken konkretisiert er mit Seligman (1997) als Rollenkonflikte, die aus unklar definierten oder systemisch bedingten, konfligierenden Rollenerwartungen herrührten. Da »die meisten Rollen in Funktionssystemen zumindest einen marginalen Gestaltungsspielraum haben« (ebd. 111), sind die differenzie-

rungsbedingten Risiken alltäglich mittels Vertrauen zu überbrücken. Den Begriff der Zuversicht bezieht Kohring demgegenüber auf »einen Zustand, in dem man zu wissen glaubt, dass der andere seine Rollenerwartungen tadellos erfüllt. Wenn man auf der Grundlage dieses Wissens handelt, handelt man [...] aus Selbstvertrauen« (ebd.: 112; Herv. i. O.). Selbstvertrauen bringt der Autor sodann in die Nähe von *Kalkulation* als ein »Sich-Verlassen auf empirische Erfahrungen« (ebd.), also die eigene Situationseinschätzung, ohne dass eine Relation zwischen den beiden sozialen Akteuren hergestellt werde (ebd.: 112; 117f.). Im Unterschied dazu ist »Systemvertrauen [...] als gegenseitig gewusste Vertrauensbeziehung zwischen konkreten Leistungsabnehmern (z.B. Kunden) und konkreten Leistungsproduzenten zu konzeptionieren« (ebd.: 131f.). Insgesamt kommt Kohring daher zu dem Schluss, dass Zuversicht als eigener theoretischer Begriff nicht benötigt werde (vgl. ebd.: 112).

Die Verknüpfung von gesellschaftlicher Differenzierung mit der alltäglichen Risikowahrnehmung erlaubt es Kohring, entscheidungstheoretische Vertrauensprämissen, die Luhmann nur noch für den Bereich persönlichen Vertrauens aufstellt, auch auf den Bereich des systemischen Vertrauens anzuwenden. Systemvertrauen ist bei Kohring daher eine (Selektions-)Entscheidung zur Übernahme einer systemspezifischen Fremdselektion. Mit dem Entscheidungsbegriff stellt er damit auch den Handlungsbegriff ins Zentrum seiner Theorieanlage. Konkret differenziert er zwischen *Vertrauen als Handlung* und *Vertrauen als Einstellung*. Während ersteres das tatsächliche Inkrafttreten einer Vertrauensrelation meint, also »eine beobachtete Delegation von Handlungsverantwortung bei gegebenen Risikobewusstsein« (ebd.: 138), ist letzteres lediglich die geäußerte Bereitschaft für diese Delegation – ebenfalls unter Risikowahrnehmung.

Der Autor klärt den Handlungsbegriff jedoch an keiner Stelle. Geht es um die analytischen Letztelemente der Systeme stellt Kohring unter Verweis auf Luhmann fest, dass sich die Kommunikation sozialer Systeme empirisch nur durch Zurechnung auf Handeln von Personen oder Organisationen beschreiben lasse (vgl. ebd. 144). Dies ist wohl der Grund dafür, warum sich Kohring grundlagentheoretisch nicht festlegen möchte und in seinen Texten wahlweise von systemischen Kommunikationen und/oder Handlungen spricht. Womöglich hat der Autor allerdings doch mehr als nur kommunikative Zurechnungsadressen vor Augen, wenn er in Abgrenzung zu Luhmann bei seinem eigenen Vorschlag den Autonomiezuwachs der sozialen Akteure hervorhebt:

»Ein derart explizierter Begriff von Systemvertrauen [...] erlaubt dem sozialen Akteur zwar immer noch nicht, sich aus der Gesellschaft abzusetzen; er kann aber innerhalb von Systemen über seine Entscheidungen disponieren, so für Konkurrenzbewusstsein sorgen und – durch gestaffelte Zuteilung von Vertrauenserweisen – soziale Kontrolle (im Sinne Barbers, vgl. 1983: 19 ff) ausüben. Wie groß dann

die tatsächlichen Entscheidungsmöglichkeiten sind, ist eine empirische Frage und möglicherweise ein guter Indikator für ›Freiheit.« (Ebd.: 111)

Wie kommunikative Zurechnungsadressen innerhalb von Systemen über die Übernahme der systemspezifischen Kommunikation entscheiden können und damit noch soziale Kontrolle ausgeübt werden kann, bleibt offen. Eine Klärung im Rahmen der autopoietischen Systemtheorie hätte in Bezug auf die Kopplung von Kommunikation und Bewusstsein stattfinden müssen. Dies legt der Autor selbst nahe:

»Durch die Beobachtung von Kommunikation lässt sich aber nicht auf Bewusstseinsinhalte schließen, genauso wenig wie sich Bewusstsein durch Kommunikation dirigieren oder gar determinieren lässt – mithin einer der entscheidenden Gründe für die Bedeutung von Vertrauen.« (Ebd.: 144)

Kohring belässt es beinahe nur bei dieser Andeutung. Interessierte finden lediglich in einer Fußnote zum ersten Systemvertrauentypus einen Hinweis auf das »Vertrauen in Verstehen« (ebd.: 109, Fn. 25) zwischen sozialen Akteuren. Vor dem Hintergrund von Luhmanns dreistelligem Kommunikationsbegriff (Information, Mitteilung, Verstehen) geht Kohring demnach davon aus, dass die »Verstehensleistung« (Kohring 2001: 85) der mit dem jeweiligen Sozialsystem gekoppelten psychischen Systeme auf gegenseitiges Vertrauen angewiesen ist. Da Kommunikation ohne das Verstehen psychischer Systeme nicht hergestellt werden kann (vgl. ebd.), konstituiert sich ein System überhaupt erst durch die vertrauensvolle Erwartungserwartung des gegenseitigen Verstehens der jeweiligen Systemsprache. Wie lässt sich aber der zweite, für Kohring entscheidende Systemvertrauentypus, das Vertrauen in die Systemprogrammierung in dieser Relation zwischen psychischen und sozialen Systemen denken?

An den relevanten Stellen, die zur Klärung hätten beitragen können, operiert der Autor mit dem Akteurs- und Handlungsbegriff, etwa in der Definition der Vertrauensrelation oder in Bezug auf die vertrauensvollen Leistungsabnehmer eines Systems. Daher überrascht es auch nicht, dass in der Rezeption seines Vertrauensansatzes stark auf den Handlungsbegriff abgestellt wird (vgl. z.B. Westphal/Blöbaum 2016).

4.1.3 Ergänzungen: Strukturelle Vertrauenswürdigkeit

In Ergänzung zu seiner Neukonzeption des Systemvertrauens listet Kohring (2004: 125ff.) fünf Merkmale *struktureller Vertrauenswürdigkeit* als notwendige Voraussetzungen von Vertrauensbeziehungen im Allgemeinen auf:

- *Freiwilligkeit*: Generell könne nur von Vertrauen gesprochen werden, wenn unter risikobehafteten Alternativen ausgewählt werden könne. Damit fallen Si-

tuationen, in denen nur Gefahren oder Bedrohungen wahrgenommen werden, ebenso wie Situationen des Zwangs nach Kohrings Definition nicht unter die Kategorie des Vertrauens. Zwang könne allerdings in Vertrauenssituationen überführt werden: »Je mehr Entscheidungsfreiheit einem sozialen Akteur zugestanden wird, desto größer oder umfassender kann sein Vertrauen werden.« (Ebd.: 125)

- *Erlernbarkeit*: Auf der Basis positiver Erfahrungen könne Vertrauen und seine angemessene Intensität erlernt werden. In Bezug auf das Systemvertrauen seien hier auch Giddens' Zugangspunkte wichtig, also personale Kontakte mit Systemrepräsentant*innen. Der Lernprozess hänge darüber hinaus auch von den eigenen systeminternen Voraussetzungen ab. Hiermit ist das gemeint, was in der Vertrauensforschung üblicherweise als *individuelle Vertrauensneigung* (propensity to trust) titulierte wird.
- *Adressierbarkeit*: Dieser Begriff zielt auf die Operationen von Sozialsystemen in ihrer Rolle als Vertrauensobjekt. Es werden Anforderungen formuliert, die Systeme als Quasi-Subjekte erfüllen müssen, damit es zur Vertrauensgenese bzw. zum Vermeiden des Eindrucks fehlender Vertrauenswürdigkeit kommt. Zum einen müsse »auf Vertrauensprobleme genügend spezifisch eingegangen werden« (ebd.: 126), zum anderen müssten »komplexere Systeme in der Lage sein [...], Unsicherheit (Wahrnehmung doppelter Kontingenzen) in ihrer Umwelt überhaupt erst zu erkennen und darauf fußende Vertrauenserwartungen zu ermöglichen« (ebd.).
- *Kontrollierbarkeit*: Vertrauen ist bei Kohring kein blindes Vertrauen, sondern seine Berechtigung wird einer kontinuierlichen Prüfung unterzogen. Die notwendige Voraussetzung auf Seiten der Sozialsysteme ist Transparenz – allerdings nicht im Sinne einer vollständigen Nachvollziehbarkeit aller Systemoperationen, sondern vermittelt in Symbolkomplexen. »Die Kontrolle von Systemvertrauen erfolgt also hauptsächlich über die Kontrolle des Vertrauens in die systeminternen Kontrollmechanismen und ebenso symbolisch über die gesichtsabhängigen Bindungen an den Zugangspunkten abstrakter Systeme« (ebd.: 127). Neben der systeminternen Kontrolle könne die Prüfung auch an andere Sozialsysteme delegiert werden. Eine weitere Kontrollmöglichkeit für Akteure besteht in der gegenseitigen Beobachtung, ob auch Andere (weiterhin) vertrauen.
- *Sanktionierbarkeit*: Abgesehen von Interaktionssituationen der direkten Nahumwelt, besteht für Akteure keine unmittelbare Möglichkeit, enttäushtes Vertrauen zu sanktionieren. Daher müssten Funktionssysteme eine Sanktionierbarkeit als notwendige Vertrauensvoraussetzung selbst ermöglichen – ebenfalls auf symbolische Art.

In Hinblick auf das zuvor Diskutierte sind vor allem zwei Punkte bedeutsam. Zum einen unterstreicht Kohring die Entscheidungsförmigkeit von Systemvertrauen, indem er die *freiwillige* Selektion von risikobehafteten Alternativen als *Conditio sine qua non* von Vertrauen erklärt. Nachzufragen wäre hier, inwieweit dieses definitivische Ausschlusskriterium mit dem ersten Systemvertrauentypus in Konflikt steht, da dieser ja »dem sozialen Akteur [...] immer noch nicht [erlaubt], sich aus der Gesellschaft abzusetzen« (ebd.: 111). Mit anderen Worten: Das Vertrauen in generalisierte Kommunikationsmedien steht auch bei Kohring nicht wirklich zur Wahl, womit nach seiner eigenen Definition eigentlich nicht mehr von Vertrauen gesprochen werden dürfte.

Zum anderen ist fraglich, ob sich Giddens' Konzept der Zugangspunkte, auf das Kohring in puncto Erlernbarkeit und Kontrollierbarkeit von Systemvertrauen zurückgreift, ohne Weiteres mit der Vorstellung autopoietisch geschlossener Systeme verträglich ist. Wie dargelegt, markiert das Beziehungsverhältnis zwischen Akteur und Struktur bzw. psychischem und sozialem System einen der wichtigsten konzeptionellen Unterschiede zwischen Giddens und Luhmann. Während die beiden Ebenen bei Giddens zwei Seiten derselben Medaille darstellen, haben sie bei Luhmann keine Chance auf eine unmittelbare Einflussnahme der jeweils anderen Seite. Eine ausführliche Diskussion, die ebenfalls die strukturelle Kopplung zwischen psychischen und sozialen Systemen betrifft, kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Unmittelbar ins Auge fällt die drastische Loslösung aus dem ursprünglichen Theoriekontext. Für Giddens erfüllen die Zugangspunkte eine psychologische Funktion der Rückbettung. Durch den persönlichen Kontakt mit Systemvertreter*innen erfahren Akteure zwischenmenschliche Nähe, die sich letztlich aus dem in der Sozialisation erworbene Urvertrauen speist. Die Rückbettung dient der fortlaufenden Stabilisierung des ontologischen Sicherheitsempfindens, das die gesichts-unabhängigen Bindungen zu den Expert*innensystemen bereitstellen. Dadurch, dass Zugangspunkte die ansonsten dekontextualisierte Systembeziehung partiell an raumzeitliche Gegebenheiten einer Interaktionssituation binden, sind Systeme abhängig von personaler Vertrauenswürdigkeitsattribution und damit vulnerabel.

Dagegen scheinen gerade die raumzeitlich gebundenen Interaktionskontexte in Kohrings Ansatz unerheblich für das Systemvertrauen zu sein. In Bezug auf die Leistungserwartungen hatte er dies anhand der Unterscheidung zwischen Vertrauensgründen und Vertrauensdimensionen herausgestellt (s.o.): Die moralische Integrität einzelner Systemrepräsentant*innen kann das Systemvertrauen nicht schwächen. Zugangspunkte erfüllen bei ihm keinerlei psychologische Funktion, sondern werden theoriebautechnisch als Schnittstellen zwischen sozialem Akteur und sozialem System benötigt.²

2 Eine ähnliche Implementierung findet sich beim Entwurf von Grosser, Hase und Blöbaum (2016: 56), die das Systemvertrauen in Journalismus untersuchen. Die Autor*innen sehen

4.2 Autopoiesis oder Entscheidungshandeln?

Wird Luhmanns Autopoiesis-Postulat ernst genommen, folgt daraus logisch, dass die Evolution gesellschaftlicher Funktionssysteme weder gestaltend beeinflusst noch vorhergesagt werden kann. Das Potenzial zur Gesellschaftsveränderung, das von gekoppelten psychischen Systemen in der Umwelt der Funktionssysteme ausgeht, beschränkt sich daher auf Irritationen in Bereichen erhöhter Umweltsensibilität. Wie diese Irritationen in den Systemen verarbeitet werden, ist aufgrund ihrer operationalen Selbstdetermination nicht bestimmbar. Aus diesem Grund hat Luhmann immer wieder der teleologischen Vorstellung autonomer Subjekte eine Absage erteilt. Kritiker*innen, die einer individualistischen Forschungstradition verbunden sind, möchten Akteure dagegen nicht auf die bloße Exekutive von Systemkommunikation reduziert wissen. Zwischen diesen beiden Positionen gibt es vermittelnde Theorievorschläge. Hierzu kann auch Luhmanns frühe funktional-strukturelle Systemtheorie gezählt werden, in der Handlungen noch eine sozialkonstitutive Bedeutung hatten (vgl. Nolte 1999). Der wohl bekannteste Vermittlungsversuch stammt von Giddens, der ein wechselseitiges Konstitutionsverhältnis von Handeln und Struktur unterstellt. Die Grundlagentheorien beider Autoren sehen eine Handlungsmacht und Gestaltungsautonomie für Akteure vor, die jedoch unkonkret bleibt. So ist gerade Giddens' Strukturationstheorie vielfach vorgeworfen worden, sie würde unentschieden zwischen Objektivismus und Subjektivismus määndern, was an einer heterogenen Begriffsverwendung und den theorieimmanenten Widersprüchen belegt wird (vgl. z.B. Archer 1990; O'Boyle 2013; Walgenbach 2002: 369ff.).

Die vorangegangene Diskussion von Kohrings gesellschaftstheoretisch fundiertem Vertrauensentwurf hat gezeigt, dass sein Ansatz grundlagentheoretisch auf Prämissen aller drei Lager fußt, obgleich er sich nach eigenem Bekunden nur der Theorie autopoietischer Systeme verpflichtet fühlt.

Einerseits operiert er mit Akteurs- und Handlungsbegriffen, die aufgrund ihrer Unbestimmtheit nicht in Konflikt zu Luhmanns neuerer Systemtheorie geraten. Andererseits werden die Konzepte System, Funktion, Vertrauen und Risiko auf die psychologische Wahrnehmungsebene reduziert, sodass sein Vertrauensverständnis insgesamt einen entscheidungstheoretischen Zuschnitt erfährt. Sein Festhalten an Autonomie und Gestaltungsmacht der Akteure steht klar im Widerspruch zu Luhmanns Autopoiesis-These. Die Kritik an Luhmann wird dabei nicht durch

journalistische Beiträge als systemrepräsentierende Zugangspunkte an (s.a. Engelke 2018: 201). Innerhalb von Giddens' Vertrauensansatz stellt diese Betrachtungsweise einen Widerspruch dar: Massenmediale Kommunikation wird hier als Motor von Entbettung angesehen, der überhaupt erst eine Rückbettung über Zugangspunkte notwendig macht.

einen ausgearbeiteten Vorschlag zur Konzeption handlungsautonomer Akteure begleitet. Auf die Frage nach der Vermittlung zwischen psychischem und sozialem System, dem Kern soziologischer Vertrauenstheorien, antwortet Kohring mit Giddens'schen Zugangspunkten und der Leistungserwartung und -beurteilung gegenüber Systemakteuren in Interaktionssituationen. Damit kann er seine Zielsetzung einer Vertrauenstheorie selbstdeterminierter psychischer Systeme aus Sicht der Argumentation insgesamt nicht einlösen.

In der Auseinandersetzung mit Kohrings Theorie wird deutlich, dass sich theoriearchitektonische Folgeprobleme einstellen, wenn Luhmanns Vertrauenthesen ohne Weiteres auf seine späte Grundlagentheorie projiziert werden. Daher sind im Folgenden Systemvertrauentheorien zu befragen, die diese schwierige Ausgangslage problematisieren.

5. Luhmann revisited – Autopoiesis und Vertrauen?

Versuche, konzeptionelle Leerstellen in Luhmanns Theorie systemischen Vertrauens auszufüllen sind in der Literatur äußerst selten. Dies muss überraschen angesichts der Häufigkeit, mit der der Begriff Systemvertrauen oder die verwandten Begriffe institutional trust (exemplarisch: Williamson 1993) oder impersonal trust (exemplarisch: Shapiro 1987) Verwendung finden. Im Folgenden sollen zwei Rekonzeptualisierungen vorgestellt werden, die – im Unterschied zur bereits diskutierten Herangehensweise von Kohring – Luhmanns Theoriegenealogie in Bezug auf seine Vertrauensthesen problematisieren.

Die theoriegenealogisch bedingten Probleme rund um Luhmanns Systemvertrauensbegriff entzündeten sich im Bestimmungsverhältnis von Akteur und Gesellschaft. Seine Vertrauentexte weisen konzeptionell eine Akteurs- und Handlungsakzentuierung auf, die im Widerspruch zu seinem Spätwerk steht, in dem der Handlungsbegriff beinahe vollständig durch den der Kommunikation ersetzt wird. Da der Autor das Phänomen Vertrauen in seiner ausgearbeiteten Universaltheorie weitestgehend ausklammert, wird das gesellschaftstheoretische Potenzial des Systemvertrauensbegriffs nicht ausgeschöpft. Die Arbeiten von Jalava (2003, 2006) und Morgner (2018) sind die einzigen vorgefundenen, die dieses Desiderat zum Ausgangspunkt ihrer Rekonzeptualisierung der Luhmann'schen Systemvertrauentheorie machen. Ihr Ziel: Die Implementierung des Konzepts in die neue, autopoietische Systemtheorie. Für ein solches Vorhaben bieten sich prinzipiell zwei Vorgehensweisen an: Erstens eine Konzeptualisierung *mit Luhmann gegen Luhmann* – hierfür steht Jalavas Vorschlag. Zweitens eine Argumentation *mit Luhmann an Luhmann vorbei* wie im Entwurf Morgners.

5.1 Jalava: Mit Luhmann gegen Luhmann

Jalava beginnt mit dem Grundproblem der frühen Luhmann'schen Systemtheorie: dem Komplexitätsgefälle zwischen System und Umwelt. Vertrauen erfüllt bei Luhmann eine Komplexitätsreduktionsfunktion. Es ist ein *systeminternes* Mittel zur

Bearbeitung *äußerer* Überkomplexität der Umwelt. In einer von Jalava zitierten Passage heißt es bei Luhmann (2009 [1968]: 38):

»Vertrauen beruht auf Täuschung. Eigentlich ist nicht so viel Information gegeben, wie man braucht, um erfolgssicher handeln können. Über die fehlende Information setzt der Handelnde sich willentlich hinweg [...]: durch Teilverlagerung der Problematik von außen nach innen und durch ihre Abarbeitung mit den internen Mitteln des Lernens und der symbolischen Kontrolle.«

Aus Jalavas Sicht wird mit dieser Darstellung der vertrauensvollen Komplexitätsreduktion ein direkter Informationstransfer zwischen Umwelt und System impliziert, der der späteren Theorie operational geschlossener Systeme nicht standhalten würde: »In the context of advanced systems theory, trust can no longer work in this way. Because of autopoiesis, problematic aspects cannot be *directly shifted* from the outside (environment) to the inside (system) or vice versa.« (Jalava 2006: 108; Herv. d. V.) Autopoietische Systeme, die sich gegenseitig als Umweltsysteme beobachten, können keine direkte Austauschbeziehung eingehen, sondern sich lediglich über strukturelle Kopplungen bzw. Interpenetration in ihren eigenen Operationen irritieren lassen – ohne, dass auf diese wechselseitige Beeinflussung gestaltend eingewirkt werden könnte. Dieser konzeptionelle Unterschied zu Luhmanns Frühphase wird für Jalava besonders in Hinblick auf die Systemtypen psychische vs. soziale Systeme relevant, da sie völlig unterschiedliche Elemente prozessieren. Während soziale Systeme ausschließlich Kommunikationen reproduzieren, verarbeiten psychische Systeme ausschließlich Gedanken. Diesen Unterschied in der Materialbasis nimmt Jalava zum Anlass, um zwei unterschiedliche Vertrauensmodi der beiden Systemtypen zu differenzieren: *kommunikatives Vertrauen* und *kognitives Vertrauen* bzw. *Zuversicht* (vgl. ebd.: 109ff.). Er überprüft Kerncharakteristika von Luhmanns Vertrauenskonzeption, namentlich a) Komplexitätsreduktionsfunktion, b) Entscheidungsförmigkeit und c) Reziprozität, auf ihre jeweiligen Bedeutungen in der neueren Systemtheorie Luhmanns:

- a) Menschen (als Zusammenhänge zwischen biologischen und psychischen Systemen) könnten nach der aktualisierten Theoriearchitektur keine Komplexität selbst bearbeiten. Diese Aufgabe komme nun ausschließlich der Gesellschaft zu, die wiederum aus Kommunikation besteht (vgl. ebd.: 111).
- b) Die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, könne nicht länger psychischen Systemen zugesprochen werden (vgl. ebd.). Als Beleg zitiert er eine Passage Luhmanns: »Decision is not understood as a psychological mechanism, but as a matter of communication, not as a psychological event in the form of an internally conscious definition of the self, but as a social event.« (Luhmann 2003: 32)

- c) Nach Luhmann müssten Vertrauensgeber*in und -nehmer*in eine Situation als Vertrauenssituation interpretieren (›rule of situation‹) und sich wechselseitig engagieren (›mutual commitment‹), damit von Vertrauen gesprochen werden könne. Diese Reziprozität setze eine Interaktion als einfachste Form eines Sozialsystems voraus (vgl. Jalava 2003: 183). Interaktionspartner*innen handeln hier nicht als *ganze Personen*, sondern treten als kommunikative Akteure (›communicative actors‹) in Erscheinung, welche letztlich nur Zurechnungsadressen von Kommunikation darstellen (vgl. Jalava 2006: 110).

Jalava kommt daher zu dem Schluss, dass Vertrauen Bestandteil von Kommunikation sein muss. Im Unterschied zu Luhmann möchte er den Vertrauensbegriff außerdem nicht nur auf das Interaktionssystem persönlich Anwesender reduziert wissen:

»I would argue that *by trusting (or distrusting) we are moving from the communicative level of simple interaction (life-world or simple social system) to the communicative level of functional subsystems (world of risks and complex systems)*. Therefore, it can be said that trust requires subsystemic interaction wherein codes play a major role. *If trust concretises itself socially in communication, it is then a decision that reduces the complexity of the subsystems*. Yet trust is not a medium of the subsystems and, for this reason, it does not have a binary code. *It can be seen as a program which complements subsystems' coding, filling it with content.*« (Ebd.: 112; Herv. i. O.)

Demgegenüber sei kognitives Vertrauen bzw. Zuversicht als einseitiges, nicht beobachtbares Engagement Teil psychischer Systeme, das bei Gefahrenwahrnehmung auftrete und in der Sozialisation erlernt werde.

Nachdem Jalava die beiden Vertrauensarten zunächst analytisch differenziert hat, relativiert er die Trennung sogleich wieder und räumt ein, dass auch Funktionssystemen und somit ihren Codes und Programmen Zuversicht entgegengebracht werden könne und dass Vertrauen und Zuversicht in einem Interpenetrationsverhältnis zueinander stünden (vgl. 116ff.). Jalava gelingt es jedoch nicht, das Beziehungsverhältnis der beiden Vertrauensarten innerhalb seines Ansatzes ausreichend zu spezifizieren. An diesen und an weiteren Stellen tritt eine verkürzte und dadurch bisweilen schräge Rezeption Luhmanns zu Tage, in der viel spekuliert wird, wie der Autor selbst in einer Selbstreflexion einzuräumen scheint: »After all, it is difficult to say what ›society‹, ›system‹ and ›trust‹ really mean. Also, it is not easy to adapt Luhmann's ideas of trust to his systems theory because he created the theory of trust about fifteen years before his autopoietic systems theory.« (Jalava 2003: 187) Der Autor versucht Luhmanns Vertrauensthesen im Hauruckverfahren in die aktualisierte Theoriearchitektur zu implementieren, indem er die verwendeten Schlüsselbegriffe einfach mit der Brille der autopoietischen Systemtheorie liest. Dieses Verfahren führt zu widersprüchlichen Befunden. So überträgt er ge-

rade Luhmanns kognitivistische Thesen, die auf der Entscheidungsmacht (teil-)autonomer Individuen in persönlichen Interaktionssituationen beruhen, auf die Reproduktionsebene gesellschaftlicher Funktionssysteme. Damit einher geht die Vereinnahmung des definitorischen Kerns von Systemvertrauen bzw. Zuversicht nach Luhmann, also dem Vertrauen in das Funktionieren der Systemoperationen und -codes. Sogleich stellt er diesem – nun universalisierten – Vertrauenskonstrukt ein weiteres an die Seite, das nichts mit den gesellschaftlichen Kommunikationen zu tun haben soll, aber doch an dieser beteiligt ist.

Hier wird im wahrsten Sinne des Wortes mit Luhmann gegen Luhmann argumentiert – mit dem Ergebnis, das von ersterem, dem Vertrauenstheoretiker Luhmann, nicht mehr viel übrig ist.

5.2 Morgner: Mit Luhmann an Luhmann vorbei

Wie Jalava versucht auch Morgner (2018) einen Ort für Luhmanns Vertrauensansatz innerhalb seiner späteren Grundagentheorie zu finden. Morgners übergeordnetes Ziel ist es dabei, die von Luhmann skizzierte gesellschaftliche Brückenfunktion von Vertrauen ernst zu nehmen, indem er dem Vertrauen eine Vermittlungsrolle zwischen den Sozialsystemen Interaktion, Organisation und Gesellschaft zuweist. Vertrauen ist bei ihm kein funktionssystemspezifisches Programm wie bei Jalava, sondern ein *Verbindungsmedium*.

Was ist hierunter zu verstehen? Luhmann hatte im ersten Hauptwerk *Soziale Systeme* drei unterschiedliche Medientypen unterschieden, die an sein Kommunikationsverständnis andocken. Kommunikation als Einheit aus Information, Mitteilung und Verstehen ist der Grundstoff, aus dem sich die sozialen Systeme bilden und reproduzieren. Da es sich bei allen drei Kommunikationskomponenten um Selektionsvorgänge handelt, die kontingent sind (also auch anders ausfallen können), wird Kommunikation von Luhmann als äußerst störanfällig angesehen. Er identifiziert daher drei übergeordnete Problembereiche von Kommunikation: a) Wie kann der Sinn einer Information verstanden werden? b) Wie können Adressat*innen erreicht werden, die nicht persönlich anwesend sind? c) Selbst wenn der Sinn der Kommunikation verstanden wird, wie lässt sich sicherstellen, dass das Sinnangebot auch akzeptiert wird? (Vgl. Luhmann 2015: 203ff.; Morgner 2018: 236f.) Im Laufe der Gesellschaftsentwicklung hätten sich Medientypen entwickelt, die die unwahrscheinlichen, weil störanfälligen Kommunikationsereignisse in Hinblick auf die o.g. Problembereiche wahrscheinlicher werden ließen (vgl. Luhmann 2015: 220ff.):

- a) *Medium Sprache*: Kommunizierende können durch den regelbasierten Zeichengebrauch von Sprache »in der Meinung bestärkt werden, dasselbe zu meinen« (ebd.: 220).

- b) *Verbreitungsmedien*: Die Reichweite sprachbasierter Kommunikation konnte mithilfe von Verbreitungsmedien wie Schrift, Druck, Rundfunk etc. über die räumlich begrenzten Interaktionssituationen und zeitlich begrenzten Gedächtnisleistungen hinweg enorm erweitert werden.
- c) *Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien*: Mit der Entwicklung von Sprache und den technischen Möglichkeiten ihrer Distribution ist das Problem der Annahme der kommunizierten Sinnofferten noch nicht gelöst. Daher haben sich im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung Medien entwickelt, »die Generalisierungen verwenden, um den Zusammenhang von Selektion und Motivation zu symbolisieren, das heißt: als Einheit darzustellen« (Luhmann 2015: 222). Es handelt sich um Grundwerte wie Wahrheit, Macht und Geld, welche die auf sie aufbauende Anschlusskommunikation sehr wahrscheinlich werden lassen und somit als Erfolgsmedien von Kommunikation gelten. Ihren verbindlichen Charakter erhalten sie durch fortlaufende Konditionierung und Konfirmierung. Ihre Verwendung (re-)produziert die Funktionssysteme der Gesellschaft (in den Beispielen oben: Wissenschaft, Politik, Wirtschaft) und treibt so den gesellschaftlichen Differenzierungsprozess weiter voran.

In seinem zweiten Hauptwerk *Die Gesellschaft der Gesellschaft* ergänzt er diese drei Medientypen um einen vierten: das Verbindungsmedium. Dieser Typus ist nicht zu verwechseln mit den (technischen) Verbreitungsmedien, die den Problembe-
 reich (b) adressieren. Seine Genese steht eher in Zusammenhang mit (c), also der Ungewissheit, »ob mitgeteilte Informationen als Prämissen für weiteres Verhalten angenommen oder abgelehnt werden« (Luhmann 1997a: 203). Die Einführung erscheint Luhmann offenbar notwendig, da er den Prozess gesellschaftlicher Differenzierung nicht ausschließlich über das Schema der generalisierten Kommunikationsmedien erklären kann. Letztere würden niemals das vollständige Alltagsverhalten ordnen oder Funktionsbereiche übernehmen können, die auf die Änderung der Umwelt von Sozialsystemen (z.B. menschliche Körper, Bewusstseinsstrukturen) zielen. (Vgl. Luhmann 1997a: 406f.) In Alltagsbereichen, die nicht den autopoietischen Prozessen der Funktionssysteme zugeordnet werden können, wirkt nach Luhmann daher ein weiteres Medium, das Kommunikationserfolge sichert: die Moral. Als »Verbindungsmedium zwischen den voll funktionsfähigen Kommunikationsmedien und der Gesellschaft im übrigen« (ebd.: 409) ermöglicht sie eine »lose Kopplung zahlloser Handlungsmöglichkeiten unter Wertgesichtspunkten, die dann durch Wertabwägungen im Einzelfall eine Form gewinnen« (ebd.: 408). Werte bieten daher eine Orientierungsfunktion, die quer zu den Codes der generalisierten Kommunikationsmedien steht oder stehen kann. Neben der kommunikationserfolgssichernden Funktion gibt es weitere Gemeinsamkeiten mit den generalisierten Kommunikationsmedien, nämlich Eigenständigkeit, Ausdifferenzierung

und den spezifischen Universalismus (uneingeschränkter Anwendungsbereich bei gleichzeitiger Beobachtungsspezifik).

»Alle Werte anderer Medien wie Wahrheit oder Reichtum, Liebe, Schönheit oder Macht sind im Wertmedium nur Werte unter Werten, und das spezifische Kontingenzmanagement der anderen Medien ist, wenn es um Werte als Werte geht, unanwendbar. Andererseits wird bei Werten die Annahmemotivation nicht erzeugt, sondern vorausgesetzt.« (Ebd.: 408f.)

Allerdings fehlen dem Verbindungsmedium auch Eigenschaften der generalisierten Kommunikationsmedien. Es gibt keinen Zentralcode (fehlende Differenz von Codierung und Programmierung), keine symbiotischen Symbole (vgl. Luhmann 1981: 228ff.) und keine Potenz zur Systembildung. (Vgl. Luhmann 1997a: 408)

Morgner sieht die Einführung des vierten Medientyps in Zusammenhang mit den sozialen Spannungen, die sich durch fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung ergeben und von Luhmann im zweiten Hauptwerk problematisiert werden. Es gehe um die Verbindung sozialen Geschehens auf unterschiedlichen Ebenen, die eigenen Funktionslogiken folgen würden (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Connection Media and Societal Problems

Values	Feelings	Trust
Differentiation between symbolic generalized media and society	Differentiation between society and individuals	Differentiation between different levels of society

Eigene Darstellung nach Morgner (2018: 238)

In diesem Kontext verweist er auf Baecker (2004), der Gefühle als zweite Manifestation eines Verbindungsmediums identifiziert hat. Gefühle können nach Morgner die zunehmende Distanz zwischen Gesellschaftssystem und Individuum überbrücken. Im Vertrauen erkennt der Autor schließlich ebenfalls ein Verbindungsmedium, das zwischen den sich ausdifferenzierenden Sozialsystemen (Interaktion, Organisation, Gesellschaft/Funktionssysteme) vermittelt. Im Unterschied zur Moral gebe es im Medium des Vertrauens jedoch keine etablierten Formen (als konditionierte Selektionen)¹, die analog zur Wertesemantik als systemexterne Anhaltspunkte dienen könnten. Seine verbindende Kraft gewinnt es durch einen systeminternen Symbolismus (>connective symbolism<), der die zukünftige Verwendung eines kommunikativen Sinns signalisiert und dabei die Kontingenz des Kommunikationsprozesses implizit hält.

¹ Zur Unterscheidung der Begriffe Medium und Form, die Luhmann an die Stelle seiner früheren Differenzierung zwischen unstrukturierter und strukturierter Komplexität setzt: Luhmann 1997a: 190ff.

»The connective quality of trust exploits the multiple possibilities for further communication for its own morphogenesis—that is, trust thrives on the contingency of all possibilities because it operates through computing with contingency. In this context, the term ›computing‹ is defined by Baecker (2003) at two levels: (1) *counting* of elements or possibilities and (2) taking something into *account*. Trust requires that numerous possibilities can be differentiated and thereby linked to each other.« (Ebd. 240; Herv. i. O.)

Die operative Fiktion der zukünftigen Weiterverwendung eines kommunikativen Sinns sei geeignet, um zwischen den verschiedenen Ebenen des Sozialen zu medieren: »Trust serves as a connective medium because it self-conditions selections: how society selects interactions, how organizations amplify selections, and how interactions select society.« (Ebd.) Aus dieser Perspektive könne Vertrauen – entgegen der vielzitierten Formel Luhmanns – als Medium gesehen werden, das soziale Komplexität *steigere*: »Society and its functional systems can externalize the burden of experimentation, which is distributed across many interactions and organizations. Variations can be tested, and interactions can be discontinued if they prove unsuccessful.« (Ebd.) Der Symbolismus des Vertrauens konstituiere sich in symbolischen Konfigurationen, die ihre Wirkung voraussetzungsfrei entfalten würden. Das heißt, über die Vertrauenssemantik wird weder entschieden noch werden Symbole der Vertrauenswürdigkeit in der Kommunikation offen thematisiert. Mit dem Postulat der Voraussetzungslosigkeit entkoppelt Morgner das Vertrauenskonzept damit von seiner Risikokomponente:

»To conceptualize trust or confidence and mistrust in terms of risk assessment means that the presupposed functioning of the symbols of trust, which cannot itself be regulated by trust, is already lifted (Luhmann 1993:123). Like power, the functioning of trust must remain hidden; a calculation that constructs alternatives instead indicates a lack of trust or even serves to erode it (Luhmann 1993:114, footnote 21).« (Ebd.: 141f.)

Vertrauenssymbole könnten dabei unterschiedlichen Ebenen von Sozialsystemen attribuiert werden, womit Morgner Bezug nimmt auf Luhmanns Unterscheidung zwischen persönlichem und systemischem Vertrauen. Er wendet sich dagegen, eine solche Dichotomie in Abhängigkeit der Größe des betreffenden Systems (›small versus big‹) zu treffen. Eine solche Simplifizierung, die gerade in der Organisationstheorie vorherrsche, greife zwar auf Luhmanns Unterscheidung zurück, vernachlässige aber seine entscheidende Hintergrundprämisse: die Notwendigkeit besonderer Formen der sozialen Koordination, die sich aus der Differenzierungsdynamik der modernen Gesellschaft im Unterschied zur vormodernen ergebe (vgl. ebd.: 235). Auch eine konzeptionelle Unterscheidung anhand der Begriffe Risiko (betrifft: Vertrauen als interne Abwägung externer Umstände)

und Gefahr (betrifft: Systemvertrauen als Umgang mit externen Umständen) sei irreführend, da sich die Quelle der möglichen Erwartungsenttäuschung (intern vs. extern) nicht eindeutig für die sozialen Ebenen benennen lässt. So könne eine wirtschaftliche Transaktion auf der Ebene der Funktionssysteme angesiedelt sein oder auch als persönliche Unternehmung verstanden werden (vgl. ebd.: 243). Daher schlägt Morgner vor, stattdessen zwischen *adressierbarem* und *nicht adressierbarem Vertrauen* zu unterscheiden. Der Autor baut hier auf einer Annahme von Fuchs (2005: 37ff.) auf, nach der Individuen und Organisationen in der Kommunikation der Sozialsysteme so erscheinen, als ob sie tatsächlich handelten. Insofern treten diese Akteure als Zurechnungsadressen in Erscheinung. Diese Adressierbarkeit gilt nach Fuchs jedoch nicht für die komplexeste Systemebene Gesellschaft bzw. für ihre Funktionssysteme: Niemand könne der Gesellschaft einen Brief schreiben und niemand könne für Funktionssysteme sprechen (vgl. ebd.: 243). Ist eine Adressierung möglich (Interaktions- und Organisationsebene), könne Vertrauen durch die Verwendung von Symbolen in Interaktionssituationen konditioniert werden, was auch Möglichkeiten der Kontrolle eröffne. Im Fall nicht adressierbaren Vertrauens (alias: Systemvertrauen oder Zuversicht) gebe es eine andere Form symbolischer Repräsentation in Form sich selbst-validierender Erwartungshaltungen. Hier unterscheidet Morgner zwei miteinander verbundene Ausdrucksformen: *Leistungsfähigkeit* (>efficiency<) und *Funktionieren* (>functioning<).

Ersteres könne als Mittel-Zweck-Relation dargestellt werden. Wenn die eingesetzten Mittel ihren Zweck erfüllen, hat sich die Leistungsfähigkeit eines Funktionssystems selbst bewahrheitet. Beispiele sind der Einsatz von Macht, der zu kollektiv bindenden Entscheidungen führt, die Nutzung des Mittels Geld, das zu weiteren Transaktionen führt, das Medium Wahrheit, das zu gültigen oder ungültigen Aussagen führt. Systemfunktionieren drücke sich einerseits dadurch aus, dass die Systemprozesse überhaupt dem Mittel-Zweck-Schema folgten: »[F]or instance, airplanes will take off and land as usual« (ebd.: 244). Andererseits beinhalte Systemfunktionieren auch symbolische Formen der Fehlerkorrektur. Im Falle eines Flugzeugabsturzes zeige etwa die Einführung neuer Prozeduren an, dass Korrekturmaßnahmen zur Verhinderung weiterer Unfälle getroffen wurden. Hierbei sei wichtig, dass die Gründe des Absturzes lokal verortet werden können, etwa in der Kombination zufälliger Umstände oder im Fehlverhalten einzelner Individuen, und nicht als universales Systemversagen erscheinen.

Die Unterscheidung zwischen adressierbarem und nicht adressierbarem Vertrauen verknüpfe Luhmanns Vertrauensdimensionen (persönliches und systemisches Vertrauen) besser mit den sozialen Ebenen, in denen Vertrauen notwendig wird. Damit verbindet Morgner die Annahme, dass Vertrauen in unterschiedlichen sozialen Kontexten verschiedentlich konditioniert wird – und zwar in Abhängigkeit der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Vertrauenssemantik. In diesem Zusam-

menhang überlegt er, ob es in empirischer Hinsicht ein Mehr oder Weniger an Vertrauen gibt:

»What does it mean when someone says that he or she has only 57 percent trust in the media? Given that both forms of trust have a strong performative quality that refers to managing symbols of unity, it is reasonable to assume that they can build on each other and so develop into different symbolic cultures of trust.« (Ebd.: 244)²

Die verschiedenen Vertrauenskulturen zeichneten sich durch unterschiedliche Bezugnahme auf adressierbare und nicht adressierbare Vertrauenssymbole aus, wobei Morgner vier Idealtypen beschreibt (s. Tabelle 5):

Tabelle 5: Management of Complexity

	Weak use of nonaddressable symbolism	Strong use of non addressable symbolisms
Weak use of addressable symbolism	a) The Doubter	c) The Cynic
Strong use of addressable symbolism	b) The Romantic	d) The Liberal

Eigene Darstellung nach Morgner (2018: 245)

- a) Die skeptische Vertrauenskultur verlässt sich weder auf adressierbare noch auf nicht adressierbare Vertrauenssymbole. Generell ist eine Skepsis gegenüber allen sozialen Abhängigkeitsverhältnissen virulent. Vertrauen ist zwar auch hier vorhanden, allerdings in Form kurzlebiger, singulärer Beziehungen. Es wird dann als nützlich erachtet, wenn weitreichende soziale Kontrollmöglichkeiten bei der Vertrauensvergabe gegeben sind. Skeptiker*innen gehen äußerst kritisch mit der Selbstdarstellung anderer um – insbesondere in Bezug auf Leistungs- und Authentizitätsbehauptungen. (Vgl. ebd.: 245f.)
- b) Romantiker*innen sind überzeugt von der Bindungskraft interpersonaler Konstellationen. Sie operieren mit adressierbaren Vertrauenssymbolen, die in persönlicher oder intimer Weise auf Personen oder Organisationen verweisen. Informelle, persönliche Interaktion werden institutionellen und staatlichen Ordnungen, die als gesichtslos und bürokratisch wahrgenommen werden, stets vorgezogen. In der Tendenz zum Aufbau von Netzwerken Gleichgesinnter liegt dabei die Gefahr einer romantischen Vertrauenskultur: Wenn Andersdenkende

2 Mit dem Begriff der Einheitssymbole (<symbols of unity>) nimmt Morgner Bezug auf Luhmann (1987: 124), der angesichts der Komplexitätssteigerung der modernen Gesellschaft davon ausgeht, Sozialsysteme erreichten soziale Integration nur dadurch, dass sie Symbole etablierten, die die Verlässlichkeit von sozialen Beziehungen anzeigen.

nicht mehr als Mitglieder akzeptiert werden, kommt es zum Erstarren sozialer Strukturen. (vgl. ebd.: 246)

- c) Zyniker*innen stehen in scharfem Kontrast zu Romantiker*innen, da sie nach größtmöglicher Unabhängigkeit von interpersonellen Bindungen streben. Menschen werden als fehleranfällig, voreingenommen und bedürfnisgetrieben angesehen und damit insgesamt als nicht verlässlich. Dagegen sind Systeme aus dieser Perspektive von solchen Makeln befreit. Sie arbeiten nach intersubjektiv vereinbarten, universellen Prinzipien, die wissenschaftlich abgesichert sind. Mit dieser Sichtweise einher geht eine zynische Haltung gegenüber Vertrauensbildungsmaßnahmen, die oftmals als täuschende Selbstdarstellung wahrgenommen werden. (Vgl. ebd.)
- d) In der kombinierten Verwendung adressierbarer und nicht adressierbarer Vertrauenssymbole kommt der generelle Optimismus der liberalen Vertrauenskultur zum Ausdruck, der jedoch nicht in blinde Naivität verfällt. Sowohl Menschen als auch abstrakte Prinzipien sind für diese Kultur nicht per se gut oder schlecht, sodass sich persönliches und systemisches Vertrauen gegenseitig stärken können: »Abstract notions of common interest—for instance, in education or a healthy life—present a unifying quality across ethnically separated networks. Personal trust in a particular politician, clerical figure, or expert may translate into a more collective notion of trust in democracy or scientific knowledge.« (Ebd.: 247) Die Liberalen sind damit offen für neue Möglichkeiten und Diversität, zudem gibt es eine Toleranz gegenüber Erwartungsenttäuschungen.

Auf Basis dieser Typik erscheint es Morgner möglich, gesellschaftliche Vertrauenskrisen zu untersuchen. Fehlendes Vertrauen sei Folge eines inflationären oder deflationären Gebrauchs der Vertrauenssymbole in der Kommunikation³:

»Inflation arises where the symbolic dimension of the medium of trust asks or suggests more connective meanings than the medium can actually produce. Deflation is the reverse of this, where an opportunity to gain trust by reaffirming the symbolic dimension is not taken.« (Ebd.: 248)

Insgesamt bietet Morgners Rekonzeptualisierung der Luhmann'schen Vertrauens-
 entheorie einige Anknüpfungspunkte. Die Entkopplung der Analyseebene (Interaktion, Organisation, Gesellschaft) vom Vertrauenskonzept (persönliches vs. systemisches) ist ein Schritt in Richtung empirischer Wirklichkeit. Ebenso der Vorschlag, zwischen Vertrauenskulturen in Hinblick auf die kommunikative

3 Analog beschreibt Luhmann die Möglichkeit inflationären oder deflationären Gebrauchs der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, der den kommunikativen Erfolg (Chance der Anschlusskommunikation) beeinflussen kann (vgl. Luhmann 1997a: 382f.).

Adressierung systemtypenspezifischer Symbole zu unterscheiden. Dass sich sein Vierfelder-Raster als Heuristik für das Verständnis sozialstruktureller Vertrauensprozesse eignet, zeigt er beispielhaft in der Rekonstruktion historischer Ereignisse rund um den Verfall der Sowjetunion und anhand der zivilgesellschaftlichen Spannungen zwischen Nord- und Süditalien, die sich ab den 1960er Jahren aufschaukelten. Deutlich wird, dass ein unausgewogenes Verhältnis in der Bezugnahme auf die adressierbare vs. nicht adressierbare Vertrauenssymbolik starke sozialstrukturelle Auswirkungen haben kann. Der Autor warnt damit vor normativ-einseitigen Verständnissen, die Vertrauen als wünschenswerten ›social glue‹ darstellen: Es kann sehr wohl ein Zuviel an Vertrauen geben, das beispielsweise in der romantischen Vertrauenskultur zwar zu starkem interpersonalem Zusammenhalt, aber andererseits zu auch Homogenisierungs- und Abschottungstendenzen (Ingroup-Outgroup-Sektieren) und schließlich zum Erliegen sozialstruktureller Entwicklungsdynamiken führen kann.

Morgner findet tatsächlich einen Ort für Vertrauen innerhalb der autopoietischen Systemtheorie, ohne dabei allzu viele zentrale Prämissen aus Luhmanns Vertrauenstexten zu verletzen. Relativiert wird vor allem die konzeptionelle Verknüpfung zwischen Vertrauen und Risiko, die – so spekuliert Morgner (2018: 241) – Luhmann später selbst nicht mehr sinnvoll erschien. Denn in *Soziologie des Risikos*, Luhmanns umfassender Abhandlung zum Risikobegriff, die 23 Jahre nach seiner Vertrauensmonographie veröffentlicht wurde, finden sich nur spärliche Verweise zum Vertrauenskonstrukt, obwohl eine deutliche Verlinkung eigentlich aufgrund der konzeptionellen Verflechtung in seinen Vertrauenstexten zu erwarten gewesen wäre. Entgegen Morgners eigener Beurteilung, seine Konzeption des Komplexitätsgaranten Vertrauen stünde im Widerspruch zu Luhmanns Postulat der Komplexitätsreduktion, kann in dieser Arbeit kein Konflikt erkannt werden. Funktionen, die in Luhmanns Theorie auf Komplexitätsverarbeitung hinauslaufen, haben stets nur systemintern einen komplexitätsreduzierenden Effekt (im Vergleich zur höheren Komplexität der jeweiligen Systemumwelt). Aus dem Beobachtungsstandpunkt eines zweiten Systems in der Systemumwelt hat die Komplexitätsreduktion des ersten eine Komplexitätssteigerung zur Folge, da Komplexitätsbearbeitung zur gesellschaftlichen Ausdifferenzierung führt: Mit der Komplexitätsreduktion des ersten erhöht sich die Umweltkomplexität des zweiten Systems. »Die Gesellschaft ist kein Nullsummenspiel. Sie entwickelt Komplexität mit Hilfe von dafür geeigneten Komplexitätsreduktionen.« (Luhmann 1997a: 406)

Die Taktik, mit Luhmann an Luhmann vorbei zu argumentieren, hat jedoch einen gravierenden Nachteil. Zwar findet Morgner einen Ort für Vertrauen, allerdings befindet sich dieser eher auf einem losen Seitenpfad in Luhmanns späterer Theorie. Charakteristika des neuen Typus Verbindungsmedium werden nur anhand der Moral angerissen; die kurze Beschreibung seiner Funktionsweise steht in keinem Verhältnis zu den anderen analytisch ausgearbeiteten Medientypen. Dar-

aus ergeben sich Fragen wie zum Beispiel: Hatte Luhmann überhaupt mehrere Formen von Verbindungsmedien vorgesehen, wie Baecker und Morgner meinen oder kommt der Moral aufgrund ihrer enormen Motivationskraft für Anschlusskommunikation eine Sonderstellung als einziges Verbindungsmedium in der Gesellschaft zu? Wenn Vertrauen zwischen den sozialen Ebenen mediiert, welche Bedeutung hat es dann für die gekoppelten psychischen Systeme in der Umwelt der sozialen Systeme (immerhin hat Luhmanns Vertrauens Theorie einen akteurtheoretischen Zuschnitt)? Wenn Funktionssysteme nicht adressierbar sind, womit Giddens' Vorstellung von Zugangspunkten, an denen Lai*innen und Repräsentant*innen abstrakter Systeme in Kontakt kommen, eine klare Absage erteilt wird: Wie genau können sich dann Akkumulationseffekte systemischen Vertrauens durch interpersonales Vertrauen einstellen? Wird das Postulat nicht adressierbaren Vertrauens nicht durch die Vorstellung lokalisierbarer Fehler und Korrekturmaßnahmen im Falle eines partiellen Systemversagens torpediert?

Da die namensgebende Verbindung zwischen generalisierten Kommunikationsmedien und der ›übrigen‹ Gesellschaft als lose Kopplung bereits bei Luhmann (1997: 408) äußerst undurchsichtig ist, verwundert es nicht, dass Morgners Vertrauensbegriff an entscheidenden Stellen wie der Sinn- und Kontingenzvermittlung zwischen Sozialsystemen eher vage bleibt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht erkennbar, dass der gesellschaftliche Brückenkopf Vertrauen mit dem Konzept des Verbindungsmediums ein solides grundlagentheoretisches Fundament hätte.

6. Grundsatzkritik am Konzept des Systemvertrauens

In den vorherigen Abschnitten sind unterschiedliche Konzeptualisierungen systemischen Vertrauens diskutiert worden. Bevor ein allgemeines Zwischenfazit aus der Diskussion der wichtigsten Ansätze zum Systemvertrauen gezogen wird, erscheint es notwendig, sich mit Grundsatzkritik am Konzept auseinanderzusetzen, um möglicherweise berechnigte Einwände gegen eine Systemvertrauenstheorie zu prüfen. Im Folgenden werden Kritiken von Z. Pavlova und M. Haller diskutiert.

6.1 Systemvertrauen oder gewohnter Umgang?

Z. Pavlova (2018) hat eine instruktive systemtheoretische Arbeit zum Vertrauen in Organisationskontexten vorgelegt, die ohne eine normative Prädisposition auskommen will. Dort setzt sie sich auch kritisch mit unpersönlichen Vertrauenskonzepten auseinander, insbesondere mit Luhmanns Systemvertrauensbegriff. Ihre Kritik erfolgt vor dem Hintergrund ihres eigenen Vertrauensverständnisses, so dass zunächst eine kurze Einführung in ihre Theorieanlage nötig ist:

Fluchtpunkt ihrer funktionalen Analyse ist die Frage, welche Rolle Vertrauen und andere erwartungssichernde Mechanismen für den Systemerhalt psychischer und sozialer (hier: organisationaler) Systeme spielen. Mit diesem Fokus lenkt sie die Aufmerksamkeit auf »*operatives Streben nach einer gesicherten Systemfortsetzung*« (ebd.: 24; Herv. i. O.), also die konkreten Reproduktionsabläufe der autopoietischen Systeme (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu anderen Vertrauenstheorien, die Luhmanns spätere Theoriearchitektur autopoietischer Systeme zugrunde legen, bemüht sich Pavlova als einzige um eine Klärung des Beziehungsverhältnisses von Psychischem und Sozialem, bevor sie den Mechanismus Vertrauen darin verortet. Dabei schließt sie sich Kritiker*innen von Luhmanns Konzeption psychischer Systeme an, indem sie resümiert:

»Aufgrund seiner Präferenz für die Erklärung des Sozialen erschöpft sich Luhmanns Definition der psychischen Systeme im Grunde in einem Konzept ihrer *abstrakten Beteiligung* an der Reproduktion der sozialen Systeme. Alles, was nicht zu dieser Beteiligung gehört, wird in die *Indifferenzzone* des Psychischen

verwiesen, womit auch eine gewisse theoretische Indifferenz gegenüber seinem Erklärungspotenzial für die Erfassung sozialer Phänomene einhergeht.« (Ebd.: 69; Herv. i. O.)

Wie dargelegt, entwirft Luhmann Systemvertrauen als Vermittlungsmodus zwischen Akteur und Gesellschaft: Systemvertrauen ist die Bedingung der Möglichkeit zur individuellen Beteiligung an gesellschaftlichen Funktionssystemen. Dieser entpersonalisierte Vertrauentypus wird gleichzeitig als Voraussetzung und Resultat der modernen Sozialordnung gesehen, wobei seine Rolle im konkreten Reproduktionsprozess sozialer Systeme vage bleibt.¹ Insofern verspricht eine Weiterentwicklung des systemtheoretischen Konzepts der Psyche auch einen Erkenntnisgewinn für das Verständnis von Systemvertrauen als Vorbedingung der sozialen Reproduktion. Doch genau hierauf zielt Pavlovas Konzeption nicht. Im Unterschied zu Luhmann adressiert der Mechanismus Vertrauen bei ihr nicht in erster Linie die Beteiligung der Psyche am Sozialen und somit die soziale Reproduktion, sondern er verweist ausschließlich auf die Reproduktion der Psyche (welche jedoch nicht ohne eine Orientierung an Sozialsystemen auskommt). Pavlovas Vertrauentheorie durchleuchtet demnach die o.g. Leerstelle der Indifferenzzone des Psychischen.

Im Speziellen geht es ihr um die Strukturen der Erwartungsbildung, mit deren Hilfe psychische Systeme *Reproduktionssicherheit* erlangen. Reproduktionssicher ist ein psychisches System nach Pavlova, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens wenn es auf Basis vergangener Erfahrungen operative Fiktionen der Zukunft entwerfen kann – dies ist die klassische kognitive Vertrauensfunktion nach Luhmann. Zweitens wenn es sich für fähig hält, »reproduktionsbezogene Herausforderungen in der Zukunft bewältigen zu können« (ebd.: 147), was meint, dass das psychische System einen geeigneten Zugang zu seinen Umwelten bestimmen muss. Hierin »offenbaren sich seine Fähigkeit und Tendenz, sich die eigene Umwelt anzueignen, sich in ihr und ihr gegenüber zu orientieren, relevante Umwelten zu definieren, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und umgangsbezogenes Erfahrungswissen anzulegen« (ebd.). In beiden Dimensionen geht es um Zukunftsprognosen, wobei in der letztgenannten die ständig aktualisierte Differenz zwischen psychischem System und seinen Umwelten hervorgehoben wird.² Mit dieser zweiten Dimension von Erwartungssicherheit rückt Pavlova die Notwendigkeit der sozialen Orientierung bzw. Umweltaneignung der psychischen Systeme in den Vordergrund. Gemäß dem Postulat struktureller Kopplung erfolgt die Reproduktion der Psyche nicht unabhängig vom Sozialen, also von Kommunikation. Die Beteiligung sozialer Systeme an der Reproduktion psychischer Systeme ist der Teil der Indifferenzzone des Psychischen, den einige Autor*innen durch Weiterentwicklung der

1 Luhmann deutet lediglich einen Zusammenhang mit der Systemgröße an (s. Kapitel 2.2).

2 Die fortlaufende Aktualisierung der Grenze eines Systems gegenüber seinen Umwelten ist eine basale These des neueren systemtheoretischen Diskurses.

Luhmann'schen Theorie versucht haben auszuleuchten, ohne dabei mit der These grundsätzlicher Autonomie (Autopoiesis) der Systeme zu brechen. Hier sind allen voran P. Fuchs, W. Martens und M. Urban zu nennen, an die Pavlova (partiell) anschließt, indem sie annimmt, »konkrete innere Ereignisse des Bewusstseins [werden] mithilfe derselben Unterscheidung adressiert, die auch die sozialen Systeme verwenden – Information, Verstehen und Mitteilung« (ebd. 148). Die reproduktionssichernde Relevanz dieser sozialen Vereinnahmung durch das psychische System zeigt sich für die Autorin allerdings erst im Hinblick auf das soziale System Interaktion, in dem zwei psychische Systeme ihre Handlungen zu koordinieren suchen. Als Grund dieser Eingrenzung gibt die Autorin an, dass es erst auf Basis der Situationsdefinitionen im Rahmen des wechselseitigen Umgangs nötig bzw. möglich ist, die operativen Fiktionen auf Anschlussfähigkeit zu prüfen und ggf. anzupassen, um Reproduktionssicherheit zu erlangen. (Vgl. ebd.: 118) Nötig wird die Prüfung der operativen Fiktionen aufgrund der doppelten Kontingenz in der sozialen Interaktion, in der sich psychische Systeme mit potenziell unterschiedlichen Weltentwürfen konfrontiert sehen und Orientierung suchen, indem sie sich ihre sozialen Reproduktionsbedingungen aneignen. Andererseits bietet die Prüfung auch die Chance, Reproduktionsspielräume der psychischen Systeme mittels Selbstdarstellung auszuloten.

Vorbedingung einer interaktiven Handlungskoordination ist die *operative Kopplung* als »momenthafte Kopplung einer Einzeloperation eines Systems mit einer Einzeloperation eines anderen, in der Umwelt operierenden Systems« (Kneer 2001: 416). Im Rahmen dieser Kopplung werden die Selektionsvorgänge beider Systeme aufeinander ausgerichtet. Diesen Vorgang bezeichnet Pavlova als *kommunikative Interstimulation*: »Systemtheoretisch kann bereits dann von ›Einflussnahme‹ gesprochen werden, wenn ein autopoietisches System ein anderes zur Selbstirritation angeregt hat. ›Interstimulation‹ bezeichnet die wechselseitige Form dieser Einflussnahme.« (Pavlova 2018: 120) Die Beobachtungsgrundlage beider Systeme stellen die Mitteilungen des Gegenübers dar.

In diesem Interaktionskontext, der aufgrund der doppelten Kontingenz für psychische Systeme eine Reproduktionsherausforderung darstellt, sieht Pavlova besonders funktionsfähige Mechanismen der Erwartungssicherung am Werk, nämlich Vertrauen, Zuversicht und Glauben – allesamt als unterschiedliche Modi der Vertrautheit mit dem Gegenüber (vgl. ebd. 182):

Vertrauen ist für sie ein präreflexiver Mechanismus (sensu M. Endreß), der das psychische System von der Verlässlichkeit der Umgangspartner*innen ausgehen lässt. Er beruht auf der wiederholten Erwartungserfüllung im Umgang mit dem Gegenüber und sorgt dafür, dass »der Horizont des potenziell Möglichen – solange Vertrauen wirksam ist – keine Zukunft [enthält], in der der Umgangspartner nicht verlässlich ist« (ebd.). Das heißt, Vertrauen strukturiert die Reproduktionsoptionen in der gemeinsamen Interaktion über das implizite Erfahrungswissen, ohne

dass zusätzliches Prüfwissen herangezogen oder über die Möglichkeit einer Erwartungsenttäuschung reflektiert würde (vgl. ebd.: 199). Die Kategorisierung Alters als verlässlich bleibt Ego dabei kognitiv unzugänglich – der Mechanismus Vertrauen könne selbst unter psychoanalytischer Selbstbeobachtung nicht bewusst erfahren werden, sondern lediglich seine Konsequenzen (vgl. ebd. 185f.).

Zuversicht als Modus des *Sich-verlassen auf* sichere ab, »dass das Erwartete tatsächlich eintreten wird. Als Mechanismus verhindert sie die Vorstellung, dass Erwartungen in Enttäuschungen umschlagen können, wobei diese Erwartungen – zum Unterschied von denen des Vertrauens – kognitiv (d.h. reflexiv) erarbeitete Zukunftsbezüge sind« (ebd.: 185). Reflexiv sind die Zukunftsbezüge deshalb, weil sie auf Prinzipien rekurren, die in Zusammenhang mit vertrauten Symbolen und Bezeichnungen (sensu G. Spencer-Brown) erlernt wurden. Trotz der unterstellten Reflexivität hebt Pavlova besonders das Habituelle dieser Erwartungssicherung hervor, indem sie Gewohnheit und Routine zuversichtlicher Selbstvergewisserung unterstreicht. Als Erwartungserwartung unterstellt Ego Alter dabei ebenso Routine in der Konstitution operativer Zukunftsfiktionen, was Erwartbarkeit im Verhalten schafft. (Vgl. ebd.: 185ff.) Im Modus der Zuversicht geht Ego trotz fehlendem Prüfwissen davon aus, dass Alter gewohnheitsmäßig wahre, akzeptable oder richtige Aussagen trifft. Demgegenüber geht die vertrauensvolle Erwartungssicherheit nicht unbedingt mit der Annahme von Aussagenrichtigkeit einher, etwa dann nicht, wenn es gemäß dem eigenen Erfahrungswissen als verlässlich gilt, dass der oder die Umgangspartner*in häufig über Themen außerhalb seiner oder ihrer Expertise spricht. (Vgl. ebd.: 201f.)

Glauben betrifft die Unterstellung eines gemeinsamen Orientierungshorizonts intersubjektiv geteilter Werte und Normen:

»Der Glaubende ist gewiss, dass sein Umgangspartner unter Anwendung von hinreichend ähnlichen Aneignungsprämissen beurteilt, was richtig und akzeptabel ist und folglich hinreichend übereinstimmende Richtigkeitsvorstellungen besitzt, wie er selbst. Mit dieser Erwartungssicherheit erhebt er einen *überindividuellen Geltungsanspruch* für seine Beurteilungsschemata von Akzeptabilität und Richtigkeit und ist folglich davon entlastet, ihre Anschlussfähigkeit im Kontext des konkreten *sozialen Geschehens* zu überprüfen.« (Ebd.: 197; Herv. i. O.)

Eine Vorstellung von Werten und Normen resultiert aus den strukturellen Kopplungen mit sozialen Systemen, ist durch letztere jedoch nicht determiniert, sondern differenziert sich gemäß Autopoiesis durch Irritation aus (vgl. ebd.: 191f.).

Zusammenfassend lassen alle drei Mechanismen die Selektionen des Gegenübers antizipieren, wobei die systeminternen Wissensquellen, auf die sich die Erwartungssicherheit stützt, unterschieden werden können. Ihre reproduktionssichernde Funktionalität beschreibt Pavlova mit der Allegorie gelungener Selbsttäuschung: »Die *Selbsttäuschung* bezieht sich nun darauf, trotz einer ambivalenten Le-

benswelt – d.h. trotz der Vielzahl an Möglichkeiten zur Auslegung der momentanen Reproduktionsbedingungen – von der ausreichend gesicherten Fortsetzung der eigenen Lebensführung auszugehen.« (Ebd.: 214; Herv. i. O.)

Vor diesem Hintergrund setzt sich Pavlova mit Luhmanns Systemvertrauensverständnis auseinander. In ihrer Rezeption hebt sie in erster Linie die mit dem Begriff verbundenen Kontinuitätserwartungen einer gewohnheitsmäßigen Systemfortsetzung hervor. In einer entsprechenden Passage beschreibt Luhmann (2009 [1968]: 90) das Systemvertrauen als »Vertrauen in die Fähigkeit von Systemen, Zustände oder Leistungen innerhalb bestimmter Grenzen identisch zu halten«. Soziale Systeme böten dadurch eine dauerhafte und kontinuierliche Komplexitätsreduktion an (vgl. Pavlova: 2018: 279), die sich im Falle von Organisationen in der Erfahrung funktionierender Regelsysteme manifestiere (vgl. ebd. 282). Sie stifteten damit »eine Gewissheit, die Risiken in genau jenem Bereich absorbiert, in dem es keine Möglichkeit für persönliches Vertrauen gibt« (ebd.: 279) und seien deshalb unerlässlich für eine sichere Lebensführung. Obgleich Pavlova diesen Thesen zustimmt, lehnt sie Luhmanns Begrifflichkeit zur Beschreibung des vorgestellten Mechanismus ab. Von Systemvertrauen könne nicht die Rede sein, weil

- a) der Terminus Vertrauen einen besonderen Mechanismus der Kontingenzbewältigung kennzeichne, welcher exklusiv nur in der zwischenmenschlichen Interaktion benötigt werde;
- b) soziale Systeme zwar Attributionsadressen von Erwartungen sein könnten, jedoch keine Vertrauensnehmer, da für ein entsprechendes Beziehungsverhältnis »die Möglichkeit zur Erfahrung eines unmittelbar auf einen selbst bezogenen Verhaltens eines anderen [Menschen; Anm. d. V.]« (ebd.: 288) nötig sei;
- c) Kontinuitätserwartungen des richtigen Systemfunktionierens im Gegensatz zur vertrauensvollen Erwartungssicherung reflexiv gebildet würden.

Konsequenterweise wirft die Autorin Urheber*innen aller entpersonalisierten Vertrauenskonzepte vor, das Konstrukt zu überladen, indem eine Vielzahl distinkter Sicherungsmechanismen der Lebensführung in sein Phänomenbereich gerückt würden (vgl. ebd.: 282). Ihr Alternativvorschlag lautet, anstelle von Systemvertrauen in Organisationen den *gewohnten Umgang* mit diesen zu behandeln. Angesichts der Omnipräsenz von Organisationen in allen Lebensbereichen sei der Umgang mit ihnen derart vertraut, dass die hier behandelte Form der Unsicherheitsbewältigung längst eine »Voraussetzung normalrationaler Lebensführung« (Luhmann 2009 [1968]: 61) ist. Durch die Erfahrungen mit Organisationen habe sich ein praktisches Wissen mit diesem Systemtyp angereichert, das in Form von Deutungsmustern zum Systemfunktionieren und daran anschließenden Kontinuitätserwartungen reflexiv und routinemäßig aktiviert werde. Pavlova verortet hier die von ihr beschriebenen Mechanismen Zuversicht und Glauben, die im Gegensatz zum

Vertrauen auch im nichtmenschlichen Umgang wirksam werden könnten. Dass eine Organisation wie erwartet richtig funktioniert, geht nach Pavlova mit einigen Wissenshypothesen einher:

- »der Hypothese, dass die Organisation über die für die Reduktion erforderliche Entscheidungsfähigkeit verfügt;
- der Hypothese eines zentralisierten Vollzugs der Reduktion über interne Organisationsvorgänge, die im Einzelnen nicht bekannt sind;
- der Hypothese, dass sie legitim verbindliche Entscheidungen trifft;
- der Hypothese, dass sie über Entscheidungsprämissen verfügt, die das entsprechende Verhalten und Handeln ihrer Mitglieder erwartbar determinieren« (ebd.: 293).

In der Entscheidungsfähigkeit, also der Fähigkeit zur verbindlichen Komplexitätsreduktion, sieht die Autorin die Macht einer Organisation, die sie zum Souverän werden lässt – ein Machtverständnis, das zur frühen Machttheorie Niklas Luhmanns (2012 [1975]) passt.

Insgesamt bietet Pavlovas alternative Konzeption interessante Ergänzungen zu Luhmanns Systemvertrauensbegriff, die Begründung ihrer terminologischen Neuorientierung kann indes nicht völlig überzeugen, wie nachfolgend entlang der ersten beiden o.g. Kritikpunkte gezeigt wird:

a) Pavlova verengt den Wirkungsbereich des Vertrauens auf Interaktionssysteme. Dies begründet sie mit der eigentümlichen Kontingenz, die in Situationen des Sich-wechselseitig-Begegnens eine besondere Reproduktionsherausforderung für psychische Systeme darstelle. In erster Linie thematisiert sie hier das Problem doppelter Kontingenz, also die Frage, wie eine Koordination aufeinander bezogener Handlungsselektionen möglich ist, obwohl die Bewusstseinsinhalte des Gegenübers unzugänglich sind. In dieser Konstellation kommt es nach Pavlova zur Prüfung und etwaigen Anpassung der subjektiven Weltentwürfe (operative Fiktionen) der im Interaktionssystem operativ gekoppelten psychischen Systeme mithilfe kommunikativer Interstimulation. Mit Luhmann (2015: 151ff.) ist hier einzuwenden, dass Situationen doppelter Kontingenz und damit ein Aufeinanderprallen unterschiedlicher Weltentwürfe keineswegs exklusiv nur im Bereich der Interaktionssysteme gegeben sind:

»Das Problem der doppelten Kontingenz ist virtuell immer präsent, sobald ein Sinn erlebendes psychisches System gegeben ist. Es begleitet unfocussiert alles Erleben, bis es auf eine andere Person oder ein soziales System trifft, dem freie Wahl zugeschrieben wird. Dann wird es als Problem der Verhaltensabstimmung aktuell. Den Aktualisierungsanlaß bieten konkrete, wirkliche psychische oder so-

ziale Systeme oder Spuren (z.B. Schrift), die solche Systeme hinterlassen haben.« (Ebd.: 151)

Ein naheliegendes Beispiel für einen Aktualisierungsanlass ist ein journalistischer Artikel (s.a. Schmidt 2019). Da nach Luhmann das Problem doppelter Kontingenz in Bezug auf alle drei Sozialsystemtypen (Interaktion, Organisation, Gesellschaft/Funktionssysteme) auftreten kann, eignet es sich nicht zur Qualifizierung eines besonderen interaktionsspezifischen Mechanismus der Erwartungssicherung. Gerade die Operationen der gesellschaftlichen Funktionssysteme werden zunehmend als kontingent wahrgenommen,³ wobei Funktionssysteme gleichzeitig auch die am weitesten ausdifferenzierte Lösung des Grundproblems doppelter Kontingenz darstellen. Sobald Handlungskoordination auf Basis systemspezifischer Kommunikation unsicher wird – etwa im Fall des Wirtschaftssystems im Zuge der weltweiten Finanzkrise 2008 – ist das Problem doppelter Kontingenz virulent.

b) Aus Pavlovas Argumentation geht implizit hervor, dass sie die Eigentlichkeit interaktionaler Kontingenz an einem Beziehungsverständnis festmacht, das notwendigerweise Reziprozität unter Anwesenden vorsieht. Eine (reziproke) Beziehung sei durch eine gemeinsame Interaktionsgeschichte gekennzeichnet, in der die Selektionen der Interaktionspartner*innen zunehmend aufeinander bezogen werden. Das Selektionsverhalten kann im Zeitverlauf durch wiederholte, erfolgreiche Übernahme der Perspektive des Gegenübers immer sicherer antizipiert werden, wobei die Akteure den Erfolg ihrer Perspektivwechsel in der gemeinsamen Kommunikation ablesen. (Vgl. Pavlova 2018: 141ff.). Aufeinander bezogenes Mitteilungshandeln setzt allerdings voraus, dass sich die Kommunizierenden gegenseitig als spezifische Attributionsadressen erkennen. Dies sei jedoch nur im Interaktionssystem der Fall: »Anders als in hochkomplexen, differenzierten sozialen Systemen ermöglicht es das Interaktionssystem, jede Mitteilung einem konkreten Akteur zuzuordnen, wodurch er zur Attributionsadresse wird, da jede seiner Mitteilungen auch seine Selbstdarstellung zum Ausleseangebot macht.« (Ebd.: 134) Das heißt, dass es nach Pavlova keinen wechselseitigen Umgang zwischen einem Akteur und einem Organisations- oder Funktionssystem geben kann und somit auch kein Vertrauensverhältnis (vgl. ebd.: 288). Dieses restriktive Beziehungsverständnis wirft zunächst die Frage auf, was Sich-Begegnen in einer Zeit meinen kann, in der die Grenzen zwischen privat und öffentlich sowie zwischen symmetrischer und asymmetrischer Kommunikation verschwimmen. Das damit angerissene Themenfeld

3 Diese Entwicklung wurde von Beck und Giddens auf die Begriffe *Risikogesellschaft* und *Reflexive Moderne* gebracht. Grundsätzlich könnte in diesem Zusammenhang auch das Problem der Inklusions- und Exklusionschancen von Sozialsystemen besprochen werden, wie es Luhmann nach seiner Brasilienreise und den Erfahrungen der in den Favelas vorherrschenden Armut selbst tut (vgl. Thome 2016: 271).

Digitalisierung spart Pavlova vollständig aus. Abgesehen von diesem gegenwartsbezogenen Anwendungsproblem kann – erneut mit Blick auf Situationen doppelter Kontingenzt – gefragt werden, ob eine reproduktionsspezifische Irritation psychischer Systeme exklusiv nur in Interaktionssystemen auftritt. Pavlovas eigene Definition einer Interstimulation von Systemoperationen lässt durchaus Raum für Beziehungskonzepte zwischen psychischen und funktionalen Systemen. Angelehnt an Pavlovas Argumentation wäre eine reziproke Beziehung zwischen diesen Systemen gegeben, wenn sie sich gegenseitig als aufeinander ausgerichtete Attributionsadressen von Mitteilungen wahrnehmen würden. Während eine solche Beziehung zunächst in ihrer Abstraktheit befremdlich wirkt, könnte sie durch den Verweis auf Giddens' System-Zugangspunkte an Plausibilität gewinnen. Zugangspunkte sind nach Giddens Orte, an denen Akteure mit System-Repräsentant*innen in Kontakt kommen. Fraglich ist hier natürlich, ob eine gegenseitige Irritation der Systemoperationen stattfinden kann. Mit Luhmann ist dies prinzipiell zu bejahen, da alle Umweltsysteme das Potenzial zur Irritation strukturell gekoppelter Systeme haben – die konkrete Form der Beeinflussung bleibt bei Luhmann allerdings vage.

Pavlova adaptiert Giddens' Begriff der Zugangspunkte – allerdings in veränderter Form. Dieser markiert bei ihr nicht die unmittelbare Relation von abstrakten Systemen und Akteuren, sondern nur das mittelbare Verhältnis, das um den medierenden Part des Interaktionssystems ergänzt wird (vgl. ebd.: 311ff.). Die von Giddens gewählten Beispiele für Zugangspunkte, das Aufeinandertreffen von Lai*innen und Expert*innen, gelten Pavlova als Beispiele für die Wirksamkeit von Zuversicht und Glauben. In Bezug auf Endreß' (2001: 169, Fn. 12) Busfahrer-Beispiel stellt sie fest, dass ein Fahrgast vertraut sein kann mit dem konkreten Handlungsbezug des Fahrers, hier also dem Busfahrplan. In dem Fall »orientiert [er] sein Handeln aus dem Erfahrungswissen in Bezug auf die Gültigkeit des Fahrplans (Verbindlichkeit der Handlungsbezüge) und dessen Genauigkeit (Verlässlichkeit der Handlungsbezüge)« (Pavlova 2018: 296), sodass er – sofern es keinen gegenteiligen Anlass gibt – *glaubt*, der ihm unbekannte Busfahrer messe der Fahrplanpünktlichkeit eine ebenso hohe Bedeutung zu wie er selbst und zudem *zuversichtlich* ist, dass der Busfahrer seinen Job gemäß seiner Profession ausüben wird. Käme es zum persönlichen Umgang wäre zwar ein Vertrauensverhältnis mit diesem bestimmten Busfahrer möglich, die systemspezifischen Kontinuitätserwartungen sind nach Pavlova allerdings nicht davon tangiert, da sie sich nicht auf Akteure richten, sondern auf erlernte Normen und Handlungsregeln der Repräsentant*innen. Außerdem handelt es sich um eine reflexiv gewonnene Erwartungssicherheit in Form einer Erwartung, die aus früheren Erfahrungen mit dem jeweiligen sozialen Kontext (System) herrührt. (Vgl. ebd.: 296f.) Kritisch nachzufragen ist hier, ob es im Alltag nicht häufig auch zu einem Transfer kommen kann, bei dem persönliche Vertrauensverhältnisse die systemspezifischen Kontinuitätserwartungen beeinflussen. Eben-

diese Übertragung hatte Giddens als notwendige Rückbettung zu den abstrakten Systemen unterstrichen.

Abgesehen von der terminologischen Neuorientierung gibt es bei Pavlova auch einen deutlichen inhaltlichen Bruch mit Luhmanns entwicklungsgeschichtlichen Vertrauensthesen, da die Beziehung zwischen persönlichem und systemischem Vertrauen nicht länger als differenzierungshistorisches Verdrängungsverhältnis beschrieben wird (vgl. ebd.: 283). Da der Mechanismus Vertrauen von seiner Sozialstruktur-konstitutiven Bedeutung weitestgehend befreit wird, verliert er auf den ersten Blick an gesellschaftstheoretischer Relevanz, die Luhmann und andere ihm beimessen. Auf den zweiten Blick wird sie jedoch auch von Pavlova erneut bestätigt, da persönliche Vertrauensbeziehungen in der Organisationsumwelt die Komplexitätszufuhr sichern, die Organisationen benötigen, um ihre Operationen auch auf Unvorhergesehenes einstellen zu können. Es liegt nahe, einen Transfer dieses Gedankens auf die Reproduktionsebene der gesellschaftlichen Funktionssysteme vorzunehmen.

6.2 Systemvertrauen als Artefakt und Ideologie?

M. Haller (2017) setzt wie Pavlova ebenfalls an der Entpersonalisierung des Vertrauensbegriffs an, argumentiert jedoch in größtmöglicher Distanz zur Systemtheorie. Ihm zufolge geht das entpersonalisierte Vertrauensverständnis auf eine konzeptionelle Differenzierung innerhalb der sozialpsychologischen Vertrauens Theorie in den 1950er und 60er Jahren zurück (vgl. ebd.: 45f.). So sei der üblichen Bedeutung, die ein komplexes und reziprokes Verhältnis zwischenmenschlicher Beziehungen qualifiziere, eine weitere an die Seite gestellt worden. Diese markiere eine »Erwartungshaltung auch gegenüber anonymen, wenig strukturierten Vorgängen und Situationen« (ebd.: 45) und sei fortan als »generalisiertes Vertrauen« bezeichnet worden.

»Diese Aufteilung in zwei Vertrauensebenen war deshalb bedeutsam, weil das stark positiv aufgeladene Persönlichkeitsmerkmal ›Vertrauenswürdigkeit‹ nun nicht allein das Beziehungsfeld zwischen Individuen betraf, sondern auch als eine reputative Qualität von Organisationen, Einrichtungen und Verfahren elaboriert werden konnte. Es ist leicht nachvollziehbar, dass sich damals vor allem die konservativen Gesellschaftstheoretiker für das Konstrukt ›generalisiertes Vertrauen‹ interessierten und den Vorschlag, aggregierte Einstellungen als ›Systemvertrauen‹ zu definieren, begeistert aufnahmen.« (Haller 2017: 46)

Diese Spitze zielt wohl in erster Linie in Richtung Luhmann, dessen Vertrauensmonographie im Jahr 1968 erstveröffentlicht wurde. Überraschend an Hallers wissenschaftshistorischer Einordnung ist zunächst die unterstellte Kausalität: Nach der

»Erfindung des ›generalisierten Vertrauens« (ebd.: 45) durch die Sozialpsychologie sei es von konservativen Gesellschaftstheoretiker*innen adaptiert worden. Wer Luhmanns Thesen zum Systemvertrauen allerdings auf geistige Ahnen hin befragt, sieht doch eher Simmel, Parsons und Durkheim in der Patenschaft und nicht so sehr Vertreter*innen der zeitgenössischen Sozialpsychologie. Der Kerngedanke des Luhmann'schen Konzepts vom Vertrauen in das Funktionieren der generalisierten Kommunikationsmedien (z.B. Geld) ist bereits grundlegend in *Simmels Philosophie des Geldes* (Erstveröffentlichung im Jahr 1900) angelegt.

Haller möchte auf die »Instrumentalisierung von ›Vertrauen« (ebd.: 46) durch Luhmann hinaus, die er in ideologiekritischer Absicht bloßstellen will. Dazu bringt er den individual- und entwicklungspsychologischen Vertrauensbegriff gegenüber Luhmanns entpersonalisiertem Vertrauen in Stellung. Haller betont insbesondere die Prozessualität im Aufbau zwischenmenschlicher Vertrauensbeziehungen. Vertrauensvolle Erwartungshaltungen seien auf positive Erfahrungen aus der Vergangenheit angewiesen, um Ungewissheit und Risiko in der Gegenwart zu mindern (vgl. ebd.: 42). Hier schlägt er den Bogen zum Urvertrauen, das nach Erikson während der Sozialisation erworben wird und fortan die individuelle *Vertrauensfähigkeit* determiniert (vgl. ebd.: 43). Die Fähigkeit zu vertrauen werde in der psychologischen Forschung als gesunde Persönlichkeitseigenschaft und notwendige Beziehungsfähigkeit angesehen, was ihre positive Valenz begründe. Eine Anwendung des Vertrauensbegriffs auf nichtmenschliche Objekte (z.B. Institutionen) berge daher zum einen die Gefahr einer unkritischen Übertragung der positiven Konnotation. Zum anderen sei ein solcher Transfer reduktionistisch, da das komplexe Einstellungs- und Verhaltensbündel Vertrauen im Falle entpersonalisierter Bezugsobjekte auf die Dimension Verlässlichkeit beschränkt würde:

»Die erste Einsicht betrifft den Versuch, komplexe und/oder abstrakt-allgemeine Prozesse und Institutionen mit der Eigenschaft ›Vertrauenswürdigkeit‹ auszustatten: Er führt ins Spiegelkabinett. Denn beim ›Systemvertrauen‹ gibt es keine Reziprozität; es enthält viel weniger als das, was mit ›persönlichem Vertrauen‹ schon immer gemeint war.« (Ebd.: 49f.)

Vertrauen könne nicht nomologisch definiert werden (vgl. ebd.: 52). So wundert es nicht, dass sich Haller besonders am Postulat der komplexitätsreduzierenden Funktion von Vertrauen stößt, die – weit über soziologische Zugänge hinaus – droht, zum Allgemeinplatz der Vertrauensforschung zu werden. Doch Haller kritisiert nicht – wie etwa Kohring (2010: 139) – die dekontextualisierte Verwendung, er vermutet vielmehr einen begrifflichen Etikettenschwindel bei Luhmann, mit dem versucht worden sei, die neue, entpersonalisierte Vertrauensbedeutung für sämtliche sozialen Zusammenhänge zu universalisieren (vgl. Haller 2017: 46ff.). Luhmanns »Hütchenspielertrick« (ebd.: 48) bestünde darin, die Begriffe Komplexität und Kontingenz gleichzusetzen. In seiner Beweisführung zitiert Haller populäre

Passagen aus Luhmanns Vertrauensansatz, die Vertrauen als coping-Mechanismus zum Umgang mit einer stets überkomplexen Zukunft erscheinen lassen. Zum Beispiel:

»Das Problem des Vertrauens besteht nämlich darin, daß die Zukunft sehr viel mehr Möglichkeiten enthält, als in der Gegenwart aktualisiert und damit in die Vergangenheit überführt werden können. Die Ungewißheit darüber, was geschehen wird, ist nur ein Folgeproblem der sehr viel elementarerer Tatsache, daß nicht alle Zukunft Gegenwart und damit Vergangenheit werden kann. Die Zukunft überfordert das Vergegenwärtigungspotential des Menschen. Und doch muß der Mensch in der Gegenwart mit einer solchen, stets überkomplexen Zukunft leben. Er muß also seine Zukunft laufend auf das Maß seiner Gegenwart zurückschneiden, Komplexität reduzieren.« (Luhmann 2009 [1968]: 14)

Haller sieht nun einen kategorischen Fehler darin, den Möglichkeitshorizont der Zukunft mit dem Begriff der Komplexität zu markieren. Dem Zukünftigen sei nämlich vielmehr »per se eine kontingente Dimension eigen, die man nicht »reduzieren«, aber vermittelt Vertrauen ausblenden kann. Denn der Raum des Möglichen wird nicht dadurch kleiner, dass man eine Entscheidung trifft oder diejenige des anderen erwartet« (Haller 2017: 48f.).

Dadurch, dass Luhmann das Problem des Vertrauens als Problem einer bearbeitbaren Über-Komplexität darstellt, wird es ihm möglich, seine grundlegende Distinktionslogik der System-Umwelt-Unterscheidung anzuwenden:⁴ »Für Luhmann geht es auf jeder Stufe stets um dasselbe Problem, nämlich um die Komplexität der Verhältnisse, die reduziert werden müsse, damit die in ihrer Informationsverarbeitung eingeschränkten Systeme (personale wie soziale) funktionieren können.« (Ebd.: 47) Somit hat Luhmann das zweite, entpersonalisierte Vertrauensverständnis für alle sozialen Zusammenhänge (personale und soziale Systeme) universalisiert. Darin erkennt Haller zurecht auch (verdeckte) anthropologische Hintergrundprämissen:

»Denn wenn es zutrifft, dass die anderen Personen für die eine Person per se überkomplex sind und deshalb jede Verständigung auf Vertrauen angewiesen ist, dann ist Vertrauen eine sozialanthropologische Konstante. Dieser Modus hat mit dem ursprünglichen Sinn von Vertrauen – nämlich das Ungewisse, das allem Zukünftigen innewohnt, im Hinblick auf eine erwartete Situation interaktiv (reziprok) zu entschärfen – nicht mehr viel gemein.« (Ebd.: 48)

4 Dass die Adaption von Luhmanns Komplexitätsverständnis nicht nur für eine systemtheoretische Perspektive gewinnbringend ist, wurde versucht, am Beispiel einer handlungstheoretischen Öffentlichkeitsanalyse zu zeigen (vgl. Schmidt 2019).

Hallers Kritik kann auf zwei Ebenen begegnet werden: Zunächst geht es um den Vorwurf der (theoriestrategischen) Gleichsetzung von Komplexität und Kontingenz. Im Anschluss findet eine kurze Auseinandersetzung mit Luhmanns Anthropologie statt.

Für das Bestimmungsverhältnis von Komplexität und Kontingenz innerhalb der Luhmann'schen Theoriearchitektur ist es sinnvoll, Luhmanns Differenzierung des Ersteren zu vergegenwärtigen. Luhmann unterscheidet zwischen unbestimmter und bestimmter Komplexität – und zwar in Hinblick auf einen gegebenen Zusammenhang, bestehend aus Elementen, die in Relation zueinander gebracht werden können (Luhmann 2015: 45ff.). Unbestimmt ist die Komplexität eines Zusammenhangs, wenn sämtliche Elemente in allen denkbaren Kombinationen miteinander verknüpft sind. Bestimmte Komplexität kennzeichnet dagegen eine Beschränkung auf bestimmte Kombinationsmöglichkeiten der Elemente desselben Zusammenhangs. Daher zeigt bestimmte Komplexität stets eine Komplexitätsreduktion des unbestimmt komplexen Zusammenhangs an (vgl. ebd. 50ff.). Diese Komplexitätsreduktion ist als Selektion einer bestimmten Elementrelation stets *kontingent*, da sie auch ganz anders hätte ausfallen können. Luhmann versteht die unbestimmte Komplexität als rein analytisches Konzept, das Individuen als abstrakten Möglichkeitshorizont nur erraten können, sodass er hiermit auch Unsicherheitsempfinden assoziiert (vgl. ebd.: 51). Ein Beispiel für die nicht fassbare, unbestimmte Komplexität eines abstrakten Zusammenhangs ist die Menge möglicher Ereignisse, die in einer zukünftigen Gegenwart eintreten können:

»Die Zeit wird [...] als grenzenlose und doch reduzierbare Komplexität konstituiert. Die Zeitdimension ist mithin, wie die Sozialdimension auch, eine Auslegung der Welt unter dem Gesichtspunkt äußerster Komplexität. Sie zeichnet vor, daß alles anders werden kann. Der Boden dieses Weltentwurfs aber, der noch die Zeit selbst, noch die Welt selbst, ja noch die äußerste unbestimmte Komplexität selbst zu einem Bestand werden läßt, ist die faktisch dauernde Gegenwärtigkeit des aktuellen Erlebens. Alle Komplexität anderer Möglichkeiten wird durch diese Gegenwart auf erlebbare Aktualität reduziert, die Welt selbst zum Beispiel auf den miterlebaren »Horizont« des Erlebens.« (Luhmann 2009 [1968]: 18)

Der Raum des Möglichen verkleinert sich aus dieser Sicht *nicht* durch die vertrauensvolle Festlegung auf eine zukünftige Gegenwart, denn eine solche Komplexitätsreduktion bleibt in Hinblick auf die unbestimmte Komplexität des Zukünftigen stets kontingent. Kontingenz kennzeichnet bei Luhmann deshalb ein Beziehungsverhältnis zwischen unbestimmter und bestimmter Komplexität – es ist kein Synonym für das eine oder andere. Es stimmt zwar, dass Luhmann – wie Pavlova auch – gelegentlich von »Kontingenzreduktion« spricht (vgl. z.B. Luhmann 2015: 150), er nutzt diesen Ausdruck jedoch nicht im analytischen Sinne, sondern empirisch, bezogen auf die Unsicherheitsbewältigung, die sich bei Aneignung redu-

zierter Komplexität einstellt. Ein fehlender Anschluss an den philosophischen wie gesellschaftswissenschaftlichen Kontingenzbegriff lässt sich also ebenso wenig bestätigen, wie der damit verbundene Vorwurf Hallers, Vertrauen sei bei Luhmann – im Gegensatz zur klassischen Vorstellung – nicht mehr dazu geeignet, mit einer ungewissen und kontingenten Zukunft zurechtzukommen.

Offen bleibt allerdings noch die Frage, welches Menschenbild Luhmann insgesamt zugrunde legt und ob (System-)Vertrauen darin zur Konstante erklärt wird. Die Beantwortung dieser Frage ist von großer Wichtigkeit, denn hier gilt es, vor einer konservativen Vereinnahmung der Luhmann'schen Theorie zu warnen, die nicht nur Haller umtreibt.

6.2.1 Entlastung durch Komplexitätsreduktion

Zu Beginn seiner Vertrauensmonographie konstatiert Luhmann:

»Der Mensch hat zwar in vielen Situationen die Wahl, ob er in bestimmten Hinsichten Vertrauen schenken will oder nicht. Ohne jegliches Vertrauen aber könnte er morgens sein Bett nicht verlassen. Unbestimmte Angst, lähmendes Entsetzen befiehlt ihn. Nicht einmal ein bestimmtes Mißtrauen könnte er formulieren und zur Grundlage defensiver Vorkehrungen machen; denn das würde voraussetzen, daß er in anderen Hinsichten vertraut. Alles wäre möglich. Solch eine unvermittelte Konfrontierung mit der äußersten Komplexität der Welt hält kein Mensch aus. Diesen Ausgangspunkt kann man als unbezweifelbares Faktum als ›Natur‹ der Welt bzw. des Menschen feststellen und würde damit etwas Wahres aussagen.« (Luhmann 2009 [1968]: 1)

Dieses Grundvertrauen, das Luhmann lebensnotwendig erscheint, konkretisiert er sodann durch ein phänomenologisch hergeleitetes Verständnis von Vertrautheit als Ordnungsvorleistung und sozialer Typizität. An anderer Stelle wurde bereits auf die begriffliche Nähe von Vertrautheit und Systemvertrauen hingewiesen (s. Kapitel 2.1): Der einzige Unterschied liegt für ihn in der »stabile[n] Einstellung zur Kontingenz einer komplexen Welt« (ebd.: 78), die im Systemvertrauen mitschwinge. Wenn Vertrautheit bei Luhmann die Voraussetzung sinnhaften Erlebens darstellt, ist Systemvertrauen (alias: Zuversicht) die Voraussetzung zur Teilhabe an Sozialsystemen, ohne die Individuen im wahrsten Sinne des Wortes nicht gesellschaftsfähig wären.

»Der Normalfall ist jener der Zuversicht. Der Mensch ist zuversichtlich, dass seine Erwartungen nicht enttäuscht werden: dass Politiker versuchen, Krieg zu vermeiden, dass Autos keine Panne haben oder plötzlich die Straße verlassen, sodass man beim Spaziergang am Sonntagnachmittag überfahren wird. Man kann nicht leben, ohne Erwartungen in Bezug auf kontingente Ereignisse zu entwickeln, und

man muss die Möglichkeit der Enttäuschung dabei mehr oder minder vernachlässigen. Man vernachlässigt diese, da sie eine sehr selten eintretende Möglichkeit ist, aber auch, weil man nicht weiss, was man sonst tun könnte. Die Alternative ist, in einer Welt permanenter Ungewissheit zu leben und seine Erwartungen zurückzuziehen, ohne irgend etwas zu haben, das sie ersetzen könnte.« (Luhmann 2001: 147f.)

Die drohende Gefahr fehlender (System-)Vertrautheit liegt damit in einer unbestimmten Weltkomplexität, die den Menschen *seinem Wesen nach* überfordert. Die Rettungsanker bieten die Sozialsysteme:

»Soziale Systeme haben die Funktion der Erfassung und Reduktion von Komplexität. Sie dienen der Vermittlung zwischen der äußersten Komplexität der Welt und der sehr geringen, aus anthropologischen Gründen kaum veränderbaren Fähigkeit des Menschen zu bewußter Erlebnisverarbeitung.« (Luhmann 2018 [1970]: 149)

Wie in diesen Passagen deutlich wird, ist Luhmanns frühe Grundlagentheorie wie auch sein Vertrauensansatz explizit anthropologisch fundiert. Hallers Verdienst ist es, für eine kritische Rezeption dieser basalen Prämisse zu sensibilisieren. Er macht darauf aufmerksam, dass der Mechanismus Vertrauen seit Beginn der modernen Public Relations von Kommunikationsstrateg*innen für persuasive Absichten instrumentalisiert wird, um Loyalität gegenüber aktuellen Systemstrukturen (etwa Zustimmung zur politisch-administrativen Ordnung durch Propaganda) herzustellen (vgl. Haller 2017: 62ff.). Der Einsatz vertrauensgenerierender Kommunikationsmaßnahmen untersteht dabei der übergeordneten Zielsetzung der PR-Theorie, nämlich Konsonanz und Harmonie in der öffentlichen Kommunikation zu erzeugen (vgl. ebd.: 65). Im Umkehrschluss bedeutet das, dass kommunikative Diskrepanzen als Vertrauenshindernisse angesehen werden, wie Bentele (1994) dies etwa in seiner Theorie des öffentlichen Vertrauens postuliert. Mit letzterer ist dann auch der Bogen zu Luhmanns Anthropologie geschlossen, denn Bentele macht sich sowohl die These der Notwendigkeit der Komplexitätsreduktion als auch das Konzept des Systemvertrauens zunutze, um darauf eine explizit normative PR-Theorie zu bauen.

Auf den Punkt gebracht, liefert Luhmanns Theorie in Hallers Augen die Legitimationsgrundlage für Bestrebungen, die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse qua Systemvertrauen zu zementieren. Für das System Öffentlichkeit beschreibt er das wie folgt:

»Indem das interpersonale Phänomen ›Vertrauen‹ generalisiert und über Brückenbegriffe – insbesondere ›Systemvertrauen‹ – abstrahiert und gerechtfertigt wurde, verschwanden die Antagonismen und Kontroversen der Lebenswelt im Dunst seltsam reduzierter Komplexitäten und homogenisierter Diskrepanzen.

Offenbar wünschen sich die gängigen Theorien des öffentlichen Vertrauens eine Entpolitisierung des Öffentlichen, also der Sphäre, die allein über die Voraussetzung verfügt, dass sich jeder Bürger an den Informations- und Meinungsbildungsprozessen aktiv beteiligen und Kontroversen beleben und bereichern kann.« (Haller 2017: 66)

Die Frage ist nun, ob die herrschaftsstützende (affirmative) Anwendung des Systemvertrauenskonzpts zwingend aus Luhmanns Anthropologie folgen muss, wie Haller unterstellt. Sie lässt sich zuspitzen auf die Frage, ob die realen sozialen Abhängigkeitsverhältnisse mit anthropologischen Mitteln naturalisiert werden oder nicht. Dazu eine kurze Theoriegenealogie:

Hauptquell von Luhmanns anthropologischen Thesen ist Arnold Gehlen, ein Vertreter der philosophischen Anthropologie mit zweifelhaftem Werdegang. Als Mitglied der NSDAP (ab 1933) und des NS-Dozentenbundes erstveröffentlicht Gehlen sein Hauptwerk *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt* im Jahr 1940 – ein »faschistischer Traktat« (Henning 2015: 147), inklusive Nazi-Ideologie. Ab der vierten Auflage 1950 erscheint das Buch in politisch entschärfter Fassung (vgl. ebd.; Hahn 2004: 279). Gehlen (1940) beschreibt hier den Menschen als »Mängelwesen«, das sich durch seinen fehlenden bzw. evolutionär abgeschwächten Instinktapparat vom Tier unterscheide, womit ein »Antriebsüberschuss« ungerichteter und unspezialisierter Triebe einhergehe. Dies ermögliche es ihm, sich *weltoffen* auf verschiedene Umweltbedingungen einzustellen, sodass er im Gegensatz zum Tier nicht festgelegt sei auf eine bestimmte Umwelt. (Vgl. Hahn 2004: 249f.) Allerdings resultiere aus der ziellosen Triebhaftigkeit auch eine permanente Unruhe und Überforderung. In den Worten Hennings (2015: 147) nimmt Gehlen an, »alle nur möglichen Bedürfnisse [seien] gleichzeitig bereits als gigantischer Überdruck im Menschen vorhanden«.

Wie kann sich nun der Mensch mit seiner »mangelnden Organausstattung« vor einer haltlosen Enthemmung schützen? Gehlens Antwort: Durch Formung von außen. Diese Aufgabe übernehmen bei ihm die Institutionen wie das Recht, die monogame Familie oder das Eigentum, die die Menschen unterwerfen und gerade dadurch die Möglichkeit zur Kanalisierung der chaotischen Triebe, also zur Selbstoptimierung bereitstellen (vgl. Gehlen 1952). Dieses antihumanistische Menschenbild erklärt, warum die Begriffe »Formierungszwang« oder »Führung« bei Gehlen positiv besetzt sind, er sogar den Menschen als »Zuchtwesen« (Gehlen 1940: 49; Herv. weggel.) definiert. Menschliche »Instinkte und Gesinnungen«, so Gehlen (1986: 59), »[müssen] von jenen Institutionen von außen her versteift, gehalten und hochgetrieben werden«. Die »höhere[n] Art von Freiheit« (Gehlen 1952: 352) qua *Entlastung* würden dabei diejenigen Institutionen bereitstellen, die nicht mehr als menschengemachte, sondern als unveränderlich und übermächtig wahrgenommen werden (vgl. Henning 2015: 149). Ohne einen institutionellen Rückhalt

»primitivisieren wir sehr schnell«, so Gehlen (1986: 59), was »den Rückgang in die fundamentale und konstitutionelle Unsicherheit und Ausartungsbereitschaft des Antriebslebens« (ebd.) bedeuten würde. Seine normative Schlussfolgerung, nach der die Menschen die institutionelle Fremdherrschaft deshalb nicht nur akzeptieren, sondern sich ihr proaktiv unterwerfen, sich »konsumieren« lassen sollen (vgl. Gehlen 1952), macht Gehlens Theorie für den Politikwissenschaftler und Historiker Krockow (1992: 362) zu *der* faschistischen Theorie überhaupt.

Welche Thesen Gehlens finden sich nun bei Luhmann? Es gibt nur spärliche Bezüge zu Gehlen, etwa in einem Text von 1970, in dem er den Mechanismus der Komplexitätsreduktion mit Gehlens Begriff der Entlastung parallelisiert (vgl. Luhmann 2018 [1970]: 170, Fn. 9). Dort resümiert er: »Überhaupt trifft die hier skizzierte Theorie sozialer Systeme sich in wesentlichen Punkten mit einer anthropologischen Soziologie, welche die ›Weltoffenheit‹ und die entsprechende Verunsicherung des Menschen zum Bezugspunkt von (letztlich funktionalen) Analysen macht.« (Ebd.) Nach Hahn begründet Luhmann die Überforderung des Menschen gegenüber der (unsystematisierten) Außenwelt jedoch nicht mit einer ungezügelter Triebhaftigkeit, sondern mit einem Informationsverarbeitungsdefizit:

»Luhmann übernimmt [...] die Theorie Arnold Gehlens zumindest bis zu einem gewissen Grade: Bei den Tieren gibt es natürliche Filter, welche die Komplexität der äußeren Welt reduzieren. Der Mensch dagegen ist aufgrund seiner Weltoffenheit einer Hyperkomplexität ausgesetzt; seine Sinne versorgen ihn mit mehr Informationen, als er verarbeiten kann. Die Rolle, welche Gehlen den Institutionen zuschreibt, wird bei Luhmann von den sozialen Systemen als solchen gespielt.« (Hahn 2004: 284)

In den Folgejahren ist mit Hahn jedoch eine Distanzierung Luhmanns zu beobachten, die möglicherweise in Zusammenhang mit den politischen Ereignissen um das Jahr 1968 sowie der sogenannte Habermas-Luhmann-Kontroverse stehen (vgl. ebd.: 285). Nun stellt Luhmann fest,

»daß die Parallele zwischen ›Reduktion von Komplexität‹ und dem Gehlenschen Begriff der ›Entlastung‹, die Habermas und anderen aufgefallen ist, nur bei einer sehr kontextfreien Verwendung des Gehlenschen Begriffs zutrifft. Gehlens Kontext ist noch der alteuropäische Versuch, den Menschen aus seinem Unterschied zum Tier zu bestimmen, nur daß in diesem Kontext die Bewertung umgekehrt wird. Gehlen feiert nicht mehr das Unterscheidungsmerkmal der Vernunft, sondern scheint zu bedauern, daß der Mensch nicht mehr ein Tier *sein*, sondern es nur noch *verehren* kann. [...] Demgegenüber verschiebt sich der Denkraum, wenn man nicht mehr Mensch und Tier, sondern Sinnsysteme und organische Systeme und eventuell noch physische Systeme und Maschinen als Systeme vergleicht. Es entfallen dann infolge Abstraktion die Konnotationen von ›Mängelwesen‹ und Be-

lastung/Entlastung und übrig bleiben verschiedene Varianten der Einsicht, daß hohe Freiheitsgrade der Selektion nur bei in spezifischen Richtungen leistungsfähigen Reduktionsweisen entwickelt werden können« (Luhmann 1982: 308, Fn. 29).

Luhmann bleibt Gehlen also noch »*methodisch* verpflichtet« (Schulz 1972: 188; Herv. i. O.), wobei er den Zwang zur Komplexitätsreduktion auf sämtliche Systeme (psychische, soziale, maschinelle) universalisiert und die Entlastungsfunktion damit »entanthropologisiert« (ebd.). Obgleich er nach seiner autopoietischen Wende nichts mehr von der philosophischen Anthropologie wissen möchte und entsprechende Standpunkte in der Soziologie insgesamt ablehnt (vgl. Hahn 2004: 285ff.), führt er die anthropologisch fundierten Thesen unter anderen Vorzeichen weiter.

Wer dies beabsichtigt, findet also auch bei Luhmann irgendwo einen Nährboden, um darauf rechtsautoritäre Theorien wie Gehlens Institutionentheorie aufzubauen – zur bedingungslosen Loyalität gesteigertes Systemvertrauen erschiene dann als ultimatives Versprechen individueller Freiheit. Allerdings würde eine solche faschistoide Theorie auf einer schiefen und verkürzten Luhmann-Rezeption aufbauen – sie kann keineswegs unmittelbar aus Luhmanns ursprünglicher anthropologischer Grundannahme eines Komplexitätsgefälles zwischen Mensch und Umwelt deduziert werden. Hierfür werden nachfolgend zwei Gründe angeführt.

6.2.2 Zwei Dimensionen von Weltoffenheit

Der erste Grund leuchtet ein, sobald der Unterschied zwischen Sozial- und Gesellschaftstheorie reflektiert wird. Nach allgemeinem Verständnis beinhalten Sozialtheorien universelle Aussagen über die soziale Wirklichkeit. Als sozialwissenschaftliche Theorien größter Reichweite legen sie auf hohem Abstraktionsniveau fest, »was überhaupt unter sozialen Phänomenen verstanden werden soll, und welche Konzepte zentral gestellt werden: z.B. Handlung, Interaktion oder Kommunikation« (Lindemann 2006: 6). Damit definieren sie, welche sozialen Elemente überhaupt als Variablen wissenschaftlicher Sätze miteinander in Beziehung gesetzt werden können und mit welcher Brille (Beobachtungskategorien und Unterscheidungen) dies zu erfolgen hat. Sozialtheorien enthalten oft implizit oder explizit anthropologische Thesen zur Natur des Menschen.⁵ Gesellschaftstheorien hingegen setzen bei »konkreten historischen Konstellationen, Wirkungszusammenhängen und Verläufen« (Welskopp 1998: 140) an, um von diesen großzügig zu verallgemeinern. Die so gewonnenen Aussagen über »die moderne Gesellschaft« oder »den Kapitalismus« sind zwar ebenfalls auf sehr hohem Abstraktionsniveau, ihre

5 Zum spannungsreichen Verhältnis von Soziologie und Anthropologie: Bröckling (2017: 45ff.).

Reichweite bleibt jedoch sozial-räumlich begrenzt auf »historische Großformationen« (Lindemann 2006: 7) ihres Gegenstandsbereichs.⁶ Großangelegte sozialwissenschaftliche Theorien, etwa die von Habermas und Luhmann, umfassen beide Typen wissenschaftlicher Annahmen, wobei sie sich in ihrem jeweiligen Mischverhältnis zum Teil deutlich unterscheiden.

Vor diesem Hintergrund seien die in Hallers Augen ideologieverdächtigen Kernthesen der Luhmann'schen Vertrauens- und Systemtheorie nochmals vergegenwärtigt:

- a) Menschen sind aufgrund beschränkter Informationsverarbeitungskapazitäten zur Komplexitätsreduktion gezwungen, um handlungsfähig zu sein.
- b) Der Mechanismus Vertrauen ermöglicht einen Zugriff auf Komplexitätsreduktionen.
- c) Funktional differenzierte Sozialsysteme bieten Sinnangebote reduzierter Komplexität und stellen damit handlungsnotwendige Erwartungssicherheit in Aussicht.

Entsprechend der o.g. Unterscheidung handelt es sich bei den ersten beiden Sätzen um sozialtheoretische Aussagen, wobei Satz a) eine anthropologische Annahme darstellt. Satz c) ist ein gesellschaftstheoretischer, denn die Erscheinungsform der Funktionssysteme ist historisch an die Epoche der Moderne gebunden. Vormoderne Gesellschaften sind nach Luhmann durch andere Sozialstrukturen, namentlich stratifikatorische und segmentäre Differenzierung, gekennzeichnet. Daraus resultiert, dass prinzipiell auch andere Formen der »Vermittlung zwischen der äußers-ten Komplexität der Welt und der sehr geringen, aus anthropologischen Gründen kaum veränderbaren Fähigkeit des Menschen zu bewusster Erlebnisverarbeitung« (Luhmann 1991a: 116) möglich sind als diejenigen, die Funktionssysteme bereitstellen.⁷ Kandidaten vormoderner Gesellschaften sind etwa Religion, Sitten, Gebräuche, Stand, Familie, Ehe etc. Zwar wird der Mechanismus Vertrauen als sozialtheoretisches Gesetz und damit als Konstante eingeführt, nicht jedoch das *Worin*, also die Quelle reduzierter Komplexität. Soziale Abhängigkeitsverhältnisse, die mit dem Terminus Systemvertrauen belegt werden, sind somit nicht natürlich, sondern ein

6 Als dritter Theorietyp seien noch Theorien mittlerer Reichweite erwähnt, die einen vergleichsweise begrenzten Gegenstandsbereich betreffen. Diese Theorien stehen einer empirischen Prüfbarkeit am nächsten. Beispiele sind in der Vertrauensforschung zahlreich. Alle Untersuchungen zur Vertrauens- oder Glaubwürdigkeitsbeurteilung verschiedener Informationsquellen und Kommunikationsinhalte fallen in diese Kategorie. Theorien mittlerer Reichweite können in Gesellschaftstheorien integriert werden oder diese empirisch informieren.

7 Einschränkung sei erwähnt, dass Luhmann selbst sich keine alternative Sozialordnung als die der funktionalen Differenzierung vorstellen konnte, wie er in der Diskussion um soziale Protestbewegungen deutlich gemacht hat (vgl. Luhmann 1996: 197).

sozial-räumlich begrenztes Resultat der Gesellschaftsentwicklung. Kurzum: Eine andere Gesellschaft ist möglich.

Ein zweites Argument, das gegen den Ideologieverdacht ins Feld geführt werden soll, liefert Schimank (2005a: 430ff.) in der Diskussion um die anthropologische Prämisse der Weltoffenheit des Menschen, auf die sich ja auch der frühe Luhmann beruft. Nach Schimank wird in der deutschen philosophisch-anthropologischen Tradition nur eine Dimension von Weltoffenheit behandelt, nämlich die »Unerträglichkeit der überbordenden Komplexität« (ebd.: 433). Wie dargelegt, wird üblicherweise angesichts dieses quasipathologischen Naturzustands die zwingende Notwendigkeit möglichkeitsbeschränkender Sozialstrukturen (Institutionen, Funktionssysteme etc.) unterstellt. An dieser Stelle hakt Haller ein:

»Aus damaliger Sicht war das elaborierte ›Systemvertrauen‹ für die kritischen Öffentlichkeitstheorien ideologiebehaftet, weil dieses Konstrukt eine mentale Konsonanz zwischen den politischen und ökonomischen Systemimperativen und der sozialen Lebenswelt unterstellte. Aus Sicht etwa des Habermas'schen ›Strukturwandels‹ gab und gibt es keinen Grund, sich auf die systemischen Gegebenheiten vertrauensvoll einzustellen.« (Haller 2017: 46)

Eine »mentale Konsonanz« mit dem Wirtschafts- und Politiksystem, die einzig auf die *Conditio humana*, der Bedürftigkeit nach Komplexitätsreduktion zurückgeführt würde, wäre in der Tat ideologieverdächtig. Entgegen dieser einseitigen Darstellung gibt es jedoch eine zweite anthropologische Lesart, die Schimank unter Berufung auf Marx herausstellt: Weltoffenheit als »anthropologische Gelegenheitsstruktur für zielorientiertes Handeln« (Schimank 2005a: 433). Demnach biete Umweltkomplexität auch die Chance eigener Zielsetzung und -verfolgung im Sinne eines eigenverantwortlichen Entscheidungshandelns (vgl. ebd.).⁸

Diese emanzipatorisch-gestalterische Antwort auf das Komplexitätsgefälle wird von systemtheoretisch argumentierenden Vertrauensforscher*innen allerdings nur marginal behandelt: bei Pavlova (2018: 93; 122; 135ff.) als Selektionsoption psychischer Systeme bei der Gestaltung ihrer Reproduktionsspielräume oder bei Kohring (2004: 111), wenn er von Systemvertrauensentscheidungen innerhalb der Systeme oder »gestaffelte[r] Zuteilung von Vertrauenserweisen« spricht. Auch Luhmann gesteht Akteuren eine Entscheidungsgewalt über den Umfang der Partizipation am vertrauten System zu, die er jedoch nicht weiter erläutert (s. Kapitel

8 Schimanks Interpretation der gestalterischen Facette von Weltoffenheit läuft darauf hinaus, dass Menschen angesichts knapper Ressourcen im Zuge ihrer Zielverfolgung zu (begrenzt rationalen) Kosten-Nutzen-Kalkülen neigen. Dieser Interpretation, die wie in der ersten Dimension der Komplexitätsbewältigung ebenfalls Defizite menschlicher Handlungsfähigkeit betont, wird hier nicht gefolgt. Stattdessen wird die zweite Dimension als optionsöffnende Chance für eigenmächtige Interessenverfolgung verstanden, ohne dass hiermit schon ein bestimmtes Akteurmodell nahegelegt würde.

2.2). Der Ideologieverdacht kann mit Schimanks Hinweis zwar entkräftet werden, jedoch sieht auch die vorliegende Arbeit einen entscheidenden Nachteil in der Überbetonung der erstgenannten Dimension von Weltoffenheit. Sie hält demgegenüber an der aufklärerischen Idee der Emanzipation des Menschen fest. Der gegenwartsbezogene Umgang mit der basalen Ausgangslage einer überkomplexen Welt wird dabei als Indikator dafür gesehen, wie es um den Projektfortschritt der Aufklärung im Allgemeinen bestellt ist.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis nach sicherheitsstiftender, aber beschränkender Sozialität und dem Wunsch nach emanzipatorischer, aber sicherheitsgefährdender Gestaltung führt ins Zentrum einer sozialphilosophischen Diskussion um den Freiheitsbegriff, der nach der populären Differenzierung von Isaiah Berlin (2006) zwei Bedeutungsdimensionen umfasst: *Negative Freiheit* als ›Freiheit von‹ bemisst sich daran, inwieweit Menschen in ihrem Handlungsraum eingeengt und an ihrer Zielverfolgung durch den Zwang anderer gehindert werden (vgl. ebd.: 201ff.). Die *positive Freiheit* als ›Freiheit zu‹ betrifft das Ausmaß der Selbstbestimmung und -verwirklichung (vgl. ebd.: 211ff.):

»Ich will jemand sein, nicht niemand; ein Handelnder – einer, der Entscheidungen trifft, nicht einer, über den entschieden wird, ich will selbstbestimmt sein, nicht Gegenstand des Wirkens der äußeren Natur oder anderer Menschen, als wäre ich ein Ding oder ein Tier oder ein Sklave, der unfähig ist, die Rolle eines Menschen zu spielen, also eigene Ziele und Strategien ins Auge zu fassen und zu verwirklichen.« (Ebd.: 211)

Die beiden Dimensionen können jedoch nicht als schlichtes Oppositionsverhältnis gedacht werden, sondern betreffen verschiedene Aspekte von Freiheit.⁹ Freiheit ist nur im Sozialen möglich, da die sozialen Bedingungen zur Selbstverwirklichung Einzelner kollektiv geschaffen werden müssen. So gibt es Fälle friedlicher Koexistenz zwischen dem Streben nach Erwartungssicherheit und der eigenmächtigen Zielverfolgung – etwa in Hinblick auf demokratische Rechtsnormen (vgl. Schimank 2005: 435). Vor diesem Hintergrund kann über die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Verhältnisses zwischen Sozialregulativen (Systeme, Institutionen etc.) und weltoffenen Akteuren diskutiert werden, wobei von entscheidender Bedeutung ist, »ob der Bezug auf die Bindungen, unter denen wir unsere Wünsche ausbilden und handeln, und auf das, was uns wichtig ist, im Modus der Freiheit geschieht« (Jaeggi/Celikates 2017: 63). Eben dies hatte auch Adorno im Blick, wenn er – angespro-

9 Einen knappen, verständlichen Überblick bieten Jaeggi und Celikates (2017: 52ff.).

chen auf die von ihm und Gehlen geteilte Beobachtung¹⁰ *entfremdeter* Verhältnisse zwischen Akteuren und Institutionen – zu Protokoll gibt:

»Ich würde Ihnen das Faktum dieser Bedürftigkeit [die Bedürftigkeit zahlloser Menschen nach Institutionen, Anm. d. Verf.] nicht bestreiten, schließlich bin ich wesentlich verantwortlich für ein Buch, das den Titel ›The Authoritarian Personality‹ trägt und in dem ja in der autoritätsgebundenen Charakterstruktur eben diese Bedürftigkeit nachgewiesen ist. Aber ich würde denken, dass man sich dabei nicht bescheiden darf, sondern dass es doch eben im Sinn von Institutionen, die ihrem eigenen Begriff – nämlich [...] der Herstellung einer mündigen Menschheit – gerecht werden, liegt, darauf hinzuarbeiten, dass das sich verändert. Dass die Institutionen wirklich nur noch etwas wie die Verwaltung von Sachen sind, aber nicht mehr Herrschaft über Menschen.« (Adorno 2009 [1965]: 18:23–19:10)

Im Anschluss an das Zitat könnte eine Replik an Haller so lauten: Selbst, wenn zeitdiagnostisch eine vollständige ›mentale Konsonanz‹ zwischen Gesellschaftsmitgliedern und Funktionssystemen festgestellt würde, sind die Gründe für diesen Zustand der Unfreiheit zu suchen – und zwar nicht in der menschlichen Natur, sondern im Sozialen.

10 Es passt gut zur hiesigen Diskussion um den Ideologievorwurf Hallers, an die Adorno-Gehlen-Kontroverse zu erinnern, die als öffentlich inszenierter Streit die Auseinandersetzungen zwischen progressiven und konservativen Kräften in der BRD rund um das 1968 repräsentierte. Nicht selten wurde Adorno »eine Art von theoretischer Komplizenschaft« (Hahn 2004: 279) mit Gehlen vorgeworfen (vgl. Henning 2015: 161). Jetzt wie damals kann erwidert werden: Nicht die Analyse des Ist-Zustands entscheidet zwangsläufig über das Prädikat konservativ oder progressiv, sondern die Konsequenzen, die aus der Beobachtung gezogen werden.

7. Zwischenfazit

In den vorangegangenen Kapiteln wurden Grundlagentheorien zum Systemvertrauen diskutiert, die einer holistischen Forschungstradition folgen. Ausgangspunkt war Niklas Luhmanns systemtheoretische Vertrauensanalyse, die seit den Klassikern der Soziologie, vor allem seit Simmel die wichtigste Abhandlung zum Thema darstellt und zugleich den Vertrauensdiskurs für die moderne Sozialwissenschaft eröffnete.

Nach Endreß (2010: 93f.) sollten soziologische Vertrauensatheorien in Hinblick auf drei Reflexionsebenen unterschieden werden: a) Die sozialtheoretische Ebene betreffe die »Strukturanalyse menschlichen Weltverhältnisses« (ebd.: 93). b) Auf entwicklungsgeschichtlicher Ebene gehe es um das historisch bedingte Verhältnis zwischen persönlichem und Systemvertrauen, das in Form historischer Fallstudien zu erörtern sei. c) Auf dritter Ebene werde die Thematik vor dem Hintergrund einer Theorie der modernen Gesellschaft so untersucht, dass die Bedeutung von Vertrauen und Vertrauensintermediären für gesamtgesellschaftliche Strukturveränderungen sichtbar werde. Diese Dreiteilung entspricht in etwa der im vorigen Kapitel eingeführten Unterscheidung zwischen Sozialtheorie, Gesellschaftstheorie und darin enthaltenen Theorien mittlerer Reichweite.¹ In der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass eine interdisziplinär fruchtbare Grundlagentheorie des Vertrauens alle drei Reflexionsebenen ausreichend berücksichtigen muss. Erst auf dieser Basis scheint es möglich, adäquate Gegenwartsdiagnosen zur Beschaffenheit der zeitgenössischen Vertrauensgesellschaft zu entwickeln, deren Aussagen nicht nur spekulativen Charakter haben, sondern zumindest partiell grundlagentheoretisch abgeleitet sind. Damit verbunden ist die Hoffnung auf die Minimierung von Irrtumsrisiken und einer allzu starken Vereinseitigung bestimmter Ent-

1 Etwas unscharf erscheint Endreß' Differenzierung von entwicklungsgeschichtlicher und gesellschaftstheoretischer Ebene. Strukturveränderungen moderner Gesellschaften sind stets Resultat historischer Entwicklungen. Gerade die Genese unpersönlicher Vertrauensbeziehungen ist Ursache und Wirkung der Sozialstrukturentwicklung in der Moderne. Geht es um historische Fallstudien, werden sie in dieser Arbeit unter die Theorien mittlerer Reichweite subsumiert.

wicklungstendenzen.² Die Leitfrage bei der Lektüre der vorgestellten Ansätze war, ob sich auf Basis der Luhmann'schen Herangehensweise und seiner theoretischen Nahverwandtschaft eine tragfähige Architektur entsprechend der o.g. Gütekriterien identifizieren lässt.

Wie sich herausgestellt hat, ist das Verhältnis von sozial- und gesellschaftstheoretischen Vertrauensthesen bei Luhmann weder ausreichend elaboriert, noch stehen sich beide spannungsfrei gegenüber. Auf die Integrationsprobleme deutet bereits der Titel seiner Vertrauensmonographie hin: Vertrauen ist weder System noch Medium, sondern ein *Mechanismus* der sozialen Komplexitätsreduktion. Im Gegensatz zur definitorischen Präzision der übrigen Schlüsselbegriffe in Luhmanns Werk ist nicht klar, wie sich der Begriff Mechanismus ins Vokabular einfügt (vgl. Morgner 2018: 235). Die Ortsbestimmung im wissenschaftlichen Aussagenkomplex wird außerdem dadurch erschwert, dass die komplexitätsreduzierende Funktion nicht weiter spezifiziert wird (vgl. ebd.). Es gibt keine bestimmte Perspektivierung bzw. Zugriffsweise auf die Welt in Form einer gesellschaftlichen *Sinnprovinz* Vertrauen innerhalb der Gesellschaft, wie es etwa für die Funktionssysteme charakteristisch ist: Wissenschaft beobachtet anhand der Leitunterscheidung *wahr/unwahr*, Wirtschaft nutzt die Beobachtungskategorien *zahlen/nicht zahlen* – beide Funktionssysteme stellen damit spezifische Angebote reduzierter Komplexität zur Verfügung, die kein anderes Funktionssystem anbietet. Die Gesellschaft ist damit aus Sicht der Wissenschaft eine völlig andere als aus der Perspektive der Wirtschaft. Mit anderen Worten gewinnen diese Systeme ihre Identität erst aus der spezifischen Funktion, die sie für das Gesellschaftssystem erfüllen und nicht allein schon dadurch, dass sie Komplexität reduzieren.

Die größten konzeptionellen Unklarheiten wurden jedoch auf Luhmanns theoretischen Werdegang zurückgeführt, welcher in der Ausarbeitung einer soziologischen Universaltheorie gipfelte, in der das Konzept Vertrauen entgegen der ihm vormals zugewiesenen Relevanz jetzt nur noch äußerst marginal berücksichtigt wird. Er radikalisiert Durkheims Maxime, nach der Soziales nur aus Sozialem erklärt werden könne, indem er Akteure noch stärker ›bagatellisiert‹ – als psychische Systeme in der Umwelt der Sozialsysteme können sie nur noch ›Kommunikationsmaterial‹ zu den völlig eigensinnig operierenden Sozialsystemen beisteuern (vgl. Schimank 2005b: 69ff.). Zwar verwirft er die Ausgangsthese seiner früheren Unternehmung, die Weltoffenheit des Menschen und sein Bedürfnis nach Erwartungssicherheit reduzierter Komplexitäten nicht. Diese Thematik ist jedoch nur noch Nebenschauplatz. (Vgl. ebd.: 72) Der Wechsel des sozialen Analyselements, *Kommunikation statt Handlung*, sowie die Fokusverschiebung im Leitproblem, *Anschlusskommunikation statt Komplexitätsreduktion*, (vgl. ebd.: 67) haben zur Konsequenz, dass

2 Zum Genre der soziologischen Gesellschaftsdiagnose, insbesondere im Verhältnis zur Gesellschaftstheorie und den inhärenten Irrtumsrisiken: Schimank (2007c).

die Vertrauensthematik fortan ein Inseldasein auf Luhmanns intellektueller Landkarte führt.

Angeichts der subjektzentrierten Tradition der Vertrauensforschung ist kaum verwunderlich, dass auch Luhmanns Untersuchungen zu Vertrauen ihren Dreh- und Angelpunkt beim Individuum haben – und zwar auch in puncto systemisches Vertrauen: »Rational sind Systeme in dem Maße, als sie Komplexität erfassen und reduzieren können, und sie können dies nur, wenn sie von Vertrauen und Mißtrauen Gebrauch zu machen verstehen, ohne den zu überfordern, der letztlich Vertrauen oder Mißtrauen erweist: den Menschen.« (Luhmann 2009 [1968]: 125) Mit anderen Worten baut Luhmanns gesamte Vertrauentheorie auf dem auf, was er später vollständig zu kappen versucht: den »heimlichen akteurtheoretischen Wurzeln des systemtheoretischen Paradigmas« (Schimank 2005b: 88). Versuche, seine Vertrauenthesen vor dem Hintergrund seiner ausgearbeiteten Theoriearchitektur zu lesen, sind daher vor enorme Herausforderungen gestellt:

Persönliches Vertrauen verliert seine Kontur, da die betreffende Beziehungskonstellation zwischen Vertrauensgeber*in und -nehmer*in nun als Interaktionssystem zu denken ist, das wie alle Sozialsysteme nur aus Kommunikation besteht. In der Konsequenz müssen die entscheidungstheoretischen Prämissen, insbesondere die Vorstellung einer Selektion mehrerer risikobehafteter Handlungsalternativen, welche handlungsautonome Akteure definitorisch voraussetzt, verworfen werden: »If society does not consist of ›persons‹ (but of communication instead), how can there then be personal trust of the kind that is present in the ›early‹ Luhmannian writings.« (Jalava 2006: 209) Wenn beim späten Luhmann der Handlungsbegriff auftaucht, dann geschieht dies erstens nur in Zusammenhang mit Sozialsystemen und zweitens in einer dem Kommunikationsbegriff untergeordneten Weise (vgl. Konopka 1999: 259).

Systemvertrauen (alias: Zuversicht) wird als eigenständiges Konzept beinahe überflüssig. Der Zugriff auf Personen als Exekutoren verselbstständigter Funktionssysteme ist durch die strukturelle Kopplung zwischen sozialen und psychischen Systemen gesichert. Die Bindung an Funktionssysteme erscheint daher so unausweichlich, sodass mit Kohring (2004: 125) die Frage aufgeworfen werden kann, ob dieser Zustand überhaupt mit dem Terminus Vertrauen adressiert werden sollte, da üblicherweise eine Freiwilligkeit in der Beziehung definitorisch vorausgesetzt wird.

Angeichts dieser Sachlage drängt sich die Frage auf, ob Vertrauen für Luhmann all sein Potenzial zur Erklärung sozial- und gesellschaftstheoretischer Phänomene eingeüßt hat. Dies kann mit Morgner (2018: 236) verneint werden, denn Luhmann verweist auch in späten Publikationen immer wieder auf seine Vertrauentheorie. Auch die Reproduktion der Funktionssysteme ist beim späten Luhmann noch keine ausgemachte Sache. Im Kontext der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien geht es ihm fortan allerdings weniger um die Verfügbar-

machung komplexitätsreduzierender Selektionsketten, sondern um die Weiterverwendung der Medien. Letztere basiert auf Selbstbestätigung:

»Die Mediensymbole erzeugen also, könnte man sagen, die Eigenwerte ihrer eigenen Rekursivität. Wenn sie wiederverwendet werden, bilden sich solche medien-spezifischen Eigenwerte — als Wert der an sich wertlosen Geldsymbole zum Beispiel. Die Eigenwertbildung ist ein Resultat der Wiederverwendung, der Anwendung von Operationen auf das Resultat vorheriger Operationen desselben Mediums.« (Luhmann 1997a: 394)

Luhmann räumt ein, dass diese Selbstvalidierung »als eine riskante evolutionäre Errungenschaft gelten [muß], von der nicht abzusehen ist, ob sie in allen Medienbereichen unter allen Bedingungen halten kann, was sie verspricht« (ebd.: 396). Deshalb erscheint es ihm notwendig, Vertrauen als »Zusatzargument« der Weiterverwendung beizubehalten (vgl. ebd.: 394). Das heißt, Vertrauen ist und bleibt notwendige Bedingung der funktionalen Differenzierung. Trotz aller Unterschiede sind sich auch die an Luhmann anschließenden Autor*innen darüber einig, Vertrauen als Schlüssel zur Analyse von Struktur und Evolution der modernen Gesellschaft anzusehen. Dies gilt insbesondere für Jalava und Morgner, die sehr eng entlang der autopoietischen Systemtheorie argumentieren.

Allerdings, so die hier vertretene These, hängt die Tragfähigkeit des Begriffs davon ab, ob Akteuren in sozialtheoretischer Hinsicht (partielle) Handlungsautonomie und die prinzipielle Fähigkeit zur Gestaltung der Sozialität zugesprochen wird. Diese Überlegung ist erstens ein deskriptives Ergebnis der Literatursynopse: Alle Ansätze lassen sich darüber beschreiben, dass entweder das spät-Luhmann'sche Handlungsverständnis und/oder das Autopoiesis-Postulat (in unterschiedlichem Maße) relativiert wird. Anders formuliert, haken die Autor*innen an unterschiedlichen Stellen von Luhmanns Theoriegenealogie ein, um konzeptionelle Lücken seiner Vertrauens- und Systemtheorie zu schließen, die durch den Bedeutungswandel seiner Zentralbegriffe aufgerissen wurden.

Das zweite Argument verweist erneut auf die von Luhmann selbst gelegte Fährte der o.g. Entwicklungsdynamik der modernen Gesellschaft und spitzt die benannten Probleme weiter zu. Vertrauen als gesellschaftstheoretisches Konstrukt betrifft im Kern Veränderungen in den Bereichen Sozial- und Systemintegration. Wie ist es nun aber um die Integration von Individuen in das Gesellschaftssystem in der autopoietischen Systemtheorie bestellt? Wie geschildert, werden durch die Sozialsysteme nur Teilaspekte von Personen kommunikativ adressiert und dadurch gesellschaftlich *inkludiert*. Inklusion meint, »daß das Gesellschaftssystem Personen vorsieht und ihnen Plätze zuweist, in deren Rahmen sie erwartungskomplementär handeln können« (Luhmann 1997b: 621). Eine Adressierung zeigt jedoch weder die Qualität oder Quantität der Leistungen an, die die Akteure durch ihre jeweiligen Systeminklusionen erhalten noch die Nachteile, die sich aus den Inklusionen erge-

ben können: »Ein zum Offenbarungseid gezwungener Schuldner ist ebenso deutlich ins Wirtschaftssystem inkludiert wie eine Großanlegerin.« (Weiß 2017: 171) Da Funktionssysteme in ihrem Fortbestand nur auf diese Art der Inklusion angewiesen sind, können sämtliche sozialstrukturell bedingten Ungleichheiten zwischen den Individuen bei der Systemreproduktion nicht thematisiert werden. Dieses Defizit räumt Luhmann Luhmann (1999: 146f.) sogar in einem späten Text selbst ein:

»Die Logik der funktionalen Differenzierung schließt gesellschaftliche Exklusionen aus, muß es dann aber erlauben, innerhalb der Funktionssysteme nach systemeigenen Kriterien zu differenzieren. [...] Zur Überraschung aller Wohlgesinnten muß man feststellen, daß es doch Exklusionen gibt, und zwar massenhaft und in einer Art von Elend, das sich der Beschreibung entzieht.«

So entgehen seiner Theorie krisenhafte Facetten sozialer Reproduktion, wie etwa Ressourcenkonkurrenz, Ethnisierung von Konflikten, Diskriminierung von Minderheiten und weitere »Verunsicherungstendenzen [...] der ›Mitte der Gesellschaft‹« (Nassehi 1999: 128), sodass »das Problem der Erwartungssicherheit interaktionsnaher Lebenslagen [alias: Systemvertrauen; Anm. d. V.] aus dem Blick gerät« (ebd., Fn. 11). Möglicherweise behandelt Luhmann das Vertrauenthema nach der autopoietischen Wende also deshalb so zurückhaltend, weil das Konzept allzu deutlich auf Problemlagen sozialer Reproduktion verweist, die der Vorstellung einer Autopoiesis des Kommunikationszusammenhangs *Gesellschaft* im Wege stehen. Dass die Bindung der Akteure an die Funktionssysteme der Gesellschaft in Abhängigkeit ihrer Lebenschancen unterschiedlich beurteilt wird, hat er in seinen Vertrauentexten zumindest angedeutet.

Die anderen Ansätze, die hier besprochen wurden, verweisen noch deutlicher auf eine komplexe psychologische Struktur des Systemvertrauens: Einerseits hinsichtlich des grundlegenden Sicherheitsbedürfnisses, einer ontologischen Sicherheit (Giddens) bzw. einer Sicherheit in der psychischen Reproduktionsfortsetzung (Pavlova) – wobei sich dieses nicht gänzlich ohne die Nähe zwischenmenschlicher Bindungen befriedigen lässt. Andererseits in Bezug auf den Einfluss sozialer und kultureller Veränderungsprozesse, die unterschiedliche Grundhaltungen (z.B.: Optimismus vs. Pessimismus) gegenüber zukünftigen Systementwicklungen zeitigen. Die in diesem Zusammenhang besprochenen Phänomene wie Globalisierung, Medialisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Expert*innenkulturwandel und Wirtschaftsliberalisierung zeigen zugleich das zeitdiagnostische Potenzial des Systemvertrauensbegriffs an. Die Rolle einer Risiko- und Gefahrenwahrnehmung sowie das Ausmaß alltäglicher Reflexion im Allgemeinen wird dabei von den Autor*innen unterschiedlich beurteilt, wobei in allen Fällen eine punktuell-situative Risikoentscheidung, wie sie Luhmann in seiner Vertrauensmonographie modelliert, abgelehnt wird.

Die psychologischen Schattierungen verweisen erneut auf die Notwendigkeit einer konzeptionellen Stärkung des Akteurbegriffs innerhalb holistischer Vertrauensanalysen. Dabei sollten die zahlreichen hier erhobenen Einwände gegenüber Luhmann nicht dahingehend missverstanden werden, dass der Systembegriff insgesamt zu verwerfen sei. Es erscheint lediglich eine erweiterte Perspektive notwendig, die die zweite Bedeutungsdimension der *Conditio humana*, der Weltoffenheit des Menschen ausreichend würdigt. Wie dargelegt, konnte Giddens' Grundlagentheorie in dieser Hinsicht nicht überzeugen, zumal seine Thesen zum Systemvertrauen zeigen, wie weit er sich schon von seinen eigenen strukturationstheoretischen Prämissen und der Vorstellung teilautonomer Akteure entfernt hat. Auch die anderen Theorien liefern aus den angegebenen Gründen trotz unverzichtbarer Bausteine nicht das notwendige Gerüst. Demgegenüber erscheinen Ansätze der Neueren Systemtheorie vielversprechend, da sie allesamt die Rolle der Akteure bei der System(re)produktion hervorheben (vgl. Konopka 1999: 281ff.). Für die gesellschaftstheoretische Behandlung systemischer Vertrauensprozesse im Allgemeinen und für die in dieser Arbeit aufgeworfene zeitdiagnostische Fragestellung im Speziellen eignet sich besonders die akteurzentrierte Differenzierungstheorie von Schimank, wie sich zeigen wird.

8. Vertrauen in der akteurzentrierten Differenzierungstheorie

Die Schlussfolgerung aus der vorangegangenen Literatursynopse ist, systemtheoretische Vertrauentheorien durch akteurtheoretische Überlegungen anzureichern. Für dieses Anliegen wird nun auf Basis von Schimanks akteurzentrierter Differenzierungstheorie der Grundstein gelegt. Im weiteren Argumentationsverlauf der Arbeit wird das hier umrissene Outline weiter in Hinblick auf die zweite übergeordnete Fragestellung nach der Beschaffenheit gegenwärtiger Vertrauensprozesse im Neoliberalismus verdichtet. Zunächst werden Schimanks zentrale Thesen vorgestellt. Im Anschluss wird gezeigt, wie und mit welchem Gewinn das Vertrauenskonzept in diesem Theoriegerüst verortet werden kann.

8.1 Akteurzentrierte Differenzierungstheorie nach Schimank

Wie in Kapitel 6.2.2 dargelegt, geht Schimank in seiner Grundlagentheorie von einem anderen Menschenbild aus als Luhmann. Weltoffenheit als *Conditio humana* hat für ihn sozialtheoretische Konsequenzen in zweierlei Hinsicht: Sie manifestiert sich einerseits im Bedürfnis nach Erwartungssicherheit, das sich durch komplexitätsreduzierende soziale Strukturen befriedigen lässt. Andererseits sind Menschen auch in dem Sinne weltoffen, sich eigene Ziele zu setzen und sie strategisch in der Sozialität zu verfolgen.

Diese Ausgangssituation findet sich in seinem Entwurf der funktional differenzierten Gesellschaft wieder. Differenzierung wird hier als selbstreferentieller Prozess verstanden: »Die Ursache von Differenzierung ist Differenzierung.« (Schimank 2005b: 110) Das heißt, dass aus dieser Sicht Gesellschaft immer schon eine differenzierte ist, wobei anzugeben ist, welche Differenzierungswirkungen aus welchen -strukturen hervorgehen (vgl. ebd.: 22). Wie Luhmann geht auch Schimank davon aus, dass sich die moderne Gesellschaft nicht als arbeitsteilige Zerlegung des Ganzen in spezialisierte Teile (*Dekomposition*) verstehen lässt, sondern als Emergenz autonomer Wertsphären (sensu M. Weber), die sich nicht nur gegeneinander (horizontal), sondern auch gegenüber dem gesellschaftlichen Gan-

zen (vertikal)¹ verselbstständigt haben (vgl. ebd.: 45). Diese Polykontextualität des Teilsystem-Nebeneinanders nimmt Schimank zum Anlass, Fragen der Sozial- und Systemintegration in den Mittelpunkt seiner akteurzentrierten Differenzierungstheorie zu stellen, wobei in diesem Kapitel der Fokus auf die Sozialintegration gelegt wird. Im Unterschied zu Luhmanns Gesellschaftsentwurf ist nicht Kommunikation die zentrale Analyseeinheit, sondern der Akteur als Träger von Handlung.² Von zentraler Bedeutung ist, dass sich die Aufmerksamkeit in der Erklärung sozialer Phänomene nicht auf die Einzelhandlung eines Akteurs (als analytisches Letztelement soziologischer Erklärung) richtet, sondern auf das handelnde Zusammenwirken, also die Elementrelationen (vgl. Schimank 2005b: 24f.).

Im Einklang mit o.g. Anthropologie geht er davon aus, dass Akteure in ihrem Handeln von sozialen Strukturen *geprägt* (nicht: determiniert) sind, diese jedoch auch gestaltend beeinflussen können. Für die Ebene der gesellschaftlichen Teilsysteme bedeutet das, dass nicht sämtliches Handeln der Akteure der Autopoiesis des jeweiligen Systems folgt, sondern dass es zu Strukturdynamiken innerhalb und zwischen den Teilsystemen kommen kann, die auf Verkettungen *strategischen Handelns* zurückgehen (vgl. Konopka 1999: 243). Die wechselseitige Konstitution von handelndem Zusammenwirken und sozialen Strukturen wird nachfolgend dargestellt.

8.1.1 Sozialstrukturelle Handlungsprägung

Soziale Strukturen stecken Sinnhorizonte der gesellschaftlichen Wirklichkeit ab, an denen sich Akteure angesichts ihres elementaren Bedürfnisses nach Erwartungssicherheit orientieren, um handlungsfähig zu werden (vgl. Schimank 2005: 85; 2006: 147). Strukturen konditionieren den Möglichkeitsraum der Handlungsvollzüge. Damit wirken sie einerseits limitierend in Bezug auf die Selektionsvielfalt von Handlungsalternativen, andererseits eröffnen sie manchmal auch neue Optionen. Als Beispiel hierfür nennt Schimank Gesetze, die erst durch festgeschriebene Verbote eine gerichtliche Strafverfolgung ermöglichen. (Vgl. Schimank 2006: 147,

1 Nach Schimank (2005b: 53ff.) ist daher der von Luhmann präferierte Funktionsbegriff zur Charakterisierung der gesellschaftlichen Teilsysteme und der Gesellschaftsevolution irreführend: Mit der Ablehnung der Einheitsvorstellung eines gesellschaftlichen Ganzen ist infolgedessen auch die Annahme eines gesellschaftlichen Funktionserfordernisses, dem sich die Systeme unterwerfen, nicht mehr haltbar. Aus diesem Grund spricht Schimank von gesellschaftlichen Teilsystemen als autopoietisch geschlossene Kommunikationszusammenhänge in der polykontextualen Gesellschaft.

2 Neben Individuen gibt es bei Schimank auch kollektive und korporative Akteure, die letztlich eine analytische Abstraktion einer Gruppe von Individuen darstellen. Von Kollektivakteuren wird immer dann gesprochen, wenn Individuen im Namen einer größeren sozialen Einheit handeln und diese dadurch repräsentieren. (Vgl. Schimank 2007b: 128).

2005b: 39) Strukturen prägen die Handlungsorientierung der Akteure in dreierlei Hinsicht (vgl. Schimank 2005b: 40f., 2006: 147; Lorenz 2017: 34f.):

- a) *Deutungsstrukturen* prägen in der *evaluativen Orientierungsmodalität* das ›Wollen‹ der Akteure: bestimmte Handlungsziele erscheinen erstrebenswert, während andere ausgeschlossen werden. Beispiele sind kulturelle Leitideen von unterschiedlicher Allgemeinheit (z.B. das Propagieren von Selbstverwirklichung oder die Verurteilung von Naturzerstörung auf der einen, spezifische Vorlieben und Abneigungen bestimmter Szenen auf der anderen Seite), generalisierte Motive, Zwecke oder Rationalitätsprinzipien.
- b) *Erwartungsstrukturen* prägen in der *normativen Orientierungsmodalität* die ›Sollen‹-Vorstellungen: bestimmte Handlungsalternativen werden vorgeschrieben, andere sanktioniert. Beispiele sind institutionalisierte Erwartungen formaler Art (z.B. rechtliche Regelungen oder Verhaltenserwartungen in Organisationen) oder informeller Art (Sitten, regionale Umgangsformen, Moralkodizes sozialer Milieus oder innerhalb einer Berufsgruppe). Festgeschriebene soziale Positionen in Akteurkonstellationen (Rollen) sowie soziale Prozessabläufe (Skripte) sind Bündelungen normativer Erwartungen.
- c) *Konstellationsstrukturen*³ prägen in der *kognitiven Orientierungsmodalität* das ›Können‹ der Akteure: bestimmte Handlungsweisen werden im Rahmen der gegebenen sozialen Situation für möglich erachtet, andere erscheinen nicht realisierbar. Beispiele sind Wahrnehmungsmuster, Schemata und kognitive Karten. Dazu gehören auch positiv bewertete Gleichgewichte in Freundschafts- oder Arbeitsbeziehungen, die es Akteuren ermöglichen, ihre jeweiligen Intentionen zu verfolgen. Aber auch negativ bewertete Gleichgewichte in Konkurrenz- und Feindschaftsverhältnissen, die aufgrund antizipierter Nachteile für die eigene Identität (z.B. Ehrverlust) nicht einvernehmlich beendet werden können, sind als Konstellationsstrukturen zu verstehen.

Die strukturelle Prägung durch die drei Modalitäten ist in konkreten Handlungssituationen komplex miteinander verwoben, »wobei das Wollen den Primat in dem Sinne hat, dass Sollen und Können sich überhaupt erst daran abschätzen lassen, was gewollt wird« (Schimank 2005b: 41). Damit ist gemeint, dass sich durch die Deutungsstrukturen eine Vorselektion hinter dem Rücken der Akteure vollzieht:

3 Die Bezeichnung ist etwas unglücklich gewählt, sofern beabsichtigt wird, die drei Orientierungsmodalitäten analytisch von den drei Strukturebenen (s.u.) zu trennen. Tatsächlich vermengt Schimank diese Begrifflichkeiten in einigen Texten selbst. Dies wird insofern als Nachteil gesehen, als dass es sich bei den Orientierungsmodalitäten aus Sicht des Verfassers um sozialtheoretische Kategorien handelt und bei den Strukturebenen um gesellschaftstheoretische – letztere sind also raumzeitlich gebunden und damit von geringerer Aussagenreichweite.

»Auf der ersten Filterstufe werden bereits die allermeisten vom Akteur prinzipiell ausführbaren Handlungsalternativen eliminiert – fast alle davon so weitgehend, dass sie nicht einmal in dessen Bewusstsein präsent waren.« (Schimank 2006: 147) In der Regel ist also erst auf der zweiten Filterstufe und auch nur im Falle des zielorientierten Handelns eine bewusste Selektion aus dem nun bereits reduzierten Handlungsspektrum möglich.

Die Prägung in den drei genannten Dimensionen ist auf drei analytisch unterscheidbaren sozialen Strukturebenen möglich: in gesellschaftlichen Teilsystemen, in Institutionenkomplexen und in Akteurkonstellationen. Auf all diesen Ebenen wirken prinzipiell die drei Orientierungsdimensionen, wobei jeweils eine Orientierungsmodalität dominiert (vgl. Schimank 2006: 148ff.; Lorenz 2017: 35). Funktionale Differenzierung geht auf die Deutungsstrukturen zurück – genauer gesagt auf die Orientierungshorizonte gesellschaftlicher Teilsysteme. Der binäre Systemcode (z.B. wahr/unwahr) stellt nach Schimank dabei den ›Leitstern‹ des Handelns im jeweiligen System dar (vgl. Schimank 2005b: 41), wobei dieser noch viel zu generalisiert ist, um spezifische Ziele eines Akteurs in konkreten Situationen zu prägen. Gemäß dem Primat des Wollens wird zunächst der Blick des Akteurs teilsystemisch verengt:

»Zugehörigkeit eines Akteurs zu einem bestimmten Teilsystem sagt ihm selbst und seinen Gegenübern zunächst und vor allem, in welcher der basalen gesellschaftlichen ›Wollens-‹Sphären er sich bewegt. Beide Seiten wissen dadurch, was er will – z.B. wissenschaftliche Erkenntnisse zutage fördern – und was er nicht will – z.B. politische Entscheidungen treffen.« (Schimank 2006: 148)

Teilsysteme bieten durch Institutionen- und Konstellationsstrukturen weitere Filterungsebenen an, die konkrete Handlungssituationen präformieren: »Die evaluative Modalität der teilsystemischen Orientierungshorizonte geht in die normative Modalität der institutionellen Ordnungen und diese in die kognitive Modalität der Akteurkonstellationen über« (Schimank 2007d: 222). Mit jeder weiteren Filterungsebene sinkt das Generalisierungsniveau. Demgegenüber steigt die Anzahl beobachtbarer Strukturmuster. Die *Könnenskalküle* auf der untersten Strukturebene sind dementsprechend viel spezifischer als institutionelle Ordnungen oder eine teilsystemische Perspektivierung. Außerdem gibt es im Gegensatz zu den nur etwa ein Dutzend Teilsystemen zahllose strukturierte Akteurkonstellationen. (Vgl. ebd.: 222f.).

In der Bestimmung weiterer Strukturkomponenten schließt Schimank auch an weitere systemtheoretische Konzepte an, indem er neben dem *binären Code* auch *selbstreferenzielle Geschlossenheit*, *Programme*, *fremdreferenzielle Umwelteinwirkungen* und *historische Semantiken* aufführt. Was die Zuordnung dieser Konzepte zu den dominierenden Orientierungsmodalitäten betrifft, finden sich bei Schimank Hinweise zu den Programmen, welche die binären Codes der Systeme operationa-

lisieren. Allerdings werden Programme inkonsistent zu mehreren dominierenden Modalitäten zugeordnet: mal fallen sie in erster Linie in die Wollensdimension (vgl. Schimank 2007d: 224), mal vorrangig in die Sollensdimension (vgl. Neuberger 2007: 141; Lorenz 2017: 36).

8.1.2 Strategische Handlungsfähigkeit

Die zweite Dimension der Weltoffenheit findet bei Schimank vor allem Berücksichtigung im strategischen Handeln der Akteure. Der Autor behauptet, dass es Akteuren – inklusive formalen Organisationen – möglich ist, gezielt auf die Vergrößerung ihres strukturell vorgeprägten Handlungsraumes hinzuwirken. Ob dieses Ziel verfolgt wird, hängt davon ab, wie zufrieden die Akteure mit dem gegebenen Handlungsspielraum sind: Je unzufriedener, desto eher wird nach Schimank der aufwändigere Weg einer Erweiterung angestrebt. (Vgl. Schimank 2005b: 158)

Schimank diskutiert die Strategiefähigkeit der Akteure in Hinblick auf eine direkte Wechselwirkung der Wollens- und Könnens-Modalität der Handlungsorientierung auf der untersten Strukturebene der Akteurkonstellationen. Zunächst unterstellt er, dass die Deutungsstrukturen des teilsystemischen Orientierungshorizonts den Rahmen *substanzieller Interessen* vorgeben, unter dieser Oberfläche jedoch auch noch *reflexive Interessen* liegen: »Reflexiv sind solche Interessen, die sich auf die generellen Bedingungen der Möglichkeit der Realisierung spezifischer substantieller Interessen beziehen.« (Schimank 2005b: 153)⁴ Der Autor nennt verschiedene Dimensionen dieser reflexiven Interessen, macht jedoch gleichzeitig darauf aufmerksam, dass er diese empirisch beobachtet und theoretisch rekonstruiert hat. Das heißt, dass es sich nicht um eine erschöpfende Liste handelt. Dies erklärt, warum er seinen früheren Katalog, a) Ausdehnung der Reichweite der eigenen Interessensrealisierung, b) Dominanz der substanziellen Interessensphäre, c) Erweiterung der Kontrolle über die eigene Interessensrealisierung (vgl. ebd.: 216), später um einen vierten Posten erweitert: d) der basalen Erwartungssicherheit (vgl. ebd.: 153). Akteure streben dementsprechend oftmals danach,

- a) das Wachstum der eigenen Ressourcen zu vergrößern und die eigenen Befugnisse zu diversifizieren,
- b) Dominanz in Hinblick auf Ressourcen und Befugnisse innerhalb der Interessensphäre zu erlangen,
- c) die eigene Entscheidungsautonomie zu vergrößern,

4 Reflexivität meint, »dass Interessen bestehen, deren Gegenstand wiederum Interessen sind« (Schimank 2005b: 153, Fn. 138). Reflexivität kann zwar auch Reflexion »des auch andere Akteure einbeziehenden Interessenskontextes« (ebd.: 215, Fn. 198) bedeuten, dies ist aber nicht zwangsläufig so.

- d) notwendige Erwartungssicherheit zu erreichen, um überhaupt die Grundlage für ambitioniertes, interessensgeleitetes Handeln zu schaffen. (Vgl. ebd.)

Schimank versteht diese vier Richtungen als Achsen eines Koordinatensystems reflexiver Interessensrealisierung, dessen Nullpunkt das elementare Bestandsinteresse der Akteure darstellt. Die vier Dimensionen stehen in der Regel nicht im harmonischen Verhältnis zueinander, sondern sind in vielen Handlungssituationen unvereinbar. So muss ein Akteur bei der Verfolgung eines bestimmten reflexiven Interesses die Beeinträchtigung der anderen in Kauf nehmen.

Was das Verhältnis zwischen reflexiven und substanziellen Interessen angeht, so sind beide in unterschiedlichem Maße kompatibel. In Fällen der Unvereinbarkeit, hängen die Konsequenzen dieses Spannungsverhältnis davon ab, inwieweit die reflexiven Interessen aktuell als befriedigt angesehen werden. Schimank gibt einen wichtigen Hinweis für die Rolle des Systemvertrauens in der sozialen Reproduktion, wenn er darauf hinweist, dass mit steigendem Niveau der Befriedigung reflexiver Interessen die substanziellen Interessen eher zur Geltung kommen können, auch wenn letztere den reflexiven Interessen zuwiderlaufen.

»Wenn sich beispielsweise eine Forschungseinrichtung hinsichtlich ihrer Autonomie-, Wachstums- und Dominanzbedürfnisse gleichermaßen für hochgradig saturiert einschätzt, wird sie sich gegebenenfalls auch in gewissem Maße solche Forschungsaktivitäten leisten, die Einbußen in diesen Hinsichten mit sich bringen.« (Ebd.: 216)

Solche harmonischen Situationen, in denen drei reflexive Bedürfnisse befriedigt sind, kommen selten vor. In der Regel gibt es ein Spannungsverhältnis in Abhängigkeit des Verhältnisses befriedigter gegenüber unbefriedigten Bedürfnissen. Außerdem wird in dieser Arbeit ein unauflösbarer Widerspruch zwischen dem Autonomie- und dem Erwartungssicherheitsbedürfnis vermutet (s. Kapitel 8.2.1) – letzteres kommt im o.g. Positivbeispiel bezeichnenderweise gar nicht vor.

Das Bedürfnis nach Erwartungssicherheit, das – wie bereits erwähnt – sogar anthropologisch abgeleitet wurde, scheint dann von besonderer Bedeutung für das Verhältnis von reflexiven und substanziellen Interessen zu sein, wenn es in hohem Maße befriedigt ist. Für diesen Fall prognostiziert Schimank (2005b: 224) nämlich eine deviante Haltung gegenüber dem Systemcode:

»Akteure brauchen Erwartungssicherheit. Doch das heißt nicht, dass sie selbst jederzeit etwas für deren Erhalt tun wollen. Ganz im Gegenteil! Wenn teilsystemische Erwartungssicherheit gesichert ist, sehen Akteure dies als Chance an, auch solche Zielsetzungen zu verfolgen, die von den teilsystemischen Ordnungen abweichen und diese untergraben.«

Akteurkonstellationen sind stark von diesen reflexiven Interessen beeinflusst, da Akteure sie sich hier gegenseitig unterstellen. Das Problem doppelter Kontingenzen ist alltäglich zu lösen, die o.g. Sozialstrukturen bieten nach Schimank allerdings nicht in jeder Situation eine ausreichende und/oder schnell verfügbare Orientierungsleistung. Deshalb machen sich die Akteure durch die gegenseitige Unterstellung reflexiver Interessenverfolgung weitere einfache Erwartungsmuster zunutze. Reflexive Interessen sind

»gewissermaßen ›Generalschlüssel«, mit denen man sich – zunächst praktisch, und deshalb dann auch theoretisch – selbst dann einen Zugang zum ›Wollens‹-Horizont des Gegenübers verschaffen kann, wenn man über den dazu eigentlich erforderlichen ›Spezialschlüssel«, also ein detailliertes Wissen über dessen konkrete Situation, nicht verfügt« (Schimank 2005b: 154).

Bei der Unterstellung reflexiver Interessen handelt es sich demzufolge um eine *Fiktionalisierung*, die handlungsinstruktiv wirkt, indem sie »sowohl die empirische Evidenz der konkreten Situation als auch den prognostischen Gehalt des Erfahrungssatzes [überzieht]« (ebd.: 153). Sie gewinnt damit den Charakter einer selbst-erfüllenden Prophezeiung, die sich nicht nur in der Fremdbeobachtung verfestigt, sondern auch in der Selbstbeobachtung (vgl. ebd.). Dieser Art Erwartungserwartung schafft nach Schimank selbst zwischen Leistungsrollenträger*innen verschiedener Teilsysteme eine Verständigungsebene, auf der Basis Interessenskonsense und Verkettungen strategischen Handelns möglich sind, die potenziell strukturverändernd wirken.⁵ Anzumerken ist, dass Bemühungen zur Strukturveränderung in der Regel transintentionale Effekte zeitigen. Akteurstrategien und ihre strukturellen Wirkungen stehen daher selten in einem Entsprechungsverhältnis.

Strategiefähigkeit der Akteure zeigt sich neben der zielgerichteten Verfolgung reflexiver Interessen auch in der intentionalen Ausnutzung des jeweiligen *Opportunitätskontextes* im Rahmen einer Akteurkonstellation. Dieser besteht hauptsächlich aus Ressourcen der wechselseitigen Beeinflussung, dem situationsbezogenen Wissensstand und institutionellen Vorgaben. Hier geht es um das komplexe Wechselspiel zwischen Wollens- und Könnens-Modalität in einem interdependenten Akteursverhältnis, das den möglichen Handlungsspielraum eines Akteurs erweitern kann. Schimank denkt strategisches Handeln hier vom Können der Akteure aus:

»Können« bestimmt »Wollen«. Man will – in einem handlungsrelevanten, also über Tagträumereien hinausgehenden Sinne – nur, was man, wie mühselig und langwierig auch immer, meint erreichen zu können. Auf der anderen Seite ergibt sich

5 Interessenskonsense, die trotz selbstreferenziell geschlossener Handlungslogiken der Teilsysteme – also einem generellen intersystemischen *Orientierungsdissens* – zustande kommen, tragen damit erheblich zur gesellschaftlichen Systemintegration bei (vgl. Schimank 2005b: 212ff.).

das ›Können‹ immer erst aus dem ›Wollen‹. Nur dem, der weiß, was er will, erschließt sich, was er kann bzw. nicht kann. Das ›Wollen‹ hebt gleichsam spezifische offenstehende oder verschlossene Handlungsmöglichkeiten aus der Gesamtheit dessen, was in einem Opportunitätskontext prinzipiell möglich wäre, hervor.« (Ebd.: 155)

Es geht also um die Zahl der Handlungsoptionen, die sich in einer Situationsdefinition aufspannen, wobei der Horizont möglicher Selektionsalternativen in Abhängigkeit davon variiert, wie das Mischverhältnis zwischen evaluativer und kognitiver Strukturprägung ausfällt. Dieses Mischverhältnis kann von Akteuren strategisch in Richtung Optionsöffnung verändert werden, wenn sie sich in asymmetrischen Abhängigkeitsbeziehungen befinden.⁶

Daneben gibt es mit den *Exit-Optionen* noch eine dritte Möglichkeit strategischen Handelns benannt, die jedoch in Hinblick auf ihr strukturveränderndes Potenzial nicht diskutiert wird, da sie in Schimanks Augen als Extremform der Interdependenzbewältigung sozialwissenschaftlich relativ uninteressant sei (vgl. Schimank 2005b: 34). Im Anschluss an Hirschmann (1970) meint Exit das intentionale Austreten aus einem Interdependenzverhältnis. Je nachdem, um welches Abhängigkeitsverhältnis es sich handelt, kann ein Exit unterschiedliche negative Konsequenzen nach sich ziehen. Ein Austritt aus einer teilsystemischen Leistungsrolle ist nach Schimank oft mit sehr hohen Kosten verbunden, wohingegen viele Publikumsrollen gesellschaftlicher Teilsysteme optional seien. So könne man aufhören, Kunst- und Sportkonsument zu sein, schwerlich jedoch Konsument im Sinne des Wirtschaftssystems. Von den absoluten Exit-Optionen unterscheidet Schimank einen graduellen Austritt, für den er beispielhaft einen Selbstversorger-Hof nennt. Hier trete ein Akteur nur gelegentlich als Konsument auf. Exit kann zudem in dritter Hinsicht auch bedeuten, innerhalb eines bestehenden Interdependenzverhältnisses – sofern möglich – zwischen alternativen Gegenübern zu wählen. (Vgl. Schimank 2005b: 34)

Zusammenfassend findet sich in der funktional differenzierten Gesellschaft sowohl ein unreflektierter Autopoiesis-Vollzug als auch strategisches, potenziell strukturveränderndes Handeln, das den autopoietischen Kommunikationsfluss kanalisiert (vgl. Konopka 1999: 249). Diesen Umstand bringt Schimank auf die Metapher der Bonsai-Zucht, bei der die Pflanzenform mittels Formdraht zwar beeinflusst werden kann, der Wachstumstrieb der Pflanze jedoch dadurch nicht ersetzt wird, sondern sogar vorausgesetzt werden muss.

6 Eine detaillierte Beschreibung von möglichen Strukturdynamiken, die sich hieraus ergeben, findet sich bei Schimank (2006: 145ff.).

8.1.3 Strukturdynamiken: Aufbau, Erhaltung, Veränderung, Zerstörung

Nachdem objektivistische und subjektivistische Facetten des Handelns skizziert wurden, können diese nun im Rahmen von Schimanks Akteur-Struktur-Dynamik zusammengebracht werden. Grundsätzlich geht Schimank davon aus, dass sich soziale Strukturen erst im handelnden Zusammenwirken der Akteure aufbauen, erhalten, verändern oder zerstören. Er nimmt unmittelbar Bezug auf Giddens' Dualitätspostulat, indem er feststellt: »Prägendes und Geprägtes sind genau gesehen eines« (Schimank 2005b: 23, Fn. 14). Alle Arten von Sozialstrukturen instanziiieren sich also erst im Handlungsvollzug.

Den analytischen Nullpunkt stellt die Einzelhandlung dar. Eine Handlung ist eine Selektion aus mehreren Handlungsalternativen, wobei der Alternativenraum sozialstrukturell präformiert ist. Da die empirische Vielfalt möglicher handlungs-limitierender Strukturen unermesslich ist, sind in den Sozialwissenschaften idealtypische Akteurmodelle entstanden, die bestimmte Strukturmerkmale fokussieren und bündeln, um so größere Varianzanteile in der Handlungserklärung abzudecken. Schimank (2005b: 30f.) arbeitet mit vier Akteurmodellen, bei denen unterschiedliche Handlungsantriebe hervorgehoben werden.⁷

- a) Der *Homo sociologicus* richtet sein Handeln in erster Linie an institutionalisierten Normen aus. Situationsdefinitionen und Handlungsantrieb sind vor allem bestimmt von normativen Erwartungsstrukturen.
- b) Der *Homo oeconomicus* strebt danach, den eigenen erwarteten Nutzen unter geringstmöglichem Aufwand zu maximieren. Sein Handlungsantrieb ist in erster Linie durch soziale Strukturen präformiert, die Nutzen und Kosten bestimmter Handlungsalternativen bestimmen.
- c) Die Handlungsantriebe des *Emotional Man* (Flam 1990) sind Emotionen wie Neid, Wut, Angst und Liebe. Prägend sind vor allem diejenigen Sozialstrukturen, die starke Emotionen hervorrufen, wie etwa soziale Verteilungsstrukturen, die als ungerecht empfunden werden.
- d) *Identitätsbehaupter* sind einerseits geprägt durch Sozialstrukturen, die den Charakter des Akteurs formen – hauptsächlich diejenigen der Sozialisation. Andererseits sind Strukturen bedeutsam, die identitätsbedrohend wirken. Identität

7 Die idealtypischen Handlungsantriebe lassen sich abstrakt als Zweck-Mittel-Relationen beschreiben, wobei vor allem in der Modellierung unterschiedlicher Zwecke eine bestimmte Strukturprägung hervorsieht. Demgegenüber ist in der Psychologie das Erwartungs-mal-Wert-Modell prominent, das jedoch in seiner Allgemeinheit kaum Rückschlüsse auf die sozialstrukturellen Handlungsbedingungen zulässt und somit zur Erklärung gesellschaftlicher Makrophänomene eher ungeeignet ist.

tät wird verstanden als Selbstbild, bestehend aus normativen und evaluativen Selbstansprüchen.

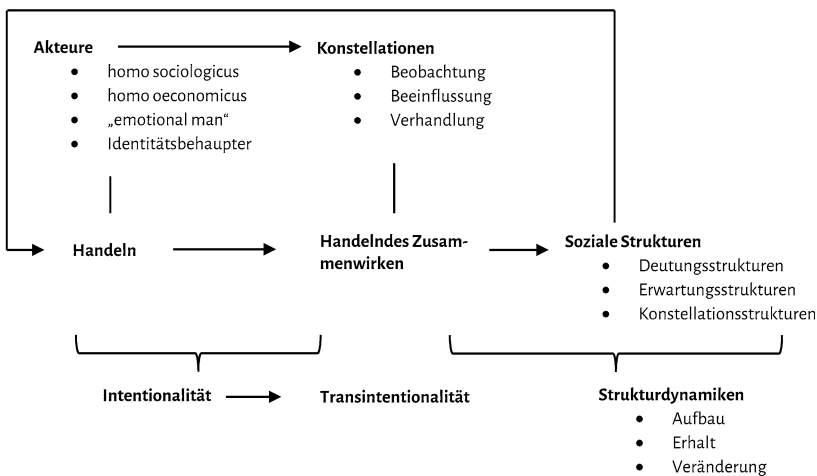
Diese Liste könnte um weitere Akteurmodelle ergänzt werden, wie dem im Strukturalismus geläufigen *Homo significans* (vgl. Barthes 1966). Auch existieren Handlungstheorien, die in ihrer Spezifik der empirischen Wirklichkeit womöglich näherkommen (vgl. statt vieler Kroneberg 2011). Schimank gibt allerdings zu bedenken, dass es sich bei der Erklärung einer bestimmten Einzelhandlung aus Sicht der akteurzentrierten Differenzierungstheorie nur um eine Vorfrage handelt. Die eigentliche Analyse sozialstruktureller Dynamiken beginnt erst bei der Relationierung dieses Letztelements soziologischer Erklärung. (Vgl. Schimank 2005b: 24f.)

Dementsprechend steht bei ihm das handelnde Zusammenwirken mehrerer Akteure im Fokus der Aufmerksamkeit. Solche Akteurkonstellationen ergeben sich aus »dem Gewahrwerden und Abarbeiten tatsächlicher oder vorweggenommener Intentionsinterferenzen« (ebd.: 32). Gemeint ist der alltagsnahe Gedanke, dass ein Akteur bei seiner Interessenverfolgung auf das Zutun anderer angewiesen ist. Die anderen Akteure verfolgen jedoch auch eigene Absichten, die entweder mit seinen Intentionen korrespondieren oder diesen entgegenstehen. Ist letzteres der Fall, können die beteiligten Akteure die Intentionsinterferenzen entweder hinnehmen oder es kommt zum handelnden Zusammenwirken. Hier können drei Konstellationsarten analytisch voneinander unterschieden werden (vgl. ebd. 32f.):

- a) *Beobachtungskonstellationen* entstehen, sobald sich mindestens zwei Akteure gegenseitig wahrnehmen und ihr Handeln dadurch vom Gegenüber mitbestimmen lassen. Diese Minimalabstimmung kann auf Basis von Zeichen verbaler oder nonverbaler Art erfolgen. Beispielsweise weichen zwei Passant*innen einander aus, die sich beim Entgegenkommen auf einem engen Bürgersteig wahrgenommen haben. Ein anderes Beispiel ist die gegenseitige Beobachtung von Journalist*innen, die sich bei der Wahl ihrer Publikationsthemen aneinander orientieren.
- b) *Beeinflussungskonstellationen* basieren auch auf wechselseitiger Beobachtung, gehen jedoch darüber hinaus, da das Handlungsspektrum des Gegenübers aktiv eingeschränkt wird. Dies kann auf vielerlei Weise erfolgen, wie etwa durch Persuasion oder Drohung. Generell können durch die Beeinflussung positive oder negative Konsequenzen des gewünschten Verhaltens hervorgehoben werden.
- c) *Verhandlungskonstellationen* weisen die Merkmale der anderen beiden Konstellationsarten auf, haben jedoch das weiterführende Ergebnis einer bindenden Handlungsabstimmung (etwa in Form eines Vertrags). Solche Konstellationen sind hinsichtlich der vorhandenen Einflusspotenziale der beteiligten Akteure entweder symmetrisch oder asymmetrisch beschaffen.

Die Art und Weise der Interdependenzbewältigung innerhalb dieser Konstellationsarten kann anhand verschiedener Modi der Handlungskoordination beschrieben werden. Solche *Governance*-Muster (z.B. Konkurrenzstruktur, Netzwerk, Polyarchie, Hierarchie) tauchen oft in gebündelter Form als Governance-Regimes auf. Das handelnde Zusammenwirken der Akteure führt nicht immer dazu, dass sich soziale Strukturen (als Konstellationsstrukturen) dauerhaft etablieren. Die Orientierung an diesen Ordnungsmustern stellt sich jedoch oft dann ein, wenn das Ignorieren der verfestigten Gleichgewichte zu negativen Konsequenzen für die Akteure führen würde. Eine solche Dynamik beginnt bei der *Abweichungsverstärkung*, in der sich der Raum möglicher Handlungsabstimmungsergebnisse verengt. Kommen nur noch wenige Ausprägungen des handelnden Zusammenwirkens vor, wird dieses Ordnungsmuster durch eine *Abweichungsdämpfung* verfestigt. Dann sind die beteiligten Akteure immer weniger bereit, die mit der Ordnung verbundene Erwartungssicherheit leichtfertig aufzugeben. Das wiederholte Handeln im Rahmen der Ordnungsmuster kann zu geteilten evaluativen, normativen und kognitiven Orientierungen in Form von Institutionen oder Deutungsmustern führen. Wie schon erwähnt, entstehen die meisten dieser Struktureffekte transintentional. (Vgl. Schimank 2005b: 33ff.) Der Zusammenhang zwischen den eingeführten Konzepten findet sich noch einmal im Schaubild (Abbildung 2) visualisiert.

Abbildung 2: Akteur-Struktur-Dynamiken



Eigene Darstellung nach Schimank (2007b: 132)

8.1.4 Sozialintegration, Ungleichheit

An dieser Stelle soll noch der Bogen geschlagen werden zu Themen der Sozialintegration, welche mit der akteurzentrierten Differenzierungstheorie adressiert werden können. Zum einen geht es um die Bindung der Akteure an die Sozialität (a), zum anderen um leistungsbezogene Verteilungskonflikte, die sich aus der Sozialität ergeben (b).

a) Innerhalb des Diskurses der autopoietischen Systemtheorie hat Kieserling (1999: 80ff.) darauf hingewiesen, dass die Kommunikation in Interaktionssystemen nicht zwangsläufig, sondern sogar eher selten dem Code eines Funktionssystems folgt. Neben dem häufigen Wechseln der Systemreferenz gehöre auch gesellschaftlich undifferenzierte Kommunikation zur alltäglichen Interaktion: »Es versteht sich nicht von selbst, daß Anwesende es sich klaglos gefallen lassen, wenn ihre Möglichkeiten auf ein binäres Schema gebracht werden, das ihnen dann beispielsweise nur die Wahl läßt, entweder im Recht oder im Unrecht zu sein.« (Kieserling 1999: 82)

Dass codekonforme Kommunikation als einschränkend empfunden wird, ist für Schimank (2005b: 224) eine Nebenfolge ihrer grundlegenden Funktionsweise: Aus der Orientierungsleistung, die die Teilsysteme bereitstellen, erwächst unweigerlich das Folgeproblem der »Sicherstellung von Fügsamkeit der Akteure« (ebd.). Angesichts der großen teilsystemischen Erwartungssicherheit in vielen Lebensbereichen, kann sich die Aufmerksamkeit der Akteure infolge auf andere noch nicht befriedigte reflexive Interessen richten (s.o.). Dies führt oft dazu, dass wahrgenommene Deutungsstrukturen als hinderlich und einengend in Bezug auf die Interessenverfolgung wahrgenommen werden.

Schimank geht daher davon aus, dass die Reproduktion der Teilsysteme angewiesen ist auf ihre *Durchorganisierung*. Organisationen – im weitesten Sinne des Wortes – sind im Gegensatz zu Personen meistens in nur ein Teilsystem vollinkludiert. Sie operationalisieren die Deutungsstrukturen des jeweiligen Teilsystems und verhelfen zum Autopoiesis-Vollzug, indem sie mit ihren Mitgliedern und organisatorisch angebundenen Adressat*innen eine Tauschbeziehung eingehen: Normkonformität im Austausch gegen Befriedigung individueller Nutzererwartungen. Dadurch wird die »kognitive Erwartungssicherheit, die der binäre Code vermittelt, [...] durch normative Erwartungen flankiert« (Schimank 2005b: 225). In dieser Hinsicht wirken Organisationen für den Großteil der teilsystemischen Leistungs- und Publikumsrollen sozialintegrativ.

b) In der modernen Gesellschaft hat sich das Gleichheitsprinzip um die Verteilung von Lebenschancen als normatives Leitprinzip kulturell institutionalisiert. Es steht allerdings im scharfen Kontrast zur empirischen Wirklichkeit ungleicher sozialer Lagen. In diesem Spannungsverhältnis sind fortwährende Verteilungskonflikte strukturell angelegt. Diese Ausgangslage theoretisiert Schimank (2005b:

241ff.) mithilfe des Konzepts der Publikumsinklusion. Gesellschaftsmitglieder sind in die Teilsysteme inkludiert, womit zwei Arten von Anspruchsrechten einhergehen: Ähnlich zu den substanziellen und reflexiven Interessen können inkludierte Akteure nach Schimank *basale Ansprüche* auf teilsystemische Leistungen zur Verbesserung der eigenen Lebenschancen stellen sowie *reflexive Ansprüche* zur Sicherung der Bedingungen in der Realisierung ersterer (z.B. juristische Klagerechte). Ansprüche werden darüber hinaus als identitätsstiftend angesehen, da sich Personen über die erhobenen Ansprüche in der funktional differenzierten Gesellschaft identifizieren würden (vgl. ebd.: 243f.). So gesehen entstehen »Diskrepanzen zwischen Sein und zum Sollen erhobenem Wollen« (ebd.: 244), wenn die eigene Situation im Vergleich zur Situation anderer als schlechter beurteilt wird – dies widerspricht dem kulturellen Deutungsmuster des Gleichheitspostulats und ist daher illegitim. Es entstehen Konflikte über die Verteilung teilsystemischer Leistungen, die aus basalen Ansprüchen resultieren und von reflexiven Ansprüchen auf politische Partizipationschancen, rechtliche Klagechancen und massenmediale Informationschancen begleitet werden (vgl. ebd.: 246). Die Anspruchsbefriedigung stößt auf sachliche Grenzen, etwa auf ökologische Grenzen des Wirtschaftswachstums oder auf soziale Grenzen wie etwa bei den Inklusionskrisen des globalen Nord-Süd-Gefälles (vgl. ebd.: 250).

8.2 Sozialreproduktion und Vertrauen

Nachdem die wichtigsten Komponenten von Schimanks Theorieanlage vorgestellt wurden, lässt sich nun zeigen, wie und warum das Systemvertrauenskonzept einen analytischen Mehrwert für die akteurzentrierte Differenzierungstheorie darstellt. Zunächst wird ein eigenes sozialtheoretisches Vertrauensverständnis skizziert. Dieses leitet eine systematische Implementation in Schimanks Theoriegebäude an. Es werden Argumente genannt, warum es sinnvoll ist, Vertrauen auf der höchsten gesellschaftstheoretischen Analyseebene der Teilsystemstrukturen zu untersuchen. Der Darstellung des Systemvertrauens geht eine kritische Prüfung der von Schimank identifizierten Mechanismen der Teilsystemprägung voraus. Daraus destilliert sich die methodologische Relevanz des Systemvertrauens.

8.2.1 Sozialtheoretisches Vertrauensverständnis

Die sozialtheoretische Entwicklung eines eigenen Vertrauensbegriffs baut auf Schimanks (2005a: 435) Minimal-Anthropologie, der zweiseitigen Weltoffenheit des Menschen auf. Im Umgang mit der Komplexität der Welt lassen sich, wie erläutert (s. Kapitel 6.2.2), zwei Neigungen des Menschen identifizieren. Angesichts der »unübersehbare[n] Fülle ihrer Wirklichkeiten und ihrer Möglichkeiten,

die eine sichere Einstellung des einzelnen auf die Welt ausschließt« (Luhmann 2009 [1968]: 4), streben Menschen erstens danach, ihre ontologische Sicherheit (Giddens) zu erhöhen. Das Mittel zur Zielerreichung ist die Etablierung von erwartungssichernden Strukturen im Sozialen, die von der Weltkomplexität entlasten und eine Handlungskoordination trotz des Problems doppelter Kontingenz ermöglichen: »One may say that the biologically intrinsic world-openness of human existence is always, and indeed must be, transformed by social order into a relative world-closedness.« (Berger/Luckmann 1991: 69) Auf der anderen Seite stellt sich die Weltkomplexität zweitens auch als Gelegenheitsstruktur dar. Bei Marx hegt ein*e Arbeiter*in eine Gestaltungsabsicht gegenüber der Natur und wird so selbst zur »Naturmacht«:

»Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachsellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vorn herein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprocesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; *er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß.*« (Marx 1991 [1890]: 162; Herv. d. V.)

Trotz der mittlerweile unüberschaubaren Heterogenität der Vertrauensforschung scheint es möglich, Vertrauensatheorien in Hinblick auf die vorgestellte Minimal-Anthropologie sozialtheoretisch zu kategorisieren. So haben die meisten Ansätze entweder eine Schlagseite zur funktionalistischen Notwendigkeit des *Vertrauen-Müssens* in Anbetracht überbordender Komplexität, die mit Termini wie Informationsverarbeitungsdefizit, Wissenslücke bzw. -gefälle oder fehlender sozialer Kontroll-, Beurteilungs- und Beobachtungsmöglichkeit gerahmt wird. Für diese Kategorie stehen exemplarisch die vorgestellten systemtheoretischen Arbeiten. In der orthodoxen Variante haben sich die erwartungssichernden Strukturen der Gesellschaft soweit verselbstständigt, dass sie den Akteuren völlig entglitten sind. Die Funktionssysteme reduzieren Weltkomplexität, wobei gerade durch diese Reduktionen die Gesellschaftskomplexität weiter steigt. In dieser Perspektive wird Komplexitätssteigerung durch Komplexitätsreduktion zum »Menschheits-schicksal« (Schimank 2005b: 63), wobei fraglich ist, ob die Eigenkomplexität der Funktionssysteme irgendwann eine Schwelle übersteigt, nach der sie gar keine Orientierung mehr bieten können. Vertrauensforschung, die einseitig auf den Komplexitätsdruck fokussiert ist, gesteht Akteuren äußerst wenig Spielraum zu. Die Partizipation an Sozialität ist hier eine binäre Variable: Akteuren bleibt neben

der Extremform des Gesellschafts-Exits im Grunde nichts anderes übrig, als »unter Zwangsvorstellungen weiter [zu] vertrauen« (Luhmann 2009 [1968]: 64).

Die andere theoretische Schlagseite besteht aus voluntaristischen Konzeptualisierungen des *Vertrauen-Schenkens*. In diese Kategorie fallen einerseits ökonomische und spieltheoretische Ansätze, die Vertrauen als freiwilligen Verzicht auf Opportunitäten in einer gegebenen Handlungssituation (exemplarisch: Ripperger 1998) oder als Entscheidung über die Vergabe von Ressourcenkontrolle (exemplarisch: Coleman 1990) verstehen. Diese sind ebenfalls funktionalistisch, argumentieren jedoch in umgekehrter Kausalrichtung: Nicht die Weltkomplexität verlangt den Akteuren Vertrauen ab, sondern die Anthropologie des zielorientierten Akteurs lässt Vertrauen unter instrumentellen Gesichtspunkten als günstigste Handlungsoption im komplexen Möglichkeitsraum hervorstechen. Trotz der in der ökonomischen Literatur immer wieder betonten Freiwilligkeit der Vertrauensvergabe sind kritische Nachfragen angebracht, ob angesichts des zugrundeliegenden Akteurmodells des Homo oeconomicus überhaupt Freiheit in einer solchen Handlungswahl unterstellt werden kann. Wenn die vertrauensvolle Handlungsoption diejenige ist, die in der Kosten-Nutzen-Abwägung gleichzeitig auch rational ist, dann ist jede Abweichung vom Vertrauen irrational und begründungspflichtig (vgl. Abdelhamid 2018). Unter Effizienzgesichtspunkten nötigt die »unsichtbare Hand des Marktes« deshalb praktisch zum Vertrauensvotum.

Neben den ökonomischen versuchen auch sozialphilosophische Theorien Vertrauen voluntaristisch zu beschreiben – allerdings ohne Funktionsbezug. So ist Vertrauen bei Abdelhamid (2018) selbst eine »auf *Intersubjektivität* basierende *Rationalitätsform*« (ebd.: 77; Herv. i. O.), die keiner weiteren (externen) Begründungspflicht unterliegt. Vertrauen *hat* hier keinen Grund, sondern *ist* der Grund für beiderseitig freiwillige Vertrauenshandlungen als Ausdruck einer Anerkennungsbeziehung: Vertrauensgeber*in und -nehmer*in »gehen nicht etwa aus Zwang oder Ausweglosigkeit eine Vertrauensbeziehung ein, sondern können im Vertrauen intersubjektiv zu begründeten Urteilen kommen« (ebd.). Ebenso voluntaristisch versteht auch Hartmann (2011) Vertrauen als freiwillige, kooperative Autonomie zwischen zwei Personen, die ihrer Vertrauensbeziehungen einen intrinsischen Wert beimessen, der sie dazu befähigt, Ziele und Zwecke *selbstgesetzgebend* verwirklichen zu können.

In der Gegenüberstellung zeigen sich die Schwächen isolierter Perspektiven: Während Theorien aus der Familie des Vertrauen-Müssens in beinahe behavioristischem Reduktionismus auf konditioniertes Vertrauensverhalten⁸ zielen, spit-

8 Der Verhaltensbegriff wird hier in Abgrenzung zu dem der Handlung benutzt. Sie unterscheiden sich dadurch, dass der Akteur seinem Handeln im Unterschied zum Verhalten einen subjektiven Sinn beimisst (sensu M. Weber). Analog dazu werden auch die Begriffe Agent und Akteur voneinander differenziert: Ein Agent ist bei Touraine (1995) auf den bloßen Vollzug

zen Theorien des Vertrauen-Schenkens Handlungen auf Vertrauensentscheidungen zu, ohne ausreichend über den sozialen Ursprung (vermeintlich) selbstgewählter Handlungsziele und -umstände zu reflektieren. Vertrauen wird tendenziell also eine entlastende *oder* eine emanzipatorische Wirkung unterstellt.

Wie könnte eine sozialtheoretische Integration aussehen? Wenn es stimmt, dass Menschen weltoffen sind, diese Weltoffenheit jedoch zwei widerstrebende Neigungen impliziert, müssen diese beiden in irgendeiner Form miteinander versöhnt werden. Ansonsten wäre bereits in der anthropologischen Grundsituation eine unausweichliche Sozialpathologie angelegt. Der soziale Mechanismus, der diese Vermittlungsleistung erfüllt, wird in dieser Arbeit *Vertrauen* genannt. Wie gezeigt werden soll, geht es hierbei nicht bloß um einen Kompromiss, bei dem beide Seiten eine gemeinsame Schnittmenge bilden würden.

Der anthropologische Gegensatz ist bei Schimank sozialtheoretisch in der Wollens-Dimension der Handlungsorientierung, genauer: in den reflexiven Interessen der Akteure gespiegelt.⁹ Unter den reflexiven Interessen der Akteure finden sich auch das Erwartungssicherheits- und das Autonomiebedürfnis. Schimank macht darauf aufmerksam, dass die Realisierung der einzelnen Interessen in der Regel konfliktbeladen ist, da die Grundbedürfnisse untereinander selten harmonisieren (vgl. Schimank 2005b: 153, 216). An dieser Stelle muss jedoch bezweifelt werden, ob eine vollständige Bedürfnisbefriedigung im Prinzip überhaupt verwirklicht werden kann. Dies schien dem Autor bei der Erstellung des früheren Katalogs reflexiver Interessen, der nicht das Bedürfnis der Erwartungssicherheit beinhaltete, offenbar noch möglich (vgl. Schimank 2005b: 216). Im späteren Text fehlt ein solcher Hinweis. Der Grund hierfür wird darin gesehen, dass der Gegensatz zwischen Sicherheitsbedürfnis und (Um-)Gestaltungswillen einen logischen Widerspruch (These und Antithese) darstellt, der in einem Kompromiss nicht

sozialer (z.B. organisationaler) Vorgaben reduziert. Ein Akteur ist dagegen durch seinen Gestaltungswillen individuell selbstbestimmt.

- 9 Der Autor betont einerseits, dass die reflexiven Interessen nicht aus einer »ontologischen ›Ableitung‹« (Schimank 2005b: 153) folgen, »die diese und nur diese Richtungen irgendwie aus dem Wesen des Akteur-Seins zu begründen suchen müsste« (ebd.). An anderer Stelle äußert er sich andererseits weniger distanziert, wenn er postuliert, dass mit der kognitiven Erwartungssicherheit der teilsystemischen Deutungsstrukturen »ein ganz zentrales reflexives Interesse, das bei individuellen Akteuren sogar *anthropologisch begründet* ist, bedient wird« (ebd.: 223; Herv. d. V.). Die nachfolgenden Ausführungen sollen daher in erster Linie als sozialtheoretische Aussagen interpretiert werden, die auf einer *reflexiven Anthropologie* aufbauen. Letztere unterscheidet sich dadurch von anderen Ansätzen, dass sie nicht nach der Beschaffenheit des Menschen *in* sozialen Zusammenhängen fragt, sondern nach der Beschaffenheit des Menschen *durch* soziale Zusammenhänge (vgl. Bröckling 2017: 49ff.) Auf implizite oder explizite anthropologisch fundierte Aussagen vollständig zu verzichten, ist bislang kaum einer Sozialtheorie gelungen – nicht einmal dem Radikalen Konstruktivismus.

aufgelöst werden kann. Werden politische Konnotationen beiseitegelassen, könnte der basale Bedürfniskonflikt auch als Widerstreit zwischen Konservatismus und Progressivismus beschrieben werden. Denn, »Entscheidungshandeln als ein Erwartungssicherheit erodierendes Handeln [verhält sich] parasitär zu all jenem Handeln [...], das durch traditionale oder routineförmige Konformität mit institutionellen Regeln Erwartungssicherheit produziert und reproduziert« (Schimank 2005a: 437). Erwartungssicherheit resultiert aus Vertrautem und schließt »echte« Entscheidungen des Neu-Machens aus (vgl. ebd.: 432). Umgekehrt verlässt ein Akteur mit jeder eigenen Entscheidung den sicheren Boden institutionalisierter Regeln:

»Durch Entscheidungshandeln bringt ein Akteur seinen einzigartigen Werdegang, etwa in Gestalt von Berufserfahrung, in eine nicht umfassend typisierte, sondern als einzigartig betrachtete Situation ein. Das senkt Erwartungssicherheit bereits für den Betreffenden selbst: Er weiß nicht, wofür er sich schließlich entscheiden wird; und diese Unsicherheit erfasst dann alle involvierten anderen mit.« (Ebd.: 437)

Ein Mittelweg in der Interessenverfolgung würde also bedeuten, dass soziales Handeln der Akteure zu jedem Zeitpunkt mit den Nachteilen unbefriedigter Bedürfnisniveaus der jeweils anderen Seite belastet wäre. Es würde stets gleichzeitig als freiheitsberaubend und auch als spekulativ-unsicher wahrgenommen werden. Dies widerspricht allerdings deutlich der Normalität eines vertrauensvollen Handlungsvollzugs, der in der Vertrauensforschung immer wieder beobachtet wurde. Es kann sich daher beim Vertrauen nur um eine *dialektische Aufhebung* des basalen Interessengegensatzes handeln. Dieser Begriff Hegels umfasst drei Bedeutungsdimensionen, die mit der Semantik des deutschen Wortes *Aufheben* übereinstimmen (vgl. Precht/Burkard 2008):

- a) die Beendigung oder Überwindung eines Widerspruchs (*Negation*),
- b) die Erhaltung seiner positiven/wertvollen/zukunftsträchtigen Seiten (*Aufbewahrung*),
- c) die Integration beider Seiten in eine dritte, welche neue Qualitäten aufweist (*Erhöhung*).

So verstanden, stellt Vertrauen eine Synthese aus deterministischer und voluntaristischer Handlungsorientierung dar, die sowohl das Sicherheitsbedürfnis als auch den Gestaltungswillen befriedigt und die negativen Schlagseiten beider latent hält. *Vertrauen motiviert zur Interessenverfolgung durch Sozialität.* Es wirkt als eine erste Filterstufe in der evaluativen Orientierungsdimension, die den Möglichkeitsraum für Handlungsoptionen absteckt, selbst jedoch nicht (mehr) zur Disposition gestellt wird. *Damit ist Vertrauen intentional, aber nicht entscheidungsförmig.*

Die »gelungene Selbsttäuschung« (Pavlova 2018; ebenso: Möllering 2008, Luhmann 2009 [1968]: 38) der vertrauensvollen Person wird also nicht so sehr darin gesehen, aufgrund einer lückenhaften bzw. kontingenten Wissens- oder Informationsbasis so zu entscheiden, als ob dies nicht der Fall sei. Eine epistemische Unsicherheit betrifft prinzipiell alle denkbaren Entscheidungen, also auch planvoll-kalkuliertes Handeln, da sich Zukünftiges niemals mit Gewissheit vorhersagen lässt. Stattdessen wird die besondere Qualität des sozialen Mechanismus Vertrauen darin gesehen, die unversöhnlichen Grundbedürfnisse – Erwartungssicherheit und Gestaltungsabsicht – im Handeln dialektisch aufzuheben.

Die Option, den Vertrauensfilter abzulegen, ist stets latent vorhanden, muss jedoch im Bewusstsein aktualisiert werden. Wie alle Motive in der evaluativen Orientierungsmodalität kann auch der Sinnhorizont des Vertrauens jederzeit Gegenstand von Reflexionen werden. Geschieht dies, zerfällt die Integration von These und Antithese zurück in den Ursprungswiderspruch und die unbefriedigten Interessensanteile der einen und/oder der anderen Seite rücken ins Bewusstsein des Akteurs. Für Handlungssituationen bedeutet das, dass Vertrauen nicht mehr wirksam ist. Handlungsziele und unterschiedliche Mittel der Zielverfolgung werden dann zu Abwägungsfragen.¹⁰ Die Wirksamkeit des sozialen Mechanismus Vertrauen ist damit abhängig von spezifischen Handlungskontexten, die zur Reflexion über den eigenen Willen anregen. Vertrauenshandeln lässt sich also prinzipiell in Entscheidungshandeln transformieren. Auf der anderen Seite kann Vertrauenshandeln auch in Verhalten umschlagen, das einem schlichten Reiz-Reaktionsschema folgt. Dies geschieht, wenn der intentionale Moment des Vertrauens wegfällt: Wenn ein Agent nichts (mehr) will, sind sämtliche Ziele in der evaluativen Orientierungsmodalität gleich wichtig bzw. unwichtig. In dem Fall orientiert er sich blind an einer beliebigen Deutungsstruktur in der evaluativen Orientierungsmodalität – seine Handlungsziele sind dann vollständig durch diese determiniert.

Die anthropologische Fundierung rechtfertigt es zu behaupten, Vertrauen sei »ein universaler sozialer Tatbestand« (Luhmann 2015: 181). Gesellschaftstheoretisch ist Vertrauen jedoch auf einem geringeren Abstraktionsniveau und unter Berücksichtigung sozialräumlicher Randbedingungen zu beschreiben, um sein zeitdiagnostisches Potenzial nutzen zu können. Daher wird im Folgenden eine Implementierung in Schimanks Akteur-Struktur-Dynamik der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft angestrebt.

10 Diese Konzeption entspricht Vertrauensverständnissen, in denen Vertrauen bei Risikowahrnehmung erodiert.

8.2.2 Ebenen einer gesellschaftstheoretischen Vertrauensanalyse

Wie erläutert, betrifft Vertrauen den evaluativen Orientierungshorizont, das Wollen der Akteure. Dieser ist jedoch keineswegs unabhängig von den anderen Orientierungsmodalitäten: »Handlungen konstituieren sich im Zusammenspiel von Wollen, Sollen und Können« (Schimank 2005b: 41). Dieses Zusammenspiel findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist sozialstrukturell präformiert, was dem basalen Bedürfnis nach Komplexitätsreduktion Rechnung trägt. Alle drei Orientierungsdimensionen werden auf drei analytisch unterscheidbaren Strukturebenen geprägt: durch Teilsysteme, Institutionenkomplexe und Akteurkonstellationen. Da sich auf jeder Strukturebene alle Arten von Orientierungen finden, wird auch das Wollen der Akteure durch teilsystemische, institutionelle und konstellative Deutungsstrukturen geprägt. Genauer gesagt werden die substanziellen Interessen der Akteure geprägt, etwa als Interesse an der Förderung wissenschaftlicher Erkenntnisse (teilsystemische Deutungsstruktur), der Verfolgung von Organisationszielen (institutionelle Deutungsstruktur) oder als Interaktionsstil, der auf eine rachsüchtige Maximierung des Schadens anderer zielt (konstellative Deutungsstruktur) (vgl. Schimank 2006: 148ff.). Substanzielle Interessen sind für Vertrauensanalysen von besonderer Bedeutung, weil sie Dreh- und Angelpunkt der reflexiven Interessen sind (s. Kapitel 8.1.2), welche wiederum durch den o.g. basalen Interessengegensatz gekennzeichnet sind.

Zunächst kann gefragt werden, ob das sozialstrukturell vorgegebene Wollen unter allen Umständen in Konflikt gerät mit dem eigenen Wollen. So könnte der eigene Wunsch nach Autonomie doch beispielsweise korrespondieren mit einem sozialstrukturell geprägten substanziellen Interesse, das zum Autonomiestreben anleitet. Schimank führt das Beispiel eines Investmentbankers an, dessen substanzielles Interesse durch die Organisationsvorgabe zweckrationaler Profitsteigerung geprägt ist und im Einklang mit seiner eigenen strategischen Absicht steht (vgl. Schimank 2005a: 435f.). Auf den ersten Blick gibt es hier also keinen Konflikt aus Erwartungssicherung und Gestaltungswunsch – spielt Vertrauen in der Untersuchung entsprechender Handlungssituationen also keine Rolle? Doch, denn dieses harmonische Miteinander ist nur denkbar, wenn alle weiteren Komponenten der Akteur-Struktur-Dynamik ausgeblendet werden. In Bezug auf das Beispiel oben lässt sich etwa auf den prozessualen Aspekt hinweisen:

»Doch auch wenn sich zielorientiertes Handeln im Rahmen institutioneller Regeln bewegt, läuft es, sofern es sich im Modus rationalen Entscheidens vollzieht, auf eine Störung von Erwartungssicherheit hinaus. [...] Das Ergebnis pflichtgemäßen Entscheidens besteht [...] darin, dass der betreffende Rollenträger und auch die Organisation, für die er tätig ist, für ihre Gegenüber an der Börse nicht »auszurechnen« sind; darin wird sogar eine Tugend gesehen, bis hin zur Wertschätzung

schlauer Finten und Bluffs. Das situativ geprägte und strategische Agieren vieler Investmentbanker bringt ferner für die Wirtschaft insgesamt eine ›Logik der Aggregation‹ (Esser 1993: 1–140) hervor, die ein oftmals sehr hohes Maß an unerwarteten Entwicklungen des Geldmarkts und, daraus hervorgehend, nationaler Volkswirtschaften oder gar der Weltwirtschaft zeitigt.« (Ebd.: 436f.)

Demnach lässt sich allenfalls in der analytischen Momentaufnahme punktuell ein Interessenskonsens in der evaluativen Orientierung modellieren. Zudem können sich Vertrauensanalysen auch nicht auf die Dynamik der Deutungsstrukturen beschränken. Der Konflikt der beiden vertrauensrelevanten reflexiven Interessen, das Spannungsverhältnis aus Erwartungssicherheits- und Autonomiebedürfnis, entzündet sich nicht nur an den inhaltlichen Zielvorgaben der substanziellen Interessen. Nach Schimank richten sich die nahezu omnipräsenten reflexiven Interessen auf die Möglichkeiten, substantielle Interessen zu realisieren (Schimank 2005b: 153). Erwartungs- und Konstellationsstrukturen haben einen enormen Einfluss auf die Bedingung der Möglichkeit, das Gewollte zu realisieren. Erstens sind hier erneut die bereitgestellten Komplexitätsreduktionen zu nennen. Der teilsystemische Orientierungshorizont ist beispielsweise viel zu abstrakt, um in konkreten Handlungssituationen ausreichend Erwartungssicherheit herzustellen. Erst die Operationalisierung dieser Deutungsstruktur durch Organisationen entfaltet sein sozial-integratives Potenzial. Zweitens ist auf die Wechselwirkung zwischen Wollen und Können in der Ausnutzung eines Opportunitätskontextes im Rahmen von Akteurkonstellationen hinzuweisen (s. Kapitel 8.1.2).

Zusammenfassend ist die graduelle Bedürfnisbefriedigung sowohl von Autonomie als auch von Erwartungssicherheit abhängig von Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen, die wiederum auf allen Strukturebenen der Gesellschaft angesiedelt sind. Vertrauen als dialektische Aufhebung der beiden basalen Interessensgegensätze ist daher auf allen gesellschaftlichen Strukturebenen zu untersuchen. Mit anderen Worten ist Soziales über alle möglichen Aggregatstufen hinweg vertrauensrelevant.

Angesichts der skizzierten Wechselwirkung zwischen Wollen, Sollen und Können in der Handlungsorientierung vertrauensvoller Akteure überrascht es wenig, dass in der Vertrauensforschung zahlreiche Vertrauentypen identifiziert wurden, die unterschiedliche Zielorientierungen – oder: Rationalitätsformen – der Akteure hervorheben. Auch wenn sie nicht zur Vertrauensdefinition in dieser Arbeit passen, einige Beispiele: reflexives Vertrauen, calculative trust, relational trust, general trust, social trust, Normvertrauen etc. Wie ist es also möglich, in einer gesellschaftstheoretischen Vertrauensanalyse den Überblick zu behalten?

Entsprechend Schimanks Theorieanlage sind drei Charakteristika einer gesellschaftstheoretischen Mehrebenenanalyse hervorzuheben. Erstens die steigende Selektionsschärfe. Von der obersten zur untersten Ebene steigt die Spezifität

der Strukturen. Das heißt, dass sich der Möglichkeitsraum für Selektionsoptionen vergrößert, die einzelnen Selektionen aber unwahrscheinlicher werden: Von der dichotomen Orientierung an einem teilsystemischen Leitwert (z.B. wahr/nicht wahr) hin zu vielfältigsten Interessenlagen, die sich in Konstellationsstrukturen verfestigt haben (z.B. Leitwerte bestimmter Subkulturen). Das bedeutet, dass Vertrauensanalysen für untere Strukturebenen deutlich kleinteiliger ausfallen (müssen) als für übergeordnete. Dies leuchtet mit Blick auf die heterogene Vertrauensforschung unmittelbar ein. Zweitens wechselt die dominierende Modalität in der Handlungsorientierung von Ebene zu Ebene. Daher sind bei der Untersuchung der konkreten Strukturprägungen und der damit verbundenen Vertrauenthematik unterschiedliche Akzente zu setzen, je nachdem auf welcher analytischen Ebene sie verortet werden. Statistisch formuliert, lässt sich die Varianz im strukturkonformen vs. -abweichenden Handeln auf institutioneller Ebene womöglich besser über das vertrauensrelevante Spannungsverhältnis zwischen institutioneller Erwartungsstruktur und Autonomiewunsch aufklären als über den Konflikt zwischen institutioneller Deutungsstruktur und Autonomiewunsch. Andersherum sind Erwartungsstrukturen auf Teilsystemebene möglicherweise weniger aufschlussreich, um deviantes Handeln zu untersuchen als teilsystemische Deutungsstrukturen. Dazu ein alltagsnahes Beispiel:

»Wenn z.B. ein Käufer seinen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen – als eine Art von institutioneller Regelung – nicht nachkommt, wird dies als durchaus verstehbarer, ihm nämlich Vorteile verschaffender Regelverstoß angesehen und gehandelt; die Nichtbeachtung teilsystemischer Handlungsorientierungen – z.B. ein Käufer, der ein über dem geforderten Preis liegendes Zahlungsangebot macht und damit ein basales Element der wirtschaftlichen Handlungslogik missachtet – kann dagegen nur als »unverständlich«, als abstrus kategorisiert werden.« (Schimank 2006: 149)

Daraus kann jedoch – wie zuvor dargelegt – nicht geschlossen werden, eine Vertrauensanalyse könne sich pro Strukturebene auf die jeweils dominante Orientierungsmodalität beschränken. Das wird auch am dritten Charakteristikum deutlich: Sowohl bei den Orientierungsmodalitäten als auch bei den Strukturebenen unterstellt Schimank eine analytische Hierarchie. In Handlungssituationen gilt der Primat des Wollens, demnach das Sollen und Können nachgelagert zu untersuchen sind. Das heißt, dass eine Vertrauensuntersuchung ihren Ausgangspunkt bei den geltenden Deutungsstrukturen hat. Diese können von Situation zu Situation natürlich sehr unterschiedlich ausfallen – von ästhetischen Designpräferenzen bis hin zur Orientierung am Fortschrittsideal der Moderne. Angesichts dieser Diversität ist in der Vertrauensliteratur eine Vielzahl unterschiedlicher Attribute in Umlauf, die den Vertrauensbegriff qualifizieren. Je nachdem, welche Zielorientierung der Akteure analytisch fokussiert wird, ist von Markenvertrauen, Demokra-

tievertrauen, Wachstumsvertrauen etc. die Rede. Hinter diesen Begriffen verbergen sich Deutungsstrukturen auf unterschiedlichen Analyseebenen. Gesellschaftstheoretisch bearbeitbar wird diese Heterogenität vor dem Hintergrund der zweiten Hierarchie in den Strukturebenen. Aus makrotheoretischer Sicht hat die Teilsystemebene hier den Primat, da sie in sachlicher, zeitlicher und sozialer Hinsicht das größte Orientierungspotenzial für Akteure bietet. Teilsystemische Deutungsstrukturen gehören »zu den ganz wenigen evaluativen Orientierungen, die in einem entsprechend großen Teilbereich des handelnden Zusammenwirkens eine jeweils *absolute – umfassende und unhinterfragte – Deutungshoheit* genießen« (Schimank 2009b: 205; Herv. i. O.). Deshalb werden teilsystemischen Deutungsstrukturen auch in dieser Arbeit eine übergeordnete Bedeutung beigemessen.

8.2.3 Teilsystemreproduktion durch Akteurfiktionen

Handlungsprägung manifestiert sich nach Schimank (2006: 147) in der strukturellen Konditionierung von Handlungswahlen. »Diese Konditionierung erfolgt über die Vermittlung von Handlungsorientierungen an die Akteure« (ebd.). Aber was meint hier »Vermittlung«?

Eine Antwort auf diese Frage muss bei den Deutungsstrukturen ansetzen, da sie – wie dargelegt – als »Weichensteller« (Weber 1988 [1920]: 252) der Interessenverfolgung theoretische Priorität in der Erklärung handelnden Zusammenwirkens haben: Erst dadurch, dass ein Akteur eine bestimmte Deutungsstruktur in einer Situationsdefinition anwendet, eröffnen sich ihm normative und kognitive Orientierungsmuster im Rahmen des nun vorselektierten Möglichkeitsraumes. Erwartungs- und Konstellationsstrukturprägung sind also pfadabhängig von der evaluativen Orientierung, womit keineswegs behauptet wird, dass Akteure vom vorgegebenen Pfad nicht auch bewusst abweichen können. Deutungsstrukturen sind bei Schimank kulturelle Deutungsmuster, die Akteuren bei der Kontingenzbewältigung helfen, indem die Gültigkeit bestimmter Handlungsziele in Handlungssituationen gegenseitig unterstellt und so Ordnung gestiftet wird. Sie unterscheiden sich in ihrem zeitlichen, sachlichen und räumlichen Generalisierungsniveau und im Ausmaß ihrer *Verdinglichung*. Nach Berger und Luckmann (1991: 34) beschreibt Verdinglichung (auch: Objektivation) den Prozess, bei dem subjektiver Sinn in einen intersubjektiven Common-Sense übergeht und so zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wird. Produkte des Bewusstseins können dadurch einen wahren, objektiven Status im Sozialen erlangen, zu dem sich andere und auch die Urheber*innen selbst in Bezug setzen: »The objectivity of the social world means that it confronts man as something outside of himself.« (Ebd.: 106) Unterschiedliche Niveaus der Verdinglichung können daran erkannt werden, dass die menschliche Urheberschaft der sozial konstruierten Tatsachen und Strukturen im Prozessverlauf zunehmend aus dem Blick gerät (vgl. ebd.). Mit Schimank (2009b: 213) gesprochen

invisibilisiert Verdinglichung die Kontingenz bestimmter Gesellschaftsstrukturen. Schwach verdinglichte Deutungsstrukturen, wie etwa die Imperative modischer Ernährungsformen sind in ihrer sozialen Konstruiertheit deutlich wahrnehmbar und erscheinen von Akteur zu Akteur prinzipiell auch anders möglich. Demgegenüber besitzen die auf höchster Ebene verdinglichten Deutungsstrukturen, wie die des kapitalistischen Wirtschaftssystems, »die Festigkeit von Naturformen des gesellschaftlichen Lebens« (Marx 1991 [1890]: 75). Sie erscheinen als Naturgesetz oder als Ausdruck göttlichen Willens (vgl. Berger/Luckmann 1991: 106).

Die verdinglichten Deutungsstrukturen werden bei Schimank an unterschiedlichen Stellen als fiktional charakterisiert. Damit wird jedoch nicht eine erkenntnistheoretische Absicht verfolgt, den Wahrheitsgehalt der sozial konstruierten Deutungsstrukturen einer wie auch immer beschaffenen Realität gegenüberzustellen. Fiktional sind Deutungsstrukturen, da »sie absichtlich nur einen Bruchteil der Wirklichkeit an die Stelle der ganzen Fülle der Ursachen und Tatsachen setzen« (Vaihinger 1922: 30; Herv. weggel.). Sie wirken in unterschiedlichem Sinne als Pars pro Toto:

Rationalitätsfiktionen, etwa der Imperativ, die eigene Gesundheit mittels sportlicher Aktivität zu fördern, »sind intersubjektiv geteilte Routinen, die sich darstellen, als ob es sich um Entscheidungen handle« (Schimank 2005a: 374). Tatsächlich ist die Entscheidungsförmigkeit einer solchen Zweck-Mittel-Relation fingiert, da weder über die Mittelwahl noch über die Zwecksetzung ausreichend reflektiert wurde. Der Akteur täuscht sich selbst, indem er an die Stelle eigener Strategieentwicklung eine geltende Deutungsstruktur des Common-Sense setzt. »Diese sich als verdinglichte Wahrheit konstituierende Selbsttäuschung des Akteurs ermöglicht es ihm, seinen Verzicht auf eine rationale Entscheidung ganz offen als eine rationale Entscheidung anzusehen.« (Ebd.: 379)

Fiktionen reflexiver Interessen sind in Handlungssituationen sehr oft ein ›General-schlüssel‹ zum Wollens-Horizont des Gegenübers: »Die wechselseitige Unterstellung solcher reflexiver Interessen schafft eine Verständigungsebene, auf der das gegenseitige Abtasten daraufhin, was der jeweils andere will, meist sehr schnell auf sicheren Grund führt.« (Schimank 2005b: 154) Als einfache Erwartungsmuster wirken sie als sich selbst erfüllende Prophezeiung, die sich auch in der Selbstbeobachtung der Akteure verfestigt (vgl. ebd.: 153).

Teilsystemische Fiktionen sind in zweifacher Hinsicht »Kunstgriffe der Erfahrung gesellschaftlicher Wirklichkeit« (ebd.: 92).

»Die Fiktionalität der Teilsysteme besagt einerseits, dass es sich bei ihnen um realitätsvereinfachende *subjektive* Vorstellungen der Akteure handelt, aber andererseits um solche Vorstellungen, die als *intersubjektiv* wechselseitig bestätigte und so geteilte ›frames‹ des Handelns über entsprechendes handelndes Zusammen-

wirken Geltung erhalten und auf diese Weise quasi ›objektiven‹ Charakter annehmen.« (Schimank 2011: 469; Herv. i. O.)

Die erste Dimension betrifft die Orientierung an den Leitcodes der Teilsysteme, die in Handlungssituationen zu simplifizierenden Inszenierungen führt: Die ›konkrete Kontingenz‹ wird ausgeblendet, indem von den situativen Gegebenheiten entsprechend einer teilsystemischen Handlungslogik abstrahiert bzw. die Situation in der Logik des Teilsystems rekonstruiert wird. Diese Fiktionalisierung erfolgt nicht nur im Nachhinein, etwa in Form einer wissenschaftlichen Publikation, die das eigene Forschungshandeln so darstellt, als sei stets einer universellen Forschungslogik gefolgt worden, sondern schon während des Handlungsvollzugs – nämlich als sich selbst erfüllende Prophezeiung:

»Weil jedem, der an einer konkreten Forschungssituation beteiligt ist, gewärtigt ist, dass all die situative Kontingenz dereinst für eine Publikation der Forschungsergebnisse reduziert werden muss, wirken die Kriterien, denen eine solche Publikation zu genügen hat, bereits vorweggenommen in der Forschungssituation selbst.« (Schimank 2005b: 93)

Die zweite Dimension betrifft die *Fiktion akteurloser Sozialität*: Die teilsystemischen Deutungsstrukturen haben sich soweit verdinglicht, dass sie so wirken, *als ob* sie ein Eigenleben führten, das einem gestalterischem Zugriff völlig entzogen ist und nur noch in Form autopoietischer Kommunikationszusammenhänge exekutiert werden kann (vgl. Schimank 2011: 468, 2005b: 49).

Schimank (2009b: 205) betont, dass die teilsystemischen Deutungsstrukturen angesichts ihres hohen Verdinglichungsgrads in vielen Gesellschaftsbereichen eine unangefochtene territoriale Deutungshoheit genießen, die »rigoros ›intolerant‹ ausgeübt wird«: Die Sinn Grenzen der Teilsysteme »[fordern] von jedem jederzeit absoluten Respekt« (Schimank 2011: 468) und sie erscheinen alternativlos, denn »Akteure [vermögen] es sich überhaupt nicht vorzustellen, dass sie eine andere Gestaltung der Strukturen wollen könnten« (ebd.: 465). Daher »[gilt] bedingungslose Fügsamkeit den Akteuren als Selbstverständlichkeit« (ebd.: 468); die vor den Karren gespannten Akteure kommen »überhaupt nicht mehr auf den Gedanken, das Geschirr abzustreifen und alle ihre eigenen Wege zu gehen, sondern ziehen gemeinsam den Karren auf der von ihnen, was sie völlig vergessen haben, vorgezeichneten Bahn« (ebd.: 469).

Thomas Schwinn kritisiert aus Sicht einer strikt reduktionistischen Differenzierungstheorie, welche ohne den Systembegriff auskommt, dass solche Passagen, die den Zwangscharakter der teilsystemischen Deutungsstrukturen unterstreichen, nicht zu Schimanks organisationstheoretischen und identitätstheoretischen Überlegungen passen (vgl. 2011b: 475f.). Wie in Kapitel 8.1.4 dargelegt, hatte Schimank die Exekutive der teilsystemischen Deutungsstrukturen von organisa-

tionalen Mitgliedschaftsverpflichtungen abhängig gemacht: »Dass es diese Fügbarkeit in hinreichendem Maße gibt, wird in fast allen Teilsystemen nicht schon durch deren um den jeweiligen binären Code gebaute Deutungsstrukturen gewährleistet, sondern erst durch die *Durchorganisierung der Teilsysteme*.« (Schimank 2005b: 224; Herv. i. O.) Mitglieder und organisatorisch angebundene Adressat*innen handeln entsprechend einer organisationalen Erwartungsstruktur und damit im Sinne der teilsystemischen Handlungslogik, sofern auch individuelle Nutzenexpectationen befriedigt werden. Nutzenorientierung ist zudem bei der Identitätsbildung gegeben, welche bei Schimank über das Gewährwerden basaler und reflexiver Ansprüche gegenüber den gesellschaftlichen Teilsystemen erfolgt. Mit Bezug auf Luhmann (2015: 363f.) notiert Schimank (2005b: 244): »Ein Anspruch ist eine gesteigerte Form von Erwartungsenttäuschung« und »Ansprüche gehen auf Diskrepanzen zwischen Sein und zum Sollen erhobenem Wollen zurück: ›So, wie ich bin bzw. es mir geht, ist es nicht richtig.‹« (Ebd.) Anspruchsbildung hat Schimank unmittelbar mit sozialintegrativen Fragen gesellschaftlicher (Un-)Gleichheit in Verbindung gebracht. Schwinn (2011b: 476) weist daher zurecht auf eine theorieimmanente Verbindung zwischen Identität, sozialer Ungleichheit und teilsystemischer Deutungsstruktur hin: »Karrieren, höheres Einkommen, mehr Konsumchancen, bessere Bildung, mehr Aufstiegschancen etc. Außer für einige Experten und Professionen dürfte Schimanks Beschreibung einer unhinterfragten Geltung der Leitwerte oder Codes für die Masse der Bevölkerung gerade nicht gelten.« Die Kritik von Schwinn läuft darauf hinaus, dass er bei Schimanks Beschreibung der Reproduktion der teilsystemischen Deutungsstruktur die Interessenlagen der Akteure vermisst, die der reibungslosen Autopoiesis oft im Wege stehen (müssten).

»Sollte die zuvor gestellte Diagnose richtig sein, dass angesichts des Größenzuwachstums und der Komplexität moderner Lebensverhältnisse der Beitrag des Akteurs zur Reproduktion der Strukturen so unbedeutend wird, dass sich die Struktur vom Motiv abkoppelt und eine intentionslose Evolution abläuft, muss man sich fragen, warum Schimank sich dann überhaupt noch dafür interessiert, wie Systeme im Bewusstsein der Akteure präsent sind. Für die soziale Reproduktion wäre dies ja irrelevant.« (Schwinn 2011a: 456)

Wenn es um die Reproduktion der teilsystemischen Deutungsstrukturen geht, verliert Schimank an einigen Stellen tatsächlich die Strategiefähigkeit der Akteure aus dem Blick. Er rechtfertigt dies mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die sich durch die jeweilige Fragestellung ergeben:

»Abkürzend kann man wegen der weitgehenden Irrelevanz akteurspezifischer Intentionen und Praktiken in der Tat sagen, dass zum Beispiel Publikationen weitere Publikationen erzeugen – solange man sich darüber im Klaren ist, dass dies eine letztlich oberflächlich bleibende, weil den darunter liegenden Mechanismus

verschweigende Schilderung ist. Würde man allerdings [...] Fragen nach der Genese teilsystemischer Ausdifferenzierung sowie nach dem Wandel von Programmstrukturen stellen, sähe das Bild sofort ganz anders aus. Dann kämen strategisch handlungsbereite Akteure in den Blick« (Schimank 2009b: 219f.).

Der Autor überlässt es dem Erkenntnisinteresse des Forschenden: Liegt das Interesse an der formalen Struktur, in der sich die Gesellschaft seit mehreren Jahrhunderten »identisch reproduziert« (ebd.: 203; Herv. i. O.), ist eine Analyse mit systemtheoretischen Mitteln gefragt, die weitestgehend von den Akteurstrategien abstrahiert. Liegt das Interesse an der historischen Genese, den Prozessen der Programmstrukturveränderung oder an strittigen Grenzziehungen zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen, sind die Handlungsverkettungen strategischer Akteure analytisch essentiell. (Vgl. ebd.: 210ff.). Um beide Ausgangsfragestellungen mit demselben Scheinwerfer beleuchten zu können, rekonstruiert Schimank (2011: 468) die »systemtheoretische Lesart akteurtheoretisch als phänomenologische Beschreibung«. Im Resultat beschreibt er die Wirksamkeit evaluativer Orientierungen in einem Vokabular, das untypisch für Akteurtheoretiker*innen ist. Anders als bei den Erwartungs- und Konstellationsstrukturen, ist hier von »Fiktionen«, »Fassaden«, »Selbsttäuschungen«, »Inszenierungen« und »Als-ob-Konstrukten« die Rede. Offensichtlich ist Schimank hier sehr darum bemüht, ontologische Aussagen zu vermeiden.¹¹ Mit anderen Worten, möchte er Deutungsstrukturen einen stärkeren sozialkonstruktivistischen Anstrich geben, da sie – anders als die übrigen Strukturen – den Kern seiner umstrittenen Integration aus Determinismus und Voluntarismus berühren. Eine Dualität aus Struktur und Handeln hatten neben Schimank und Giddens schon die Begründer des Sozialkonstruktivismus, Berger und Luckmann, im Konzept der *Verwirklichung* artikuliert: »Knowledge about society is thus a *realization* in the double sense of the word, in the sense of apprehending the objectivated social reality, and in the sense of ongoingly producing this reality.« (1991: 84, Herv. i. O.) Ebenso wie Schimank lassen sie keinen Zweifel daran, wer sowohl für die Verdinglichung von Struktur als auch für ihre Instanziierung im handelnden Zusammenwirken verantwortlich ist:

»It must be emphasized that reification is a modality of consciousness, more precisely, a modality of man's objectification of the human world. Even while apprehending the world in reified terms, man continues to produce it. That is, man is capable paradoxically of producing a reality that denies him.« (Ebd.: 107)

11 Vgl. demgegenüber die axiomatische Feststellung, mit der Luhmann (2015) sein erstes Hauptwerk eröffnet: »Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, daß es Systeme gibt. Sie beginnen also nicht mit einem erkenntnistheoretischen Zweifel. Sie beziehen auch nicht die Rückzugsposition einer »lediglich analytischen Relevanz« der Systemtheorie.« (Ebd.: 30)

Schimank hat mit dem Konzept der Akteurfiktionen Licht ins Dunkel gebracht, wie die Vermittlung verdinglichter Handlungsorientierungen grundsätzlich zu denken ist. Dem Autor ist es jedoch nicht gelungen, die von ihm selbst hervorgehobene Strategiefähigkeit der Akteure als Randbedingung im Vermittlungsprozess ausreichend zu berücksichtigen. Dieses Desiderat soll mit der Einführung des Konzepts Systemvertrauen adressiert werden.

9. Systemvertrauen

Nachdem sich systemisches Vertrauen im vorherigen Kapitel als methodologisch relevant für Schimanks akteurzentrierte Differenzierungstheorie erwiesen hat, folgt nun die genauere Begriffsklärung Hinblick auf die Teilsystemprägung der Akteure. Die daraus resultierende Definition von Systemvertrauen wird im weiteren Argumentationsverlauf zugrunde gelegt. Auf dieser Grundlage können Unterschiede zwischen einer vertrauensvollen und anderen Teilsystemorientierungen herausgearbeitet werden. Der erste Teil dieser Arbeit endet dann mit einer Antwort auf die erste Leitfrage, inwiefern Systemvertrauen einen Einfluss auf die Struktur dynamiken der differenzierten Gesellschaft hat.

9.1 Systemfügung nicht gleich Vertrauen

Die vorgeschlagene Rekonzeptualisierung hakt bei der Frage ein, »warum Akteure sich auf die geschilderte Weise den Codes fügen, deren Verdinglichung fraglos akzeptieren und sie ebenso fraglos kontrafaktisch als »abstraktive Fiktionen« verwenden« (Schimank 2009b: 220). Die Fährten, die Schimank zur Beantwortung dieser Frage legt, führen implizit zum erläuterten anthropologisch bedingten Bedürfniskonflikt zwischen Erwartungssicherung und Gestaltungswillen. Explizit führt der Autor zwei Gründe für die »Fügsamkeit« der Akteure an (vgl. ebd.: 220ff.):

- a) Teilsystemstrukturen entlasten von der Bürde der Weltkomplexität, indem sie die »alles Weitere fundierende Erst-Orientierung« (ebd.: 221) ermöglichen.
- b) Gesellschaftsmitglieder ziehen Nutzen aus ihren teilsystemischen Partialinklusionen. In der Publikumsrolle profitieren sie etwa von Bildung, wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und wirtschaftlichen Konsumgütern. In der Rolle der Leistungsrollenträger*innen erhalten sie u.a. Arbeitslohn, der den Lebensunterhalt sichert.

Diese beiden Motive stehen nach Schimank in einem sequentiellen Verhältnis, denn »jeder Nutzenorientierung vorgängig ist auf Seiten der Akteure ein elemen-

tares, anthropologisch begründetes Bedürfnis an basaler Erwartungssicherheit« (ebd.: 220). Das heißt, »[e]rst wenn der Akteur weiß, in welchem der Teilsysteme er sich gerade befindet, kann er sich Gedanken darüber machen, was ihn dort interessieren könnte« (ebd.: 221). Diese Bedürfnishierarchie wird von Schimank sozialtheoretisch begründet, nämlich mit seiner Interpretation der zwei Seiten von Weltoffenheit, die auf ein Ungleichgewicht der basalen Neigungen hinausläuft:

»Die ganze Wirklichkeit der Entscheidungsgesellschaft bekommt man nur dann in den Blick, wenn man beide Perspektiven miteinander verschränkt, also eine Minimal-Anthropologie zugrunde legt, die Komplexitäts- und Knappheitsbewältigung zugleich berücksichtigt. Genauer: Knappheitsbewältigung im Rahmen von Komplexitätsbewältigung. Oder anders: *begrenzte Rationalität im Rahmen von Erwartungssicherheit*.« (Schimank 2005a: 435; Herv. i. O.)¹

Schimank begründet also die fraglose Akzeptanz der teilsystemischen Orientierungshorizonte letztlich mit der alles überschattenden Relevanz von Komplexitätsentlastung; eigensinnige Zielverfolgung erscheint ihm erst an zweiter Stelle, auf sicherem Boden reduzierter Komplexitäten möglich. Im Anschluss an Luhmann erklärt er zudem die Strukturform der modernen Gesellschaft für »sakrosankt« (Schimank 2011: 466). Er hält den gesellschaftlichen Fortschritt, den funktionale Differenzierung ermöglicht, sowohl für »unhintergebar als auch unüberschreitbar« (ebd.), sodass er sich keine nachmoderne Strukturform vorstellen kann oder will.² Beim Inferenzschluss von der behaupteten anthropologischen Schlagseite hin zum gesellschaftlichen Status Quo und Status Quo Post handelt es sich aus Sicht dieser Argumentation um einen Kurzschluss. Schwinn hat darauf hingewiesen, dass Schimank den Systembegriff nicht sozialtheoretisch, sondern gesellschaftsdiagnostisch einführt (vgl. Schwinn 2011a, 2011b). Dementsprechend ist Vorsicht geboten bei Kausalaussagen, die einen Zusammenhang zwischen universellen, anthropologischen Prämissen und zeiträumlich begrenzten Erscheinungsformen des Sozialen unterstellen. Im Konsens mit Schimank wird in dieser Arbeit angenommen, dass Teilsysteme hochgradig verdinglichte Regulative sozialer Ordnung sind. Gegenüber der historischen Invarianz funktionaler Differenzierung wird jedoch entschieden Einspruch erhoben. Schimank läuft hier Gefahr, teilsystemische Verdinglichung ebenso zum Menschheitsschicksal zu erklären, wie er es

1 Wie erwähnt, wird in dieser Arbeit die zweite Seite von Weltoffenheit nicht so eng interpretiert, als dass aus ihr lediglich eine zweckrationale Zielverfolgung hervorginge, wie Schimank annimmt.

2 Die Einschätzung relativiert der Autor selbst in einer späteren Publikation, in der er gemeinsam mit U. Volkmann gesellschaftliche Ökonomisierung als ganz reale Gefahr für die Differenzierung der modernen Gesellschaft beschreibt (vgl. Schimank/Volkmann 2017: 157ff.). Darauf wird die Argumentation zurückkommen.

noch bei Luhmann kritisiert hat (vgl. Schimank 2005b: 63). Ein solches Axiom widerspricht seinen akteurtheoretischen Grundannahmen und verunmöglicht *prinzipiell* Prozesse der teilsystemischen Entdinglichung (vgl. Schwinn 2011a: 456).

Des Weiteren kann auch das anthropologische Bedürfnisungleichgewicht nicht überzeugen. Angesichts der enormen Bedeutung, die er dieser anthropologischen Neigung zuweist, ist fraglich, warum das Streben nach Erwartungssicherheit so selten – im Fall teilsystemischer Deutungsstrukturen praktisch nie – ins Bewusstsein der Akteure vorstößt (vgl. Schimank 2009b: 221, Fn. 29). Es lassen sich bei Schimank keine Argumente identifizieren, die die Annahme einer Bedürfnishierarchie sozialtheoretisch rechtfertigen würden. Plausibler erscheint es, von einer Gleichwertigkeit der beiden basalen Neigungen auszugehen, deren konfligierende Implikationen in Handlungssituationen mittels Vertrauen aufgehoben werden können.

Trotz dieser sozialtheoretischen Verschiebung, wird auch in dieser Arbeit eine Dominanz teilsystemischer Deutungsstrukturen bei der Erst-Orientierung unterstellt. Diese wird jedoch nicht wie bei Schimank anthropologisch begründet und modernistisch gerechtfertigt, sondern entwicklungsgeschichtlich hergeleitet. Nach Peters (1993) kann Verselbstständigung des Sozialen als nicht intendierte Vergesellschaftung verstanden werden, die dem Ideal einer intentionalen Vergesellschaftung gegenübersteht (vgl. Konopka 1999: 296). Die zugrundeliegenden Prozesse der Verselbstständigung können in zwei Dimensionen untersucht werden. In der synchronen Dimension (Sozialdimension) geht es um nichtantizipierte Handlungsfolgen, die weitere ungeplante Interaktionseffekte zeitigen und irgendwann von der Akteurs- in die Strukturebene übergehen. In der diachronen Dimension (Zeitdimension) geht es um die unvermeidliche Aneignung bereits vorgefundener verdinglichter Symbole und Strukturen, die weiterverwendet werden, sodass sich die Vergangenheit in die Zukunft fortsetzt. (Vgl. ebd.: 296f.) Die Fiktionen auto-poietischer Kommunikationszusammenhänge der gesellschaftlichen Teilsysteme sind Resultate von Handlungsverkettungen, die angesichts ihres immensen Verdinglichungsniveaus als nicht intendiert gelten können. Ihre Genese kann historisch rekonstruiert werden – beispielhaft für die Entstehung des modernen Wirtschaftssystems: Wieland (1992); für die des Journalismussystems: Blöbaum (1994). Ob Verdinglichungsprozesse dieses Ausmaßes per se dysfunktional für die Sozialintegration sind und unter normativen Gesichtspunkten, etwa in Hinblick auf Fragen kollektiver Autonomie, womöglich als sozialpathologisch zu verurteilen sind (vgl. Peters 1993: 312), kann hier nicht verhandelt werden. Mit Peters (1993: 318) soll an dieser Stelle zumindest festgehalten werden, dass Mechanismen nichtintentionaler Handlungskoordination nicht zwangsläufig auch unkontrollierbare sind. Unter Ausklammerung dieser normativen Fragen soll es im Folgenden darum gehen, warum die codeorientierte ›Fügsamkeit‹ nicht allein über den Rettungsanker der Erwartungssicherheit zu erklären ist.

Obgleich Schimank die Vertrauensthematik in seiner Theorieanlage weitestgehend ausspart, findet sich in der Einführung seiner Minimal-Anthropologie ein entscheidender Hinweis:

»Institutionen gewährleisten [...] Erwartungssicherheit, umgeben den Akteur mit Vertrautem, verhindern – anders gesagt – unliebsame Überraschungen. Der Akteur vermag Weltvertrauen aufzubauen und *auf dieser Grundlage* Zutrauen zur eigenen Fähigkeit auszubilden, in und mit der Welt fertig zu werden. Was will, soll, kann ich tun: Diese Fragen werden durch institutionelle Vorgaben so klein gearbeitet, dass ein Akteur sich einen Reim auf seine Situation zu machen und *dementsprechend sicher zu agieren vermag*« (Schimank 2005a: 431f.; Herv. d. V.).

Dieses Verständnis stimmt mit Vertrauenskonzepten der Theoriefamilie des Vertrauen-Müssens überein, welche einseitig die komplexitätsüberlastende Facette menschlicher Weltoffenheit adressieren. Schimank selbst hatte die Kausalität zwischen der entsprechenden philosophisch-anthropologischen Grundannahme und der Notwendigkeit des Vertrauens in Luhmanns Theorieanlage identifiziert (vgl. Schimank 2005b: 63). Wie im Zitat deutlich wird, geht er übereinstimmend mit Luhmann nun auch selbst davon aus, dass sich soziale Handlungsfähigkeit *ex post*, also erst als Konsequenz einer sicheren Weltdeutung einstellt. Was ihm dabei aus dem Blick gerät, ist die zweite Seite der Medaille, die er selbst ins Spiel gebracht hat: Durch die Umstellung auf die zweiseitige Minimal-Anthropologie müssen alle sozialtheoretischen Kategorien, die die Handlungsfähigkeit der Akteure betreffen, auf die neue Zweiwertigkeit hin befragt werden. Insofern scheint es unhaltbar, gerade das im engen Sinne anthropologisch abgeleitete Konzept des Vertrauens hiervon auszunehmen und nicht auf seine voluntaristische Facette hin abzuklopfen. Aus eben diesem Grund erscheint auch die ›Fügsamkeit‹ der Akteure gegenüber den teilsystemischen Deutungsstrukturen bei Schimank seltsam eindimensional:

»Die teilsystemischen Codes sind somit ›Frames³, die immer dann, wenn sie als Situationsdefinitionen zum Einsatz kommen, ›stahlharte Gehäuse der Hörigkeit‹ bilden und als solche Impulse zur relativierenden reflexiven Kalkulation des jeweiligen ›Oberziels‹ rigoros unterdrücken. Weiß man erst einmal, dass man sich in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft bewegt, weiß man mit unbezweifelbarer Gewissheit, was nun zählt, und hat fortan zu diesem ersten, für alles Weitere grundlegenden Schritt der Handlungsselektion keine weiteren Fragen, etwa nachträgliche Zweifel, mehr.« (Schimank 2009b: 214)

3 Hier nimmt Schimank Bezug auf Essers Handlungstheorie, in der die Situationsdefinition des Akteurs im Rahmen der *Logik der Situation* als ein Framingprozess beschrieben wird (vgl. Esser 2006).

Es erklärt sich, warum er das Vertrauenskonzept an dieser naheliegenden Stelle seiner akteurzentrierten Differenzierungstheorie nicht umfänglicher berücksichtigt: Wenn es unmittelbare, unumstößliche Kausalität zwischen dem überbordenen Erwartungssicherheitsbedürfnis und der Prägung – in diesem Fall wohl eher: Determination – durch teilsystemische Deutungsstrukturen gäbe, wäre der konkrete Weg von A nach B gesellschaftstheoretisch uninteressant. Dass diese Vermittlung ganz im Gegenteil sehr aufschlussreich ist, zeigt sich vor dem Hintergrund eines zweidimensionalen Vertrauensverständnisses, wie es in dieser Arbeit zur Anwendung kommt.

9.2 Definition Systemvertrauen

Es wird vorgeschlagen, zwischen einer vertrauensvollen Orientierung an teilsystemischen Deutungsstrukturen, einer konditionierten und einer reflektierten Deutungsstrukturprägung zu unterscheiden. Zunächst zur ersten Variante des Systemvertrauens:

Wie dargelegt (s. Kapitel 6.2), sind Vorstellungen zurückzuweisen, Systemvertrauen impliziere »eine mentale Konsonanz zwischen den politischen und ökonomischen Systemimperativen und der sozialen Lebenswelt« (Haller 2017: 46). Eine solche Sichtweise, die sich auf Habermas' Umbau des Schütz'schen Lebenswelt-Begriffs beruft, reduziert Vertrauen lediglich auf einen komplexitätsreduzierenden Moment und unterschlägt damit den Gestaltungswillen der Akteure. Dabei findet sich schon in Schütz' *Theorie der Lebenswelt* die zweiwertige Begriffsfassung des interessierenden Phänomens. Nach Schütz wird die Lebenswelt hinsichtlich ihrer sozialen Bezüge in *natürlicher Einstellung* erlebt. Auf den ersten Blick erscheint dieser Begriff kongruent zu sein mit den Termini des Ur-, Grund-, Seins- und Weltvertrauens sowie mit Giddens' Verständnis von ontologischer Sicherheit (vgl. Endreß 2002: 20). Hier ist jedoch ein entscheidender Unterschied zu markieren: Letztgenannte fallen in der Regel ebenfalls in die Kategorie des Vertrauen-Müssens, da hier der Gestaltungswille der Akteure meist unberücksichtigt bleibt. In Schütz' Definition heißt es demgegenüber:

»Wir können daher von Grundannahmen sprechen, die für die natürliche Einstellung in der Lebenswelt charakteristisch sind und selbst als fraglos gegeben angenommen werden: Nämlich Annahmen der Konstanz der Weltstruktur, der Konstanz der Gültigkeit unserer Erfahrung von der Welt und *der Konstanz unserer Vermöglichkeit, auf die Welt und in ihr zu wirken.*« (Schütz 1971: 153; Herv. d. Verf.)

Das Verständnis von Systemvertrauen in dieser Arbeit orientiert sich an Schütz' natürlicher Einstellung zur Lebenswelt, denn hier sind beide anthropologischen Neigungen weltoffener Menschen auf sicheren Grund geführt. Zu betonen ist, dass

die Selbstverständlichkeit des alltäglichen Wissensvorrats, welcher die Lebenswelt strukturiert, prinzipiell fallibel ist. Die typische Struktur des Wissens erscheint nur »bis auf Widerruf« (ebd.) als fraglos gegeben. (Vgl. Endreß 2002: 19) Wie erwähnt, können alle Deutungsstrukturen von Akteuren jederzeit auf ihre Gültigkeit hin befragt werden – gerade dies zeichnet aufgeklärtes Denken in der Moderne aus.

Systemvertrauen wird in dieser Arbeit verstanden als sozialer Mechanismus, der den anthropologisch begründeten Bedürfniskonflikt aus Erwartungssicherheitsstreben und selbstgesetzgebender Zielverfolgung im Wollen dialektisch aufhebt, indem sich ein Akteur bis auf Widerruf intentional an einer teilsystemischen Deutungsstruktur orientiert. Intentional meint hier, dass die teilsystemische Orientierung als sinnvoll erlebt wird. Nach Luhmann (2015: 93) ist Sinn ein *Verweisungsüberschuss* des eigenen subjektiven Weltentwurfs, der sich auf weitere Möglichkeiten des Denkens und Handelns erstreckt:

»Etwas steht im Blickpunkt, im Zentrum der Intention, und anderes wird marginal angedeutet als Horizont für ein Und-so-weiter des Erlebens und Handelns. Alles, was intendiert wird, hält in dieser Form die Welt im Ganzen sich offen, garantiert also immer auch die Aktualität der Welt in der Form der Zugänglichkeit.« (Ebd.)

Trotz der Orientierung an der teilsystemischen Deutungsstruktur im Modus des Systemvertrauens sind weiterhin Alternativen vorstellbar – allerdings nur als entfernter Möglichkeitshorizont, der sich nicht in konkrete Selektionsalternativen (entscheidungsförmig) transformiert. Diese Kontingenz, die nicht als negativ konnotiertes Risiko, sondern als Chance weiterer Potenzialitäten hintergründig mitschwingt, ist konstitutiv für das Gefühl der Freiwilligkeit im Vertrauen. Orientierung ist stets auch anders möglich. Systemvertrauen ist daher weder Zwang noch Zufall: Teilsystemische Orientierung wird im Modus des Systemvertrauens nicht allein aus der Not eines Komplexitätsdrucks heraus zur Handlungsgrundlage gemacht, denn dies würde Akteuren früher oder später dezisionistisch und daher sinnlos erscheinen – sofern sie sich anders, nämlich sinnhaft orientieren können, werden sie das auch tun. Eine einseitige Vorstellung des Systemvertrauen-Müssens ist unvereinbar mit dem basalen Autonomiebedürfnis, das der teilsystemischen »Fügsamkeit« im Weg steht. Statt bloß willkürlich zu simplifizieren, qualifiziert Vertrauen eine Komplexitätsreduktion als absichtsvoll. Das Vertrauenssubjekt kann sich mit dem Vertrauensobjekt identifizieren, da sich in der Orientierung an der teilsystemischen Deutungsstruktur die beiden basalen reflexiven Bedürfnisse bis auf Widerruf versöhnen lassen.

Was bedeutet das für die situative Erst-Orientierung in Akteurkonstellationen? Situationsdefinitionen im Modus des Systemvertrauens liegen vier Fiktionen zugrunde:

- a) Die Fiktion intersubjektiver Orientierung am teilsystemischen Leitcode, inklusive der ihn tragenden Elemente des selbstreferenziellen Teils der Programmstrukturen. Als selbsterfüllende Prophezeiung wird die konkrete Kontingenz einer Situation der ›Gussform‹ des geltenden Codes angepasst (vgl. Schimank 2009b: 216), indem die beteiligten Akteure die teilsystemische Handlungslogik simplifizierend inszenieren. Diese Fiktion wird über symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien und stark verdinglichte Symbole aktiviert, die wie Schlüsselreize in der Situation wirken: »Wenn diese Symbole stimmig sind, etwa der Mann im weißen Kittel mit um den Hals gehängtem Stethoskop, wäge ich als Gegenüber nicht lange ab, ob ich mich am Code des Gesundheits- oder des Wirtschafts- oder des Religionssystems orientiere: Die Sache ist blitzartig und ohne geringsten Zweifel für mich klar.« (Ebd.) Symbole wirken ebenfalls selbstvalidierend bereits in der Situationsdefinition.⁴
- b) Die Fiktion emergenter Eigenschaften und Prozesse des Teilsystems in Abhängigkeit des subjektiv wahrgenommenen Verdinglichungs-niveaus. Im jeweiligen Teilsystem wird ein bestimmtes Maß an akteurenthobener Verselbstständigung (in diachroner und synchroner Dimension) erkannt, das in Form simplifizierender Typisierungen im Alltag präsent ist. Semantisch werden diese Emergenzphänomene oft in Personifizierungen gekleidet, denen akteuranaloge Fähigkeiten zur Ordnungsbildung zugesprochen werden. Beispiele solcher intersubjektiv geteilten Typisierungen für das Wirtschaftssystem sind die ›unsichtbare Hand‹, die ein Gleichgewicht auf dem Markt herstellt oder die ›Nervosität des Finanzkapitals‹ an der Börse. Hinter solchen Umschreibungen verbirgt sich die Vorstellung, *die* Wirtschaft, *der* Journalismus oder *die* Politik sind und waren schon immer mehr als die Summe ihrer Teile bzw. Leistungsrollen-träger*innen. Im Modus des Systemvertrauens schlägt diese Fiktion niemals in fatalistische Gefühle des Ausgeliefertseins um: Sei es auch noch so schwer: Gestaltbarkeit des Systems bleibt trotz verselbständigter Systemteile möglich. Nur in dieser Vorstellung kann der unbefriedigte Bedürfnisanteil des basalen Gestaltungswillens des Vertrauenssubjekts latent bleiben.
- c) Die Fiktion intersubjektiv geltender reflexiver Interessen *in Ergänzung* zur Orientierung am teilsystemischen Leitcode in Form der Erwartungserwartung, die Bedingungen zur Realisierung der teilsystemkonformen substanziellen Interessen verbessern zu wollen (vgl. Konopka 1999: 245f.). Diese Fiktionalisierung von Wachstums-, Dominanz-, Autonomie- und Erwartungssicherheitsbedürfnis ist nicht gleichzusetzen mit dem tatsächlichen Reflektieren über das eige-

4 Zur rekursiven Selbstvalidierung der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien: Luhmann (1997a: 393f.). An dieser Stelle führt er explizit Vertrauen als ›Zusatzargument‹ an. Es ist beinahe die einzige Stelle im zweiten Hauptwerk, in der Vertrauen überhaupt noch thematisiert wird.

ne Wollen. Sie sorgt dafür, dass sich Ego über einen eigenen ›Generalschlüssel‹ zum Wollens-Horizont Alters gewahr wird. Dadurch, dass er die Verfügbarkeit eines solchen auch seinem Gegenüber unterstellt, sind Interessenskonsense beteiligter Akteure schon in der Situationsdefinition impliziter Teil des Möglichkeitsraumes.

- d) Die Fiktion teilsystemischer Zugangspunkte (Giddens), die eine gestalterische Einwirkung auf das System als möglich erscheinen lassen. Ähnlich wie bei der Fiktion reflexiver Interessen findet hier keine kognitiv elaborierte Strategieentwicklung der Akteure statt. Zum Zeitpunkt der vertrauensvollen Erst-Orientierung werden vielmehr *Schnittstellen symmetrischer Kommunikation* zwischen teilsystemischen Leistungsrollenträger*innen untereinander sowie zwischen Leistungsrollenträger*innen und inkludiertem Publikum als Bedingung der Möglichkeit gestalterischen Wirkens antizipiert, ohne dass bereits konkrete Intentionen dahingehend verfolgt würden.

Die dargestellten Fiktionalisierungen erfolgen auf der ersten Filterstufe einer Situationsdefinition, in der der Möglichkeitsraum ex negativo abgesteckt wird: Bestimmte Alternativen werden *im praktischen Bewusstsein* ausgeblendet (nicht: ausgeschaltet⁵), ohne dass Akteure das ›how to go on‹ problematisieren würden. Dass sie ihrem Wissen im praktischen Bewusstsein keinen diskursiven Ausdruck verleihen, bedeutet nicht, dass Akteure lediglich behavioristische Automatismen abrufen (s. Kapitel 3.1). Bei Schütz stützt sich die natürliche Einstellung auf Interaktionserfahrungen, die sinnhaft zu *Idealtypen* (sensu M. Weber) verallgemeinert werden (*Typisierung*). Diese werden fortan als Deutungsmuster des *Und-so-weiter* in vergleichbaren Handlungssituationen angewendet und implizieren ein *Ich-kann-immer-wieder*, ein Vermögen zur Wiederholung bewährter Handlungen. (Vgl. Endreß 2002: 19; Miebach 2010: 144) Typisierungen sind – wie schon erwähnt – jedoch prinzipiell fallibel.

Die Orientierung an teilsystemischen Deutungsstrukturen erfolgt keinesfalls immer im Modus des Systemvertrauens. Mit Schimank können einige Faktoren identifiziert werden, die eine Prägung teilsystemischer Deutungsstrukturen zur Folge haben, ohne dass der basale Konflikt aus Erwartungssicherheitsstreben und Gestaltungswillen aufgehoben würde. Dabei kann zwischen einer unbewussten und einer bewussten Prägung unterschieden werden: Die unbewusste Prägung ist eine Folge des sozialen Konformitätsdrucks, der früher oder später zu unbewusst codekonformer Erst-Orientierung führen wird. Dass die Internalisierung sozialer Normen irgendwann völlig dem Bewusstsein entschwindet, haben bereits Garfinkel (1964), Goffman (1963) und Milgram (1977) in ihren Krisenexperimenten ein-

5 Schimank (2006: 147) spricht demgegenüber bei der ersten Filterstufe von »eliminiert[en]« Handlungsalternativen.

drucksvoll gezeigt. Nach Schimank gilt dieses Phänomen auch für teilsystemische Erwartungserwartungen. Wenn beispielsweise eine Gebrauchtwagenhändlerin auf das Zahlungsangebot einer Käuferin reagiert, indem sie ihr noch einen darunterliegenden Preis anbietet, wird die Leitorientierung des Wirtschaftssystems durch die Händlerin damit einseitig außer Kraft gesetzt. In solchen Fällen wird das Gegenüber entweder nach Erklärungen für das unerwartete Verhalten suchen: »[E]ntsprechend der Maxime, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, versuche ich, mir diese Absurdität dann lieber durch die aberwitzigsten ad-hoc-Interpretationen zu erklären, als den systemisch eingegrenzten Möglichkeitshorizont wirtschaftlichen Handelns in Frage zu stellen« (Schimank 2005b: 83). Oder ein Akteur wird dazu übergehen, das deviante Verhalten des anderen aktiv in Richtung Konformität zu drängen (vgl. Schimank 2009b: 206). Mit Nassehi (2015: 152f.) könnte auch von einer aufoktroyierten *Postrationalisierung* zur Herstellung teilsystemischer Ordnung im Nachhinein gesprochen werden, um der drohenden Unsicherheit doppelter Kontingenz zu entgehen. Im Beispiel würde die Käuferin womöglich die Verkäuferin auffordern, die vorher verschwiegenen Mängel des Wagens offenzulegen, die die überraschende Preiskorrektur nach unten wirtschaftlich rechtfertigen. Selbst wenn ein Akteur sehr darum bemüht ist, sich diesen simplifizierenden Inszenierungen in Akteurkonstellationen dauerhaft zu widersetzen und sich nicht der teilsystemischen ›Gussform‹ anzupassen, wird er allein aufgrund kognitiver Ermüdungserrscheinungen früher oder später in eine konditionierte Haltung übergehen.

In Ergänzung zur konditionierten Prägung ist mit Tyrell (1978) auf eine wechselseitig anerkannte »*legitime Indifferenz*« (ebd.: 183; Herv. i. O.) gegenüber teilsystemexternen Logiken hinzuweisen, die mit einer Verabsolutierung der jeweiligen teilsysteminternen Logik einhergeht (vgl. Schimank 2006: 148). Das Wirtschaftssystem muss beispielsweise auch die Leitorientierungen der anderen Systeme (z.B. Rechtmäßigkeit) im Blick haben, diese haben jedoch keine unabhängige Relevanz an sich, sondern dienen immer nur als mögliche Determinanten für die abhängige Variable Zahlungsfähigkeit (vgl. ebd.). Das bedeutet, dass Beteiligte einer Akteurkonstellation, die sich an einem bestimmten Leitcode orientieren, »rigoros ›intolerant‹« (Schimank 2009b: 205) gegenüber Situationsdefinition sind, die einem anderen Teilsystem entsprechen (vgl. Schimank 2011: 467). Dabei bleibt in der Regel der »hochgradige ›taken-for-granted‹-Charakter eines teilsystemischen Leitwerts [...] über weite Strecken des Handelns latent« (ebd.) – die eigene feldspezifische *illusio* (Bourdieu 1999: 360) wird also nicht im diskursiven Bewusstsein salient.

Neben der unbewussten Deutungsstrukturprägung ist es häufig auch der Fall, dass Akteure über bestimmte Leitorientierungen reflektieren und diese dann bewusst – freiwillig oder unfreiwillig – zur Handlungsgrundlage machen. Die ›Fügbarkeit‹ als Ergebnis einer Reflexion wird in Schimanks Beschreibung der Wirkungsweise teilsystemischer Akteurfaktionen an prominenten Stellen vernachlässigt oder sogar bestritten:

»Was immer die sonstigen Modalitäten des Handelns sind, ob es etwa zweckrationale Nutzenverfolgung darstellt oder nicht: Der jeweilige teilsystemische Leitwert besitzt als ›Eigenwert‹ (Weber 1972 [1922]: 12, Hervorhebung weggelassen.) unbedingte Geltung. So fiel es keinem Spitzensportler ein, dass es bei seinem Tun um irgendetwas anderes als um Sieg und Niederlage gehen könnte – wohl gar um Gesundheit!« (Schimank 2009b: 206f.)

Zunächst ist einzuwenden, dass das Verdinglichungsniveau teilsystemischer Leitcodes nach Schimank (2005b: 213, Fn. 18) variiert. Als Evidenz lässt sich anführen, dass nicht einmal in der wissenschaftlichen Reflexion bestimmter Teilsystemlogiken Einigkeit über den jeweils geltenden ›Leitstern‹ herrscht, der als definitivischer Kern eines Systems dessen Grenze zur Umwelt bestimmt. Das Journalismussystem orientiert sich beispielsweise je nach Definition entweder an der Leitdifferenz *Information/Nichtinformation* (Blöbaum 1994; Luhmann 2009; Schimank 2007b) oder an *veröffentlicht/nicht veröffentlicht* (Marcinkowski 1993) oder an *mehrsystemzugehörig/nicht mehrsystemzugehörig* (Kohring 1997) oder an *aktuell/nicht aktuell* (Görke 1999; Spangenberg 1993) oder an *Aufmerksamkeit/Nicht-Aufmerksamkeit* (Gerhards 1994).⁶ Die kontingenzreduzierende Leistung eines Teilsystems hängt nach Schimank (2006: 148) entscheidend vom Leitcode ab. Das bedeutet, dass weniger verdinglichte Leitcodes mehr Kontingenz in einer sozialen Situation unbestimmt lassen (vgl. Schimank 2005b: 85), was ihre Deutungshoheit in Situationsdefinitionen schmälert. Dadurch – so die Annahme – kann die erste Filterstufe in der Erst-Orientierung, die das zur Verfügung stehende Alternativenspektrum eigentlich hinter dem Rücken der Akteure absteckt, in das diskursive Bewusstsein der Akteure gelangen. In der Folge steht der Akteur ganz bewusst vor einer situativen »Deutungs- und Bewältigungsaufgabe« (Hitzler 1992: 452; Herv. weggel.). Mannigfaltige Beispiele solcher unklaren Situationsdefinitionen können der gesellschaftstheoretischen Debatte um Entgrenzungsphänomene entnommen werden, die im Rahmen der Theorie reflexiver Modernisierung von Beck, Giddens und Kolleg*innen prominent diskutiert werden (exemplarisch: Beck/Lau 2004). Auch in Bezug auf das o.g. Beispiel des Journalismussystems wird Entgrenzung beobachtet (aus der Perspektive der Systemtheorie: vgl. z.B. Loosen 2016; Pörksen/Scholl 2011). Welchem Leitcode Infotainment, Edutainment, Advertorials, Daily Talkshows, News Games, virale Newsaggregatoren, immersives Storytelling, Citizen Journalism oder kabarettistische Fake-News-Sendungen folgen, ist selbst für journalistische Leistungsrollenträger*innen und Journalismusforscher*innen nicht immer klar. Ne-

6 Genauer gesagt, werden diese Codes nicht immer explizit dem Journalismussystem zugeordnet, sondern je nach Definition etwa dem publizistischen oder dem massenmedialen. Die Standortbestimmung des Journalismus fällt im systemtheoretischen Fachdiskurs nicht einheitlich aus – einen Überblick geben Scholl und Weischenberg (1998: 63ff.). Dieser Umstand unterstützt das hier vorgetragene Argument noch weiter.

ben dem Journalismussystem sind hier Unterhaltung, Bildung, Werbung und Public Relations potenzielle ›Leitstern‹-Kandidaten. Entgrenzungssphänomene zwingen in der Erst-Orientierung zur bewussten Wahl zwischen alternativen Deutungsstrukturen, die die weitere Rezeption sowie Anschlusshandlungen innerhalb von Akteurkonstellationen anleitet.

Neben einer individuellen Reflexion über teilsystemische Deutungsstrukturen sind auch interindividuell angestoßene Reflexionen bei der Erst-Orientierung möglich. Mit den reflexiven Interessen hatte Schimank eine Akteurfiktion benannt, der ein enormes Potenzial zur sozialen Ordnungsbildung innewohnt. Den Terminus Reflexivität möchte er jedoch nicht verwechselt wissen mit einer Reflexion »des auch andere Akteure einbeziehenden Interessenkontextes« (Schimank 2005b: 215, Fn. 198). Ganz ausschließen möchte er Wechselwirkungen dieser beiden jedoch offenbar auch nicht (vgl. ebd.). Bei der analytischen Differenzierung der Begriffe folgt er Luhmanns (2015: 601f.) Verständnis. Letzterer gibt auch einen entscheidenden Hinweis für die Argumentation, wenn er festhält, dass Reflexion »als Operation, mit der das System sich selbst im Unterschied von seiner Umwelt bezeichnet« (ebd.: 601), dann erfolgt, wenn »die Annahme zu Grunde liegt, daß die Umwelt das System nicht ohne weiteres so akzeptiert, wie es sich selbst verstanden wissen möchte« (ebd.: 602). Selbstdarstellung, die also bei Verständnisproblemen notwendig wird, baut somit auf Reflexion (vgl. ebd.). Es kann daher angenommen werden, dass in situativen Akteurkonstellationen, in denen nicht unmittelbar eine Leitwertorientierung aufgrund eines entsprechenden Schlüsselreizes ausgelöst wird, zunächst nach einer gemeinsamen Verständigungsebene gesucht wird, die Selbstdarstellung und somit Reflexion notwendig macht. Für diese Fälle wird unterstellt, dass Akteure ihre eigenen Interessen vor dem Hintergrund des Interessenskontexts des Gegenübers reflektieren und sich daher über ihre Deutungsstrukturorientierung bewusst werden. Andere Beispiele für das interpersonal angeregte Gewahrwerden alternativer Orientierungshorizonte finden sich im Arbeitsalltag von Mitgliedern einer Organisation, die mehreren Teilsystemen oder gar keinem angehören. Welche der operationalisierten Teilsystemlogiken gerade gilt, wird hier bisweilen zu einer bewussten Auslegungssache. Hier könnte wieder das Beispiel des Journalismussystems bemüht werden: Redaktionsmitglieder müssen an vielen Stellen entscheiden, ob eher die Wirtschaftslogik des Medienunternehmens oder die journalistische Leitorientierung in einer Situation Definitionshoheit genießt.

Wurden bislang Facetten einer – mehr oder weniger – freiwilligen Deutungsstrukturprägung genannt, gibt es zahlreiche Umstände, in denen sich Akteure über eine Teilsystemprägung bewusstwerden, die ihnen jedoch gleichzeitig ausweglos erscheint. Schimanks Darstellung der sozialintegrativen Rolle von Organisationen, die eine teilsystemische ›Fügsamkeit‹ der Akteure dadurch gewährleistet, dass sie individuelle Nutzenbefriedigung im Austausch gegen Normkonformität anbietet

(vgl. Schimank 2005b: 224ff.), ist zunächst in ihrer harmonischen Semantik zu korrigieren. Es genügt, auf die individuellen Konsequenzen aufmerksam zu machen, die er an anderer Stelle für teilsystemische Exits andeutet: Unternehmer*innen werden insolvent, wenn Zahlungsfähigkeit nicht mehr ihre bestimmende Handlungslogik ist. Wissenschaftler*innen werden aus der Scientific Community exkommuniziert, wenn sie ihre Erkenntnisse zum Anlass nehmen, nur noch vor bestimmten Gefahren zu warnen, ohne weitere wissenschaftlich »seriöse« Publikationen zu produzieren. (Vgl. ebd.: 212) Codewiderstrebende Weltdeutung gilt als unvernünftig, gerade im Fall der am stärksten verdinglichten Deutungsstrukturen: »Es gibt eben »weltfremde Spinner«, die meinen, vor allem die kapitalistische Wirtschaft abschaffen zu können und zu müssen« (Schimank 2011: 467, Fn. 18). In den Passagen, in denen der Autor die quasikausale Teilsystemprägung der Erst-Orientierung ein Stück in Richtung bewusster Selektion öffnet, verweist er sogleich auf die hohen Sanktionen, die auf diese Unvernunft folgen werden. Unvernunft scheint jedoch keine annähernd zufriedenstellende Begründung dafür zu sein, warum die in den Beispielen skizzierten Sanktionen in Kauf genommen werden. Gerade weil die hohen persönlichen Kosten eines teilsystemischen Exits jederzeit präsent sind, kann die Entscheidung, trotz angedrohter Sanktionen auszuweichen, nur eine besonders gut durchdachte, subjektiv vernünftige sein. Bisweilen steht allerdings nicht einmal eine solche Hochkostenentscheidung zur Option: Strafgefangene sind in einer Zwangsrolle des Rechtssystems; ebenso Schüler*innen, die mittels Schulpflicht zum Leistungsbezug des Bildungssystems gezwungen werden. Ein Exit steht diesen Rollen nicht zur Verfügung und genau deshalb werden sie sich in vielen Situationen sehr darüber bewusst sein, dass ihnen teilsystemische Leitorientierung unfreiwillig abverlangt wird.

In der Schlussfolgerung verweist sowohl die bewusst freiwillige als auch die bewusst unfreiwillige Deutungsstrukturprägung auf eine Leistungsbeurteilung der Teilsysteme durch die Akteure. Beurteilungsgrundlage ist einerseits die Nutzenorientierung der partial inkludierten Individuen, die Schimank als sekundären Grund teilsystemischer »Fügsamkeit« anführt (vgl. Schimank 2009b: 220ff.). Die Orientierung an teilsystemischen Leistungen kann identitätstheoretisch mithilfe der basalen und reflexiven Ansprüche der Inkludierten spezifiziert werden. Es geht hier individuell um die Verbesserung der eigenen Lebenschancen sowie die Verbesserung der Bedingungen ihrer Realisierung (s. Kapitel 8.1.4). Damit ist die teilsystemische Nutzenorientierung abhängig vom Inklusionsprofil der Akteure, das durch ungleiche soziale Lagen und auch Inkompatibilitäten zwischen konkurrierenden Inklusionsverhältnissen bestimmt ist (vgl. Burzan et al. 2008). Andererseits scheint die individuelle Nutzenorientierung nicht das einzige Beurteilungskriterium zu sein, wie etwa am o.g. Beispiel der Wissenschaftler*innen deutlich wird, die ihre wissenschaftliche Leitorientierung aufgrund der eigenen alarmierenden Forschungsergebnisse auf eine politische umstellen. Die Leistungsbeurteilung scheint daher

zweitens auch überindividuell in Hinblick auf *historische Semantiken* der Code- und Programmstrukturen zu erfolgen (Schimank 2005b: 86). Hier geht es um Zuschreibungen der Funktion(en), die ein Teilsystem für andere Teilsysteme und die Gesellschaft in toto erfüllen soll. Diese Beurteilungsdimension entspricht in etwa Kohrings zweitem Systemvertrauentyp, den er als Vertrauen in die Systemprogrammierung versteht – mit dem Unterschied, dass in der vorliegenden Arbeit hier nicht von Vertrauen gesprochen wird.

Wie oben dargelegt, sieht Schimank den primären Grund für die codekonforme ›Fügsamkeit‹ der Akteure in ihrem anthropologisch begründeten Streben nach Erwartungssicherheit. Aufgrund des enormen Verdinglichungsniveaus der Teilsysteme ist dieses Bedürfnis jedoch soweit befriedigt, sodass als »unvermeidliches Folgeproblem« (Schimank 2005b: 224) die übrigen unbefriedigten Interessen der Akteure zunehmend an die Oberfläche drängen. Dass es nicht massenhaft zu deviantem Verhalten kommt, ist durch die organisationale Anbindung der Akteure gewährleistet, die Codekonformität unter Androhung von Sanktionen normativ einfordert und im Gegenzug Akteurinteressen befriedigt. Die vorausgegangene Diskussion hat gezeigt, dass diese Tauschbeziehung von Akteuren sehr bewusst reflektiert werden kann. Ob der Interessenskompromiss zwischen Erwartungssicherheit auf der einen und den übrigen Interessen auf der anderen Seite für Akteure akzeptabel ist, hängt oft davon ab, wie die Leistungsbeurteilung des jeweiligen Teilsystems in Hinblick auf Anspruchsbefriedigung und Funktionserfüllung ausfällt. Fällt die subjektive Bilanz in der einen, der anderen oder gar in beiden Dimensionen sehr schlecht aus, so die These, kehren sich alle positiven Aspekte der teilsystemischen Erwartungssicherung in ihr Gegenteil um: Gerade, weil die jeweilige Handlungslogik auf unbefristete Dauer feststeht (erster Systemvertrauentypus nach Kohring), wird sich an meiner sozialen Lage und/oder an der schädlichen Auswirkung des Teilsystems auf die Gesellschaft nichts ändern. Die Erwartung, dass das eigene Handeln stets einer wirtschaftlichen Logik untergeordnet ist, birgt für denjenigen, der über keinerlei Tauschwerte verfügt, sicherlich kein sicherheitsstiftendes Gefühl. Die unumstößliche Erwartungssicherheit, dass ein schädliches System so viele Bereiche des Alltags dominiert, wird dann zum Garant schlechter Lebensbedingungen für den einzelnen Akteur und/oder die ganze Gesellschaft.

9.3 Welchen Unterschied macht Systemvertrauen in der Strukturprägung?

Systemvertrauen wurde definiert als sozialer Mechanismus, der die reflexiven Interessen nach Erwartungssicherheit und Autonomie in der Teilsystemorientierung bis auf Widerruf dialektisch aufhebt. Orientiert sich ein Akteur in einer Akteur-

konstellation vertrauensvoll an einer Teilsystemlogik, fiktionalisiert er erstens eine fraglose Geltung der teilsystemischen Leitorientierung und der selbstreferenziellen Programmelemente, zweitens einen emergenten (systemischen) Wirkungsbereich der Handlungslogik, drittens eine potenziell konsensfähige Interessenverfolgung der Beteiligten sowie viertens eine kommunikative wie gestalterische Erreichbarkeit des betreffenden Gesellschaftsbereichs. Es wurde oben darauf hingewiesen, dass sich eine vertrauensvolle von einer konditionierten, einer bewusst freiwilligen und einer bewusst unfreiwilligen Teilsystemorientierung unterscheidet. Worin genau besteht der Unterschied?

Systemvertrauen hat mit der konditionierten Teilsystemprägung gemein, dass beiden keine Entscheidung im Sinne einer bewussten Selektion aus mehreren Alternativen zugrunde liegt. Dagegen ist die bewusste Teilsystemprägung entscheidungsförmig, da die positiven und negativen Konsequenzen einer systemkonformen Handlungsausführung abgewogen werden: »Erst die Prognose des Verhaltens macht das Verhalten zur Entscheidung« (Luhmann 1988: 278).

Was Systemvertrauen von bloßer Vertrautheit internalisierter Sozialregulative unterscheidet, ist seine Perspektiven- und Ergebnisoffenheit. Nach Giddens (1984: 7) gibt es Handlungssituationen, in denen das praktische und das diskursive Bewusstsein ineinander übergehen. Ein vertrauensvoller Akteur weiß, »how to go on«, aber die Kontingenz der Situationsdeutung wird nicht ausgeblendet, sondern verbleibt als Hintergrundrauschen. Der vertrauensvolle Akteur weiß jederzeit, dass er sich dem Rauschen durch Beobachtung des eigenen Standpunkts (*Beobachtung zweiter Ordnung*) zuwenden kann. Ebenso wenig steht der Ausgang eines vertrauensvollen Handlungsvollzugs fest.

Das behavioristische Pendant zu Vertrautheit ist Routinehandeln. Routine – darauf deutet auch die Etymologie des Wortes hin – führt auf einem bekannten Weg zu einem gewünschten Ziel, das auf Nachfrage auch angegeben werden kann. Systemvertrauen gibt zwar die Richtung vor, schließt aber keine Abzweigungen und neuen Bekanntschaften auf dem Weg dorthin aus. Den Beteiligten in einer Akteurkonstellation werden reflexive Interessen unterstellt, die Verständigung und Interessenskonsense möglich erscheinen lassen, ohne dass in der Erst-Orientierung bereits konkrete Strategien dahingehend verfolgt würden. Die anderen Akteure erscheinen nicht bloß als Exekuteure von Systemimperativen, sondern werden in ihrer Handlungsautonomie ernst genommen. Dies hat auch Hartmann im Blick, wenn er vom Wert der *kooperativen Autonomie* des Vertrauens spricht – wobei der Autonomiebegriff hier nicht individualistisch verkürzt missverstanden werden darf:

»Damit wir ein Gut als intrinsisch wertvoll hochschätzen können, müssen wir annehmen, dass unsere Einstellung kollektiv geteilt wird, da wir unter der Vorausset-

zung verbreiteter instrumenteller Haltungen kaum in der Lage wären, dauerhaft kooperative Autonomie zu etablieren.« (Hartmann 2011: 197)

Sowohl die attribuierte Handlungsfreiheit der beteiligten Akteure als auch die Perspektiven- und Ergebnisoffenheit verweisen auf den wichtigen Aspekt der akzeptierten *Unverfügbarkeit* im Modus des Systemvertrauens: Wer vertraut, versucht nicht, die kontingente Zukunft, die involvierten Interaktionspartner*innen oder das Objekt seines Vertrauens beherrschbar zu machen, indem er Eintrittswahrscheinlichkeiten auf Basis seiner empirischen Erfahrungen kalkuliert (vgl. Kohring 2004: 112). Ergebnisoffenheit wird nicht als manifestes Risiko, sondern als latente Chance betrachtet, die potenziell neue Handlungsalternativen eröffnet – und zwar ohne dass eine solche Optionsöffnung forciert würde.

Hartmut Rosa (2018) erläutert den Begriff der Unverfügbarkeit im Rahmen seiner *Soziologie der Weltbeziehung*, die sich mit den »kulturell, strukturell und institutionell geformten und daher durchaus veränderbaren Weisen des In-Beziehung-Tretens zwischen Mensch und Mensch, Mensch und Ding sowie zwischen Mensch und Welt« (ebd.: 29; Herv. i. O.) beschäftigt. Unverfügbarkeit ist bei ihm ein konstitutiver Teil einer *Resonanzbeziehung*, einem responsiven Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt, das sich durch vier Momente auszeichnet (vgl. ebd.: 38ff.; Rosa 2019):

- a) *Anrufung (Affizierung)*: Das intrinsische Interesse an einem Menschen, einer Sache oder einem Weltausschnitt wird dadurch geweckt, dass sich das Subjekt »adressiert« fühlt.
- b) *Selbstwirksamkeit (Antwort)*: Eine Resonanzbeziehung kommt dann zustande, wenn das Subjekt auf die Anrufung »antwortet«, wobei die Antwortformen unterschiedlich ausfallen können (z.B. verbale Antwort, emotionale Berührung). Gemeinsam ist ihnen, dass sie im Modus der Selbstwirksamkeit erfolgen, also ihrerseits eine Erreichbarkeit bzw. die Möglichkeit der Affizierung des Bezugsobjekts implizieren.
- c) *Anverwandlung (Transformation)*: Darüber hinaus impliziert eine Resonanzbeziehung eine doppelseitige Transformation von Subjekt und Objekt. Anverwandlung meint mehr als Aneignung, da sich auch das Objekt (in der Wahrnehmung des Subjekts) in variierendem Ausmaß verändert. Dieses Moment von Resonanz lässt sich vor allem ex negativo bestimmen: Wenn die Fähigkeit, sich »berühren« zu lassen, gestört ist (z.B. bei psychischer Erkrankung wie Depression) oder im Gegenteil, wer »von allem und jedem affiziert wird« (ebd.: 43), hält entweder sich selbst oder das Objekt in der Beziehung für unveränderlich. Hier lässt sich als Voraussetzung festhalten, »dass wir einerseits [...] offen genug sein müssen, um uns berühren und verändern zu lassen, andererseits aber geschlossen genug, um mit eigener Stimme und selbstwirksam zu antworten« (ebd.: 42).

- d) *Unverfügbarkeit*: Charakteristisch für eine Resonanzbeziehung ist viertens, dass sich die anderen drei genannten Zustände nicht instrumentell verfügbar machen lassen. Außerdem lässt sich das Ergebnis der Anverwandlung nicht vorhersagen. Resonanz kann nicht willentlich akkumuliert, gespeichert oder gesteigert werden.

Es sind unschwer Parallelen zwischen Rosas Resonanzbeziehung und dem Vertrauensverständnis dieser Arbeit erkennbar. Anhand der Eigenschaften einer Resonanzbeziehung lassen sich die Unterschiede zwischen den Modi der Teilsystemreproduktion verdeutlichen. In allen thematisierten Fällen der Teilsystemprägung reagiert ein Akteur auf die teilsystemische Adressierung und formt sich damit zugleich selbst: »Subjekte exekutieren nicht einfach Systemimperative, sondern sind an ihrer Selbstformung aktiv beteiligt, indem sie Kommunikationen zunächst beobachten und schließlich annehmen, verweigern oder beantworten.« (Peter 2018: 43) Am wenigsten elaboriert fällt die Reaktion bei einer konditionierten Teilsystemprägung aus, bei der die Adressierung lediglich unreflektiert angenommen wird. Erfolgt die Teilsystemprägung bewusst freiwillig oder unfreiwillig ist die Annahme der Kommunikationsofferte nicht voraussetzungslos, da ihr eine Reflexion vorausgeht. Außerdem kann auch geantwortet werden, etwa indem die (Un-)Zufriedenheit mit der geltenden Handlungslogik zum Ausdruck gebracht wird.

Eine vertrauensvolle Reaktion zeichnet sich dagegen durch eine Antwort aus, die sich für selbstwirksam hält. Diese Form der Erreichbarkeit ist in der Fiktion teilsystemischer Zugangspunkte artikuliert worden. Im Modus des Systemvertrauens erscheint eine Erreichbarkeit des Systems an seinen kommunikativen Schnittstellen, den systemrepräsentierenden Leistungsrollenträger*innen möglich. Das System stellt sich für den Akteur als veränderlich dar, ohne dass er in Situationsdefinitionen bereits konkrete Gestaltungsabsichten verfolgen würde. In Systemvertrauenserfahrungen formt sich ein Akteur nicht nur selbst, sondern auch das System stellt sich für ihn nachher als ein anderes dar. Daneben besteht eine weitere Differenz zu den anderen Formen der Teilsystemorientierung darin, dass bereits die Teilsystemadressierung ein intrinsisches und auf lange Sicht identitätsstiftendes Interesse am Gesellschaftsbereich weckt, das sich in Akteurkonstellationen als verständigungsorientiertes Handeln im Modus der o.g. kooperativen Autonomie äußert.

Damit ist der Bogen geschlagen zur letzten Eigenschaft resonanter Beziehungen, der Unverfügbarkeit. Verständigungsorientiert handelt nur, wer nicht versucht, die Beteiligten für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Habermas hat diesen Gedanken herrschaftsfreier Kommunikation bekanntlich in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns* ausgearbeitet (vgl. Habermas 2014: 384ff.). Unbeherrschbar für den oder die Einzelne ist zweifelsohne auch das System, in das vertraut wird. Dies kommt in der Fiktion emergenter Systemeigenschaften zum Ausdruck.

Die Zuschreibung verselbstständiger Prozesse übersteigt beim Systemvertrauen jedoch niemals eine Grenze, die die drei anderen Momente der Resonanz- bzw. Vertrauensbeziehung verunmöglichen. »Resonanz erfordert den Verzicht auf die Kontrolle des Gegenübers und des Prozesses der Begegnung, zugleich aber auch (das Vertrauen in) die Fähigkeit, die andere Seite erreichen und responsiven Kontakt herstellen zu können.« (Rosa 2018: 66)

Das im Vertrauen akzeptierte Verdinglichungsniveau ist bei der bewussten Teilsystemprägung häufig überschritten. Gerade die unfreiwillige Orientierung an einer Teilsystemlogik kann begleitet werden von Gefühlen des Ausgeliefertseins gegenüber einem völlig un verfügbaren System, das sich wie in Giddens' Bild des Dschagannath-Wagens unkontrollierbar und akteurenthoben seinen zerstörerischen Weg bahnt. Bei der bewusst freiwilligen Orientierung scheint beides denkbar: sowohl die völlige subjektive Unverfügbarkeit, mit der sich ein Akteur arrangieren kann oder auch eine weitgehende Verfügbarkeit, die ein strategischer Akteur zu seinen Gunsten nutzen möchte.

9.4 Welchen Unterschied macht Systemvertrauen in den Strukturdynamiken?

Nachdem die Unterschiede in der Strukturprägung identifiziert wurden, lassen sich auch einige strukturelle Effekte des Systemvertrauens benennen. Ute Frevert spricht angesichts der massiven Publikationsflut zum Thema und der omnipräsenten Einforderung des Vertrauens im Alltag – sei es in der Politik oder in der Werbung – von einer *Obsession der Moderne* (Frevert 2013). Es gibt beinahe keine Abhandlung zum Thema, die ohne einen Hinweis auf die Bedeutung des Vertrauens für die soziale Kohäsion auskommt. Auch die in dieser Arbeit besprochenen Systemvertrauentheorien halten an der von Luhmann gelegten Fährte fest, Systemvertrauen als Voraussetzung für die Genese und den Fortbestand funktionaler Differenzierung zu sehen. Die aus gesellschaftstheoretischer Sicht alles überschattende Frage lautet daher, inwieweit die Sozialproduktion auf Systemvertrauen angewiesen ist. Kann es sich eine Gesellschaft leisten, auf das zu verzichten, was vielerorts als »soziales Schmiermittel« bezeichnet wird?

Die bisherige Begriffsfassung des Systemvertrauens in dieser Arbeit scheint eine affirmative Antwort nahezulegen: Indem Systemvertrauen als besondere Form der Teilsystemprägung verstanden wird, baut die Argumentation auf einem Theorierüst auf, das die Form und Reproduktion teilsystemischer Gesellschaftsstrukturen für »sakrosankt« (Schimank 2011: 466) erklärt.⁷ In der Tat scheint es, als würde sich das Teilsystemgeschehen wenig dafür interessieren, ob systemisches Ver-

7 Es wurde Kritik an dieser Annahme geäußert (s. Kapitel 9.1)

trauen geschenkt wird oder nicht. Hartmann (2016) bemerkt zum allgegenwärtigen Verdacht eines institutionellen Vertrauensverlusts:

»Wir wollen Vertrauen, aber wir wagen es nicht mehr, die Bedingungen zu schaffen, die dem Entstehen von Vertrauen förderlich sind. Es wird Sie jetzt nicht überraschen, dass dieser Sachverhalt, wenn er denn stimmt, Gesellschaft nicht unmöglich macht. Wir leben ja noch in einer Gesellschaft, nichts ist zusammengebrochen, wir haben noch Bankkonten, auch wenn wir den Banken angeblich nicht mehr vertrauen.« (Ebd.: 87f.)

Ebenso könnte gefragt werden, ob diejenigen, die Extremhaltungen in Bezug auf die Leistungen des Journalismussystems einnehmen, tatsächlich ihr Inklusionsverhältnis aufgekündigt haben. Verweigern diejenigen, die ›Lügenpresse‹ skandieren, tatsächlich die teilsystemische Adressierung und den journalistischen Leistungsbezug? Stammen ihre Informationen über das aktuelle Tagesgeschehen nicht zumindest teilweise auch von Leistungsproduzenten etablierter journalistischer Organisationen – selbst wenn diese nur zum Zweck einer strategischen Negativabgrenzung und zur politischen Instrumentalisierung genutzt werden (vgl. Baugut/Neumann 2018)?

Medienmisstrauen sowie Misstrauen gegenüber Teilsystemen im Allgemeinen stellt nicht das Gegenteil vom Systemvertrauensmechanismus dar, sondern es handelt sich ›nur‹ um eine extrem negative Leistungsevaluation eines Systems. Und Misstrauen ist im Verständnis dieser Arbeit auch kein Funktionsäquivalent zu Vertrauen, wie bei Luhmann (2009 [1968]: 92ff.). Zwar teilen Vertrauen und Misstrauen ihre erwartungssichernde – in der Luhmann'schen Terminologie: komplexitätsreduzierende – Eigenschaft, jedoch ist Misstrauen anders als Vertrauen nicht imstande, den anthropologisch begründeten Konflikt mit dem basalen Autonomiebedürfnis aufzuheben. Ganz im Gegenteil basiert Systemmisstrauen oft auf genau diesem Konflikt. Wer einem Teilsystem misstraut, beurteilt dessen individuelle oder überindividuelle Leistungen extrem negativ – häufig im Bewusstsein, dass er oder sie auch in Zukunft auf diese angewiesen bleibt. In solchen Fällen geht ein Akteur zudem nicht davon aus, das Objekt seines Misstrauens affizieren zu können, denn seine Erwartungssicherheit resultiert ja gerade aus dem Ausschluss einer solchen Möglichkeit. Stattdessen nimmt er an, alles bleibe so wie es ist oder werde sogar noch schlimmer. Eine Hypothese fehlender Selbstwirksamkeit verunmöglicht per definitionem Resonanz, wie sie für eine Vertrauensbeziehung charakteristisch ist.

Allerdings ist das Bewusstsein darüber, dass das eigene Inklusionsverhältnis auf Dauer gestellt ist, keine Voraussetzung dafür, um von Systemmisstrauen sprechen zu können. Oder anders gesagt, geht es hier um eine soziologisch informierte Form des Misstrauens, die sensibel ist gegenüber sozialstrukturellen Zusammenhängen in der Gesellschaft. Derzeit präsenter ist eine naivere Form des System-

misstrauens, wie sie oben in Bezug auf das Journalismussystem angedeutet wurde (s.a. Prochazka 2020: 252ff.). In dieser Haltung meinen Akteure irrtümlich, sie hätten ihr Inklusionsverhältnis allein schon durch eine negative Leistungsevaluation, entsprechenden Misstrauensbekundungen und einer partiellen Hinwendung zu (vermeintlichen) Alternativen aufgekündigt.

Bezeichnenderweise diskutiert Luhmann das Verhältnis zwischen Vertrauen und Misstrauen vor dem Hintergrund einer allgemeinen (Welt-)Vertrautheit, womit er die »Grenzen der Generalisierbarkeit von Vertrauen oder Mißtrauen zu allgemeinen Umwelteinstellungen« (Luhmann 2009 [1968]: 94) aufzeigen will. Misstrauen entstehe zwar unmittelbar aus vertrauten Situationen, negiere aber nicht die Vertrautheit schlechthin (vgl. ebd. 95). Gemeint ist, dass sich Misstrauen an bestimmten Themen entzündet und nach dem Überschreiten einer kritischen Schwelle auch generalisiert, jedoch praktisch nie so weit, dass die fundamentalen Gewissheiten des alltäglichen Lebens infrage gestellt werden. Übertragen auf gesellschaftliche Teilsysteme bedeutet das, dass sich Misstrauen bisweilen durchaus auf die innerste Systemlogik, also etwa die Systemprogrammierung, richten kann, eine Ablehnung des Leitcodes jedoch die absolute Ausnahme darstellt. Wer kann von sich ernsthaft behaupten, sie oder er orientiere sich grundsätzlich nicht an Aktualität, Wahrheit, Macht oder Recht – selbst, wenn sie oder er über das (Nicht-)Vorliegen situativ nach anderen Prinzipien urteilt als das jeweilige System (z.B. in Bezug auf ›alternative Fakten‹). Hellmann (2002: 89) unterscheidet in diesem Zusammenhang ein unhinterfragtes und passives ›Systemvertrauen‹ erster Ordnung, das einem aktiv affirmativen ›Vertrauen‹ oder einem aktiv kritischen Misstrauen zweiter Ordnung vorgeschaltet sei (ähnlich Kohrings zwei Systemvertrauentypen, s. Kapitel 4.1.1). Systemmisstrauen äußert sich demnach als bewusst unfreiwillige Teilsystemprägung und führt bisweilen auch zum Missachten teilsystemischer Handlungslogik – allerdings ist ein absoluter, dauerhafter Exit aus der Teilsystemprägung äußerst schwierig umzusetzen und daher auch sehr selten. Auch wer misstraut, verbleibt trotzdem in einer Abhängigkeitsbeziehung zum System.

Doch welche sozialstrukturelle Bedeutung hat nun das Systemvertrauen? In Kapitel 7 wurde spekuliert, dass Luhmann das Vertrauensthema nach seiner auto-poietischen Wende deshalb schneidet, weil es auf Problemlagen in der Sozialreproduktion hindeutet, die der Grundthese der Gesellschaftsevolution qua Autopoiesis im Weg stehen. Diese Intuition lässt sich nun zu einer allgemeineren These ausformulieren. Werden normative Fragen beiseitegelassen, kann festgehalten werden: *Vertrauen wird in der Sozialreproduktion nur in Bezug auf Strukturdynamiken relevant und zudem nur dann, wenn es für Akteure weder notwendig noch unmöglich ist, auf diese willentlich Einfluss zu nehmen.*

Diese komplizierte Formulierung lässt sich leicht aufschlüsseln. Wäre die Gesellschaft eine statische, die ihre Teilsystemstrukturen fortwährend auf identische

Weise reproduziert, wäre kein Systemvertrauen notwendig, obwohl es trotzdem vorkommen könnte, wenn die anderen Voraussetzungen erfüllt wären. Grund hierfür ist das (noch) enorme Verdinglichungsniveau teilsystemischer Akteurfiktionen, die weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens koordinieren. Vertrauen wäre nicht notwendig, weil die Wirkmächtigkeit der Leitcodes und Programme ausreichend durch die teilsystemische Durchorganisation normativ und durch die Leistungen des Journalismus sozialintegrativ gestützt würde (s. nachfolgendes Kapitel). Natürlich ist ein statischer Gesellschaftsentwurf abzulehnen.

Allerdings weisen auch gesellschaftliche Dynamiken, die bei Schimank (2015: 250) selbst die hochverdinglichten Leitcode-Interpretationen tangieren können, nicht zwingend auf Vertrauensmechanismen hin. Schimank benennt eine ganze Reihe anderer Faktoren, die Strukturveränderungen in Akteurkonstellationen auslösen können. Einer der wichtigsten ist die Fähigkeit zur Beeinflussung anderer. Macht verschlechtert die Chancen für Vertrauen in dem Maße, in dem die Handlungsfreiheit bzw. -freiwilligkeit eingeschränkt wird. Steigert sich die Machtausübung zu einem Zwang, ist Vertrauen ausgeschlossen. Deshalb kann es auch in Diktaturen Strukturveränderungen geben, selbst wenn die Bevölkerung dem Regime ein enormes Misstrauen entgegenbringt (vgl. Hartmann 2016: 85). Außerdem wird es dort wenig Vertrauen geben, wo es eingefordert wird (vgl. Gambetta 1988: 230). Diese Annahme ergibt sich aus der o.g. konstitutiven Unverfügbarkeit der Resonanz- bzw. Vertrauensmomente.

Liegen diese Ausschlusskriterien bei den interessierenden Strukturdynamiken nicht vor, kann Vertrauen einen Unterschied machen. Dass Vertrauen für eine selbstreferenzielle und fremdreferenzielle Einwirkung unverfügbar ist, lässt sich auch positiv wenden: Kommt es zu einer Vertrauensbeziehung, was voraussetzt, dass weder der Akteur noch das Objekt diese (aus Sicht des Vertrauenssubjekts) forciert haben, kann sich diese Beziehung unbeeindruckt zeigen gegenüber Einflussversuchen einer dritten Partei. Eine Journalistin, die dem Leitwert und den Programmelementen des Journalismussystems Vertrauen entgegenbringt, wird sich in einer Situationsdeutung, die aus ihrer Sicht im ›Hoheitsgebiet‹ des Journalismus stattfindet, an der journalistischen Handlungslogik orientieren, selbst wenn es konkurrierende Deutungen beteiligter Akteure gibt, die etwa eine Wirtschaftslogik nahelegen. Dieses Beispiel zeigt darüber hinaus an, dass eine vertrauensvolle Verständigungsorientierung nicht gleichbedeutend ist mit einem bereits vorausgesetzten Konsens. Systemvertrauen kann Strukturdynamiken beeinflussen, weil vertrauensvolle Situationsdeutungen unabhängig von beziehungsexternen Einflüssen sind. Der späte Luhmann behält sich Vertrauen als ›Zusatzargument‹ vor (vgl. Luhmann 1997a: 394), weil er die Selbstvalidierung der Eigenwerte generalisierter Kommunikationsmedien (trotz allem) für riskant hält – ihren Geltungsverlust also nicht ausschließen kann (vgl. ebd.: 396). Offensichtlich ist Systemvertrauen auch bei ihm geeignet, teilsystemautonomie-

gefährdende Entwicklungen – er nennt als Beispiel die »Spekulation, die sich aus der Handelbarkeit aller Geldanlagen ergibt« (ebd.) – zu überbrücken. Die Unbeeindruckbarkeit gegenüber externen Einflüssen impliziert auch, dass eine vertrauensvolle Teilsystemorientierung im Moment ihrer Wirksamkeit keiner normativen Flankierung durch organisationale Mitgliedschaftsverpflichtungen bedarf. Anders ausgedrückt, wird ein Für und Wider überhaupt nicht entscheidungsförmig abgewogen, weil sich die Akteurinteressen in der evaluativen Orientierungsmodalität des Teilsystems dialektisch aufheben.

An dieser Stelle ist noch einmal daran zu erinnern, dass die Handlungsergebnisse, die auf eine vertrauensvolle Situationsdeutung folgen, für den Akteur offen sind. Es lassen sich daher auch keine Aussagen darüber treffen, ob Systemvertrauen strukturerhaltend oder -verändernd wirkt.

In der Zusammenfassung stellt sich das Systemvertrauen als ein besonderer Modus in der Sozialreproduktion dar, der unverfügbar ist und gerade deshalb einen Unterschied macht.

Zweiter Teil:

**Über das Verschwinden
der Unbestimmtheitslücke**

Die Unterwerfung, die Tatsache, daß die menschliche Leidenschaft der Selbsterhaltung uns anfällig und verletzlich gegenüber denen macht, die uns unser Brot versprechen, bringt auch die Möglichkeit der Revolte mit sich. (Judith Butler 2003: 67)

10. Journalismus

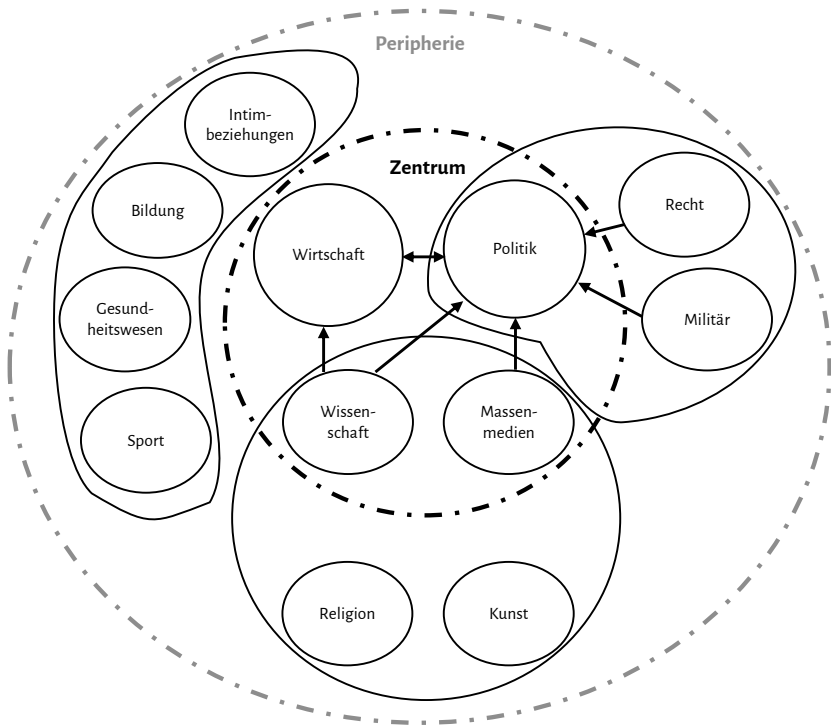
Nachdem im ersten Teil der Arbeit Systemvertrauen grundlagentheoretisch rekonzeptualisiert wurde, fragt der zweite Teil nach den Bedingungen für systemisches Vertrauen in der Gegenwartsgesellschaft. Ihren Ausgangspunkt nimmt die Argumentation beim Journalismussystem, das vor dem Hintergrund von Schimanks akteurzentrierter Differenzierungstheorie dargestellt wird. Von diesem System wird angenommen, dass es eine herausragende Bedeutung für die Sozial- und Systemintegration in der Gesellschaft spielt. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen die prägenden Strukturen des Journalismus sowie sein besonderes Publikumsverhältnis, das sich auch formal von allen anderen teilsystemischen Inklusionsverhältnissen unterscheidet.

10.1 Journalismus und Medien

Zunächst wird Schimanks eigene Skizze für ein Massenmediensystem dargestellt. Der Begriff gibt Anlass, das Verhältnis zwischen Medien und Journalismus zu klären. Die analytische Trennung dieser beiden ist relevant für die weitere Argumentation.

Nach Durchsicht der bekanntesten Differenzierungstheorien legt sich Schimank auf ein Ensemble von zwölf Teilsystemen der Gesellschaft fest (s. Abbildung 3). Da in differenzierungstheoretischen Arbeiten unterschiedlich viele Teil- bzw. Funktionssysteme identifiziert werden (vgl. Roth/Schütz 2015), spricht er bisweilen auch vorsichtiger von »etwa einem Dutzend Leitsternen« (Schimank 2009b: 208; Herv. d. V.). Fester Bestandteil des Katalogs ist das System der Massenmedien, welches sich bei ihm durch den binären Code *informativ/nicht informativ* auszeichnet (vgl. Schimank 2002b, 2007b). Die Charakterisierung dieses Teilsystems ist eher knapp gehalten und orientiert sich an Luhmanns (2009) Definition, in der neben dem Sinnkriterium (binärer Code) auch der medientechnologische Distributionsweg (z.B. Rundfunk) als Abgrenzungskriterium zur Systemumwelt enthalten ist. Parallelen bestehen auch in der zugewiesenen Rolle als Selbstbeobachtungsinstanz der Gesellschaft (Schimank 2002: 36; Luhmann 2009: 105).

Abbildung 3: Teilsysteme nach Beteiligungsniveau am gesellschaftlichen Geschehen



Eigene Darstellung nach Schimank (2002: 44)

In der Beschreibung der historischen Genese dieses Teilsystems folgt er Blöbbaums (1994) Darstellung zur Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbstständigung des Journalismussystems (vgl. Schimank 2007b: 134f.). Dass Schimank vor allem Journalismus im Blick hat, wenn er von Massenmedien spricht, wird schon dadurch deutlich, dass er die Begriffe scheinbar synonym verwendet (vgl. Schimank 2013: 38; 42). Gemeinsam mit Kolleg*innen identifiziert er zudem Berichterstattung als »zentrale Aktivität«, Journalist*in als »zentrale Leistungsrolle« und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender als »zentrale Organisationen« des massenmedialen Teilsystems (vgl. Burzan et al. 2008: 21f.).

Das System der Massenmedien verortet Schimank neben dem wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen System im Zentrum des gesellschaftlichen Geschehens. Die Unterscheidung zwischen zentralen und peripheren Teilsystemen meint nicht unbedingt, dass letztere unwichtiger in der gesellschaftlichen Reproduktion wären (vgl. Schimank 2002: 44). Sie qualifiziert vielmehr die Stärke der

Umwelteinwirkung des jeweiligen Systems auf alle übrigen. Mit anderen Worten prägen die zentralen Systeme mit ihren meist transintentionalen Dynamiken den optionsöffnenden und -beschränkenden Möglichkeitsraum der Gesellschaft vergleichsweise stärker (vgl. ebd.). Ausschlaggebend für diese Standortbestimmung sind 19 populäre soziologische Gegenwartsdiagnosen aus den 1980er und 90er Jahren (vgl. Schimank/Volkman 2007). Die Massenmedien gewinnen ihre zentrale Position dadurch, dass sie Ansprüche aller Teilsysteme an die Politik vermitteln (vgl. Schimank 2002: 45). Zweitens stellen sie ein teilsystemübergreifendes Orientierungswissen bereit, das »eine geteilte Deutung eines Großteils des gesellschaftlichen Geschehens« (ebd.) erlaubt. Diese Deutungshoheit vergleicht der Autor mit der Rolle, die die Religion in vormodernen Zeiten spielte (vgl. ebd.).

Die Interdependenzen der Teilsysteme lassen sich auch anhand der fremdreferenziellen Programmelemente eines jeweiligen Teilsystems untersuchen (vgl. Schimank 2013: 48f.). Es handelt sich um »hineingetragene Elemente« aus anderen Teilsystemen, die auf die Eigenlogik des Systems einwirken. Sie können *anregend* wirken, etwa im Fall forschungspolitischer Förderungsprogramme, die im Wissenschaftssystem wahrgenommen werden können oder auch nicht. *Ergänzend*, im Fall von »Orientierungslücken« der systemeigenen Programmelemente. Oder auch *beschränkend*, etwa im Fall rechtlicher Verbote bestimmter Systemoperationen der Wirtschaft. Schimank nutzt zur Beschreibung eine Metapher von zwei Ringen, die die Programmstruktur eines Systems umgeben: »der selbstreferentielle, den Code gleichsam ausbuchstabierende innere und der fremdreferentielle äußere Ring, der diese Ausbuchstabierung [...] anreichert« (ebd.: 49). Daraus lässt sich schlussfolgern: Gemessen an der Zahl und dem Wirkungsniveau fremdreferenzieller Programmelemente kann in Hinblick auf das gesellschaftliche Zusammenspiel zwischen zentralen und peripheren Teilsystemen behauptet werden, dass die Gesellschaft stärker ökonomisiert, politisiert, verwissenschaftlicht und medialisiert ist, als sie etwa versportlicht oder pädagogisiert ist (vgl. Schimank 2013: 48).

Ob der massenmediale Primat in der Bereitstellung von Orientierungswissen, der in den genannten Gegenwartsdiagnosen postuliert wurde, allerdings auch in neueren Gegenwartsdiagnosen, die den Digitalisierungsschub nach der Jahrtausendwende mitberücksichtigen, bestätigt werden kann, ist fraglich. Schimank übergeht aktuell drängende Fragen der Kommunikationswissenschaft, die um die Begriffspaare öffentlich/privat sowie Massen-/Individualkommunikation kreisen, wenn er feststellt, dass das Internet eine neue Form der technikinduzierten Binnendifferenzierung der Massenmedien sei, die »auf der Basis eines mit dem Zeitungswesen gefestigten Codes und der ihn umgebenden Programme« (Schimank 2007b: 135) stattgefunden habe. Meint der Autor hier wirklich *Internet* oder doch eher *Online-Journalismus*? Dieser Fragenkomplex lässt sich nicht auf Basis von Schimanks Skizze des massenmedialen Systems beantworten.

Daher scheint es naheliegend, nach einer kommunikationswissenschaftlichen Elaboration Ausschau zu halten.

Schimanks Theorierahmen wurde in einigen Arbeitsbereichen der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft angewendet.¹ Insbesondere in der Journalismusforschung erfreut sich sein integrativer Ansatz seit der Jahrtausendwende größerer Beliebtheit, nachdem in den 1990er Jahren für makrotheoretische Untersuchungen vor allem auf die autopoietische Systemtheorie Luhmanns zurückgegriffen wurde (vgl. Hanitzsch/Engesser 2014: 145; Löffelholz 2016: 50f.; Hanitzsch/Altmeppen/Schlüter 2007: 8). Ausgangspunkte in der Darstellung des Journalismusverständnisses dieser Arbeit sind die Adaptionen von Neuberger (2016, 2007) sowie Altmeppen und Kolleg*innen (Altmeppen/Greck/Kössler 2016; Altmeppen 2006).

Zunächst erscheint es sinnvoll, analytisch zwischen Medien und Journalismus zu unterscheiden. Nach Altmeppen, Greck und Kössler (2016) führen systemtheoretische Konzeptionen, die ein massenmediales Funktionssystem der Gesellschaft postulieren, zu einer wenig ertragreichen Gleichsetzung von Medien und Journalismus. In Luhmanns Entwurf ist der Journalismus ein *Programmbereich* des Systems Massenmedien. Daneben identifiziert er die Programmbereiche Unterhaltung und Werbung. (Vgl. Luhmann 2009: 37) Dementsprechend folgen bei ihm alle drei derselben gesellschaftlichen Funktion: der Bereitstellung von Informationen zur Herstellung einer gemeinsamen Realität. Da zwischen Medien und Journalismus funktional nicht unterschieden wird, gibt es auch auf einer weniger abstrakten Analyseebene Überschneidungen in der Bestimmung ihrer gesellschaftlichen Leistungen (vgl. Altmeppen/Greck/Kössler 2016: 609f.).² Diese Unschärfen zeigen sich dann sehr deutlich auf der Mesoebene der Organisationen des Systems Massenmedien. In Schimanks Verständnis spezifizieren die Organisationen die teilsystemischen Deutungsstrukturen, sodass trotz der zunehmenden Heterogenität evaluativer Orientierungen auf dieser Analyseebene – jede Organisation verfolgt als korporativer Akteur auch eigene Ziele – die teilsystemische Leitorientierung sowie seine zentralen Programme erkennbar sein sollten. Die journalistische Leitorientierung müsste folglich auch die Mitglieder der massenmedialen Organisationen evaluativ prägen. »Nun ist aber zu bezweifeln, dass die Produzerin einer Comedy-Staffel das gleiche Ziel hat wie eine Journalistin bei einer Tageszeitung oder dass der Chef der Werbetochter eines Fernsehsenders die gleichen Leistungen erbringen will wie ein Fernsehredakteur.« (Ebd.: 609) Vor diesem Hintergrund differenzieren die Autor*innen um Altmeppen zwischen journalistischen und Medienorganisationen. Beide werden in Hinblick auf ihre evaluativen, normativen und konstellativen Orientierungsmodalitäten unterschieden. Medien werden als

1 Einen Überblick gibt Lorenz (2017: 54ff.).

2 Zur weiteren Kritik des Luhmann'schen Systementwurfs: Kohring 2016.

Wirtschaftsunternehmen verstanden, die im *Orientierungshorizont*³ der Wirtschaft angesiedelt sind. Demgegenüber würden journalistische Organisationen im Orientierungshorizont der Öffentlichkeit operieren (vgl. ebd.: 611).

Als Organisation des Teilsystems Wirtschaft distribuieren Medien kommerzielle Medienangebote mit dem Ziel der Profitsteigerung. Da die Ware *Content* ihre Geschäftsgrundlage darstellt, sind ihre Erwartungsstrukturen auf Beschaffungs- und Produktionsprozesse medialer Inhalte ausgerichtet. Dies gilt nicht nur für privatwirtschaftliche, sondern auch für öffentlich-rechtliche Medien, die zwar nicht profitorientiert operieren, trotzdem aber der Wirtschaftlichkeit verpflichtet sind (vgl. Altmeppen 2006: 34). Im Vergleich zu journalistischen Organisationen zeichnen sich Medienorganisationen durch eine deutlich größere Zahl unterschiedlicher Rollenspezifikationen aus. Die Berufsgruppen können nach den Geschäftsfeldern (Beschaffung, Produktion, Bündelung, Distribution, Finanzierung) unterschieden werden, sodass zu den Organisationsmitgliedern u.a. Produzent*innen, Werbefachleute, Formatentwickler*innen, Einkäufer*innen und Technikdienstleister*innen gehören (vgl. Altmeppen/Greck/Kössler 2016: 613). Altmeppen und Kolleg*innen subsumieren diese Berufsgruppen unter die Gruppe der *Medienschaffenden*. Insofern, als dass bestimmte Medienorganisationen journalistische Produkte auf Märkten anbieten, sind diese abhängig vom journalistischen Produktionsprozess. Daher »bezahlen« sie journalistische Organisationen, indem sie Ressourcen zur Herstellung der Waren bereitstellen (vgl. ebd.: 615). Auf der anderen Seite sind journalistische Organisationen auf diese Versorgung durch die Medienunternehmen angewiesen, um ihre jeweiligen Organisationsziele verfolgen zu können. Letztere sind Spezifikationen der teilsystemischen Wollensrichtung, »Themen für die öffentliche Kommunikation« (Weischenberg 1994: 429) bereitzustellen. Journalistische Organisationsziele sind gemeinwohlorientiert und orientieren sich an gesellschaftlichen Leistungserwartungen. Die dominierende Rollenvorgabe ist die des Journalisten bzw. der Journalistin.

Journalistische Organisationen (Redaktionen) und mediale Organisationen (z.B. Verlage) sind auf der Ebene institutioneller Ordnungen (z.B. Rollen) und bei den organisationalen Konstellationsstrukturen (z.B. Schemata) oft eng miteinander verflochten. So sind etwa Chefredakteur*innen als Leiter*innen der journalistischen Organisation vielerorts gleichzeitig auch beteiligt an der medienunternehmerischen Strategieentwicklung (vgl. Altmeppen 2006: 205f.). Inhaber*innen solcher Doppelrollen, die sowohl publizistische wie auch ökonomische Verantwortung tragen, nennt Riesmeyer (2015) *Medienmanager*innen*. Das

3 Statt von *teilsystemischen Deutungsstrukturen* sprechen die Autor*innen lediglich von *Orientierungshorizonten*. Warum der Terminus des Teilsystems gemieden wird, ist nicht klar. In seiner Monographie nutzt Altmeppen (2006) hingegen den Begriff teilsystemischer Orientierungshorizont, der Schimanks Vokabular entspricht.

Ausmaß der ›Ko-Orientierung‹, also der Ausbildung von Erwartungserwartungen sowie die gegenseitige Beeinflussung zwischen journalistischer und Medienorganisation hängt nach Altmeppen (2006: 205) davon ab, wie autonom bzw. abhängig die jeweilige Organisation von der anderen ist. Sie ist dann besonders groß, wenn beiderseitig keine Alternativen zur Verfügung stehen, also der Journalismus keine anderen Finanzierungsquellen hat – was den Regelfall darstellt – und die zugehörige Medienorganisation ausschließlich mit journalistischen Produkten handelt (vgl. ebd.).

Der analytischen Trennung zwischen Journalismus und Medien von Altmeppen et al. ist größtenteils zuzustimmen, allerdings ist die Annahme zwei distinkter Organisationsformen nicht die einzig denkbare Schlussfolgerung. Historisch gesehen ist das Journalismussystem vor allem aus wirtschaftlichen Motiven der Druckereien im 18. und 19. Jahrhundert entstanden (vgl. Blöbaum 1994: 93ff.). Und der moderne Journalismus geht Birkner (2010) zufolge auf die Verdrängung partei-finanzierter Zeitungen durch anzeigenfinanzierte ›Generalanzeiger‹ zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Erst auf Basis des anzeigenbasierten Finanzierungsmodells sei die nötige Staatsferne und politische Unabhängigkeit erlangt worden, die zur Etablierung journalistischer Standards und einer systemischen Leistungssteigerung notwendig gewesen sei. (Vgl. ebd.) Demnach fällt die Geburtsstunde des modernen Journalismus auf den Zeitpunkt seiner Ökonomisierung, die sich allerdings »unterhalb von Kolonialisierung« (ebd.: 49) abgespielt habe. Angesichts dieser »ambivalenten Institutionalisierung des Journalismus« (Rudeloff 2013: 12) – in der Tradition der Kritischen Theorie würde eher von einem Geburtsfehler gesprochen werden (vgl. Habermas 1990 [1962]) – ist nicht verwunderlich, dass die journalistische Logik auf organisationaler Mesoebene schon seit jeher in einem engen Verhältnis zur Marktlogik steht. Dieses Nahverhältnis erscheint Beobachter*innen heute als »Doppelgesichtigkeit« (Fengler/Ruß-Mohl 2005: 72) oder als »eingebaute Schizophrenie« (Weischenberg 1992: 170) des Journalismus. Blöbaum ist darin zuzustimmen, wenn er feststellt: »Der primär wirtschaftliche Entstehungskontext [sic!] bleibt dem Journalismus auf Dauer verhaftet, alle modernen journalistischen Organisationsformen sind auch Wirtschaftsorganisationen.« (Blöbaum 1994: 285)

Im Unterschied zu Altmeppen et al. wird in dieser Arbeit daher davon ausgegangen, dass es sich bei *journalistischen Medien* um eine Organisationsform handelt, die aber zwei teilsystemischen Logiken folgt, nämlich der des Journalismussystems und der des Wirtschaftssystems (ebenso: Neuberger 2016: 299). Eine solche organisatorische Mehrfacheinbettung stellt nach Schimank eine Ausnahme bei den üblicherweise vollinkludierten korporativen Akteuren dar (vgl. Schimank 2005b: 227, Fn. 215). Die strukturelle Verflechtung zwischen Journalismus und Medien reicht bis hin zum formal deckungsgleichen Organisationsziel der Reichweitensteigerung, die sowohl als Vergrößerung des Adressat*innenkreises journalistischer Aufklärung als auch zur Profitmaximierung gerechtfertigt werden kann.

Dass sich angesichts dieser Nähe zum Wirtschaftssystem überhaupt eine eigensinnig operierende journalistische Logik verselbstständigen konnte, kann mit Bourdieu konflikttheoretisch als (Zwischen-)Ergebnis eines historischen Konkurrenzkampfes beschrieben werden, der bis heute andauert und – wie noch zu zeigen ist – in den vergangenen Jahrzehnten deutlich ins Ungleichgewicht geraten ist. Gemeint ist der Streit um die Deutungshoheit darüber, was als legitimer Journalismus zu gelten hat. In der Theoriesprache Bourdieus wird er ausgetragen im Zwischenraum zweier Pole, die das Kräfteverhältnis innerhalb des journalistischen Feldes als (relativ) autonomen⁴ Teilbereich der Gesellschaft bestimmen:

»Like most fields, the journalistic field [...] is structured on the basis of an opposition between [...] two poles, between those who are ›purest,‹ most independent of state power, political power, and economic power, and those who are most dependent on these powers and commercial powers.« (Bourdieu 2005: 41)

Während am autonomen Pol stark auf den feldintern definierten publizistischen Anspruch rekurriert wird, orientiert sich die Medienproduktion am heteronomen Pol »nur insoweit an den zu einem bestimmten Zeitpunkt im Feld als allgemein akzeptiert geltenden journalistischen Kriterien, als sie für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele geeignet erscheinen« (Rudeloff 2013: 107). Dieses Gegensatzpaar sieht Bourdieu idealtypisch in zwei Arten von Zeitungen des 19. Jahrhunderts repräsentiert, die entweder ›sensationelle‹ Neuigkeiten verkündeten oder ihren Fokus auf Analysen und Kommentare legten und dabei den Unterschied zu ersteren durch die Betonung der Objektivitätsnorm markierten (vgl. Bourdieu 1998: 107). Der zugrundeliegende Interessengegensatz journalistischer Akteure wird dadurch befördert, dass Gleichgesinnten Anerkennung durch ›ihresgleichen‹ zu Teil wird, während die Gegenseite kritisiert wird (vgl. ebd.: 108). Für die Emergenz des journalistischen Feldes scheinen insbesondere die Bezugspunkte dieser positiven und negativen Sanktionen bedeutsam zu sein. Während sich die professionelle Reputation am autonomen Pol vor allem über inhaltliche Bezugnahmen (z.B. Zitationen) und gegenseitige Kontrollen (z.B. Rügen bei handwerklichen Mängeln) aufbaut und weniger über den Publikumserfolg, kehrt sich dieses Verhältnis am heteronomen Pol um. Hier sind Auflage und Einschaltquote die entscheidenden Quellen kollektiver Anerkennung.

4 Indem Bourdieu Feldern nur eine relative und keine absolute Autonomie zubilligt, steht er Schimanks Grundlagentheorie näher als Luhmanns. Gleichwohl gibt es auch unverkennbare Parallelen zwischen Feld- und Systemtheorie, auf die beispielsweise der Sammelband von Nassehi und Nollmann (2004) hinweist. Für einen Theorievergleich, der systematisch die Divergenzen der beiden Theorieanlagen herausarbeitet, und zwar insbesondere in Hinblick auf Medienökonomisierungsprozesse, siehe Rudeloff (2013).

Die Ausbildung eines journalistischen Ethos geht so gesehen auf handlungsleitende Motive zurück, die sich immer weniger auf die faktisch vorhandenen ökonomischen Produktionsbedingungen journalistischer Tätigkeit bezogen. Anders ausgedrückt wurden ökonomische Imperative in der journalistischen Profession zunehmend negiert. Analog zu anderen Feldern der kulturellen Produktion ist bei Bourdieu die *Verdrängung des Ökonomischen* (Bongaerts 2008) sogar eine notwendige Bedingung zur Ausbildung der feldspezifischen *illusio*, dem Glauben an den unbedingten Wert des journalistischen Spiels. Das heißt, dass sich kulturelle Felder als »in sich geschlossene und abgetrennte Mikrokosmen« (Bourdieu 2013: 30) überhaupt erst dadurch verselbstständigten, indem sie den ökonomischen Aspekt ihrer »Produktionsakte und -verhältnisse in die niedere Welt der Ökonomie« (ebd.) verwiesen.⁵ An gleicher Stelle weist Bourdieu sofort daraufhin, dass diese »Reinigung« (ebd.) in den fortan eigenständigen Universen auch heute noch längst nicht abgeschlossen ist.

Als Paradebeispiel unabgeschlossener Dekommerzialisierung – so können seine feldspezifischen Beschreibungen verstanden werden (vgl. Bourdieu 1998, 2005: 41ff.) – gilt ihm der Journalismus. Der Grund liege unter anderem in den verhältnismäßig schwächeren negativen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen das journalistische Berufsideal (ebd.: 108). Mit Bongaerts (2008: 210) kann hier als weitere Ursache fehlender Schließung gegenüber ökonomischen Ansprüchen noch der Publikumsbezug genannt werden, der auch am autonomen Pol des Feldes konstitutiv bleibt: »Noch der seriöseste Journalismus ist für eine, wenn auch vergleichsweise kleine, Öffentlichkeit bestimmt und muss sich seiner Form nach an den Erwartungen des externen Publikums orientieren.« (Ebd.)

10.2 Strukturen des Journalismus

Nachdem die Beziehung zwischen Medien und Journalismus dargestellt wurde, können nun die handlungsprägenden Strukturen des journalistischen »Hoheitsgebiets« in der Schimank'schen Theoriesprache identifiziert werden. Die wichtigsten Komponenten der Strukturprägung journalistischer Leistungsrollenträger*innen lassen sich in Rücksprache mit der Journalistik noch relativ klar bestimmen. Bei der Publikumsprägung ist es anders. Da der Journalismus ein eher geringes Verdinglichungsniveau aufweist, wird das inkludierte Publikum nicht immer ein-

5 Hier gibt es eine interessante Parallele zu Luhmanns Differenzierungstheorie, die ebenfalls Dekommerzialisierung als Ausgangspunkt funktionaler Differenzierung nahelegt (vgl. Luhmann 1988: 111, Fn. 40). Funktionssysteme hätten ihre »Eigenrationalitäten in Reaktion auf die vorpreschende Entwicklung spezifisch wirtschaftlicher Rationalität« (ebd.) entdeckt.

deutig zwischen selbstreferenziellen und fremdreferenziellen Programmelementen des Journalismus unterscheiden können.

10.2.1 Strukturprägung journalistischer Leistungsrollenträger*innen

In den vorangegangenen Kapiteln wurden bereits einige Strukturkomponenten des Journalismus genannt. Tabelle 6 bietet nun eine systematisierte Übersicht über die zentralen Strukturen des Journalismussystems. Dargestellt wird hier zunächst die Strukturprägung der Leistungsrollenträger*innen, sprich der Journalist*innen. Zudem werden in erster Linie die Prägungen fokussiert, die sich aus den selbstreferenziellen Elementen des Teilsystems ergeben. Auf der Mesoebene wird daher insbesondere die Ko-Orientierung journalistischer Organisationen am Wirtschaftssystem analytisch ausgeblendet. Wie sich die Orientierung am Journalismussystem für die Publikumsrolleninhaber*innen darstellt, wird im nachfolgenden Kapitel erläutert.

Entsprechend des Schimank'schen Theoriegerüsts werden auf allen Strukturebenen des Journalismus die Orientierungen seiner Leistungsrollenträger*innen in allen drei Modalitäten (evaluativ, normativ, kognitiv) geprägt – ein Postulat, das in Adaptionen der Journalismusforschung bislang nur inkonsequent berücksichtigt wurde. Auf jeder Ebene ist zudem eine Orientierungsmodalität besonders kontingenzbestimmend. Da es sich sowohl bei den Strukturebenen wie auch bei den Orientierungsmodalitäten um analytische Kategorien handelt, ist die nachfolgende Zuordnung bestimmter empirisch beobachtbarer Strukturkomponenten in das dargestellte Raster nicht überschneidungsfrei. Es geht hier vielmehr um die Frage, welche Strukturkomponenten auf welcher Ebene (Makro, Meso, Mikro) besonders stark das Wollen, Sollen und Können der Journalist*innen prägen.

Tabelle 6: Orientierungsmodalitäten und Strukturebenen des Journalismussystems

Strukturebene	Orientierungsmodalität		
	evaluativ	normativ	kognitiv
journalistisches Teilsystem	Leitdifferenz: aktuell/ nicht aktuell	Berufsrollen: z.B. ›neutrale*‹ Berichterstatter*in; Berufsnormen: Objektivität, Trennungsgebot, Vielfalt etc.	Mediensystem/ -landschaft: demokratisch- korporatistisch, liberal, polarisiert- pluralistisch
selbstreferenzielle Programme	Recherche-, Selektions-, Bearbeitungs-, Koordinationsprogramm		
fremdreferenzielle Programme	Programmelemente bezogen auf Wirtschaft, Recht, Politik		
Organisationen (journalistische Teilsystemeinbettung)	Organisationsziele: gemeinwohlorien- tiert, im Horizont der journalisti- schen Leitdifferenz	Mitgliedschaftsrol- len; Arbeitsrollen; Handlungsskripte: z.B. Prozessablauf Redaktionssitzung oder Pressekonfe- renz	ideelles und empirisches Pu- blikumsbild; Orientierung an teilsysteminternen korporativen Eliten (Leitmedien) und strukturähnlichen korporativen Akteuren
Akteurkonstellationen (journalistische Leistungsrollen- inhaber*innen)	geteilte Rationali- tätsfiktionen; etablierte Interak- tionsstile	Reziprozitätsnor- men (z.B. kollegiale Wertschätzung)	Positive und nega- tive Beziehungs- gleichgewichte mit Kolleg*innen, Quellen, Publikum

Eigene Darstellung (aufbauend auf Neuberger 2007, 2016; Blöbaum 2016a; Altmep-
pen/Greck/Kössler 2016; Scholl/Weischenberg 1998; Greck 2017; Hallin/Mancini 2004). An-
merkung: Dargestellt sind strukturelle Prägungen der Leistungsrolleninhaber*innen des
Journalismussystems (Journalist*innen). Auf den Strukturebenen ›Organisationen‹ und ›Ak-
teurkonstellationen‹ sind zudem aus Übersichtsgründen nur selbstreferenzielle Programme
des Journalismussystems berücksichtigt worden.

Teilsystemebene: Auf der höchsten Analyseebene formaler Struktur, in der sich
Gesellschaft reproduziert, folgt das Journalismussystem dem hoch verdinglichten
Leitwert *Aktualität*. Dieser umfasst drei Bedeutungsdimensionen. Themen, die der
Journalismus für sein Publikum öffentlich bereitstellt, sind aktuell im Sinne ih-
res Neuigkeitswert (zeitliche Dimension), faktisch wirklich (sachliche Dimensi-
on) sowie gesellschaftlich relevant (soziale Dimension). (Vgl. Scholl/Weischenberg
1998: 77f.) Wie erwähnt, besteht in der Journalismusforschung kein Konsens über

den teilsystemischen Nukleus. Daher wird in dieser Arbeit angenommen, dass der teilsystemische Leitcode etwa im Vergleich zur Wirtschaft ein niedrigeres Verdichtungsniveau aufweist (s.a. nachfolgendes Kapitel). Es ist jedoch nicht so, als wären die identifizierten Codes des Journalismussystems inkommensurabel. Blöbaums (2016: 153) Intuition, es handle sich bei den unterschiedlichen Konzeptualisierungen der systemischen Kerncharakteristika eher um semantische Differenzen, ist zuzustimmen. Neben der dominanten evaluativen Orientierungsmodalität prägt die Teilsystemeebene auch in normativer Hinsicht. Die Erwartungsstrukturen konstituieren sich in erster Linie über typisierte Berufsrollen (vgl. Rühl 1980: 272ff.), also *Fiktionen journalistischer Profession*. Diese geteilten Rollenselbstverständnisse – zum Beispiel in den Semantiken ›neutrale*r Berichterstatter*in‹, ›Kritiker*in an Missständen‹, ›Anwalt/Anwältin der Benachteiligten‹ (vgl. Neuberger 2007: 143; Scholl/Weischenberg 1998: 157ff.) – gleichen der evaluativen Leitorientierung hinsichtlich des sich selbst validierenden Charakters, unterscheiden sich jedoch vom ›Leitstern‹ durch ein geringeres Generalisierungsniveau und eine größere raumzeitliche Varianz.

Am Beispiel der Berufsrollen lässt sich illustrieren, dass die Zuordnung konkreter Strukturkomponenten zu den analytisch distinkten Orientierungsmodalitäten nicht überschneidungsfrei erfolgen kann. Sie hat vielmehr einen heuristischen Wert. Berufsrollen wirken nämlich auch in evaluativer Hinsicht, da es sich um identitätsstiftende Berufsideale handelt, deren Annäherung oft auch *gewollt* wird. Sie fallen in der vorgeschlagenen Systematisierung jedoch primär in die normative Dimension, da aus ihnen unmittelbar Berufsnormen abgeleitet werden, die klar prägnante Sollens-Vorgaben machen (z.B. Unparteilichkeit). Dass sie das journalistische Handeln enorm beeinflussen, zeigt sich gerade dann, wenn sie verletzt werden (vgl. Schimank 2005b: 39), zum Beispiel wenn bekannt wird, dass ein renommierter Medium fingierte Informationen im journalistischen Gewand veröffentlicht hat und dadurch ein Skandal ausgelöst wird.

Kognitiv geprägt werden Journalist*innen auf Teilsystemeebene auch durch Konstellationsstrukturen unterschiedlicher Mediensysteme. Diese werden als nationale und internationale Medienlandschaften antizipiert und gewinnen dadurch den Charakter von ›cognitive maps‹. Mit Hallin und Mancini (2004) können Mediensysteme auf einer Metaebene als demokratisch-korporatistisch, liberal oder polarisiert-pluralistisch unterschieden werden. Noch weniger generalisiert als die bisher genannten, sind die teilsystemischen Programmstrukturen, die den Leitwert operationalisieren und in allen drei Orientierungsmodalitäten prägen. Zu den selbstreferenziellen gehören Recherche-, Selektions-, Bearbeitungs-, Koordinationsprogramm (vgl. Blöbaum 2016a). Mit der Ausbildung fremdreferenzierender Programmelemente reagiert das Journalismussystem auf Umwelteinflüsse vor allem aus Wirtschaft, Politik und Recht. So beschränkt und eröffnet etwa das Medienrecht die Möglichkeiten journalistischer Leistungsproduktion.

Die dargestellten Kernelemente, insbesondere Leitwert, Berufsrollen und -normen sowie die Programmstrukturen werden reflexiv durch historische Semantiken überhöht (vgl. Schimank 2005b: 86). Dabei handelt es sich um Zuschreibungen der gesellschaftlichen Funktion des Journalismussystems und seiner Leistungsbezüge zu anderen Teilsystemen: »Während die Funktionszuschreibung [...] eine Legitimation des Codes in seiner Indifferenz gegenüber allen sonstigen Gesichtspunkten liefert, beziehen die Leistungszuschreibungen das Teilsystem auf Erwartungen aus der gesellschaftlichen Umwelt.« (Ebd.) Die historischen Semantiken werden demnach von journalistischen Leistungsrollenträger*innen, wissenschaftlichen Reflexionsinstanzen (vgl. Wendelin 2011) und dem Publikum (re-)produziert und modifiziert.

Organisationsebene: Organisatorische und teilsystemische Strukturen des Journalismus haben sich in Ko-Evolution herausgebildet (vgl. Blöbaum 1994; Schimank 2005b: 228). Wie oben erläutert, handelt es sich bei journalistischen Medien um einen Organisationstyp, der sowohl im journalistischen als auch im wirtschaftlichen Teilsystem eingebettet ist. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich nur auf seine journalistische Einbettung.

Die Durchorganisation des Journalismussystems operationalisiert dessen abstrakte Deutungsstrukturen in sachlicher und sozialer Hinsicht (vgl. Schimank 2005b: 225). Die Ziele journalistischer Organisationen haben ihren gemeinsamen Fluchtpunkt im teilsystemischen Leitwert, buchstabieren diesen und die selbstreferenziellen Programmelemente jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen aus. Dies erfolgt auch vor dem Hintergrund der o.g. historischen Semantiken, sodass journalistische Organisationsziele typischerweise gemeinwohlorientiert sind. Beispiel einer Gemeinwohlorientierung ist etwa die Zielsetzung, benachteiligte Akteure und Kollektive öffentlich sichtbarer zu machen. Die Leistungsrollenträger*innen des Journalismussystems sind entweder über eine Mitgliedschaftsrolle unmittelbar in journalistischen Organisationen inkludiert oder mittelbar als »Freie« und »Scheinselbstständige« organisatorisch angebunden (vgl. ebd.: 226). Organisationsmitglieder besitzen zudem redaktionelle Arbeitsrollen (z.B. Chefredakteur*in, CvD, Politikredakteur*in), die die Organisationsziele an Verhaltenserwartungen knüpfen (vgl. Altmeppen 2006: 127f.).⁶ Neben den Arbeitsrollen gehören auch informelle und formelle Regeln zu den normativen Orientierungen der organisationalen Strukturebene. Hierbei geht es um institutionalisierte Prozessabläufe (z.B. alltäglicher Produktionsplan in Tageszeitungsredaktionen), festgeschriebene Umgangsformen (z.B. Regeln für die Moderation von Online-Nutzer*innen-Kommentaren) oder Vorschriften aus Berufskodizes. Normen repräsentieren die dominante Orientierungsmodalität auf der Organisationsebene und sichern den Fortbestand der teilsystemischen

6 Zu den Unterschieden zwischen Mitgliedschafts-, Arbeits- und Berufsrollen: Rühl 1980: 272ff.

Deutungsstrukturen: Sie sind auf die Erfüllung der Organisationsziele und damit auch auf den journalistischen Leitwert ausgerichtet, ihre Einhaltung wird durch Anspruchsbefriedigung der Organisationsmitglieder entlohnt. Dabei handelt es sich offenbar nicht um ein typisches Tauschgeschäft zwischen Organisation und Mitgliedern der funktional differenzierten Gesellschaft, bei dem Normkonformität durch die Befriedigung vor allem extrinsischer Motive (z.B. Gehalt, Karrierechancen, Macht) erreicht wird (vgl. Schimank 2005b: 226). Befragungen zur Berufswahl deuten nach Neuberger (2016: 301) darauf hin, dass Journalist*innen stark intrinsisch motiviert sind und ihre berufliche Tätigkeit demnach als Selbstzweck sehen, um zum Beispiel Kritik an gesellschaftlichen Missständen zu üben. Der Fokus auf intrinsische Motive entspricht Neuberger zufolge einem Handlungsantrieb, der in Schimanks Akteurmodell des ›Identitätsbehaupters‹ akzentuiert ist (vgl. ebd.). Daher kann angenommen werden, dass journalistische Organisationen ihre Mitglieder nicht nur als Homo sociologicus und Homo oeconomicus adressieren (vgl. Schimank 2005b: 226), sondern in hohem Maße auch als ›Identitätsbehaupter‹.

Die normativen Erwartungsstrukturen der Organisationen beinhalten in ihren Handlungsskripten (sensu H. Esser) natürlich auch Aspekte kognitiver Orientierung. Deutlich kognitiv prägen Vorstellungen, die sich journalistische Organisationen von ihrem Publikum machen – als ideelles Bild von den ›Leuten‹, die erreicht werden (sollen) (vgl. Scholl 2004: 529f.) und/oder als Konglomerat verschiedener Statistiken, welche über interne Publikumsforschung und Nutzungsmetriken generiert werden (vgl. Hohlfeld 2013). Wobei in beiden Fällen eher abstrakte Schematisierungen wirksam sind. Teil der Konstellationsstrukturen auf organisationaler Analyseebene sind zudem Gleichgewichte in der Beziehung zu anderen korporativen Akteuren, die positiv oder negativ bewertet werden. Neben der Orientierung an teilsysteminternen Eliten (Leitmedien) (vgl. Greck 2017), können hier Kollaborationen und Konkurrenzen mit ähnlichen Medienhäusern aufgeführt werden (vgl. Scholl/Weischenberg 1998: 107ff.).

Ebene der Akteurkonstellationen: Im Arbeitsalltag sind Journalist*innen bei der Verfolgung ihrer Interessen auf die Kooperation mit anderen angewiesen. Insofern sich zur Interdependenzbewältigung in wiederkehrenden Akteurkonstellationen bestimmte Ordnungsmuster soweit verfestigt haben, als dass ihre Missachtung erhebliche Nachteile für die Beteiligten mit sich brächte, kann von Strukturen auf Ebene der Akteurkonstellationen gesprochen werden. Da der Redaktionsalltag von vielfältigen, zeitlich andauernden Akteurkonstellationen geprägt ist, haben Strukturen auf dieser Analyseebene ein niedriges Generalisierungsniveau. Die aussagekräftigsten Handlungsprägungen für die Akteure sind hier kognitiver Art. In Arbeitsbeziehungen spielen etablierte Beziehungsgleichgewichte eine Rolle, die in sozialen Situationen bestimmte Handlungsalternativen als möglich, andere als nicht realisierbar erscheinen lassen. Diese Gleichgewichte können

positiv bewertet werden, etwa in der Zusammenarbeit eines Rechercheverbunds. Daneben gibt es negative Gleichgewichte in einer Konkurrenzbeziehung zwischen Journalist*innen, die sich beispielsweise aufgrund der geteilten Organisationsmitgliedschaft nicht auflösen lässt. Solche Ordnungsmuster können sich auch in der Routine mit bestimmten Informationsquellen (z.B. Öffentlichkeitsmitarbeiter*innen, Politiker*innen) einstellen. Arbeitsbeziehungen sind darüber hinaus geprägt von Reziprozitätsnormen, etwa der (moralischen) Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung. In evaluativer Hinsicht können Strukturen entstehen, die zu geteilten Rationalitätsfiktionen führen. Innerhalb von Ressorts sind beispielsweise bestimmte Verfahrensweisen, etwa Recherche- und Darstellungspraktiken, zu geteilten Leitideen avanciert, deren Adäquanz überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird. Dann besteht Common Sense zum Beispiel darin, umfangreiches quantitatives Recherchematerial stets als Infografik zu visualisieren, da für alle Beteiligten feststeht, dass diese Präsentationsform hierfür die beste ist. In solchen Leitideen wird also Entscheidungsförmigkeit (Zweck-Mittel-Relation) fingiert, obwohl das betreffende Verfahren längst eine unhinterfragte Zielvorgabe der jeweiligen Akteurkonstellation ist. Eine andere Art von Deutungsstrukturen sind Interaktionsstile der Akteure, die sich parallel zu den o.g. Beziehungsgleichgewichten entwickeln können. Konkurrierende Redakteur*innen unterstellen sich gegenseitig eine egoistische Nutzenmaximierung, die dann von der kognitiven Erwartungserwartung in das eigene Wollen übergehen kann: Wenn sich die andere Person mir gegenüber opportunistisch verhält, bin ich gut daran gehalten, mich ihr gegenüber ebenso zu verhalten.

Die Liste der dargestellten Strukturkomponenten des Journalismussystems ist keinesfalls vollständig, sondern kann als Grundgerüst dienen, um weitere Elemente zu identifizieren. Von den dargestellten Orientierungen wird angenommen, dass sie in konkreten Handlungssituationen komplex miteinander verwoben sind und selten harmonisch zusammenspielen. Entsprechend Schimanks Primat des Wollens werden Handlungsoptionen in der journalistischen Leistungsproduktion (in der Regel) jedoch auf einer ersten Filterstufe durch den journalistischen Leitwert der Aktualität hinter dem Rücken der Akteure vorselektiert.

10.2.2 Strukturprägung des Publikums

Die Strukturprägung des journalistischen Publikums unterscheidet sich von der Strukturprägung seiner Leistungsrollenträger*innen. Dafür gibt es vier Gründe: der erste gilt für alle Teilsysteme, drei sind journalismusspezifisch.

a) Nach Schimank sind teilsystemische Deutungsstrukturen hochgradig generalisierte Orientierungen, die als simplifizierende Inszenierungen und sich selbst erfüllende Prophezeiungen die ›konkrete Kontingenz‹ sozialer Situationen ausblenden. Diese Fiktionalisierung (Wirklichkeitsvereinfachung), die jede Ereignis-

kette und Akteurkonstellation in der teilsystemischen Leistungsproduktion präformiert, spitzt sich auf der Empfänger*innenseite noch weiter zu: »Das Bild, das Dritte, die von den outcomes einer konkreten sozialen Situation irgendwie tangiert sind, sich von dieser machen müssen, muss also, um bei ihnen keine hoffnungslose Komplexitätsüberlastung zu erzeugen, im Normalfall eine extrem simplifizierende Abstraktion darstellen.« (Schimank 2005b: 90) Gerade das Journalismussystem ist »in hohem Maße intransparent« (Neuberger 2016: 299), sodass die »konkrete Kontingenzt« des journalistischen Produktionsprozesses, welche die Leistungsrolle-träger*innen bereits weitestgehend ausblenden, auf Publikumsseite überhaupt nicht mehr nachvollzogen werden kann. Nach Luhmann besteht der Vorteil funktionaler Differenzierung genau darin, die lange Selektionskette, die sich hinter einer teilsystemischen Leistung verbirgt, eben nicht mehr persönlich nachvollziehen zu müssen. Die teilsystemischen Deutungsstrukturen vereinfachen den Leistungsempfang für das Publikum. Dies ist – strukturell gesehen – eine klare Zielvorgabe, die bereits dadurch erfüllt ist, dass Publikumsrolleninhaber*innen »soziale Situationen als Ausprägungen der spezifischen Handlungslogik eines bestimmten gesellschaftlichen Teilsystems interpretieren« (Schimank 2005b: 90).

b) Wie bereits erwähnt, wird davon ausgegangen, dass der journalistische Leitcode vergleichsweise gering verdinglicht ist. Möglicherweise liegt der Grund dafür in der jungen Historie dieses Teilsystems. Während zum Beispiel religiöse, wirtschaftliche und politische Sozialregulative bereits stratifikatorisch und segmentär differenzierte Gesellschaften der Vormoderne prägten, sind Öffentlichkeit bzw. massenmediale Publizität eine typisch moderne Errungenschaft. Das niedrige Verdinglichungsniveau des journalistischen Leitcodes betrifft auch die ihn umgebenden selbstreferenziellen Programmelemente. Zwar lässt sich unterstellen, das Publikum gehe davon aus, dass der Journalismus eigensinnig recherchiert, auswählt, darstellt und koordiniert (vgl. Blöbaum 2016a: 156ff.), nach welchen Zielvorgaben dies geschieht, wird jedoch nicht mehr selbstverständlich sein. Die geringere Prägung in der evaluativen Orientierungsmodalität schmälert die »territoriale Deutungshoheit« des Journalismus, wodurch alternative Situationsdefinitionen in der Erst-Orientierung wahrscheinlicher werden.

c) Die vergleichsweise geringe Deutungsstrukturprägung des Journalismussystems sorgt darüber hinaus auf Publikumsseite für Unklarheit, wie die fremdreferenziellen Programmelemente auf die journalistische Eigenlogik wirken (anregend, ergänzend oder beschränkend). Mehr noch: Insbesondere in Bezug auf die wirtschaftsbezogenen Programmelemente ist anzunehmen, dass die Prägungswirkung der schwach verdinglichten journalistischen Eigenlogik nicht selten überlagert wird von der stark verdinglichten Wirtschaftslogik, die den »hineingetragenen Elementen« anlastet. Diese Überlagerung teilsystemischer Orientierungshorizonte betrifft zunehmend auch die Produzent*innenseite – fortschreitende Ökonomisierung untergräbt die Autonomie des Journalismussystems grundsätzlich (s.

Kapitel 12.4). Für die Publikumsseite kommt erschwerend hinzu, dass das Journalismussystem auf der organisationalen Mesebene sehr komplex ist. Journalistische Medien sind in der Regel nicht ins Journalismussystem vollinkliert, sondern in die beiden Teilsysteme Journalismus und Wirtschaft doppelt eingebettet. Produzent*innen sind aufgrund ihrer Redaktionsmitgliedschaft stärker als Nichtmitglieder durch die journalistische Seite eines Mediums geprägt. Sie wissen um die Interdependenzen und organisationalen Verflechtungen, weil ihr Arbeitsalltag davon bestimmt wird. Dem Publikum wird es dagegen nicht immer gelingen, zwischen Redaktion und Medienunternehmen zu differenzieren – dies äußert sich auch alltagssprachlich in der Gleichsetzung der Begriffe Medien und Journalismus.

d) Viertens sind die Publikumsrollen vergleichsweise gering formalisiert und die organisationale Anbindung ist eher lose. Adressat*innen sind – zumindest im Fall des Nachrichtenjournalismus – nicht besonders abhängig von der Leistung einer bestimmten Organisation, sodass sie wenig Anlass dazu haben, sich den normativen Erwartungen der betreffenden Organisation zu fügen (vgl. Schimank 2005b: 226). Das bedeutet, dass die Orientierung am journalistischen Leitcode auf Publikumsseite nicht besonders stark durch normative Erwartungsstrukturen der Mesebene flankiert wird.

Wie gestaltet sich nun die Strukturprägung des Publikums? Der Status eines autonomen gesellschaftlichen Teilsystems Journalismus ist entsprechend Schimanks Theorieanlage nur dann gegeben, wenn die teilsystemische Deutungsstruktur Situationsdefinitionen in journalistischen ›Hoheitsgebieten‹ wie selbstverständlich präformiert, ohne dass Akteure über diese erste Filterstufe häufig reflektieren würden. Der systemische Kern, also die soziale Struktur mit dem größten Verdinglichungsgrad, ist der journalistische Leitcode. Dementsprechend sollte den Leistungsnehmer bei Wahrnehmung entsprechender ›Schlüsselreize‹ völlig klar sein, dass sie sich gerade in einem Gesellschaftsbereich bewegen, in dem Aktualität in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht die oberste Zielvorgabe ist. Dies erscheint auf den ersten Blick plausibel – besonders wenn man sich Gegenteiliges, also die Zielvorgabe am Negativwert (Nicht-Aktualität) vorstellt: Wer würde schon beim Aufrufen eines Online-Nachrichtenmediums oder beim Aufblättern einer Tageszeitung ernsthaft erwarten, die vorgefundenen Texte wären mit der Intention verfasst worden, weit zurückliegende Ereignisse ohne Gegenwartsbezug, frei Erfundenes oder Banalitäten zu thematisieren?

Fraglich ist, welche ›Schlüsselreize‹ bzw. verdinglichten Symbole den journalistischen Frame (sensu H. Esser) aktivieren. Hier lässt sich zunächst an die Mediengattungstheorie anschließen, die als Erweiterung der sozialkonstruktivistischen Theorie kommunikativer Gattungen gelesen werden kann (vgl. Michael 2017).

»Diejenigen kommunikativen Vorgänge, die typisch wiederkehren und deren regelmäßige Bewältigung von gesellschaftlicher Relevanz ist, bilden typische Mus-

ter aus, an denen sich Handelnde orientieren können. Kommunikative Gattungen bezeichnen diejenigen kommunikativen Prozesse, die sich gesellschaftlich verfestigt haben.« (Günthner/Knoblauch 1994: 695f.)

Kommunikative Gattungen sind also »Institutionen zur Strukturierung sozialer Ordnung« (Lünenborg 2017: 381). Solcherart Strukturen sind auch in Medienangeboten repräsentiert. Die Mediengattungstheorie fokussiert kognitive und kommunikative *Medienschemata* oder *Medienhandlungsschemata* (vgl. Schmidt 1996: 164ff.), auf die sowohl Produzenten als auch auf Rezipient*innen medialer Angebote »zum Zwecke der Konstruktion und intersubjektiven Festigung von Wirklichkeitsmodellen« (Schmidt/Weischenberg 1994: 216) zugreifen. Bezogen auf journalistische Angebote »strukturieren Medienhandlungsschemata kollektive Wissensbestände, die Erwartungserwartungen bei der Herstellung, Verarbeitung und Verbreitung journalistischer Kommunikationsangebote zwischen Kommunikatoren und Rezipierenden insgesamt regeln« (Michael 2017: 391). Es handelt sich also um ein theoretisches Bindeglied in der Deutungsstrukturprägung teilsystemischer Leistungslenträger*innen und -empfänger*innen.

Journalistische Medienschemata können anhand journalistischer Darstellungsformen und Berichterstattungsmuster beobachtet werden, die beispielsweise als Reportage oder Kommentar bezeichnet werden. Als *publizistische Ansprecheisen* (vgl. Saxer 1999: 125) adressieren Medienschemata das in der Sozialisation erworbene Schemawissen und die damit verknüpfte Handlungsrolle des journalistischen Publikums: »Sie signalisieren den Rezipienten metakommunikativ, welches Schemawissen er aktivieren muss, um ein Medienangebot »richtig«, d.h. im Sinne des Kommunikators zu interpretieren.« (Neuberger 2007: 143) Der deutlichste Schlüsselreiz einer solchen journalistischen Symboltechnik (vgl. Rühl 1980), der in die journalistische »Gussform« zwingt, geht von der hochgradig standardisierten Darstellungsform Nachricht aus.

Der journalistische Leitcode wirkt in der Erst-Orientierung als ein »Hinweischild« (Schimank 2009b: 207) oder »Leitstern«, der besagt, dass es in einer Situation um Aktualität geht. Welche Strukturen auf Teilsystemebene außerdem die nun abgesteckte Wertsphäre auf Publikumsseite prägen, dazu finden sich bei Schimank lediglich Hinweise. Für das Beispiel des Wirtschaftssystems geht er davon aus, dass auch die Code tragenden selbstreferenziellen Teile der Programmstruktur die Publikumsorientierung prägen. An anderen Stellen fehlt jedoch der Hinweis auf die Programmstrukturprägung und er nennt für die »Rahmungen des Geschehens in Gestalt von Sinngrenzen« (Schimank 2011: 468) Handlungsimplicationen, die nur noch implizit auf die jeweiligen Programmstrukturen referieren (vgl. ebd.). Sehr häufig findet sich allerdings der Verweis auf eine *teilsystemische Handlungslogik*, die mit der Leitcode-Orientierung unmittelbar salient wird und zudem Rollenerwartungen auferlegt (vgl. Schimank 2005b: 90, 2006: 42).

In der Kommunikationswissenschaft ist am Konzept der *Medienlogik* gearbeitet worden, das von Altheide und Snow (1979) eingeführt wurde und meist im Kontext von Medialisierung Anwendung findet. Medienlogik versteht Altheide (2016: 1) als Kommunikationsform und als Prozess medialer Informationsübermittlung. Es gibt konzeptuelle Parallelen zum Begriff der Medienschemata, jedoch werden hier stärker sozialstrukturelle Dynamiken betont, die sich durch die zunehmende Anpassung an eine Medienlogik ergeben können. Eine basale Annahme ist, »that communication guidelines become institutionalized and taken for granted, serve as an interpretive schema, and guide routine social interaction, and thereby become integral in creating, maintaining, and changing culture« (ebd.). Das ursprüngliche Konzept verbleibt allerdings auf einem eher oberflächlichen Niveau und wurde im Gegensatz zur Mediengattungstheorie nicht grundagentheoretisch eingebettet.

Mittlerweile ist das Konzept verschiedentlich weiterentwickelt worden, auch vor dem Hintergrund der akteurzentrierten Differenzierungstheorie (vgl. Karidi 2017; Meyen 2014a, 2014b, 2015; Meyen/Thieroff/Strenger 2014). M. Meyen setzt den Begriff der Medienlogik unmittelbar an die Stelle der teilsystemischen Handlungslogik, die nach Schimank in Situationsdefinitionen beinahe reflexartig mit der Leitcode-Orientierung auf den Plan tritt. Wie Schimank geht er dabei nicht von einem Journalismussystem, sondern von einem System der Massenmedien aus, wobei er ebenfalls keine werbenden oder unterhaltenden, sondern ausschließlich journalistische Medien avisiert.⁷ Medienlogik stellt sich für das Publikum als systemspezifische ›Metabotschaft‹ dar, als das, »was Akteure beobachten, wenn sie ihre abstrakte Fiktion vom Mediensystem entwickeln« (Meyen 2014b: 652). Gemeint ist ein Regelwissen – oder vorsichtiger: praktisches Wissen – über die Art und Weise, wie journalistische Medien vor dem Hintergrund ihrer institutionellen Verflechtungen Realität konstruieren (vgl. Meyen 2015: 27, 2014a: 381): »Medienlogik besteht also nicht nur aus Nachrichtenfaktoren, sondern stellt die Operationsweise der Massenmedien vor dem Hintergrund aller an der Nachrichtenproduktion beteiligter Prozesse dar.« (Karidi 2017: 44) Journalistische Inhalte werden von systemisch doppelt eingebetteten Organisationen produziert. In der evaluativen Orientierungsmodalität oszilliert Medienlogik aus Sicht des Publikums deshalb zwischen einem normativen und kommerziellen Pol (vgl. Landerer 2013; Karidi 2017; Meyen 2015; s.a. Neuberger 2013: 230f.). Die normative Logik spiegelt die historischen Semantiken, also die Funktions- und Leistungszuschreibungen (z.B. Demokratieerhalt/-förderung) sowie die Gemeinwohlorientierung der journalistischen

7 Diese Schlussfolgerung legt etwa seine empirische Studie nahe, in der er Tageszeitungen auf ihre Medienlogik inhaltsanalytisch untersucht und dabei ausschließlich nach journalistischen Darstellungsformen sucht (vgl. Meyen 2015). Es findet sich in seinen thematisch einschlägigen Texten kein Hinweis auf eine Medienlogik, die nicht den journalistischen Produktionsprozess (inklusive beteiligter Umwelteinflüsse) beträfe.

Organisationseinbettung wider. Die kommerzielle Logik ist Ausdruck der Autonomieeinbußen auf fremdreferenzieller Programmebene sowie Ergebnis der intransparenten Strukturprägung durch die wirtschaftliche Organisationseinbettung. Die Zielsetzung letzterer lautet: Reichweitenmaximierung zum Zweck der Profitsteigerung.⁸

Eine so verstandene Medienlogik unterliegt zeitlichen und räumlichen Einflüssen, etwa des nationalen Mediensystems, weist jedoch trotzdem ein bestimmtes Generalisierungsniveau auf, das von Unterschieden zwischen journalistischen Organisationen, Kanälen oder Ressorts abstrahiert (vgl. Meyen 2015: 28). Auf Ebene der Medieninhalte wird Medienlogik in den drei Dimensionen Selektion, Präsentation und Interpretation erkennbar (vgl. Karidi 2017; Meyen 2015), wobei bislang noch unklar ist, welche der zahlreich identifizierten Muster tatsächlich fester Bestandteil des Publikums-»Frames« (sensu H. Esser) sind.⁹

Gegenüber dem Mediengattungskonzept, das aus Sicht des Verfassers vor allem die Prägung der teilsystemischen Leitorientierung und der selbstreferenziellen Programmelemente adressiert, können über die so verstandene Medienlogik auch Einsichten über die fremdreferenzielle Programmstrukturprägung sowie (teilweise) über die organisationale Strukturprägung gewonnen werden. Dabei stößt sich die Argumentation gerade nicht am Begriff Medienlogik, der die eingangs eingeführte analytische Trennung zwischen Journalismus und Medien auf Publikumsseite wieder aufhebt. Ganz im Gegenteil wird erstens davon ausgegangen, dass die alltägliche Rede von »den Medien« die Fiktion akteurloser Sozialität des betreffenden Systems semantisch ausdrückt. Zweitens erscheint der wirtschaftspolitische Beigeschmack, der diesem Terminus anhaftet, durchaus der Strukturprägung des Publikums zu entsprechen. Angesichts komplexer Organisationsverhältnisse (s.o.) und des gering verdinglichten journalistischen Leitcodes, ist es unplausibel anzunehmen, die systemische Handlungslogik würde sich für das Publikum so darstellen, als seien sämtliche Produktionsprozesse auf die selbstreferenziellen Programmstrukturen des Journalismussystems ausgerichtet. Zur Fiktion des Journalismus gehört eben nicht nur der intersubjektiv fraglos akzeptierte »Leitstern« Aktualität, sondern innerhalb der journalistischen Wertsphäre sind auch ökonomische und politische Orientierungen handlungsprägend.

8 Die Ähnlichkeiten zu Bourdieus autonomem und heteronomem Pol des journalistischen Feldes sind unverkennbar (vgl. Bourdieu 2005: 41), obgleich nicht in allen genannten Quellen unmittelbar auf Bourdieu rekurriert wird.

9 Meyen und Karidi haben Medienlogik lediglich inhaltsanalytisch erfasst.

10.3 Journalismus und Sozialintegration

Zuvor wurde skizziert, wie die Strukturen des Journalismussystems die Handlungsorientierungen seines Publikums prägen. Dabei wurde das Publikum bislang als eine statische Größe behandelt. Da angenommen wird, dass die individuelle Wahrnehmung bzw. Beurteilung einer teilsystemischen Bindung auch von der Teilhabe am betreffenden Systemgeschehen abhängt, soll im Folgenden das Verhältnis des Publikums zum Journalismus genauer untersucht werden. Dies erfolgt anhand des in der Differenzierungstheorie zentralen Begriffs der Inklusion.

10.3.1 Inklusionsverhältnis differenzierungstheoretisch betrachtet

Inklusion umfasst zwei Bedeutungen, nämlich »den *Vollzug* von Gesellschaft, in Gestalt der Teilsysteme, durch das Individuum sowie die gesellschaftliche *Prägung* des Individuums durch die Teilsysteme« (Burzan et al. 2008: 7; Herv. i. O.). Die Einbindung der oder des Einzelnen in die Gesellschaft erfolgt über institutionalisierte Rollen. In den vorangegangenen Kapiteln kamen schon zwei verschiedene Rollentypen zur Sprache: *Primäre Leistungsrollen*, wie die der Journalistin bzw. des Journalisten, welche in der Regel in formalen Organisationen eingebunden sind und die teilsystemische Leistungsproduktion hauptverantworten. Außerdem *Publikumsrollen*, die teilsystemische Leistungen verschiedentlich empfangen (z.B. als Zeugin oder Angeklagter im Rechtssystem) und über den Umfang des Leistungsbezugs oft aktiv bestimmen können und müssen. Der Anteil an Eigeninitiative ist in manchen Teilsystemen so hoch, dass hier mit den *sekundären Leistungsrollen* ein dritter Rollentypus unterschieden werden kann. Sekundäre werden im Unterschied zu den primären Leistungsrollen nicht beruflich ausgeübt. (Vgl. ebd.: 29ff.) Für das Journalismussystem wurde etwa mit den Leserreporter*innen eine sekundäre Leistungsrolle identifiziert (vgl. Volkmann 2010). Während eine Person in der Regel nur eine primäre Leistungsrolle ausübt, besitzt sie zugleich eine Vielzahl verschiedener Publikumsrollen in allen zwölf Teilsystemen und bisweilen zusätzlich auch sekundäre Leistungsrollen.

Burzan und Kolleg*innen haben im Anschluss an Stichweh (1988) einen Inklusionsbegriff entwickelt, der über das binäre Verständnis von Adressierung und Nicht-Adressierung der autopoietischen Systemtheorie hinausgeht. Denn sie unterscheiden nach »Art und Intensität der rollenförmigen Einbindung in ein einzelnes Teilsystem« (ebd.: 29) und fassen diese einzelnen *Inklusionsverhältnisse* in einem *Inklusionsprofil* zusammen, das teilsystemübergreifend alle Einbindungen einer Person oder einer Personengruppe berücksichtigt (vgl. ebd.).

Die Publikumsrollen können in insgesamt neun zeitlichen und sozialen Facetten differenziert werden. Zu den zeitlichen gehören Häufigkeit (a) und Dauer (b) der inkludierenden Aktivitäten sowie die Unterscheidung zwischen lebensphasen-

spezifischem versus lebenslangem Zeitraum der Inklusion (c). In sozialer Hinsicht kann ein Inklusionsverhältnis danach beschrieben werden, ob die Inanspruchnahme teilsystemischer Leistungen optional oder obligatorisch ist (d). Letzteres ist der Fall, wenn es existenzielle Sachzwänge oder normative Regelungen gibt, denen sich Einzelne praktisch nicht entziehen können. Zudem gibt es symmetrische und asymmetrische Beziehungen zu den Leistungsrollenträger*innen (e), die durch das Vorhandensein bzw. Fehlen von Kompetenzunterschieden und/oder Machthierarchien geprägt sind. Am Grad der Formalisierung einer Publikumsrolle (f) kann untersucht werden, welchen Restriktionen die Rolleninhaber*innen unterliegen. Bei Organisationsmitgliedschaften und Aktivitäten in juristischem Zusammenhang ist die Rolle stark formalisiert. Im Fall privater und allein ausgeübter Aktivität ist die Formalisierung tendenziell eher gering. Ein Inklusionsverhältnis kann zudem eine Interaktion (g) voraussetzen oder nicht voraussetzen, wobei hier eine Interaktion unter zeitlich und räumlich Anwesenden gemeint ist. Leistungen des betreffenden Teilsystems sind zudem entweder kommerziell oder nicht kommerziell (h) in Anspruch zu nehmen. Ein letztes Unterscheidungsmerkmal ist die direkte oder indirekte Inklusion (i): Erstere meint den unmittelbaren persönlichen Empfang der Leistungen, letztere den über eine Person oder ein anderes Teilsystem vermittelten Empfang.

Die genannten sozialen Facetten können auch dazu dienen, den Grad der Selbst- oder Fremdbestimmtheit eines Inklusionsverhältnisses zu bestimmen: »Ein Inklusionsverhältnis ist umso fremdbestimmter, je eher es obligatorisch, asymmetrisch zu Ungunsten des Inkludierten, formalisiert, interaktiv und nicht kommerziell ist.« (Ebd.: 38) Besonders fremdbestimmt wäre demnach ein Strafgefangener, während eine Sportzuschauerin besonders selbstbestimmt in ihrem Inklusionsverhältnis ist. Die sozialen sind mit den zeitlichen Facetten in ihrer Prägewirkung multiplikativ verknüpft, sodass sich die These aufstellen lässt: »Je höher die zeitliche Intensität eines Inklusionsverhältnisses und je stärker fremdbestimmt es ist, desto größer ist seine Prägekraft von außen auf die Lebensführung und – in biografischer Verlängerung – auf den Sozialcharakter einer Person.« (Ebd.: 39) Wie steht es demnach um die Prägekraft der Massenmedien?

Das Autor*innenteam gibt einige konzeptionelle Hinweise zu den Facetten des Massenmediensystems¹⁰ (vgl. ebd.: 33ff.), ohne eine detaillierte Beschreibung vorzunehmen. Die nachfolgende Charakterisierung basiert vor allem auf den Ausführungen des empirischen Studienteils und wird um weitere Einschätzungen ergänzt. In zeitlicher Hinsicht wird das Inklusionsverhältnis als besonders intensiv erachtet: Massenmedien werden sehr häufig, zeitintensiv und über die gesamte

10 Obwohl die Autor*innen hier, wie erwähnt, mit Massenmedien vor allem Journalismus meinen, wird in der folgenden Charakterisierung der Begriff Massenmediensystem beibehalten.

Lebensspanne hinweg genutzt. In sachlicher Dimension sind Inklusionsaktivitäten nach Burzan et al. zwar im Prinzip optional, allerdings würden Exit-Optionen sehr selten wirklich genutzt. Diese Beobachtung kann dadurch erhärtet werden, dass Personen oft auch indirekt über ihre sozialen Kontakte massenmedial inkludiert werden – sei es in Gesprächen am Arbeitsplatz oder bei gemeinsamen sozialen Aktivitäten. Daneben gibt es auch Formen unfreiwilliger Inklusion. In einer medialisierten Welt geraten Akteure situativ in Kontakt mit medialen, insbesondere journalistischen Inhalten, ohne dass sie dies beabsichtigt hätten. Die News-Monitore in U-Bahnen und die Fremdreferenzen auf journalistische Berichterstattung innerhalb von Social-Media-Timelines sind Beispiele hierfür.

Die Beziehung zwischen Leistungsrollenträger*innen und Publikum ist in der Regel asymmetrisch aufgrund des Wissensgefälles zwischen ihnen, was in gewisser Weise auch ein Machtgefälle zu Ungunsten des Publikums impliziert. Die Monopolstellung in der Vermittlung und Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis bzw. einer Medienrealität durch den Journalismus wird im Fach kritisiert (vgl. Schudson/Anderson 2009), verteidigt (vgl. Carlson 2017) und in ihrer Gültigkeit angesichts neuer medientechnologischen Entwicklungen und Entgrenzungssphären bezweifelt (vgl. Lünenborg 2017). Relativiert werden muss diese Asymmetrie auch deshalb, weil das Publikum über Voice-Optionen (vgl. Hirschmann 1970), also Mitbestimmungsmöglichkeiten, verfügt, die einerseits aus der ökonomisch bedingten Nachfrageorientierung der Medienunternehmen resultieren (vgl. Burzan et al. 2008: 36), andererseits auch als Partizipationsmöglichkeiten am Ausagenentstehungsprozess demokratisch eingefordert und partiell gewährt werden (vgl. Peters/Witschge 2015). In der Journalismusforschung wurden – meist in Reaktion auf medientechnologische Veränderungsprozesse – zahlreiche Formen der Publikumsbeteiligung identifiziert (vgl. Neuberger 2018: 22ff.), wobei die (aktiveren) Partizipationsmöglichkeiten bislang sehr zurückhaltend in Anspruch genommen werden (vgl. Hölig/Loosen 2018: 227ff.). Entgegen der gängigen Einordnung wären diese Partizipationsformen sowie generell alle Formen der Kommunikation zwischen Leistungsrollenträger*innen und -empfänger*innen nach der Definition von Burzan et al. nicht interaktiv, da sie in der Regel in physischer Abwesenheit erfolgen. Für das System der Massenmedien bzw. des Journalismus ist es sinnvoll, den Ansatz von Burzan et al. an dieser Stelle mit dem Begriff der *Inklusionsleistungen* von Loosen und Schmidt (2012) zu ergänzen. Inklusionsleistungen werden sowohl auf Seiten der Leistungsrollenträger*innen in Form redaktionell institutionalisierter Publikumsbeteiligung erbracht als auch auf Seiten des Publikums in Form von Partizipationspraktiken, die die Leistungsempfänger*innen als individuelle oder aggregierte Publikumsäußerungen verstehen können. Werden beide Seiten gegenübergestellt, zeigt sich das *Inklusionsniveau* auf dieser Leistungsebene. (Vgl. Loosen 2013: 153f.)

Publikumsrollen sind gering formalisiert, wobei sie zunehmend häufiger nicht nur im privaten Raum ausgeübt werden, sodass rechtliche Regelungen (z.B. der Intermediäre) und institutionalisierte Vorgaben, etwa redaktionelle Regeln zum Verfassen von Online-Nutzer*innenkommentaren, eine immer größere Rolle spielen. Ob es sich beim massenmedialen um ein kommerzielles oder nicht kommerzielles Inklusionsverhältnis handelt, kann nach der Definition von Burzan et al. nicht eindeutig entschieden werden. Einerseits stellen sie fest, dass nicht jede Publikumsrolle, die mit persönlichen Kosten verbunden sei, eine kommerzielle Inklusion darstelle (vgl. ebd.: 37). Insofern wären journalistische Online-Inhalte, die unentgeltlich auf Online-Präsenzen der Medien oder über Intermediäre (z.B. News-Aggregatoren, Suchmaschinen, Social-Media-Plattformen) zur Verfügung gestellt werden, nicht kommerziell, obwohl die Nutzer*innen den Leistungsempfang im Falle der letztgenannten Plattformöffentlichkeiten durch Preisgabe und Kommodifizierung ihrer persönlichen Daten (meist) nichtintendiert vergüten. Andererseits sei ein entscheidendes Kriterium, ob die teilsystemische Leistung »in einem gewinnorientierten Zusammenhang bereitgestellt wird« (ebd.) – dies trifft ja aus genanntem Grund zu.

Burzan und Kolleg*innen operationalisieren die vorgestellten Aspekte zur Charakterisierung eines Inklusionsverhältnisses im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung und verrechnen sie zu einem Index, der jeder Person einen Punktwert ihrer Inklusionsintensität im jeweiligen Teilsystem zuweist. Im Mittel besitzt das System der Massenmedien den höchsten Punktwert, gefolgt von der Wirtschaft und den Intimbeziehungen. Mit anderen Worten sind Personen in Deutschland den Befunden der Autor*innen zufolge am intensivsten im System der Massenmedien inkludiert, wobei unklar bleibt, welcher Anteil an massenmedialen Inklusionsaktivitäten im Detail auf den journalistischen Leistungsempfang fällt. Sie kommen zu dem Schluss: »Die Inklusion in die Massenmedien ist zwar »auf dem Papier« eine optionale; doch faktisch kann es sich offenbar kaum jemand leisten, gar nicht über die Nachrichten informiert zu sein, und fast alle lassen sich auch in erheblichem Maße auf das massenmediale Unterhaltungsangebot ein.« (Ebd.: 103)

10.3.2 Inklusionsverhältnis ungleichheitstheoretisch betrachtet

Abgesehen von ihrem differenzierungstheoretischen Ertrag sticht die Studie von Burzan et al. (2008) auch deshalb hervor, weil die Autor*innen das Inklusionsprofil der Publikumsrollen mit ungleichheitstheoretischen Merkmalen der sozialen Lage in Verbindung bringen.¹¹ Berücksichtigt wurden die »vertikalen Merkmale«

11 Die Autor*innen haben auch in differenzierungstheoretischer Fragerichtung nach Erkläraktoren für die Inklusionsprofile gesucht. Geprüft wurde, inwieweit sich die Inklusionsverhält-

Bildung, Einkommen und berufliche Einbindung (Arbeitsstunden pro Woche) sowie die ›horizontalen Merkmale‹ Geschlecht und Alter. Das Inklusionsverhältnis ins System der Massenmedien ist den Befunden zufolge von allen sozialen Lagemerkmalen mit Ausnahme des Alters signifikant beeinflusst (vgl. Burzan et al. 2008: 105ff.). Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist allerdings Zurückhaltung geboten: Die Operationalisierung der Inklusionsaktivitäten ist eher oberflächlich – angesichts der ehrgeizigen Zielsetzung der Studie ist dies forschungsökonomisch nachvollziehbar: Die massenmedialen Inklusionsaktivitäten scheinen sich konzeptionell weitestgehend auf Mediennutzungsgewohnheiten zu beschränken. Generell werden die teilsystemischen Leistungsbezüge vor allem in der quantitativen Dimension untersucht. Aus Angaben zur Nutzungshäufigkeit und -dauer lassen sich noch keine Aussagen darüber treffen, welche qualitativen (sachlichen und sozialen) Leistungen das System der Massenmedien erbringt (s. nachfolgendes Kapitel). Zudem stellen die genannten Merkmale der sozialen Lage nur einen Bruchteil der Faktoren dar, die aus Ungleichheitstheoretischer Sicht relevant sind.

Der Anspruch kann an dieser Stelle nicht lauten, eine umfassende Theorie sozialer Ungleichheiten für das Journalismussystem auszubuchstabieren. Stattdessen werden nur einige Schlaglichter auf weitere Facetten sozialer Ungleichheit des journalistischen Publikums geworfen, die die Beziehung zum Journalismussystem potenziell beeinflussen. Instrukтив für eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Thema könnten Ungleichheitstheorien sein, die angesichts des komplexen Gegenstands multiperspektivisch angelegt und zudem in ihren Kernannahmen kompatibel sind mit der hier gewählten akteurzentrierten Differenzierungstheorie. Anja Weiß' (2017) *Soziologie globaler Ungleichheiten* ist in beiden Hinsichten weiterführend. Die Begriffsverwendung von Ungleichheiten (im Plural) ist programmatisch für ihre konzeptionelle Herangehensweise: Ausstattung und Wert von Ressourcen eines Akteurs, die über seine Lebenschancen bestimmen, sind bei der Autorin keine ontologischen Fixpunkte, sondern kontextrelativ: »Ob eine Eigenschaft (*property*) zu einer ungleichheitsrelevanten Ressource wird, entscheidet sich im Kontext.« (Ebd.: 14; Herv. i. O.) Da es unendlich viele Kontexte – oder: gedankliche ›Container‹ – gibt (z.B. Nationalstaat, Klasse, Elite, Netzwerk, Identität), die jeweils andere Ressourcen sichtbar werden lassen und diese Kontexte zudem nicht unabhängig voneinander sind, gibt es auch nicht *die eine* soziale Lage: »Menschen leben nicht allein im Staat und auch nicht in einer Welt. Sie leben in mehreren Welten, und

nisse untereinander beeinflussen. Sie finden einige signifikante Zusammenhänge, demzufolge bestimmte teilsystemische Inklusionsintensitäten in sachlicher Hinsicht mit anderen korrelieren. Dabei finden sie einige ›Wahlverwandtschaften‹, die aufgrund ihrer geringen Varianzaufklärung für die Inklusionsintensitäten an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden. Wären hier starke Zusammenhänge festgestellt worden, stünde der Befund im Widerspruch zur differenzierungstheoretischen Grundannahme der Autonomie gesellschaftlicher Teilsysteme und ihren Inklusionsverhältnissen (vgl. ebd.: 45).

oft leben sie zwischen ihnen. [...] Ungleichheit entsteht also in und zwischen den Welten.« (Ebd.: 321) Um dieser Komplexität näherungsweise gerecht zu werden, kombiniert die Autorin mehrere theoretische Zugänge u.a. Bourdieus Feldtheorie und Niklas Luhmanns Theorie autopoietischer Systeme und erhält dadurch eine Differenzierungstheorie sozialer Ungleichheiten, die zur Identifikation relevanter Dimensionen drei Suchscheinwerfer bereitstellt. Soziale Lagen strukturieren sich über

- a) *sozial differenzierte Kontextrelationen*, die dadurch entstehen, dass gesellschaftliche Teilsysteme durch ihre je eigenen Beobachtungsmodi hinter dem Rücken der Akteure Teilaspekte von Personen inkludieren und exkludieren und dadurch zu Ressourcen werden lassen;
- b) *politische umkämpfte Kontextrelationen*, in denen Personen in sozial konstruierten Kategorien symbolischer Herrschaft (z.B. Kapitalsorten der sozialen Felder, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, informelle ethnische Zugehörigkeiten, intersektionale Kombinationen), welche »nationalstaatliche Grenzen unterformen und überschreiten« (ebd.: 293), aktiv um politische Anschlusschancen kämpfen müssen;
- c) *territorial gebundene Kontextrelationen*, die im physisch-materiellen Sinne Körper an die örtliche Infrastruktur eines Territoriums binden und so eine bestimmte Ressourcenausstattung qualifizieren.

Dementsprechend entscheidet das Passungsverhältnis zwischen einer Person bzw. Teilaspekten einer Person und dem jeweiligen Kontext über die individuellen Lebenschancen (vgl. ebd.: 129ff.). Als übergeordneten Indikator sozialer Ungleichheiten, in dem die drei Kontextdimensionen berücksichtigt werden, schlägt die Autorin das Konzept der *sozialräumlichen Autonomie* vor: »Wenn sich Menschen Kontexte suchen können, die zu ihren Ressourcen passen, ist das ein Vorteil. Wenn sie daran gehindert werden, benachteiligende Kontexte hinter sich zu lassen, verringern sich ihre Lebenschancen.« (Ebd.: 129)

Das Inklusionsverhältnis des Publikums in den Journalismus ist durch alle drei Kontextrelationen beeinflusst. Die Auswirkungen betreffen den Zugang zu und die Qualität von journalistischen Leistungen. Wie Burzan und Kolleg*innen (2008) gezeigt haben, ist der Leistungsbezug in quantitativer Hinsicht nicht voraussetzungsfrei. Darüber informieren auch zahlreiche Forschungstraditionen in der Kommunikationswissenschaft, etwa Studien zur Wissenskluft-Hypothese bzw. zum Digital Divide (vgl. Bonfadelli/Friemel 2015: 249ff.), die Ungleichheitsaspekte in der territorialen Dimension (medientechnologische Infrastruktur) und der politisch-herrschaftlichen Dimension (ökonomisches, soziales, kulturelles Kapital; Beschaffenheit des Mediensystems) berücksichtigen. In die letztgenannte

Dimension fallen auch Untersuchungen zum Stand der Pressefreiheit (vgl. Czepek 2013).

Im Folgenden soll zudem ein genauerer Blick auf Ungleichheiten des Publikums in sozial differenzierten Kontextrelationen geworfen werden. Ungleichheitsrelevant wird diese Kontextrelation, wenn »Personen in der Beobachtung durch Systeme Eigenschaften [...] haben, die Ressourcencharakter gewinnen, wenn an sie Leistungen von Systemen gekoppelt sind« (Weiß 2017: 205). Zwei der an Leistungen gekoppelten Beobachtungskategorien des Journalismussystems wurden bereits angesprochen: Journalistische Leistungen empfängt, wer sich in einer journalistischen Publikumsrolle befindet. Auf Teilsystemebene gehören alle Gesellschaftsmitglieder zum journalistischen Publikum – allerdings nur im Prinzip. Faktisch ergeben sich vor allem auf Ebene der Organisationen und der Akteurkonstellationen Einschränkungen. (Vgl. Sutter 2016) Publizistische Ansprechweisen müssen als solche überhaupt erst verstanden werden: »Erst wenn die journalistischen Aktualitätsofferten vom Publikum sinnkonform verstanden werden, erst dann kann man von journalistischer Kommunikation sprechen.« (Görke 1999: 314; Fn. 116) Die basale Inklusionshürde zur Inanspruchnahme der Rezipient*innenrolle stellen demnach Medienhandlungsschemata dar (vgl. Michael 2017), die in der Sozialisation erworben werden müssen.¹² Die Differenzierung verschiedener Rezeptionsrollen ist darüber hinaus abhängig von institutionalisierten Inklusionsleistungen der Leistungsrollenträger*innen (vgl. Loosen/Schmidt 2012).

Bis hierhin wurde Inklusion jedoch nur daraufhin abgeklopft, welche Bedingungen an den Zugang zu journalistischen Informationen geknüpft sind. Mit Sutter lässt sich Inklusion noch weiter fassen: »Unterschiedliche Modi und Intensitäten massenmedialer [bzw. journalistischer; Anm. d. V.] Inklusionsprozesse lassen sich [...] an unterschiedlichen Formen der Adressierung, Einbeziehung und aktiven Beteiligung von Personen ablesen.« (Ebd.: 195; Herv. weggel.) Vom Journalismus-system adressiert werden nicht nur Rezipient*innen, sondern auch Berichterstattungsgegenstände. Hier geht es um die Frage, welche Akteure Teil journalistischer Realitätskonstruktionen werden und so über den Journalismus vermittelt als Sprecher*innen öffentlich in Erscheinung treten. Ungleichheit wird hier im Kontrast zu teilsystemischen Erwartungsstrukturen sichtbar: »Öffentlichkeit als Kommunikationsmodus erfordert, dass idealiter alle Subjekte der Gesellschaft mit ihren Wahrnehmungen, Erfahrungen und Interessen freien Zugang zu den Medien haben, und zwar als Rezipienten wie als Produzenten und Objekte der Medienberichterstattung.« (Pöttker 2010: 110f.) Die Chancen, Berichterstattungsobjekt zu wer-

12 An dieser Stelle ist erneut auf die politischen und territorialen Kontextrelationen aufmerksam zu machen. Medienkompetenz und Medienaneignungsprozesse sind beispielsweise für »mediale Migranten« (Suna/Hepp/Bozdag 2012) mit fehlenden Sprachkenntnissen alles andere als leicht zu erlernen.

den, hängen einerseits von organisationalen Strukturen ab, die den Leistungsträger*innen Zwänge auferlegen und Chancen eröffnen, andererseits haben politisch umkämpfte und territorial gebundene Kontextrelationen enormen Einfluss auf die potenziellen Sprecher*innenrollen. Korporative Akteure, die über umfangreiches Kapital in allen Dimensionen, etwa eine eigene Pressestelle verfügen, sind hier deutlich bessergestellt im Vergleich etwa zu Akteuren mit paradoxalem Inklusionsstatus, die politisch als staatenlos exkludiert, in anderen Teilsystemen – zum Beispiel im Rechtssystem als sogenannte »illegale Migrant*innen« – (in Zwangsrollen) partiell inkludiert werden (vgl. Weiß 2017: 174f.; s.a. Geißler/Pöttker 2009). In diesem Zusammenhang ist Sutters (2016) Differenzierung zwischen bestimmten und unbestimmten Exklusionen hilfreich:

»Bestimmte Exklusionen sind *inklusive* kommunikative Operationen, die Exklusionen erst sichtbar machen. Vollinklusion der Funktionssysteme hat daneben als unsichtbaren Nebeneffekt unbestimmte Exklusionen zur Folge, also all das, was nicht einmal kommuniziert wird. Es gibt demnach sichtbare Exklusionen, die stets Konstrukte kommunikativer Inklusionsoperationen sind, und es gibt unsichtbare Exklusionen. Es handelt sich dann gewissermaßen um Nicht-Personen, die nicht einmal als irrelevant behandelt werden, sondern schlicht unsichtbar, d.h., nicht an Kommunikationen anschließbar sind.« (Ebd.: 190; Herv. i. O.)

Der Journalismus interessiert sich gemäß seiner handlungsprägenden Strukturen und seiner historischen Semantiken für beide Exklusionsformen in allen Teilsystemen, sieht sich jedoch mit dem Problem konfrontiert, diesem Anspruch massenhaft deshalb nicht gerecht werden zu können, weil er erstens selbst inklusiv exkludiert: In Bezug auf den qualitativen Leistungsbezug, der aktiven Teilhabe an Öffentlichkeit, gibt es Benachteiligungen aufgrund systematischer Leistungsverdichtungen über alle Teilsysteme hinweg. Dies gilt beispielsweise für Menschen, deren Lebensalltag beinahe ausschließlich von wirtschaftlichen Zwängen bestimmt ist (wirtschaftliche *Hyperinklusion*) (vgl. Weiß 2017: 206). Auch zeichnet sich keine supranationale Öffentlichkeit ab, welche die Benachteiligungen überwinden könnte, die aus den Inklusionen in das territorial segmentierte Politiksystem herrühren (vgl. ebd.: 198ff.). Zweitens werden auf der Kehrseite journalistischer Beobachungskriterien unsichtbare Exklusionen erzeugt, was im Fall der zentralen gesellschaftlichen Selbstbeobachtungsinstanz besonders schwer wiegt.

10.4 Sozialintegrative Leistungen des Journalismus

Die systemtheoretische Journalismusforschung konzentriert sich in erster Linie auf systemintegrative Leistungen des Journalismus. Sie nennt dies nicht so, weil sie im Anschluss an Luhmann das Begriffspaar System-/Sozialintegration durch

Inklusion/Exklusion ersetzt (vgl. Luhmann 2008). Analysiert werden Leistungen, die der Journalismus für andere Teilsysteme in seiner Umwelt und somit für das Gesellschaftssystem als Ganzes erbringt. Das Journalismussystem – je nach Begriffsfassung auch Öffentlichkeits- oder Massenmediensystem – wirkt systemintegrativ durch...

- a) Ermöglichung gesellschaftlicher Selbstbeobachtung mittels Konstruktion eines sozial geteilten Wirklichkeitsmodells (Marcinkowski 1993; Luhmann 2009; Blöbaum 1994),
- b) Synchronisation autonomer gesellschaftlicher Teilsysteme durch ihre momenthafte Integration (Görke 1999; Görke/Scholl 2006),
- c) Ermöglichung der Ausbildung teilsystemischer Umwelterwartungen auf Basis journalistischer Interdependenzbeobachtung mit der Leitorientierung an Mehrsystemrelevanz (Kohring 2016),
- d) Informationsvermittlung an Teilsysteme und Ermöglichung teilsystemischer Publikumsbezüge via Journalismus (Blöbaum 1994),
- e) Repräsentation öffentlicher Meinung zur politischen Gesellschaftssteuerung (Gerhards 1994; Imhof 2011).

Weitaus seltener werden im systemtheoretischen Diskurs sozialintegrative Leistungen des Journalismus thematisiert. Das liegt zum einen am Luhmannschen Inklusionsbegriff, mit dem sich weder unterschiedliche Inklusionsmodi noch graduelle Abstufungen des Leistungsbezugs (quantitativ und qualitativ) differenzieren lassen. Noch entscheidender ist, dass Sozialintegration in der Theorie autopoietischer Systeme (vermeintlich) seinen klassischen Bezugspunkt verloren hat: Üblicherweise charakterisiert der Begriff das Beziehungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, das seinen Ausdruck in der individuellen Partizipation an Gesellschaft findet. Individuen, verstanden als *ganze Menschen*, nehmen bei Luhmann aber überhaupt nicht mehr an Gesellschaft teil:

»Von der Systemreferenz der Gesellschaft her gesehen, werden nicht ganze Menschen, nicht *Individuen* in die gesellschaftlichen Teilsysteme inkludiert, sondern lediglich rollen- bzw. inklusionsspezifische Teilaspekte der Person, die dann aus den jeweiligen teilsystemspezifischen Perspektiven als *Dividuum* erscheint.« (Nassehi 1999: 115; Herv. i. O.)

Menschen – systemtheoretisch: ein Konglomerat aus psychischem und biologischem System – werden in der Form ›Person‹ durch die Teilsysteme adressiert und über Leistungs- und Publikumsrollen in alle Teilsysteme, also multipel und stets selektiv inkludiert. Das bedeutet, dass Teilsysteme niemals auf die Gesamtpersönlichkeit zugreifen; sie ist mit anderen Worten dem gesellschaftlichen Zugriff entzogen und der Gesellschaft äußerlich, weshalb Nassehi hier auch von einer

Exklusionsindividualität spricht (vgl. ebd.: 116f.). Die autopoietische Systemtheorie radikalisiert somit die lange soziologische Forschungstradition zu gesellschaftlichen Individualisierungsphänomenen, indem sie unterstellt, Individuen seien in der funktional differenzierten Gesellschaft vollständig desintegriert. Im Gegensatz zur soziologischen Ungleichheitsforschung wird die desintegrierende Sozialität in der autopoietischen Systemtheorie jedoch oft nicht problematisiert, da sie unabhängig vom Leistungsbezug der rollenförmig inkludierten Individuen gedacht wird. Das ist nach Nassehi allerdings eine halbierte Vorstellung der teilsystemischen Vergesellschaftung. Denn aus der strukturellen Inklusionsform resultieren Probleme für die Exklusionsindividualität. Sie muss »die Differenz von *Individualität* im Inklusionsbereich und *Individualität* im Exklusionsbereich handhabbar [...] machen« (ebd.: 118; Herv. i. O.), also die vielfältigen teilsystemischen Zugriffe biographisch integrieren – und zwar quer zur Gesellschaftsstruktur (vgl. ebd.: 127). Konkret bedeutet das, Rollenkonflikte und Ungleichheiten, die aus den teilsystemischen Inklusionsprofilen resultieren, in einer Sphäre zu kompensieren,

»die eigentlich der individuellen Selbstbeschreibung und Sinnstiftung vorbehalten ist, in der die Individuen ihre personale Identität entwickeln können und sollen, und zwar bestenfalls derart, dass diese ein stabiles Rückgrat für die zahlreichen funktionsspezifischen Inklusionen bietet« (Serong 2017: 56).

Zu unterstreichen ist, dass es sich um ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft handelt.

»Die Gesellschaft entlastet die Personen von der ansonsten unbewältigbaren Weltkomplexität; und Personen stellen ihre so erst aufbaubare Eigenkomplexität, ihre Fähigkeit zu flexibel-situationsangemessenem Erleben und Handeln, für den Aufbau und die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Strukturen zur Verfügung. Das bedeutet unter anderem, dass die Gesellschaft es sich nicht leisten kann, dass ihr Personal das je eigene Leben als sinnleer erfährt [...]« (Schimank 2005b: 242)

Und: »Sinnlos ist die Welt, sofern sie *für mich* nichts bedeutet, was ich zur Selbstfindung verwenden könnte.« (Luhmann 1995: 137; Herv. i. O.)

Identitätsbildung im Exklusionsbereich ist allerdings keine leichte Aufgabe. Begleiterscheinungen funktionaler Differenzierung sind individuelle Desintegrationserfahrungen, die aus dem *institutionenabhängigen Individualisierungsprozess* resultieren (vgl. Beck 1986: 211ff.): Traditionelle Bindungen lösen sich auf, während *gleichzeitig* die Einbindung in die gesellschaftlichen Teilsysteme obligatorisch wird. (Vgl. Nassehi 1999: 121) Das heißt, Individualisierung vollzieht sich auch »innerhalb« des Menschen, nämlich als zunehmende Distanz zwischen Exklusionsindividualität und den ausgeübten Rollen (vgl. Serong 2017: 52). Da die Teilsysteme in ihrer Reproduktion auf Subjekte angewiesen sind, die sich selbst als sinnerfüllte Identi-

täten wahrnehmen, haben sich Strukturen und Mechanismen etabliert, die Identitätskonstruktion fördern.

Da für das komplexe Rollenhandeln ein einzigartiges und selbstbestimmtes Selbstverständnis der Individuen gesellschaftlich abverlangt wird, erheben die teilsystemisch inkludierten Akteure im Gegenzug basale und reflexive Ansprüche auf teilsystemische Leistungen (s. Kapitel 8.1.4), die die Voraussetzungen für ein sinn-erfülltes Leben schaffen sollen. Hervorzuheben ist hier insbesondere der Anspruch auf wohlfahrtstaatliche Leistungen, der gegenüber dem politischen System geltend gemacht wird. Im Journalismussystem hat das Publikum einen basalen Anspruch auf den Zugang zu journalistisch aufbereiteten Informationen (vgl. Schimank 2005b: 242) sowie einen reflexiven Anspruch auf aktive Partizipation an Öffentlichkeit. Journalismus ist zudem auch einer der wichtigsten Adressaten für reflexive Ansprüche, welche sich auf die Bedingungen der Realisierung basaler Ansprüche in anderen Teilsystemen, zum Beispiel in der Politik, richten. Die öffentliche Artikulation reflexiver Ansprüche kann zudem trotz ›generellem Orientierungsdissens‹ (vgl. Schimank 2005b: 119ff.) eine Verständigungsebene schaffen, die teilsysteminterne oder -übergreifende Interessenskonsense zwischen Rolleninhaber*innen ermöglicht. So begünstigt die journalistische Vermittlung auch eine Koalitionsbildung in Konflikten über die Allokation teilsystemischer Leistungen, wobei der Ausgang von diesen »Kämpfen über Inklusion« (Schimank 2015: 257) natürlich ungewiss ist.

»Typischerweise verbünden sich die Bessergestellten unter den Leistungsabnehmern mit denjenigen Leistungsproduzenten, die ihre teilsystemische Autonomie hochhalten, während die schlechter gestellten Leistungsabnehmer mit solchen Leistungsproduzenten zusammen gehen, die auf Wachstum der teilsystemischen Leistungsproduktion setzen.« (Ebd.)

Der Journalismus wirkt dann mittelbar sozialintegrativ, wenn über seine Vermittlungsleistung Erfolge der Schlechtergestellten erreicht werden, die die Ungleichheiten im Inklusionsprofil nivellieren, sodass bessere Voraussetzungen zur Ausbildung und Stabilisierung der Exklusionsindividualität geschaffen werden. Journalismus kann aber auch die Koalitionsbildung der Bessergestellten begünstigen, die in der Regel kein Interesse an der Veränderung des Status Quo in Verteilungskonflikten haben (vgl. ebd.). Werden dadurch Verteilungskonflikte zu Ungunsten der Schlechtergestellten befriedet, wirkt der Journalismus mittelbar desintegrativ.

Doch auch bei Akteuren, die lediglich in der Rezipient*innenrolle inkludiert sind, gibt es Auswirkungen auf die jeweiligen Inklusionsverhältnisse in anderen Systemen. Das Massenmediensystem ist bei Burzan et al. (2008: 32f.) das einzi-

ge Teilsystem, dass eine indirekte Inklusion in alle Teilsysteme ermöglicht.¹³ Beispielsweise sind Zuschauer*innen von Wissenschaftssendungen journalistisch inkludiert und darüber vermittelt auch Teil des Wissenschaftssystems. Julia Serong (2017) sieht hier die zwei entscheidenden sozialintegrativen Leistungen des Journalismussystems (bzw. in ihrem Verständnis: des Öffentlichkeitssystems). Der Journalismus kompensiert »die Probleme sowohl der Akkordierung von Person und Rolle als auch der Akkordierung des Rollenhandelns« (Schimank 2002a: 38) in der funktional differenzierten Gesellschaft, indem er erstens Rezipient*innen dazu verhilft, die unterschiedlichen an sie gerichteten Rollenerwartungen der Teilsysteme zu bündeln (*horizontale Integration*). Hierbei handelt es sich um die sozialintegrative Seite journalistischer Systemintegration: Die journalistische Interdependenzbeobachtung von Teilsystemen, die sich nach Kohring (2016) am Leitwert Mehrsystemrelevanz orientiert, setzt voraus, dass der Journalismus Themen selektiert und verbreitet, »die das Publikum in seinen jeweiligen Publikums- und Leistungsrollen in anderen Funktionssystemen betreffen und möglicherweise beeinflussen können« (Serong 2017: 58). Zweitens wird journalistisch hergestellte Öffentlichkeit zum Anlass genommen, das o.g. Verhältnis zwischen Exklusionsindividualität und teilsystemischen Rollenbezügen zu stabilisieren (*vertikale Integration*). Systembedingte Rollenkonflikte, die sich durch das jeweilige Inklusionsprofil ergeben, bearbeitet das Individuum qua Öffentlichkeit, indem sich die journalistische Publikumsrolle mit den anderen von der Person ausgeübten Rollen verbindet, sodass eine Selbstregulierung in Form einer Abstimmung des Rollenhandelns möglich wird. Das Individuum kann sich also mithilfe des Journalismus zum gesamten Gesellschaftssystem in Beziehung setzen und damit eine rollenförmige Verhältnisbestimmung, die jeweils nur systemrelative Gesellschaftsausschnitte betrifft, überwinden. (Vgl. ebd.: 56ff.) Die Lösung der Rollenkonflikte mittels Journalismus muss jedoch nicht bei Selbstregulation stehenbleiben, sondern kann auch in Kooperation mit anderen Akteuren der Öffentlichkeit erfolgen. Dazu ist ein »Gemeinsinn« der Beteiligten nötig, der über die eigenen Interessen hinaus auch die Interessen der anderen Individuen (nicht nur: Rolleninhaber*innen) berücksichtigt und so eine Realisierung kollektiver Güter ermöglicht. (Vgl. ebd.: 59ff.) Hiermit sind wiederum hohe Anforderungen an eine bestimmte Form teilsystemübergreifender Interessenskonsense formuliert, die nicht nur das Verhältnis der rollenförmigen Inklusionen betreffen, sondern gleichzeitig auch die individuellen Lebenslagen im Exklusionsbereich der Teilsysteme.

13 Daneben gibt es bei den Autor*innen nur noch einen weiteren teilsystemischen Mediator: Das Bildungssystem vermittelt an Inkludierte auch wissenschaftliche Erkenntnisse (vgl. ebd.).

Insgesamt ist der Journalismus damit – neben der von Schimank hervorgehobenen Durchorganisierung der Teilsysteme – als zweiter Eckpfeiler der Sozialintegration in der funktional differenzierten Gesellschaft zu sehen.

11. Neoliberalismus

Im vorigen Kapitel wurde das Journalismussystem vorgestellt und die Beziehungen zum inkludierten Publikum dargestellt. Sozialintegrativ profitieren Individuen von der journalistisch hergestellten Öffentlichkeit, wenn es ihnen gelingt, sich aus dem gesellschaftlichen Exklusionsbereich heraus selbst zu beobachten. Hierzu sind eine Bündelung und Synchronisation der teilsystemischen Rollenbezüge notwendig. Eine basale Annahme dieser Arbeit ist, dass letztere durch einen neoliberalen Ökonomisierungsschub enorm erschwert wird. Die vielen Facetten des Neoliberalismus werden daher vor allem in Hinblick auf seine dominanten und expansiven Subjektivierungsweisen hin untersucht. Dabei lässt sich die Argumentation von den *Governmentality Studies* darüber informieren, wie Personenkonstrukte hervorgebracht werden und sich selbst hervorbringen. Das Kapitel beginnt mit einem knappen Hinweis auf den Primat des Wirtschaftssystems in der funktional differenzierten kapitalistischen Gesellschaft.

11.1 Wirtschaftlicher Primat und Gouvernementalität

Dass die Wirtschaft eine dominierende Stellung innerhalb der Gesellschaft hat, bestreitet Luhmanns autopoietische Systemtheorie – zumindest in der orthodoxen Lesart, die in der Sekundärliteratur am stärksten vertreten ist. Eine Rangordnung der Funktionssysteme – gleich welcher Art – innerhalb des Systems Gesellschaft wird abgelehnt (vgl. Luhmann 1997b: 747f.). Andererseits finden sich bei Luhmann auch Aussagen, die eine ökonomische Präponderanz in der funktional differenzierten Gesellschaft möglich erscheinen lassen. Die Übersicht entsprechender Passagen bei Pahl (2008: 58ff.) verdeutlicht, dass Luhmann eine ebensolche gerade auf der mittleren und unteren Theorieebene für nicht unwahrscheinlich hielt (s.a. Martin 2010: 61f.). Verschiedene Autor*innen innerhalb systemtheoretischer Diskurse haben in den letzten Jahren eine Kausalität zwischen der Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems und der Genese aller übrigen Funktionssysteme angedeutet (vgl. ebd.: 56), wobei insbesondere die Funktionsfähigkeit und Omnipräsenz des Geldes hervorgehoben wird (vgl. z.B. Baecker 2003: 30). So auch bei Pahl (2008),

der auf Basis eines systematischen Theorievergleichs zwischen Luhmann und Marx den Versuch unternimmt, Systemtheorie mit der Kritik der politischen Ökonomie zu verbinden (s.a. Wagner 2005).¹

Die vorliegende Argumentation geht von einem wirtschaftlichen Primat aus und hält gleichzeitig differenzierungstheoretische Einsichten in der gesellschaftstheoretischen Vertrauensanalyse für unabdingbar. Daher wird an eine vergleichbare Synthese zur oben genannten angeschlossen, die bereits in der hier gewählten Theoriesprache formuliert ist. Schimank (2009a) hat nachgewiesen, dass die Postulate der funktionalen Differenzierung und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht nur miteinander vereinbar sind, sondern dass »funktionale Differenzierung zwangsläufig auf Kapitalismus hinausläuft« (ebd.: 330).² Als Hauptgrund für die wirtschaftliche Hegemonialstellung nennt Schimank den mehrdimensionalen Generalisierungsgrad des Kommunikationsmediums Geld. Dieses generalisierte Kommunikationsmedium sei im Vergleich zu allen anderen sachlich und sozial deutlich universeller, sodass »sein Vorhandensein oder Fehlen überall in der Gesellschaft, also auch in allen anderen Teilsystemen neben der Wirtschaft zu spüren ist, und das nicht nur für bestimmte Akteure und bei bestimmten Anlässen, sondern ubiquitär« (ebd.: 332). Somit sind die gesellschaftlichen Teilsysteme in höherem Maße von der Wirtschaft abhängig als von übrigen Teilsystemen. Da Geld für sämtliches Handlungsgeschehen in allen Teilsystemen relevant ist, ist auch überall ›Kalkulation angesichts Knappheit‹ notwendig. Dieser ›Totalzugriff von Geld‹ kann sich zu einem *Ökonomisierungsdruck* aufschaukeln, der auf teilsystemische Leistungsorganisationen und Leistungsrollenträger*innen einwirkt. Nach Schimank (2009a: 334f.) können hier drei Ausprägungen unterschieden werden:

- *Kostendruck*: Da Steuereinnahmen von wirtschaftlicher Prosperität abhängen, ergibt sich für den Staat ein Vorrang wirtschaftssystemischer Bedarfe gegenüber allen anderen Belangen. In konjunkturschwachen Zeiten werden daher verstärkt staatliche Sparzwänge auferlegt und außerdem wird eine Rücksicht auf wirtschaftliche Belange eingefordert. Im Ergebnis nimmt der Kostendruck zu.
- *Kommodifizierungsdruck*: Diese Einwirkung resultiert entweder aus der unternehmerischen Absicht, die Leistungsproduktion der anderen Teilsysteme als Investitionsobjekte zu instrumentalisieren. Oder der Kommodifizierungsdruck stellt sich als »Enthemmung wirtschaftlicher Gewinnmotive« (ebd.: 335)

1 Bourdieu ist ein weiterer Differenzierungstheoretiker, der eine »tendenzielle Dominanz des ökonomischen Feldes« (Bourdieu 1985: 11) postuliert.

2 Kritik an dieser Integration vor dem Hintergrund von Schimanks (2015) allgemeiner Theorie der Moderne aus kapitalismuskritischer Perspektive: vgl. Mohan 2018; Sparsam 2016; Weiß (2016) sowie aus systemtheoretischer Perspektive: Nullmeier 2015. Beide Seiten abwägend: Osrecki 2015: 236ff.

bei Leistungsproduzenten nichtwirtschaftlicher Teilsysteme ein. Als Beispiel nennt Schimank auch Journalist*innen, »die in ihrem beruflichen Ethos angelegten diesbezüglichen Skrupel immer mehr ablegen« (ebd.).

- *Rationalitätsdruck*: Der Rationalitätsdruck basiert auf Rationalitätsfiktionen, die die anderen beiden Ausprägungen des Ökonomisierungsdrucks anleiten und legitimieren. Rationalitätsdruck kann auf »eine inhaltliche Anpassung der teilsystemischen Leistungsproduktionen an die hegemoniale Deutung dessen, was der Wirtschaft Not tut« (ebd.), hinauslaufen.

Ökonomisierungsdruck kann teilsystemautonomiegefährdend sein, nämlich dann, wenn das ›Ausleben‹ des jeweiligen Systemcodes drastisch durch finanzielle Erfordernisse eingeschränkt wird. Die Effekte können Schimank zufolge bisweilen sogar stärker ausfallen als bei einer unmittelbaren ›Außerkraftsetzung‹ des Leitcodes. (Vgl. ebd.: 336)

Diese Grundannahmen konkretisiert Schimank am Governance-Mechanismus *Markt*, der aufgrund verschiedener Merkmale, die an dieser Stelle nicht erläutert werden sollen, nur äußerst instabile Ordnungen im Sozialen erlaube. Dadurch erklären sich für Schimank die »beständige[n] Rücksichtnahmen« (ebd.: 338), die die Wirtschaft von den übrigen Systemen einfordere (Ökonomisierungsdruck). Die inhärente Erwartungsunsicherheit des Markt-Mechanismus mache darüber hinaus erwartungsstärkende Governance-Mechanismen (*Hierarchie, Gemeinschaft, Netzwerk*) erforderlich, die unterstützend eingesetzt würden. (Vgl. ebd.: 338ff.)

Als Governance-Muster versteht Schimank allgemein Regelmäßigkeiten sozialer Ordnungsbildung. An den abstrakten Mechanismen, die er nennt, hat er vor allem ein analytisches Interesse zur Erklärung von Prozessen der Interdependenzbewältigung in Akteurkonstellationen. (Vgl. Schimank 2007a). In der Politikwissenschaft wird der Begriff zumeist verstanden als absichtsvolle Gesellschaftssteuerung. *Governance* markiert hier einen Unterschied zu *Government*: Während letzterer klassische Top-Down-Regierungsformen der direkten etatistisch-hierarchischen Steuerung impliziert, betrifft Governance indirekte Instrumente, die weit über die klassischen staatlichen Zuständigkeitsbereiche hinaus auf vielfältige sozialstrukturelle Kontexte des handelnden Zusammenwirkens zielen (vgl. Benz et al. 2007). Mit der (soziologisch informierten) Einsicht, dass sich Akteure als Gestaltungsobjekte in der Regel nicht widerstandslos und nach Belieben lenken lassen, sondern als Handelnde mit eigenen Interessen und Einflusspotenzialen ausgestattet und zudem vielfach in komplexen sozialen Konstellationen verstrickt sind (vgl. ebd.), ebte auch in der Regierungspraxis Ende der 1970er Jahre ein illusorischer Planungshype ab (vgl. Bröckling 2017: 298ff.). Mit der Transformation von Staatlichkeit unter der Maxime ›from government to governance‹ wurde der überkommene Planungsbegriff durch den des Managements ersetzt (vgl. ebd.: 303). Nun ging es vielmehr um die Organisation der Selbstorganisation.

In Hinblick auf eine neoliberale Regierungsform im Modus des *New Public Management* (vgl. Osborne/Gaebler 1997) sind vor allem Governance-Mechanismen zur Entstaatlichung von Bedeutung: Dabei geht es nicht nur um die Auslagerung vormals staatlicher Funktionen auf Marktakteure (*Privatisierung*), also den Staatsabbau, sondern auch um die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure in Regierungsprozesse, etwa in Form von *Public-Private Partnerships* und Politiknetzwerken zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (z.B. Stiftungen) (vgl. Biebricher 2018: 155ff.). Die Umbaumaßnahmen hin zu einem »Moderatoren-Staat, der sich als *primus inter pares* darauf konzentriert, die private Bereitstellung von Gütern durch Unternehmen zu koordinieren« (ebd.: 158; Herv. i. O.), werden einerseits mit dem Argument der Kostensenkung begründet. Andererseits wird hier die Staatskritik neoliberaler Denker*innen, insbesondere F. Hayeks, praktisch in die Tat umgesetzt, die den Staat als ineffizient in der Produktion und Verteilung von Gütern ansehen. Aus dieser Perspektive liegen die Probleme des Staates in seiner Monopolstellung zur Versorgung mit öffentlichen Gütern. Der Schlüssel zur Effizienzsteigerung ist folglich, auf diesem »Markt« Wettbewerbsbedingungen durch Mobilisierung zusätzlicher Marktakteure zu schaffen (vgl. Osborne/Gaebler 1997). Dort, wo sich aufgrund spezifischer Marktzugangshürden keine privaten Akteure involvieren lassen, soll Konkurrenz entweder zwischen öffentlichen Behörden mittels Angebotsdezentralisierung entstehen oder innerhalb von Behörden, indem Arbeitsbereiche als Anbieter und Nachfrager auftreten und intern auf Quasi-Märkten um Dienstleistungskonditionen konkurrieren. (Vgl. Biebricher 2018: 158ff.)

Schon dieser kurze Überblick deutet an, dass Governance-Forschung und Governance-Politiken oft nicht unabhängig voneinander sind. Biebricher (2018: 164) beobachtet eine »problematische Vermischung von normativen und deskriptiv-analytischen Elementen«, da Theorie und Gegenstand nicht selten in eins fallen, sprich über Theorieanlass und nichtintendierte Effekte der praktischen Implikationen zu wenig reflektiert werde. In der kritischen Sozialwissenschaft findet sich nicht selten ein impliziter Vorwurf, für die Genese der neuen Regierungsform hätten sowohl Hayeks Evolutionsökonomik als auch kybernetische Sozialtheorien, allen voran Luhmanns Theorie autopoietischer Systeme Pate gestanden, da sich beide in einem Steuerungsdefätismus treffen würden (vgl. Bröckling 2017: 301; affirmativ, aus neoliberaler Sicht: Kleve 2016a, 2016b).³ Dieser Vorwurf

3 Wolfgang Streeck (2014: 157) erhebt in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe an die deutsche Soziologie, die sich mit der Akzeptanz des Luhmann'schen Funktionalismus und des verwandten akteurzentrierten Institutionalismus, dem auch Schimank nahesteht, ihrer Kritikfähigkeit selbst beraubt habe (ebenso für die Kommunikationswissenschaft: Imhof 2013; s.a. Haffert/Mertens 2014). Interessiert man sich dafür, welche soziologischen Gesellschaftstheorien sich auf wirtschaftspolitische Neoliberalisierungsprozesse ausgewirkt haben, scheint es aus Sicht des Verfassers eher lohnenswert, über die Konsequenzen zu reflek-

wird Luhmanns Theorie nicht gerecht (vgl. Schrape 2014). Zudem unterschlägt er gesellschaftliche Dynamiken der Post-68er Gesellschaft, in der die Skepsis des alternativen Milieus gegenüber der Planungsvernunft des »Atomstaats« (Bröckling 2017: 301) sowie die Forderung nach mehr Selbstbestimmung (sogenannte Künstlerkritik) durch den *neuen Geist des Kapitalismus* (Boltanski/Chiapello 2013) absorbiert und in eine neoliberale Version verkehrt wurde, die sich auf die Kritik an Arbeitsplatzhierarchien und (Staats-)Bürokratie reduziert. Gleichwohl scheint eine Perspektive vonnöten, die über *Theorierückkopplungen* reflektiert, also über »die Möglichkeit durch sie induzierter Veränderungen in ihrem Objektbereich« (Vobruba 1991: 99). Die Governmentality Studies scheinen diesem Anspruch gerecht zu werden.

*Gouvernementalität*⁴ ist ein Neologismus, der auf das französische Adjektiv »gouvernemental« (dt.: die Regierung/das Regieren betreffend) zurückgeht und von Michel Foucault (2004a) als Begriff zur Analyse neuzeitlicher Herrschaftstechniken und Subjektivierungsweisen eingeführt wurde. In *Die Geburt der Biopolitik* versucht Foucault (2004b) in Auseinandersetzung mit einschlägigen Texten des deutschen Ordoliberalismus und der Chicago School eine neue Variante der Regierungsrationalität herauszudestillieren, die sich einerseits vom klassischen Liberalismus des *laissez faire*, andererseits vom Keynesianismus der Nachkriegszeit absetzt. Seine Thesen wurden infolge zu einer eigenständigen Forschungsperspektive ausgearbeitet, den Governmentality Studies (vgl. Bröckling 2018: 40ff.). Dahinter verbirgt sich ein nicht abgeschlossenes analytisches Instrumentarium, mit dem sich soziale Beziehungen in Hinblick auf Mechanismen des Fremd- und Selbst-Regierens untersuchen lassen.

»Maßgeblich für das Verständnis von Gouvernementsalitäten ist die Verbindung dreier Untersuchungsachsen: Das Konzept liefert erstens ein analytisches Raster, mit dem Begründungen, Zielsetzungen, Rechtfertigungsordnungen und Plausibilisierungsstrategien, kurzum die *Rationalitäten des Regierens* untersucht werden können. Das Augenmerk richtet sich zweitens auf die *Technologien der Menschenführung*, jene Verfahren also, mit denen planvoll auf das Handeln von Individuen oder Gruppen eingewirkt wird oder diese auf ihr eigenes Handeln einwirken. Drittens schließlich geht es um die *Subjektivierungsweisen*, darum, wie die Programme des Regierens und Sich-selbst-Regierens die Einzelnen adressieren, auf welche Weise diese sich selbst begreifen, für sich sorgen und an sich arbeiten sollen und nicht zuletzt, welche affektiven Dispositionen und welche Agency ihnen zugeschrieben werden.« (Bröckling 2018: 33; Herv. i. O.)

tieren, die Giddens' jüngere Gegenwartsdiagnosen für die Sozialdemokratie zeitigten (vgl. O'Boyle 2013).

4 Zur Begriffshistorie in Foucaults Werk vgl. Sarasin 2005: 181ff.

Im Anschluss an Foucault gehen die Governmentality Studies nicht von einem bestimmten Subjektverständnis aus, das unabhängig von historischen Semantiken und Vergesellschaftungsprozessen als freistehende ontologische Entität gedacht werden könnte. Stattdessen werden Subjektverständnisse selbst als Ausdruck bestimmter Regierungsprogramme gesehen, die solcherart Subjekte erst hervorbringen (sollen). Diesen *Anrufungen* (vgl. Althusser 1977), die immer auch »Anleitungen zur Selbstführung« (Bröckling 2018: 31) enthalten, kann sich das Subjekt unterwerfen oder es zeigt sich widerständig.

Gouvernementalitätsanalysen beanspruchen nicht, empirische Aussagen darüber treffen zu können, unter welchen Bedingungen sich Individuen wie verhalten werden. Stattdessen untersuchen sie »Grammatiken des Regierens« (ebd. 34), die sich in Diskursen und sozialen Praktiken identifizieren lassen. Eine zentrale Grammatik der Gegenwartsgesellschaft formuliert Regeln für das *unternehmerische Selbst* (Bröckling 2016). Sie wird in dieser Arbeit als wichtigster Bezugspunkt zur Untersuchung neoliberaler Subjektivierung angesehen und soll im Folgenden vorgestellt werden.

11.2 Methodologische Konsequenzen

Eine Theoriearbeit mit dem Anspruch, ein Analyseraster zur Beschreibung von Wirklichkeit (nicht: Realität) zu offerieren, ist mit Herausforderungen konfrontiert, möchte sie Einsichten der Governmentality Studies nicht unberücksichtigt lassen: Da ist einerseits das Ziel, eine Perspektive zu entwickeln, die in einer möglichst homogenen Theoriesprache eine analytische – und in letzter Konsequenz – empirische Durchdringung heterogener, miteinander verbundener Phänomene erlaubt. Argumente in diesem zweiten Teil der vorliegenden Arbeit sind empirisch informiert und sollen zukünftig empirische Forschung informieren – der zunächst noch notwendigen Abstraktionshöhe zum Trotz. Andererseits ist da eine Methodologie, die gute Gründe⁵ anführt, auf den Anspruch der Wirklichkeitsbeschreibung zu verzichten, obwohl ihre Postulate natürlich die gegenwärtigen Verhältnisse avisieren:

»Subjektivierungsregime bilden Kraftfelder, deren Linien – unter anderem – in institutionellen Arrangements und administrativen Verordnungen, in Arbeits- und Versicherungsverträgen, in Trainingsprogrammen und Therapiekonzepten,

5 Im Kern geht es um die berechtigte Sorge der Instrumentalisierung von Untersuchungsergebnissen, die als Theorierückkopplungseffekt die Strategien und Instrumente hegemonialer Sozialtechnolog*innen vor Kritik immunisieren. Für solche Effekte, die auf den Kapitalismus zurückwirken, interessieren sich auch Boltanski und Chiapello (2013) in ihrer bekannten Studie.

in technischen Apparaturen und architektonischen Anordnungen, in medialen Inszenierungen und Alltagsroutinen wirksam sind.« (Bröckling 2016: 39)

Indem mit der Kraftfeldbestimmung, die keiner theoretischen Zentralperspektive folgt (vgl. ebd.: 13), lediglich »Chiffren für ein höchst praktisches Anforderungsprofil« (ebd.: 38) und nicht die empirisch beobachteten »Diskurseffekte« (ebd.) aufgezeigt werden, beweist die Gouvernamentalitätsforschung ihre Sensibilität für Theorierückkopplungseffekte: »Denn ließe sich exakt bestimmen, wo und warum die Regierbarmachung der Menschen *nicht* funktionierte, so würde dieses Wissen längst jene Regierungstechniken verfeinern helfen, deren Grenzen es eben aufzeigt.« (Bröckling 2017: 396; Herv. i. O.) Die vorliegende Argumentation präferiert demgegenüber den Erkenntnisgewinn, der sich durch eine kombinierte Darstellung der Regierungsgrammatik und ihrer vermuteten Wirkmächtigkeit ergibt.

Bröckling nutzt die drei o.g. Untersuchungsachsen der Governmentality Studies, um anhand ganz unterschiedlichen Materials (Management-Programmschriften, Ratgeber, Handbücher, Arbeitsmanuale, sozialwissenschaftliche Studien, nationalökonomische, psychologische und soziologische Theorien etc.) die Strategien sichtbar zu machen, die das unternehmerische Selbst hervorbringen sollen. Die Rationalitäten, Subjektivierungsweisen und Technologien hat der Autor für jedes einzelne Subjektivierungsregime (*Dispositiv*) separat dargestellt (vgl. Bröckling 2016, 2017), sodass im Orchester nebeneinanderstehender Sinneinheiten ein Verständnis der unternehmerischen Sozialfigur emergiert. Die folgende Darstellung verfährt in umgekehrter Weise, in dem sie über Varianzen zwischen den Programmen großzügig hinwegsieht und stattdessen ihre Gemeinsamkeiten entlang der jeweiligen Untersuchungsachse beschreibt. Außerdem überschreitet sie die Gouvernamentalitätsperspektive in dreierlei Hinsicht: Sie stellt erstens eine Verbindung zu Schimanks grundlagentheoretischer Hintergrundfolie her und kontextualisiert die Regierungsgrammatik zweitens stärker sozialstrukturell, indem sie einschlägige soziohistorische Beschreibungen des neoliberalen Ökonomisierungsprozesses zu Rate zieht. Drittens begegnet sie der Frage nach den Effektgrößen und plausibilisiert einige Thesen durch Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung – nachfolgend *IfK-Trendstudie* genannt. Sie wurde im Mai 2018 im Auftrag des Instituts für Kommunikationswissenschaft (IfK) der Universität Münster durchgeführt.

Befragt wurden 1017 deutschsprachige Personen aus Privathaushalten in Deutschland, die über einen Internetanschluss verfügen. An der standardisierten Onlinebefragung, die durch das Befragungsinstitut *mindline media* durchgeführt wurde, haben sich 522 Männer (51,3 %) und 495 Frauen (48,7 %) im Alter zwischen 14 und 64 Jahren beteiligt. Das Durchschnittsalter beträgt 40,51 Jahre (SD = 14,02). Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung hinsichtlich der Merkmale Alter (14 bis 64 Jahre), Geschlecht, Bildung und Region des Wohnor-

tes (Random-Quota-Auswahlverfahren).⁶ Etwa die Hälfte der Befragten (55,1 %) beteiligt sich an einer jährlichen Panel-Befragung, die im Jahr 2017 zum ersten Mal durchgeführt wurde. Befunde, die einzelne Argumente in Kapitel 11 und 12 informieren (nicht: prüfen), stammen aus einer Teilstudie, die zum einen das ›Vertrauen‹ in unterschiedliche Strukturebenen und Leistungen des Journalismus-systems erheben sollte, um explorativ der Frage nachzugehen, ob ›Vertrauen‹ und ›Misstrauen‹ der Mediennutzer*innen je nach Referenzbereich variieren. Auf Basis der Befragungsergebnisse gibt Blöbaum (2018) hierzu Antworten. Das zweite für diese Arbeit einschlägige Themenfeld fokussiert den (subjektiven) gesellschaftlichen Standort, von dem aus Leistungsnehmer diese ›Vertrauensurteile‹ fällen. Die Itembatterien dieses Fragebogenteils messen unter anderem die subjektive soziale Statuszugehörigkeit, die Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst, sozialstrukturell bedingte Deprivationserfahrungen und Sozialpathologien (Autoritarismus, Anomie) als potenzielle Konsequenzen neoliberaler Vergesellschaftung. Sie können dem Anhang dieser Arbeit entnommen werden.

Wenn im Folgenden vereinzelt auch Zusammenhänge zwischen (psycho-)sozialer Lage der Mediennutzer*innen und dem ›Medienvertrauen‹ und ›Institutionenvertrauen‹ berichtet werden, muss die Vertrauenssemantik der empirischen Studie vor dem Hintergrund des Vertrauensverständnisses dieser Arbeit zunächst einmal irritieren: Voraussetzung zur Beantwortung von Fragebögen ist in der Regel eine (minimale) Reflexion über das Befragte – selbst wenn die Teilnehmer*innen im Vorfeld zu spontanem Antwortverhalten motiviert worden sind. Behauptet wurde, dass Vertrauen nicht entscheidungsförmig sei. Regen aber nicht gerade explizite Vertrauensfragen zu einer risikobehafteten Abwägung von Objektattributen und damit zu einer bewussten, kalkulationsbasierten Entscheidung an? Davon ist auszugehen. Im Unterschied zur überzogenen Skepsis, die ›demoskopisch konstruierten Vertrauensaggregate‹ seien reine Artefakte (vgl. Haller 2017: 54f.), die womöglich noch die gesellschaftlichen Sichtverhältnisse vernebeln oder sogar bestehende Herrschaftsverhältnisse ideologisch legitimieren (vgl. Meyen 2020), hält diese Arbeit allgemeine Vertrauensfragen für sehr relevant. Argumentiert wird nicht, dass mit diesen Instrumenten Vertrauen valide zu messen sei, sondern dass auf diesem Wege eine generalisierte Leistungsbeurteilung des Bezugsobjekts abgefragt werden kann (vgl. Obermaier 2020; Jarren 2020: 153). Dies wäre auch eine simple Erklärung dafür, warum Vertrauensniveaus in Abhängigkeit der Spezifik des Objektbereichs (z.B. Strukturkomponenten auf unterschiedlichen Teilsystemebenen) zu variieren scheinen (vgl. Blöbaum 2018; Daniller et al. 2017). Die Frage nach den ›Medien im Allgemeinen‹ hat so gesehen eine geringere Selektionsschärfe als die Frage nach der konkreten Sendung. Wenn diese These der Leistungsbeurteilung

6 Leichte Abweichungen von den Quotenvorgaben wurden durch eine Redressement-Gewichtung kompensiert.

zutrifft, dann geben generalisierte ›Vertrauensvoten‹ auch Auskunft über die Zufriedenheit mit dem eigenen Inklusionsverhältnis, welche nach Schimank aus der Leistungsbeurteilung resultiert (ähnlich Fawzi/Obermaier 2019: 35ff.). Diese Überlegung leitet die weitere Dateninterpretation an.

11.3 Regierungsrationalitäten: Wie wird die Regierungsform legitimiert?

Schimank geht in seiner integrativen Theorie der Moderne davon aus, dass die teilsystemischen Leitwerte die übergeordnete Fortschrittsidee der Moderne nach je eigener Auslegung spezifizieren (vgl. Schimank 2013, 2015). Das heißt, es gibt teilsystemrelative kulturelle Leitideen, die gegebene oder erwünschte Gesellschaftsverhältnisse legitimieren und so die teilsystemische Institutionengestaltung sowie die Interessen der Leistungsproduzenten in der evaluativen Orientierungsmodalität prägen (vgl. Schimank 2015: 244). Dabei stehen die kulturellen Leitideen nicht harmonisch nebeneinander, sondern ihre Deutungshoheit ist zwischen und – auf einer weiteren Spezifikationsebene – innerhalb der Teilsysteme umkämpft (vgl. ebd.: 248ff.). Die Hegemonialstellung in der modernen kapitalistischen Gesellschaft nimmt Schimank zufolge zweifelsohne das ›Master-Narrativ‹ des Wirtschaftswachstums ein, das eine Steigerung des individuellen Lebensstandards verspricht (vgl. ebd.: 259). Daneben hebt Schimank auch die Fortschrittsidee der Gleichheit (von Lebenschancen) hervor, die normatives Leitprinzip politischer Gesellschaftsgestaltung sei (vgl. ebd. 260). Diese Gegenüberstellung korrespondiert mit dem funktionalen Antagonismus aus Ökonomisierungsdruck und Wohlfahrtsstaat: Letzterer ist bei Schimank ein schon immer ungenügendes Korrektiv der ›Dysfunktionalitäten‹ des Wirtschaftssystems. Ab 1945 wirkt der Wohlfahrtsstaat zudem intervenierend mittels Konjunktursteuerung, Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik auf wirtschaftliche Dynamiken ein (vgl. ebd.: 254).

Mit dem »sozialdemokratischen Konsensus« (Dahrendorf 1979: 148) ist nach Meinung vieler Beobachter*innen der o.g. kulturelle wie strukturelle Antagonismus für etwa dreißig Jahre lang befriedet worden. Zwischen 1950 und 1973, dem »Goldene[n] Zeitalter des Nachkriegskapitalismus« (Nachtwey 2016: 47), betrug das Wirtschaftswachstum weltweit durchschnittlich 4,9 Prozent. Regierungsformen der sogenannten sozialen Marktwirtschaft ließen sich mit dem »Fahrstuhl-Effekt« (Beck 1986: 124) breitenwirksam legitimieren: Die soziökonomischen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Schichten, die das Wirtschaftssystem trotz großer Prosperität nach wie vor produzierte, wurden ausgehalten, weil eine soziale Aufwärtsmobilität für vermeintlich alle im ›Fahrstuhl, Arbeitnehmer*innen wie

Kapitalbesitzer*innen,⁷ möglich war bzw. möglich erschien (vgl. Nachtwey 2016: 17ff.).⁸ Auf der anderen Seite fand ein gemäßigter, keynesianischer Kapitalismus auch bei Wirtschaftsliberalen Unterstützung, da Sozialausgaben und höhere Löhne als »ökonomische Stimulanzien« (ebd.: 41) angesehen wurden.

Anfang der 1970er Jahre geriet das Modell jedoch in die Krise: Nun sahen sich die meisten westlichen Staaten mit dem Problem sinkender oder sogar stagnierender Wachstumsraten für die kommenden Jahre konfrontiert (vgl. ebd.: 47ff.). Ein Ereignis, das in diesem Zusammenhang häufig genannt wird, ist der Zusammenbruch des *Bretton-Woods*-Abkommens. In der Folge wurden Regulierungen für Währungen (feste Wechselkurse) und für Finanzmärkte aufgehoben (vgl. Ptak 2017: 76f.). Der Ökonomisierungsdruck des Wirtschaftssystems nahm nun eine neue Qualität an (vgl. Schimank/Volkman 2017: 50ff.). Nachdem auch das bis dato erfolgreiche keynesianische Instrument der Nachfragesteuerung zunehmend weniger Wirkung zeigte, wurde der breite gesellschaftliche Konsens über eine demokratische Einhegung des Kapitalismus (sogenannte soziale Marktwirtschaft) aufgekündigt. Staatliche Sektoren, Interventionen, Regulierungen und wohlfahrtsstaatliche Absicherungen galten nun zunehmend als »zentrales Hindernis der Kapitalakkumulation« (Dörre 2009: 52). Die darauffolgende »Konterrevolution gegen den Sozialkapitalismus der Nachkriegsära« (Streeck 2013: 111) richtete sich gegen alle Unterstützer*innen des Konsensus, also auch gegen Vertreter*innen des klassischen *laissez-faire*-Liberalismus.

Das klassisch liberale Freiheitsverständnis setzt an der naturgegebenen Freiheit des einzelnen Individuums an, die es gegen die unterdrückende Herrschaft des Staates zu verteidigen gelte. Norm und Anthropologie individueller Freiheit wurden auf produktive Weise mit der Vorstellung des gemeinwohlfördernden Marktes verquickt: Selbst die Verfolgung egoistischer Motive beim geldvermittelten Tausch führt Adam Smiths berühmter »unsichtbarer Hand« zufolge hinter dem Rücken der Marktakteure zu allgemeiner Bedürfnisbefriedigung und Harmonie. (Vgl. Biebricher 2018: 24ff.) Die heterogenen theoretischen Strömungen des Neoliberalismus treffen sich nach Biebricher darin, diese Programmatik des Liberalismus zu *revitalisieren*, indem sie seine Grundüberzeugungen (mehr oder weniger) *revidieren* (vgl. ebd. 35). Gemäß der nun tonangebenden Humankapitaltheorie ergibt sich die Freiheit des Menschen utilitaristisch und nicht mehr naturalistisch aus seinem Streben nach Bedürfnisbefriedigung (vgl. Bröckling 2016: 97). Gesellschaftlicher Fortschritt wird konsequenter als zuvor ausschließlich dem Markt überantwortet. Im Kern

7 Zu den vielen Gruppen, die nicht in den Fahrstuhl gelassen wurden, gehören die sogenannten Gastarbeiter*innen in Deutschland.

8 Statt stratifikatorisch lassen sich diese Entwicklungen auch mit Inklusionsdynamiken beschreiben, die an das systemtheoretische Vokabular anschließen (vgl. Schimank/Volkman 2017: 53ff.).

verbirgt sich hinter dem neoliberalen *Wettbewerb als Entdeckungsverfahren* (Hayek 1969) eine soziale Lerntheorie:

»[D]er Wettbewerb [nötigt] die Leute [...], rational zu handeln, um sich erhalten zu können. Er beruht nicht auf der Annahme, daß die meisten oder alle Marktteilnehmer rational sind, sondern im Gegenteil auf der Annahme, daß im allgemeinen durch den Wettbewerb einige vergleichsweise rationalere Personen die übrigen nötigen, es ihnen nachzutun, um zu überleben.« (Hayek 2003: 381)

Der Markt ist so gesehen »ein ideales Konditionierungsinstrument, weil er nicht gegen die individuelle Vorteilssuche operiert, sondern durch diese hindurch« (Bröckling 2016: 106). Da seine kybernetischen Mechanismen jedoch so überkomplex sind, dass sie von keinem – weder von Marktakteuren noch von wissenschaftlichen Beobachter*innen – durchschaubar sind, können sich auch erfolgreiche Marktteilnehmer*innen nie sicher sein, wie viel Glück im Spiel war: »Die Kontingenz des Marktgeschehens bewirkt so gerade keine Entlastung vom permanenten Zwang zur Selbstmobilisierung, sondern setzt diesen erst in Gang.« (Bröckling 2016: 103)

Damit sich die evolutionistischen, Fortschritt implizierenden Kräfte des Wettbewerbs vollumfänglich entfalten können, so Hayek, »der Darwin des Neoliberalismus« (ebd.: 97), müssen sämtliche wettbewerbsverfälschenden Anreizstrukturen beseitigt werden. Dies betrifft insbesondere einen umverteilenden Wohlfahrtsstaat, der in dieser Logik die Minderheit der Leistungsfähigen und -willigen gegenüber der Mehrheit der Leistungsschwächeren diskriminiert (vgl. Schimank/Volkmann 2017: 69). »Soziale Gerechtigkeit gilt demnach als Kampfformel, die auf die Verteilung nicht leistungsgerecht erworbener Einkommen abzielt.« (Ptak 2017: 66) Mit dieser Umkehrung im Begriff der sozialen Gerechtigkeit, der den Neoliberalen nur noch Gleichheit im »fairen« Wettbewerb bedeutet, werden vor allem wohlfahrtsstaatliche Abbau- und sozialpolitische Mobilisierungsmaßnahmen gerechtfertigt.

In Arbeitskontexten schlägt die »neoliberale Aufklärung« (Schneider 2017: 65) zum »Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unproduktivität« (Masschelein/Simons/Klinzmann 2005: 84) einen weniger mahnenden Ton an. Wettbewerbsförderung qua Subjektivierung wird hier normativ aufgeladen durch Selbstverwirklichungsemantiken, die an die antiautoritären Forderungen des alternativen Milieus der 1968er-Bewegung anknüpfen und diese wettbewerbsförmig transformieren (vgl. Boltanski/Chiapello 2013): Dem Managementdiskurs der 1990er Jahre zufolge, wird das Selbstbestimmungsideal nun im Unternehmen eingelöst, nämlich durch den Zugewinn flexibler Arbeitsgestaltungsmöglichkeiten und selbstverantwortlicher Projektarbeit im Rahmen flacher Hierarchien (vgl. ebd.). Berufliches Engagement gilt nicht länger als Hemmnis für die eigene Persönlichkeitsentfaltung, sondern geradezu als ihr einziges Vehikel.

11.4 Subjektivierungsweisen: Wie werden Subjekte adressiert?

Die »Revolte des Kapitals« (Streeck 2013: 26) ab den 1980er Jahren wurde befeuert durch den Wunsch, die Gewinnspannen der vergangenen Jahrzehnte wieder herzustellen: »In der Folge bekehrten sich immer mehr Unternehmen, Industrien und Verbände zu einem neuen gemeinsamen Ziel: der Liberalisierung des Kapitalismus und der Expansion seiner Märkte nach innen und außen.« (Ebd.: 55) Nach außen wurde durch die Integration der Weltwirtschaft expandiert (z.B. in Form von Freihandelsabkommen), nach innen durch die Kommodifizierung von Lebensbereichen, welche vormals noch der Marktlogik entzogen waren. Auf die letztgenannte Dimension der inneren Marktexpansion geht eine inflationäre Anrufung der Gesellschaftsmitglieder im Menschenbild des Homo oeconomicus zurück.

Damit sie ihre Wirkung entfaltet, müssen sich die Angerufenen Bröckling zufolge zumindest in Teilen auch mit der Anrufung identifizieren (vgl. Bröckling 2017: 60). Ohne intrinsische Motive unterstellen zu müssen, lässt sich die »Unterwerfung« so erklären: Die von Schimank (2015) hervorgehobene hegemoniale Leitidee des Wirtschaftswachstums hat im Goldenen Zeitalter des Nachkriegskapitalismus zunächst bei korporativen Akteuren (Gewerkschaften, Verbände etc.) zu einer *Internalisierung von Systemerhaltung als Sachzwang* (vgl. Vobruba 1983: 156ff.) geführt. Ganz entscheidend ist hier die *TINA*-Logik (*There Is No Alternative*), die der ehemaligen britischen Premierministerin und wichtigen politischen Wegbereiterin des Neoliberalismus, Margaret Thatcher, zugeschrieben wird und die als Rechtfertigungsfigur wirtschaftspolitischer Maßnahmen viele Nachahmer*innen gefunden hat (vgl. Streeck 2017: 253).

Wenn aufgrund vermeintlicher Sachzwänge bestimmte teilsystemische Leistungsorganisationen ohne Gewinnerzielungsanspruch in gewinnorientierte umgewandelt werden sollen, hat dies zwangsläufig Auswirkungen auf die Mitgliedschaftsrollen dieser Organisationen. »Dass nicht-wirtschaftliche Leistungsproduzenten nun nach wirtschaftlichen Gewinnen zu streben haben, heißt nichts anderes als, dass die betreffende Leistungsproduktion kommodifiziert, zu einer Ware gemacht worden ist.« (Schimank/Volkman 2017: 96) Eine Gewinnorientierung impliziert, dass alle Facetten dieser nun warenförmigen Leistungsproduktion auf Möglichkeiten ihrer Profitmaximierung abgeklopft werden. Die Optimierungsbestrebungen machen dabei nicht bei den Produktionsmitteln Halt. Wer sonst als die beschäftigten Leistungsrollenträger*innen sollte eine kontinuierliche Gewinnmaximierung ermöglichen, wenn sich die restliche Ressourcenallokation zunehmend schwieriger gestaltet? Dort, wo das Prinzip des Marktes gelten soll, sind Akteure vonnöten, die Kosten minimieren und Nutzen maximieren wollen. Das Subjektverständnis des Homo oeconomicus wird vom kapitalistischen Wettbewerb also »gleichermaßen voraus[ge]setzt wie fortwährend produziert« (Bröckling 2018: 38). Das

Wirksamwerden dieses Akteurmodells kann mit Schimank und Volkmann (2017) als self-fulfilling prophecy beschrieben werden:

»Wenn diese wirtschaftswissenschaftliche analytische Abstraktion [...] zur unhinterfragten Alltags-Anthropologie wird, behandeln die Menschen einander tendenziell in sämtlichen Situationen wechselseitig so, als schäue die andere Person nur auf ›incentives‹ mit Blick auf eigene Nutzensteigerung; aber wenn man sozialen Umgang miteinander und wechselseitige Einflussnahme aufeinander so eng führt, ist es kein Wunder, wenn das Gegenüber wie ein wohlgezogenes Kind auf genau dieser Linie reagiert, und vice versa.« (Ebd.: 74)

Innerhalb der Akteur-Struktur-Dynamiken beträfe diese *Autosuggestion* die reflexiven Interessen, die in Akteurkonstellationen einen ›Generalschlüssel‹ zum Wollen der Beteiligten verschaffen und zunehmend auch in die eigene Selbstbeschreibung übergehen (s. Kapitel 8.1.2). Die Erschließung innerer Märkte mithilfe des *Homo oeconomicus* betrifft jedoch nicht nur die Leistungsproduktion vormals nicht-gewinnorientierter Organisationen. Ideenpolitisch wurde ein neues Subjektivierungsregime innerhalb der Wirtschaftswissenschaften, durch die mittlerweile einflussreiche *Mont Pelerin Society* neoliberaler Denker*innen sowie durch verschiedene Think Tanks vorangetrieben. Systemerhaltung wurde zunehmend ›entkorporalisiert‹ und zu einer höchst privaten Angelegenheit erklärt, in der jede*r Einzelne für die gesamte Sozialreproduktion – »vom Familienhaushalt bis zur Sozialversicherung, von der Beförderung der ›Generationensolidarität‹ bis zur Vermeidung von ›Parallelgesellschaften‹« (Lessenich 2014: 253) – zuständig wurde.

Menschen werden jetzt in einer radikalisierten Variante des *Homo oeconomicus* adressiert, die bereits Foucault nirgends deutlicher als in der Humankapitaltheorie Gary Beckers (1982) artikuliert sah. Nach Beckers Auffassung begegnen Menschen sämtlichen Lebensbereichen – sei es in Bezug auf das eigene Arbeitsethos, sei es hinsichtlich der alltäglichen Körperpflege – im Rational-Choice-Modus: Sie sind fortwährend mit der Ressourcenallokation zur Verfolgung konkurrierender Ziele beschäftigt. In einem Satz formuliert, ruft die neue Maxime dazu auf, in allen Gesellschaftsbereichen möglichst marktförmig und möglichst selbstverantwortlich zu handeln.

Im Unterschied zum älteren Modell des Nutzenmaximierers aus der ökonomischen Klassik ist der neue Typus des *Homo oeconomicus* in der Humankapitaltheorie nicht bloß ein Tauschpartner (vgl. Bröckling 2017: 322). Da alle Aktivitäten hinsichtlich ihrer Ressourcenaufwendung evaluiert werden, können neben den materiellen auch die eigenen zeitlichen, körperlichen, mentalen und emotionalen Ressourcen davon nicht ausgenommen werden. Der so verstandene Akteur ist in diesem Sinne ein »Unternehmer seiner selbst [...], der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle« (Foucault

2004b: 314). Unternehmerisch denkt und handelt ein Akteur also dadurch, dass er sich selbst bewirtschaftet.

»Der Humankapitalist des eigenen Lebens konstituiert sich gleichermaßen als Subjekt und als Objekt individueller Wahlentscheidungen. Als Akteur verfügt er souverän über das eigene Leben, wobei die Folgen seines Tuns und Lassens als Opportunitätskosten in sein Kalkül eingehen. Als Adressat seines Handelns ist er auf den Status ›nackten Lebens‹ zurückgeworfen, dessen Existenz davon abhängt, dass die andere Seite seines Egos in es investiert.« (Bröckling 2016: 94)

Hierin sieht die Argumentation eine semantische Verschiebung in der Grammatik des Homo oeconomicus von gesellschaftstheoretischer Bedeutung. Allen Untersuchungen zur neoliberalen Subjektivierung ist gemein, dass eine Inpflichtnahme immer mehr menschlicher Eigenschaften zum Zwecke ihrer Vermarktlichung beobachtet wird. So steht auch der neue Typus des *Arbeitskraftunternehmers*, der in der arbeitssoziologischen Studie von Voß und Pongratz (1998) den *verberuflichten Arbeitnehmer* zunehmend ablöst, in einem entgrenzten Verhältnis zwischen ›Arbeit‹ und ›Leben‹ und betrachtet sich selbst als Ware, die es für den beruflichen Fortbestand zu bewerben gilt.

Wie im vorigen Kapitel angedeutet, kommt eine solch umfassende Vermarktlichung des Gesellschaftspersonals nicht ohne kulturelle Leitideen aus, die eine Verdrängung anderer Handlungsorientierungen legitimiert. Wenn Wirtschaftswachstum die hegemoniale Problemdefinition der Gesellschaft vorgibt und Marktexpansion die alternativlose Problemlösungsstrategie darstellt, so urteilt die Selbstverantwortungssemantik über das moralisch richtige Befolgen des funktionalistischen Sachzwangs. Als Ergebnis dieser Wollens-, Sollens- und Könnensvorgaben lassen sich zwei Dimensionen neoliberaler Subjektivierung unterscheiden, die Groß, Gundlach und Heitmeyer (2010) zufolge in der Figur des unternehmerischen Selbst kulminieren:

»*Responsibilisierung* nennen wir die Mobilisierung von sozial schwachen Gruppen unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative. *Unternehmerischen Universalismus* definieren wir als Kombination aus den unternehmerischen Tugenden und einer schichtübergreifenden Befürwortung von Selbstverantwortung.« (Ebd.: 141; Herv. i. O.)⁹

9 Die von Groß et al. gewählte Bezeichnung ›sozial schwache Gruppen‹, die auch in der Befragung der Autor*innen genutzt wurde, ist semantisch unzutreffend und zudem negativ konnotiert. Obwohl sie für analytische Zwecke gänzlich unbrauchbar ist, erscheint sie sehr wohl für den Einsatz in bestimmten Befragungssituationen geeignet. Nämlich dann, wenn festgestellt werden soll, inwiefern die in diesem Ausdruck enthaltene gruppenbezogene Herabsetzung mit den Einstellungen der Befragten korrespondiert. Genau so werden die entsprechen-

Die von den Autor*innen entwickelte Skala, die die Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst in diesen beiden zentralen Dimensionen messen soll, hat auch im Rahmen der *IfK-Trendstudie* Anwendung gefunden (s. Tabelle 7). Anhand der relativen Häufigkeitsverteilungen ist erkennbar, dass die in der Skala enthaltenen Aussagen nicht nur Zustimmung gefunden haben. Abgesehen vom Item »Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, ist selber schuld, wenn er scheitert«, welches die Dimension des unternehmerischen Universalismus reflektiert, sind allerdings mindestens 40 % der Befragten stets geneigt, der jeweiligen Aussage zuzustimmen.

Tabelle 7: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
<i>Responsibilisierung</i> (M = 2,42; SD = 0,79; α = 0,72)					
Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden.	11	38	32	11	8
Die sozial Schwachen müssen lernen, sich selbst zu helfen.	10	30	37	19	4
<i>Unternehmerischer Universalismus</i> (M = 2,57; SD = 0,68; α = 0,76)*					
Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen.	23	41	26	8	3
Wer sich nicht selbst motivieren kann, ist selber schuld, wenn er scheitert.	16	38	31	10	4
Wer nicht bereit ist, was Neues zu wagen, ist selber schuld, wenn er scheitert.	15	37	33	11	4
Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, ist selber schuld, wenn er scheitert.	8	27	39	21	6
<i>Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst</i> (M = 2,52; SD = 0,63; α = 0,81)**					

N = 931 – 990; Antworthäufigkeiten in Prozent; Indexberechnung: * mindestens 3 gültige Antworten pro Fall, ** mindestens 4 gültige Antworten pro Fall

Ein ähnlich gemischtes Ergebnis stellen Pongratz und Voß (2003) in der qualitativen Prüfung ihrer Arbeitskraftunternehmer-These fest. Offenbar ist nicht von

den Items von Groß et al. genutzt und in dieser Weise kamen sie auch in der *IfK-Trendstudie* zum Einsatz (s.u.).

einem absoluten Verdrängungsverhältnis von altem und neuem Lohnarbeitertypus auszugehen (vgl. ebd.).

Fünfzehn Jahre nach der Zeitdiagnose zum Arbeitskraftunternehmer, ziehen Voß und Weiß (2013) eine Zwischenbilanz zur (angestrebten) Subjektivierung im *flexiblen Kapitalismus* (Sennett 2007):

»Es geht also nicht länger um die Nutzung begrenzter menschlicher Fähigkeiten für begrenzte Zwecke unter begrenzten Bedingungen, sondern um den Zugriff auf die gesamte ›lebendige‹ Subjektivität und die tendenziell ›totale‹ gesellschaftliche Funktionalisierung von Menschen und ihren Eigenschaften.« (Voß/Weiß 2013: 45)

Diese Reichweitensteigerung lässt sich auch in Varianten der Systemtheorie beschreiben als »*asymmetrische[n]* Interpenetration« (Voswinkel/Kocyba 2005: 80; Herv. i. O.) zwischen Wirtschaftssystem und den übrigen Teilsystemen.

Die neue Anthropologie des Wirtschaftssystems beinhaltet zwei bedeutsame Implikationen für die Agency der angerufenen Akteure: Erstens ist »[d]er Mensch in der Humankapitaltheorie [...] vor allem ein Mensch, der sich unentwegt entscheidet« (Bröckling 2017: 323). Aus der Wesensbestimmung geht unmittelbar hervor, dass nunmehr jeder bewussten Handlung eine instrumentelle Prüfung vorausgeht, die nur entscheidungsförmig zu lösen ist. Zweitens spitzt sich die *politische Ökonomie* hier zu einer *biopolitischen Ökonomie* zu, da Investitionsentscheidungen (und Desinvestitionsentscheidungen) nun auch die Ressourcen betreffen, die der Humankapitalist an sich selbst entdeckt hat (vgl. Bröckling 2016: 93). Gary Becker hierzu:

»Entsprechend dem ökonomischen Ansatz sind [...] die *meisten* (wenn nicht alle!) Todesfälle bis zu einem gewissen Grade ›Selbstmorde‹, in dem Sinne, daß man sie hätte hinausschieben können, wenn man mehr Ressourcen in die Lebensverlängerung investiert hätte.« (Becker 1982: 9)

Bestandssicherung bedeutet für das unternehmerische Selbst, spontan auf überraschende Marktentwicklungen reagieren zu können, daher ist ständiges Engagement zur Erhaltung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit aufzubringen. Der Beschleunigung sozialen Wandels (vgl. Rosa 2005) begegnet es im Modus der Aktivität (vgl. Glauser 2016: 24ff.). »Dieser neue Geist des Kapitalismus ist jener der Aktivität und Mobilität, der Flexibilität und Beweglichkeit, der Eigentätigkeit und Selbststeuerung.« (Lessenich 2013: 16) Nur der unternehmerische Mut zur Innovation verschafft Wettbewerbsvorteile – eine Haltung, für die in der *IfK-Trendstudie* ein empirischer Hinweis gefunden wurde (s. Abbildung 4). Risikobereite Personen identifizieren sich signifikant stärker mit dem unternehmerischen Universalismus als vorsichtige. Dieser Unterschied kehrt sich allerdings in der Responsibilisierungsdimension um. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die maßregelnde

Haltung gegenüber vermeintlich Leistungsschwächeren an eine konservative Tradition des Leistungsindividualismus anknüpft, während die Dimension des unternehmerischen Universalismus für den *progressiven Neoliberalismus* (Fraser 2017) steht, welcher eine Nähe zum emanzipatorischen und fortschrittlichen Gestus der Neuen Sozialen Bewegungen sucht und einen dynamisch-energisches Unternehmertypus goutiert (vgl. Bröckling 2016: 115ff.; Neckel/Wagner 2013a: 209ff.).

Die ständige Bereitschaft, flexibel zu sein und immer neue Risiken einzugehen, ist nur eine Medailleseite des aktivistischen Anforderungsprofils. Ein anderer Aktivismus ist gefordert, wenn durch Selbstüberwachung und -optimierung die vorausschauende und umsichtige Ratio gesteigert werden soll.

»Dabei sind Willenskraft und Wagemut auf der einen, nüchternes Kalkül auf der anderen Seite keine Gegenätze mehr, der Unternehmer seines eigenen Lebens hat vielmehr beides miteinander zu verbinden: Er ist zunächst und vor allem auf Findigkeit, Innovation und die Übernahme von Unsicherheit geeicht, aber soll zugleich die minutiöse Kontrolle und vorausschauende Planung nicht preisgeben.« (Bröckling 2016: 125)

Neben der Risikoneigung wurde in der *IfK-Trendstudie* auch eine Frage zum persönlichen Strukturbedürfnis gestellt, die aus der Skala von Collani (2014) stammt: »Ich genieße es, eine klare und geordnete Lebensweise zu haben.« Hierbei handelt es sich um ein sozialpsychologisches Konstrukt, das die kognitive Affinität zu einem klar strukturierten sozialen Umfeld sowie die Abneigung uneindeutiger Entscheidungssituationen widerspiegelt. Es ist theoretisch verwandt mit dem Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit (*Need for Cognitive Closure*), der Ambiguitätstoleranz (*Tolerance for Ambiguity*) und der Furcht vor Festlegung (*Fear of Invalidity*). (Vgl. Collani 2014) Der Wunsch nach einer klaren und geordneten Lebensweise kann als Indikator für den kontrollierten und vorausschauenden Aktivismus des unternehmerischen Selbst gelten. Den Befunden zufolge haben diejenigen mit stark ausgeprägter unternehmerischer Mentalität ein signifikant höheres Bedürfnis nach sozialer und kognitiver Struktur (s. Abbildung 5).

In der Gegenüberstellung mit der höheren Risikoneigung der unternehmerischen Universalist*innen spiegelt sich in den Daten das paradoxe Anforderungsprofil neoliberaler Subjektivierung, das zu einem *kontrollierten Draufgängertum* aufruft. Eine der vielen Unvereinbarkeiten, die das unternehmerische Selbst in Eigenregie lösen muss.

Abbildung 4: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Risikoneigung;
Abbildung 5: Persönliches Strukturbedürfnis in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst

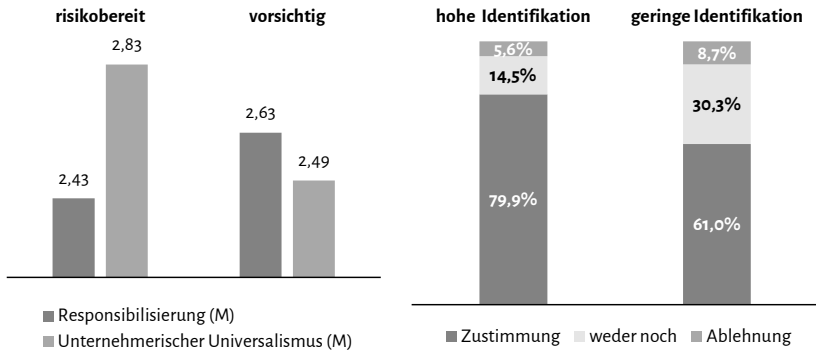


Abbildung 4: Items und Skalen: s. I und II im Anhang; Gruppenbildung via Median Split in Risikobereite (N= 235) und Vorsichtige (N= 765); signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen in Bezug auf Responsibilisierung ($t[971] = 3,27$; $p < 0,01$) und unternehmerischen Universalismus ($t[935] = 6,83$; $p < 0,001$);

Abbildung 5: Items und Skalen: s. I und III.6 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N= 522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen ($t[975] = 6,16$; $p < 0,001$)

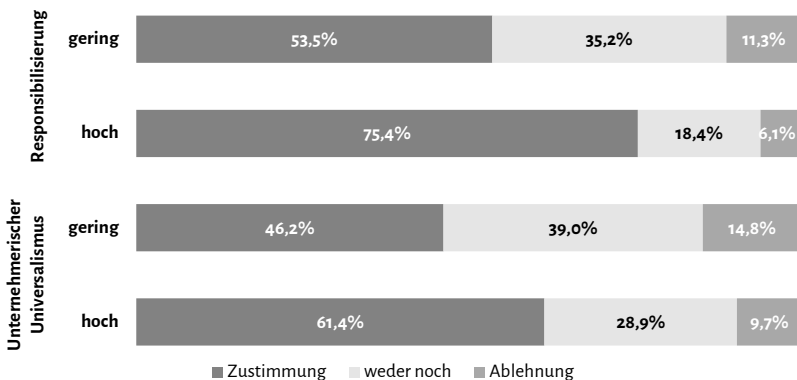
11.5 Sozialtechnologien: Wie wird Handeln beeinflusst?

Wie dargestellt, impliziert Neoliberalisierung einen sich selbst verstärkenden Prozess: »Je mehr Wettbewerb herrscht, desto mehr Gelegenheit haben die Akteure, ihr Handeln auf Wettbewerbsfähigkeit hin auszurichten. *Only competition makes competitive.*« (Bröckling 2016: 107; Herv. i. O.) Die neoliberalen Sozialtechnologien zielen dementsprechend tendenziell auf Wettbewerbsförderung (Fremdregieren) oder auf Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (Selbstregieren). Beide Projekte sind miteinander verbunden und niemals abgeschlossen: Selbst, wenn alles kommodifiziert wäre, müsste der Wettbewerb weiterhin vor verzerrenden Einflüssen und Stillstand geschützt werden. Und die Selbstoptimierung der Marktteilnehmer*innen nimmt aufgrund der Intransparenz und ständigen Dynamik des Marktes prinzipiell kein Ende. (Vgl. ebd.)

11.5.1 Technologien des Fremdregierens

Zunächst zu den Technologien der Fremdführung. Schimank und Volkmann (2017) zufolge ist ein zentrales Charakteristikum des neuen Ökonomisierungsschubs, nichtmarktförmige Governance-Mechanismen in wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Bereichen zu delegitimieren und durch Markt-Governance zu ersetzen. Dies betrifft die Mechanismen *Gemeinschaft* und *Netzwerk*, vor allem aber *Hierarchie*.¹⁰ Dies leuchtet vor dem Hintergrund der im Kapitel 11.3 skizzierten Legitimierung neoliberalen Regierens ein: Mit der Rationalität des *appeal of freedom* (vgl. Pyysiäinen/Halpin/Guilfoyle 2017) lassen sich schlecht Steuerungsinstrumente rechtfertigen, die auf unmittelbare Machtausübung und Zwang hinauslaufen. Ein Ergebnis der *IfK-Trendstudie* ist, dass die unternehmerische Mentalität tatsächlich ein Freiheitsverständnis goutiert, welches dem Wirtschaftsliberalismus entspricht (s. Abbildung 6). Insbesondere der unternehmerische Universalismus korreliert signifikant und bei mittelstarker Effektstärke mit der Aussage »Jeder ist für sein Glück verantwortlich«.

Abbildung 6: Eigene Glücksverantwortung in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst



Items und Skalen: s. I und III.5 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N=522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N=465); signifikante Korrelationen zwischen Responsibilisierung und Aussagenantwort ($r = 0,25$; $p < 0,001$) sowie zwischen unternehmerischem Universalismus und der Zustimmung zur Aussage »Jeder ist für sein Glück verantwortlich« ($r = 0,42$; $p < 0,001$)

¹⁰ Für einen Überblick über grundlegende Governance-Mechanismen vgl. Schimank (2007a).

Wie kann daher eine Reaktanz der aus Sozialität Entlassenen gegenüber Fremdführung vermieden werden? Die Lösung liegt in der Lernfähigkeit des *Homo oeconomicus*: »Wenn der Einzelne stets seinen Nutzen zu maximieren sucht, kann man seine Handlungen steuern, indem man deren Kosten senkt oder steigert und so das Kalkül verändert.« (Bröckling 2017: 324) Begünstigend ist, dass er sich dauernd entscheiden muss, womit sich Lernerfolg schnell einstellt. Präferiert wird also eine indirekte Kontextsteuerung durch veränderte Anreizstrukturen.

Eine übergeordnete Strategie, die unterschiedliche Steuerungsmöglichkeiten offeriert, stellt die *Quantifizierung des Sozialen* (Mau 2017) dar. Durch soziometrische Instrumente der Vermessung und Klassifikation wird, kommunikationstheoretisch ausgedrückt, Analoges in Digitales umgewandelt bzw. Stetiges in Diskretes (vgl. Nassehi 2015: 169ff.). Hierbei handelt es sich allerdings nicht um eine neutrale Übersetzungs- und Beschreibungsform des betreffenden Gesellschaftsbereichs. Ein Wert, etwa eine Zahl, ist nichts Natürliches, sondern sozial konstruiert (vgl. Nicolae et al. 2019). Zur Beschreibung von Quantifizierung nutzt Mau den Begriff *Valuation*, der in der ökonomischen Theorie die Wertermittlung von Gütern beschreibt, und erweitert ihn zu einer »soziokulturellen Praktik der Inwertsetzung«: »Aus dieser Perspektive existiert kein vorgängiger, neutraler und vom Betrachter unabhängiger Wert, der nur »entdeckt« oder gemessen werden müsste, sondern wir haben es mit Vorgängen der Wertzuschreibung und Wertmanifestation zu tun.« (Mau 2018: 277) Wer zählen möchte, muss vorher entscheiden, »was als relevant, wertvoll oder maßgeblich« (ebd.: 278) für eine numerische Unterscheidung gelten soll, um die Bedingung der Möglichkeit des Zählens überhaupt erst zu schaffen. In vielen Gesellschaftsbereichen werden durch Quantifizierung Wertigkeitsordnungen institutionalisiert, die auf vermeintlich objektiver Beobachtung basieren und auf Wirklichkeit verweisen (sollen). Valorisiert werden nicht nur Objekte (z.B. *Impact Factor* wissenschaftlicher Zeitschriften), sondern auch Menschen (z.B. *Hirsch-Index* für Wissenschaftler*innen, *Citizen Score* im chinesischen Sozialkreditsystem). Für Akteure entstehen in der Folge neue Vergleichsdispositive, die durch Qualifizierung und Performancemessung Wettbewerb entstehen lassen, ohne dass direkter Zwang ausgeübt werden müsste (vgl. Vormbusch 2012).

Bei der Frage, wer weitreichende Benennungsmacht über diese Statusdaten bzw. über dieses symbolische Kapital verfügt (vgl. Mau 2018), wird man schnell auf die *Überwachungskapitalbesitzer*innen* (vgl. Zuboff 2018) der großen Internetkonzerne stoßen. Die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff kommt nach jahrzehntelanger thematisch einschlägiger Forschungstätigkeit in ihrem Opus Magnum (2018) zu dem Schluss, dass der digitale Kapitalismus sich nur unzureichend über die beiden Geschäftsfelder Datenextraktion und Verhaltens*prognose* beschreiben lässt. Hauptgeschäftsfeld der großen Internetkonzerne sei mittlerweile die Verhaltens*modifikation*. Gesammelte Verhaltensdaten (Suchverhalten, Kaufhistorie, Bewegungsdaten, Audio- und Videoaufzeichnungen etc.), die nicht unmittelbar die Verbesserung

von Produkten anleiten, konstituieren die Ressource ›Verhaltensüberschuss‹, welche mithilfe lernfähiger Systeme (Künstliche Intelligenz) zur Entwicklung von Vorhersageprodukten genutzt wird (vgl. ebd.: 22). Ein so gewonnenes Vorhersageprodukt prognostiziert etwa die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Werbeanzeige. Wenn Google diese in einer automatisierten Auktion auf dem ›Marktplatz für Verhaltensvorhersagen‹ (*Verhaltensterminkontraktmarkt*) verkauft, dann lässt sich der Konzern eine Prognose über die Klickzahlwahrscheinlichkeit einer Anzeige im Voraus ihrer Platzierung vergüten und nicht etwa den nachträglich in Rechnung gestellten *Cost per Click* (vgl. 89ff.). Wie lassen sich solche Vorhersageprodukte optimieren? »Größte Gewissheit bei der Verhaltensvorhersage freilich erreicht man durch eine formende Intervention an der Quelle« (ebd.: 234), mit anderen Worten, indem man sicherstellt, dass das prognostizierte Verhalten auch tatsächlich eintritt. Verhaltensänderungen werden dabei sehr subtil angeregt, zum Beispiel durch eine Wendung im Facebook News Feed oder spontane Benachrichtigungen der Navigations-App über Angebote in der Nähe des derzeitigen Aufenthaltsortes (vgl. ebd.: 234, 177ff.).

An dieser Stelle wird deutlich, dass Lernerfolg im marktevolutionistischen Fortschrittsverständnis nicht immer heißen muss, rationalere Subjekte hervorzubringen. Es genügt oft, wenn ihre Entscheidungen rationaler werden (vgl. Bradbury/McGimpsey/Santori 2013: 253). Das von Zuboff beschriebene Prinzip der subtilen Verhaltensmodifikation nennt sich *Nudging* (dt.: Anstupsen) und ist auch auf analoge Handlungsbereiche übertragbar: Im populären Beispiel der Schulkantine werden die gesunden Speisen gut sichtbar weiter vorne ausgelegt, die ungesunden weiter hinten. Da bekannt ist, dass Schüler*innen tendenziell spontan zum Nächstgelegenen greifen, wird das Verhalten ›sanft paternalistisch‹ durch die Manipulation ihrer Mittel gelenkt, ohne ihre Selektionsalternativen oder die ›Freiheit‹ bei ihrer Zielverfolgung insgesamt einschränken zu müssen: Das ungesunde Essen bleibt nach wie vor erreichbar. Die Sozialtechnologie in dieser harmlosen Illustration entfaltet in der Gesundheits- und Armutspolitik ganz andere Dimensionen, die hier allerdings nicht weiterverfolgt werden. Da Nudging gerade auf Verhaltensänderungen zielt, über die die Angestupsten (angeblich) aus Bequemlichkeitsgründen nicht viel nachdenken, werden sie vom eigentlichen Entscheidungsfindungsprozess enthoben. (Vgl. Bröckling 2017: 175ff.) Dieser Governance-Mechanismus läuft für Bröckling daher auf eine Entpolitisierung hinaus, die »demokratische Deliberation durch Expertokratie und Aufklärung durch Verhaltensmodifikation ersetzt« (ebd.: 190).

Es ist allerdings nicht so, als würde staatliche Regierungspraxis in der Ära des Neoliberalismus gänzlich auf disziplinierende Methoden verzichten – ganz im Gegenteil zeigt sich gerade in der Mobilisierung der Bürger*innen auch ein *Authoritarian Neoliberalism* (vgl. Bruff 2016), der zur Kommodifizierung drängt. Der Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats durch die sogenannte Agenda 2010 wurde sowohl

Abbildung 7: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Haushaltsnettoeinkommen;

Abbildung 8: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Sozialstatusgruppe

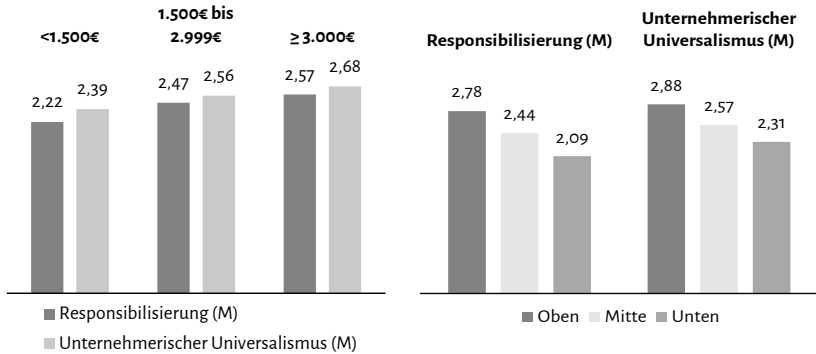


Abbildung 7: Items und Skalen: s. I und IV im Anhang; Nettohaushaltseinkommen gruppiert: unter 1.500 € (N = 228), 1.500 € bis 2.999 € (N = 374), 3.000 € und mehr (N = 286); Responsibilisierung ($F[2, 860] = 12,99; p < 0,001$) und unternehmerischer Universalismus ($F[2, 845] = 11,50; p < 0,001$) signifikant abhängig vom Nettohaushaltseinkommen (ANOVA); alle Vergleichsgruppen signifikant verschieden – bis auf mittleres vs. hohes Einkommen in beiden Dimensionen der unternehmerischen Mentalität (Bonferroni-Post-Hoc-Tests);
Abbildung 8: Items und Skalen: s. I und V im Anhang; subjektiver Sozialstatus gruppiert in Oben (N = 101): (1) bis (3), Mitte (N = 756): (4) bis (7), Unten (N = 119): (8) bis (10)

in die freiheitliche als auch die verpflichtende Semantik der Selbstverantwortung gekleidet (vgl. Gfrerer 2016). Seine arbeitsmarktpolitische Maxime ›Fördern und Fordern‹ impliziert dem Bericht der Hartz-Kommission zufolge die »Erwartungshaltung des Versicherers an den Versicherten, den materiellen und nichtmateriellen Leistungen des Arbeitsamtes im Sinne der Schadensminderungspflicht durch ein angemessenes, zielführendes Verhalten zu begegnen« (Hartz 2002: 45). Somit ist der oder die Einzelne dringlichst dazu angehalten, Schaden vom Staat abzuwenden und schnellstmöglich »selbst im Sinne des Integrationszieles tätig zu werden« (ebd.). Für Lessenich (2013), der diese sozialpolitische Governance untersucht hat, ist sie eine Teilkomponente einer umfassenden *Aktivgesellschaft*. Im Zuge ihrer widersprüchlichen individualisierenden Vergesellschaftung werden »Werte wie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung einseitig in den Dienst gesellschaftlicher Ansprüche an das Individuum genommen [...], deren Nichterfüllung wiederum sozial geächtet und bestraft wird« (ebd.: 96). Die Disziplinierung der Ungehorsamen – das wird im Zitat angedeutet – obliegt nicht nur staatlichen Stellen. Wenn es stimmt, dass sich die Regierungsgewalt immer weiter von einer zentra-

len Instanz zu vielen Machtzentren innerhalb der Regierten hin verlagert, dann sind es die Personen des eigenen sozialen Umfelds, die deviantes Handeln bestrafen. Komplizenschaften zwischen neoliberaler Autorität und ihr Unterworfenen hat das Forscher*innenteam um Wilhelm Heitmeyer im Rahmen des Langzeitprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* beobachten können. Festgestellt wurde ein Zusammenhang zwischen der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst und der Abwertung verschiedener Personengruppen, die dem ökonomischen Nutzenprinzip nicht entsprechen: Obdachlose, Behinderte und im besonderen Maße auch Langzeitarbeitslose (vgl. Groß/Gundlach/Heitmeyer 2010; Groß 2016; s.a. Gfrerer 2016). Wie dargelegt, ist die Dichotomie aus ›Leistungsträger*innen‹ und ›Überflüssigen‹ (›human waste‹, Bauman 2010) in der neoliberalen Regierungsrationale angelegt und für eine Marktmobilisierung zweckmäßig. Die Autor*innen stellen zudem fest, dass die unternehmerische Mentalität bei Personen signifikant stärker ausgeprägt ist, die über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen und sich selbst zu den höheren Statusgruppen in der Gesellschaft zählen. Beide Befunde können auf Basis der Daten der *IfK-Trendstudie* bestätigt werden (s. Abbildung 7 und Abbildung 8).

Besonders deutlich treten die Unterschiede bei der Aussage »Die sozial Schwachen müssen lernen sich selbst zu helfen« hervor, die die Dimension Responsibilisierung abbildet. Knapp 60 Prozent der Befragten, die sich auf der sogenannten Oben-Unten-Skala den drei oberen Stufen zuordnen, stimmen hier eher oder voll und ganz zu (s. Abbildung 9).

Dass Personen, die den neoliberalen Selbstverantwortungs- und Selbstverwirklichungsgedanken verinnerlicht haben, generell Gesellschaftsbereichen wohlwollend gegenüberstehen, die als leistungsbezogener Wettbewerb organisiert sind, lässt sich auch am ›Vertrauen‹ in Unternehmen ablesen, das bei ihnen signifikant höher ausfällt (s. Abbildung 10).

Abbildung 9: »Schwache müssen sich selbst helfen« nach Sozialstatusgruppe;
Abbildung 10: Vertrauen in Unternehmen in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst

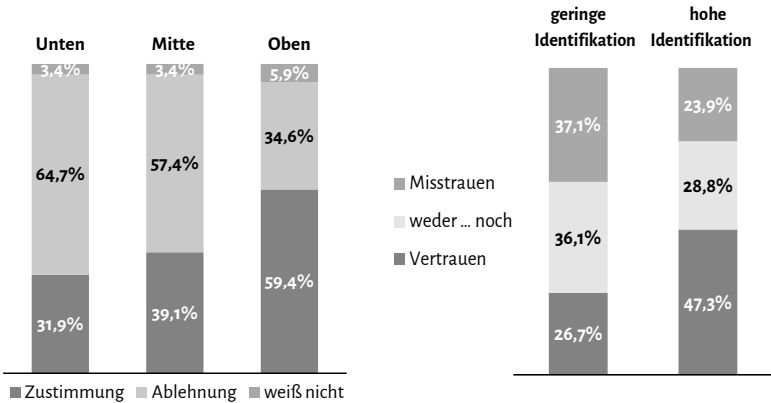


Abbildung 9: Items und Skalen: s. I.1 und V im Anhang; zustimmende und ablehnende Antworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; subjektiver Sozialstatus gruppiert in Oben (N = 101): (1) bis (3), Mitte (N = 756): (4) bis (7), Unten (N = 119): (8) bis (10);
Abbildung 10: Items und Skalen: s. I und VI.1 im Anhang; Vertrauens- bzw. Misstrauens-Anworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N = 522) und niedrige Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen ($t[959] = 6,83; p < 0,001$)

11.5.2 Technologien des Selbstregierens

Effektive Fremdsteuerung soll, wie spätestens hier deutlich wird, stets auch die Selbststeuerungsimpulse anregen. Verstehen sich Akteure erst einmal als Nutzenmaximierer, wird es ihnen schwerfallen, der Allokation eigener Ressourcen zu widerstehen. Im Folgenden sollen zwei Einsatzgebiete der Selbststeuerung hervorgehoben werden, die weniger auf die Erstmobilisierung ›inaktiver‹ Fähigkeiten zielen, sondern auf Folgeprobleme der Wettbewerbsteilnahme: das erste betrifft die planende, das zweite die risikoaffine Ratio.

Je kompetitiver der Markt, desto wichtiger wird die Ressource des Wissens. Vom Wissen des Akteurs hängen nicht nur seine Wettbewerbserfolge ab, sondern auch die Vermeidung von Misserfolgen angesichts ständig wandelnder Umweltbedingungen. Da er als Unternehmer für beides die alleinige Verantwortung trägt, sollte er stets ein effizientes Informationsmanagement betreiben: »Weil so viel auf dem Spiel steht, wird das Individuum versuchen, sich umfassend zu informieren, um seine Entscheidungen auf möglichst abgesicherter Grundlage zu tref-

fen.« (Bröckling 2016: 95) Weil im zirkulären Prozess aus Wettbewerbsverstärkung und Selbstoptimierung immer mehr Entscheidungen getroffen werden müssen und diese auch noch an Komplexität zunehmen, sind die unternehmerisch Handelnden mit dem Problem konfrontiert, dass der Ertrag einer Informationsbeschaffung in einem immer ungünstigeren Verhältnis zum investierten Zeitaufwand steht. Hier können Heuristiken kurzfristig Abhilfe schaffen. Es handelt sich hierbei um Entscheidungssubstitute, die als Schimank'sche Rationalitätsfiktionen des Common Sense oder als psychologische Informationsverarbeitungsrouten beschrieben werden können. Letztere werden durch Hinweisreize (Cues) in Offline- und Online-Umgebungen aktiviert (vgl. z.B. Sundar 2008; Metzger/Flanagin/Medders 2010). Wichtig scheint die Verbindung zur o.g. Governance der Quantifizierung des Sozialen: Ist eine Wertigkeitsordnung institutionalisiert, wirkt sie als prägende Sozialstruktur in allen drei Orientierungsmodalitäten. Die massenhafte Etablierung neuer Ratings und Rankings im Onlinekonsum ist – bis zum Punkt völliger Unübersichtlichkeit – gleichermaßen wettbewerbsfördernd wie -befähigend: Der Wettbewerb funktioniert entsprechend des Hayek'schen Ideals nur, wenn die Kund*innen auch die Möglichkeit haben, die Qualität der angebotenen Leistungen beurteilen zu können. Aus dieser Perspektive verhilft erst ein Maximum an Konsument*innensouveränität in Form von Bewertungsmöglichkeiten und Transparenz den besten Leistungsproduzenten zum gerechten Lohn. (Vgl. Schimank/Volkman 2017: 65f.)

Das Coping-Potenzial dieser Indikatoren ist allerdings beschränkt, da sie ein Hauptgeschäftsfeld unternehmerischer Mentalität kaum betreffen: die Vermeidung persönlicher Wettbewerbsnachteile im entfernten Horizont möglicher Zukunftsszenarien, die das Subjekt wegen der Unvorhersehbarkeit der Marktdynamiken nur schlechterdings auf Basis aktuell verfügbaren Wissens prognostizieren kann. Um sich trotzdem auf die vernünftigerweise zu erwartenden Wettbewerbsnachteile vorzubereiten, helfen Technologien, die die Fähigkeit zur spontanen Selbstadjustierung verbessern (z.B. Kreativitätstechniken, Self Monitoring, Feedback-Kultur) sowie diejenigen, die die Widerstandskraft vorsorglich stärken (z.B. Mediationsfähigkeiten für zu erwartende Konflikte). In die letztgenannte Kategorie fallen auch Präventionsmaßnahmen angesichts ökologischer, gesellschaftlicher und privater Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeiten sich auch im hypothetischen Zustand eines Informationsoptimums nicht mehr vorherzusagen lassen (z.B. Terroranschlag, Naturkatastrophe, Krebs), weswegen gleichsam vom Schlimmsten auszugehen ist. Der präventive Steuerungsimpuls, der auf die Bedrohungslage von *unknown unknowns* reagiert, ist entweder ein sich selbst disziplinierender Gehorsam in Richtung staatlicher Sicherheitsdispositive (z.B. Herstellen von Transparenz in allen Lebensbereichen) oder eine zuversichtliche Immunisierung ins Blaue hinein. (Vgl. Bröckling 2016: 96ff.)

Im sich abzeichnenden Nachhaltigkeitskapitalismus werden Management-Programme unglaublich, die unerschöpfliche menschliche Ressourcenförderung propagieren (Empowerment-Technologien). Nun wird Katastrophentraining vernünftig. Fortgeschrittene Resilienz-Technologien zielen längst nicht mehr nur auf die Stärkung der menschlichen Widerstandskräfte mithilfe eines Defizitmodells, das Risiko- und Schutzfaktoren so exakt wie möglich zu modellieren versucht: »Sie können zwar kalkulierbare Bedrohungen in Schach halten, nicht aber die grundsätzliche Vulnerabilität eines Systems gegenüber unvorhersehbaren Störungen aus der Welt schaffen.« (Bröckling 2017: 126) Stattdessen ist es langfristig effizienter, auf die sich selbst steuernde Lernfähigkeit des Ökosystems *Mensch* zu setzen. Gelernt werden kann nur dort, wo ein Bewegungs- bzw. Erprobungsspielraum zwischen stabil und instabil gegeben ist. Das heißt, dass die Störungsverarbeitungskompetenz durch kontinuierliche Impfung angeregt werden soll. (Vgl. ebd.: 113ff.) Anders ausgedrückt, sind kleinere Dysfunktionalitäten zur Ausbildung von Coping-Strategien überaus erwünscht: »Ohne Bedrohungen keine Entwicklung, ohne Risikoexposition keine Resilienz.« (Ebd.: 132) Potenziale einer »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter 2018 [1946]) werden selbst da gesehen, wo es pathologisch wird: Das *Posttraumatic Growth Inventory* (Tedeschi/Calhoun 1996) misst etwa die positiven Langzeiteffekte, die sich bei Patient*innen nach traumatischen Erfahrungen einstellen können. Persönliche Krisen helfen, die letzten menschlichen Reserven zu mobilisieren:

»Mit Schumpeter zu sprechen, erlernt der ›dynamisch-energisches‹ Typ des Wirtschaftssubjekts in der Burnout-Krise, ›hedonisch-statische‹ Eigenschaften bei sich auszubilden, damit Erschöpfungszustände nicht das Ende seiner Karriere bedeuten, sondern den Beginn eines neuen Wertschöpfungszyklus erlauben. Aus der Burnout-Klinik kehrt man nicht mit der Kündigung in der Hand zurück, sondern mit den Selbsttechniken nachhaltigen Ressourcenmanagements.« (Neckel/Wagner 2013a: 216)

In diesem Kontext steht eine Technologie, die in der Gouvernementalitätsperspektive bislang noch keine Aufmerksamkeit gefunden hat: Das *Vertrauensdispositiv* offeriert Methoden, die gleichermaßen Planungsdefizite wie Risikoszenarien bearbeitbar machen. Ohne seine Konturen hier angemessen nachzeichnen zu können, genügt der Hinweis auf den gezielt therapeutischen Einsatz in Begleitung oder infolge von Krisenentwicklungen (vgl. Strulik 2011). Der Einsatzbereich reicht von organisationspsychologischen *Change*-Prozessen, in denen Mitarbeiter qua Vertrauen Erwartungssicherheiten zugunsten von Managementinnovationen aufgeben sollen, bis hin zum umfangreichen *trust repair* des Wirtschaftssystems infolge der Finanzkrise 2008 (vgl. Levine/Lin/Xie 2018; Ritzer-Angerer 2018; Earle 2009; Tonkiss 2009). Wie bei den übrigen Selbsttechnologien geht es auch beim Vertrauen um das Paradoxon, »Nichterwartbares erwarten können« (Bröckling 2017: 115) zu müssen.

Der ›sanfte Paternalismus‹ im ökonomischen Vertrauensverständnis verbirgt sich im Anschein der Freiwilligkeit, demzufolge sich das Subjekt zwar prinzipiell auch anders entscheiden könnte, dieser Entschluss jedoch höchst begründungspflichtig bzw. unvernünftig wird, wenn die vertrauensvolle zugleich die rationalste Handlungsalternative ist (vgl. Abdelhamid 2018). Das Vertrauensdispositiv gehört zum Paradigmenwechsel im organisationalen Führungsstil (vgl. Bleicher 2003: 341): An die Stelle technokratischer Verwaltung (›Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!‹) tritt kybernetische Kontextsteuerung, die die ›weichen Faktoren‹ in Organisationen mobilisieren soll (›Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser!‹). (Vgl. ebd.) Anders als die Vertrauenssemantik nahelegt, geht es hier nicht wirklich um Vertrauen, sondern um die Steigerung von Risikotoleranz.

Umgekehrt wird mit Misstrauen Risikoaversion assoziiert, wie auch Luhmann nahelegt: »Man lässt sich [als Misstrauende*r, Anm. d. V.] auf ein Risiko nur ein, wenn man für Eventualitäten vorgebeugt hat, zum Beispiel Sanktionen in der Hand hat oder gegen Schaden ausreichend versichert ist.« (Luhmann 2015: 180) Eine sozialpsychologische ›Pathologisierung‹ und ›Kriminalisierung‹ von Misstrauen (vgl. Hörlin 2016: 70ff.) spielt einem Managementdiskurs in die Karten, der sich in der Beschreibung von Dysfunktionalitäten misstrauischer Organisationsmitglieder überschlägt. In der Zusammenfassung von Neuberger (2006: 40):

»Wer misstraut (das gilt für Personen wie Organisationen), der überwacht, kontrolliert und beschränkt eigenständiges Handeln und betrachtet Andere als bloße Ausführungsorgane; er tötet Spontaneität, Kreativität und Phantasie durch den Zwang zur exakten Vorschriftenbefolgung, sät Argwohn und Verdacht, kontrolliert den Informationsfluss, filtert, formalisiert und dokumentiert ihn, fördert negativistische und zynische Einstellungen ...«

Gegenteiliges gilt in der Betriebswirtschaftslehre für Vertrauen. Keine Erwähnung findet jedoch, dass im riskanten Wetteinsatz sogenannter Vertrauensentscheidungen nicht nur zeitliche und materielle Güter aufs Spiel gesetzt werden, sondern auch die zwischenmenschliche Bindungssicherheit als psychologische Dimension von *Vulnerabilität*. Die Lernfähigkeit dieser Selbststeuerung betrifft das stets neu auszulotende Verhältnis zwischen den *guten Gründen* des ›Vertrauens‹, also der Kalkulation sogenannter Vertrauenswürdigkeitsattribute auf Basis empirischer Erfahrung, und dem unternehmerischen Mut, die Kalkulationslücken als Chancen zu sehen. Im Vertrauensdispositiv kommt die ganze Ambivalenz des Selbstverantwortungsimperativs zur Geltung – auf der einen Seite der Freiheitsgewinn eines Kontrollverzichts, auf der anderen Seite die Fallhöhe für enttäushtes Vertrauen, fahrlässig Evidenzen bei der Vertrauensvergabe ignoriert zu haben.

12. Systemvertrauen und Journalismus im Neoliberalismus

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde ein grundlegendes Systemvertrauensverständnis auf Basis von Schimanks akteurzentrierter Differenzierungstheorie entwickelt und zudem die erste Leitfrage nach dem Einfluss von Systemvertrauen auf Prozesse der Sozialreproduktion beantwortet. Offen geblieben ist die zweite Leitfrage der Arbeit, die die Bedeutung des Journalismus für die Konstitution systemischen Vertrauens in der Gegenwartsgesellschaft betrifft. Zu Beginn des zweiten Teils der Arbeit wurde daher zunächst das Journalismussystem vorgestellt. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der sozialintegrativen Bedeutung des Journalismus für die differenzierte Gesellschaft im Allgemeinen. Der Status Quo seiner sozialintegrativen Leistungsfähigkeit sowie seine Relevanz in Systemvertrauensprozessen ließen sich jedoch nicht losgelöst von der dominanten Vergesellschaftungsform in der funktional differenzierten kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft untersuchen, sodass die Darstellung neoliberaler Regierungs- und Subjektivierungsweisen ergänzt wurde.

Das folgende Kapitel führt die losen Enden der bisherigen Argumentation zusammen, indem zunächst die Voraussetzungen von Systemvertrauen als besonderer Form einer Teilsystemprägung herausgearbeitet werden. In diesem Zusammenhang zeichnen sich die Konturen des gesellschaftlichen Vertrauensintermediärs Journalismus ab. Nachfolgend wird die Kernproblematik der neoliberalen Vergesellschaftung rekapituliert, welche eine vertrauensvolle Teilsystemprägung herausfordert. Außerdem wird danach gefragt, wie sich der Journalismus in der jüngeren Vergangenheit hierzu verhalten hat. Abschließend werden Krisensymptome der gegenwärtigen Sozialintegration im Neoliberalismus benannt. Einige Thesen in diesem Kapitel profitieren erneut von Ergebnissen der *IfK-Trendstudie*¹.

1 Eine knappe Methodenbeschreibung findet sich in Kapitel 11.2.

12.1 Unbestimmtheitslücke als Voraussetzung für Systemvertrauen

Dass sich Vertrauen nicht erzwingen lässt, ist – normativ gesehen – Fluch und Segen zugleich. Trotz umfassender Versuche lässt es sich nicht für Partikularinteressen instrumentalisieren. Die verpassten Chancen liegen in der Kompensation von Desintegrationserfahrungen, den Möglichkeiten intentionaler Strukturgestaltung und nicht zuletzt auch in seinem humanistischen Wert. Es hat seinen Grund, warum Vertrauen gerade in Zusammenhang mit Krisensymptomen besprochen wird (vgl. Endreß 2010: 91), denn nicht selten wird eine Stärkung einer bestimmten Teilsystemautonomie erhofft.

Vertrauen hat sich mit der Einsicht seiner Unverfügbarkeit jedoch keineswegs für die weitere Diskussion erledigt. Unverfügbarkeit ist weder bei Hartmut Rosa noch in dieser Arbeit eine absolute Kategorie. Sie hat selbst Voraussetzungen – und diese können sehr wohl intentional herbeigeführt werden. Gelingt dies, sind die *notwendigen Bedingungen* für Systemvertrauen erfüllt, auch wenn die *hinreichenden Bedingungen* unverfügbar bleiben.

Rosa sucht nach Worten, wenn er Resonanzerfahrungen an ›Halbverfügbarkeit‹ oder ›qualifizierte Unverfügbarkeit‹ knüpft (vgl. Rosa 2018: 48ff.). Ein gewisser Grad an Verfügbarkeit muss vorhanden sein, denn sonst käme überhaupt keine Beziehung zustande, weil das Gegenüber gar nicht *erreichbar* ist.

»Erreichbarkeit impliziert erstens die prinzipielle Möglichkeit zur ›Kontaktaufnahme‹, das heißt zur Herstellung einer inneren, als bedeutsam erfahrenen Verbindung, zweitens die Erfahrung oder zumindest Erwartung eigener Selbstwirksamkeit – das Gegenüber, mit dem ich in Kontakt trete, lässt sich von mir erreichen – und drittens das Element der Responsivität in der Wechselwirkung: Das Ich und die Welt scheinen einander in der Erfahrung von Resonanz zu antworten.« (Ebd.: 65f.)

Rosas Phänomenologie ist durchaus kommensurabel mit der hier verwendeten Theoriesprache, wie in Kapitel 9.3 gezeigt wurde. Eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem Beziehungsobjekt ist dann gegeben, wenn die teilsystemische Adressierung ein Gesellschaftsmitglied erreicht, also zur Kenntnis genommen wird. Wie im Kontext ungleicher Inklusionsverhältnisse festgestellt wurde, ist die Chance, angerufen zu werden, längst nicht immer gegeben (s. Kapitel 10.3.2). Sie muss eröffnet werden. Zudem kann eine Grundlage für die vertrauensvolle Fiktion teilsystemischer Zugangspunkte – im Zitat oben die wechselseitige Responsivität – dadurch geschaffen werden, dass Teilsystemrepräsentant*innen, also Leistungsrollenträger*innen, als solche für das Vertrauenssubjekt sichtbar sind.

An die Erwartung von Selbstwirksamkeit sind hohe Anforderungen gestellt. Um diese ausbilden zu können – und zwar möglichst in Bezug auf alle Teilsysteme

– ist eine sinnerfüllende, stabilisierende Identitätsbildung im Exklusionsbereich notwendig (s. Kapitel 10.4). Wer sowohl offen genug als auch geschlossen genug sein will, um in seiner Antwort auf die teilsystemische Adressierung Wirksamkeit unterstellen zu können, muss die vielfältigen teilsystemischen Zugriffe und Rollenkonflikte biographisch integrieren können. Welche enorme Herausforderung sich hier stellt, lässt sich anhand der teilsystemischen Tendenz der Verfügbarmachung, dem Gegenbegriff des Unverfügbaren, verdeutlichen.

Das Verfügbarmachen ist nach Rosa (2018) ein zentraler Bestandteil moderner Dynamiken (s.a. Bauman 2012, 2015). Was bei Rosa *Weltreichweitenvergrößerung* heißt, ist bei Schimank (2015) die moderne Fortschrittsidee, die teilsystemisch spezifiziert wird. Die vier Dimensionen des modernen Strebens nach Verfügbarkeit – Sichtbarkeit, Erreichbarkeit, Beherrschbarkeit, Nutzbarkeit –, die Rosa (2018: 21ff.) identifiziert, beschreiben ebenso die Tendenz der Teilsystemoperationen: Die binären Codes sind »nicht-teleologisch« (Schimank 2007d: 248), das heißt, es gibt keine »immanenten Stoppregeln« (Schimank 2005b: 174) für die Systemoperationen. Die Teilsysteme sind also auf *immer mehr und immer weiter* ausgerichtet. Die Exklusionsindividualität ist daher mit dem Problem konfrontiert, dass sie vielfältige teilsystemische Zugriffe bearbeiten muss, wobei jede Adressierung für sich genommen bereits einen universalen Anspruch verfolgt.

Eine erfolgreiche Synchronisation dieser rollenförmigen Anrufungen ist nur möglich, wenn die Exklusionsindividualität nicht ihre ganze Aufmerksamkeit der Bewältigung erlebter Ungleichheiten widmen muss, die sich im Exklusionsbereich verdichten. Mit anderen Worten kann es nur zu einer gesellschaftsstabilisierenden Identitätsbildung kommen, wenn es auch eine *gesellschaftliche Unbestimmtheitslücke* (vgl. Vobruba 2014: 271) im Exklusionsbereich gibt, die von der Bewältigung von Deprivationserfahrungen ausgenommen ist. Es geht also um die Frage, wie viel Autonomie den Desintegrierten bleibt, um die Konflikte und Anforderungen ihrer multiplen Partialinklusionen lösen zu können. Nach Vobruba wird man im Vergleich von Personen *mit* versus *ohne* soziale Absicherung feststellen, »dass soziale Sicherheit Handlungsspielräume eröffnet, in derer Rahmen individuelles Handeln systemisch schwächer determiniert ist als in einer Situation ohne soziale Absicherung« (ebd.). Soziale Sicherheit entlastet von der Notwendigkeit, permanent die Bedingungen zur Realisierung der eigenen Lebenschancen verbessern zu müssen. »Dort, wo das ›Reich der Notwendigkeit‹ endet und das ›Reich der Freiheit‹ beginnt, sind diese reflexiven Interessen zeitweise nicht länger handlungsbestimmend, weil ihre vorherige Verfolgung sich selbst transzendiert hat« (Schimank 2005b: 216).

Angenommen wurde, dass die Teilsystemorientierung von der Leistungsbeurteilung des Systems in Hinblick auf eine Anspruchsbefriedigung und Funktionserfüllung abhängt. Am Beispiel des Journalismussystems wurde gezeigt, dass das Inklusionsverhältnis des journalistischen Publikums durch alle drei Kontextrelationen beeinflusst wird, welche die sozialen Lagen konstituieren (s. Kapitel 10.3.2).

Fehlt eine grundlegende *sozialräumliche Autonomie* (Weiß 2017), sind es nicht nur unbefriedigte Ansprüche eines spezifischen Inklusionsverhältnisses, die zur Bewertung desselben herangezogen werden. Wer aufgrund seines Inklusionsprofils insgesamt wenig Lebenschancen hat, ist in seinem Handeln soweit von bestimmten Systemen determiniert, dass er bei der Leistungsbeurteilung der übrigen Systeme seine Deprivationserfahrungen nicht ausblenden wird. Deshalb kann sich die Untersuchung von Systemvertrauen auch nicht darauf beschränken, die systemeigenen Leistungen des interessierenden Systems in den Blick zu nehmen.

Hinweise auf den postulierten Zusammenhang zwischen Deprivationserfahrungen und teilsystemischer Leistungsbeurteilung gibt es in den Befunden der *IfK-Trendstudie*. Sie ergeben ein einheitliches Bild (s. Tabelle 8): Erstens hängen Deprivationen wirtschaftlicher und sozialer Art signifikant zusammen. Zweitens sind die systemischen Leistungsbeurteilungen nicht unabhängig voneinander, das heißt, es gibt signifikante mittelstarke bis hohe Korrelationen zwischen dem ›Systemvertrauen‹ in Wissenschaft, Politik und Medien. Drittens korrelieren die Deprivationserfahrungen signifikant negativ mit dem ›Systemvertrauen‹. Personen, die sich sozial benachteiligt fühlen und ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, bescheinigen den Systemen schlechtere Leistungsbilanzen.

Zusätzlich gibt es einen Hinweis auf die überindividuelle Leistungsbewertung: Die Einschätzung zur Lage der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland korreliert signifikant und hoch mit dem ›Vertrauen‹ in die Politik sowie moderat mit dem ›Vertrauen‹ in die Wirtschafts- und Politikberichterstattung.

12.2 Journalismus als Vertrauensintermediär der Gesellschaft

In der Vertrauensliteratur wird immer wieder die Rolle gesellschaftlicher Vertrauensintermediäre hervorgehoben, die zwischen unterschiedlichen Ebenen des Sozialen vermitteln (vgl. Endreß 2010: 93f.). Als Kandidat hierfür kommt insbesondere der Journalismus infrage (vgl. Kohring 2008; Blöbaum 2014: 28ff.). Wird der Begriff in einem engen Sinne so verstanden, dass eine Vertrauensbeziehung zwischen zwei Parteien durch eine dritte Partei intentional und (unter Kontrolle bestimmter Randbedingungen) mit einer angebbaren Erfolgswahrscheinlichkeit herbeigeführt wird, widerspricht er dem Vertrauensverständnis dieser Arbeit. Hier wird er dagegen weit interpretiert. Ein Vertrauensintermediär ist demnach eine soziale Instanz, die vertrauensnotwendige Bedingungen schaffen kann. In der bisherigen Argumentation hat sich bereits ein Zusammenhang zwischen dem Empfang journalistischer Leistungen und den Bedingungen der Möglichkeit systemischen Vertrauens angekündigt, der im Folgenden ausgeführt wird.

In den 1970er Jahren formulierten Ball-Rokeach und DeFleur (1976) ihre These einer sozialstrukturell bedingten Abhängigkeit der Gesellschaftsmitglieder von

Tabelle 8: Soziale Lage und Institutionenvertrauen

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1 Subjektiver Sozialstatus	1										
2 Soziale Deprivation	*** -,43	1									
3 Wirtschaftlich Deprivation	*** -,44	*** ,58	1								
4 Soziale Gerechtigkeit in Deutschland	*** ,29	*** -,32	*** -,28	1							
5 Zufriedenheit	*** ,41	*** -,36	*** -,35	*** ,41	1						
6 Vertrauen in Wissenschaft	*** ,22	*** -,17	*** -,20	*** ,22	*** ,20	1					
7 Vertrauen in Politik	*** ,25	*** -,20	*** -,21	*** ,48	*** ,23	*** ,35	1				
8 Vertrauen in Medien	*** ,18	*** -,16	*** -,15	*** ,28	*** ,15	*** ,46	*** ,61	1			
9 Vertrauen in Journalisten	*** ,16	*** -,14	*** -,15	*** ,30	*** ,18	*** ,45	*** ,56	*** ,75	1		
10 Vertrauen in Politikberichterstattung	*** ,12	*** -,13	*** -,11	*** ,38	*** ,19	*** ,34	*** ,50	*** ,58	*** ,53	1	
11 Vertrauen in Wirtschaftsberichterstattung	*** ,16	*** -,15	*** -,13	*** ,38	*** ,24	*** ,36	*** ,42	*** ,47	*** ,44	*** ,65	1
M	5,49	2,85	2,62	3,19	2,42	2,91	4,60	3,93	3,93	2,53	2,38
SD	1,67	,99	,97	1,18	1,03	1,42	1,77	1,68	1,59	,82	,78

*** p < 0,01, ** p < 0,001; bivariate Pearson-Korrelationen (N = 975-1014); Items und Skalen: s. III.1, III.2, V, VI.2 bis VI.5, VII und XII.1 und XII.2 im Anhang

massenmedial vermittelten Informationen, welche sie in den darauffolgenden Jahrzehnten zu der *Media System Dependency Theory* (vgl. Ball-Rokeach 1985, 2009) ausarbeiteten.² Ihre Theorie, als soziologisch informierter Rahmen zur Untersuchung von Medienwirkungen gedacht, ist in der Wirkungsforschung mittlerweile dem *Cognitive Turn* zum Opfer gefallen – Akteurpräferenzen zur Erklärung von Mediennutzung und -wirkung werden nun in der Regel nicht bis zu ihrem gesellschaftlichen Ursprung hin verfolgt (beispielhaft: Uses-and-Gratifications-Ansatz). Ball-Rokeachs und DeFleurs These, nach der die individuelle Abhängigkeit von medialen Leistungen an den gesellschaftlichen Status gekoppelt ist, der den Medien in der Gesellschaft zukommt, scheint in der heutigen hoch medialisierten Gesellschaft (vgl. Couldry/Hepp 2017) allerdings umso mehr zuzutreffen. Den Studienergebnissen von Burzan und Kolleg*innen (2008) nach, ist die Inklusion ins System der Massenmedien (bzw. des Journalismus) obligatorisch. Auf die Frage, warum Gesellschaftsmitglieder vom Journalismus abhängig sind, wurde mit den sozialintegrativen Leistungen des Journalismus geantwortet.³ Diese können an dieser Stelle mit Blick auf zwei der wichtigsten o.g. Voraussetzungen für Systemvertrauen aktualisiert werden: a) Erreichbarkeit und b) Identitätskonstruktion.

a) Die Adressabilität der Gesellschaftsmitglieder ist nicht voraussetzungslos. Gäbe es keinen Journalismus, so lässt sich mit Luhmann sagen, hätten die generalisierten Kommunikationsmedien eine äußerst beschränkte Reichweite. Burzan et al. (2008) folgend, ist der Journalismus das einzige Teilsystem, das indirekt Inklusionsverhältnisse in alle Teilsysteme herstellen kann. Täglich kommen unzählige episodische und in der Regel asymmetrische Kommunikationsverhältnisse zwischen Akteur und gesellschaftlichen Teilsystemen nur dadurch zustande, dass der Journalismus teilsystemische Publikumsbezüge herstellt (vgl. Blöbaum 1994). Auf einer basalen Ebene hält der Journalismus die Teilsystemprägung in Gang, da in der alltäglichen Berichterstattung ständig auch teilsystemische Handlungslogiken und Symbole (»Schlüsselreize«) auftauchen, die die Gültigkeit der Akteurfiktionen immer wieder aktualisieren.

b) Im Anschluss an Serong (2017) ermöglicht der Journalismus durch die Herstellung von Öffentlichkeit eine Bündelung und Synchronisierung der Rollenbezüge im Exklusionsbereich. Es ist keine andere gesellschaftliche Instanz in Sicht, die systematischer eine Interdependenzbeobachtung betreibt (vgl. Kohring 2016). Durch die Teilnahme an Öffentlichkeit kann es einem Individuum möglich werden,

2 Im Kontext der oben aufgeworfenen Frage zum journalistischen Inklusionsstatus radikaler Medienkritiker*innen ist der empirische Zusammenhang zwischen Medienskepsis und der Alternativmediennutzung interessant, den Jakob (2010) in einer Studie festgestellt hat. Seine Befunde deuten zudem an, dass hier nicht von einem absoluten Verdrängungsverhältnis ausgegangen werden kann.

3 Diese Fokussierung schließt selbstverständlich nicht aus, dass der Journalismus noch weitere gesellschaftlich unverzichtbare Leistungen erbringt.

sich mit seinen Inklusionsrollen ins Verhältnis zu setzen, selektive Teilsystemzugriffe auf die eigene Person als solche zu erkennen und Konflikte selbstregulierend zu lösen. Außerdem kann es zu öffentlichen Akteurkonstellationen kommen, die eine Verständigungsebene für Interessenskonsense schaffen. Auf Grundlage journalistischer Vermittlung sind daher öffentliche Koalitionsbildungen in den Inklusionskämpfen möglich. Der Journalismus kann ein Zustandekommen einerseits dadurch begünstigen, dass er die ungleiche Ressourcenverteilung und die Konfliktthemen zu seinen Berichterstattungsgegenständen macht. Andererseits kann er durch eigene Inklusionsleistungen die Bedingungen einer aktiven Publikumsteilnahme an Öffentlichkeit verbessern und die Sichtbarkeit seiner eigenen systemischen Zugangspunkte erhöhen. Obwohl die tatsächliche Realisierung von Vertrauensbeziehungen kontingent bleiben muss, kann der Journalismus aufgrund seiner sozialintegrativen Leistungen in einem weiten Sinne als wichtigster Systemvertrauensintermediär der Gesellschaft gelten.

Außerdem wird hier noch einmal deutlich, dass die Sozialintegration qua Journalismus unmittelbar mit der Systemintegration in der funktional differenzierten Gesellschaft verbunden ist. Die Systemintegration, verstanden als Beziehungsgefüge der Teilsysteme untereinander, wird davon beeinflusst, wie die Rollensynchronisation der Gesellschaftsmitglieder ausfällt. Indem der Journalismus seinen Adressat*innen die Gelegenheit zur Perspektivierung des eigenen Gesellschaftsverhältnisses verschafft, stabilisiert er nicht nur das Verhältnis zwischen Individuum und den ausgeübten Inklusionsrollen, sondern mittelbar auch die gegenseitige Beschränkung der teilsystemischen Expansionstendenzen. Welches Gewicht diese gesellschaftliche Integrationsleistung des Journalismus hat, wird vor allem bemerkbar, wenn sie gefährdet ist. In den folgenden Kapiteln wird untersucht, wie die Integrationsleistung von den genannten Neoliberalisierungsprozessen tangiert wird.

12.3 Systemvertrauen in den Journalismus

Angesichts der Bedeutung, die dem Journalismus in der Begünstigung der Vertrauensumstände zugesprochen wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der Journalismus als Systemvertrauensobjekt gesellschaftstheoretisch eine besondere Stellung hat. Die Besonderheiten des Journalismusvertrauens liegen in seiner deliberativen Qualität sowie im Ausmaß möglicher Struktureffekte.

Angenommen wurde, dass vertrauensvolle Situationsdeutungen im Rahmen von Akteurkonstellationen eine Haltung *kooperativer Autonomie* (vgl. Hartmann 2011) implizieren. Das heißt, die oder der Vertrauende akzeptiert die Unverfügbarkeit der Beteiligten, erkennt mit anderen Worten die Handlungsfreiheit der anderen Akteure an und attestiert ihnen eine legitime Verfolgung reflexiver Interessen. Die-

se Perspektiven- und Ergebnisoffenheit des Vertrauenssubjekts begünstigt die Ausgangsbedingung öffentlicher Diskurse.

Treffen mehrere Akteure im Modus des Journalismusvertrauens aufeinander, ergeben sich weitreichende Chancen verständigungsorientierter Kommunikation. Denn nun sind Interessenskonsense möglich, die nur auf Basis dessen zustande kommen können, was Serong als ›Gemeinsinn‹ oder ›Öffentlichkeitssinn‹ bezeichnet (vgl. Serong 2015, 2017): Die Bereitschaft zur Berücksichtigung überindividuel-ler Interessen der anderen zur Verständigung über eine kooperative Realisierung kollektiver Güter (vgl. Serong 2017: 61). Die typische Unbeeindruckbarkeit einer realisierten Vertrauensbeziehung äußert sich hier darin, dass der normative Pol der Medienlogik, also die moralisch stark aufgeladenen Semantiken des Journalismussystems (demokratieorientierte Funktions- und Leistungszuschreibungen), handlungsinstruktiv werden: Zivilgesellschaft wird zum »Referenzbegriff für eine öffentliche Kommunikation, die sich als nicht-staatlich, nicht-kommerziell, nicht-parteiisch beziehungsweise überhaupt als vor-institutionell, zugleich aber auch als nicht-privat und in diesem Sinne als überindividuell deklarieren kann« (ebd.). In einer solchen episodischen Öffentlichkeit gilt – zumindest als akzeptierte Startbedingung – der *zwanglose Zwang des besseren Arguments* (Habermas 1984), sodass teilsystemübergreifende Interessenskonsense als *öffentliche Meinung* im Horizont des Möglichen liegen. Da öffentlich vermittelte Akteurkonstellationen, gemessen an der Zahl involvierter Akteure, die wohl reichweitenstärkste Form der Interdependenzbewältigung sind, können die Auswirkungen dieser Art Öffentlichkeit auf gesellschaftliche Strukturdynamiken enorm sein.

Seit Habermas' (1990 [1962]) *Strukturwandel der Öffentlichkeit* ist bekannt, dass die Bedingungen zur breitenwirksamen Realisierung des Öffentlichkeitsideals schlecht sind (s.a. Baum 1994).⁴ Von den vielfältigen Faktoren, die eine Rolle spielen, soll einer herausgegriffen werden, der für die nachfolgende Diskussion von zentraler Bedeutung ist und zunächst trivial klingt: Vertrauen ist nur möglich, wenn das Objekt des Vertrauens wahrgenommen werden kann. Erreichbarkeit, die der gesellschaftliche Vertrauensintermediär Journalismus für alle anderen Teilsysteme realisiert, muss auch für ihn selbst gelten: Werden publizistische Ansprechweisen als solche überhaupt nicht erkannt, erfolgt eine Situationsdeutung auch nicht im journalistischen ›Hoheitsgebiet‹. Das heißt nichts anderes, als dass die Teilsystemprägung nicht wirksam werden kann – selbstredend auch keine

4 Und sie waren natürlich auch zur Zeit einer nichtinstitutionalisierten Form von Öffentlichkeit, wie sie Habermas in den Clubs und Kaffeehäusern des 18. Jahrhunderts gegeben sieht, schlecht. Bourdieu ist darin zuzustimmen, dass Habermas in seiner idealisierten Öffentlichkeitsbeschreibung ökonomische und soziale Voraussetzungen der Diskursteilnahme zu stark ausklammert (vgl. Bourdieu 2013: 84ff.).

vertrauensvolle. Ein Akteur orientiert sich in einer solchen Situation schlicht nicht am Journalismus.

Dieser Punkt ist deshalb nicht banal, weil der Fortbestand der strukturellen Prägekraft des Journalismus auf historisch lange Sicht längst keine ausgemachte Sache ist. Es wurde festgestellt, dass der Journalismus lediglich über schwach verdinglichte Strukturen verfügt, die viel Kontingenz in Situationsdefinitionen unbestimmt lassen (s. Kapitel 10.2.2). Auf Publikumsseite oszilliert die Orientierung an der Medienlogik zwischen einem normativen und einem kommerziellen Pol – unter anderem aufgrund der organisationalen Doppeleinbettung. Daher wird angenommen: Je mehr sich die Medienlogik auf Publikumsseite in Richtung des kommerziellen Pols verschiebt, desto unwahrscheinlicher wird langfristig die Akteurfiktion eines gesellschaftlichen Journalismussystems.

12.4 Vom Verschwinden der Unbestimmtheitslücke

Wie zu zeigen versucht wurde, ist für ein adäquates Verständnis der teilsystem-autonomiegefährdenden *kapitalistischen Landnahme* (vgl. Dörre 2009) die Untersuchung neoliberaler Vergesellschaftung unabdingbar. Hierzu wurde mit dem Begriff der Adressabilität gearbeitet, der auf der Schnittstelle zwischen gouvernementalitätsanalytischer und systemtheoretischer Perspektive liegt. In Kapitel 11.4 wurde dabei ein Fokus auf die inflationäre Adressierung der Gesellschaftsmitglieder in der Figur des neuen Homo oeconomicus gelegt, die auf Sozialstrukturveränderungen unter der Last des wirtschaftssystemischen Kommodifizierungsdrucks zurückgeht. Systemtheoretisch wird die These einer erweiterten Funktionalisierung der Akteure durch das Wirtschaftssystem allerdings erst dann vollständig, wenn sie als Verdrängungsprozess bei der Annahme teilsystemischer Adressierungen von Seiten der Akteure beschrieben wird. Im Folgenden geht es um die Rolle des Journalismus bei dieser Entwicklung, die ihren Fluchtpunkt im Verschwinden der gesellschaftlichen Unbestimmtheitslücke hat. Und es geht um die Folgen einer Vergesellschaftung, die als Entgesellschaftung erlebt wird.

12.4.1 Unsichtbare Hände in unsichtbaren Systemen

Sämtliche teilsystemischen Personenkonstrukte, auch Homo politicus, Homo iuridicus, Homo paedagogicus etc., sind gleichermaßen selektiv wie universalistisch in dem Sinne, dass sie »immer nur Ausschnitte menschlicher Handlungsmöglichkeiten aktualisieren, aber diese Ausschnitte zu Universalien aufspreizen und so aus der gesellschaftlichen Ontologie des Subjekts eine anthropologische Wesensbestimmung machen« (Bröckling 2016: 38). Wie kann es angesichts dieser Indifferenz der teilsystemischen Personenkonstrukte untereinander also einen Imperialismus

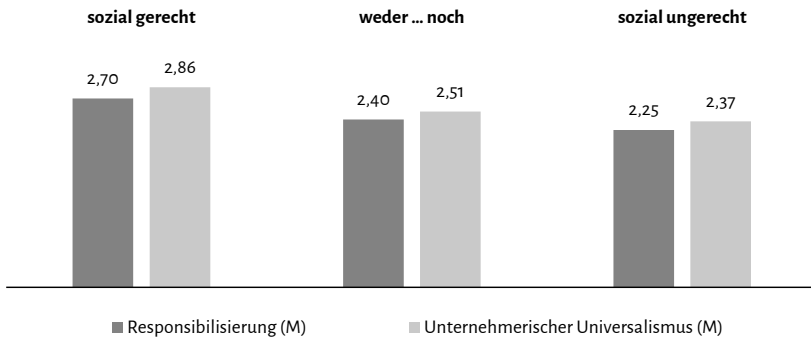
des Homo oeconomicus geben? Dies ist nur denkbar, wenn eine teilsystemische Adressierung nicht automatisch im Sinne des Reiz-Reaktion-Schemas erfolgreich ist – darin stimmen Governmentality Studies und Systemtheorie überein. Es wurde oben festgehalten, dass eine teilsystemische Adressierung zunächst beobachtet und dann entweder angenommen, verweigert oder beantwortet wird (vgl. Peter 2018: 43). Die Beobachtung der Akteure durch die Systeme, die ungleichheitstheoretisch hervorgehoben wurde, lässt sich daher auch andersherum denken: Wenn die teilsystemische Adressierung von der Adressatin oder dem Adressaten abgelehnt wird, ist es der Akteur, der das Inklusionsverhältnis verhindert – wobei dies keineswegs immer absichtsvoll geschieht.

In dieser Arbeit wird angenommen, dass die Kolonisierung teilsystemischer ›Hoheitsgebiete‹ nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Elemente aus dem Wirtschaftssystem in andere Teilsysteme transportiert werden, die dann auf die Eigenlogik des jeweiligen Systems einwirken. Die teilsystemischen Strukturen werden zusätzlich auch von *Innen* ausgehöhlt, da eine erfolgreiche Adressierung in der eigenen Systemsprache, also die Annahme der Beobachtungs- bzw. Kommunikationsofferte durch die Akteure, zunehmend voraussetzungsreicher wird. Auf der einen Seite gibt es eine zunehmende Mehrfachadressierung durch Teilsystemstrukturen, die neben ihren eigenen Personenkonstruktionen vermehrt auch den Homo oeconomicus anrufen. Auf der anderen Seite gibt es Akteure, die die Konflikte dieser systeminternen Mehrfachadressierung immer häufiger einseitig zugunsten des Homo oeconomicus auflösen.

Dass ebendieses Ergebnis auch so eintrete, ist das erklärte Ziel neoliberaler Regierungsrationalität. Denn sämtliche Handlungslogiken außer der des individualisierten Humankapitalisten verweisen in dieser Logik auf Inaktivität, die dem Wohlergehen aller im Weg steht. In diesem Zusammenhang wurde auf den Bedeutungswandel im Begriff sozialer Gerechtigkeit hingewiesen, der den Umbau des Wohlfahrtsstaates angeleitet hat. Wird dieses Verständnis zugrunde gelegt, verengt sich der Blick auf das Problem globaler Ungleichheiten dramatisch. Wenn soziale Ungerechtigkeit nur noch von denjenigen verschuldet wird, die sich in ihrer ›sozialen Hängematte‹ dem fairen, gemeinwohlfördernden Wettbewerb verweigern, wird das nun eindeutig quantifizierbare Ausmaß sozialer Ungerechtigkeit (Personenanzahl) in der durchökonomisierten Gesellschaft äußerst übersichtlich: Wer kann es sich tatsächlich heute leisten, sein Handeln nicht wettbewerbsförmig zu gestalten? Abgesehen vom negativen Einfluss der ›egoistischen‹ *Rent-seeker* (vgl. Krueger 1974), welche die wettbewerbsverzerrende Umverteilung des Wohlfahrtsstaats zu ihren Gunsten ausnutzen, muss es – so der Umkehrschluss – der überwältigenden Mehrheit ›fairer‹ Marktteilnehmer*innen relativ gut gehen. Mit der Problemdefinition verschiebt sich also auch die Wahrnehmung: Diejenigen Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie*, die die Lage der sozialen Gerechtigkeit in

Deutschland als gut einschätzen, haben auch signifikant eher die unternehmerischen Ideale verinnerlicht (s. Abbildung 11).

Abbildung 11: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland



Items und Skalen: s. I und III.2 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen gruppiert in sozial gerecht ($N = 317$), weder ... noch ($N = 285$), sozial ungerecht ($N = 403$); Responsibilisierung ($F[2, 636,57] = 30,81$; $p < 0,001$) und unternehmerischer Universalismus ($F[2, 624,39] = 16,85$; $p < 0,01$) signifikant abhängig von der Gerechtigkeitseinschätzung (Welch-Test); dargestellte Vergleichsgruppen signifikant unterschiedlich (Dunnnett-T3-Post-Hoc-Tests)

Hinter der neoliberalen Regierungsrationalität, die jede wohlfahrtsstaatliche Umverteilungsmaßnahme als ungerecht disqualifiziert, verbirgt sich nicht bloß ein Leistungsindividualismus, welcher das meritokratische Prinzip mit monetärem Gewinn gleichsetzt. Es geht vielmehr um eine Delegitimierung sämtlicher Sozialregulative, die der Marktexpansion im Weg stehen:⁵ »Aus neoliberaler Sicht ist der Begriff des Sozialen eine ideologische Figur, die bewusst oder unbewusst die Marktwirtschaft (und damit auf lange Sicht die gesamte moderne Gesellschaft) untergräbt.« (Ptak 2017: 66) Daher bezeichnet Bude (2016: 76) die neoliberale Ratio auch als »eine Gesellschaftstheorie, die gegen die Gesellschaft gerichtet ist«:

»Das wählende, wagende und wollende Individuum wird hier gegen ein Gehäuse der ewigen Übereinkünfte, der koalierenden Besitzstandsgruppen und der unbewussten Hörigkeit in Anschlag gebracht. Nicht worin man sich fügen muss, sondern was man machen kann, soll im Vordergrund stehen.« (Ebd.)

5 Die Marktevolution soll – und darin besteht ein theorieinterner Widerspruch bei Hayek – durch einen »schlanken Staat« sowie durch Stärkung von Rechtssicherheit (für Eigentum und Verträge) unterstützt werden (vgl. Bröckling 2016: 100f.; Schimank/Volkmann 2017: 70).

Ähnlich Nachtwey (2016: 80f.):

»Die Macht des Neoliberalismus sollte von unten und innen abgesichert werden, indem man Anreize für die Menschen schuf, sich selbst als Subjekte zu betrachten, die ihrem Wesen nach autonom und unternehmerisch sein sollten und denen kollektive gesellschaftliche Lösungen und Institutionen suspekt erschienen.«

Auf den Punkt gebracht wird diese im Wortsinne antisoziale Mentalität gegenüber allen Formen verbindlicher Kollektivität im berühmten Ausruf Margaret Thatchers: »And, you know, there is no such thing as society. There are individual men and women and there are families. And no governments can do anything except through people, and people must look to themselves first.«

Zusammenfassend lässt sich festhalten: *Ein zentrales Merkmal des globalen Neoliberalismus ist seine Fähigkeit, teilsystemische Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu invisibilisieren.* Dass er darin sehr erfolgreich ist, wird an vier miteinander verbundenen Phänomenen erkennbar:

- a) der massiven Zunahme entscheidungsförmigen Handelns infolge einer Abschwächung der Adressabilität nichtwirtschaftlicher Teilsysteme zugunsten der wirtschaftssystemischen,
- b) dem umfassenden Verlust an tiefen, sinnstiftenden Bindungen (*Ligaturen*) des Handelns, in der Konsequenz die *Optionen* zunehmend sinnloser erscheinen (vgl. Dahrendorf 1979),
- c) der Subjektivierung teilsystemischer Gefahrenproduktion (z.B. Klimakatastrophe), die von den responsabilisierten Akteuren als persönliche Risiken erfahren werden,
- d) der Produktion und Tolerierung monetärer Ungleichheiten im historisch beispiellosen Ausmaß, die angemessen nur als »Neo-Feudalismus« (Welzer 2016: 99) beschrieben werden können (statt vieler vgl. Piketty 2014, 2020).

12.4.2 Journalismus und Inklusionskämpfe

Woran liegt es, dass Akteure die Rollenkonflikte teilsystemischer Mehrfachadressierung schlechter lösen können? Antworten auf diese Frage betreffen die Beziehung zwischen den rollenförmigen Inklusionen des Dividuum und seiner Exklusionsindividualität (s. Kapitel 10.4). Offensichtlich gelingt es den Exklusionsindividualitäten immer weniger, die teilsystemischen Zugriffe biographisch zu integrieren. Daher ist von Schwierigkeiten in der Ausbildung sinnerfüllter Identitäten im Exklusionsbereich auszugehen. Es wurden zwei zentrale Voraussetzungen sinnerfüllter Identitätskonstruktionen genannt: Die Nivellierung von Ungleichheiten zwischen teilsystemischen Inklusionsprofilen, die durch die neoliberale Invisibilisierung sozialstruktureller Zusammenhänge immens erschwert wird, sowie die

erfolgreiche Synchronisation teilsystemischer Rollenerwartungen qua Öffentlichkeit. Beide Voraussetzungen lenken den Blick auf Defizite journalistischer Sozialintegration.

Es muss bezweifelt werden, dass der Journalismus in den letzten Jahrzehnten eine Vermittlungsleistung erfüllt hat, die gute Bedingungen zum Austragen von Inklusionskämpfen und eine daran anknüpfende Nivellierung von Ungleichheiten geboten hätte. Diese Einschätzung stützt sich auf inhaltsanalytische Untersuchungen zu den Berichterstattungsgegenständen soziale Gerechtigkeit und Ungleichheit – wobei einschränkend erwähnt werden muss, dass der Forschungsstand zu diesem Themenfeld außerordentlich schlecht ist: Der Frequenzanalyse von Preston und Slike (2017) zufolge, haben kommunikationswissenschaftliche Publikationen zu den Themen Ungleichheit im Allgemeinen und ökonomischer Ungleichheit im Besonderen einen Anteil von 0,79 Prozent bzw. 0,5 Prozent am Gesamtkorpus thematisch einschlägiger Publikationen in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Nichtsdestotrotz informieren einige wenige Studien über das quantitative Ausmaß sowie das qualitative Framing der Berichterstattung.

Schröder und Vietze (2015) stellen in ihrer quantitativen Inhaltsanalyse fest, dass die deutschen Printmedien *Die Zeit*, *Der Spiegel* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) im Untersuchungszeitraum zwischen 1946 und 2015 mit zunehmender Häufigkeit über die Themen ökonomische Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit berichten, allerdings je nach Medium in unterschiedlicher Intensität: Die FAZ etwa schenkt den Themen im Zeitverlauf nur minimal erhöhte Aufmerksamkeit, was die Autor*innen mit der politischen Ausrichtung des Mediums erklären. Die gemeinsamen Schwankungen in der medialen Aufmerksamkeit hängen zudem (partiell) mit der wachsenden Ungleichheit zusammen, die über sogenannte Realweltindikatoren gemessen wird (Gini-Index äquivalenzgewichteter Haushalts-einkommen, Einkommensanteil der wohlhabendsten 10 Prozent aller Deutschen, Armutsquote nach SOEP). Zu vergleichbaren Befunden kommt Petring (2016). Er hat Artikel von FAZ, *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *die tageszeitung* (taz) im einfachen Text-Mining-Verfahren untersucht, die in den Zeiträumen 1959 bis 2011 (FAZ), 1992 bis 2011 (SZ) und 1987 bis 2011 (taz) publiziert wurden. Alle Zeitungen berichten im Zeitverlauf häufiger über das Thema Armut und diese Frequenzsteigerung steht auch im Zusammenhang mit einem »realweltlichen« Armutsindikator. Zu den Themen soziale Gerechtigkeit und materielle Ungleichheit berichten jedoch nur SZ und taz mit zunehmender Häufigkeit und in Korrespondenz mit dem Gini-Index. Für die reichweitenstarke FAZ wird dagegen ein massiver Abwärtstrend in der Berichterstattungsfrequenz ab den 1980er Jahren beobachtet, der im Kontrast zum »realweltlichen« Anstieg materieller Ungleichheit steht. Petring vermutet hier, »dass die FAZ tatsächlich eine neoliberale Wende vollzogen hat« (ebd.: 379; Herv. i. O.). Dieser Eindruck wird von Blanks (2017) Framinganalyse bestätigt, die sich auf 62 Artikel aus FAZ und SZ stützt, welche im Jahr 2016 veröffentlicht wurden und ökonomische

Ungleichheit betreffen. Den Befunden zufolge werden die sozialen und politischen Probleme ökonomischer Ungleichheit in FAZ-Artikeln deutlich häufiger relativiert oder sogar bestritten. Außerdem äußerten FAZ-Autor*innen in den meisten Fällen eine wirtschaftsliberale Haltung, die sich gegen Umverteilungsmaßnahmen richtet. Blank lenkt den Blick zudem auf die eigentlichen Berichterstattungsdefizite, die weniger quantitativer, sondern vielmehr qualitativer Art sind. Sie liegen vor allem in der Problembeschreibung (a) und der Ursachenattribution (b).

a) Das Problem ökonomischer Ungleichheit wird in den Medien oft äußerst allgemein beschrieben (vgl. Blank 2017: 4390). Champlin und Knoedler (2008), die ebenfalls einen themenspezifischen Berichterstattungszuwachs in den US-amerikanischen Zeitungen *New York Times*, *Washington Post*, *Wall Street Journal*, *USA Today*, *Chicago Tribune* und *Los Angeles Times* (Index-Suche; Vergleichszeiträume: 2002 bis 2007 gegenüber 1997 bis 2002) verzeichnen, notieren: »However, in spite of the modest increase in coverage, the emphasis in most cases is limited to a simple reporting of the existence of growing inequality and middle class decline.« (Ebd.: 136) Gerade in der Berichterstattung über wirtschaftspolitische Themen, die potenziell eine Umverteilung ökonomischer Ressourcen zur Folge haben könnte, werden die entsprechenden politischen Instrumente in Zusammenhang mit allgemeinen Wachstumsprognosen der (nationalen) Wirtschaft gestellt und damit zugleich gemäß der Sachzwang-Argumentationsfigur diskreditiert. Dies war etwa in der Berichterstattung über die Vermögenssteuer im Bundestagswahlkampf 2013 in Deutschland der Fall, wie Lichtenstein, Rohmberg und Böhme (2016) in ihrer Frame-Analyse von FAZ, *Die Welt*, *SZ*, *Die Zeit*, *Spiegel Online* und *BILD Online* feststellen. Diese unspezifische und »Realweltindikatoren«-orientierte Darstellung ist deshalb hochproblematisch, weil das Wissen der Rezipient*innen um die ungleich verteilten Ressourcen nicht nur äußerst prekär ist, sondern das wahrgenommene Ausmaß an Ungleichheit, welches oft objektiv falsch ist, stark mit der politischen Forderung von Umverteilungsmaßnahmen korreliert. Zu diesen Befunden kommen Gimpelson und Treisman (2018) in ihren umfangreichen Sekundäranalysen mehrerer internationaler Bevölkerungsbefragungen.

b) Eine falsche Ursachenattribution lässt sich besonders anschaulich anhand der Finanzkrise 2008 nachvollziehen. Zahlreiche Journalismusforscher*innen attestieren dem Finanz- und Wirtschaftsjournalismus ein völliges Versagen in der Vorhersage, der begleitenden Berichterstattung und der Aufarbeitung der Krise, was teilweise auch auf informationsökonomische Verflechtungen zwischen Finanzjournalismus und seinem Berichterstattungsgegenstand zurückgeführt wird (vgl. Schiffrin 2015; Starkman 2014; Berry 2019; Knowles 2018; Knowles/Phillips/Lidberg 2017; Schifferes/Roberts 2014; Tambini 2010). Um nur eine Untersuchung herauszugreifen: Laura Basu (2018) widmet sich in ihrer umfangreichen Framing-Analyse den medialen Kriseninterpretationen in 1133 Berichten der britischen »Mainstreammedien« *BBC*, *Guardian*, *Telegraph*, *Sun* und *Mirror* im

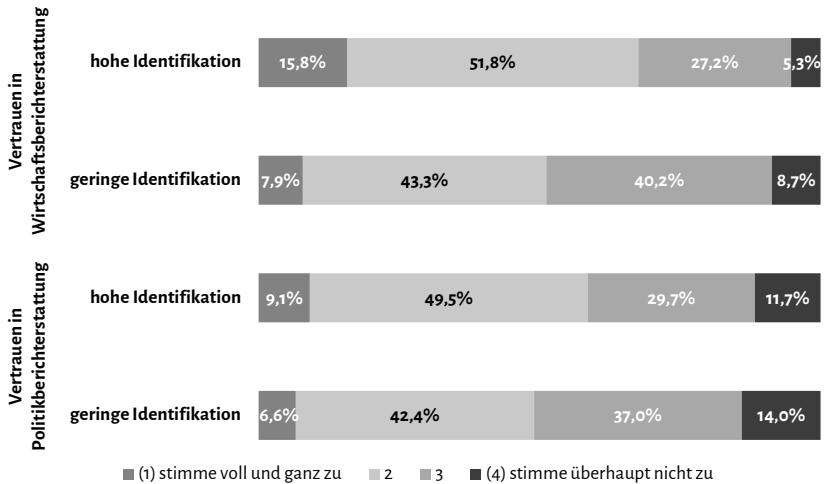
Veröffentlichungszeitraum 2007 bis 2015. Sie zeigt, dass in jeder der fünf aufeinanderfolgenden Berichterstattungsphasen (»crash«, »deficit«, »slump«, »Eurocrisis«, »inequality«) dominante Ursachenattributionen und Lösungsansätze variieren. Im Ergebnis werden Krisensymptome voneinander isoliert, oberflächlich und unsystematisch dargestellt, sodass die mediale Berichterstattung die sozialstrukturellen Zusammenhänge der Ereignisse eher verbergen denn offenlegen. Das permanente »rewriting of history« (ebd.: 71) im Übergang von einer Berichterstattungsphase zur nächsten versucht sie im titelgebenden Bild einer geschichtsvergessenen *Media Amnesia* einzufangen:

»It has forgotten not only the deep roots of the crisis in the dynamics of neoliberal capitalism, but has erased the immediate past of the crisis – its development over the past few years or even months. It has thereby left citizens unable to understand the situation in which they find themselves to negotiate a viable way out. Instead, this amnesia has served the interests of those who wish to escalate the kinds of policies that helped cause the crisis in the first place, and that transfer resources upwards.« (Ebd.: 210)

Mit dem letzten Satz verweist Basu auf Austeritätsmaßnahmen, die in der EU seit 2010 durchgeführt werden. Die politische Legitimationen der Sparmaßnahmen, die für die Bevölkerung südeuropäischer Länder, insbesondere Griechenland, eine massive Verschlechterung der Lebensumstände bedeutet, sind ebenfalls nicht von einer kritischen Berichterstattung herausgefordert worden (vgl. Basu/Schiffes/Knowles 2018; Barnes/Hicks 2018).

Vor dem Hintergrund dieser Leistungsbilanz überrascht es wenig, dass Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie*, die sich in der Sozialfigur des unternehmerischen Selbst wiederfinden, über ein signifikant höheres »Vertrauen« in die Wirtschafts- und Politikberichterstattung haben als diejenigen ohne eine unternehmerische Haltung (s. Abbildung 12). Insbesondere in Bezug auf das »Vertrauen« in die Wirtschaftsberichterstattung gibt es einen deutlichen Unterschied: Lediglich ein Drittel der Personen mit hoher unternehmerischer Identifikation »vertraut« nicht oder eher nicht, bei den Personen mit geringer Identifikation ist es dagegen rund die Hälfte, die (eher) nicht »vertraut«.

Abbildung 12: Vertrauen in Wirtschafts- und Politikberichterstattung in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst



Items und Skalen: s. I und VII im Anhang; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N = 522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); Gruppenunterschiede signifikant sowohl in Bezug auf das Vertrauen in die Wirtschaftsberichterstattung ($t[962] = 5,62$; $p < 0,001$) als auch auf das Vertrauen in die Politikberichterstattung ($t[974] = 2,78$; $p < 0,01$)

In Artikeln zur Austeritätspolitik findet sich die neoliberale Responsibilisierung der ökonomisch Unproduktiven wieder, die sich als Legitimationsfigur sozialer Ungleichheiten auch durch andere sozialpolitische Berichterstattungsfelder zieht (vgl. Volkmann 2006). In ihrem Überblicksartikel kommen Grisold und Theine (2017) nach der Durchsicht empirischer Studien zur medialen Darstellung ökonomischer Ungleichheit zu dem Schluss:

»We cannot identify a diversity of information on economic inequality, but rather a bias toward individualistic explanations, and a neglect of the positive implications of redistributive policies to diminish inequality. Certainly, the media are too close to their ›nonmultidimensional‹ sources and thus fail to give a critical account of economic developments.« (Ebd.: 4278)

Mit dieser Einschätzung korrespondieren zwei andere Befunde der *IfK-Trendstudie*. Die Teilnehmenden sollten folgende Aussage auf einer vierstufigen Skala bewerten: »Über das Problem der sozialen Gerechtigkeit wird zu wenig berichtet.« Die Zustimmung zur Aussage korreliert signifikant negativ – allerdings bei sehr gerin-

ger Effektstärke – mit zwei Items der Skala zum unternehmerischen Selbst, nämlich den Aussagen »Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen« (s. Abbildung 13) sowie »Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden« (s. Abbildung 14).

Abbildung 13: »Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen« nach wahrgenommenen Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit;

Abbildung 14: »Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden« nach wahrgenommenem Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit

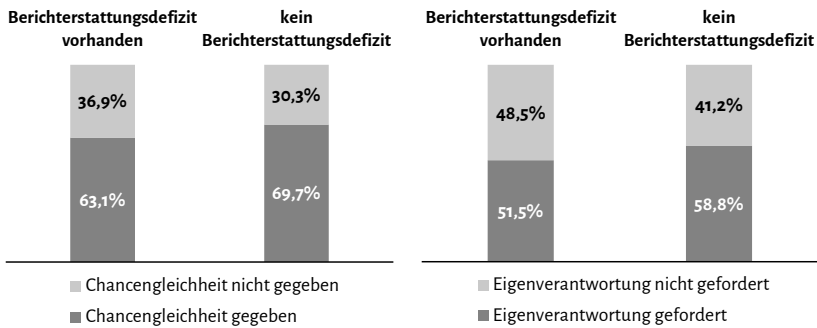


Abbildung 13: Items und Skalen: s. I.3 und VIII.1 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen in der Darstellung zusammengefasst; Wahrnehmung eines Berichterstattungsdefizits korreliert signifikant negativ mit der Einschätzung zur Chancengleichheit ($r = -0,08$, $p < 0,05$);

Abbildung 14: Items und Skalen: s. I.1 und VIII.1 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen in der Darstellung zusammengefasst. Die Wahrnehmung eines Berichterstattungsdefizits korreliert signifikant negativ mit der Forderung zur Eigenverantwortung ($r = -0,14$, $p < 0,001$).

Die genannten inhaltsanalytischen Befunde und Befragungsergebnisse der *Ifk-Trendstudie* können in Zusammenhang gebracht werden mit dem Bedeutungsverlust eines interventionistischen Rollenverständnisses bei Journalist*innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, welcher in der repräsentativen Teilbefragung der *Worlds of Journalism*-Studie festgestellt wurde (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020). In der aktuellen Befragungswelle halten es lediglich 30 Prozent der deutschen, 32 Prozent der österreichischen und 21 Prozent der schweizerischen Journalist*innen in ihrer Arbeit für »sehr wichtig« oder »extrem wichtig«, für »sozialen Wandel« einzutreten (vgl. ebd.: 150). Die Autor*innen stellen ihre Befunde früheren Studien für Deutschland (vgl. Weischenberg/Löffelholz/Scholl 1994; Weischenberg/Malik/Scholl 2006), Österreich (vgl. Kaltenbrunner et al. 2008) und der Schweiz (vgl. Bonfadelli et al. 2011) gegenüber. In den deutschen und österreichischen Refe-

renzstudien lauteten die Formulierungen »sich einsetzen für die Benachteiligten in der Bevölkerung« bzw. »für Benachteiligte einsetzen«, das schweizerische Item zielte auf das Selbstverständnis, »als Anwalt/Anwältin mich für die gesellschaftlich Schwachen einzusetzen«. Trotz der abweichenden Formulierungen halten es Hanitzsch und Lauerer (2020: 151) für gerechtfertigt, von einem Trend auszugehen. Demnach ist die Zustimmung für eine anwaltschaftliche Rollenausübung in Deutschland seit 1993 um 13 Prozentpunkte zurückgegangen, in Österreich hat sie sich seit 2007 halbiert und in der Schweiz ist sie auf ein Drittel der im Jahr 1998 gemessenen Zustimmung gesunken.

Zusammenfassend drängt sich der Eindruck auf, dass der Journalismus in der Vermittlung ungleichheitsbezogener Themen in den vergangenen Jahren eher Koalitionsbildungen zwischen Bessergestellten begünstigt hat, die geeignet sind, Verteilungskämpfe zu Ungunsten der Schlechtergestellten zu befrieden (vgl. Schimank 2015: 257) und dadurch definitionsgemäß sozialdesintegrativ wirken.

12.4.3 Journalistische oder ökonomische Anrufung?

Eine zweite Herausforderung für eine Sozialintegration qua Journalismus besteht darin, dass der Journalismus nicht unverschont bleibt vom neuerlichen Ökonomisierungsdruck. Belege für die Ökonomisierung des Journalismus finden sich zuhauf in der Journalismusforschung, die sich seit ihren Anfängen auch mit dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Journalismus beschäftigt hat (vgl. Meier/Jarren 2001; Schimank/Volkman 2015: 123). Wie in Kapitel 10.1 dargestellt, ist dies ihrem Gegenstand geschuldet: Der moderne Journalismus weist von Beginn an wirtschaftsbezogene Programmelemente auf, die sich bis in die Strukturprägung des Publikums niederschlagen.

Die Autonomie des Journalismus wurde schon immer als instabil beurteilt, deshalb lassen sich Journalismustheorien auch darüber kategorisieren, wie viel Unabhängigkeit dem Journalismus im Gesellschaftsgefüge überhaupt zugesprochen wird (vgl. Scholl 2013). In dieser Arbeit wird angenommen, dass eine Untersuchung der o.g. Strukturveränderungen des Journalismus erstens nicht losgelöst von der aktuellen Periode der kapitalistisch verfassten Gesellschaft vorgenommen werden kann (vgl. Zwicky 2012; Imhof 2011; Hardy 2017; Fenton 2011; Chakravartty/Schiller 2010). Zweitens wird man nicht darum herumkommen, den Journalismus nicht nur als Explanandum von Ökonomisierung zu betrachten, sondern auch als Explanans. Demnach ist die geläufige Kriseninterpretation des Journalismus, die auf eine Redaktionskolonisierung durch die unternehmerische Seite journalistischer Medien hinausläuft, nur die halbe Wahrheit.

Siegfried Weischenberg hat bereits in einem Aufsatz von 1983 darauf hingewiesen, dass Presseerzeugnisse in ihrer Form nicht unabhängig von ihren Produktionsbedingungen sind (vgl. Weischenberg 1983). Ihm ging es hier um die Konsti-

tutionsbedingungen journalistischer Rollen und Programme. Weischenberg hebt die technisch-ökonomische und organisatorische Effizienz des objektiven Informationsjournalismus hervor, die seine Dominanz im kapitalistischen Mediensystem auf Dauer sichern würde (vgl. ebd.: 357f.). »Eine Berichterstattung, die ›niemanden vor den Kopf stößt‹, entspricht nicht nur kapitalistischer Logik, sondern generell dem Organisationsziel westlicher Medienunternehmen, mit begrenztem Aufwand große Publika zu erreichen«, so Weischenberg (1983: 357f.). Indem der Autor die Form journalistischer Berichterstattung von ihren strukturellen Produktionsbedingungen abhängig macht, gelangt er zu der Prognose, dass es erst dann zu tiefgreifenden Veränderungen journalistischer Berichterstattungsmuster und Rollenbilder kommt, wenn sich die fünf wichtigsten Eckpfeiler medienindustrieller Herstellung wandeln (vgl. ebd.: 361): Märkte, Angebote, Distributionsformen des journalistischen Rohmaterials (z.B. Nachrichtenagenturen), Produktionstechniken (technische und handwerkliche) und organisationale Managementformen (in Anlehnung an Smith 1977).

Weischenberg sah damals wenig Anlass, davon auszugehen, dass die von ihm thematisierten neuen Berichterstattungsformen des *Investigativen Journalismus* oder des *New Journalism*, welche sich auf Beitragsebene durch eine hervorgehobene Sichtbarkeit der individuellen Reporter*innenpersönlichkeit auszeichnen (vgl. Weischenberg 1983: 351), die Vormachtstellung des Informationsjournalismus als »kapitalistischen Realismus« (Lindlau 1980: 43) ernsthaft gefährden könnten. Als Indiz für einen möglichen Wandel konnte er lediglich auf Publikumsseite ein gestiegenes Bedürfnis nach einem direkteren und persönlicheren Journalismus ausmachen, das in Ansätzen durch entsprechende Rundfunkangebote befriedigt wurde (vgl. Weischenberg 1983: 361).

Mit Blick auf empirische Untersuchungen zum Rollenselbstverständnis von Journalist*innen scheint die Dominanz des objektiven Informationsjournalismus heute ungebrochen. Der *Worlds of Journalism*-Studie zufolge, die sich aus national-repräsentativen Befragungsdaten aus 67 Ländern speist, ist die Orientierung an der Rolle distanzierter Beobachter*innen (»Report things as they are«, »Provide analysis of current affairs«, »Let people express their views«, »Be a detached observer«) weltweit konsensfähig (vgl. Hanitzsch et al. 2019: 173). In Deutschland hat sie sich sogar noch verstärkt: Wollten 1993 zwei Drittel der Befragten möglichst unparteiisch berichten, liegt der Anteil nun bei 91 Prozent (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020: 143f.). Gleichzeitig wird Kritik und Kontrolle gegenüber der Wirtschaft und gegenüber der Regierung nur von einem Drittel (34 % bzw. 36 %) der deutschen Journalist*innen als mindestens »sehr wichtig« erachtet (vgl. ebd.: 146). Gerade in Hinblick auf die Watchdog-Funktion gegenüber der Regierung ist das im internationalen Vergleich ein stark unterdurchschnittlicher Wert – in den USA liegt er beispielsweise bei 86 Prozent (vgl. ebd.: 158).

Mittlerweile wurde der Verdacht, die journalistische Unparteilichkeitsnorm entspreche der Logik des Kapitalismus, von Phelan (2014) für dessen neoliberale Spielart erneuert. Abgesehen von ideologiekritischen Einwänden gegen das Berufsideal ist grundsätzlich fraglich, inwieweit Journalist*innen diesem gegenüber überhaupt noch gerecht werden können. Was die heutige Situation von der in den 80er Jahren unterscheidet, sind gravierende historische Einschnitte in allen fünf genannten Eckpfeilern medienindustrieller Herstellung, wobei die in dieser Arbeit hervorgehobenen markt- und managementbezogenen Faktoren als verhältnismäßig bedeutsamer für Wandlungsprozesse journalistischer Berufsrollen und Programme eingeschätzt werden als technikbezogene.⁶

Einen neuen Publikationsschub zur Medienökonomisierung gab es in der Journalismusforschung zur Jahrtausendwende (vgl. Knoche 2001; Meier 2000; Altmeppen 2008; Lobigs 2013), angesichts einer fortschreitenden Kommerzialisierung des Rundfunks (vgl. Schmidt/Spieß 1997; Wehmeier 1998), eines massiven Rückgangs von Vertriebs- und Anzeigenerlösen der Printmedien (vgl. Birkner 2010) sowie allgemeinen Finanzierungsproblemen des Online-Journalismus – eine Situation, die sich durch die Werbemarktbeherrschung der digitalen Plattform-öffentlichkeiten weiter verschärft hat (vgl. Lobigs 2018). Auch wurden zahlreiche strukturelle Auswirkungen auf das Journalismussystem benannt, unter anderem: Medienkonzentration (vgl. Zwicky 2012; Röper 2018) und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse (schlechte Vergütung, sinkende Zahl der Festangestellten) (vgl. Steindl/Lauerer/Hanitzsch 2017; Schnedler 2017). Zugleich wird die fehlende theoretische Fundierung dieser Ökonomisierungsphänomene bemängelt (vgl. Marr et al. 2001: 35f.).

In dieser Arbeit werden die strukturellen Veränderungsprozesse als ein sich selbst verstärkender Prozess neoliberaler Kommodifizierung verstanden, wie er in Kapitel 11.4 beschrieben wurde: Wettbewerbsförderung führt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Marktteilnehmenden, sodass wiederum der Markt zunehmend kompetitiver wird usw. Mit Altmeppen (2006) kann von einer doppelten Ökonomisierung gesprochen werden.

»Die Spirale der Ökonomisierung der Ökonomisierung macht sehr deutlich darauf aufmerksam, dass die Ökonomisierung keinesfalls allein als eine Folge des Wettbewerbs – und somit des Wirkens einer unsichtbaren Hand – aufgefasst werden

6 Das unterscheidet diese Argumentation von einem Gros der einschlägigen Veröffentlichungen zum Wandel des Journalismus (Stichwort: Digitalisierung). Natürlich handelt es sich nicht um überschneidungsfreie Kategorien. Allerdings erscheint eine theoretische Beschäftigung mit Digitalisierung zumindest verkürzt, wenn sie die interessierenden Prozesse nicht vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Metatrends der Ökonomisierung betrachtet, welcher sich aus dem Primat des Wirtschaftssystems ergibt.

kann. Ganz im Gegenteil sind die Medienorganisationen aktiv an der Ökonomisierung beteiligt, wenn auch keinesfalls immer bewusst und auch keineswegs immer intentional, sehr häufig sozusagen routinemäßig und oft mit unintendierten Handlungsfolgen.« (Ebd.: 256)

Wie dargelegt, erschließt sich dieser Prozess jedoch nur, wenn die Subjektivierungsweisen in den Blick genommen werden, die auf die Organisationsmitglieder einwirken und auf die sie reagieren (müssen). Im Redaktionsalltag vermengen sich Handlungsorientierungen der übergeordneten journalistischen Berufsrollen (teilsystemische Strukturprägung) mit Orientierungen, die sich aus organisationalen Mitgliedschafts- und Arbeitsrollen ergeben (organisationale Strukturprägung) – und zwar in evaluativer, normativer und kognitiver Hinsicht (s. Kapitel 10.2). Fraglich ist, aus welcher dieser unterschiedlichen Rollen heraus geantwortet wird, wenn Journalist*innen zu ihren normativen Orientierungen befragt werden und inwiefern ihre Angaben überhaupt mit ihrem beruflichen Alltagshandeln korrespondieren. So untersuchen zahlreiche Befragungen die Redaktionsmitgliedsrolle (Journalismuskontext), ohne jedoch die Rolle Medienschaffende*r (Wirtschaftskontext) zu berücksichtigen, obwohl beide zunehmend in Personalunion durch die Befragten ausgeübt werden. Dass eine Differenzierung hinsichtlich der o.g. Strukturebenen in der Regel nicht stattfindet, erklärt auch, warum der Forschungsstand zum journalistischen Rollenselbstverständnis weit davon entfernt ist, ein einheitliches Bild abzugeben (vgl. Hanitzsch/Vos 2017). Beispielsweise identifizieren Meyen und Riesmeyer (2012) in ihrer qualitativen Interviewstudie bei den 501 befragten Journalist*innen mit *traders* und *promoters* auch ganz andere als die klassisch vorgefundenen Rollenvorstellungen – womöglich auch deshalb, weil die Autor*innen zu den wenigen Ausnahmen gehören, die ihre Beobachtungskategorien grundlagentheoretisch, und zwar mithilfe von Bourdieus Feldtheorie entwickelt haben.

Vor dem Hintergrund der Ökonomisierungsdebatte ist von einer Stärkung der wirtschaftlichen zu Ungunsten der journalistischen Organisationsstrukturprägung auszugehen. Eine der Wechselwirkungen könnte so aussehen: Journalistische Inhalte werden für Medienunternehmen zunehmend uninteressant, weil sie ihre Produktpalette im Zuge der Digitalisierung diversifizieren und dadurch immer weniger angewiesen sind auf die ressourcenaufwändige Produktion journalistischer Waren. Das nun entstandene Ungleichgewicht in der Abhängigkeitsbeziehung verleitet die unternehmerische Seite journalistischer Medien dazu, sich weniger den normativen Handlungsorientierungen der Redaktion zu beugen, die zuvor noch den wirtschaftssystemischen Expansionsdrang des Medienunternehmens durch professionell-journalistische Stoppregeln eindämmen konnten (vgl. Kiefer 2013: 126f.). Auf diese Weise kann das Medienunternehmen der Redaktion einen Kostenreduktionszwang auferlegen, der zu Kündigungen und einer Verschärfung des Wettbewerbs zwischen Redaktionsmitarbeiter*innen führt. Unter dieser neu-

en Konkurrenzsituation leidet die Identifikation mit dem »sphärenspezifischen Ethos« (Schimank/Volkmann 2017: 160), was sich auf die handlungsleitenden Orientierungen journalistischer Leistungsträger*innen niederschlägt.

Einen Zusammenhang zwischen prekären Arbeitsbedingungen und einer Wettbewerbsorientierung hat Örnebring (2018) in seiner Sekundäranalyse dreier qualitativer Interviewstudien mit insgesamt 129 europäischen Journalist*innen festgestellt. Die gewachsenen Unsicherheiten in der Berufsausübung werden zu einem »normalen« Bestandteil des Journalismus naturalisiert und kompensiert durch Unternehmer*innengeist und meritokratische Leistungsorientierung, »that are fundamentally individualistic in nature« (ebd.: 122). Dies gilt insbesondere für die Berufseinsteiger*innen, von denen Bourdieu noch meinte, sie könnten sich mit ihrem Idealismus am ehesten gegen die abgeklärte Marktorientierung »der alten Hasen« wehren (vgl. Bourdieu 1998: 109).

»Young professionals across Europe have readily accepted that they as individuals have to bear the risks associated with their own profession, individually manage their own careers and individually take responsibility for their own professional training and development.« (Örnebring 2018: 117f.)

Betont werden sollte, dass es sich hier nicht unbedingt nur um eine passive Anpassungsreaktion an die gegebenen Umstände handelt, denn dies würde die freiheitliche Rhetorik der neoliberalen Regierungsrationalität in ihrer Wirkmächtigkeit unterschätzen und den Blick auf entsprechende Identitätsschablonen versperren. Das neoliberale Berufsideal des Arbeitskraftunternehmers kulminiert im neuen Rollenverständnis des *Entrepreneurial Journalist* (vgl. Vos/Singer 2016), der oder die Finanzierungsprobleme journalistischer Inhalte und prekäre Beschäftigungsbedingungen individualistisch kompensiert, indem er oder sie selbst als Marke und Marktakteur in den medienunternehmerischen Wettbewerb tritt (vgl. Cohen 2015).

Je mehr sich die Mitglieder journalistischer Medien ein marktorientiertes Rollenbild zu Eigen machen (evaluative Orientierungsmodalität), so die These, desto weniger Orientierung bieten die gemeinwohlorientierten journalistischen Organisationsziele. Ist dieser Wandlungsprozess bei einem korporativen Akteur weit fortgeschritten, ändert sich in der Konsequenz auch seine Sicht auf die Empfänger*innen seiner Leistungen. Im Übergang vom sozialmarktwirtschaftlichen zum neoliberalen Geschäftsmodell haben sich Imhof (2011: 124f.) zufolge Medienunternehmen in reine Dienstleistungsbetriebe gewandelt, die als Zielgruppe ihrer journalistischen Produkte nicht mehr (auch) Bürger*innen fokussieren, sondern nur noch Medienkonsument*innen. Im Sinne einer neoliberalen Ratio ist dies konsequent, da sich der unternehmerische Teil journalistischer Medien dadurch einer nichtwettbewerbsförmigen Handlungsorientierung entledigt, welche allzu deutlich auf überindividuelle sozialstrukturelle Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse verweist, die der Selbstverantwortungssemantik im Weg stehen.

Mittlerweile hat sich die von Weischenberg skizzierte Personalisierungstendenz für viele Beobachter*innen zu einem deutlich erkennbaren Öffentlichkeitstrend entwickelt (vgl. die Beiträge in Ettinger et al. 2019). Ein Indiz dafür ist auch der Bedeutungszuwachs des Ratgeberjournalismus: Der Anteil deutscher Journalist*innen, die ihrem Verständnis nach »Rat, Orientierung und Hilfestellung für den Alltag anbieten« wollen, hat sich laut der *Worlds of Journalism*-Studie seit 1993 von 36 Prozent auf nun 66 Prozent beinahe verdoppelt (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020: 154).

Die neue Publikumsansprache journalistischer Medienunternehmen stößt offenbar auch nicht auf taube Ohren: Zu Imhofs Diagnose passt auf Publikumsseite Deuzes (2008) *Monitorial Citizenship* als Gegenbegriff zu den *informierten Bürger*innen*. Deuze geht von verändertem Rezeptionsverhalten aus, bei dem Mediennutzer*innen verschiedenste Nachrichtenquellen (offline und online) nach denjenigen Themen durchsuchen (lassen), die sie ganz persönlich betreffen und interessieren. In »hyperindividual personal information spaces« (Deuze 2008: 850) stellen sie sich auf diese Weise (über Plattformen und Mash-Up-Medien) ihr personalisiertes Medienmenü zusammen. Die Aufwertung sehr persönlicher gegenüber anderen Nutzungsmotiven kann hier als Effekt neoliberaler Ökonomisierung verstanden werden: Wie dargestellt, steigt mit fortschreitender Kommodifizierung von immer mehr Gesellschaftsbereichen die Häufigkeit entscheidungsförmigen Handelns im Alltag dramatisch an. Um Entscheidungen selbstverantwortlich in Form von Kosten-Nutzen-Abwägungen adäquat bewältigen zu können, werden Informationen über die gegebenen und noch verborgenen Handlungsalternativen notwendig. Daher ist eine Technologie des Selbstregierens naheliegend, den eigenen Medienkonsum langfristig so zu rationalisieren, dass bei der Selektion der Inhalte auf den (vermuteten) persönlichen Anwendungsbezug großen Wert gelegt wird, um für kommende Entscheidungssituationen gewappnet zu sein.

Als Effekt der konsumorientierten Adressierung durch die Medienunternehmen vergrößert sich auf dem Medienmarkt langfristig die Konsument*innensouveränität im Hayek'schen Sinn, da sich für Rezipient*innen die Bewertungsmöglichkeiten der Leistungsproduzenten vereinfachen: Qualitätsurteile, die nur noch in Hinblick auf subjektive Präferenzen gefällt werden und nicht mehr hinsichtlich historischer Funktionszuschreibungen (z.B. Demokratieförderung), sind deutlich weniger komplex und lassen sich viel leichter kommunizieren und messen. In neoliberaler Logik erhöht sich die Transparenz aller Marktteilnehmer*innen und die »besten« Leistungsproduzenten sind für Medienkonsument*innen nun leichter als solche erkennbar. Mit dem neu gewonnenen Marktüberblick geht in der Folge eine verschärfte Konkurrenz der Leistungsproduzenten sprich eine Wettbewerbssteigerung einher – und so schließt sich der zirkuläre Kommodifizierungsprozess wieder.

Sofern die vorausgegangenen Diagnosen zur Medienökonomisierung zutreffen, wäre die journalistische Kerntätigkeit gesellschaftlicher Interdependenzbeobachtung (vgl. Kohring 2016) betroffen. Aufgrund der herausragenden Stellung, die das Journalismussystem auch für die Systemintegration der Gesellschaft einnimmt (vgl. Görke 1999), ginge vom Journalismus dann eine katalysatorische Wirkung in Hinblick auf gesellschaftliche Ökonomisierungsprozesse aus, die schon Bourdieu im Blick hatte, wenn er *Intrusionseffekte* des journalistischen Feldes konstatiert (vgl. Bourdieu 1998: 112ff.).⁷ In der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Ökonomisierungsschub heben Schimank und Volkmann (2017) zwei Teilsysteme hervor, die bei einer vom Autorenteam befürchteten »fortschreitende[n] Erosion funktionaler Differenzierung« (ebd.: 157) besonders bedeutsam sind, weil ihre innersystemischen Ökonomisierungstendenzen Effekte auf die gesamte Gesellschaft haben: Politik und Journalismus. Sie haben diesen besonderen Status, weil sie Schimank und Volkmann zufolge als Gegenkräfte der Ökonomisierung gelten. Die Politik steht durch das Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit in einem funktionalen Antagonismus zum Ökonomisierungsdruck (s. Kapitel 11.3). Wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind politisch aber ein äußerst umkämpftes Terrain – ihre Gewährung musste historisch immer wieder aufs Neue durch den demokratisch ausgeübten Druck der Bevölkerung erzwungen werden. Im Zuge der Neoliberalisierung hat sich der Staat zunehmend zu einem »Konsolidierungsstaat« entwickelt, »für den die Kreditwürdigkeit bei den Gläubigern der alles andere überragende Gesichtspunkt des Handelns wird« (ebd.: 187). Die damit verbundene Sachzwanglogik, die sich etwa in einer austeritätspolitischen »Schuldenbremse« des deutschen Staates äußert, hat den Bewegungsspielraum für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen schrumpfen lassen. Das entstandene Ungleichgewicht im funktionalen Antagonismus gegenüber der kapitalistischen Dynamik rief jedoch nicht wie früher eine demokratische Gegenbewegung hervor. Grund sei das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit zu den sozialpolitischen Themen – hierfür wurden auch in dieser Arbeit Belege gefunden (s.o.).

Das Autorenteam geht keineswegs davon aus, dass journalistische Leistungsproduktion insgesamt an Umfang verloren hat. Vielmehr habe die Ökonomisierung des Journalismus »auf eine Entfesselung der journalistischen Leistungsproduktion hingewirkt: mehr Geldverdienen durch mehr Publikum!« (Ebd.: 188) Da sich eine Steigerung der Zahl Inkludierter dann als schwierig erweise, wenn ohnehin schon

7 Mit der Stärkung des kommerziellen Pols im journalistischen Feld geht nach Bourdieu eine Stärkung der kommerziellen Pole anderer Felder einher, da die mediale Aufmerksamkeit fehlende Anerkennung von Akteuren mit geringem feldspezifischen Eigenkapital kompensieren kann. Mit anderen Worten verbessert sich die Position eines Akteurs in Richtung des autonomen Pols, etwa der Wissenschaft, nur dadurch, dass er als *Medienintellektuelle** Einschaltquoten generiert. (Vgl. Bourdieu 1998: 85, 112ff.).

alle Gesellschaftsmitglieder Rezipient*innen journalistischer Leistungen sind, sei eine Reichweitensteigerung nur möglich, wenn man die Quantität des Leistungsbezugs ausweite: »Und die wichtigste Antwort, wie man das bewerkstelligen kann, die zugleich die Gefährdung der journalistischen Standards benennt, lautet: Der Unterhaltungswert des Journalismus muss immer mehr gesteigert werden.« (Ebd.: 189)

Ganz ähnlich zu Bourdieus Intrusionseffekten sind den Autor*innen zufolge die nun veränderten Nachrichtenauswahlkriterien des Journalismus verantwortlich für die konsumorientierte Medialisierung der Politik (*Politainment*) sowie das Ausbleiben einer ideologiekritischen Gegenbewegung, die den Umbau des Wohlfahrtsstaats hätte verhindern können. (Vgl. Schimank/Volkmann 2015, 2017: 188ff.) Hinweise auf die Plausibilität dieser Annahme finden sich etwa in den genannten Inhaltsanalysen zur veränderten Medienlogik, die die Tendenzen zur Kommerzialisierung dokumentieren (vgl. Karidi 2017; Meyen 2015).

Eine zentrale These dieser Arbeit lautet also, dass sich die teilsystemische Prägung des Journalismus deutlich in Richtung des kommerziellen Pols der Medienlogik verschoben hat. Es muss angenommen werden, dass die publizistischen Ansprechweisen immer häufiger zugleich auch ökonomische sind. Dadurch haben sich die Bedingungen für das journalistische Publikum verschlechtert, sich mithilfe der journalistisch hergestellten Öffentlichkeit zu sich selbst und damit zur Gesellschaft insgesamt ins Verhältnis zu setzen (s. Kapitel 10.4): *In der Bündelung der teilsystemischen Rollenerwartungen (horizontale Integration) gibt es nun ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten des Homo oeconomicus, sodass sich die Exklusionsindividualität zu einem subjektiven Gesellschaftsentwurf ins Verhältnis setzt (vertikale Integration), der sich für sie so darstellt, als wäre Soziales vor allem wettbewerbsförmig beschaffen.*

Genau in dieser Weise lässt sich sagen, dass neoliberale Subjektivierung tendenziell auf die gesamte Individualität einer Person zugreift, denn der universalistische Anspruch dieser Adressierung wird immer seltener durch andere teilsystemische Anrufungen eingehegt. Sofern dies zutrifft, ist das Denken und Handeln der Akteure in vielen Gesellschaftsbereichen einem Selbstdisziplinierungsregime unterworfen, das keine Stoppregeln in der Allokation eigener Ressourcen kennt und stets mit der Unsicherheitsbewältigung bei der Kalkulation von Eintrittswahrscheinlichkeiten beschäftigt ist. Unter solchen Bedingungen kann es keine Unbestimmtheitslücke geben.

12.4.4 Sozialpathologische Konsequenzen

Die neoliberale Vergesellschaftung nötigt dazu, Widersprüche der Sozialstrukturprägung und der Regierungsrationalität persönlich zu bewältigen:

»Unternehmerisch handelt man nur, sofern und solange man innovativer, findiger, wagemutiger, selbstverantwortlicher und führungsbewusster ist als die anderen. Die Beschwörung des Unternehmergeistes erweist sich somit als eine paradoxe Mobilisierung: Jeder soll Entrepreneur werden, aber wären es tatsächlich alle, wäre es keiner. [...] Es ist diese Kombination von allgemeiner Möglichkeit und ihrer selektiven Realisierung, welche die ökonomische Bestimmung unternehmerischen Handelns zum Fluchtpunkt individueller Optimierungsanstrengungen macht und zugleich jenen, die im täglichen Konkurrenzkampf unterliegen, die alleinige Verantwortung für ihr Scheitern aufbürdet.« (Bröckling 2016: 126)

Dass diese paradoxalen Anforderungen nicht spurlos an den Menschen vorübergehen, haben einige Beobachter*innen hervorgehoben. Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen psychische Erkrankungen (z.B. Burnout, Depression) als Folge der Vernutzung der körpereigenen Ressourcen (vgl. Fuchs/Iwer/Micali 2018; Neckel/Wagner 2013b; Ehrenberg 2008).

Vorgeschlagen wird, diese Diagnosen in eine übergeordneten Krisenbeschreibung zu rahmen, die als Problemkern die vorgestellten Mechanismen neoliberaler Invisibilisierung teilsystemischer Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse angibt, die Akteure unter bestimmten Voraussetzungen als Entgesellschaftung wahrnehmen. In dieser Problembeschreibung wird die Verbindung zu virulenten Sozialpathologien der Gegenwart freigelegt, die schon seit langer Zeit von Soziologie und Sozialphilosophie untersucht werden – ansatzweise auch in Zusammenhang mit Systemvertrauensfragen. Die Argumentation schließt an Honneths (2014) Verständnis von Sozialpathologien an, die Integrations- und Funktionsstörungen einer emergenten Sozialordnung in den Mittelpunkt rückt und die Symptome aus Freiheitsbeschränkungen ableitet, die sowohl die Gesellschaftsmitglieder (Sozialintegration) als auch die Gesellschaft (Systemintegration) betreffen (vgl. ebd.: 59). Ein psychologisch diagnostizierbares Leiden ist in dieser Definition keine notwendige Bedingung, um von einer Sozialpathologie sprechen zu können (vgl. ebd. 48). Nachfolgend sollen zwei zentrale Pathologien der Gegenwartsgesellschaft vorgestellt werden.

a) Die Krisensymptome resultieren aus dem kommodifizierungsbedingten Verlust von starken, sinnstiftenden Bindungen an soziale Strukturen (Ligaturen), den die Exklusionsindividualität nicht mehr auffangen kann. Gemeint ist das, was im Alltag als Gemeinschafts- und Solidaritätsverlust wahrgenommen wird. Eine aktivistische Reaktion auf diese Auflösungserscheinung stellt die Neigung zum *Autoritarismus* dar. Die Argumentation knüpft an das Autoritarismusverständnis der Autor*innen der *Leipziger Mitte-Studien* an (vgl. Decker 2015, 2018), die das ursprüngliche Konzept in der Forschungstradition der Kritischen Theorie nach Fromm und Adorno weiterentwickelt haben (vgl. Fromm 2016 [1941]; Adorno et al. 1950). Autoritäre Haltungen sind demnach vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Form kapi-

talistischer Gesellschaft zu betrachten. »Prothesensicherheit« (Decker 2018: 45) versprechende Projektionsflächen stellen sowohl personelle Autoritäten dar (*primärer Autoritarismus*), die Sehnsüchte nach einer starken Führungspersönlichkeit befriedigen, als auch idealisierte Wirtschaftsobjekte – in Deutschland etwa die prosperierende Wirtschaft der Nachkriegszeit bzw. das Heilsversprechen eines zukünftigen Wirtschaftswachstums (*sekundärer Autoritarismus*). Beide Autoritarismusformen werden beispielsweise anhand populistischer Parteien sichtbar, die zugleich politisch rechts als auch wirtschaftsliberal eingestellt sind.

Autoritarismus ist nach den Autor*innen ein dreidimensionales Konstrukt, das in den Subdimensionen *autoritäre Aggression*, *autoritäre Unterwürfigkeit* und *Konventionalismus* repräsentiert ist. In der *IfK-Trendstudie* wurden hohe Zustimmungswerte zu den Aussagen in den Dimensionen autoritäre Aggression sowie Konventionalismus gemessen (s. Tabelle 9). In der Dimension der autoritären Unterwürfigkeit waren zwei Drittel der Befragten der Ansicht, eine sichere Gesellschaft benötige starke Führungspersonen, den anderen beiden Aussagen dieser Kategorie standen die Befragten jedoch eher kritisch gegenüber. Die Häufigkeitsverteilung ist mit denen der *Mitte-Studien* vergleichbar (vgl. Decker/Brähler 2018a; Decker/Kiess/Brähler 2016, 2015).

Im Gegensatz zur sogenannten *Modernisierungsverliererthese* (vgl. Rippl/Seipel 2018), die soziale und ökonomische Deprivationserfahrungen als Randbedingung autoritärer, beispielsweise rechtspopulistischer bzw. -extremer Haltungen postuliert (in Bezug auf den Neoliberalismus vgl. z.B. Demirović 2018), kommt das Team rund um Decker ohne die Annahme widerstandsgeschwächter Individuen aus. Ganz im Gegenteil, sie betonen – wie die Governmentality Studies – den Moment der Freiwilligkeit der autoritären Unterwerfung: »Blicken wir auf die autoritäre Dynamik, sehen wir also nicht nur, dass sich Menschen für den Markt optimieren *sollen*, sondern auch, warum sie es selbst *wollen*.« (Decker/Brähler 2018b: 10; Herv. i. O.) Denn dort, »wo die ganze Kraft in die Erfüllung von Leistungsnormen gesteckt wird, herrscht doch offensichtlich keine Verunsicherung über die sozialen Normen, sondern Klarheit: Die Normen, denen man sich unterwirft, sind bekannt« (Decker 2018: 43).

Sekundärer Autoritarismus, verstanden als Marktradikalismus, weist demnach auf eine starke Internalisierung neoliberaler Regierungsrationaltäten hin – wobei diese Arbeit als zusätzliche Randbedingung den Verlust alternativer Sinnquellen angibt. Unterstellt wird also ein zirkulärer Prozess aus ökonomischer Unterwerfung, Bindungsverlust und einem darauffolgenden Aktivismus der vertieften Unterwerfung. Diese innerpsychische korrespondiert mit der äußeren Dynamik des Kapitalismus:

Tabelle 9: Autoritarismus

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
<i>Autoritäre Aggression</i> (M = 2,74; SD = 0,79; $\alpha = 0,76$) [*]					
Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	16	31	31	17	6
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	38	33	18	8	3
Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	21	33	30	11	5
<i>Autoritäre Unterwürfigkeit</i> (M = 2,35; SD = 0,70; $\alpha = 0,69$) [*]					
Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	27	39	22	8	4
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	7	24	39	24	6
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	5	21	37	31	6
<i>Konventionalismus</i> (M = 2,48; SD = 0,75; $\alpha = 0,76$) [*]					
Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	27	35	25	9	4
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	13	28	37	15	6
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	6	26	41	21	5
<i>Autoritarismus</i> (M = 2,52; SD = 0,61; $\alpha = 0,83$) ^{**}					

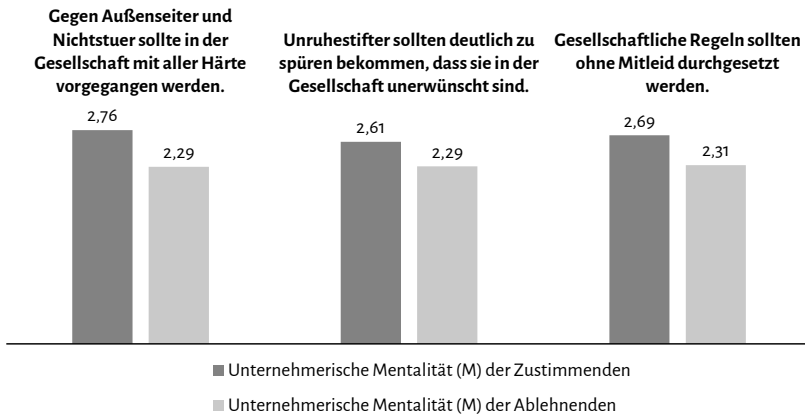
N = 954 – 983; Antworthäufigkeiten in Prozent; Indexberechnung: ^{*} mindestens 2 gültige Antworten pro Fall, ^{**} mindestens 6 gültige Antworten pro Fall

»Die nicht enden wollende – und irgendwie auch nicht enden sollende – Akkumulationsdynamik des modernen Kapitalismus trifft das tiefliegende Verlangen der Menschen nach einer ewigen Zukunft. In seiner Prozesshaftigkeit des endlosen ›Weiter so!‹ bindet der Kapitalismus die psychischen Energien der Leute an sich, er fesselt sie in ihrer Angst vor dem Ende an seine zwanghafte Programmatik der

Grenzenlosigkeit: auf dass es immer weitergehen möge mit dem Leben, wie wir es leben.« (Lessenich 2016: 73f.)

Der angenommene Zusammenhang aus autoritärer Neigung und Marktradikalität deckt sich mit Befunden der *IfK-Trendstudie*: Im Vergleich zwischen Personen, die den Aussagen zur autoritären Aggression voll zustimmen oder eher zustimmen und Personen, die tendenziell ablehnend antworten, gibt es einen signifikanten Unterschied im Ausmaß ihrer unternehmerischen Mentalität in erwarteter Richtung (s. Abbildung 15).

Abbildung 15: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach autoritärer Aggression



Items und Skalen: s. I und IX.1 bis IX.3 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen gruppiert; dargestellten Mittelwerte signifikant verschieden (T-Tests)

Befragte, die sich eher mit dem unternehmerischen Selbst identifizieren können, sind auch in den beiden anderen Dimensionen autoritärer eingestellt – darüber geben signifikante mittelstarke Korrelationen Auskunft (Dimension autoritäre Unterwürfigkeit: $r = 0,30$, $p < 0,001$; Dimension Konventionalismus: $r = 0,23$, $p < 0,001$).

Im Rahmen der *IfK-Trendstudie* interessierte zudem, ob sich eine spezielle Form des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus identifizieren lässt. Das Erkenntnisinteresse wurde angeregt durch Beobachtungen einer zunehmend schwindenden Deliberationsqualität politischer Öffentlichkeiten, die auf eine Zunahme polarisierender, populistischer Kommunikation öffentlicher Akteure zurückgeführt wird. Die übergeordnete Annahme ist, dass fehlende Autonomie im Exklusionsbereich die Teilnahme an einer diskursiven Öffentlichkeit erschwert.

Die Operationalisierung der Items orientierte sich an den beiden Kerncharakteristika des Autoritarismus-Konstrukts, der aggressiven und unterwürfigen Facette. Items der Dimension *autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren* reflektieren ein antipluralistisches Öffentlichkeitsverständnis, das den Ausschluss von Meinungsabweichlern (Ingroup-Outgroup-Schema), Pressezensur sowie paternalistische Bevormundung am Öffentlichkeitsinput goutiert (s. Tabelle 10).

Tabelle 10: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
<i>Autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren (M = 2,24; SD = 0,70; α = 0,68)*</i>					
Wir sollten nicht länger alle abwegigen Haltungen tolerieren, die öffentlich geäußert werden dürfen.	12	29	29	14	16
Unruhestifter sollten aus den öffentlichen Debatten ausgeschlossen werden.	19	27	29	18	7
Es wäre besser für die Gesellschaft, einige Medien zu verbieten, die es derzeit gibt.	10	17	29	35	10
Manche Menschen sollten dazu verpflichtet werden, sich auf Basis bestimmter Medien zu informieren.	6	22	29	32	11
<i>Autoritäre Journalismusverständnis (M = 2,65; SD = 0,68; α = 0,69)*</i>					
Wir brauchen mehr Journalisten mit starker Haltung, damit die Gesellschaft vorankommt.	19	35	24	11	11
Journalisten sollten stärker als bisher eine Führungsrolle in der Gesellschaft einnehmen.	7	23	37	21	11
Wir brauchen Medien, die die Dinge endlich beim Namen nennen.	37	37	15	6	4
Guter Journalismus sagt eindeutig, was richtig und was falsch ist.	21	26	28	17	7
<i>Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus (M = 2,45; SD = 0,56; α = 0,73)**</i>					

N = 857 – 974; Antworthäufigkeiten in Prozent; Im Rahmen einer Hauptkomponentenanalyse konnte die angenommene Zweifaktor-Struktur bestätigt werden (Varimax-Rotation). Indexberechnung: * mindestens 3 gültige Antworten pro Fall, ** mindestens 6 gültige Antworten pro Fall

Die Dimension *autoritäres Journalismusverständnis* korrespondiert mit der Sehnsucht nach einer *epistemic authority* (vgl. Kruglanski et al. 2005), die an die Stelle komplexer und unsicherer Informationslagen eindeutige Weltansichten setzt. Items dieser Dimension reflektieren das Bedürfnis nach einem meinungsstarken Journalismus, der den eigenen, höchstpersönlichen Partikularinteressen dienen soll.

Die relativen Antworthäufigkeiten zu den Items des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus zeigen an, dass es offenbar ein Bedürfnis nach radikalen Formen der Komplexitätsreduktion gibt (s.a. Krüger/Seiffert-Brockmann 2018, 2019). Etwa die Hälfte der Befragten wünscht sich (eher) einen starken Journalismus, der moralisch eindeutige Urteile fällt. Drei Viertel der Teilnehmer*innen hat das Gefühl, dass offensichtliche Missstände in der Gesellschaft nicht vom Journalismus thematisiert werden – so können die Antworten auf die Aussage »Wir brauchen Medien, die die Dinge endlich beim Namen nennen« interpretiert werden. Einen restriktiven Umgang mit »abwegigen Haltungen« befürworten 40,8 Prozent der Befragten; für einen Ausschluss von »Unruhestiftern« aus öffentlichen Debatten sprechen sich 40,6 Prozent tendenziell aus. Wie beim herkömmlichen Autoritarismus weisen Personen mit ausgeprägter unternehmerischer Mentalität auch hinsichtlich des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus signifikant höhere Mittelwerte auf (s. Abbildung 16). Es lassen sich keine Hinweise finden, dass der öffentlichkeitsbezogene Autoritarismus eine explizit rechtspopulistische Haltung abbildet. Im Vergleich der Gruppen, die auf Basis der politischen Selbstverortung erstellt wurden, gibt es keine signifikanten Mittelwertunterschiede – ganz im Gegensatz zum klassischen Autoritarismuskonzept: Mit zunehmender Orientierung nach rechts nimmt hier auch die autoritäre Neigung zu (s. Abbildung 17).

b) Neben der Tendenz zu einer aggressiven »Re-Integration« (Heitmeyer 2008: 581) als aktivistische Reaktion auf den wahrgenommenen Bindungsverlust lässt sich auch noch eine passive Reaktion ausmachen, die in der soziologischen Literatur unter dem Stichwort *Anomie* besprochen wird. Auf Basis einer Zusammenschau verschiedener Begriffsverständnisse destilliert Thome (2016) zwei Anomie-Dimensionen heraus:

»Auf der Ebene der Individuen geht es vor allem (a) um einen Mangel oder eine fehlende Konsistenz und Balance normativer (moralischer) Bindungen, wodurch abweichendes bzw. kriminelles Handeln befördert wird, sowie – mehr oder weniger stark damit verknüpft – (b) um Erfahrungen der Orientierungs- und Sinnlosigkeit, die Handlungskompetenzen mindern und Identitätskonstruktionen erschweren – jeweils mit Implikationen auch für das Sozialsystem.« (Ebd.: 275)

Angeichts der Dominanz des Wirtschaftssystems werden anomische Zustände in der Literatur oftmals in Zusammenhang mit ökonomischer Abhängigkeit besprochen. So gehen Messner und Rosenfeld (2009) in ihrer strukturfunktionalistischen *Institutionellen Anomietheorie* ebenfalls von einem wirtschaftlichen Primat in

Abbildung 16: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst;

Abbildung 17: Autoritarismus und öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach politischer Selbstverortung

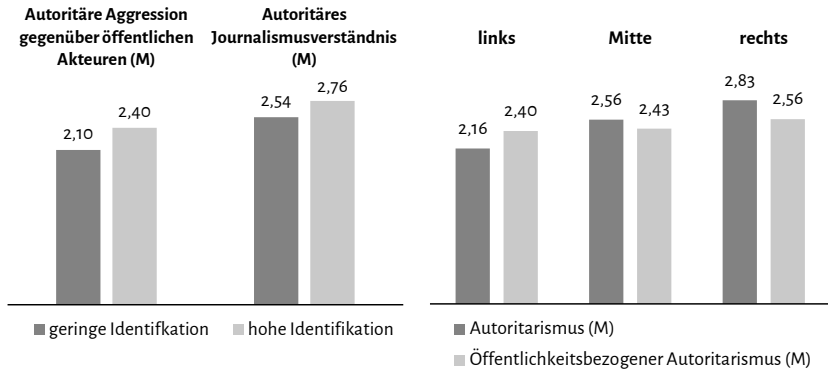


Abbildung 16: Items und Skalen: s. I und X im Anhang; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N= 522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); Gruppenunterschiede signifikant sowohl in Bezug auf die autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren ($t[885] = -6,52$; $p < 0,001$) als auch auf das autoritäre Journalismusverständnis ($t[903] = -4,94$; $p < 0,001$);

Abbildung 17: Items und Skalen: s. IX, X und XI im Anhang; politische Selbstverortung gruppiert in links (N = 154): (1) bis (3), Mitte (N = 648): (4) bis (8), rechts (N = 82): (9) bis (11); Autoritarismus ($F[2, 178,79] = 178,79$; $p < 0,001$) signifikant abhängig von politischer Selbstverortung (Welch-Test); Vergleichsgruppen innerhalb dieses Faktors signifikant verschieden (Dunnett-T3-Post-Hoc-Tests); Gruppenunterschiede im öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus dagegen nicht signifikant ($p > 0,05$)

der Gesellschaft aus, der ähnlich wie bei Schimank einen Ökonomisierungsdruck auf gesellschaftliche Institutionen ausübt, in der Folge nichtökonomische institutionelle Rollen entwertet werden und in Konflikt geraten mit aufoktroierten ökonomischen Rollen. Wirtschaftliche Normen – bei den Autoren insbesondere der American Dream – halten in immer mehr Lebensbereichen Einzug. Im Anschluss an Merton (1938) gehen sie davon aus, dass sich anomische Zustände durch Discrepanzen zwischen kulturell vorgegebenen Handlungszielen und zur Verfügung stehenden Mitteln der Zielverfolgung ergeben. Da die Ressourcen in der Zielerreichung höchst ungleich verteilt sind und zudem nichtökonomische Wertorientierungen verdrängt werden, ist das Anomieproblem ein gesellschaftsweites. (Vgl. Messner/Rosenfeld 2009; Messner 2004)

Die von Messner und Rosenfeld identifizierte Leitidee wirtschaftlichen Erfolgs unterscheidet sich von der neoliberalen Regierungsrationalität dadurch, dass ers-

tere im Prinzip erreichbar ist. Im Neoliberalismus hingegen bietet auch Markterfolg keine Sicherheit – der evolutionistische Wettbewerb fordert trotzdem ständiges Engagement. Das bedeutet, dass anomische Zustände im Neoliberalismus jede*n befallen können.

Im Rahmen der *IfK-Trendstudie* wurde eine Anomie-Skala von Gümüs et al. (2014) eingesetzt. Die Aussagen fanden jeweils bei etwa einem Drittel der Befragten Zustimmung (s. Tabelle 11).

Tabelle 11: Anomie

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.	9	31	35	21	4
In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	7	26	39	24	4
Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass ich nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	7	26	37	25	5
Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß was los ist.	7	21	40	27	5
<i>Anomie</i> ($M = 2,17$; $SD = 0,77$; $\alpha = 0,89$) [*]					

N = 963 – 979; Antworthäufigkeiten in Prozent; Indexberechnung: ^{*} mindestens 3 gültige Antworten pro Fall

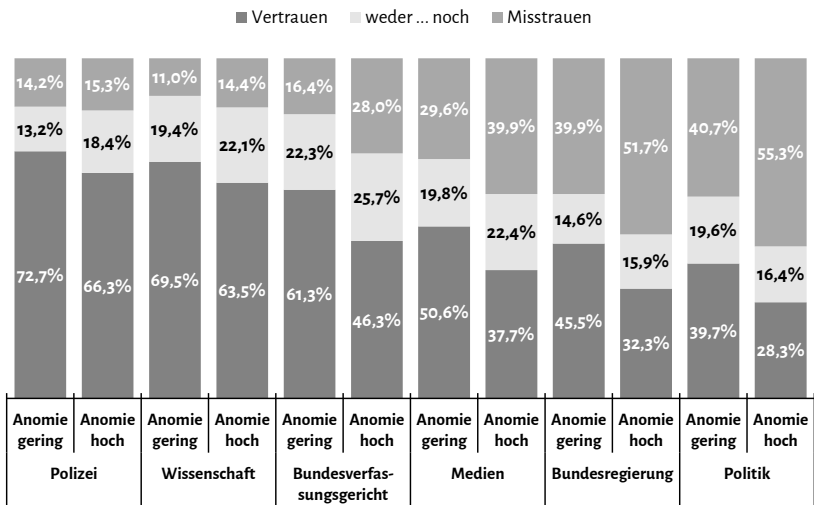
Thome schließt in seinem Verständnis unmittelbar an die Pionierarbeiten von Durkheim (2017) und Merton (1938) an, die die Auslöser für anomische Zustände der Individuen in kulturellen und sozialstrukturellen Wandlungsprozessen verorten.⁸ Es überrascht daher nicht, dass sich der Anomie-Begriff auch an einer Stelle in Luhmanns (2001) Vertrauensartikel findet, denn er hat das Systemvertrauensphänomen vor dem Hintergrund tiefgreifender sozialstruktureller Wandlungsprozesse besprochen. Luhmann notiert: »Wo es an Zuversicht [alias Systemvertrauen, Anm. d. Verf.] mangelt, gibt es ein diffuses Gefühl der Unbefriedigtheit und Entfremdung oder sogar der Anomie.« (Ebd.: 156) In seiner Vertrauensmonographie gibt er außerdem einen ebenso knappen Hinweis auf ein Gefühl des Ausge-

8 In der Sozialpsychologie wird das Phänomen ohne gesellschaftstheoretischen Kontext als *Anomia* untersucht.

liefertseins im Falle fehlenden Systemvertrauens (vgl. Luhmann 2009 [1968]: 64). Giddens hat ebenfalls Ohnmachtsgefühle beschrieben, die sich angesichts der latenten Bedrohungslage moderner Risikoproduktion einstellen können (s. Kapitel 3.3). Sowohl bei Luhmann als auch bei Giddens stehen die anomischen Zustände in Zusammenhang mit einer unhintergehbaren Systemabhängigkeit, die dann problematisch wird, wenn ein Akteur sie negativ evaluiert.

Hinweise auf die Beziehung zwischen negativer Leistungsevaluation und anomischen Zuständen geben die *IfK-Trendstudienresultate*. Das ›Vertrauen‹ in zentrale Institutionen (Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung) und Systeme (Wissenschaft, Medien, Politik) unterscheidet sich signifikant, je nachdem, ob ein anomischer Zustand erlebt wird oder nicht (s. Abbildung 18). Insbesondere bei der Leistungsevaluation der Medien gibt es eine deutliche Differenz: Während die Hälfte der Geringanomischen den Medien (eher) ›vertraut‹, sind es bei den Hochanomischen nur noch 37,7 Prozent.

Abbildung 18: Institutionenvertrauen in Abhängigkeit von Anomie



Items und Skalen: s. VI.2, VI.3, VI.4, VI.6, VI.7, VI.8 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; Vertrauens- bzw. Misstruens-Antwörhäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Anomie: Gruppenbildung via Median Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); Gruppenvergleiche in allen Fällen signifikant verschieden (T-Tests)

Im Unterschied zu den anderen Systemen gibt es beim Journalismus eine besondere Wechselwirkung zwischen Leistungsevaluation und Anomie. Angenommen wird, dass die neoliberale Diskreditierung nichtwirtschaftlicher Handlungs-

orientierungen einen teilsystemischen Bindungsverlust sowie eine allgemeine Orientierungslosigkeit zur Folge haben kann. Die Evaluation journalistischer Leistungen erfolgt dann aus einem Standpunkt allgemeiner Verunsicherung. Es liegt nahe, dass die Ursachensuche für den eigenen Zustand bei einer gesellschaftlichen Instanz Halt macht, die die Orientierungsfunktion zu ihren wichtigsten Leistungen zählt. Der *IfK-Trendstudie* zufolge finden sich anomische Personen in ihrer Orientierungslosigkeit vom Journalismus allein gelassen. Die Aussage »Die Medien kümmern sich nicht um die kleinen Leute« findet bei ihnen signifikant höhere Zustimmung als bei gering anomischen Personen (s. Abbildung 19). Gleichzeitig gibt es unter anomischen Bedingungen eine signifikant geringere Bereitschaft, sich mit komplexen (Berichterstattungs-)Themen auseinanderzusetzen (s. Abbildung 20).

Abbildung 19: Elitarismus-Vorwurf nach Anomie;

Abbildung 20: Misstrauensgrund Intransparenz nach Anomie

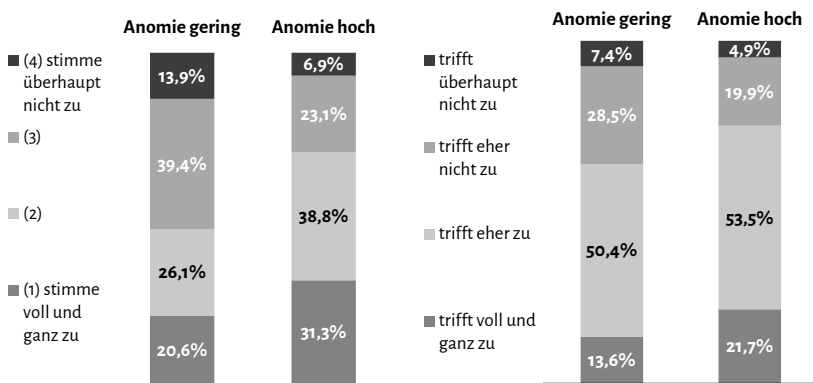


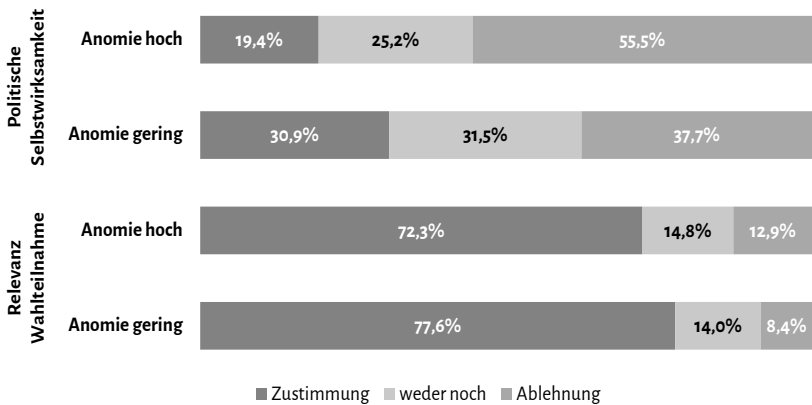
Abbildung 19: Items und Skalen: s. VIII.2 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; Gruppenbildung via Median-Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); signifikanter Gruppenunterschied ($t[925] = 6,62$; $p < 0,001$);

Abbildung 20: Items und Skalen: s. XII.3 bis XII.6 und XIII im Anhang; signifikanter Gruppenunterschied ($t[933] = 4,24$; $p < 0,001$)

Schlechte Bedingungen für eine aktive Teilnahme an deliberativer Öffentlichkeit sind zudem deshalb gegeben, weil anomische Zustände ein Gefühl der Ohnmacht implizieren, wie Luhmann und Giddens für Fälle fehlenden Systemvertrauens hervorgehoben haben. Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie* mit anomischer Tendenz sind zugleich politisch depriviert: Befragte, die der Ansicht sind, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung ausüben können, neigen signifikant eher

zur Anomie (s. Abbildung 21).⁹ Dasselbe gilt für Personen, die eine Teilnahme an politischen Wahlen für unwichtig halten. Pyysiäinen, Halpin und Guilfoyle (2017) machen darauf aufmerksam, dass selbst dieser anomische Ohnmachtszustand im Sinne einer *learned helplessness* noch der neoliberalen Responsibilisierung dienlich sein kann.

Abbildung 21: Politische Selbstwirksamkeit und Relevanz Wahlteilnahme nach Anomie



Items und Skalen: s. III.3, III.4 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Antwortskala pol. Selbstwirksamkeit umgekehrt; Gruppenbildung via Median-Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); signifikante Gruppenunterschiede in Bezug auf pol. Selbstwirksamkeit ($t[963] = 6,12$; $p < 0,001$) und Relevanz Wahlteilnahme ($t[956] = -2,36$; $p < 0,05$)

Der aktivistischen wie passiven Reaktion auf den Verlust von Ligaturen ist gemein, dass sie auf lange Sicht zu einem Zustand der *Entfremdung* führen können (vgl. Schneider 2017; Henning 2015: 176ff.). Hierbei geht es um die letzte Stufe der Entgesellschaftung, einer *Beziehung der Beziehungslosigkeit* – gegenüber Systemen, Menschen und sich selbst (vgl. Jaeggi 2005).

⁹ Nach van Eimeren, Simon und Riedl (2017) gibt es auch Zusammenhänge zwischen der Einschätzung einer geringen politischen Einflussmöglichkeit – bei den Autor*innen Entfremdung genannt – und »Medienvertrauen«.

Schluss

13. Altmodische Theorien und neue Sprachlosigkeit

Was heißt es, der Politik, der Wissenschaft, dem Journalismus zu vertrauen? Auf diese einfache Frage sind seit den Klassikern der Soziologie ganz unterschiedliche Antworten gegeben worden. Sie hingen stets von (impliziten) Vorstellungen ab, wie sich die oder der Einzelne zur Sozialität verhält. Knapp siebzig Jahre nach Georg Simmels (1900) *Take-off* für emergenztheoretische Vertrauensanalysen legt Niklas Luhmann (2009 [1968]) eine Arbeit vor, die zu einem modernen Klassiker der Vertrauensforschung geworden ist. Im Zentrum der Arbeit steht die These einer Organisationsform der modernen Gesellschaft, die eine effiziente und entlastende, gleichzeitig aber auch unpersönliche und alternativlose Bindung an komplexe Sozialstrukturen behauptet. Die Veröffentlichung von Luhmanns Vertrauens Theorie fällt in die ausklingende Goldene Zeit des Nachkriegskapitalismus, in der das Wirtschaftswachstum der meisten westlichen Staaten noch stabil ist und Unternehmen immense Gewinne erzielen. Zur selben Zeit protestiert die 68er-Bewegung unter anderem gegen prekäre Arbeitsbedingungen (Sozialkritik) und autoritäre Strukturen der Obrigkeit (Künstlerkritik). (Vgl. Boltanski/Chiapello 2013)

Es dauert etwa zwanzig Jahre, bis das Vertrauensthema in den Sozialwissenschaften wiederentdeckt wird. Seit den 1990er Jahren wächst das Interesse daran in zahlreichen Disziplinen rasant an. Anthony Giddens (1990) aktualisiert Luhmanns Systemvertrauenkonzept, gibt ihm dabei einen psychologischen Anstrich – die abstrakten Systeme werden für Akteure etwas zugänglicher. Unter dem Eindruck gerade überwundener ökologischer und militärischer Weltrisikologien betont er die fatalistischen und bedrohlichen Schattenseiten unhintergebar Systemabhängigkeit – und platziert sie ins Unbewusste der Gesellschaftsmitglieder. Mittlerweile hat der Kapitalismus der Nachkriegsjahre eine erste große Krise überwunden und sich zu einem postfordistischen gewandelt (vgl. Streeck 2013). Öffentliche Sektoren werden privatisiert, das New Public Management schafft auch dort noch (Quasi-)Märkte, wo es eigentlich keine Wettbewerber*innen gibt. In Organisationen werden neue Managementkonzepte umgesetzt, die unter dem Eindruck der Künstlerkritik des 68er-Protests entwickelt wurden. Nun werden Mitarbeiter*innen zur Flexibilität und Selbstgestaltung der Arbeitsabläufe aufgerufen, während gleich-

zeitig sichtbare Hierarchien abgebaut und Entscheidungszuständigkeiten dezentralisiert werden.

Ab der Jahrtausendwende setzt eine regelrechte Vertrauensobsession ein (vgl. Frevert 2013). Sie korrespondiert mit der erhöhten Relevanz, die dem Thema im Alltag zugesprochen wird. Nicht so sehr betroffen vom wissenschaftlichen Aufmerksamkeitsschub ist das systemtheoretische Vertrauenskonzept, in dem Henning (2008) den Denkstil strukturbetonter, harmonischer Theorien des soliden Nachkriegskapitalismus (Luhmann und Habermas) wiedererkennt, welcher im historischen Verlauf sowohl von neoliberaler als auch von kapitalismuskritischer Praxis diskreditiert worden sei. Bestand damals jedoch auf beiden Seiten noch Einigkeit darüber, »[d]ass es diese Strukturen gab, und zwar in übermächtiger, verlässlicher Form« (ebd.: 380), gebe es nun »wenig Anlass zu erwarten, dass die systemische Schließung einer auf Systemvertrauen beruhenden Vergesellschaftung jemals wieder erreicht wird oder dies überhaupt angestrebt ist« (ebd.: 381).

Anfang der Nullerjahre erreichen die Ab- und Umbaumaßnahmen des Wohlfahrtsstaats ihren Höhepunkt – »inaktive« Bürger*innen sollen auf Basis einer disziplinierenden wie freiheitlichen Selbstverantwortungssemantik zur Wettbewerbsteilnahme mobilisiert werden. Die Bankenkrise wird zur Staatsschuldenkrise. Diese mittlerweile dritte Kapitalismuskrise nach dem Zweiten Weltkrieg wird durch die »Politik des Konsolidierungsstaates« (Streeck 2013: 141) überwunden (vgl. ebd.). Das Fortbestehen des *Zombie Neoliberalism* (Peck 2010) kann Beobachter*innen nur noch *befremdlich* (Crouch 2011) erscheinen, derweil kündigt sich ein neuer Schub des *Authoritarian Neoliberalism* (Bruff 2016) an.

Gegenwärtig ist kaum ein anderer Gegenstand so häufig Bestandteil sowohl deskriptiver als auch präskriptiver Aussagen darüber, wie und wodurch soziale Beziehungen möglich sind und möglich bleiben. Die Brisanz des Vertrauens wird nun in sozialen Veränderungsprozessen ganz unterschiedlicher Art gesehen: von der Erosion des sozialen Zusammenhalts (vgl. z.B. Misztal 1996: 3), über Digitalisierungsprozesse (vgl. z.B. Blöbaum 2016b), bis hin zur Krise des Journalismus (vgl. z.B. Otto/Köhler 2018). Der Großteil aktueller Vertrauensforschung ist mittlerweile stark variablenorientiert und kommt ohne Grundlagentheorie aus. Vertrauen wird in einer Black Box des Handelns verstaut, die das interessierende Phänomen erklären soll. Wer die Box doch einmal näher untersuchen möchte, der stößt schnell auf die Luhmann'sche »Schatztruhe« (»treasure trove«, Kroeger 2018), aus der sich vereinzelt bedient wird. Das wohl am häufigsten geborgene Fundstück findet sich bereits auf dem Einband seiner Monographie, nämlich die These, Vertrauen sei ein *Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität* (Luhmann 2009 [1968]). Doch, was lässt sich damit ohne seinen komplexitätstheoretischen Rahmen aussagen (vgl. Kohring 2010: 139)?

Ausschlaggebend für das Dissertationsvorhaben war eine simple Intuition, nämlich die Annahme, »daß es Systeme gibt« (Luhmann 2015: 30) und trotzdem seit ein paar Jahrzehnten folgeschwer behauptet wird, »there is no such thing« (M. Thatcher). Sofern Vertrauen tatsächlich eine viable Beobungskategorie der Sozialstrukturanalyse sein sollte, ergeben sich zwei Konsequenzen: Erstens müsste dem Systemvertrauenskonzept eine analytische Schlüsselposition zukommen, um die Sozialintegration im neoliberalen Kapitalismus untersuchen zu können. Zweitens ist diejenige gesellschaftliche Instanz in den Blick zu nehmen, die Vertrauensprozesse gesellschaftsweit beeinflusst: der Journalismus. Die Plausibilitätsprüfung dieser Thesen erfolgte in zwei Schritten.

Zunächst war es nötig, im ersten Teil dieser Arbeit grundlagentheoretisch zu untersuchen, wie sich Systemvertrauen überhaupt in Luhmanns Theoriearchitektur einfügt (Kapitel 2). Bald zeigte sich, dass es Gründe dafür gibt, warum Luhmanns Systemvertrauenskonzept eher selten über den engeren Vertrauensdiskurs hinaus Erwähnung findet. Das Vertrauensthema verweist deutlich auf akteurtheoretische Komponenten seiner frühen funktional-strukturellen Systemtheorie, die der späteren autopoietischen Systemtheorie nicht spannungsfrei gegenüberstehen. Zudem ließ sich nicht beurteilen, ob Systemvertrauen überhaupt Erklärungspotenzial für die Prozesse der Sozialreproduktion hat: Ist Systemvertrauen gleichzusetzen mit dem bloßen Faktum einer Systembedingtheit? Zur Klärung wurden daher Weiterentwicklungen von Luhmanns systemtheoretischer Vertrauentheorie befragt (Kapitel 3 bis 6) – doch auch die zum Teil sehr aufwändigen Theorieumbauten und -ergänzungen der hier besprochenen Autor*innen brachten nicht die erhofften Einsichten (Kapitel 7). Daher erschien es notwendig, eine stärker akteurtheoretisch ausgerichtete Differenzierungstheorie als Grundlage zu nehmen. Schimanks Akteur-Struktur-Dynamik erwies sich als geeignet, um die interessierende Schnittstelle zwischen System und Akteur zu untersuchen (Kapitel 8). Darüber hinaus wurden in seiner Theorie Leerstellen gesehen, die eine Integration des Systemvertrauenskonzepts rechtfertigen. Zu diesem Zweck wurde ein eigenes Vertrauensverständnis sozialtheoretisch entwickelt, das mit Schimanks Minimal-Anthropologie vereinbar ist (Kapitel 8.2.1). Der wichtigste Mechanismus des Vertrauens, die dialektische Aufhebung des basalen Bedürfniskonflikts zwischen Autonomiestreben und Gestaltungsabsicht, wurde dann anhand der Teilsystemprägung gesellschaftstheoretisch untersucht, sodass eine eigene Definition von Systemvertrauen entwickelt werden konnte (Kapitel 9.2). Das Systemvertrauensverständnis wurde mit dem Begriff der Unverfügbarkeit vertieft und es wurden als Antwort auf die erste Leitfrage der Arbeit mögliche Struktureffekte in der Sozialreproduktion genannt, die sich erratischer darstellen, als ursprünglich vermutet (Kapitel 9.3 und 9.4).

Erst auf dieser Basis konnten im zweiten Teil der Arbeit die gegenwärtigen Bedingungen für systemisches Vertrauen exploriert werden, die unmittelbar an die

Leistungen des Journalismus geknüpft sind. Hier war ein Dreischritt notwendig. Zuerst wurden die Strukturen des Journalismussystems vorgestellt. Aus den Formen seiner Publikumsinklusion resultieren die beiden zentralen sozialintegrativen Leistungen des Journalismus: zum einen die Bündelung und Synchronisation von teilsystemischen Personenzugriffen qua Öffentlichkeit, zum anderen die Vermittlung zwischen Konfliktparteien in den Inklusionskämpfen (Kapitel 10.4). Nachdem Journalismus als Eckpfeiler gesellschaftlicher Sozialintegration benannt war, galt es, den dominanten teilsystemischen Personenzugriff der Gegenwartsgesellschaft zu untersuchen. Schimank folgend, nimmt das Wirtschaftssystem den Primat in der funktional differenzierten kapitalistischen Gesellschaft ein (Kapitel 11.1). Sein teilsystemischer Expansionsdrang nimmt in den 1970er Jahren eine neue Qualität an, in der Folge immer mehr Gesellschaftsbereiche kommodifiziert werden. Der neue neoliberale Personenzugriff wurde unter Rücksprache mit den Governmentality Studies in seinen Regierungsrationalitäten, Subjektivierungsweisen und Sozialtechnologien dargestellt (Kapitel 11.3 bis 11.5). Menschen sollen sich durch die neoliberale Subjektivierung als unternehmerisches Selbst begreifen, das eigenverantwortlich handelt und ständig seine eigene Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Im Schlusskapitel des zweiten Teils wurden die Argumentationsstränge der Arbeit zusammengeführt. Die Möglichkeit systemischen Vertrauens wurde daran geknüpft, ob die Inkludierten im Exklusionsbereich Bewegungsfreiheit innerhalb einer gesellschaftlichen Unbestimmtheitslücke haben (Kapitel 12.1), die von teilsystemischen Deprivationserfahrungen ausgenommen ist. Mit dieser und den weiteren Voraussetzungen für Systemvertrauen geriet der Journalismus als gesellschaftlicher Vertrauensintermediär in den Fokus (Kapitel 12.2), der auch als Objekt des Systemvertrauens eine große sozialstrukturelle Bedeutung hat (Kapitel 12.3).

Der Forschungsstand zur Qualität der Berichterstattung über soziale Ungleichheit wurde aufgearbeitet, das Resümee fiel gerade in Hinblick auf den Finanz- und Wirtschaftsjournalismus ernüchternd aus. Angenommen wurde, dass der Journalismus nicht nur von Ökonomisierung betroffen ist, sondern auch aktiv zur wirtschaftssystemischen Kolonisierung seines Publikums beiträgt, indem er die neoliberale Invisibilisierung sozialstruktureller Zusammenhänge reproduziert (Kapitel 12.4.1 bis 12.4.3). Die Konsequenzen fallen derzeit auf ihn zurück – in Form grassierender Sozialpathologien des Autoritarismus und der Anomie (Kapitel 12.4.4).

Die vorliegende Arbeit war von der Grundthese geleitet, dass die aktuell drängendsten Gegenstände der Journalismus- und Vertrauensforschung miteinander in Verbindung stehen und nur in ihrer gesellschaftlich-historischen Verfasstheit begriffen werden können. Um die hier vermuteten Zusammenhänge sichtbar zu machen, musste in großen Argumentationsschritten vorgegangen werden. Eine solche Vorgehensweise reißt unweigerlich Lücken in der Beweisführung auf, insbesondere wenn zwischenzeitlich Analyseebenen gewechselt werden, ohne dass die Übergänge ausführlich thematisiert werden. Diesen Problemen sollte durch eine

möglichst homogene Theoriesprache sowie methodologischen Hinweisen an den besonders kritischen Stellen begegnet werden. Die Argumente im zweiten Teil der Arbeit haben zudem an einigen Stellen die Nähe zur empirischen Forschung gesucht und profitieren selbst von Daten einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Damit sollte die Plausibilität der Thesen gestützt und ihre Empiriefähigkeit angedeutet werden.

Die Studie verfolgte nicht den Anspruch, ein abgeschlossenes Theoriegebäude zu präsentieren oder fertige Schablonen für empirische Untersuchungen zu liefern. Es ging darum, ein grundlagenfundiertes Beschreibungsangebot für aktuelle Phänomene systemischen Vertrauens zu liefern. Die angestoßene Forschungsrichtung kann sowohl grundagentheoretisch als auch gegenwartsdiagnostisch weiterverfolgt werden. Grundagentheoretisch ist die Rolle des Systemvertrauens in den Strukturdynamiken weiter zu untersuchen, denn die Arbeit konnte lediglich die Ausgangslage einer vertrauensvollen Teilsystemstrukturprägung in der initialen Situationsdeutung eines Akteurs behandeln. Über den weiteren Prozessverlauf, etwa in Hinblick auf die Synthetisierungsprozesse öffentlicher Meinung, ist damit noch nicht viel gesagt. Ein Stichwort in diesem Zusammenhang ist der Mechanismusbegriff, der nicht nur ein Platzhalter für die Wirkungsweise des Vertrauens ist, sondern einen eigenen methodologischen Hintergrund mitführt. Mechanismische Erklärungen können darüber informieren, wie rekursive Prozesse im Sozialen angestoßen werden (vgl. Bunge 2010; Luhmann 1966) und dadurch beispielsweise neue Sozialstrukturen aus wiederkehrenden Akteurkonstellationen emergieren (vgl. Mayntz 2017; kritisch Kaven 2010). In Akteurkonstellationen werden zudem auch die anderen Analyseebenen strukturbezogenen Vertrauens (Organisations- und Konstellationsebene) eine große Rolle spielen, die in dieser Weise nicht näher thematisiert wurden (s. Kapitel 8.2.2). Schimanks Theoriearchitektur bietet sogar Anschlussmöglichkeiten an psychologische Handlungserklärungen, die noch unterhalb dieser Ebenen liegen (vgl. Kron/Winter 2009). Aus den genannten Gründen wurde in der Arbeit jedoch die Aussagenreichweite einer Aussagentiefe vorgezogen – dieses Vorgehen steht auch im Einklang mit dem Zweck, den Schimank in seiner Differenzierungstheorie sieht (vgl. Schimank 2005b: 24f.). In gegenwartsdiagnostischer Absicht empfiehlt es sich, die konkreten Zuschreibungsprozesse näher zu untersuchen, die Akteure zur Verantwortungsübernahme verleiten sollen. Ein Ausgangspunkt kann Luhmanns (1991b) *Soziologie des Risikos* sein, in der er sich vom individualistischen Zuschnitt des Risikobegriffs verabschiedet, welcher noch seine Vertrauensstheorie prägte. Er zeigt hier, dass Gefahren- und Risikowahrnehmung sowie Entscheidungsverantwortung im Allgemeinen von kommunikativen Zuschreibungsprozessen abhängen.

Wie sich gezeigt hat, zielen die neoliberalen Regierungsrationalitäten darauf, Fremdreferenzen als Selbstreferenzen zu begreifen. Durch die »*Negierung von funktionaler Differenzierung*« (Schimank/Volkmann 2017: 75; Herv. i. O.) werden teilsys-

temische Leitorientierungen (Wahrheit, Gesundheit, Seelenheil etc.) nicht nur als zweitrangig diskreditiert, vielmehr ist vor dem Hintergrund zunehmender Ökonomisierung zu befürchten, dass sie es auch tatsächlich werden. In Schimanks Terminologie ausgedrückt: Wenn die Träger der Akteurfiktionen diese nicht mehr im Gang halten, verlieren sie den Status der *self-fulfilling prophecies* und damit ihre handlungsinstruktive Prägewirkung. Dies würde nichts Geringeres als das Ende der funktional differenzierten Gesellschaftsform bedeuten (vgl. Schimank/Volkmann 2017).

Aus Sicht der Argumentation steht die Vertrauenskrise moderner Institutionen in einem sehr engen Zusammenhang mit der Krise des gesellschaftlichen Vertrauensintermediärs Journalismus. Bei näherem Hinsehen ist das schon immer seltene Systemvertrauen allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Wer sich Vertrauen, ja überhaupt eine Beziehung wünscht, muss erreichbar sein. Lässt sich der Journalismus weiter auf die neoliberale Systemsprache ein, wird er seine eigene Sprache verlieren.

Literatur

- Abdelhamid, Michaela I. (2018): Die Ökonomisierung des Vertrauens. Eine Kritik gegenwärtiger Vertrauensbegriffe. Bielefeld: transcript.
- Abels, Heinz (2019): Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Adorno, Theodor W. (2009 [1965]): Soziologisches Streitgespräch Adorno vs. Gehlen 1965. TV-Aufzeichnung. <https://vimeo.com/5360099> (Zugriff: 08.01.2021).
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel/Sanford, R. Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper & Brothers.
- Altheide, David L. (2016): Media Logic. In: Mazzoleni, Gianpietro/Barnhurst, Kevin G./Ikeda, Ken'ichi/Maia, Rousiley C. M./Wessler, Hartmut (Hg.): *The International Encyclopedia of Political Communication*. Chichester: Wiley Blackwell, S. 1–7.
- Altheide, David L./Snow, Robert P. (1979): *Media Logic*. Beverly Hills: Sage.
- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg: VSA.
- Altmeppen, Klaus-Dieter (2006): Journalismus und Medien als Organisationen. Leistungen, Strukturen und Management. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Altmeppen, Klaus-Dieter (2008): Ökonomisierung der Medienunternehmen: Gesellschaftlicher Trend und sektorspezifischer Sonderfall. In: Maurer, Andrea (Hg.): *Die Gesellschaft der Unternehmen – die Unternehmen der Gesellschaft. Gesellschaftstheoretische Zugänge zum Wirtschaftsgeschehen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 237–251.
- Altmeppen, Klaus-Dieter/Greck, Regina/Kössler, Tanja (2016): Journalismus und Medien. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 603–618.
- Archer, Margaret (1990): Human Agency and Social Structure: A Critique of Giddens. In: Clark, Jon (Hg.): *Anthony Giddens. Consensus and Controversy*. London: Falmer, S. 73–84.

- Bachmann, Reinhard (1996): Kooperation und Vertrauen in zwischenbetrieblichen Beziehungen. In: Hradil, Stefan (Hg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Band 1. Frankfurt, New York: Campus, S. 255–270.
- Baecker, Dirk (2003): Geldfunktionen und Medienkonkurrenz. In: Baecker, Dirk (Hg.): Viele Gelder. Berlin: Kulturverlag Kadmos, S. 12–30.
- Baecker, Dirk (2004): Einleitung: Wozu Gefühle? In: Soziale Systeme, 10. Jg., Nr. 1, S. 5–20.
- Ball-Rokeach, Sandra J. (1985): The Origins of Individual Media-System Dependency. A Sociological Framework. In: Communication Research, 12. Jg., Nr. 4, S. 485–510.
- Ball-Rokeach, Sandra J. (2009): The Evolution of Media System Dependency Theory. In: Nabi, Robin L./Oliver, Mary Beth (Hg.): The Sage Handbook of Media Processes and Effects. Los Angeles: Sage, S. 531–544.
- Ball-Rokeach, Sandra J./DeFleur, M. L. (1976): A Dependency Model of Mass-Media Effects. In: Communication Research, 3. Jg., Nr. 1, S. 3–21.
- Barnes, Lucy/Hicks, Timothy (2018): Making Austerity Popular: The Media and Mass Attitudes Towards Fiscal Policy. In: American Journal of Political Science, 62. Jg., Nr. 2, S. 340–354.
- Barthes, Roland (1966): Die strukturalistische Tätigkeit. In: Kursbuch, Nr. 5, S. 190–196.
- Basu, Laura (2018): Media Amnesia. Rewriting the Economic Crisis. London: Pluto Press.
- Basu, Laura/Schifferes, Steve/Knowles, Sophie (Hg.) (2018): The Media and Austerity. Comparative Perspectives. London, New York: Routledge.
- Bauer, Leonhard/Matis, Herbert (1988): Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Baugut, Philip/Neumann, Katharina (2018): How Right-Wing Extremists Use and Perceive News Media. In: Journalism & Mass Communication Quarterly, 53. Jg., S. 1–25.
- Baum, Achim (1994): Journalistisches Handeln. Eine kommunikationstheoretisch begründete Kritik der Journalismusforschung. Wiesbaden: Westdeutscher.
- Bauman, Zygmunt (2010): Liquid Times. Living in an Age of Uncertainty. Cambridge: Polity Press.
- Bauman, Zygmunt (2012): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2015): Flüchtige Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Beck, Ulrich/Lau, Christoph (Hg.) (2004): *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Becker, Gary S. (1982): *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen: Mohr.
- Bentele, Günter (1994): Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In: Armbrrecht, Wolfgang/Zabel, Ulf (Hg.): *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131–158.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007): *Einleitung*. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–25.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1991): *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. London: Penguin Books.
- Berlin, Isaiah (2006): *Freiheit. Vier Versuche*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Berry, Mike (2019): *The Media, the Public and the Great Financial Crisis*. Cham: Springer International.
- Biebricher, Thomas (2018): *Neoliberalismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Birkner, Thomas (2010): Das Jahrhundert des Journalismus – ökonomische Grundlagen und Bedrohungen. In: *Publizistik*, 55. Jg., Nr. 1, S. 41–54.
- Birsl, Ursula (2016): Anthony Giddens. *The Constitution of Society*. In: Salzborn, Samuel (Hg.): *Klassiker der Sozialwissenschaften. 100 Schlüsselwerke im Portrait*. Wiesbaden: Springer VS, S. 346–349.
- Blank, Julian (2017): Economic Inequality in the German Quality Press: Framing Concerns About Inequality and Redistribution. In: *International Journal of Communication*, 11. Jg., Nr. 11, S. 4370–4395.
- Bleicher, Kurt (2003): Vertrauen gewinnt als Organisationsprinzip beim Übergang in die Wissensgesellschaft an Bedeutung. In: *Erwägen Wissen Ethik*, 14. Jg., Nr. 2, S. 341–344.
- Blöbaum, Bernd (1994): *Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbständigung*. Opladen: Westdeutscher.
- Blöbaum, Bernd (2014): *Trust and Journalism in a Digital Environment*. Working Paper, University of Oxford. http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/Trust%20and%20Journalism%20in%20a%20Digital%20Environment_o.pdf (Zugriff: 01.04.2015).
- Blöbaum, Bernd (2016a): Journalismus als Funktionssystem der Gesellschaft. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 151–163.
- Blöbaum, Bernd (Hg.) (2016b): *Trust and Communication in a Digitized World. Models and Concepts of Trust Research*. Cham: Springer International.

- Blöbaum, Bernd (2018): Bezugspunkte von Medienvertrauen. Ergebnisse einer explorativen Studie. In: *Media Perspektiven*, Nr. 12, S. 601–607.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2013): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bonfadelli, Heinz/Friemel, Thomas N. (2015): *Medienwirkungsforschung*. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft; UVK Lucius.
- Bonfadelli, Heinz/Keel, Guido/Marr, Mirko/Wyss, Vinzenz (2011): Journalists in Switzerland: Structures and Attitudes. In: *Studies in Communication Sciences*, 11. Jg., Nr. 2, S. 7–26.
- Bongaerts, Gregor (2008): *Verdrängungen des Ökonomischen. Bourdieus Theorie der Moderne*. Bielefeld: transcript.
- Bourdieu, Pierre (1985): *Sozialer Raum und »Klassen«*. Zwei Vorlesungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Über das Fernsehen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1999): *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2005): The Political Field, the Social Science Field, and the Journalistic Field. In: Benson, Rodney/Neveu, Erik (Hg.): *Bourdieu and the Journalistic Field*. Cambridge: Polity Press, S. 29–47.
- Bourdieu, Pierre (2013): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bradbury, Alice/McGimpsey, Ian/Santori, Diego (2013): Revising Rationality: the Use of »Nudge« Approaches in Neoliberal Education Policy. In: *Journal of Education Policy*, 28. Jg., Nr. 2, S. 247–267.
- Bröckling, Ulrich (2016): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2018): Governmentality Studies. Gouvernamentalität – die Regierung des Selbst und der anderen. In: Decker, Oliver (Hg.): *Sozialpsychologie und Sozialtheorie*. Band 1: Zugänge. Wiesbaden: Springer VS, S. 31–45.
- Bruff, Ian (2016): Neoliberalism and Authoritarianism. In: Springer, Simon/Birch, Kean/MacLeavy, Julie (Hg.): *The Handbook of Neoliberalism*. New York, London: Routledge Taylor & Francis Group, S. 107–117.
- Bude, Heinz (2016): Die Erbschaft des Neoliberalismus für die Gesellschaftstheorie. In: Haus, Michael/La Rosa, Sybille de (Hg.): *Politische Theorie und Gesellschaftstheorie. Zwischen Erneuerung und Ernüchterung*. Baden-Baden: Nomos, S. 73–90.
- Bunge, Mario (2010): Soziale Mechanismen und mechanismische Erklärungen. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 20. Jg., Nr. 3, S. 371–381.

- Burzan, Nicole/Lökenhoff, Brigitta/Schimank, Uwe/Schöneck, Nadine M. (2008): Das Publikum der Gesellschaft. Inklusionsverhältnisse und Inklusionsprofile in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butler, Judith (2003): Noch einmal: Körper und Macht. In: Honneth, Axel/Saar, Martin (Hg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 52–67.
- Carlson, Matt (2017): Journalistic Authority. Legitimizing News in the Digital Era. New York: Columbia University Press.
- Chakravartty, Paula/Schiller, Dan (2010): Neoliberal Newspeak and Digital Capitalism in Crisis. In: International Journal of Communication, Nr. 4, S. 670–692.
- Champlin, Dell P./Knoedler, Janet T. (2008): American Prosperity and the »Race to the Bottom:« Why Won't the Media Ask the Right Questions? In: Journal of Economic Issues, 42. Jg., Nr. 1, S. 133–151.
- Cohen, Nicole S. (2015): Entrepreneurial Journalism and the Precarious State of Media Work. In: South Atlantic Quarterly, 114. Jg., Nr. 3, S. 513–533.
- Coleman, James S. (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge: Harvard University Press.
- Collani, Gernot von (2014): Kognitive Geschlossenheit und Persönliches Strukturbedürfnis. In: Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen. doi: 10.6102/zis49 (Zugriff: 08.05.2019).
- Couldry, Nick/Hepp, Andreas (2017): The Mediated Construction of Reality. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Czepek, Andrea (2013): Pressefreiheit – Hindernisse und Grenzen. In: Meier, Klaus (Hg.): Journalismusforschung. Stand und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, S. 17–35.
- Dahrendorf, Ralf (1979): Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Daniller, Andrew/Allen, Douglas/Tallevi, Ashley/Mutz, Diana C. (2017): Measuring Trust in the Press in a Changing Media Environment. In: Communication Methods and Measures, 11. Jg., Nr. 1, S. 76–85.
- Decker, Oliver (2015): Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 21–33.
- Decker, Oliver (2018): Flucht ins Autoritäre. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15–63.

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018a): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018b): Vorwort der Herausgeber. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 9–11.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2015): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: PROKLA, 48. Jg., Nr. 190, S. 27–42.
- Deutsch, Morton (1958): Trust and Suspicion. In: Journal of Conflict Resolution, 2. Jg., Nr. 4, S. 265–279.
- Deuze, Mark (2008): The Changing Context of News Work: Liquid Journalism and Monitorial Citizenship. In: International Journal of Communication, Nr. 2, S. 848–865.
- Dietz, Graham/Den Hartog, Deanne N. (2006): Measuring Trust Inside Organisations. In: Personnel Review, 35. Jg., Nr. 5, S. 557–588.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 21–86.
- Durkheim, Émile (Hg.) (1988): Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Durkheim, Émile (2017): Der Selbstmord. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Earle, Timothy C. (2009): Trust, Confidence, and the 2008 Global Financial Crisis. In: Risk analysis, 29. Jg., Nr. 6, S. 785–792.
- Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Endreß, Martin (2001): Vertrauen und Vertrautheit. Phänomenologisch-anthropologische Grundlegung. In: Hartmann, Martin/Offe, Klaus (Hg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt, New York: Campus, S. 161–203.
- Endreß, Martin (2002): Vertrauen. Bielefeld: transcript.
- Endreß, Martin (2010): Vertrauen – soziologische Perspektiven. In: Maring, Matthias (Hg.): Vertrauen – zwischen sozialem Kitt und der Senkung von Transaktionskosten. Karlsruhe: KIT Scientific, S. 91–113.

- Endreß, Martin (2017): *Soziologische Theorien kompakt*. Boston, Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Engelke, Katherine M. (2018): Die journalistische Darstellung von Vertrauen, Misstrauen und Vertrauensproblemen im Kontext der Digitalisierung. Theoretische Entwicklung und empirische Erfassung von Vertrauensdimensions-Frames. Baden-Baden: Nomos.
- Esser, Hartmut (2006): Eines für Alle(s)? Das Weber-Paradigma, das Konzept des moderaten methodologischen Holismus und das Modell der soziologischen Erklärung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58. Jg., Nr. 2, S. 352–363.
- Ettinger, Patrik/Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Blum, Roger (Hg.) (2019): *Intimisierung des Öffentlichen. Zur multiplen Privatisierung des Öffentlichen in der digitalen Ära*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fawzi, Nayla/Obermaier, Magdalena (2019): Unzufriedenheit – Misstrauen – Ablehnung journalistischer Medien. Eine theoretische Annäherung an das Konstrukt Medienverdrossenheit. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 67. Jg., Nr. 1, S. 27–44.
- Fengler, Susanne/Ruß-Mohl, Stephan (2005): *Der Journalist als »Homo oeconomicus«*. Konstanz: UVK.
- Fenton, Natalie (2011): Deregulation or Democracy? New Media, News, Neoliberalism and the Public Interest. In: *Continuum: Journal of Media & Cultural Studies*, 25. Jg., Nr. 1, S. 63–72.
- Flam, Helena (1990): Emotional Man I. The Emotional Man and the Problem of Collective Action. In: *International Sociology*, 5. Jg., Nr. 1, S. 39–56.
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Vorlesung am Collège de France, 1977–1978. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, S. 77–91.
- Frevert, Ute (2013): *Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne*. München: C.H. Beck.
- Fromm, Erich (2016 [1941]): *Die Furcht vor der Freiheit*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Fuchs, Peter (2005): *Konturen der Moderne. Systemtheoretische Essays II*. Bielefeld: transcript.

- Fuchs, Thomas/Iwer, Lukas/Micali, Stefano (Hg.) (2018): Das überforderte Subjekt. Zeitdiagnosen einer beschleunigten Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Funck, Astrid (2016): Die transparente Redaktion. Ein Ansatz für die strategische Öffentlichkeitsarbeit von Zeitungsverlagen. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Funder, Maria (1999): Vertrauen: Die Wiederentdeckung eines soziologischen Begriffs. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 24. Jg., Nr. 3, S. 76–97.
- Gambetta, Diego (1988): Can We Trust Trust? In: Gambetta, Diego (Hg.): Trust. Making and Breaking Cooperative Relations. Oxford: Basil Blackwell, S. 213–235.
- Garfinkel, Harold (1964): Studies of the Routine Grounds of Everyday Activities. In: Social Problems, 11. Jg., Nr. 3, S. 225–250.
- Gehlen, Arnold (1940): Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gehlen, Arnold (1952): Über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 40. Jg., Nr. 2, S. 338–353.
- Gehlen, Arnold (1986): Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (2009): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Band 2: Forschungsbefunde. Bielefeld: transcript.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Einsystem- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher, S. 77–105.
- Gfrerer, Lara (2016): In den Greifarmen des unternehmerischen Selbst. Neoliberale Gouvernementalität, Disziplinarmacht und die Inwertsetzung von Langzeitarbeitslosen. Marburg: Tectum.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Stanford: Stanford University Press.
- Giddens, Anthony (1999): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gimpelson, Vladimir/Treisman, Daniel (2018): Misperceiving Inequality. In: Economics & Politics, 30. Jg., Nr. 1, S. 27–54.
- Glauser, Laura (2016): Projekt des unternehmerischen Selbst. Eine Feldforschung in der Coachingzone. Bielefeld: transcript.
- Goffman, Erving (1963): Behavior in Public Places. Notes on the Social Organization of Gatherings. New York: The Free Press.
- Görke, Alexander (1999): Risikojournalismus und Risikogesellschaft. Sondierung und Theorieentwurf. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher.

- Görke, Alexander/Scholl, Armin (2006): Niklas Luhmann's Theory of Social Systems and Journalism Research. In: *Journalism Studies*, 7. Jg., Nr. 4, S. 644–655.
- Greck, Regina (2017): Elitäre Verhältnisse. Selbst- und Fremdbild der Eliten in Journalismus und Politik. Wiesbaden: Springer VS.
- Grisold, Andrea/Theine, Hendrik (2017): How Come We Know? The Media Coverage of Economic Inequality. In: *International Journal of Communication*, 11. Jg., S. 4265–4284.
- Groß, Eva (2016): The Enterprising Self and Prejudices toward Unemployed Persons. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 45. Jg., Nr. 3, S. 162–180.
- Groß, Eva/Gundlach, Julia/Heitmeyer, Wilhelm (2010): Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*. Berlin: Suhrkamp, S. 138–157.
- Gross, Peter (1994): *Die Multioptionengesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Grosser, Katherine M. (2016): Trust in Online Journalism. A Conceptual Model of Risk-Based Trust in the Online Context. In: *Digital Journalism*, 4. Jg., Nr. 8, S. 1036–1057.
- Grosser, Katherine M./Hase, Valerie/Wintterlin, Florian (2017): Trustworthy or Shady? Exploring the Influence of Verifying and Visualizing User-Generated Content (UGC) on Online Journalism's Trustworthiness. In: *Journalism Studies*. doi:10.1080/1461670X.2017.1392255 (Zugriff: 08.05.2019).
- Grosser, Kathrine/Hase, Valerie/Blöbaum, Bernd (2016): Trust in Online Journalism. In: Blöbaum, Bernd (Hg.): *Trust and Communication in a Digitized World. Models and Concepts of Trust Research*. Cham: Springer International, S. 53–73.
- Gümüş, Adnan/Gömlüksiz, Müfit/Glöckner-Rist, Angelika/Balke, Doreen (2014): Anomie. In: *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen*. doi:10.6102/zis145 (Zugriff: 03.05.2019).
- Günthner, Susanne/Knoblach, Hubert (1994): »Forms are the Food of Faith«. *Gattungen als Muster kommunikativen Handelns*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46. Jg., Nr. 4, S. 693–723.
- Habermas, Jürgen (1984): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008): *Internationale Weltordnung. Nach dem Bankrott*. In: ZEIT ONLINE. <https://www.zeit.de/2008/46/Habermas> (Zugriff: 27.02.2019).
- Habermas, Jürgen (2014): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Haffert, Lukas/Mertens, Daniel (2014): Dynamisch. Ruhelos. Risikobereit. Zur Emeritierung von Wolfgang Streeck. In: *Gesellschaftsforschung*, Nr. 2, S. 18–24.

- Haller, Michael (2017): Was wird aus der digitalisierten Medienwelt? Überlegungen zu einer Neubestimmung der Theorie des »öffentlichen Vertrauens«. In: Haller, Michael (Hg.): Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft. Köln: Herbert von Halem, S. 15–77.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hanitzsch, Thomas/Altmeppen, Klaus-Dieter/Schlüter, Carsten (2007): Zur Einführung: Die Journalismustheorie und das Treffen der Generationen. In: Altmeppen, Klaus-Dieter/Hanitzsch, Thomas/Schlüter, Carsten (Hg.): Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische Grundlegung und theoretische Innovation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–23.
- Hanitzsch, Thomas/Engesser, Sven (2014): Journalismusforschung als Integrationsdisziplin. In: Karmasin, Matthias/Rath, Matthias/Thomaß, Barbara (Hg.): Kommunikationswissenschaft als Integrationsdisziplin. Wiesbaden: Springer VS, S. 137–157.
- Hanitzsch, Thomas/Lauerer, Corinna (2020): Berufliches Rollenverständnis. In: Hanitzsch, Thomas/Seethaler, Josef/Wyss, Vinzenz (Hg.): Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wiesbaden: Springer VS, S. 135–161.
- Hanitzsch, Thomas/Vos, Tim P. (2017): Journalistic Roles and the Struggle Over Institutional Identity: The Discursive Constitution of Journalism. In: Communication Theory, 27. Jg., Nr. 2, S. 115–135.
- Hanitzsch, Thomas/Vos, Tim P./Standaert, Olivier/Hanusch, Folker, et al. (2019): Role Orientations. Journalists' Views on Their Place in Society. In: Hanitzsch, Thomas/Hanusch, Folker/Ramaprasad, Jyotika/Beer, Arnold S. de (Hg.): Worlds of Journalism. Journalistic Cultures Around the Globe. New York, Chichester, West Sussex: Columbia University Press, S. 161–197.
- Hardy, Jonathan (2017): Money, (Co)Production and Power. The Contribution of Critical Political Economy to Digital Journalism Studies. In: Digital Journalism, 5. Jg., Nr. 1, S. 1–25.
- Hartmann, Martin (2011): Die Praxis des Vertrauens. Berlin: Suhrkamp.
- Hartmann, Martin (2016): Vertrauen gegen seine Liebhaber verteidigt. In: Lindenau, Mathias/Meier Kressig, Marcel (Hg.): Miteinander Leben. Ethische Perspektiven eines komplexen Verhältnisses. Bielefeld: transcript, S. 77–93.
- Hartz, Peter et al. (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit.
- Hayek, Friedrich A. von (1969): Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Hayek, Friedrich A. von (Hg.): Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze. Tübingen: Mohr, S. 249–265.
- Hayek, Friedrich A. von (2003): Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Abteilung B: Bücher Band 4. Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der libe-

- ralen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Tübingen: Mohr.
- Heitmeyer, Wilhelm (2008): Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte. In: Imbusch, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 571–590.
- Hellmann, Kai-Uwe (2002): Gemeinwohl und Systemvertrauen. Vorschläge zur Modernisierung alteuropäischer Begriffe. In: Münkler, Herfried/Fischer, Karsten (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinwohl. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung. Berlin: Akademie Verlag, S. 77–109.
- Henning, Christoph (2008): Vom Systemvertrauen zur Selbstverantwortung: Der Wandel kapitalistischer Gefühlskultur und seine seelischen Kosten. In: Heidbrink, Ludger/Hirsch, Alfred (Hg.): Verantwortung als marktwirtschaftliches Prinzip. Zum Verhältnis von Moral und Ökonomie. Frankfurt a.M.: Campus, S. 373–394.
- Henning, Christoph (2015): Theorien der Entfremdung zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Herzog, Lisa (2013): Persönliches Vertrauen, Rechtsvertrauen, Systemvertrauen. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 61. Jg., Nr. 4, S. 529–548.
- Hirschmann, Albert O. (1970): Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge: Harvard University Press.
- Hitzler, Ronald (1992): Der Goffmensch: Überlegungen zu einer dramaturgischen Anthropologie. In: Soziale Welt, 43. Jg., Nr. 4, S. 449–461.
- Hohlfeld, Ralf (2013): Journalistische Beobachtung des Publikums. In: Meier, Klaus (Hg.): Journalismusforschung. Stand und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, S. 135–146.
- Hölig, Sascha/Loosen, Wiebke (2018): Das Publikum des Journalismus. Nachrichtenrezeption, Einstellungen und aktive Beteiligung. In: Nuernbergk, Christian/Neuberger, Christoph (Hg.): Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung. Wiesbaden: Springer VS, S. 209–271.
- Holzinger, Markus (2007): Kontingenz in der Gegenwartsgesellschaft. Dimensionen eines Leitbegriffs moderner Sozialtheorie. Bielefeld: transcript.
- Honneth, Axel (2014): Die Krankheiten der Gesellschaft. Annäherungen an einen nahezu unmöglichen Begriff. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 11. Jg., Nr. 1, S. 45–60.
- Hörlin, Sinje (2016): Figuren des Misstrauens. Konstanz: Konstanz University Press.
- Hutter, Michael/Teubner, Gunther (1994): Der Gesellschaft fette Beute. Homo juridicus und homo oeconomicus als kommunikationserhaltende Fiktionen. In: Fuchs, Peter/Göbel, Andreas (Hg.): Der Mensch – das Medium der Gesellschaft? Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 110–145.

- Imhof, Kurt (2011): Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Imhof, Kurt (2013): Austritt aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit: Wie differenzieren wir das Soziale? In: Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried (Hg.): Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 79–90.
- Jacob, Nikolaus G. (2010): No Alternatives? The Relationship between Perceived Media Dependency, Use of Alternative Information Sources, and General Trust in Mass Media. In: *International Journal of Communication*, 4. Jg., S. 589–606.
- Jaeggi, Rahel (2005): Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems. Frankfurt a.M.: Campus.
- Jaeggi, Rahel/Celikates, Robin (2017): Sozialphilosophie. Eine Einführung. München: C.H. Beck.
- Jalava, Janne (2003): From Norms to Trust. The Luhmannian Connections between Trust and System. In: *European Journal of Social Theory*, 6. Jg., Nr. 2, S. 173–190.
- Jalava, Janne (2006): Trust as a Decision. The Problems and Functions of Trust in Luhmannian Systems Theory. Dissertation at the Department of Social Policy, University of Helsinki. [http://ethesis.helsinki.fi/julkaisut/val/sospo/vk/jalava/ttrustasa.pdf](http://ethesis.helsinki.fi/julkaisut/val/sospo/vk/jalava/trustasa.pdf) (Zugriff: 08.05.2019).
- Jarren, Otfried (2020): Vertrauen in Medien oder in Journalismus oder ...? Leistungserbringung durch und Leistungsbewertung von Medien als Forschungsaufgabe. In: Blome, Astrid/Eberwein, Tobias/Averbeck-Lietz, Stefanie (Hg.): Medienvertrauen. Historische und aktuelle Perspektiven. Berlin, Boston: de Gruyter, S. 153–178.
- Kaltenbrunner, Andy/Karmasin, Matthias/Kraus, Daniela/Zimmermann, Astrid (2008): Der Journalisten-Report II. Österreichs Medienmacher und ihre Motive. Wien: Facultas.
- Karidi, Maria (2017): Medienlogik im Wandel. Die deutsche Berichterstattung 1984 und 2014 im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2011): Systemvertrauen als Systemzwang. In: *Erwägen-Wissen-Ethik*, 22. Jg., Nr. 2, S. 274–276.
- Kaven, Carsten (2010): Soziale Mechanismen im akteurzentrierten Institutionalismus – eine Kritik. ZÖSS Discussion Paper, 19. Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-48423-7> (Zugriff: 14.03.2019).
- Kiefer, Marie Luise (2013): Journalismus und Medien als Institutionen – systemtheoretisch betrachtet. In: Künzler, Matthias/Oehmer, Franziska/Puppis, Manuel/Wassmer, Christian (Hg.): Medien als Institutionen und Organisationen. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 117–131.

- Kieserling, André (1999): Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kleve, Heiko (2016a): Marxismus, Neoliberalismus und Systemtheorie. Essay über zwei Seiten einer Medaille, den Medaillenrand und die Soziale Arbeit. In: Sozialarbeit in Österreich, Nr. 1, S. 1–7.
- Kleve, Heiko (2016b): Systemtheorie und (Neo-)Liberalismus. <https://www.carl-auer.de/blogs/komplexe/systemtheorie-und-neo-liberalismus/> (Zugriff: 18.04.2019).
- Kneer, Georg (2001): Organisation und Gesellschaft. Zum ungeklärten Verhältnis von Organisations- und Funktionssystemen in Luhmanns Theorie sozialer Systeme. In: Zeitschrift für Soziologie, 30. Jg., Nr. 6, S. 407–428.
- Knoche, Manfred (2001): Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 49. Jg., Nr. 2, S. 177–194.
- Knowles, Sophie (2018): Financial Journalists, the Financial Crisis, and the ›Crisis‹ in Journalism. In: Basu, Laura/Schifferes, Steve/Knowles, Sophie (Hg.): The Media and Austerity. Comparative Perspectives. London, New York: Routledge, S. 183–195.
- Knowles, Sophie/Phillips, Gail/Lidberg, Johan (2017): Reporting The Global Financial Crisis. A Longitudinal Tri-Nation Study of Mainstream Financial Journalism. In: Journalism Studies, 18. Jg., Nr. 3, S. 322–340.
- Kohring, Matthias (1997): Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf. Opladen: Westdeutscher.
- Kohring, Matthias (2001): Autopoiesis und Autonomie des Journalismus. Zur notwendigen Unterscheidung von zwei Begriffen. In: Communicatio Socialis, 34. Jg., Nr. 1, S. 77–89.
- Kohring, Matthias (2002): Fakten ins Töpfchen, Fiktionen ins Kröpfchen? Warum Vertrauen in Journalismus mehr ist als Glaubwürdigkeit. In: Baum, Achim/Schmidt, Siegfried J. (Hg.): Fakten und Fiktionen. Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten. Konstanz: UVK, S. 90–100.
- Kohring, Matthias (2004): Vertrauen in Journalismus. Theorie und Empirie. Konstanz: UVK.
- Kohring, Matthias (2008): Vertrauen durch Misstrauen. Zur Rolle von Paradoxien in der Journalismustheorie. In: Pörksen, Bernhard/Loosen, Wiebke/Scholl, Armin (Hg.): Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie – Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 609–622.
- Kohring, Matthias (2010): Vertrauen in Medien? Eine Kritik der Medienglaubwürdigkeitsforschung nebst weiterführenden Überlegungen zu einer Theorie des Vertrauens in journalistische Kommunikation und deren gesellschaftlicher Relevanz. In: Schweer, Martin K. W. (Hg.): Vertrauensforschung 2010: A State of the Art. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 125–148.

- Kohring, Matthias (2011): Zuversicht statt Vertrauen? Probleme der Vertrauenskonstruktion in modernen Gesellschaften. In: *Erwägen – Wissen – Ethik*, 22. Jg., Nr. 2, S. 279–282.
- Kohring, Matthias (2016): Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 165–176.
- Konopka, Melitta (1999): Akteure und Systeme. Ein Vergleich der Beiträge handlungs- und systemtheoretischer Ansätze zur Analyse zentraler sozialtheoretischer Fragestellungen unter besonderer Berücksichtigung der Luhmannschen und der post-Luhmannschen Systemtheorie. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Krockow, Christian Graf von (1992): *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890–1990*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Kroeger, Frens (2018): Unlocking the Treasure Trove: How Can Luhmann's Theory of Trust Enrich Trust Research? In: *Journal of Trust Research*, 32. Jg., Nr. 4, S. 1–15.
- Kron, Thomas (2007): Die Fahrt mit dem Dschagannath-Wagen – Anthony Giddens' »Konsequenzen der Moderne«. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 199–213.
- Kron, Thomas/Winter, Lars (2009): Aktuelle soziologische Akteurtheorien. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hg.): *Handbuch Soziologische Theorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 41–66.
- Kroneberg, Clemens (2011): Die Erklärung sozialen Handelns. Grundlagen und Anwendung einer integrativen Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krueger, Anne O. (1974): The Political Economy of the Rent-Seeking Society. In: *The American Economic Review*, 64. Jg., Nr. 3, S. 291–303.
- Krüger, Uwe/Seiffert-Brockmann, Jens (2018): »Lügenpresse« – Eine Verschwörungstheorie? Hintergründe, Ursachen, Auswege. In: Haarkötter, Hektor/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.): *Nachrichten und Aufklärung. Medien- und Journalismuskritik heute: 20 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 67–87.
- Krüger, Uwe/Seiffert-Brockmann, Jens (2019): Komplexitätsreduktion der Ohnmächtigen? Verschwörungstheorien á la »Lügenpresse« aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: Dernbach, Beatrice/Godulla, Alexander/Sehl, Anika (Hg.): *Komplexität im Journalismus*. Wiesbaden: Springer, S. 79–88.
- Kruglanski, Arie W./Raviv, Amiram/Bar-Tal, Daniel/Raviv, Alona, et al. (2005): Says Who? Epistemic Authority Effects in Social Judgment. In: Zanna, Mark P. (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*. New York: Academic, S. 345–392.
- Lamla, Jörn (2003): Kopplung versus Dualität. Ein Vergleich der Strukturbegriffe von Niklas Luhmanns und Anthony Giddens. In: Hellmann, Kai-Uwe/Fischer,

- Karsten/Bluhm, Harald (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmann politische Theorie. Wiesbaden: Westdeutscher, S. 254–270.
- Landerer, Nino (2013): Rethinking the Logics: A Conceptual Framework for the Mediatization of Politics. In: *Communication Theory*, 23. Jg., Nr. 3, S. 239–258.
- Lessenich, Stephan (2013): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2014): Akteurszwang und Systemwissen: Das Elend der Wachstumsgesellschaft. In: Fehmel, Thilo/Lessenich, Stephan/Preunkert, Jenny (Hg.): Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen. Frankfurt a.M.: Campus, S. 243–261.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.
- Levine, Ross/Lin, Chen/Xie, Wensi (2018): Corporate Resilience to Banking Crises: The Roles of Trust and Trade Credit. In: *Journal of Financial and Quantitative Analysis*, 53. Jg., Nr. 4, S. 1441–1477.
- Lewis, David J./Weigert, Andrew J. (1985): Social Atomism, Holism, and Trust. In: *The Sociological Quarterly*, 26. Jg., Nr. 4, S. 455–471.
- Lichtenstein, Dennis/Rohmberg, Markus/Böhme, Michaela (2016): Konsonant oder interessengeleitet? Eine Frame-Analyse zur Berichterstattung über die Vermögenssteuer im Wahljahr 2013. In: Machin, Amanda/Steher, Nico (Hg.): Understanding Inequality: Social Costs and Benefits. Wiesbaden: Springer VS, S. 325–345.
- Lindemann, Gesa (2006): Die Transintentionalität des Sozialen. Ein Versuch über Theorievergleiche und den Anspruch soziologischer Theorie auf gesellschaftlich-politische Relevanz. In: *Soziologische Revue*, 29. Jg., Nr. 1, S. 5–13.
- Lindlau, Dagobert (1980): Die Exekution der Wirklichkeit – Oder: Wider die falsche Objektivität. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): *Journalismus & Journalismus. Plädoyers für Recherche und Zivilcourage*. München: Ölschläger, S. 41–46.
- Lobigs, Frank (2013): Finanzierung des Journalismus. In: Meier, Klaus (Hg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, S. 53–74.
- Lobigs, Frank (2018): Wirtschaftliche Probleme des Journalismus im Internet. Verdrängungsängste und fehlende Erlösquellen. In: Nuernbergk, Christian/Neuberger, Christoph (Hg.): *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 295–334.
- Löffelholz, Martin (2016): Paradigmengeschichte der Journalismusforschung. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 29–58.
- Loosen, Wiebke (2013): Publikumsbeteiligung im Journalismus. In: Meier, Klaus (Hg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, S. 147–163.

- Loosen, Wiebke (2016): Journalismus als (ent-)differenziertes Phänomen. In: Löfelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS, S. 177–189.
- Loosen, Wiebke/Schmidt, Jan-Hinrik (2012): (Re-)Discovering the Audience. The Relationship between Journalism and Audience in Networked Digital Media. In: Information, Communication & Society, 15. Jg., Nr. 6, S. 867–887.
- Lorenz, Hannah (2017): Im Spannungsfeld von Wollen, Sollen und Können. Brüsseler Agenturjournalisten als Nachrichtendienstleister. Baden-Baden: Nomos.
- Luhmann, Niklas (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas (1966): Reflexive Mechanismen. In: Soziale Welt, 17. Jg., Nr. 1, S. 1–23.
- Luhmann, Niklas (1981): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Opladen: Westdeutscher.
- Luhmann, Niklas (1982): Systemtheoretische Argumentation. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: Habermas, Jürgen/Luhmann, Niklas (Hg.): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 291–405.
- Luhmann, Niklas (1986): Die Welt als Wille ohne Vorstellung. Sicherheit und Risiko aus Sicht der Sozialwissenschaften. In: Die politische Meinung, Nr. 229.
- Luhmann, Niklas (1987): The Evolutionary Differentiation between Society and Interaction. In: Alexander, Jeffrey C./Giesen, Bernhard/Münch, Richard/Smelser, Neil J. (Hg.): The Micro-Macro Link. Berkeley: University of California Press, S. 112–131.
- Luhmann, Niklas (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1990): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher.
- Luhmann, Niklas (1991a): Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (1991b): Soziologie des Risikos. Berlin, New York: de Gruyter.
- Luhmann, Niklas (1995): Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1996): Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview. In: Luhmann, Niklas (Hg.): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 175–200.
- Luhmann, Niklas (1997a): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Erster Teilband. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997b): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Zweiter Teilband. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Luhmann, Niklas (1999): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2001): Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen: Probleme und Alternativen. In: Hartmann, Martin/Offe, Klaus (Hg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt, New York: Campus, S. 143–160.
- Luhmann, Niklas (2003): Organization. In: Bakken, Tore/Hernes, Tor (Hg.): Autopoietic Organization Theory. Drawing on Niklas Luhmann's Social Systems Perspective. Oslo, Malmö, Copenhagen: Abstrakt, Liber, Copenhagen Business School Press, S. 31–52.
- Luhmann, Niklas (2005): Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Luhmann, Niklas (2006): Beobachtungen der Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2008): Inklusion und Exklusion. In: Imbusch, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009 [1968]): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Luhmann, Niklas (2012 [1975]): Macht. Konstanz: UVK.
- Luhmann, Niklas (2015): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2017): Systemtheorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2018 [1970]): Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Wiesbaden: Springer VS.
- Lünenborg, Margreth (2017): Von Mediengattungen zu kontingenten Hybriden. Konstruktivistische und performativitätstheoretische Perspektiven für die Journalistik. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 65. Jg., Nr. 2, S. 367–384.
- Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen: Westdeutscher.
- Marr, Mirko/Wyss, Vinzenz/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz (2001): Journalisten in der Schweiz. Eigenschaften, Einstellungen, Einflüsse. Konstanz: UVK Medien.
- Martin, Dirk (2010): Überkomplexe Gesellschaft. Eine Kritik der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Marx, Karl (1869): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Hamburg: Otto Meißner.
- Marx, Karl (1991 [1890]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz.

- Masschelein, Jan/Simons, Maarten/Klinzmann, Annegret (2005): Globale Immunität oder Eine kleine Kartographie des europäischen Bildungsraums. Zürich: Diaphanes.
- Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen (2018): Die Quantifizierung des Sozialen. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Nr. 2, S. 274–292.
- Mayntz, Renate (2017): Handeln und Struktur, Akteur und System: Die kausale Rekonstruktion von sozialen Makrophänomenen am Beispiel der Finanzkrise. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Nr. 1, S. 5–26.
- McKnight, D. Harrison/Chervany, Norman L. (2001): Trust and Distrust Definitions: One Bite at a Time. In: Falcone, Rino/Singh, Munindar/Tan, Yao-Hua (Hg.): Trust in Cyber-Societies. Integrating the Human and Artificial Perspectives. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 27–54.
- Meier, Werner A. (2000): Kommerzialisierung als Megatrend: Der publizistikwissenschaftliche Beitrag zur aktuellen Debatte. In: Medienwissenschaft Schweiz, Nr. 2, S. 29–35.
- Meier, Werner A./Jarren, Ottfried (2001): Ökonomisierung und Kommerzialisierung. Einleitende Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 49. Jg., Nr. 2, S. 145–158.
- Merton, Robert K. (1938): Social Structure and Anomie. In: American Social Review, 3. Jg., Nr. 5, S. 672–682.
- Messner, Steven F. (2004): An Institutional-Anomie Theory of Crime: Continuities and Elaborations in the Study of Social Structure and Anomie. In: Oberwittler, Dietrich/Karstedt, Susanne (Hg.): Soziologie der Kriminalität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93–109.
- Messner, Steven F./Rosenfeld, Richard (2009): Institutional Anomie Theory: A Macro-Sociological Explanation of Crime. In: Krohn, Marvin D./Lizotte, Alan J./Hall, Gina P. (Hg.): Handbook on Crime and Deviance. Dordrecht: Springer, S. 209–224.
- Metzger, Miriam J./Flanagin, Andrew J./Medders, Ryan B. (2010): Social and Heuristic Approaches to Credibility Evaluation Online. In: Journal of Communication, 60. Jg., Nr. 3, S. 413–439.
- Meyen, Michael (2014a): Medialisierung des deutschen Spitzenfußballs. Eine Fallstudie zur Anpassung von sozialen Funktionssystemen an die Handlungslogik der Massenmedien. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 62. Jg., Nr. 3, S. 377–394.
- Meyen, Michael (2014b): Theorie der Medialisierung. Eine Erwiderung auf Anna M. Theis-Berglmaier. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 62. Jg., Nr. 4, S. 645–655.

- Meyen, Michael (2015): Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit. Eine qualitative Inhaltsanalyse zur Handlungslogik der Massenmedien. In: Publizistik, 60. Jg., Nr. 1, S. 21–39.
- Meyen, Michael (2020): Die Erfindung der Glaubwürdigkeit. Umfragen zur Medienbewertung in Deutschland seit 1945. In: Blome, Astrid/Eberwein, Tobias/Averbeck-Lietz, Stefanie (Hg.): Medienvertrauen. Historische und aktuelle Perspektiven. Berlin, Boston: de Gruyter, S. 59–75.
- Meyen, Michael/Riesmeyer, Claudia (2012): Service Providers, Sentinels, and Traders. Journalists' Role Perceptions in the Early Twenty-First Century. In: Journalism Studies, Nr. 13, S. 386–401.
- Meyen, Michael/Thieroff, Markus/Strenger, Steffi (2014): Mass Media Logic and The Mediatization of Politics. In: Journalism Studies, 15. Jg., Nr. 3, S. 271–288.
- Michael, Hendrik (2017): Ein mediengattungstheoretischer Modellentwurf zur Beobachtung der Entgrenzung journalistischer Formate am Beispiel von »fake news shows«. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 65. Jg., Nr. 2, S. 385–405.
- Miebach, Bernhard (2010): Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Milgram, Stanley (1977): The Individual in a Social World. Essays and Experiments. Reding (u.a.): Addison-Wesley.
- Misztal, Barbara A. (1996): Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Mohan, Robin (2018): Knotenpunkt Marx. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Nr. 2, S. 228–250.
- Möllering, Guido (2008): Inviting or Avoiding Deception through Trust? Conceptual Exploration of an Ambivalent Relationship. In: MPIfG Working Paper, 08. Jg., Nr. 1.
- Morgner, Christian (2018): Trust and Society: Suggestions for Further Development of Niklas Luhmann's Theory of Trust. In: Canadian Journal of Sociology, 55. Jg., Nr. 2, S. 232–256.
- Muck, Jonathan (2018): Vertrauen in Journalismus in Zeiten des digitalen Wandels – Eine Analyse aus journalistischer Perspektive. In: Lünenborg, Margreth/Sell, Saskia (Hg.): Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik. Wiesbaden: Springer VS, S. 289–315.
- Münch, Richard (1994): Politik und Nichtpolitik. Politische Steuerung als schöpferischer Prozeß. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46. Jg., Nr. 3, S. 381–405.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (1999): Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne. Opladen: Westdeutscher.

- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg: Murmann.
- Nassehi, Armin/Nollmann, Gerd (Hg.) (2004): Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Neckel, Sighard/Wagner, Greta (2013a): Erschöpfung als »schöpferische Zerstörung«. Bournout und gesellschaftlicher Wandel. In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hg.): Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp, S. 203–219.
- Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hg.) (2013b): Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Neuberger, Christoph (2007): Beobachten, Beeinflussen und Verhandeln via Öffentlichkeit. Journalismus und gesellschaftliche Strukturdynamik. In: Altmeppen, Klaus-Dieter/Hanitzsch, Thomas/Schlüter, Carsten (Hg.): Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische Grundlegung und theoretische Innovation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 139–161.
- Neuberger, Christoph (2013): Journalismus und Medialisierung der Gesellschaft. In: Meier, Klaus (Hg.): Journalismusforschung. Stand und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, S. 221–242.
- Neuberger, Christoph (2016): Journalismus als systembezogene Akteurkonstellation. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS, S. 295–308.
- Neuberger, Christoph (2018): Journalismus in der Netzwerköffentlichkeit. Zum Verhältnis zwischen Profession, Partizipation und Technik. In: Nuernbergk, Christian/Neuberger, Christoph (Hg.): Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung. Wiesbaden: Springer VS, S. 11–80.
- Neuberger, Oswald (1995): Mikropolitik. Der alltägliche Aufbau und Einsatz von Macht in Organisationen. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Neuberger, Oswald (2006): Vertrauen vertrauen? Misstrauen als Sozialkapital. In: Götz, Klaus (Hg.): Vertrauen in Organisationen. München, Mering: Rainer Hampp, S. 11–55.
- Nicolae, Stefan/Endreß, Martin/Berli, Oliver/Bischur, Daniel (Hg.) (2019): (Be)Werthen. Beiträge zur sozialen Konstruktion von Wertigkeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Nolte, Helmut (1999): Annäherungen zwischen Handlungstheorien und Systemtheorien. Ein Review über einige Integrationstrends. In: Zeitschrift für Soziologie, 28. Jg., Nr. 2, S. 93–113.
- Nullmeier, Frank (2015): Leistungsprozess und soziale Kämpfe, Kapitalismus und funktionale Differenzierung. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Nr. 2, S. 284–294.

- Obermaier, Magdalena (2020): Vertrauen in journalistische Medien aus Sicht der Rezipienten. Zum Einfluss von soziopolitischen und performanzbezogenen Erklärgrößen. Wiesbaden: Springer VS.
- O'Boyle, Brian (2013): Reproducing the Social Structure: a Marxist Critique of Anthony Giddens's Structuration Methodology. In: *Cambridge Journal of Economics*, 37. Jg., Nr. 5, S. 1019–1033.
- Örnebring, Henrik (2018): Journalists Thinking about Precarity: Making Sense of the »New Normal«. In: *#ISOJ*, 8. Jg., Nr. 1, S. 109–127.
- Osborne, David/Gaebler, Ted (1997): Der innovative Staat. Mit Unternehmergeist zur Verwaltung der Zukunft. Wiesbaden: Gabler.
- Osrecki, Fran (2015): Kritischer Funktionalismus: Über die Grenzen und Möglichkeiten einer kritischen Systemtheorie. In: *Soziale Systeme*, 20. Jg., Nr. 2, S. 227–256.
- Otto, Kim/Köhler, Andreas (Hg.) (2018): Trust in Media and Journalism. Empirical Perspectives on Ethics, Norms, Impacts and Populism in Europe. Wiesbaden: Springer VS.
- Pahl, Hanno (2008): Das Geld in der modernen Wirtschaft. Marx und Luhmann im Vergleich. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Parsons, Talcott (1972): Das System moderner Gesellschaften. München: Juventa.
- Parsons, Talcott/Shils, Edward (1951): Toward a General Theory of Action. Cambridge: Harvard University Press.
- Pavlova, Zlatka (2018): Organisation und Vertrauen. Eine systemtheoretische Studie. Köln: Herbert von Halem.
- Peck, Jamie (2010): Zombie Neoliberalism and the Ambidextrous State. In: *Theoretical Criminology*, 14. Jg., Nr. 1, S. 104–110.
- Peter, Tobias (2018): Kollektivität durch Adressierung. Systemtheoretische Perspektiven auf die Subjektivierung von Interaktion, Organisation und Gemeinschaft. In: Alkemeyer, Thomas/Bröckling, Ulrich/Peter, Tobias (Hg.): *Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven*. Bielefeld: Transcript, S. 33–52.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Peters, Chris/Witschge, Tamara (2015): From Grand Narratives of Democracy to Small Expectations of Participation. Audiences, Citizenship, and Interactive Tools in Digital Journalism. In: *Journalism Practice*, 9. Jg., Nr. 1, S. 19–34.
- Petring, Alexander (2016): Die drei Welten des Gerechtigkeitsjournalismus? Text Mining in FAZ, taz und SZ zu sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit. In: Lemke, Matthias/Wiedemann, Gregor (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 369–393.
- Phelan, Sean (2014): Neoliberalism, Media and the Political. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*. München: C.H. Beck.
- Pongratz, Hans J./Voß, Günter G. (2003): Berufliche Sicherheit und Spaß an Herausforderung. Erwerbsorientierungen in Gruppen- und Projektarbeit. In: WSI-Mitteilungen, 56. Jg., S. 228–234.
- Pörksen, Bernhard/Scholl, Armin (2011): Entgrenzung des Journalismus. Analysen eines Mikro-Meso-Makro-Problems aus der Perspektive der konstruktivistischen Systemtheorie. In: Quandt, Thorsten/Scheufele, Bertram (Hg.): *Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25–53.
- Pöttker, Horst (2010): Der Beruf zur Öffentlichkeit. Über Aufgabe, Grundsätze und Perspektiven des Journalismus in der Mediengesellschaft aus der Sicht praktischer Vernunft. In: Publizistik, 55. Jg., Nr. 2, S. 107–128.
- Prechtl, Peter/Burkard, Franz-Peter (2008): Metzler Lexikon Philosophie. Begriffe und Definitionen. In: Prechtl, Peter/Burkard, Franz-Peter. <https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/aufhebung-dialektische/230> (Zugriff: 08.05.2019).
- Preston, Paschal/Slike, Henry (2017): Contrasting Conceptions, Discourses, and Studies of Economic Inequalities. In: *International Journal of Communication*, 11. Jg., S. 4324–4349.
- Prochazka, Fabian (2020): *Vertrauen in Journalismus unter Online-Bedingungen. Zum Einfluss von Personenmerkmalen, Qualitätswahrnehmungen und Nachrichtennutzung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ptak, Ralf (2017): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–78.
- Pyysiäinen, Jarkko/Halpin, Darren/Guilfoyle, Andrew (2017): Neoliberal Governance and ›Responsibilization‹ of Agents: Reassessing the Mechanisms of Responsibility-Shift in Neoliberal Discursive Environments. In: *Distinktion: Journal of Social Theory*, 18. Jg., Nr. 2, S. 215–235.
- Riesmeyer, Claudia (2015): Handeln und Zusammenwirken von MedienmangerInnen. Zum Erklärungspotential der Akteur-Struktur-Dynamiken. In: Drücke, Ricarda/Kirchhoff, Susanne/Steinmaurer, Thomas/Thiele, Martina (Hg.): *Zwischen Gegebenem und Möglichem. Kritische Perspektiven auf Medien und Kommunikation*. Festschrift für Elisabeth Klaus. Bielefeld: transcript, S. 89–102.
- Ripperger, Tanja (1998): *Ökonomik des Vertrauens. Analyse eines Organisationsprinzips*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70. Jg., Nr. 2, S. 237–254.

- Ritzer-Angerer, Petra (2018): The Role of Intermediaries within Trust Rebuilding after Financial Crisis and Encouraging Implications for the Existence of ›Calculative Trust‹. In: *Journal of Trust Research*, 8. Jg., Nr. 1, S. 87–102.
- Röper, Horst (2018): Zeitungsmarkt 2018: Pressekonzentration steigt rasant an. In: *Media Perspektiven*, Nr. 5, S. 216–234.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2018): *Unverfügbarkeit*. Wien, Salzburg: Residenz.
- Rosa, Hartmut (2019): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Roth, Steffen/Schütz, Anton (2015): Ten Systems: Toward a Canon of Function Systems. In: *Cybernetics and Human Knowing*, 22. Jg., Nr. 4, S. 11–31.
- Rudeloff, Christian (2013): *Mediensystem und journalistisches Feld. Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der Medienökonomisierungsdebatte*. Berlin: Lit.
- Rühl, Manfred (1980): *Journalismus und Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Theorieentwurf*. Mainz: v. Hase & Koehler.
- Sarasin, Philipp (2005): *Michel Foucault zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Saxer, Ulrich (1999): Entwicklung, Funktionalität und Typisierung journalistischer Textsorten. Zur publizistikwissenschaftlichen Diskussion journalistischer Textsorten. In: Ammann, Daniel/Moser, Heinz/Vaissière (Hg.): *Medien lesen. Der Textbegriff in der Medienwissenschaft*. Zürich: Pestalozzianum, S. 116–138.
- Schifferes, Steve/Roberts, Richard (Hg.) (2014): *The Media and Financial Crises. Comparative and Historical Perspectives*. London: Routledge.
- Schiffrin, Anya (2015): The Press and the Financial Crisis: A Review of the Literature. In: *Sociology Compass*, 9. Jg., Nr. 8, S. 639–653.
- Schimank, Uwe (2002a): Das zwiespältige Individuum. Zum Person-Gesellschaft-Arrangement der Moderne. Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, Uwe (2002b): Gesellschaftliche Teilsysteme und Strukturodynamiken. In: Volkmann, Ute/Schimank, Uwe (Hg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Vergleichende Sekundäranalysen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 15–49.
- Schimank, Uwe (2005a): *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2005b): *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 1*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2006): *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 2*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schimank, Uwe (2007a): Elementare Mechanismen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–45.
- Schimank, Uwe (2007b): Handeln in Konstellationen: Die reflexive Konstitution von handelndem Zusammenwirken und sozialen Strukturen. In: Altmeyen, Klaus-Dieter/Hanitzsch, Thomas/Schlüter, Carsten (Hg.): Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische Grundlegung und theoretische Innovation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121–137.
- Schimank, Uwe (2007c): Soziologische Gegenwartsdiagnosen – Zur Einführung. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–22.
- Schimank, Uwe (2007d): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2009a): Die Moderne: eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie, 19. Jg., Nr. 3, S. 327–351.
- Schimank, Uwe (2009b): Wie sich funktionale Differenzierung reproduziert – eine akteurtheoretische Erklärung. In: Hill, Paul/Kalter, Frank/Kopp, Johannes/Kroneberg, Clemens/Schnell, Rainer (Hg.): Hartmut Essers Erklärende Soziologie. Kontroversen und Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, S. 201–226.
- Schimank, Uwe (2011): Wie Akteurkonstellationen so erscheinen, als ob gesellschaftliche Teilsysteme handeln – und warum das gesellschaftstheoretisch von zentraler Bedeutung ist. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): Soziologische Theorie kontrovers. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 462–471.
- Schimank, Uwe (2013): Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Schimank, Uwe (2015): Grundriss einer integrativen Theorie der modernen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Nr. 2, S. 236–268.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hg.) (2007): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2015): Ökonomisierter Journalismus: Erodieren funktionale Differenzierung zur »Unterhaltungsgesellschaft«? In: Altmeyen, Klaus-Dieter/Donges, Patrick/Künzler, Matthias/Puppis, Manuel, et al. (Hg.): Soziale Ordnung durch Kommunikation? Baden-Baden: Nomos, S. 119–135.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2017): Das Regime der Konkurrenz: gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schmidt, Malte G. (2019): Journalismus als »Kontingenzmaschine«. Skizze einer handlungstheoretischen Komplexitätsdiagnostik der Öffentlichkeit. In: Dernbach, Beatrice/Godulla, Alexander/Sehl, Annika (Hg.): Komplexität im Journalismus. Wiesbaden: Springer, S. 53–61.

- Schmidt, Siegfried J. (1996): Kognitive Autonomie und soziale Orientierung. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schmidt, Siegfried J./Spieß, Brigitte (1997): Die Kommerzialisierung der Kommunikation. Fernsehwerbung und sozialer Wandel 1956–1989. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (1994): Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen. In: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher, S. 212–236.
- Schnedler, Thomas (2017): Prekäre Arbeit im Journalismus. Dissertation an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/6133/1/Dissertation.pdf> (Zugriff: 29.11.2020).
- Schneider, Sam (2017): Zwanghafte Selbstverwirklichung? Zur Paradoxie der (Selbst-)Entfremdung im Neokapitalismus. In: Soziologiemagazin, 10. Jg., Nr. 2, S. 55–74.
- Scholl, Armin (2004): Die Inklusion des Publikums. Theorien zur Analyse der Beziehungen von Journalismus und Publikum. In: Löffelholz, Martin (Hg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 517–536.
- Scholl, Armin (2013): Theorien des Journalismus im Vergleich. In: Meier, Klaus (Hg.): Journalismusforschung. Stand und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, S. 167–194.
- Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher.
- Schrage, Jan-Felix (2014): Betreff: Luhmann und Neoliberalismus. In: Gedankenstrich.org. <https://gedankenstrich.org/2014/12/betreff-luhmann-und-neoliberalismus/> (Zugriff: 18.04.2019).
- Schröder, Miriam/Vietze, Florian (2015): Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen. In: Zeitschrift für Soziologie, 44. Jg., Nr. 1, S. 42–62.
- Schudson, Michael/Anderson, Chris (2009): Objectivity, Professionalism, and Truth Seeking in Journalism. In: Wahl-Jorgensen, Karin/Hanitzsch, Thomas (Hg.): The Handbook of Journalism Studies. New York, London: Routledge, S. 88–101.
- Schulz, Walter (1972): Philosophie in der veränderten Welt. Pfullingen: Neske.
- Schumpeter, Joseph A. (2018 [1946]): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: UTB.

- Schütz, Alfred (1971): *Gesammelte Aufsätze III. Studien zur phänomenologischen Philosophie*. Den Haag: Martinus Nijhoff.
- Schwinn, Thomas (2011a): Brauchen wir den Systembegriff? Zur (Un-)Vereinbarkeit von Akteur- und Systemtheorie. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 447–461.
- Schwinn, Thomas (2011b): Erscheinen Strukturen nur als Systeme oder sind sie es wirklich? In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 472–477.
- Seligman, Adam B. (1997): *The Problem of Trust*. Princeton: Princeton University Press.
- Sennett, Richard (2007): *Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berliner Taschenbuch.
- Serong, Julia (2015): *Medienqualität und Publikum. Zur Entwicklung einer integrativen Qualitätsforschung*. Konstanz: UVK.
- Serong, Julia (2017): Differenzierung und Integration der Gesellschaft. Über die Bedeutung des Gemeinsinns in der öffentlichen Kommunikation. In: Jandura, Olaf/Wendelin, Manuel/Adolf, Marian/Wimmer, Jeffrey (Hg.): *Zwischen Integration und Diversifikation. Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter*. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–63.
- Shapiro, Susan P. (1987): The Social Control of Impersonal Trust. In: *American Journal of Sociology*, 93. Jg., Nr. 3, S. 623–658.
- Shockley, Ellie/Shepherd, Steven (2016): Compensatory Institutional Trust: A »Dark Side« of Trust. In: Shockley, Ellie/Neal, Tess M.S./PytlíkZillig, Lisa M./Bornstein, Brian H. (Hg.): *Interdisciplinary Perspectives on Trust. Towards Theoretical and Methodological Integration*. Cham (u.a.): Springer, S. 193–202.
- Simmel, Georg (1900): *Die Philosophie des Geldes*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Simmel, Georg (1908): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Smith, Anthony (1977): Technology and Control: the Interactive Dimensions of Journalism. In: Curran, James/Gurevitch, Michael/Woollacott (Hg.): *Mass Communication and Society*. London: Arnold, S. 174–194.
- Spangenberg, Peter M. (1993): Stabilität und Entgrenzung von Wirklichkeiten. Systemtheoretische Überlegungen zu Funktion und Leistung der Massenmedien. In: Schmidt, Siegfried J. (Hg.): *Literaturwissenschaft und Systemtheorie. Positionen, Kontroversen, Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher, S. 66–100.
- Sparsam, Jan (2016): Primat der funktionalen Differenzierung oder Primat der Ökonomie? Kapitalismustheorie als potenzieller Schlüssel einer integrativen Gesellschaftstheorie. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 5. Jg., Nr. 1, S. 52–59.
- Spencer-Brown, George (1997): *Laws of Form. Gesetze der Form*. Lübeck: Bohmeier.

- Starkman, Dean (2014): *The Watchdog That Didn't Bark. The Financial Crisis and the Disappearance of Investigative Journalism*. New York: Columbia University Press.
- Steindl, Nina/Lauerer, Corinna/Hanitzsch, Thomas (2017): Journalismus in Deutschland. Aktuelle Befunde zu Kontinuität und Wandel im deutschen Journalismus. In: *Publizistik*, 62. Jg., Nr. 4, S. 401–423.
- Stichweh, Rudolf (1988): Inklusion in Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. In: Mayntz, Renate/Rosewitz, Bernd/Schimank, Uwe/Stichweh, Rudolf (Hg.): *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 261–293.
- Stiglitz, Joseph E. (2008): Das Ende des Neoliberalismus? In: *Project Syndicate*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/the-end-of-neo-liberalism/german?barrier=accesspaylog> (Zugriff: 27.02.2019).
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2014): Politische Ökonomie als Soziologie: Kann das gutgehen? In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 3. Jg., Nr. 1, S. 147–166.
- Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, S. 253–273.
- Strulik, Torsten (2011): Vertrauen. Ein Ferment gesellschaftlicher Risikoproduktion. In: *Erwägen-Wissen-Ethik*, 22. Jg., Nr. 2, S. 239–251.
- Suna, Laura/Hepp, Andreas/Bozdogan, Cigdem (2012): Mediatisierte Vernetzungschancen: Ungleichheit und die Rolle von Sprache für mediale Migranten. In: Stegbauer, Christian (Hg.): *Ungleichheit. Medien- und kommunikationssoziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–196.
- Sundar, S. Shyam (2008): The MAIN Model: A Heuristic Approach to Understanding Technology Effects on Credibility. In: Metzger, Miriam J./Flanagin, Andrew J. (Hg.): *Digital Media, Youth, and Credibility*. Cambridge: MIT, S. 73–100.
- Sutter, Tilman (2016): Massenmedien und Inklusionsprozesse. Adressierung, Einbeziehung und Beteiligung des Publikums im Fernsehen. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, Nr. 2, S. 182–213.
- Tambini, Damian (2010): What are Financial Journalists for? In: *Journalism Studies*, 11. Jg., Nr. 2, S. 158–174.
- Tedeschi, Richard G./Calhoun, Lawrence G. (1996): The Posttraumatic Growth Inventory: Measuring the Positive Legacy of Trauma. In: *Journal of Traumatic Stress*, 9. Jg., Nr. 3, S. 455–471.
- Thome, Helmut (2016): Zur Normalität von Anomie in funktional differenzierten Gesellschaften. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 45. Jg., Nr. 4, S. 261–280.

- Tonkiss, Fran (2009): Trust, Confidence and Economic Crisis. In: *Intereconomics*, 44. Jg., Nr. 4, S. 196–202.
- Touraine, Alain (1995): *Critique of Modernity*. Oxford: Blackwell.
- Treibel, Annette (2006): *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tyrell, Hartmann (1978): Anfragen an die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 7. Jg., Nr. 2, S. 175–193.
- Vaihinger, Hans (1922): *Die Philosophie des Als Ob. System der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit auf Grund eines idealistischen Positivismus*. Leipzig: Meiner.
- van Eimeren, Birgit/Simon, Erk/Riedl, Andreas (2017): Medienvertrauen und Informationsverhalten von politischen Zweiflern und Entfremdeten. Analysen auf Basis der Studie »Medien als Träger politischer Information« (»Medien und ihr Publikum«) 2017 und der BR-Studie »Informationen fürs Leben« 2016. In: *Media Perspektiven*, Nr. 11, S. 538–554.
- Vobruba, Georg (1983): *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg (1991): *Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg (2014): Autonomiegewinne und Gesellschaftskritik. In: Fehmel, Thilo/Lessenich, Stephan/Preunkert, Jenny (Hg.): *Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 265–281.
- Volkman, Ute (2006): Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom »sozialdemokratischen Konsensus« zum »Neoliberalismus«. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volkman, Ute (2010): Sekundäre Leistungsrolle. Eine differenzierungstheoretische Einordnung des Prosumenten am Beispiel des »Leser-Reporters«. In: Blättel-Mink, Birgit/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): *Prosumer Revisited. Zur Aktualität einer Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 206–220.
- Vormbusch, Uwe (2012): *Die Herrschaft der Zahlen. Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Vos, Tim P./Singer, Jane B. (2016): Media Discourse about Entrepreneurial Journalism. In: *Journalism Practice*, 10. Jg., Nr. 2, S. 143–159.
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., Nr. 1, S. 131–158.
- Voß, Günter G./Weiß, Cornelia (2013): Bournout und Depression – Leiterkrankung des subjektivierten Kapitalismus oder: Woran leidet der Arbeitskraftunternehmer? In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 29–57.

- Voswinkel, Stephan/Kocyba, Hermann (2005): Entgrenzung der Arbeit. Von der Entpersönlichung zum permanenten Selbstmanagement. In: WestEnd, 2. Jg., Nr. 2, S. 73–83.
- Wagner, Peter (1996): Strukturierungstheorie auf dem Juggernaut. In: Soziologische Revue, 19. Jg., Nr. 1, S. 10–15.
- Wagner, Thomas (2005): Funktionale Differenzierung und ein ökonomischer Primat – hat die systemtheoretische Gesellschaftstheorie ausgedient? www.sozialarbeit.ch/dokumente/oekonomischer_primat.pdf (Zugriff: 27.11.2020).
- Walgenbach, Peter (2002): Giddens' Theorie der Strukturierung. In: Kieser, Alfred (Hg.): Organisationstheorien. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 355–375.
- Weber, Max (1988 [1920]): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (2016 [1904]): Die Berufsidee des asketischen Protestantismus. In: Lichtblau, Klaus/Weiß, Johannes (Hg.): Die protestantische Ethik und der »Geist« des Kapitalismus. Neuausgabe der ersten Fassung von 1904–05 mit einem Verzeichnis der wichtigsten Zusätze und Veränderungen aus der zweiten Fassung von 1920. Wiesbaden: Springer VS, S. 77–173.
- Weder, Franzisca (2008): Produktion und Reproduktion von Öffentlichkeit. Über die Möglichkeiten, die Strukturationstheorie von Anthony Giddens für die Kommunikationswissenschaft nutzbar zu machen. In: Winter, Carsten/Hepp, Andreas/Krotz, Friedrich (Hg.): Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 345–361.
- Wehmeier, Stefan (1998): Fernsehen im Wandel. Differenzierung und Ökonomisierung eines Mediums. Konstanz: UVK.
- Weischenberg, Siegfried (1983): Investigativer Journalismus und kapitalistischer Realismus. Zu den Strukturbedingungen eines anderen Paradigmas der Berichterstattung. In: Rundfunk und Fernsehen, 31. Jg., 3-4, S. 349–369.
- Weischenberg, Siegfried (1992): Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen. Opladen: Westdeutscher.
- Weischenberg, Siegfried (1994): Journalismus als soziales System. In: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher, S. 427–454.
- Weischenberg, Siegfried/Löffelholz, Martin/Scholl, Armin (1994): Merkmale und Einstellungen von Journalisten. »Journalismus in Deutschland« II. In: Media Perspektiven, Nr. 4, S. 154–165.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz: UVK.

- Weiß, Anja (2016): Diskussionsbeitrag zu Uwe Schimank: Grundriss einer integrativen Theorie der modernen Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, Nr. 1, S. 60–65.
- Weiß, Anja (2017): *Soziologie globaler Ungleichheiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Welskopp, Thomas (1998): Erklären. In: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): *Geschichte. Ein Grundkurs*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 132–168.
- Welzer, Harald (2016): *Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Wendelin, Manuel (2011): *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne*. Köln: von Halem.
- Westphal, Sarah/Blöbaum, Bernd (2016): Trust as Action: About the Overrated Significance of Trust in Information Sources in a Digitized World. In: Blöbaum, Bernd (Hg.): *Trust and Communication in a Digitized World. Models and Concepts of Trust Research*. Cham: Springer International, S. 113–124.
- Wieland, Josef (1992): Adam Smith's System der Politischen Ökonomie. Die Emergenz des ökonomischen Systems der Moderne. In: Krohn, Wolfgang/Küppers, Günter (Hg.): *Emergenz: Die Entstehung von Ordnung, Organisation und Bedeutung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 363–387.
- Williamson, Oliver E. (1993): Calculativeness, Trust, and Economic Organization. In: *The Journal of Law & Economics*, 36. Jg., Nr. 1, S. 453–486.
- Wyss, Vinzenz (2016): Journalismus als duale Struktur. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 265–279.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt, New York: Campus.
- Zwicky, Pascal (2012): *Journalistische Produktion unter neoliberalen Bedingungen. Eine konflikttheoretische Analyse von Tageszeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.

Anhang: Ausgewählte Konstrukte und Items der IfK-Trendstudie

I. Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst

Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht [umgekehrt codiert]

Subdimensionen	Items [randomisierte Abfrage]	Nr.
Responsibilisierung	Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden.	1
	Die sozial Schwachen müssen lernen, sich selbst zu helfen.	2
Unternehmerischer Universalismus	Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen.	3
	Wer sich nicht selbst motivieren kann, ist selber schuld, wenn er scheitert.	4
	Wer nicht bereit ist, was Neues zu wagen, ist selber schuld, wenn er scheitert.	5
	Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, ist selber schuld, wenn er scheitert.	6

II. Risikoneigung

Im Folgenden haben wir einige Fragen zu Ihrer Person und Ihren Einstellungen. Wie würden Sie sich charakterisieren, wo würden Sie sich jeweils einordnen?

Skala: (1) risikobereit bis (5) vorsichtig; weiß nicht

III. Zufriedenheit mit eigenen, sozialen und politischen Verhältnissen sowie allgemeine Lebensführung

Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (5) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht

Konstrukte	Items [randomisierte Abfrage]	Nr.
Zufriedenheit	Mit meinem Leben bin ich im Großen und Ganzen zufrieden.	1
Einschätzung soziale Gerechtigkeit in Deutschland	In Deutschland geht es im Großen und Ganzen sozial gerecht zu.	2
Politische Selbstwirksamkeit	Menschen wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung macht.	3
Relevanzbeurteilung Wahlteilnahme	Es ist wichtig, an politischen Wahlen teilzunehmen.	4
Eigene Glücksverantwortung	Jeder ist für sein Glück verantwortlich.	5
Persönliches Strukturbedürfnis	Ich genieße es, eine klare und geordnete Lebensweise zu haben.	6

IV. Haushaltsnettoeinkommen

Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen: Wie hoch ist dann etwa das monatliche Netto-Einkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung?

bis unter € 1.000,-

€ 1.000,- bis unter € 1.500,-

€ 1.500,- bis unter € 2.000,-

€ 2.000,- bis unter € 2.500,-

€ 2.500,- bis unter € 3.000,-

€ 3.000,- bis unter € 4.000,-

€ 4.000,- oder mehr

keine Angabe

V. Subjektiver Sozialstatus

In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wenn Sie an sich selbst denken, wo auf dieser Skala würden Sie sich einordnen?

Skala: (1) oben bis (10) unten; weiß nicht

VI. Institutionenvertrauen

In der folgenden Frage geht es um Ihre Haltung gegenüber Personen und gesellschaftlichen Institutionen. Bitte geben Sie jeweils an, wo Sie Ihre Haltung zwischen großem Vertrauen und großem Misstrauen verorten.

Skala: (1) großes Vertrauen, (2) mittleres Vertrauen, (3) geringes Vertrauen, (4) weder Vertrauen noch Misstrauen, (5) geringes Misstrauen, (6) mittleres Misstrauen, (7) großes Misstrauen; weiß nicht

Items [randomisierte Abfrage]	Nr.
Unternehmen	1
Wissenschaft	2
Politik	3
Medien	4
Journalisten	5
Bundesregierung	6
Polizei	7
Bundesverfassungsgericht	8

VII. Vertrauen in Berichterstattungsfelder

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Haltung gegenüber Medien. Gemeint sind hier Medien, die Sie üblicherweise nutzen, um sich über das aktuelle Geschehen zu informieren.

Bitte geben Sie bei jeder Aussage an, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht

Konstrukte	Items	Nr.
Vertrauen in Wirtschaftsberichterstattung	Im Allgemeinen vertraue ich der Berichterstattung über wirtschaftliche Themen in den Medien.	1
Vertrauen in Politikberichterstattung	Im Allgemeinen vertraue ich der Berichterstattung über politische Themen in den Medien.	2

VIII. Medienmisstrauen

Im Folgenden sind einige mögliche Gründe für ein geringes Vertrauen in die Medien aufgeführt. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht

Konstrukte	Items	Nr.
Wahrg. Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit	Über das Problem der sozialen Gerechtigkeit wird zu wenig berichtet.	1
Elitarismus-Vorwurf	Die Medien kümmern sich nicht um die kleinen Leute.	2

IX. Autoritarismus

Die folgenden Fragen beziehen sich auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht [umgekehrt codiert]

Subdimensionen	Items [feste Reihenfolge]	Nr.
Autoritäre Aggression	Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	1
	Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	2
	Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	3
Autoritäre Unterwürfigkeit	Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	4
	Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	5
	Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	6
Konventionalismus	Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	7
	Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	8
	Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	9

X. Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus

Die folgenden Fragen beziehen sich auf die Teilnehmer in öffentlichen Debatten sowie die zukünftige Rolle des Journalismus in der Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht [umgekehrt codiert]

Subdimensionen	Items [feste Reihenfolge]	Nr.
Autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren	Wir sollten nicht länger alle abwegigen Haltungen tolerieren, die öffentlich geäußert werden dürfen.	1
	Unruhestifter sollten aus den öffentlichen Debatten ausgeschlossen werden.	2
	Es wäre besser für die Gesellschaft, einige Medien zu verbieten, die es derzeit gibt.	3
	Manche Menschen sollten dazu verpflichtet werden, sich auf Basis bestimmter Medien zu informieren.	4
Autoritäres Journalismusverständnis	Wir brauchen mehr Journalisten mit starker Haltung, damit die Gesellschaft vorankommt.	5
	Journalisten sollten stärker als bisher eine Führungsrolle in der Gesellschaft einnehmen.	6
	Wir brauchen Medien, die die Dinge endlich beim Namen nennen.	7
	Guter Journalismus sagt eindeutig, was richtig und was falsch ist.	8

XI. Politische Selbstverortung

Viele Leute verwenden die Begriffe »links« und »rechts«, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wo würden Sie sich auf der folgenden Skala verorten?

Skala: (1) links bis (11) rechts; weiß nicht

XII. Subjektive Deprivation und Anomie

Im Folgenden geht es um die Einschätzung Ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation sowie um die gegenwärtige Gesellschaft im Allgemeinen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: (1) stimme voll und ganz zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu; weiß nicht [bei Anomie umgekehrt codiert]

Konstrukte/Subdimensionen	Items [feste Reihenfolge]	Nr.
Wirtschaftliche Deprivation	Ich empfinde die eigene wirtschaftliche Lage heute als schlecht.	1
Soziale Deprivation	Ich empfinde mich als sozial benachteiligt.	2
Anomie	Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.	3
	In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	4
	Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass ich nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	5
	Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß was los ist.	6

XIII. Misstrauensgrund Intransparenz

Im Folgenden sind einige Gründe für Misstrauen zusammengestellt. Geben Sie bitte an, inwieweit die Aussagen für Sie persönlich zutreffen.

Ich bin misstrauisch, wenn etwas für mich nicht leicht durchschaubar ist.

Skala: (1) Trifft voll und ganz zu, (2) trifft eher zu, (3) trifft eher nicht zu, (4) trifft überhaupt nicht zu; weiß nicht

Tabellen

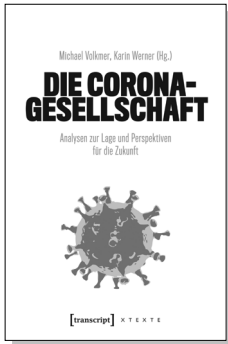
Tabelle 1: Allokative und autoritative Ressourcen der Strukturen	41
Tabelle 2: Darstellung der drei Zwangsdimensionen sozialer Strukturen	44
Tabelle 3: Vertrauens- und Risikoumwelten in vormodernen und modernen Kulturen	50
Tabelle 4: Connection Media and Societal Problems	86
Tabelle 5: Management of Complexity	89
Tabelle 6: Orientierungsmodalitäten und Strukturebenen des Journalismussystems	184
Tabelle 7: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst	221
Tabelle 8: Soziale Lage und Institutionenvertrauen	239
Tabelle 9: Autoritarismus	262
Tabelle 10: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus	264
Tabelle 11: Anomie	267

Abbildungen

Abbildung 1: Rekursivität zwischen den Dimensionen des Sozialen	42
Abbildung 2: Akteur-Struktur-Dynamiken	131
Abbildung 3: Teilsysteme nach Beteiligungsniveau am gesellschaftlichen Geschehen	176
Abbildung 4: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Risiko- neigung	224
Abbildung 5: Persönliches Strukturbedürfnis in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst	224
Abbildung 6: Eigene Glücksverantwortung in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst	225
Abbildung 7: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Haushalts- nettoeinkommen	228
Abbildung 8: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Sozial- statusgruppe	228
Abbildung 9: »Schwache müssen sich selbst helfen« nach Sozialstatusgruppe	230
Abbildung 10: Vertrauen in Unternehmen in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst	230
Abbildung 11: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Einschät- zung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland	245
Abbildung 12: Vertrauen in Wirtschafts- und Politikberichterstattung in Abhängig- keit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst	250
Abbildung 13: »Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen« nach wahrgenommenen Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit	251
Abbildung 14: »Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden« nach wahrgenommenem Berichterstattungsdefizit soziale Ge- erechtigkeit	251
Abbildung 15: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach autoritärer Aggression	263

Abbildung 16: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst.....	266
Abbildung 17: Autoritarismus und öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach politischer Selbstverortung.....	266
Abbildung 18: Institutionenvertrauen in Abhängigkeit von Anomie.....	268
Abbildung 19: Elitarismus-Vorwurf nach Anomie	269
Abbildung 20: Misstrauensgrund Intransparenz nach Anomie	269
Abbildung 21: Politische Selbstwirksamkeit und Relevanz Wahlteilnahme nach Anomie	270

Soziologie



Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.)

Die Corona-Gesellschaft

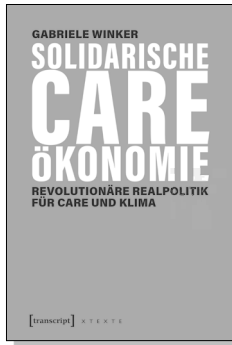
Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

2020, 432 S., kart., Dispersionsbindung, 2 SW-Abbildungen
24,50 € (DE), 978-3-8376-5432-5

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5432-9

EPUB: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5432-5



Gabriele Winker

Solidarische Care-Ökonomie

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

März 2021, 216 S., kart.

15,00 € (DE), 978-3-8376-5463-9

E-Book:

PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5463-3



Wolfgang Bonß, Oliver Dimbath,

Andrea Maurer, Helga Pelizäus, Michael Schmid

Gesellschaftstheorie

Eine Einführung

Januar 2021, 344 S., kart.

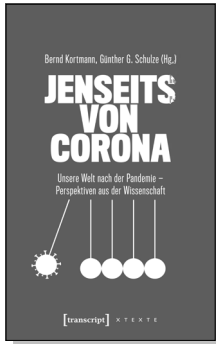
25,00 € (DE), 978-3-8376-4028-1

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4028-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Soziologie



Bernd Kortmann, Günther G. Schulze (Hg.)

Jenseits von Corona

Unsere Welt nach der Pandemie –
Perspektiven aus der Wissenschaft

2020, 320 S., Klappbroschur, Dispersionsbindung,
1 SW-Abbildung

22,50 € (DE), 978-3-8376-5517-9

E-Book:

PDF: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5517-3

EPUB: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5517-9



Detlef Pollack

Das unzufriedene Volk

Protest und Ressentiment in Ostdeutschland
von der friedlichen Revolution bis heute

2020, 232 S., Klappbroschur, Dispersionsbindung,
6 SW-Abbildungen

20,00 € (DE), 978-3-8376-5238-3

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5238-7

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5238-3



Juliane Karakayali, Bernd Kasperek (Hg.)

movements.

**Journal for Critical Migration
and Border Regime Studies**

Jg. 4, Heft 2/2018

2019, 246 S., kart.

24,99 € (DE), 978-3-8376-4474-6

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**